# Protokoll

der 30. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 16. Oktober 2024, um 9:00 Uhr

| | |
|---|---|
| **Vorsitz:** | *Claudio Miozzari, Grossratspräsident* |
| **Protokoll:** | *Beat Flury, I. Ratssekretär*<br>*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*<br>*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung* |
| **Abwesende:** | Jo Vergeat (GAB), Gianna Hablützel-Bürki (SVP), Patrick Fischer (SVP), Tobias Christ (GLP), Edibe Gölgeli (SP), Lorenz Amiet (SVP), Eric Weber (fraktionslios). |

## Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung ..... 2
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte ..... 2
3. Ersatzwahl von drei Strafgerichtpräsidien (100%, 100% und 50%) sowie Wahl von zwei zusätzlichen Strafgerichtspräsidien (80% und 50%) für den Rest der Amtsperiode 2022–2027, Validierung ..... 3
4. Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut"" ..... 4
5. Kantonale Volksinitiative für ein "Neues Stadttaubenkonzept Kanton Basel-Stadt"" ..... 5
6. Schweizerische Rheinhäfen: Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2023 Partnerschaftliches Geschäft ..... 5
7. Universität Basel: Leistungsbericht 2023 ..... 8
8. Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2025–2028 Vierkantonales Geschäft ..... 11
9. Volkshochschule und Senioren Universität beider Basel (VHSBB): Erneuerung der Leistungsvereinbarung für die Jahre 2025–2028 - Partnerschaftliches Geschäft ..... 15
10. Neuorganisation des Amts für Justizvollzug, Anpassungen beim Personal und Ausbau der Betreuung in Basler Justizvollzugseinrichtungen ..... 17
11. Blaulichtkorridore für die Rettung Basel-Stadt ..... 24
12. Ermächtigung des Regierungsrates zur Aufnahme von langfristigen Schulden auf dem Kapitalmarkt bis zum Betrag von 4'000'000'000 Franken ..... 27
13. Konsolidierte Rechnung des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2023 ..... 28
14. Digitale Unterstützung der Instandhaltung beim Tiefbauamt (ERP-I) ..... 29
15. Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend integrale Signalisation von Tempo 30 in Basel-Stadt mit gleichzeitiger Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs gemäss Kantonsverfassung §30 ..... 31

**Beginn der 30. Sitzung**

Mittwoch, 16. Oktober 2024, 09:00 Uhr

## 1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[16.10.24 09:00:19]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Ich begrüsse Sie herzlich zur Grossratssitzung und habe Ihnen folgende Mitteilungen zu machen: Unsere neue Gerantin ist da, herzlich willkommen. Ich freue mich sehr, dass Martha Furrer ihren Job antreten wird bei uns im «Käffeli», und sie wird Getränke und Snacks anbieten. Martha Furrer wird in den nächsten Tagen auch das Sortiment überprüfen. Wenn Sie spezielle Wünsche haben, dürfen Sie sie anmelden, auch wenn sie nicht alle wird erfüllen können. Ich wünsche Martha Furrer ganz viel Freude bei uns im Kaffee. Wir freuen uns sehr, dass du hier bist und ich freue mich schon auf das weitere Engagement.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Erhöhung der Anzahl Richterinnen und Richter am Appellationsgericht. Wir haben an der Sitzung vom 11. September auf Antrag der JSSK der temporären Erhöhung der Anzahl Richterinnen und Richter am Appellationsgericht zugestimmt. Damit das nun umgesetzt werden kann, geht das Geschäft an die Wahlvorbereitungskommission, welche die Wahlvorschläge ausarbeiten wird.

Neue Interpellationen: Es sind 18 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nummer 118, 120, 121, 123, 124, 127 bis 129, 131 bis 134 werden mündlich beantwortet. Das waren meine Mitteilungen.

Wir kommen damit zur Tagesordnung. Gibt es dazu Wortbegehren? das ist nicht der Fall. Sie haben die Tagesordnung stillschweigend genehmigt Geschäft 1 ist somit erledigt.

## 2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[16.10.24 09:02:34]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Zuweisungen: Der Präsident der Regiokommission möchte Mitbericht zum Geschäft Tramnetzerweiterung TNE Basel, dritter Bericht zum Stand der Umsetzung und zur Aktualisierung des Plans zum Tramstreckennetz sowie Ratschlag zur Ausgabenbewilligung für die weitere Planung und die Gesamtkoordination stellen. Er möchte begründen.

*Niggi Daniel Rechsteiner (GLP):* Bereits im zweiten Bericht zum Stand der Umsetzung Ausbau des Tramstreckennetzes und zur Aktualisierung des Plans Tramstreckennetz sowie Ratschlag zur Ausgabenbewilligung für die Planung und Gesamtkoordination verfasste die Regiokommission einen Mitbericht, der Hauptbericht lag auch damals bei der UVEK.

Auch für den aktuell vorliegenden Bericht erachtet es die Regiokommission als sinnvoll, einen Mitbericht zu erstellen, dies Hauptsitz tatsächlich aus folgenden Gründen: Die Tramnetz-Entwicklung umfasst auch grenzüberschreitende Projekte respektive auch das Ausbauprojekt in Weil. Es tangiert Projekte, die im Zusammenhang mit der S-Bahn-Entwicklung stehen und in einem grenzüberschreiten und überregionalen Kontext stehen. Es betrifft auch diejenigen Projekte, zu denen sich Basel im Rahmen des Aggloprogramms verpflichtet hat. Die Regiokommission beschäftigt sich regelmässig mit dem Aggloprogramm.

Aufgrund des oben erwähnten Sachverhalts ersucht die Regiokommission um die Erstellung eines Mitberichts. Mit dem Präsidenten der UVEK wurde das Anliegen bereits erörtert.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Gibt es dazu Gegenanträge? Das ist nicht der Fall. Wir haben keine weitere Wortmeldung dazu gehört, das heisst, dass ich ihrem Stillschweigen entnehme, dass Sie mit dieser Zuweisung und diesem Mitbericht einverstanden sind.

**Der Grosse Rat beschliesst**

Die Regiokommission erstellt einen Mitbericht zum Geschäft: 24.1095 Tramnetzentwicklung (TNE) Basel Dritter Bericht zum Stand der Umsetzung und zur Aktualisierung des Plans zum Tramstreckennetz sowie Ratschlag zur Ausgabenbewilligung für die weitere Planung und die Gesamtkoordination

Ihrem weiteren stillen Schweigen entnehme ich, dass Sie sonst mit den Zuweisungen einverstanden sind. Wir haben so beschlossen.

## 3. Ersatzwahl von drei Strafgerichtpräsidien (100%, 100% und 50%) sowie Wahl von zwei zusätzlichen Strafgerichtspräsidien (80% und 50%) für den Rest der Amtsperiode 2022–2027, Validierung

[16.10.24 09:05:12, 24.0991.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat und das Ratsbüro beantragen dem Grossen Rat, vom Ergebnis der Wahl Kenntnis zu nehmen und diese Wahl gemäss § 25 des Wahlgesetzes formell festzustellen. Demnach werden als gewählt erklärt: Als Präsidentin beziehungsweise Präsident mit je einem Pensum von 100 Stellenprozent Friederike Schoch, Jahrgang 1984, Grüne, Angelo Imperiale, Jahrgang 1987, SP. Als Präsidentin beziehungsweise Präsident mit je einem Pensum von 50 Prozent Derya Tokay Sahin, Jahrgang 1989, SP, Dr. iur.; David Mühlemann, Jahrgang 1986 Basta.

Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Damit kommen wir zur Abstimmung.

**Abstimmung**

Wer die Wahl validieren will, stimmt JA, wer die Validierung ablehnt, stimmt NEIN

**Ergebnis der Abstimmung**

**88 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004519, 16.10.24 09:07:10]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

*Die im Kantonsblatt vom 3. Juli 2024 publizierte Ersatzwahl von in stiller Wahl gewählten drei Strafgerichtpräsidien (100%, 100% und 50%) sowie eines zusätzlichen Strafgerichtspräsidiums (50%) sowie die am 21. August 2024 publizierte Wahl einer zusätzlichen Präsidiumsstelle (80%) werden für gültig erklärt.*

*Demnach sind gewählt worden:*

**Als Präsidentin bzw. Präsident mit je einem Pensum von 100 Stellenprozent:**

· Schoch Friederike

· Imperiale Angelo

**Als Präsidentin bzw. Präsident mit je einem Pensum von 50 Stellenprozent:**

· Tokay-Sahin Derya

· Mühlemann David

**Als Präsidentin mit einem Pensum von 80 Stellenprozent:**

· Lustenberger Simone

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben diese Wahl einstimmig validiert mit 88 Ja-Stimmen und ich wünsche den gewählten Strafgerichtspräsidien viel Freude und Erfüllung in diesem Amt.

## 4. Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut""

[16.10.24 09:07:25, 21.1247.06]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Regiokommission beantragt, die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung bis zum 28. September 2025 zu verlängern. Das Wort geht an den Präsidenten der Regiokommission Niggi Rechsteiner.

*Niggi Daniel Rechsteiner (GLP):* Der vorliegende Bericht der Regiokommission beinhaltet lediglich den Antrag um Fristverlängerung zur Durchführung einer Volksabstimmung zur Volksinitiative 1 Prozent gegen globale Armut.

Nach der Überweisung des Geschäfts an die Regiokommission hat diese per Ende Mai die Beratungen zur Volksinitiative und zum Gegenvorschlag, der 1 Prozent-Initiative aufgenommen. In Anbetracht der vorgesehenen substantiellen Erhöhungen der bisherigen finanziellen Mittel für internationale Zusammenarbeit erachtet die Regiokommission eine fundierte Beratung zur Initiative und unserem Gegenvorschlag als wichtige Grundlage für ihren Entscheid. Da es sich um ein komplexes Thema handelt und verschiedene Akteure der internationalen Zusammenarbeit konsultiert werden beziehungsweise weiterführende Informationen eingeholt werden mussten, verzögert sich die abschliessende Behandlung des Geschäfts.

In Rücksprache und mit Zustimmung des Initiativkomitees beantragt die Regiokommission dem Grossen Rat daher die Fristverlängerung zur Durchführung einer Volksabstimmung bis zum 28. September 2025.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Regierungsrat Conradin Cramer, wünschen Sie für den Regierungsrat das Wort? Er verzichtet. Gibt es Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann nehme ich an, dass der Sprecher des Regierungsrates und der Kommission wieder verzichten und wir kommen bereits zur Detailberatung und zur Abstimmung, denn Eintreten ist obligatorisch und Rückweisung wurde nicht beantragt.

**Schlussabstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN .

**Ergebnis der Abstimmung**

**87 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004522, 16.10.24 09:10:36]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

Die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung zur kantonalen Volksinitiative «1 % gegen globale Armut» wird bis zum 28. September 2025 verlängert.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Grossratsbeschluss wurde einstimmig angenommen mit 87 Ja-Stimmen.

## 5. Kantonale Volksinitiative für ein "Neues Stadttaubenkonzept Kanton Basel-Stadt""

[16.10.24 09:10:51, 24.0556.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, die Initiative neues Stadttauben Konzept Kanton Basel-Stadt als rechtlich zulässig zu erklären. Zudem beantragt er dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen. Das Wort ginge an den zuständigen Regierungsrat Kaspar Sutter. Er verzichtet. Gibt es Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Regierungsrat Kaspar Sutter verzichtet auch in der zweiten Runde.

Eintreten ist obligatorisch.

Damit kommen wir zur Abstimmung über die rechtliche Zulässigkeit.

**Abstimmung**

JA heisst rechtlich zulässig, NEIN heisst rechtlich unzulässig

**Ergebnis der Abstimmung**

**86 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004524, 16.10.24 09:12:07]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

Die mit 3’035 Unterschriften zustande gekommene unformulierte kantonale Volksinitiative für ein "Neues Stadttaubenkonzept Kanton Basel-Stadt" wird für rechtlich zulässig erklärt.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert zehn Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Entscheid ist einstimmig gefallen mit 86 Ja-Stimmen für rechtliche Zulässigkeit.

Der Regierungsrat beantragt wie gesagt ihm die Berichterstattung zu übertragen.

Dazu gibt es weiterhin keine Wortmeldungen. Sie haben die Initiative damit dem Regierungsrat stillschweigend zur Berichterstattung innerhalb von 6 Monaten überwiesen.

## 6. Schweizerische Rheinhäfen: Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2023 Partnerschaftliches Geschäft

[16.10.24 09:12:35, 24.0619.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die IGPK Rheinhäfen beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht für die IGPK an Olivier Battaglia.

*Olivier Battaglia (LDP):* Ich darf Ihnen den Jahresbericht 2023 der Schweizer Rheinhäfen vorstellen. Der Bericht bietet einen umfassenden Einblick in die Entwicklung und die Herausforderung, vor denen unsere Rheinhäfen stehen.

Erfreuliche Umsatzzahlen trotz schwierigem Umfeld: Im Jahr 2023 konnten die schweizerischen rein helfen, trotz eines herausfordernden globalen Umfeld ein positives Umschlagergebnis verzeichnen. Der Gesamtumschlag stieg im Vergleich zum Vorjahr um 8 Prozent auf 4,97 Millionen Tonnen an. Dieser Anstieg ist vor allem auf den Aufbau von Lagerbeständen bei der Mineralölproduktion zurückzuführen, die im Jahr 2022 aufgrund der Preissteigerung stark abgebaut wurden. Der Containerverkehr entwickelt sich hingegen weniger dynamisch. Das sehr hohe Ergebnis des Vorjahres konnte nicht mehr erreicht werden. Die schweizerischen Rheinhäfen verzeichnen einen Rückgang von 13,4 Prozent auf 108,718 Tonnen. Gründe dafür sind die ungünstige Weltwirtschaftslage, hohe Lagerbestände nach der Coronapandemie und fehlende Umschlagskapazitäten nach dem Rückbau des Contargo Süd-Key-Terminals.

Positive Entwicklung in der Kabinenschifffahrt: Erfreulich ist die Entwicklung bei der Kabinenschifffahrt. Die Anzahl der Ankünfte und Liegetage stiegen im Vergleich zum Vorjahr deutlich an und übertrafen sogar die Werte vor der Pandemie. Dies zeigt das wachsende Interesse an Flussreisen und das touristische Potenzial der Rheinhäfen. Die finanzielle Situation der schweizerischen Rheinhäfen ist solide. Das Ergebnis liegt mit knapp 7,2 Millionen Franken zwar unter dem Wert von 2022, aber immer noch auf einem guten Niveau. Die Investitionen beliefen sich im Berichtsjahr auf 7,3 Millionen Franken.

Die strategische Ausrichtung und zukünftige Entwicklung der Rheinhäfen: Die Rheinhäfen verfolgen eine klare strategische Ausrichtung, die auf Nachhaltigkeit, Digitalisierung und die Stärkung des multimodalen Verkehrs setzt. Die schweizerischen Rheinhäfen haben die Green-Port-Initiativen ins Leben gerufen, um die in der Eigentümerstrategie formulierte Zielsetzung zu erreichen. Im Rahmen der Initiative werden verschiedene Massnahmen ergriffen, um die Nachhaltigkeit der Rheinhäfen zu verbessern, beispielsweise die $CO_2$-Bilanzierung und die Unterstützung kleiner Hafenfirmen.

Im Jahr 2024 wird das Rheinport Planing Information System RPIS für den Datenaustausch für alle Hafenunternehmer und Reedereien in den schweizerischen Rheinhäfen verbindlich eingeführt. Damit wird ein wichtiger Schritt zur Digitalisierung der Hafeninfrastruktur und zur Optimierung der Prozesse im Hafenbereich gemacht.

Mit der Revision des Gütertransportgesetzes wird der Bund eine aktive Rolle bei der Finanzierungsgestaltung der Schweizer Rheinhäfen spielen. Der Bund wird sich durch Leistungsvereinbarungen bei den Häfen engagieren und sein Interesse ist, die Vorausleistungen für die Landesversorgung abzusichern. Diese Entwicklung wird auch eine Anpassung des Rheinhafenvertrags erfordern.

Aktuelle Herausforderung: Die Schweizer Rheinhäfen stehen vor auch vor Herausforderungen. Die ungünstigste Wirtschaftslage, steigende Energiepreise und der Fachkräftemangel sind nur einige der Faktoren, die den Hafenbetrieb beeinflussen. Die schweizerischen Rheinhäfen müssen sich diesen Herausforderungen stellen und innovative Lösungen finden, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und ihre strategische Ziele zu erreichen.

Die schweizerischen Rheinhäfen sind ein wichtiger Bestandteil der Schweizer Wirtschaft und leisten einen bedeutenden Beitrag zur Versorgung des Landes. Die schweizerischen Rheinhäfen sind gut aufgestellt, um die Herausforderung der Zukunft zu meistern und ihre Position als wichtiger Knotenpunkt im europäischen Güterverkehr weiter auszubauen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Kaspar Sutter.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Ich möchte gerne auch noch aus Sicht des Regierungsrats die Schweizerischen Rheinhäfen rückblickend betrachten über ihr Geschäftsjahr 2023. Die Schweizerischen Rheinhäfen sind eine wichtige Infrastruktur, nicht nur für unsere Region, sondern für die gesamte Schweiz, da viele Importe und Exporte unseres Landes über diese Rheinhäfen geschehen. Ich bin auch sehr froh, dass diese Rheinhäfen fusioniert sind und gemeinsam mit unserem Partnerkanton Basel-Landschaft geführt werden und stetig auch an die Gegebenheiten und die Verantwortung der Zukunft angepasst werden.

Politisch der entscheidendste Punkt im letzten Jahr war das Gütertransportgesetz des Bundes. Der Bundesrat bekannte sich mit der Botschaft zum Gütertransportgesetz zur Stärkung der Güterschifffahrt auf dem Rhein. Das ist wichtig für uns als Eignerkantone. Das Gesetz ermöglicht auch die finanzielle Unterstützung und Förderung unserer Hafeninfrastruktur in der Region. Der Bundesrat erfüllte damit die Forderung aus der Motion von Ständerätin Eva Herzog zur Förderung des Gütertransports auf dem Rhein. Der Bund schafft damit eine rechtliche Grundlage, dass er als Besteller auch Verantwortung für die Hafeninfrastruktur übernehmen möchte. Mit seinen Beiträgen für Betrieb und Unterhalt will er die Wettbewerbsfähigkeit von Transportketten mit Rheinschifffahrt stärken und auch in die Modernisierung und Erneuerung investieren. Aktuell ist die Gesetzesrevision im Ständerat verabschiedet und wird nun im Nationalrat in der laufenden Session behandelt. Für uns als Eignerkantone ist dieser Prozess und dieses politische Vorwärtsgehen ein wichtiger Meilenstein für die Zukunft unserer Hafeninfrastruktur.

Diese Anpassungen bedingen auch, dass wir unseren unseren Rheinhafenvertrag zwischen den beiden Kantonen anpassen werden müssen, damit wir auch die rechtliche Grundlage haben, damit eben eine solche Förderung durch den Bund möglich ist. Gleichzeitig gibt es ja auch im Hafenareal diverse Veränderungen sowohl auf Baselbieter wie auf basel-städtischer Seite,

sodass es Sinn macht, diesen Hafenvertrag zu überarbeiten. Die vorbereitenden Arbeiten zwischen den beiden Kantonen haben begonnen, darüber haben wir auch die IGPK informiert. Sobald die Verhandlungen beginnen, werden wir selbstverständlich die Parlamente entsprechend informieren.

Ein weiterer Punkt ist der Strukturwandel im Bereich der Energieträger. Heute noch werden via Rheinhafen viele fossile Brennstoffe transportiert. Das ist ein guter Weg, um diese Treibstoffe in unser Land zu bringen, aber wir wissen alle, aufgrund der Klimaschutzziele werden diese Mengen zurückgehen in der Zukunft und ein Geschäftsfeld wird wegfallen. Deshalb sind die Schweizerischen Rheinhäfen sehr aktiv daran, die Strategie so auszurichten, dass die Rheinhäfen als Infrastruktur gut aufgestellt sind für zukünftige Energieträger, die erneuerbar sind und sein müssen. Entsprechend positiv ist zu werten, dass die IWB in einem Joint Venture mit der Fritz Meyer AG im Hafen Birsfelden, eine Wasserstoffproduktionsanlage bauen will, die mit erneuerbarem Strom funktioniert aus dem KWB, dem Kraftwerk Birsfelden. Hier hoffen wir, dass die Bewilligungen bis Ende dieses Jahres durch den Kanton Basel-Landschaft erfolgen. Die Schweizerischen Reinhäfen setzen damit gemeinsam mit der Hafenwirtschaft, mit der IWB und mit der Handelskammer auf die Weiterentwicklung des H2 Hubs hier bei uns in der Schweiz. Wir sind hier dran, weil wir wissen, für die Energiewende brauchen wir in den Bereichen von hoher Energiedichte erneuerbare Moleküle, die diese Energiedichte hinbekommen für die Prozesse, die nicht mit Strom gelöst werden können. Entsprechend wichtig ist auch, dass unsere Betriebe, sowohl die IWB wie auch die Schweizerischen Rheinhäfen hier vorausschauen und ihren Beitrag leisten in diesem Bereich.

Ein weiterer guter Träger für grüne Energieträger im Hafen erachten wir auch das mögliche Reserve-Kraftwerk im Auhafen, das zurzeit zur Diskussion steht. Für uns ist klar, dieses Reserve-Kraftwerk muss mit erneuerbaren Brennstoffen funktionieren. Die AXPO mit der Energiewirtschaft hat dem Bund ein Angebot unterbreitet für dieses Reserve-Kraftwerk. Nach der Aufhebung der Ausschreibung wird direkt verhandelt, also das Projekt ist nicht abgebrochen, aber die Ausschreibung wurde aufgehoben. Dies ist aus der Sicht des Rheinhafens kein Rückschlag, sondern einfach ein anderer Weg, um diesem Ziel näherzukommen.

Ziel ist es, mit der Vorhaltung für alle Fälle im Betrieb eine neue Energiequelle in den Hafen zu bringen und konkret geht es dabei um das grüne Methanol, ein Alkoholderivat des Wasserstoffes, die dieses Reserve-Kraftwerk als Brennstoff liefern würde. Wasserstoff war in diesem Fall kein Thema, da der Wasserstoff ohne Pipeline gar nicht geliefert werden kann und sehr schwierig zu speichern ist. Und deshalb ist das Methanol ein ein besserer Treibstoff für diesen Zweck des Ersatzkraftwerks. Zurzeit laufen diese Verhandlungen zwischen dem Bund und den möglichen Eigentümern dieser Infrastruktur.

Ein weiterer Bereich, der wichtig ist, ist die Digitalisierung auch im Hafenbereich. Hier ist der sind die Schweizerischen Rheinhäfen zusammen mit dem Duisburger Hafen, also mit dem grössten Binnenhafen Europas, dabei und schon auf sehr gutem Wege, die Datenaustauschplattform für Häfen und Binnenschifffahrt, das so genannte River Planing Information System fertigzustellen. Da wird es dann auch eine Schnittstelle geben zum Schweizer Zoll, und auch diese Schnittstelle wird demnächst fertiggestellt werden. Die Schweizerischen Rheinhäfen bereiten die flächendeckende und verbindliche Einführung des Systems als Port-Community-System ab Januar 2025 vor, so dass ebendiese Informationen fliessen können, dass ein einheitliches System da ist, das dann hoffentlich möglichst auf dem gesamten Rhein in Zukunft auch genutzt wird. Dies ist ein entscheidender Schritt für die konsequente Nutzung einer digitalen Hafeninfrastruktur.

Ich denke, das sind die wichtigsten Punkte, auch aus strategischer Sicht für die Schweizerischen Rheinhäfen. Auf den Geschäftsverlauf 2023 gehe ich nicht mehr ein, dass können Sie im Jahresbericht nachlesen und auch der der Sprecher der IGPK hat dies gut dargelegt. Auf jeden Fall sind wir zufrieden, auch dass die Schweizerischen Rheinhäfen sich sehr stabil entwickeln, auch finanziell auf stabiler Basis stehen und einen wichtigen Beitrag leisten für die Verlagerung und für den Import und Export in unser Land.

Ich möchte an dieser Stelle der IGPK danken für ihre Kontrollarbeit, die sie ausführen und ich möchte auch allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Schweizerischen Rheinhäfen danken, und ich möchte auch dem Partnerkanton danken für die gute Zusammenarbeit im Bereich der Rheinschifffahrt.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine Wortmeldungen vor. Damit gehe ich davon aus, dass der Vertreter des Regierungsrats in der zweiten Runde verzichtet, und auch Olivier Battaglia verzichtet.

Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Detailberatung und Abstimmung.

**Schlussabstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

**Ergebnis der Abstimmung**

**87 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004527, 16.10.24 09:26:40]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

1. Der Jahresbericht, die Jahresrechnung und die Bilanz 2023 der SRH werden zur Kenntnis genommen.

2. Dieser Beschluss gilt unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch den Partnerkanton.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Grossratsbeschluss wurde einstimmig angenommen mit 87 Ja-Stimmen.

## 7. Universität Basel: Leistungsbericht 2023

[16.10.24 09:26:53, 24.0763.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die IGPK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidentin Catherine Alioth.

*Catherine Alioth (LDP):* Ich darf Ihnen heute den Bericht der IGPK Universität zum Berichtsjahr 2023 präsentieren. In meinem Überblick habe ich sowohl allgemeine Aspekte als auch spezifische Themen herausgegriffen, die für das Verständnis von Bedeutung sind.

Die IGPK überprüfte den Vollzug des Staatsvertrages über die gemeinsame Trägerschaft der Universität, insbesondere die jährliche Berichterstattung des Universitätsrates. Am 21. Juni 2024 fand das Hearing statt, an dem die Vertreter der Universität in Anwesenheit des Erziehungsdirektors des Kanton Basel-Stadt und der Bildungsdirektorin des Kanton Basel-Landschaft umfassend informierten, einen Fragenkatalog ausführlich beantworteten und der Kommission für ergänzende Fragen zur Verfügung standen.

Das Berichtsjahr 2023 ist das zweite Jahr der Leistungsperiode 2022 bis 2025, die auf die gemeinsame Trägerschaft von Basel-Stadt und Basel-Landschaft seit 2006 folgt. Die IGPK stellt keine grundlegenden Mängel im Bereich Compliance und Good Governance fest und dankt der Universität für die konstruktive Zusammenarbeit.

Das Geschäftsjahr 2023 schliesst mit einem Verlust von 10,4 Millionen Franken ab, dies bei einem Betriebsaufwand von 777 Millionen Franken und einem Ertrag aus ordentlicher Geschäftstätigkeit von 766,5 Millionen Franken. Getrübt wird die Jahresrechnung durch sinkende Bundesbeiträge und den allgemeinen Teuerungsschub. Die beiden Trägerkantone finanzieren die Universität im Berichtsjahr gemeinsam mit 338,9 Millionen Franken. Mit diesem Betrag kommen die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft zusammen für 44,2 Prozent des Ertrags der ordentlichen Geschäftstätigkeit auf. Der Bund steuert 98 Millionen Franken oder in Prozenten sind es 12,8 Prozent.

Im Berichtsjahr ist es der Universität gelungen, die Gesamtsumme der eingeworbenen Drittmittel, dazu zählen sowohl kompetitiv eingeworbene Mittel als auch Legate, auf eindrückliche 193,9 Millionen Franken zu steigern. Damit erreicht die Universität eine Drittmittelquote von über 25 Prozent. Im nationalen Vergleich weist die Universität Basel die höchste Drittmittelpunkte pro Professur auf. Das ist sehr erfreulich und zeigt auf, dass diese Erfolgsquote nur dank der langjährigen Strategie der Universität möglich ist, talentierte und engagierte Forschende international anzuwerben, gute Rahmenbedingungen für die Forschung zu schaffen und ihren wissenschaftlichen Nachwuchs gezielt zu fördern.

Finanziell steckt die Universität aber in einer sehr heiklen Phase. Der Rückgang der Beiträge von Bund und Kantonen führt zu einem Fehlbetrag von insgesamt 12,8 Millionen Franken. Um diese finanzielle Herausforderungen zu bewältigen, verfolgt die Universität eine strikte Finanzverwaltung sowie ein moderates Wachstum durch die Steigerung der Studierendenzahlen. Die Universität ist bestrebt, die Zahl der Studierenden zu erhöhen, da die Grösse der Universität bei der Berechnung der Beiträge von Bund und Kantonen eine Rolle spielt. Gleichzeitig können durch höhere Studierendenzahlen die Kosten pro Studentin und Student intern gesenkt werden. Die hohe Drittmittelquote von über 25 Prozent zeugt von der erfolgreichen Anwerbung internationaler Forschender. Allerdings erfordert die Forschung auch erhebliche Infrastrukturkosten. Eine solide

Grundfinanzierung bleibt für die weitere erfolgreiche Entwicklung der Universität und den Erhalt ihrer Innovationskraft essentiell. Mögliche Kürzungen könnten sich langfristig negativ auf die Reputation und die Leistungsfähigkeit der Institution auswirken.

Die Universität engagiert sich aktiv für den Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in Innovationen und die Gründung von Spin Offs, um einen positiven Einfluss auf die Gesellschaft zu erzielen. Das 2018 gegründete Innovation Office unterstützt Studierende und Forschende beim Aufbau unternehmerischer Kompetenzen, koordiniert Förderangebote und stärkt Kooperationen mit der Privatwirtschaft. Bisher wurden 56 Unternehmen gegründet, von denen 52 noch aktiv sind. Diese Startup bieten über 1’400 hochwertige Arbeitsplätze und haben Investitionen von über 1,5 Milliarden Franken in der Region generiert.

Wichtige Einrichtungen wie das Europa-Institut Basel und das Institut für Bio- und Medizinethik fokussieren auf gesellschaftlich relevante Themen und arbeiten eng mit verschiedenen Partnern an Forschungsprojekten zusammen. Die Strategie 2022 bis 2030 der Universität fördert diesen interdisziplinären Ansatz durch neue Studiengänge und Kooperationen mit Fachhochschulen. Entscheidend für das Ranking der Universität im nationalen und internationalen Vergleich sind nicht nur herausragende Forschungsergebnisse, sondern auch die Qualität von Lehre und Forschung insgesamt. Zur Qualitätssicherung in Lehre und Forschung setzt die Universität auf wissenschaftliche Beratung durch internationale Gremien sowie jährliche Standortgespräche mit den Fakultäten, sie sichert die exzellente Ausbildung der Studierenden im nationalen und internationalen Kontext.

Die Rektorin informierte die IGPK über die Herausforderungen im Zusammenhang mit den propalästinensischen Demonstrationen, einschliesslich der Besetzung von Universitätsgebäuden. Die Universität sah sich gezwungen, in einer belasteten Krisensituation zu handeln. Sie ist nun gefordert, die Ereignisse zu analysieren, um in zukünftigen Krisen handlungsfähig zu bleiben. Die IGPK ist überzeugt, dass es sinnvoll ist, auch in möglichen zukünftigen Konfliktsituationen Dialogangebote zu unterbreiten. Hervorzuheben ist, dass Professorinnen und Professoren dies angeboten haben und weiterhin anbieten im Wissen, dass der Dialog entscheidend zum Abbau von Spannungen beitragen kann. Angesichts der Dynamik und der Unsicherheiten in der heutigen Welt ist es wichtig, dass die Universität darauf vorbereitet ist, auch in herausfordernden Zeiten als vertrauenswürdige Instanz wahrgenommen zu werden und das Vertrauen anderer in ihre Entscheidungen zu stärken und zu erhalten.

Bezüglich des Baufortschritts des Departements Biomedizin wurde die IGPK im Rahmen der jährlichen Berichterstattung darüber informiert, dass ist der Baubeginn des neuen Departements Biomedizin aufgrund fehlender Genehmigungen verzögerte. Diese Verzögerung führte zu Mehrkosten und notwendigen Anpassungen im Bauablauf. Die Projektverantwortlichen wiesen auf die bestehenden Kostenrisiken hin, während die bisherigen Auftragsänderungen und Termine im geplanten Rahmen liegen. Die Zusammenarbeit zwischen Totalunternehmer und Universität wird als konstruktiv und lösungsorientiert beschrieben.

In der Sitzung beantwortete die Rektorin auch gezielte Fragen der IGPK zu weiteren Themen. Zum Fachbereich Urban Studies gab sie eine detaillierte Darstellung der Ereignisse und hob die Bedeutung der objektiven wissenschaftlichen Arbeitsweise hervor. Zudem präsentierte sie den Bericht zur Überprüfung wissenschaftlichen Standards in den Urban Studies und anderen Bereichen. Diese Überprüfung ergab verschiedene Herausforderungen, jedoch keine grundsätzliche Defizite im Qualitätsmanagement der philosophisch-historischen Fakultät und der Universität. Zukünftige Schritte sind die Eingliederung des Fachbereichs Urban Studies in die philosophisch-historische Fakultät und die Erweiterung des Code of Contacts um ethische Richtlinien in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Die IGPK ist sich mit der Universitätsleitung einig, dass die Ombudsstelle der Universität, die für Beschwerden in inneruniversitären Angelegenheiten zuständig ist, bei den Universitätsangehörigen und den Studierenden besser bekanntgemacht werden muss.

Die IGPK liess sich auch über die aktuelle Entwicklung des Budgets 2024 informieren. Zu Beginn dieses Jahres gab die Universität bekannt, dass sie für 2024 laufende Reserven im Umfang von 43,9 Millionen Franken einsetzen muss, um es ausgeglichen zu gestalten. Diese erhebliche finanzielle Belastung resultiert aus Ertragsausfällen in der Grundfinanzierung und den nicht vorhersehbaren Teuerungsentwicklungen in den Jahren 2022 und 2023. Die Universität evaluiert derzeit Massnahmen im Bereich des Studierendenmarketings, der Gehälter und der Zweckbindung der Mittel für Lehre und Forschung. Darüber hinaus suchen die Regierungsvertreter den Dialog auf Bundesebene, um gemeinsam Lösungen zu entwickeln.

Die IGPK wurde im Hearing des Swiss TPH umfassend informiert über seine Rolle in der globalen Gesundheit, insbesondere in der Entwicklung von Medikamenten gegen tropische Krankheiten, wo Basel als Hotspot gilt und im aktiven Austausch zwischen Forschung und Politik, insbesondere auf dem Afrikanischen Kontinent, wo sich in hohen Ämtern Alumni des Swiss TPH befinden. In seiner strategischen Ausrichtung hat das Swiss TPH fünf Themen zur Bekämpfung tropischer sowie nicht übertragbarer Krankheiten für die Jahre 2025 bis 2028 definiert. Das neue Zentrum für Tropical and Travel Medicine konnte im Turmhaus am Aeschenplatz erfolgreich eröffnet werden, und im ersten Jahr wurden über 18’000 Beratungen durchgeführt. Das Swiss TPH musste im Berichtsjahr einen Betriebsverlust von 800’000 Franken hinnehmen. Das Eigenkapital reduzierte sich von 8,4 Millionen auf 7,6 Millionen Franken. Um die finanzielle Stabilität zu gewährleisten, werden nun gezielt Prioritäten gesetzt und verschiedene Sparmassnahmen eingehend geprüft. Dabei soll das Eigenkapital

nicht unter 6 Millionen Franken sinken. Trotz des Verlustes befindet sich das Swiss TPH nicht in einem Liquiditätsengpass. Die Finanzierung des Swiss TPH erfolgt mit einem Anteil von insgesamt 21,8 Prozent durch Beiträge der Trägerkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft sowie des Bundes. Darüber hinaus finanziert sich das Swiss TPH zu eindrücklichen 78,2 Prozent aus erfolgreich kompetitiv eingeworbenen Drittmitteln.

Die Universität steht, wie im vorliegenden Bericht dargelegt, vor enormen finanziellen Herausforderungen, die nicht ignoriert werden dürfen. Die finanziellen Reserven sind nahezu erschöpft, was die kommende Entwicklung der Institution stark gefährdet. Eine dringende Erhöhung des Globalbeitrags für die Jahre 2026 bis 2029 ist dringend notwendig, um die Entwicklung der Universität zu sichern und im Hochschulvergleich nicht ins Hintertreffen zu geraten. Steigende Studierendenzahlen jetzt im Herbstsemester 2024/2025, wo interessanterweise kantonal betrachtet der Kanton Basel-Landschaft 21 Prozent der Immatrikulierten stellt, gefolgt von 16 Prozent aus dem Kanton Basel-Stadt, je 14 Prozent aus den Kantonen Aargau und Solothurn, 23 Prozent aus der übrigen Schweiz und beeindruckende 26 Prozent aus dem Ausland. Dies belegt die Attraktivität der Universität. Diese diversifizierte Zusammensetzung der Studierendenschaft ist ein hervorragendes Zeichen für die nationale und internationale Anziehungskraft und die Wettbewerbsfähigkeit der Universität. Darüber hinaus belegen die zahlreichen Auszeichnungen, die Forschende der Universität Basel für ihre wissenschaftlichen Arbeiten erhalten haben, eindrucksvoll das herausragende Engagement der Institution für Wissenschaft und Gesellschaft. Diese Anerkennungen spiegeln sich ebenfalls in einer überaus hohen Drittmittelquote wider, die es der Universität ermöglicht hat, Projekte zu initiieren und innovative Ansätze zu verfolgen.

Die Universität spielt eine zentrale Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung und den Wissenschaftsaustausch in der Region Basel. Die Stärkung ihrer finanziellen Basis ist deshalb entscheidend, um ihren bedeutenden Einfluss auf Bildung und Gesellschaft langfristig zu gewährleisten. Investitionen in die Universität sind Investitionen in die ganze Region.

Damit möchte ich meine Ausführung zum Berichtsjahr der Universität 2023 beenden. An dieser Stelle möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen der IGPK Universität für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit herzlich bedanken. Mein Dank geht auch an die Verantwortlichen der Universität und der Swiss TPH sowie an die beiden Verwaltungen Basel-Stadt und Basel-Landschaft für ihren unermüdlichen Einsatz und die geleistete wertvolle Arbeit.

Die IGPK hat den Bericht einstimmig verabschiedet und bittet Sie, von diesem Bericht Kenntnis zu nehmen. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt eines gleichlautenden Beschlusses des Landrats, der den Bericht für morgen traktandiert hat.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für den Regierungsrat spricht Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Gerne ergänze ich das Votum der Präsidentin der IGPK um einige Schlaglichter, die noch einmal aus Sicht des Regierungsrates besonders herauszustreichen sind. Die Universität Basel unterstreicht ihr Profil als Forschungsuniversität durch ihre beeindruckende Drittmittelquote. Die Präsidentin der IGPK hat es erwähnt, 2023 wurden rund 194 Millionen Franken für Projekte eingeworben. Jeder vierte Franken, der an der Universität umgesetzt wird, stammt aus Drittmitteln. Die Studierendenzahlen, die in der letzten Zeit stagniert sind, zeigen 2023 einen deutlichen Aufwärtstrend, der sich in diesem Jahr erfreulicherweise bestätigen durfte. 2023 waren 13’006 Studierende an der Universität Basel eingeschrieben.

Die von der Rektorin vorangetriebene Start-Up-Förderung trug im Berichtsjahr 2023 zum ersten Mal medial wirksame Früchte. Die T3 Pharmaceuticals AG, die aus einer Forschungsinitiative am Biozentrum entstanden ist, wurde an das deutsche Pharmaunternehmen Böhringer Ingelheim verkauft. Die hochwertigen Arbeitsplätze am Switzerland Innovation Park Basel Eria in Arlesheim bleiben erhalten.

Ein paar Worte zur Rechnung für das Jahr 2023: Die Betriebsrechnung schliesst wie im Vorjahr schon mit einem Fehlbetrag von rund 10 Millionen Franken. Wesentlicher Grund hierfür ist auf Ausgabenseite die Teuerung, die einen Anstieg des Personalaufwands um 15 Millionen Franken verursacht hat. Die Einnahmenseite stagniert, da sowohl die Bundesbeiträge wie auch die Beiträge der anderen Kantone rückgängig sind. Das ausgewiesene Jahresergebnis der Universität umfasst schliesslich Betriebs-, Finanz- und ausserordentliches Ergebnis. Ohne eigenständige Stiftungen und Vereine beträgt das Defizit 7,7 Millionen Franken.

Da bedeutsame zweckgebundene Mittel eingesetzt wurden, kommt es in der Bilanz zu einem gegenläufigen Effekt. Trotz des negativen Jahresergebnis resultiert ein positives Bilanzergebnis: Das freie Eigenkapital ist 2023 um 6,3 Millionen Franken gestiegen. Die Herausforderungen der Universität, allen voran die durch Teuerung steigenden Personalkosten und stagnierende Beiträge durch Bund und andere Kantone sind Thema der aktuellen Verhandlungen für die Leistungsperiode 2026 bis 2029. Die IGPK wird wie üblich fortlaufend über die erreichten Meilensteine informiert. Ich bedanke mich der Kommission für die gute Zusammenarbeit und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine Wortmeldungen der Fraktionen oder Einzelvoten vor. Damit kommen wir nochmals zum Regierungsrat, er verzichtet und die Kommissionssprecherin Catherine Alioth verzichtet ebenfalls.

Eintreten ist obig obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Detailberatung und Abstimmung.

**Schlussabstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

**Ergebnis der Abstimmung**

**91 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004530, 16.10.24 09:47:13]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

1. Der Bericht 2023 zum Leistungsauftrag der Universität Basel wird gemäss § 19 lit. b des Staatsvertrags über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel (Universitätsvertrag) vom 27. Juni 2006 zur Kenntnis genommen.

2. Ziffer 1 dieses Beschlusses steht unter dem Vorbehalt eines gleichlautenden Beschlusses des Landrates des Kantons Basel-Landschaft.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir haben auch hier einstimmige Zustimmung mit 91 Ja-Stimmen.

## 8. Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2025–2028 Vierkantonales Geschäft

[16.10.24 09:47:27, 24.0776.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Bildungs- und Kulturkommission BKK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an die Präsidentin der BKK Franziska Roth.

*Franziska Roth (SP):* Nebst der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung, den Weiterbildungsangeboten und den Dienstleistungen bietet die FHNW als Kernauftrag eine praxisorientierte Ausbildung auf Bachelor- und Master-Stufe an. Die Forschungsaktivitäten des Instituts sind auf die Bearbeitung von praxisbezogenen Fragestellungen ausgerichtet und verfolgen das Ziel, Wertshöpfung zu erzeugen und zur Innovationsfähigkeit von Unternehmen und Organisationen beizutragen. So ist die FHNW Innovationstreiberin für Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur und nimmt entsprechend einen wichtigen Stellenwert ein.

Die FHNW ist bisher auf Effizienz getrimmt worden. Daher sind die Durchschnittskosten im Vergleich mit anderen Ausbildungsinstitutionen tief. Leider findet seit einigen Jahren eine Abwanderung aus den Kantonen Aargau und Solothurn nach Bern, Luzern und Zürich statt, was problematisch ist und gestoppt werden muss. Angesichts des grossen Bedarfs an gut ausgebildeten Fachkräften und der erwähnten Problematik der starken Konkurrenz in der Fachhochschullandschaft formuliert der neue Leistungsauftrag folgende Entwicklungsschwerpunkte: Die Gründung einer Hochschule für Informatik, die Erweiterung der Hochschule für Technik, die Stärkung der Hochschule für Wirtschaft und die Verschiebung den Standorts der Pädagogischen Hochschule von Solothurn nach Olten. Die BKK kann die Gründe für diese Entwicklungsschwerpunkte nachvollziehen und unterstützt sie.

Besorgt zeigt sich die Kommission allerdings in Bezug auf die Minderung des Eigenkapitals. Bei der Behandlung des jetzt ablaufenden Leistungsauftrags wurde erklärt, dass aufgrund des eher kurzen Bestehens der FHNW die richtige Grösse des

Eigenkapitals noch schwierig zu beziffern sei, dass in Anbetracht der Grösse der FHNW ein Eigenkapital von 30 Millionen wohl etwas zu gering sei, da so externe Schocks nur bedingt abgefedert werden können. Dass in Vergangenheit Überschüsse, die über die Eigenkapitaldecke von 30 Millionen erwirtschaftet wurden, für die Finanzierung des jeweils folgenden Leistungsauftrags herangezogen worden sind, kann die BKK nachvollziehen. Dass das Eigenkapital in der nun ablaufenden Leistungsperiode aber auf 19,8 Millionen Franken geschrumpft ist und vorgesehen ist, dass in der folgenden Leistungsperiode das Eigenkapital höchstwahrscheinlich noch weiter schrumpfen wird, ist aus Sicht der BKK alles andere als optimal.

Dass die FHNW ihr Eigenkapital so stark schrumpfen lassen muss, hat damit zu tun, dass die FHNW einen höheren Finanzierungsbedarf ausweist. Dieser Finanzierungsbedarf in der Höhe von einer Milliarde und 2,2 Millionen Franken wurde zwar von den Regierungen aller Trägerkantone anerkannt, kann aber, weil zwei Trägerkantone wegen ihrer finanzpolitischen Situation ein Kostendach von 995 Millionen Franken festgelegt haben, nicht ausfinanziert werden. Die FHNW muss die Differenz von 7,2 Millionen Franken über ihr Eigenkapital finanzieren. Dazu kommt, dass 50 Prozent der künftigen Teuerung auf den Lohnaufwand ebenfalls durch das Eigenkapital ausfinanziert werden muss. Die andere Hälfte der Teuerung wird über die Trägerkantone finanziert.

Aus heutiger Sicht wird das Eigenkapital am Ende dieser Leistungsperiode nahezu vollständig aufgebraucht sein. Nebst diesem Verbrauch des Eigenkapitals wird die FHNW aber auch mittels einer Verzichtsplanung und via Kürzungen und Kompensationen Kosten von rund 83 Millionen Franken einsparen müssen. Dass sich die FHNW derzeit mit zahlreichen Risiken konfrontiert sieht, die nebst der Teuerung und der höheren Miet- und die Energiekosten auch die Sparmassnahmen des Bundes im Bereich der Grundfinanzierung und die noch ausstehende Anpassung der Beiträge an die Hochschulen im Rahmen der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung beinhalten, kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Institution innerhalb der Leistungsperiode ausserordentliche Beiträge gemäss den kantonalen Vorschriften beantragen muss.

Die BKK zeigt sich, wie bereits gesagt, besorgt über diesen grossen Verzehr des Eigenkapitals. Für die FHNW wird es so in Zukunft schwieriger, auf finanzielle Herausforderungen zu reagieren, was die Institution in ihrer Entwicklung hindern könnte. Die BKK fordert darum, dass die Eigenkapitalstrategie der FHNW überprüft wird. Ansonsten unterstützt die BKK die Institution, welche sich mit ca. 13’000 Studierenden als drittgrösste Fachhochschule der Schweiz etabliert hat, ausdrücklich und empfiehlt einstimmig, sowohl dem Leistungsauftrag wie auch dem Globalbeitrag zuzustimmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für den Regierungsrat spricht Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Mit dem Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2025 bis 2028 an die FHNW berät der Grosse Rat heute ein Geschäft von einer grossen Tragweite, sowohl für die FHNW wie auch für die vier Trägerkantone. Die Trägerkantone verpflichten sich, der FHNW in den kommenden vier Jahren einen Globalbeitrag von 995 Millionen Franken auszurichten. Auf der anderen Seite erhält die FHNW mit der Erneuerung und Aufstockung des Globalbeitrags um 57,5 Millionen Franken nicht nur die notwendige Planungssicherheit, sondern auch die Möglichkeit, gezielt in ihr Angebot zu investieren.

Die Gründung einer neuen Hochschule für Informatik, die Erweiterung der Hochschule für Technik in den Bereichen Umwelt und die Stärkung der Hochschule für Wirtschaft sind wichtige Vorhaben, die die Träger gemeinsam mit der FHMW definiert haben. Es sind Entwicklungsziele, die die Standorte der FHNW im Aargau und in Solothurn gegenüber der Konkurrenz in Bern, Zürich und Luzern und damit auch die FHNW als ganzes stärken. Von dieser Erweiterung profitiert der Kanton Basel-Stadt ganz direkt. So erhält er auf dem Dreispitz im Neubau der Hochschule für Wirtschaft den Zweitstandort für die Hochschule für Informatik, was für die hiesige Region einen grossen Gewinn darstellt. Schön.

Ich bin froh, dass auch die BKK diese Entwicklungsschritte als gezielte Stärkung der FHNW anerkennt. Die BKK zeigt sich in ihrem Bericht zum Ratschlag jedoch besorgt über die Eigenkapitalsituation der FHNW. Ich verstehe diese Sorgen. Gleichzeitig bin ich zuversichtlich, dass der zum Beschluss vorliegende Globalbeitrag eine gute Ausgangsposition für eine stabile Entwicklung der FHNW bildet. Basel-Stadt hätte es angesichts der von den Trägerkantonen in Auftrag gegebenen neuen Entwicklung zwar begrüsst, wenn sich die Träger auf einen höheren Beitrag hätten einigen können. Es waren harte, aber transparente und faire Verhandlungen. Alles in allen tragen sie dem Entwicklungsbedarf der FHNW wie auch den unterschiedlichen finanzpolitischen Situationen in den Kantonen Rechnung.

Ein klarer Erfolg ist die Zusicherung an die FHNW, dass fast 50 Prozent der kommenden Teuerung von den Träger finanziert werden. Wie im vierkantonalen Bericht ausgeführt, kann mit dieser Regelung eines der Risiken, das in der laufenden Leistungsauftragsperiode 2021- 2024 hohe Kosten ausgelöst hat, in der kommenden Leistungsauftragsperiode abgefedert werden. Geplant ist in diesem Zusammenhang auch eine Überprüfung und Neuefinition der Eigenkapitalvorgabe der Träger. Das berechtigte von der BKK vorgebrachte Anliegen ist also bereits aufgenommen.

Vor diesem Hintergrund gehen die Regierungen davon aus, dass die Finanzierung der FHNW in der kommenden Leistungsauftragsperiode gewährleistet ist. Auch die FHNW schaut zuversichtlich in die Zukunft. Sollte es gegen alle

Erwartungen zu einem finanziellen Engpass kommen, sieht der Staatsvertrag die Möglichkeit von ausserordentlichen Beiträgen vor.

Der Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2025 bis 2028 an die FHNW wurden in den Kantonen Aargau, Solothurn und Basel-Landschaft schon beschlossen. Ich bedanke mich bei der Kommission für die gute Zusammenarbeit.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die Fraktion FDP spricht Erich Bucher.

*Erich Bucher (FDP):* Als Präsident der interparlamentarischen Kommission der FHNW ist es mir ein Anliegen, Ihnen noch kurz aufzuzeigen, welche Rolle die IPK bei der Erarbeitung des Leistungsauftrages gespielt hat, weil vielen hier im Saal dies vermutlich nicht bewusst ist. Ich möchte dabei nicht auf den Inhalt des Leistungsauftrages eingehen. Die Präsidentin der BKK so wie der zuständige Regierungsrat, haben diesen ja bereits bestens dargestellt. Ich danke dafür.

Die IPK traf sich an drei Sitzungen um mit den Regierungsvertretern der vier Kantone, dem sogenannten RRA Regierungsratsausschuss, um den Inhalt und die Finanzvorgaben des Leistungsauftrages mitzugestalten. Bereits im letzten November konnte die Kommission verschiedene inhaltliche Änderungsanträge einbringen, welche grossmehrheitlich umgesetzt wurden. Im letzten Frühling setzte sich die Kommission mit den finanziellen Vorgaben der FHNW auseinander. Diese Diskussion führte dazu, dass der damalige Vorschlag zum Leistungsauftrag von den Regierungsvertretern und den Verwaltungen überarbeitet werden musste. Und schlussendlich im letzten Juni segnete die Kommission dann den Ihnen heute vorliegenden Leistungsauftrag ab.

Die IPK FHNW schätzte die Möglichkeit, dass sie bei der Ausarbeitung mitwirken konnte und dabei die Vertraulichkeit bis am Schluss des Prozesses einhalten konnte. Wären Informationen aus der IPK nach aussen gelangt, würde die Regierung diesen Prozess wohl nicht mehr so handhaben.

Zum Schluss möchte ich dem Regierungsausschuss und den involvierten Personen der Verwaltung für die ausgezeichnete Zusammenarbeit danken. Es wäre aus meiner Sicht begrüssenswert, wenn dieser Prozess auch bei der Universität Basel so durchgeführt werden könnte. Der Fachhochschule wünsche ich viel Erfolg in der anspruchsvollen Umsetzung dieser Vorgaben. Selbstverständlich empfehle ich auch, wie die BKK diesen Leistungsauftrag zu genehmigen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die Fraktion LDP spricht Catherine Alioth.

*Catherine Alioth (LDP):* Die Kommissionspräsidentin hat ausführlich berichtet. Ich möchte noch zwei Punkte hervorheben, die für die künftige Entwicklung der FHNW von grundlegender Bedeutung sind. Wir müssen uns bewusst sein, dass die nächsten vier Jahre für die FHNW in finanzieller Hinsicht äusserst anspruchsvoll sein werden. Geplant werden unter anderem Weiterentwicklungen in den Bereichen Informatik, Wirtschaft und Technik. Diese Vorhaben müssen jedoch ausreichend finanziert werden, damit sie vollumfänglich umgesetzt werden können. Besonders hervorzuheben ist die geplante Präsenz der Hochschule für Informatik mit einem Nebenstandort in Basel-Stadt. Das ist ein wichtiger Schritt, um den Studierenden und der regionalen Wirtschaft neue Perspektiven zu eröffnen und gleichzeitig die Attraktivität der Fachhochschule zu steigern.

Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen möchte, ist das Eigenkapital der FHNW. Es ist bedauerlich, aber unumgänglich, dass dieses in den nächsten Jahren stark abnehmen wird oder dass die FHNW am Ende der Globalperiode 2028 gar kein Eigenkapital mehr haben wird. Grund dafür ist, wir haben es gehört, dass die FHNW die satte 50 Prozent der Teuerung über ihr Eigenkapital finanzieren muss. Der Bund verzichtet gänzlich auf einen Teuerungsausgleich. Auch die Kantone haben sich bei den Verhandlungen im Rahmen des Globalbeitrags 2025 bis 2028 knausrig gezeigt. Diese Entwicklung ist in der Tat problematisch und wirft Fragen auf hinsichtlich der Risikofähigkeit der FHNW und ihre Zukunftsfähigkeit. Sie wirft aber auch Fragen und auch Besorgnis auf, wie sich der Kanton Basel-Landschaft hinsichtlich der Erneuerung des Universitätsvertrags positionieren wird.

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen ist die LDP-Fraktion optimistisch, dass die FHNW aufgrund ihres hervorragenden Rufs in der akademischen und wirtschaftlichen Landschaft in der Lage sein wird, substanzielle Drittmittel zu akquirieren. Zudem bestehen grosse Hoffnungen, dass die FHNW vermehrt Kooperationen mit der Wirtschaft eingehen kann. Diese Partnerschaften könnten nicht nur eine finanzielle Entlastung bringen, sondern auch dazu beitragen, den Wissenstransfer zwischen den akademischen Institutionen und den Unternehmen zu intensivieren.

Die LDP-Fraktion stimmt den Ausgaben für die Weiterentwicklung der FHNW, die mit dem neuen Leistungsauftrags angestossen wird, zu und nimmt die Eignerstrategie 2025 bis 2028 des Kanton Basel-Stadt für die FHNW zur Kenntnis.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die Fraktion SVP spricht Jenny Schweizer.

*Jenny Schweizer (SVP):* Aus Sicht der SVP spricht nichts für eine Zurückweisung. Deshalb heissen wir den Leistungsauftrag 2025 bis 2028 für die FHNW gut.

Die FHNW gehört zu den grössten und profiliertesten Fachhochschulen der Schweiz. Was uns Sorge bereitet, sind die vielen Abwanderungen nach Bern, Luzern und Zürich, die die Belegung in Solothurn an ihrem pädagogischen Hochschulstandard so minimiert hat, dass dieser nun nach Olten verlegt werden muss, was wiederum mit Kosten wegen eines nötigen Erweiterungsbaus verbunden sein wird, die jedoch erst nach dieser Leistungsperiode anfallen werden.

Unsere zweite Sorge gilt den unstabilen finanziellen Verhältnissen einiger Trägerkantone. So gilt für Basel-Landschaft und Solothurn das Kostendach von 545 Millionen als absolutes Maximum. Das wiederum hat zur Folge, dass das Eigenkapital der FHNW, wir haben es bereits mehrfach gehört, Ende Leistungsperiode praktisch aufgebraucht sein wird.

Wir schliessen uns somit dem Votum der BKK-Präsidentin und dem Bericht an, dass die FHNW nur ein moderates Wachstum für die nächste Periode anstreben soll.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ginge das Wort nochmals an Regierungsrat Mustafa Atici, er verzichtet, die Präsidentin der Kommission Franziska Roth verzichtet ebenfalls.

Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen zur Detailberatung und Abstimmung.

**Schlussabstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

**Ergebnis der Abstimmung**

**86 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004532, 16.10.24 10:05:55]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

1. Der Leistungsauftrag 2025–2028 der Regierungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn an die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) wird genehmigt.

2. Für den Trägerbeitrag des Kantons Basel-Stadt an die FHNW für die Leistungsauftragsperiode 2025–2028 wird eine Ausgabe von Fr. 204'693'868 mit folgenden Jahrestranchen bewilligt: 2025: Fr. 50'471'048, 2026: Fr. 50'867'572, 2027: Fr. 51'597'825, 2028: Fr. 51'757'423. Auf dem Lohnaufwand der FHNW (Bruttolöhne inklusive Arbeitgeberbeiträge des Vorjahres) wird jährlich zu 50% ein Teuerungsausgleich gewährt (Veränderung Landesindex für Konsumentenpreise September des Vorvorjahres gegenüber September des Vorjahres). Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um diese indexbedingten Mehr- und Minderaufwendungen.

3. Die Eignerstrategie 2025–2028 des Kantons Basel-Stadt für die Fachhochschule Nordwestschweiz wird zur Kenntnis genommen.

4. Die Beschlüsse 1 und 2 stehen unter dem Vorbehalt, dass die Parlamente der Kantone Aargau, Basel-Landschaft und Solothurn im gleichen Sinne entscheiden.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Grossratsbeschluss wurde angenommen mit 86 Ja-Stimmen, keiner Neinstimme und einer Enthaltung.

## 9. Volkshochschule und Senioren Universität beider Basel (VHSBB): Erneuerung der Leistungsvereinbarung für die Jahre 2025–2028 - Partnerschaftliches Geschäft

[16.10.24 10:06:08, 24.0894.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die BKK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das wird erläutert von Franziska-Roth, Präsidentin der BKK.

*Franziska Roth (SP):* Ich darf Ihnen mündlich zum Ratschlag zur Volkshochschule und der Seniorenuniversität berichten. Die BKK hat das Geschäft an einer gemeinsamen Sitzung mit der BKSK des Landrats vorstellen lassen. Die Stiftung Volkshochschule und Seniorenuniversität beider Basel ist eine gemeinnützige Stiftung, deren Stifter die beiden Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt sind. Sie hat zum Ziel, den Zugang zur Allgemeinbildung im Bereich der Grundbildung, der Sprachenkenntnisse und des wissenschaftlich fundierten Wissens für alle zu ermöglichen. So bietet die Volkshochschule und Seniorenuni Sprachkurse, allgemeine Kurse, die vielfältige Wissensbereiche abdecken, Kurse für die Erweiterung der Grundkompetenzen wie Lese- und Schreibkenntnisse, Kenntnisse in Alltagsmathematik und die grundlegende Anwendung der Informations- und Kommunikationstechnologie, dies um die Teilnahme in Beruf und Gesellschaft zu vereinfachen, an. Als vierter Bereich bietet die Institution das Unifenster mit der Seniorenuni und der Samstagsuni an. Im Jahr 2022/23 nahmen gut 8’900 Personen an 618 Kursen teil. Obwohl steigend, sind die Teilnehmer:innenzahlen noch etwas tiefer als vor Corona. Entsprechend sind auch die Einnahmen aus den Kursgeldern und somit auch der Selbstfinanzierungsgrad noch tiefer als vor Corona.

Der Antrag für die Weiterführung der Finanzhilfe der Volkshochschule basiert auf ihrer Strategie 2025 bis 2028. In dieser Strategie ist festgehalten, dass die Institution weiterhin ein breites Bildungsangebot anbieten möchte, dass sie aber auch neue Formate und Kommunikationskanäle erschliessen möchte, um neue Zielgruppen anzusprechen. Die Volkshochschule sieht da vor allem Personen zwischen 45 und 65 Jahren und Personen mit Migrationshintergrund vor. Zudem werden in der Strategie zwei hauptsächliche Herausforderungen genannt: Einerseits geht es darum, die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit langfristig bewahren zu können, und andererseits möchte man das Niveau von vor Corona wieder erreichen. Auch wenn die Zahlen im Moment noch tiefer sind, zeigen sie einen steigenden Trend, und die Verantwortlichen der Volkshochschule sind zuversichtlich, dass sie die Ziele der Strategie erreichen können.

Für die Berechnung der neuen Finanzhilfe hat als Ausgangslage der bisherige Globalbeitrag gedient. Beide Kantone haben sich darauf verständigt, die teuerungsbedingten Mehrkosten der Lohnaufwände für das gemäss Stellenplan angestellte Personal anzuerkennen. Somit steigt der bikantonale Globalbeitrag für die Jahre 2025 bis 2028 um 190’000 Franken. Zudem werden zum Ausgleich der prospektiven Teuerung zusätzliche Mehrausgaben von 104’000 Franken anerkannt. Der Aufteilungsschlüssel zwischen zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft richtet sich usanzgemäss nach dem Verhältnis der in den beiden Kantonen wohnhaften Teilnehmenden. Massgebend ist die Anzahl der Teilnehmenden in den vergangenen vier Jahren. Aus dem Kanton Basel-Stadt haben 11’867 Personen und aus dem Kantons Basel-Landschaft 11’336 Personen Kurse die Erfolgshochschule besucht. Das ergibt einen Aufteilungsschlüssel von 51,1 Prozent für Basel-Stadt und 48,9 Prozent für Basel-Landschaft.

Obwohl die genannten Mehrkosten von beiden Kantonen anerkannt worden sind, sieht sich der Kanton Basel-Landschaft aus finanzpolitischen Gründen nicht in der Lage, den Mehrbedarf auszufinanzieren und hält darum am bisherigen Betrag fest. Der Kanton Basel-Stadt hält gleichbleibende Trägerbeiträge angesichts der grossen Herausforderungen, mit denen die Volkshochschule und Seniorenuniversität beider Basel konfrontiert ist, für nicht vertretbar. Der Regierungsrat schlägt darum dem Grossen Rat die Erhöhung der Finanzhilfe auf der Basis des anerkannten Bedarfs vor. Allerdings übernimmt Basel-Stadt keine Finanzierungsanteile des Kantons Basel-Landschaft. Das Risiko trägt somit die Institution, die aber gemäss eigenen Aussagen damit umgehen kann.

Die BKK schätzt das Angebot und die Arbeit der Volkshochschule und Seniorenuniversität beider Basel sehr und unterstützt darum den Antrag für die Erneuerung und Erhöhung der Finanzhilfe von insgesamt 3'127’400 Franken mit 12 Stimmen bei einer Enthaltung. Dass der Kanton Basel-Landschaft seinen Erhöhungsanteil an der gemeinsamen Institution nicht ausfinanzieren wird, nimmt die Kommission kritisch zur Kenntnis. Da dieses Vorgehen leider vermehrt zum Tragen kommt, empfiehlt die Kommission dem Regierungsrat, eine Strategie zu entwickeln, wie bei bikantonal finanzierten Geschäften mit den unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten der beiden Kantone umgegangen werden kann.

Ich bitte Sie entsprechend dem Antrag des Regierungsrats und der BKK zu folgen und dem Geschäft zuzustimmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Die aktuelle Leistungsauftragsperiode der Volkshochschule beider Basel läuft per Ende 2024 aus und muss für die Jahre 2025 bis 2028 erneuert werden.

Die siebte Leistungsauftragsperiode, die 2025 beginnt, wurde Ihnen per Ratschlag am 26. Juni überwiesen. Die Bedeutung der Volkshochschulidee ist unbestritten. Lassen Sie uns trotzdem kurz zurückblicken. 1919 hatte die Universität Basel angefangen, bestimmte Kurse für alle Bevölkerungskreise zu öffnen. Alle Fakultäten machten ihre Vorlesungen für ein interessiertes Publikum zugänglich und verfolgten damit die zukunftsweisende Strategie einer Demokratisierung von Bildung. Sie wollten wissenschaftliche Erkenntnisse nicht nur privilegierten Bildungseliten zugänglich machen, sondern allen Interessierten zur Verfügung stellen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft und Bildungsstand.

Nachdem die Kurse lange Zeit unter dem Namen Zentrum für Erwachsenenbildung und unter dem Dach der Universität Basel angeboten wurden, gibt es seit 1988 eine bikantonale Stiftung und eine partnerschaftliche Trägerstruktur. Seit 2001 wird die Volkshochschule mit jeweils vierjährigen bikantonalen Leistungsvereinbarungen geführt. So erfüllt sie ihren Auftrag, einen niederschwelligen und für alle offenen Zugang zu anspruchsvoller Allgemeinbildung zu ermöglichen. Eine Erfolgsgeschichte.

Nun machen wir einen Bogen und kommen zu den Fakten, die Ihnen im Ratschlag des Regierungsrates unterbreitet wurden. Aufgrund der aktuellen schwierigen Finanzhaushaltslage in unserem Nachbarkantons Basell-Landschaft weicht die Aufteilung der bikantonalen Globalbeiträge auf die beiden Stifterkantone vom etablierten Modell ab. Beide Kantone anerkennen aber, dass die Volkshochschule beider Basel mit exogenen Mehrkosten konfrontiert sind. Seitens Basel-Landschaft kann aufgrund der finanziellen Lage den Anträgen auf Erhöhung des Globalbeitrags nicht mit einem erhöhten Beitrag begegnet werden. Basel-Landschaft hält am Beitrag der Leistungsauftragsperiode 2021 bis 2024 von 743 Millionen Franken fest.

Wir in Basel-Stadt erachten gleichbleibende Trägerbeiträge angesichts der bedeutenden Herausforderungen, mit denen die Volkshochschule konfrontiert ist, für nicht vertretbar. Die Beiträge von Basel-Stadt orientieren sich daher am bikantonal anerkannten Bedarf und berechnen sich gemäss dem gebräuchlichen Aufteilungsschlüssel. Wie die Kommissionspräsidentin erwähnt hat weist der Regierungsrat darauf hin, dass der Kanton Basel-Stadt dabei keine Finanzierungsanteile von Basel-Landschaft übernimmt. Der Staatsbeitrag Basel steigt in der Legislaturperiode 2025 bis 2028 somit gemäss anerkanntem Bedarf moderat um 56’850 Franken an auf einen Beitrag von jährlich total 741’850 Franken.Somit resultiert ein bikantonaler Globalbeitrag von rund 1,5 Millionen Franken jährlich beziehungsweise 6 Millionen Franken über die vier Jahre 2025 bis 2028. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber der Periode 2021 bis 2024 von knapp vier Prozent. Die Erhöhung des Globalbeitrags ist im veränderten wirtschaftlichen Umfeld namentlich in der über vier Jahre kumulierten allgemeinen Teuerung begründet. Ich bitte Sie, diese Finanzbeiträge für Volkshochschule und Seniorenuniversität Basel zu bewilligen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Für die LDP hat sich Catherine Alioth gemeldet.

*Catherine Alioth (LDP):* Die LDP-Fraktion stimmt dem Globalbeitrag an die Volkshochschule und die Seniorenuniversität beider Basel zu.

Sie bedauert, dass der Kanton Basel-Landschaft den finanziellen Mehrbedarf nicht im gleichen Umfang wie der Kanton Basel-Stadt deckt. Basel-Stadt übernimmt ihren bikantonal anerkannten Bedarf, wir haben es gehört, und sie übernimmt keine Finanzierungsanteile des Kanton Basel-Landschaft. Dies führt zu einer Erhöhung des Globalbeitrags um 8 Prozent für Basel-Stadt.

Die LDP-Fraktion erachtet es als äusserst problematisch, dass der anerkannte Finanzbedarf der Grund als Grundlage für die Verhandlungen der nächsten Leistungsauftragsperiode dient. Durch dieses Vorgehen wird die Asymmetrie zwischen den Trägerschaften immer offensichtlicher und es kann nicht mehr von einer Parität, wie sie im Staatsvertrag festgehalten ist, gesprochen werden.

Die LDP-Fraktion appelliert daher an alle Beteiligten, nicht nach so genannten kreativen Lösungen zu suchen, die Gräben verursachen. Stattdessen fordert sie ein echtes Bekenntnis zu den gemeinsam getragenen Institutionen. Es ist an der Zeit, Verantwortung zu übernehmen und eine Lösung zu finden, die das Wohl unsererer gemeinsamen Institution und nicht zuletzt unserer Region in den Vordergrund stellt.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SVP hat sich Jenny Schweizer gemeldet.

*Jenny Schweizer (SVP):* Es handelt sich hierbei um eine Stiftung, die von Basel-Stadt und Basel-Landschaft gleichermassen gespiesen wird. Die Kurse decken vielfältige Wissensbereiche ab. Aufgrund der Teuerung gibt es eine Erhöhung des Globalbeitrages, wobei zu sagen ist, dass Basel-Landschaft dies nicht stemmen kann. Basel-Stadt bezahlt im Vergleich zur

letzten Vereinbarung 56’600 Franken pro Jahr mehr, Basel-Landschaft bleibt auf dem Niveau der bald vergangenen Leistungsperiode.

Es ist für uns sehr bedenklich, dass wir uns nun heute schon zum zweiten Mal dahingehend besorgt äussern müssen, dass unser Nachbarkanton seinen Verpflichtungen erschwert nachkommt. Es ist ja löblich, wenn der Kanton Basel-Landschaft uns versichert, dass er den ausstehenden Betrag bei der nächsten Leistungsvereinbarung nachbezahlen wird, falls sich seine finanzielle Lage bis dahin verbessert hat. Wir möchten aber davor warnen, dass die SVP-Fraktion nicht gewillt ist, zukünftigen Leistungsaufträgen zuzustimmen, wenn Basel-Landschaft seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. In der zweiten Runde verzichten der Regierungsrat und auch die Kommissionspräsidentin.

Eintreten ist nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses und zur Abstimmung.

**Schlussabstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

**Ergebnis der Abstimmung**

**91 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004534, 16.10.24 10:21:03]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

1. Für die Stiftung Volkshochschule und Senioren Universität beider Basel (VHSBB) werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von Fr. 3'127'400 (jährlich Fr. 781'850), nicht indexiert, bewilligt.

2. Der Beschluss unter Ziffer 1 gilt unter dem Vorbehalt eines entsprechenden Beschlusses des Landrats des Kantons Basel-Landschaft.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Dem Grossratsbeschluss wurde einstimmig zugestimmt mit 91 Ja-Stimmen.

## 10. Neuorganisation des Amts für Justizvollzug, Anpassungen beim Personal und Ausbau der Betreuung in Basler Justizvollzugseinrichtungen

[16.10.24 10:21:17, 23.1356.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidentin Barbara Heer.

*Barbara Heer (SP):* Menschen im Freiheitsentzug stehen in einem sehr engen Abhängigkeitsverhältnis zum Staat, der ihre Lebensumstände während der Haft weitgehend kontrolliert und auch für ihre Grundbedürfnisse verantwortlich ist. Deshalb ist die Wahrung der Grund- und Menschenrechte in Gefängnissen eine besondere staatliche Herausforderung und wir als Politik stehen in der Pflicht, durch geeignete Strukturen, Ressourcen und Kontrollmechanismen die bestmögliche Aufsicht und Betreuung sicherzustellen.

Ausgangslage für den vorliegenden Ratschlag ist ein starker Anstieg der Vollzugszahlen und auch verschiedenste Änderungen bei den gesetzlichen und konkordatlichen Erwartungen an den Justizvollzug, dann aber haben natürlich auch ein Einfluss die Kritiken von Menschenrechtsorganisationen, Anti-Folter-Kommission und die sich verändernde Rechtsprechung.

Die JSSK begrüsst die Neuorganisation der vorgeschlagenen Bereiche des Justizvollzugs und wir haben keine Änderungen gegenüber dem Antrag des Regierungsrates beschlossen. Wir beantragen Ihnen also 3,846 Millionen Franken für die notwendig gewordene Neuorganisation des Amts für Justizvollzug, für Anpassungen beim Personal und für den Ausbau der Betreuung in den Basler Justizvollzugseinrichtungen.

Wir haben uns an drei Sitzungen mit der Vorlage beschäftigt. Ich bedanke mich an dieser Stelle auch für die immer gute Zusammenarbeit mit der Vorsteherin des JSD und auch den zuständigen verantwortlichen im JSD, die uns Rede und Antwort gestanden sind. Wir haben uns zudem entschieden, als Kommission uns in Besuchen der Justizvollzugseinrichtungen ein besseres Bild zu machen. Wir sind da dankenswerterweise der Gefängnisleitungen begleitet worden oder sie haben uns das ermöglicht. Wir waren im Untersuchungsgefängnis Waaghof und im Gefängnis Bässlergut. Für uns war das wichtig, die meisten Menschen auch einschliesslich Politikerinnen und Politiker haben kaum Einblicke in den Alltag hinter Gittern, wenig Vorstellungen vom Alltag der Inhaftierten und den Bedingungen im Gefängnis. Deshalb waren diese Besuche wirklich wichtig, um sich auch als Kommission verantwortungsvoll mit diesem sensiblen staatlichen Handlungsfeld auseinanderzusetzen. Ich möchte mich auch bei den Kommissionsmitgliedern bedanken, dass sie sich auf diese Begegnung mit den Justizvollzugseinrichtungen eingelassen haben.

Ich gehe jetzt auf verschiedene Elemente dieser Neuorganisation ein. Zum einen wird eine vollamtliche Leitung geschaffen. Aktuell ist die Leitung des Amtes für Justizvollzug in Personalunion mit der Bereichsleitung Bevölkerungsdienst und Migration. Daraus resultiert eine sehr grosse Führungsspanne und breites Aufgabenspektrum. Die JSSK begrüsst es, dass die Regierung hier entschieden hat, eine vollamtliche Leitung einzusetzen.

Aus staatspolitischer sicherheitspolitischer Sicht ist der wohl wichtigste Teil des Ratschlags das Insourcing der privaten Sicherheitsdienstleistungen. Aktuell ist es ja so, dass Mitarbeitende der Securitas AG an verschiedenen Stellen zum Einsatz kommen, auch als Aushilfen in Aufsichts- und Betreuungsdiensten, also wirklich auch direkten Kontakt mit Inhaftierten haben. Wir begrüssen es, dass die Regierung hier eine Kursänderung möchte und unterstützen das und beantragen Ihnen, das auch zu unterstützen. Diese Zulässigkeit der Delegation des staatlichen Gewaltmonopols an Private war bereits 2019 in der JSSK ein intensiver Teil der Kommissionsberatung, damals im Rahmen der Beratung zum Justizvollzugsgesetz. Wir begrüssen das Insourcing vor allem aus drei Gesichtspunkten und argumentieren dabei ähnlich wie die Regierung. Erstens gehört das Gewaltmonopol in staatliche Hände. Zweitens gibt es deutliche Vorteile in der politischen und organisatorischen Kontrolle und Qualitätssicherung durch die Integration aller Mitarbeitenden in den Betrieb und drittens geht es auch um Qualifikation, also dass Personen, die beim JSD direkt angestellt sind, eine justizvollzugsspezifische Ausbildung gemacht haben, was eben Mitarbeitende der Securitas nicht haben. Das trägt zu einer gesteigerten Qualität in den Justizvollzugseinrichtungen bei. Das ist aus Sicht der JSSK politisch deutlich höher zu gewichten als Kosten, die jetzt durch das Insourcing halt anstehen. Die Lohnkosten der staatlichen Mitarbeitenden sind höher und es gibt etwas weniger Flexibilität bei Personalausfällen.

Ein weiter wichtiger Punkt ist die Stärkung der Aus- und Weiterbildung des Justizvollzugspersonals. Das begrüssen wir auch sehr. Das hat einen sehr hohen Stellenwert in diesem hoch sensiblen Bereich. Konkret geht es um die Aufstockung des Führungsanteils von bestehenden Gruppenleiter:innen, so dass diese dann mehr Zeit haben für die Betreuung von Neueinsteiger:innen oder für die Begleitung von Mitarbeitenden.

Durch die ganzen Änderungen und auch durch das Insourcing entstehen allerdings Personallücken, und wir bewilligen heute deshalb auch übergangsmässig Gelder für zwei Jahre, um diese temporär zu füllen. Möglicherweise muss dann die Regierung dafür wiederum auf die Securitas AG zugehen. Es könnte also sein, dass dieses Insourcing dann erst nach dieser Übergangsphase, anzunehmen ab 2027, umgesetzt ist. Aber das ist limitiert auf diese Überbrückung von zwei Jahren.

Aus Sicht der Haftbedingungen und der Lebenssituation der Betroffenen ist der wohl wichtigste Teil des Ratschlags der Ausbau der Betreuung in den Justizvollzugseinrichtungen, insbesondere der deutliche Ausbau des Sozialdienstes und die verbesserte Betreuung der vorläufig Festgenommenen, die sich ja in einer extremen Vulnerabilität und starken Stresssituationen befinden. Wir haben in diesem Zusammenhang auch verschiedene Nachfragen zu Statistiken zu Suiziden gestellt. Der Schweizer Strafvollzug hat ja die zweithöchste Suizidrate in Europa. Die Datenlage, um schlüssige kantonale Vergleiche zu ziehen, ist etwas knapp, aber laut Verwaltung liegen die Zahlen in Basel-Stadt im Schweizer Durchschnitt. Es lässt sich dann auch bemerken, dass der gesamte Ratschlag zu einer Stärkung der Betreuungsqualität beiträgt, was für die Suizidprävention wichtig ist, und nicht zuletzt eben deshalb ist es wichtig, dass der Sozialdienst über genügende Ressourcen verfügt.

Aktuell hat die Bewährungshilfe, die diesen Sozialdienst anbietet, nur gerade 150 Stellenprozent. Deswegen gibt es auch lange Wartefristen für die ersten Folgegespräche und es kann aktuell keine aufsuchende Sozialarbeit angeboten werden, sondern es können nur Menschen unterstützt werden, die sich selber melden oder wo das Gefängnispersonal Betreuungsbedarf erkennt. Die JSSK unterstützt, dass jetzt das Konzept geändert wird. Das entspricht auch den Empfehlungen der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen- und direktorenkonferenz. Es geht jetzt eben darum, mehr Ressourcen zu sprechen, 300 zusätzliche Stellenprozente, um eine aufsuchende soziale Arbeit zu ermöglichen.

Es gab dann Stimmen in der Kommission, die etwas skeptisch waren betreffend diese Zahlen, also ob diese 300 Stellenprozente tatsächlich reichen. Das JSD hat dies errechnet, auch aufgrund der Übernahme des Betreuungsschlüssels des Sozialdienstes Lenzburg als Vergleichsgrösse. Wir haben das dann etwas ausführlicher angeschaut. Es gab auch die Argumentation in der Kommission, dass ja gerade Basel-Stadt schweizweit die meisten unbedingten Freiheitsstrafen ausspricht, dass es aktuell lange Wartezeiten für geeignete Haftplätze psychisch kranker Inhaftierter gibt und es kam die Frage auf, ob diese Institutionen wirklich vergleichbar sind, eben auch wegen der Zunahme der versuchten Suizide seit 2021, insbesondere auch im Untersuchungsgefängnis Waaghof.

Die Verwaltung hat dann aber erläutert, dass es sowieso noch eher wenig Erfahrung gibt in dem Bereich, dass die Justizvollzugsanstalt Lenzburg eines der wenigen kantonalen Gefängnisse ist, das bereits seit längerer Zeit einen Sozialdienst hat und dass es okay ist, sich somit an diese mehrjährige Erfahrung anzulehnen. Auch ist die Zusammensetzung der Inhaftierten im Zentralgefängnis Lenzburg ähnlich den Basler Verhältnissen. Wir liessen uns dann von diesen Darlegungen so überzeugen.

Ein weiteres Thema, das in diesem Zusammenhang angeschnitten worden ist, ist die Thematik der Angehörigen der inhaftierten Personen. Mit den heute zu sprechenden Ressourcen wird auch ein Ausbau der Angehörigenunterstützung ermöglicht. Eine Arbeitsgruppe ist daran, die Empfehlungen des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements zur Thematik umzusetzen. Wir waren uns in der Kommission nicht einig, ob die vom JSD angekündigten Verbesserungen in der Angehörigenthematik bereits ausreichen oder nicht. Ein Teil der Kommission war der Meinung, dass es hier mehr Effort braucht und der Grosse Rat wird dann im Zusammenhang mit einem Anzug zur Thematik Stellung beziehen können im nächsten Monat.

Dann begrüssen wir auch die Verbesserung der Betreuungssituation der vorläufig Festgenommenen in den Vorzellen des Untersuchungsgefängnisses Waaghof. Das Aufsichtspersonal wird dort aufgestockt. Bislang war die Betreuung dieser Vorzelle minimal, was eben problematisch ist, weil insbesondere vorläufig festgenommene Menschen sich in einem besonderen Ausnahme- und Stresszustand befinden, weswegen hier die Betreuung äusserst wichtig ist, nicht zuletzt auch mit Blick auf Suizidprävention.

Dann gibt es auch Ausbaubedarf im Bereich der medizinischen Betreuung, im Bereich der seelsorgerischen Betreuung. Im Zusammenhang mit dem Zugang zur psychiatrischen Grundversorgung sind wir auch über die Thematik gestolpert, dass bisher weibliche Inhaftierte einen schlechteren Zugang hatten, was jetzt geändert wird. Die Verwaltung hat dann erläutert, dass bei 95 Prozent männlichen Inhaftierten die Bedürfnisse der weiblichen Inhaftierten manchmal oder oftmals sogar zu kurz kommen. Das warf in der Kommission durchaus auch Fragen auf, und der Wunsch wurde geäussert, dass dies natürlich so nicht sein sollte.

Den Ausbau der seelsorgerischen Betreuung haben wir in der Kommission auch diskutiert. Der Ausbau in der seelsorgerischen Betreuung ist aktuell eigentlich noch ungelöst. Es gibt aber auch eine Bedarfsstudie, die wirklich aufzeigt, dass es Bedarf gibt an Seelsorge in den Gefängnissen, der aktuell nicht gedeckt ist, und wir werden diesbezüglich auch im Grossen Rat diskutieren im Rahmen von einem Anzug von mir, der auf der Traktandenliste dieser Session steht.

Dann informiert die Regierung im Ratschlag auch über die Infrastrukturstrategie vom Justizvollzug. Die haben wir als JSSK auch grundsätzlich wohlwollend zur Kenntnis genommen, auch wenn wir da jetzt nicht im Detail oder zu Details Stellung nehmen. Es ist so, dass diese ganzen veränderten Anforderungen, insbesondere für Untersuchungshaft und Administrativhaft in einem Folgeschritt jetzt auch Anpassungen der Infrastruktur nötig machen. Es wird dann ein Ratschlag zu diesen Infrastrukturmassnahmen folgen und vielleicht kann die Regierungsrätin nachher noch ergänzen, ob wir diesen Ratschlag weiterhin für 2025 erwarten können.

Schlussendlich geht es hier darum, dass neu Einzelzellen als Standard in der Untersuchungshaft eingeführt werden sollen, es soll neu auch ein Phasenmodell mit differenziertem Haftregime in der Untersuchungshaft gehen. Dadurch sollen dann ein Teil der Untersuchungshaft, also Personen im dritten Regime, vom Untersuchungsgefängnis Waaghof neu ins Bässlergut verlegt werden, so dass das Untersuchungsgefängnis Waaghof entdichtet werden kann. Diese Entdichtung scheint der JSSK wirklich sehr sinnvoll. Wir konnten bei unserem Besuch im Untersuchungsgefängnis auch selber die beengten Verhältnisse kennenlernen und zum Beispiel auch selber spüren, wie dringlich und wichtig es ist, dass jetzt auch der Einbau der Lüftungen zügig umgesetzt wird.

Daneben gibt es verschiedene und veränderte Erwartungen rund um die Administrativhaft. Das JSD geht davon aus, dass eine Liberalisierung der Administrativhaft ansteht wegen rechtlichen Entwicklungen, Kritik auch der Antifolterkommission und geht davon aus, dass Gefängnisstrukturen in Zukunft immer schwerer den Anforderungen gerecht werden. Da diese Plätze auch nur zu 50 Prozent ausgelastet sind, plant das JSD eine neue Lösung für die Administrativhaft zu finden und die Räumlichkeiten des Bässlerguts können dann für diese dritte Phase der U Haft genutzt werden.

Alles in allem nimmt die JSSK diese Informationen wohlwollend zur Kenntnis. Wir werden dann Details im Rahmen des Ratschlags zu den konkreten Massnahmen diskutieren können. Also wir begrüssen die Neuorganisation der vorgeschlagenen Bereiche des Justizvollzugs. Wir beantragen keine Änderungen gegenüber dem Antrag des Regierungsrats. Wir sind der Ansicht, dass mit dieser Neuorganisation die Qualität der Betreuung der Inhaftierten gesteigert

wird und erachten auch das Insourcing des Sicherheitspersonal als staatspolitisch wichtig. Wir beantragen dem Grossen Rat somit einstimmig, dem vorliegenden Grossratsbeschluss zuzustimmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für den Regierungsrat spricht Regierungsrätin Stephanie Eymann.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Besten Dank für die sehr umfassende Darstellung des Ratschlags durch die JSSK-Präsidentin und ebenfalls meinen besten Dank für die Begleitung des Geschäftes. Ich fand das wirklich sehr wertvoll, dass die JSSK sich detailliert mit diesen diversen Verbesserungsmassnahmen im Justizvollzug auseinandergesetzt hat, ebenfalls sich ein Bild vor Ort gemacht hat durch den Besuch der beiden Gefängnisse. Ich denke, es ist schon auch nochmals anders, wenn man die Gegebenheiten baulicher Art, aber auch der Abläufe einmal vor Ort auch gesehen hatte, ich habe das wirklich auch sehr geschätzt und danken, möchte auch danken für die einstimmige Empfehlung zur Annahme dieses Ratschlags.

Ich möchte nicht alles Wiederholen gestützt auf die umfassende Berichterstattung der Präsidentin, aber der Ursprung des Ratschlags lag in einer internen Analyse, die das JSD in in Auftrag gegeben hat, wirklich zu schauen, welche aktuellen Gegebenheiten und Herausforderungen sich im Justizvollzug stellen, wo wir in Basel-Stadt stehen im Vergleich zu anderen Kantonen. Wir sind ja auch eng vernetzt in den Konkordaten. Es gibt auch Bestrebungen, dass die Konkordate noch näher zusammenrücken und da hat man natürlich auch eine gewisse Best Practice in den verschiedenen Konkordaten, und deshalb war der Ausgangspunkt zu schauen, welche Stärkungen wir in Angriff nehmen müssen, um diesen hoch sensiblen Bereich der Gefängnisse insbesondere zu verbessern und da auch fortschrittlich unterwegs zu sein. Und deshalb ist der Ratschlag doch recht umfassend, den sie präsentiert bekommen haben, er beinhaltet verschiedene Massnahmen, bei denen wir doch der Meinung sind, dass wir uns gut für die Zukunft aufstellen.

Ich möchte einfach auch noch mal ganz kurz die wesentlichen Punkte erwähnen. Der Hauptteil ist dieses sogenannte Insourcing, dass wir die bis jetzt tätigen Securitas AG ablösen durch eigene kantonale Mitarbeitende. Das soll nicht ein Statement sein an die Qualität der Securitas AG. Ich denke, wir haben da gute Erfahrungen gemacht, aber es ist doch auch eine Philosophiefrage. Es ist eine staatspolitische Frage, wie man in diesem hoch sensiblen Bereich der Inhaftierung, doch das stärkste Mittel, das ein Staat hat, seinen Bürgern gegenüber zu begegnen, wie wir da die Betreuung sicherstellen. Der Regierungsrat ist der der Meinung des JSD insofern auch gefolgt und sieht hier die kernstaatliche Tätigkeit gegeben und damit auch eben die Ablösung dieser privaten Betreuung, die ja doch etwas Einzug gehalten hat in den letzten Jahren, zurück zur Verstaatlichung der Betreuungssituation.

Das hat, wie die Präsidentin der JSSK schon gesagt hat, natürlich Mehrkosten und mehr Stellenbedarf zur Folge. Aber vom Grundaufgabengebiet ist auch gewährleistet, dass die Ausbildung und die Weiterbildung wirklich aus einer Hand erfolgen und in diesem Kernbereich ist das doch ein wichtiges Anliegen, wie der Regierungsrat auch festgestellt hat. Der weitere Teil ist die Stärkung der Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden, auch das ein sehr wichtiger Bereich, denn wenn wir von den Gefängnissen reden, reden wir primär zuerst von den Inhaftierten, der Insassen. Aber es ist natürlich auf der anderen Seite auch ein sehr forderndes Arbeitsumfeld für Mitarbeitende. Und umso wichtiger ist es, dass man hier die Ausbildung und auch die stetige Weiterbildung hoch gewichtet, und durch diese Aufstockung auch der Führungspositionen können wir gewährleisten, dass wirklich auch die Führungsarbeit und die Weiterbildung gestärkt wird und damit auch beigetragen werden kann zu einem Arbeitsumfeld unter schwierigen Bedingungen, das aber doch auch sehr wichtig ist und auch die Mitarbeitendenzufriedenheit in den Vordergrund auch stellen kann.

Der Sozialdienst wird gestärkt, das wurde gesagt, auch das ist ein Anliegen, das doch auch vermehrt vorgebracht wird. Ich habe ja auch die Pflicht gemäss Verordnung, einmal im Jahr jedes Gefängnis zu besuchen, für alle Insassen, die ein Bedürfnis haben, wird ein direktes Vieraugengespräch mit mir ermöglicht und da kommen natürlich solche Anliegen auch auf, was die Betreuung angeht. Wir hätten hier jetzt auch die Chance, diesen Sozialdienst zu stärken. Davon profitieren würden nicht nur das Bässlergut, sondern auch das Untersuchungsgefängnis und ebenfalls auch das Vollzugszentrum Klosterfiechten, das ja auch zu unseren Justizanstalten gehört.

Im letzten Punkt wollen wir eine vollamtliche Amtsleitung einsetzen. Es war eine Spezialität, die jetzt 15 Jahre so gelebt wurde, dass die Bereichsleitung in Personalunion eben auch die Amtsleitung des Justizvollzugs wahrgenommen hat. Wir haben in der Komplexität der Herausforderungen, auch der Projekte, die in den Konkordaten laufen. ,doch auch festgestellt, dass das wirklich einer eigenen Amtsleitung bedarf, die sich diesen sehr wichtigen strategischen Themen aber eben auch den personellen Themen in der Führung der Gefängnisse wirklich zu 100 Prozent annehmen kann und damit auch eben eine Stärkung insgesamt stattfinden kann. Deshalb denken wir regierungsseitig, dass das ein wichtiger Ratschlag ist, um im Justizvollzug weiterzukommen und uns auch anzugleichen an andere Kantone.

Der zweite Teil, der angesprochen ist, aber heute ja noch nicht wirklich zum Beschluss geführt wird, ist diese Infrastrukturstrategie, die die Präsidentin der JSSK auch angesprochen hat. Hier geht es darum, zu schauen, wie wir auch mehr Platz schaffen können. Wir sind der Meinung, dass das Untersuchungsgefängnis Waaghof so halt gebaut ist, wie es gebaut ist in der Stadt, die Frage, ob man das heute gleich gemacht hätte, müssen wir heute nicht beantworten. Aber es ist

halt schon sehr begrenzt, was die Möglichkeiten angeht, es wirklich zu entdichten. Und es gibt ja auch die Empfehlung der KKJPD, dass diese Haftregime der Untersuchungshaft dreigeteilt werden sollen, in diese Drei-Phasen-Untersuchungshaft, und da würde sich die Chance bieten, indem wir die Infrastruktur ganz generell anschauen, eine zweite Haftphase dann gar nicht mehr im Waaghof anzubieten, sondern im Bässlergut, damit aber auch mehr Platz schaffen im Waaghof für Ersthaftphasen. Das sind aber die Gedanken, die wir erst angekündigt haben. Es hängt auch massgeblich noch davon ab, wie es mit der Administrativhaft weitergeht. Es wurde auch angesprochen, dass wir da auch bikantonal, vor allem mit dem Kanton Basel-Landschaft daran sind zu schauen, ob es eine andere Örtlichkeit gibt, weil Administrativhaft ja nicht eine eigentliche Haftstrafe im Gefängnisperimeter sein soll, sondern im ausländerrechtlichen Verfahren eben auch andere Gesetzmässigkeiten gelten. Es ist so, dass wir diesen Ratschlag 2025 dem Grossen Rat präsentieren möchten und dementsprechend auch jetzt die Vorarbeiten starten, damit wir hier auch in der baulichen Ebene einen wesentlichen Schritt weiterkommen.

Damit schliesse ich meine Ausführungen und bin gespannt auf die Debatte.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Oliver Thommen möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Sie wird angenommen.

*Oliver Thommen (GAB):* Vielen Dank für die Ausführungen. Im Bericht steht ja etwas ganz Kurzes zu den Wochenenddiensten und die GPK war ja auch 2022 im Waaghof. Könnten Sie noch etwas sagen zu den Einschliessung, insbesondere an den Wochenenden? Ist es sichergestellt, dass das nur noch in Ausnahmefällen vorkommt?

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Ja, das wurde auch gegenüber der GPK ausgeführt, dass die Schwierigkeit halt ist, wenn wir zu wenig Personal haben. Wir wollen mit dieser Stärkung des Personals natürlich solche Einschliessung am Wochenende vermeiden. Das ist auch der Grund, dass wir, bis wir Vollbestand haben im Insourcing. ,auch noch diese Überbrückung durch die Securitas zulassen werden, damit wir nicht in die Situation kommen, dass wir wieder solche Einschlussphasen haben werden. Das ist das Ziel.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da hat sich Thomas Widmer-Huber für die Mitte/EVP zuerst gemeldet.

*Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP):* Die Fraktion die Mitte/EVP unterstützt den vorliegenden Ratschlag. Ich danke Regierungsrätin Stephanie Eymann und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Ausarbeitung der Vorlage und auch für das informative Gespräch in der Kommission. Da das Wesentliche von der Präsidentin der JSSK und von Regierungsrätin Stephanie Eymann bereits gesagt worden ist, halte ich mich kurz.

Ja, es braucht wieder eine vollamtliche Leitung des Amts für Justizvollzug analog zur Struktur vor 15 Jahren. Die Situation hat sich verändert. Die Aufgaben im im Justizvollzug sind umfangreicher geworden. Die Vollzugszahlen sind gestiegen. Die interkantonale Zusammenarbeit hat an Bedeutung gewonnen. Die Amtsleitung muss sich auf den Justizvollzug fokussieren können. Deshalb braucht es wieder eine vollamtliche Leitung.

Auch mit Blick auf die Anpassung bei der Aufsicht und Betreuung der Gefangenen unterstützen wir den Antrag der Regierung. Private Sicherheitsfirmen haben ihre eigene Philosophie und Betriebskultur. Und wenn der Kanton in diesem sensiblen Bereich neu alle Aufgaben im Strafvollzug übernimmt, wird das zwar etwas teurer, aber für die spezifische Ausbildung, Weiterbildung und Qualifikation der Mitarbeitenden ist eben neu das Amt für Justizvollzug dafür zuständig. Die Sicherheit kann so verbessert werden, auch die Qualität.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, in diesem Sinne werden wir von der Fraktion die Mitte/EVP den beantragten Ausgaben zustimmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SP spricht Mahir Kabakci.

*Mahir Kabakci (SP):* Wir stehen heute vor einem wichtigen Schritt in der Weiterentwicklung unseres Justizvollzugssystem. Die vorgeschlagene Neuorganisation, die der Regierungsrat sowie die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission vorgelegt haben, ist aus sozialdemokratischer Sicht klar zu unterstützen. Der vorliegende Ratschlag legt einen Fokus auf wesentliche Verbesserungen im Bereich der Personalstruktur und der Betreuung in unseren Justizvollzugsanstalten. Diese Veränderungen sind nicht notwendig, sondern sie tragen auch zu einem gerechteren und humaneren Vollzug bei.

Wir begrüssen die Schaffung einer vollamtlichen Leitung für den Justizvollzug. Seit Jahren hat sich gezeigt, dass die Doppelfunktion der bisherigen Leitung, die gleichzeitig für den Bereich Bevölkerungsdienst und Migration verantwortlich ist, nicht mehr zeitgemäss ist. Die Anforderungen im Justizvollzug sind gestiegen, und es ist unerlässlich, dass eine klar fokussierte Führung diesen Herausforderungen gerecht wird. Die Schaffung dieser Position wird es ermöglichen, die Qualität und Effektivität des Justizvollzugs zu steigern und gleichzeitig eine wichtige Lücke zu schliessen.

Wir befürworten das Insourcing der privaten Sicherheitsdienstleistung. Dies ist ein entscheidender Schritt hin zur Stärkung des staatlichen Gewaltmonopols. Aufgaben, die so stark in die Grundrechte von Menschen eingreifen, gehören nicht in die Hände von privaten Firmen. Wir haben immer wieder auf die Problematik hingewiesen, dass private Sicherheitskräfte weder ausreichend ausgebildet sind, noch die notwendigen Kompetenzen für den sensiblen Bereich des Justizvollzugs mitbringen. Somit ist dieser Schritt begrüssenswert. Der Staat muss hier Verantwortung übernehmen, und die vorgeschlagenen zusätzlichen Vollzeitstellen sind eine sinnvolle Investition in die Sicherheit aber auch in die Qualität der Betreuung und Aufsicht. Ja, das führt zu höheren Kosten, aber diese Kosten sind notwendig, um die Würde und die Rechte der inhaftierten Personen zu gewährleisten.

Ich möchte besonders auch den Ausbau der sozialen Betreuung hervorheben. Es ist erfreulich, dass der Sozialdienst in den Gefängnissen verstärkt werden soll. Der Sozialdienst spielt eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, Inhaftierte auf eine Rückkehr in die Gesellschaft vorzubereiten. Hier geht es um die Resozialisierung und nicht nur um die Verwahrung. Ein Ausbau um drei zusätzliche Vollzeitstellen wird es ermöglichen, eine bessere individuelle Betreuung zu gewährleisten, was insbesondere zu Beginn der Haftzeit essentiell ist, um Existenzsicherungsfragen zu klären oder behördliche Angelegenheiten zu regeln. In einem sozialen Rechtsstaat müssen wir sicherstellen, dass der Mensch im Mittelpunkt steht, auch wenn er in einer Justizvollzugseinrichtung ist. Und deshalb ist es wichtig, dass es kontinuierlich überprüft werden muss, ob der Bedarf des Sozialdienstes gerecht wird oder ob er eine Aufstockung braucht.

Ein weiterer bedeutender Punkt ist die Stärkung der Aus- und Weiterbildung des Justizvollzugspersonals. Diese Massnahme stellt sicher, dass die Mitarbeitenden über die nötigen Kompetenzen verfügen, um sowohl die Sicherheits- als auch die Betreuungsaufgaben angemessen zu erfüllen. Insbesondere die Herausforderung, mit Menschen in schwierigen Lebenssituationen zu arbeiten, erfordert eine professionelle und kontinuierliche Weiterbildung. Aus sozialdemokratischer Sicht ist dies ein besonders relevanter Aspekt. Der Staat hat die Verantwortung, seinen Mitarbeitenden gute Arbeitsbedingungen und die bestmögliche Unterstützung zu bieten, damit sie ihre anspruchsvolle Arbeit leisten können.

Der Ratschlag sieht Gesamtkosten von rund 3,8 Millionen Franken vor und es ist klar, dass solche Reformen nicht zum Nulltarif zu haben sind, doch wir sind überzeugt, dass diese Investitionen langfristig positive Auswirkungen haben werden, sowohl für die Sicherheit als auch für die soziale Integration der Inhaftierten. Eine gut organisierte und menschliche Gestalt der Justizvollzugsstruktur wird helfen, Rückfälle zu verhindern und die Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu erleichtern.

Zusammengefasst stehen wir hinter dieser Neuorganisation des Amts für Justizvollzugs. Sie bringt Basel-Stadt einen grossen Schritt vorwärts in die Richtung eines modernen, fairen und effektiven Justizvollzugs. Wir unterstützen diese Vorlage vollumfänglich und bitten Sie, dies ebenfalls zu tun.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für das GA B spricht die Nicola Goepfert.

*Nicola Goepfert (GAB):* Eigentlich wollte ich ja nach Felix Wehrli redet, weil ich gesehen habe, dass die SVP offen eingetragen hat, um noch darauf einzugehen. Das war jetzt doch nicht möglich. Mal schauen, was nachher gesagt wird.

Die Beratung dieses Geschäfts war sehr interessant und die Besuche in den Gefängnissen waren eindrücklich. Vielen Dank für die Möglichkeit. Das GAB begrüsst die aufgezeigten Massnahmen. Ich möchte nur ganz kurz auf einzelne Punkte eingehen, Mahir Kabakci hat auch schon einiges gesagt.

Es liegt in der Natur von Gefängnissen, dass inhaftierten Menschen durch die Inhaftierung sehr stark in die Grundrechte eingegriffen wird. Der Freiheitsentzug ist eine der einschneidendsten Sanktionen, die der Staat verhängen kann. Hier steht der Staat in der Pflicht, eine besondere Verantwortung zu übernehmen. Deshalb teilt das GAB die Einschätzung des Regierungsrates, dass kernstaatliche Tätigkeiten, die Eingriffe in die Grundrechte zur Folge haben, hinsichtlich Aufsicht, Schulung und Personalmassnahmen in staatlicher Hand behalten werden sollen. Folglich begrüssen wir das vollständige Insourcing des Personals in den Basler Gefängnissen.

Ein weiterer Punkt ist der Sozialdienst, auf den ich hier eingehen möchte. Hier stehen aktuell 150 Stellenprozent rund 2’500 Eintritten pro Jahr gegenüber. Dieses Missverhältnis verunmöglicht heute eine adäquate Betreuung der Inhaftierten. Der Ausbau des Sozialdienstes ist demnach nicht nur sinnvoll, sondern notwendig, um den Anforderungen an eine angemessene und professionelle Betreuung der Inhaftierten gerecht zu werden. Ob die zusätzlichen 300 Stellenprozente wirklich ausreichen, wird sich zeigen. Wir werden da genau hinschauen und das JSD stösst bei uns auf offene Türen, wenn bemerkt

wird, dass es doch noch mehr Stellen benötigt. Der Sozialdienst ist von grosser Bedeutung und hilft massgeblich bei der Resozialisierung mit. Es wäre der falsche Ort zu sparen.

Bei unserer Besichtigung des Untersuchungsgefängnisses Waaghof konnten wir uns auch selber ein Bild von den sehr beengenden Zuständen machen. Die Haftbedingungen sind aktuell speziell problematisch, weil dort viele Menschen sitzen, für welche die Unschuldsvermutung gilt. Deshalb begrüsst das GAB die Absicht zur Entdichtung des Untersuchungsgefängnisses Waaghof durch eine Reduktion der Plätze und eine Beschränkung der Aufenthaltsdauer. Die beengten Verhältnisse und die fehlende Entlüftung sind kein guter Zustand. Das Problem ist erkannt. Nun braucht es dringend Verbesserungen und hier erwarten wir eine rasche Umsetzung der Pläne.

Dringender Handlungsbedarf besteht auch beim Ausbau der Besuchsräume. Im Gefängnis Bässlergut steht ein Besuchsraum für 40 Personen zur Verfügung, was den Anforderungen an Privatsphäre und menschenwürdigen Kontakt mit den Angehörigen nicht gerecht wird. Die Verbesserung der Besuchsräumlichkeiten, insbesondere die Schaffung von Räumen mit angemessenen Beschäftigungsmöglichkeiten für Kinder, sollte daher mit hoher Priorität verfolgt werden und schnellstmöglich umgesetzt werden.

Und zum letzten Punkt, zur Administrativhaft: Noch immer sperren wir Menschen ein, die keine Straftäter sind, sondern lediglich keinen gültigen Aufenthaltsstatus haben. Die Administrativhaft wird deshalb von der Anti-Folterkommission und Menschenrechtsorganisationen zu Recht kritisiert, weil sie Gefängnischarakter mit hohen Sicherheitsstrukturen haben. Die heutige Praxis ist unverhältnismässig. Deshalb möchte ich die Regierung darin bestärken, gemeinsam mit Basel-Landschaft nach alternativen Möglichkeiten zu suchen und erwarte, dass Basel-Stadt hierbei eine aktive Rolle einnimmt.

In diesem Sinne möchte ich im Namen vom grünalternativen Bündnis unsere Zustimmung zu diesem Geschäft ausdrücken. Wir unterstützen den eingeschlagenen Weg zur Verbesserung der Haftbedingungen in Basel und hoffen auf eine schnelle Umsetzung der vorgesehenen Massnahmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die FDP spricht David Jenny.

*David Jenny (FDP):* Nur einige Worte zu Thematik In- und Outsourcing: Wir haben das wirklich ohne ideologische Scheuklappen angeschaut und sind alle zum Schluss gekommen, in diesem Kernbereich staatlicher Tätigkeit ist es sinnvoll, dieses Insourcing vorzunehmen. Aber wir sind auch nicht päpstlicher als der Papst. In einer Übergangsphase gibt es immer noch die Möglichkeit des Einsatzes zum Beispiel der Securitas. Da muss man sich auch bewusst sein, es ist kein Naturgesetz, dass direkt vom Staat angestelltes Personal besser ist als Personal, das von Privaten angestellt wird. Die Aufgabe hat jetzt voll das JSD, dass wirklich entsprechend gut rekrutiert wird, gut geschult wird, und dass dann der Betrieb auch wirklich so läuft, wie wir es erwarten. Alleine wenn man sagt, es sei der Staat, wird es nicht per se einfach besser.

Und dann haben wir ja einen weiteren Bereich des eher unfreiwilligen Insourcing der medizinischen Versorgung. Dort haben die mobilen Ärzte Konkurs gemacht. Jetzt macht jetzt das Gesundheitsdepartement. Das ist vielleicht ein Bereich, wo es durchaus wieder denkbar ist, dass eine private Lösung flexibler und sinnvoller wäre als eine staatliche Lösung. Dieses Ja zum Insourcing ist nicht carte blanche dafür, überall wieder einzugliedern, wo man vielleicht auch mal eine halbe Stelle im Staat ausgegliedert hat. Aber in diesem Bereich ist es sicherlich angezeigt und macht es Sin, und in diesem Sinne bitten wir auch um die Zustimmung zu den gestellten Anträgen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SVP spricht Felix Wehrli.

*Felix Wehrli (SVP):* Ich gebe Ihnen einen kleinen Einblick in das Offen der SVP-Fraktion, das ja interessiert, und in die verschiedenen Meinungen dazu. Sie konnten es lesen, Mehrausgaben von gegen 4 Millionen Franken müssen aus Sicht der SVP gut begründet werden werden, die Schaffung von neuen Stellen sowieso. Sie konnten es lesen, die Freiheitsstrafen haben zwischen 2010 und 2021 um 300 Prozent zugenommen. Unglaublich. Das Personal müsste bereits um 40 Prozent FDE erhöht werden und die Kosten stiegen dabei um 30 Prozent auf gegen 50 Millionen. Das heisst, dass die Kriminalität in Basel-Stadt ungebremst immer schlimmer wird. Und genau dagegen müsste etwas unternommen werden, denn dann müssten wir hier nicht über Mehrausgaben für die Gefängnisse diskutieren.

Das Problem muss an der Wurzel angegangen werden. Warum die Belegungszahlen unserer Gefängnisse so extrem gestiegen sind, wissen wir. Es hat mit offenen Grenzen und der illegalen Zuwanderung von Asylmigranten zu tun. Selbst die EU hat es nun viel zu spät bemerkt und reagiert darauf, wie sie gestern und heute in den Zeitungen lesen konnten. Unsere Nachbarn Deutschland und Frankreich haben das schon längst begriffen. Wenn mir dann die zuständige Verwaltung auf Fragen nicht sagen kann, was die Gründe für diesen extremen Anstieg der Freiheitsstrafen von 300 Prozent sind, dann stellen sich mir schon grundlegende Fragen der Prioritätensetzung.

Und ja, natürlich musste man dadurch eine Standortbestimmung in Auftrag geben, welche Angebot, Organisation und Infrastruktur unter den geänderten Bedingungen überprüft. Das beinhaltet nun, dass in einem ersten Schritt mehr Personalnot notwendig ist, auch weil man hier bei uns die Gefängnisplätze für die Insassen möglichst bequem mit persönlicher Betreuung, Fernseher in den Zellen und so weiter einzurichten hat.

Beim Insourcing waren die Meinungen auch verschieden. Bei Krankheiten eigener Mitarbeiter können diese nicht ersetzt werden. Ein Mix wäre hier für einige sinnvoller gewesen. Eine gute Ausbildung ist selbstverständlich. Das wird aber nicht das Ende sein. Es benötigt für infrastrukturelle Massnahmen noch viel mehr Steuergelder, welche in der unhaltbaren Lage, in welcher wir uns in Basel-Stadt befinden, notwendig ist.

Sie haben es schon gehört, die JSSK hat dieses Geschäft intensiv diskutiert und den Beschlussentwurf ohne Änderungsanträge einstimmig zur Genehmigung empfohlen. Ja, was blieb uns denn anderes übrig, solange die sehr hohen Kriminalität in unserem kleinen Kanton Bestand hat? Die Fraktion der SVP wird sich, der Not gehorchend, nicht gegen die Mehrausgaben zur Wehr setzen. Vielleicht verstehen Sie aber nun das Offen in der Kreuztabelle.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir nochmals zur Sprecherin des Regierungsrates. Sie verzichtet. Die Präsidentin der Kommission verzichtet ebenfalls.

Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Detailberatung und Schlussabstimmung.

**Schlussabstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

**Ergebnis der Abstimmung**

**83 Ja, 2 Nein, 4 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004536, 16.10.24 11:03:30]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

Für die Neuorganisation des Amts für Justizvollzug, Anpassungen beim Personal und den Ausbau der Betreuung in den Basler Justizvollzugseinrichtungen werden Ausgaben in der Höhe von Fr. 3’846'000 zu Lasten der Erfolgsrechnung, Justiz- und Sicherheitsdepartement, Dienststelle Bevölkerungsdienste und Migration, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Grossratsbeschluss wurde angenommen mit 83 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

## 11. Blaulichtkorridore für die Rettung Basel-Stadt

[16.10.24 11:03:44, 24.0428.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht wiederum an deren Präsidentin. Barbara Heer.

*Barbara Heer (SP):* Gerne berichte ich Ihnen im Namen der Kommission mündlich zu diesem Geschäft, das wir in einer Sitzung behandelt haben. Es ist uns wiederum dankenswerterweise vorgestellt worden vom JSD in Anwesenheit der zuständigen Regierungsrätin Stephanie Eymann, des stellvertretenden Generalsekretärs des Departements, des Kommandanten der Rettung Basel-Stadt sowie des Leiters Projekt und Logistik bei der Rettung Basel-Stadt. Wir haben

einfach verschiedene Nachfragen gestellt, die über den Ratschlag hinausgehen. Da wir aber den Ratschlag so eigentlich unterstützen, werde ich mich eher kurz halten.

Wir empfehlen Ihnen einstimmig, dem Antrag des Regierungsrates zu folgen und die nötigen Gelder zu bewilligen. Die Gesamtsumme ist 1,731 Millionen und diese teilt sich auf in einmalige Investitionskosten von 1,7 Millionen und dann noch 31’000 zu Lasten der Erfolgsrechnung.

Die Rettung verfügt heute über keine Priorisierung bei den Lichtsignalanlagen im Gegensatz zu den Fahrzeugen des öffentlichen Verkehrs. Eine solche Priorisierung, wie wir sie hier dann bewilligen mit den Blaulichtkorridoren, erlaubt es, den Verkehr anzuhalten, damit Einsatzfahrzeuge ungehindert ausrücken können. Heute ist es so, dass es eine rudimentäre Lösung bei den Stützpunkten der Rettung bereits gibt und man damit gute Erfahrungen gemacht hat, aber bei den übrigen Anfahrten zu Einsatzorten gibt es das nicht, da sind die Rettungskräfte auf das korrekte Verhalten der übrigen Verkehrsteilnehmenden angewiesen.

Einsatzfahrzeuge geniessen bei der Nutzung von Blaulicht und Horn gegenüber anderen Fahrzeugen besondere Vortrittsrechte. Sie dürfen also sozusagen mit gebotener Sorgfalt die Verkehrsregeln missachten. Fahrzeuge mit eingeschalteten Sondersignalen bedeuten aber ein erhöhtes Risiko für andere Verkehrsteilnehmende und sind auch selber unter grossem Stress und höheren Gefahren ausgesetzt.

Damit die Rettung ihren Auftrag sicher erfüllen kann, auch unabhängig vom immer dichteren Verkehrsaufkommen möchten wir jetzt diese Blaulichtkorridore bewilligen. Konkret geht es um etwa 20 als kritisch eingestufte Lichtsignalanlagen, bei denen dann die Einsatzfahrzeuge der Sanität und Feuerwehr priorisiert werden sollen. Es geht vor allem um Sicherheit. Ein möglicher Zeitgewinn ist wirklich sekundär. Es können damit lediglich ein paar Sekunden pro Fahrt eingespart werden.

Installiert werden Sie auf wichtigen Achsen, einerseits solchen, die von den Standorten der Rettung wegführen und andererseits wichtige Korridore für die schweren Fahrzeuge der Sanität wie zum Beispiel Anfahrtswege zum Universitätsspital. In Zusammenarbeit auch mit der BVB soll dann diese Lösung realisiert werden und dabei werden auch Erfahrungen aus anderen Städten einbezogen.

Es wird in Basel eine dezentrale und keine einkaufbare Lösung geben, weil im Kanton Lichtsignalanlagen und die Steuerungen ganz unterschiedlicher Hersteller und unterschiedlichen Alters in Betrieb sind, zwar zentral verwaltet aber nicht zentral gesteuert. Wir haben da auch nachgefragt, ob nicht eine Gesamtlösung für Blaulichtorganisationen öffentlicher Verkehr sinnvoll wäre. Die Verwaltung hat dann aber ausgeführt, dass sie diese Frage ausführlich angeschaut haben, der komplette Umbau der Steuerung der Lichtsignalanlagen im Sinne einer zentralen Steuerung aber mit sehr hohen Kosten und auch einer langen Umsetzungszeit verbunden wäre. Deswegen ist das Vorliegende etwas Machbares in einem sinnvollen zeitlichen, sinnvollen finanziellen Rahmen und hat sich deshalb nur auf die Blaulichtkorridore der Rettung fokussiert. Wichtig ist dabei sicher, dass es immer im engen Austausch mit anderen Ämtern passiert. Es gibt verschiedene Umsetzungsvarianten, die uns auch vorgestellt worden sind. Da wird dann wohl das tatsächliche Marktangebot auch darüber entscheiden, welche dann gewählt wird.

Interessiert hat uns noch die Frage, wieso die Polizei von dieser Priorisierung an Lichtsignalanlagen ausgenommen ist. Die Verwaltung hat uns dann nachvollziehbar erläutert, dass sie diese Frage auch mit der Polizei ausführlich angeschaut haben, sich aber dagegen entschieden haben. Gründe sind, weil die Einsatzfahrzeuge der Kantonspolizei im Vergleich zu jener der Rettung leichter und flexibler sind, so dass Auswählen und Abbremsen einfacher ist. Dann rücken diese Einfahrtsfahrzeuge im Regelfall nicht im Konvoi aus – das ist eben bei der Rettung häufig anders – , sondern sie sind einzeln unterwegs. Der wichtigste Punkt ist wohl, dass Polizeifahrzeuge auf Dringlichkeitsfahrten nicht auf definierbaren Rettungsachten unterwegs sind, sondern häufig irgendwo auf Patrouillen eindringlicher Einsatz beginnt und an ganz unterschiedlichen Orten im Kanton enden und somit eben eigentlich nicht auf gewisse Korridore eingeplant oder sinnvollerweise beschränkt werden kann. Das hat uns letztlich dann überzeugt.

Studien aus Deutschland zeigen, dass die allermeisten Unfälle an Kreuzungen und Ampeln auf Blaulichtfahrten zurückzuführen sind und mit diesen Blaulichtkorridoren können wir also insbesondere die Verkehrssicherheit für die schwächeren Verkehrsteilnehmenden und auch für die Mitarbeitenden der Rettung erhöhen. Wir empfehlen Ihnen somit einstimmig, dem Antrag der Regierung zu folgen und diese beantragten Ausgaben zu bewilligen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für den Regierungsrat spricht der Regierungsrätin Stephanie Eymann.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Vielen Dank für die umfassende Darlegung dieses Geschäfts durch die JSSK, und auch für die Beratung und die Diskussion in der Kommission.

Sie haben es gehört, es geht bei diesem Geschäft um Blaulichtkorridore, sprich um die Priorisierung der Lichtsignalanlagen für die Rettungsfahrzeuge, die Sanität und die Berufsfeuerwehr, die davon profitieren werden. Das Ansinnen dieses Geschäft ist wirklich der Aspekt der Sicherheit, weil Blaulichtfahrten, auch wenn sie privilegiert und mit Vortritt gefahren werden, immer

auch ein erhöhtes Risiko sind. Man ist abhängig davon, ob sich auch andere Verkehrsteilnehmende an die Vortrittsregeln halten, ob sie das wahrnehmen und dementsprechend ist auch der Stressfaktor unserer Mitarbeitenden sehr hoch bei solchen Einsatzfahrten.

Kommt dazu, dass gerade auch bei der Berufsfeuer und bei der Sanität sehr schwere Fahrzeuge unterwegs sind. Da sprechen wieder die Argumente vom Bremsweg und von der Übersichtlichkeit dafür, dass wir wirklich alles tun, damit diese Fahrzeuge sicher unterwegs sind, sicher für unsere Mitarbeitenden, aber auch sicher für die weiteren Verkehrsteilnehmenden. Wir haben es gehört, vor allem auch die Feuerwehr ist nicht selten oder häufig sogar im Konvoi unterwegs. Das erleichtert das Ganze auch noch, wenn man da nicht über Rot die Kreuzung passieren muss, sondern bei der normalen Verkehrsführung bei einer grünen Ampel.

Eine eindrückliche Zahl ist, dass wir doch pro Jahr etwa 1000 Rotlichtübertretungen der Rettungsfahrzeuge messen und dies bei nur 10 Prozent überwachten Ampeln. Dementsprechend sieht man auch, wie häufig, dass das vorkommt und der Regierungsrat ist auch der Meinung, dass es sinnhaft ist, diese rund 20 Notfallachsen, diese Strecken, die Berufsfeuerwehr und Sanität regelmässig befahren, zu privilegieren. Und es wurde schon gesagt von der Präsidentin, das ist der Unterschied auch zur Kantonspolizei, weil die Rettungung doch immer ausrückt und dann nach dem Einsatz auch wieder einrückt. Es gibt bei sowohl bei der Sanität als auch bei der Berufsfeuerwehr keine sogenannte Patrouillentätigkeit, dass man von irgendwo in der Stadt ausrückt, sondern es wird immer, im Moment bei der Sanität ab Zeughaus und bei der Berufsfeuerwehr ab Lützelhof, ausgerückt und entsprechend sind dann die Achsen auch definiert. Auch die Zusammenarbeit mit dem BVD bezüglich Ampelsteuerung ist gewährleistet.

Deshalb danke ich Ihnen, wenn Sie diesen Blaulichtkorridoren zustimmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine Wortmeldungen vor. Dann gehe ich davon aus, dass Regierungsrätin Stephanie Eymann und Barbara Heer auf ein zweites Votum verzichten.

Eintreten ist nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt. Detailberatung und Abstimmung.

**Schlussabstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

**Ergebnis der Abstimmung**

**90 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004538, 16.10.24 11:14:25]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

Für die Entwicklung, Umsetzung und den Betrieb einer Priorisierung von Einsatzfahrzeugen der Rettung Basel-Stadt während Einsatzfahrten bei Lichtsignalanlagen werden insgesamt Ausgaben in Höhe von Fr. 1'731'000 bewilligt. Diese teilen sich wie folgt auf:

- Einmalige Investitionskosten in Höhe von Fr. 1'700'000 zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich Übrige

- Wiederkehrende Ausgaben in Höhe von Fr. 31'000 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartementes, Dienststelle Rettung.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Grosse Rat stimmt einstimmig zu mit 90 Ja-Stimmen.

## 12. Ermächtigung des Regierungsrates zur Aufnahme von langfristigen Schulden auf dem Kapitalmarkt bis zum Betrag von 4'000'000'000 Franken

[16.10.24 11:14:39, 24.0791.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Finanzkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidenten Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Die Finanzkommission beantragt Ihnen einstimmig mit 13 zu 0 Stimmen, den Regierungsrat für die Jahre 2025 bis 2028 zur Aufnahme von langfristigen Schulden auf dem Kapitalmarkt bis zur Höhe von maximal 4 Milliarden Franken zu ermächtigen. Wir haben aufgrund der Einstimmigkeit des Geschäfts auf einen schriftlichen Bericht verzichtet.

Gemäss unserer Kantonsverfassung beschliesst der Grosse Rat über den Rahmen der Fremdmittelaufnahme, die für die Staatsbedürfnisse erforderlich sind. Als Fremdmittel gelten die auf dem Kapitalmarkt aufgenommenen langfristigen Schulden mit einer Laufzeit von länger als einem Jahr, nicht jedoch die kurzfristigen Verpflichtungen mit einer Laufzeit von höchstens 12 Monaten. Kurzfristige Schulden werden insbesondere zur vorübergehenden Sicherung der Zahlungsfähigkeit des Kantons benötigt und werden am Geldmarkt aufgenommen.

Am 9. Dezember 2020 hat der Grosse Rat beschlossen, den Regierungsrat zur Aufnahme von langfristigen Schulden auf dem Kapitalmarkt von ebenfalls insgesamt nicht mehr als 4 Milliarden Franken zu ermächtigen. Dieser damalige Beschluss und die damit verbundene Ermächtigung ist bis zum 31. Dezember 2024 befristet. Mit diesem Bericht nun und mit dem Antrag des Regierungsrates soll diese Ermächtigung durch den Grossen Rat wiederum erneuert werden.

Die Schulden- und Vermögensbewirtschaftung des Kantons Basel-Stadt erfolgt seit dem Jahr 2000 nach dem Reglement für Asset Liability Management. Ziel dieses Reglements ist es, die Zinsbelastung zu minimieren und sich gegen Schwankungen der Zinskosten abzusichern. Im Rahmen dieses Reglements wird eine langfristige Zinsstrategie definiert, die die Zinskosten in Abhängigkeit von Faktoren mit Zinssatz, Schuldenhöhe und Zinsbindungsfrist steuert. Der Kanton finanziert einen Teil seiner Schulden langfristig, um das Risiko von schnellen Zinssatzänderungen zu reduzieren. Diese Strategie führt jedoch zu höheren Durchschnittszinsen im Vergleich zu kurzfristigen Schulden. Dadurch entsteht ein Zielkonflikt. Während lange Laufzeiten eine Stabilität bieten, erschweren sie es, von sinkenden Zinsen zu profitieren. Bei kurzfristigen Laufzeiten kann der Kanton flexibler auf Marktveränderungen reagieren.

Der Kanton strebt eine durchschnittliche Restlaufzeit von etwa drei Jahren an, hat aber 2016 beschlossen, gezielt Fremdkapital mit längeren Laufzeiten aufzunehmen. Derzeit liegt die durchschnittliche Restlaufzeit der Schulden bei etwa sechs Jahren, was den Vorteil der niedrigen Zinssätze in den letzten Jahren nutzt. Diese Strategie hilft, die Zinskosten langfristig zu optimieren und die finanzielle Stabilität des Kantons zu gewährleisten.

Die beantragte Ermächtigung zur Aufnahme von langfristigen Schulden ist kein Mittel zur Steuerung der Verschuldung. Dafür gibt es gemäss unserer Verfassung eine Schuldenbremse. Diese besagt, dass die Verschuldung im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Kantons einen festgelegten Wert nicht überschreiten darf. Gemäss § 4 Abs. 1 des Finanzhaushaltgesetzes von 2012 darf die Nettoschuldenquote des Kantons, also die Nettoschuld relativ zum Schweizer Bruttoinlandprodukt maximal 6,5 Promille betragen. Seit 2003 hat der Kanton seine Nettoschulden abgebaut und bis Ende 2023 ein Nettovermögen von 452 Millionen Franken erzielt, was einer Nettoschuldenquote von Minus 0,6 Promille entspricht. Neben der Schuldenbremse wird die Verschuldung auch durch die jährliche Budgetfestlegung und Investitionsentscheidungen beeinflusst.

Die bereits erwähnte, vom Grossen Rat bewilligte Aufnahme von Schulden auf dem Kapitalmarkt aus dem Jahre 2020: Der Grossratsbeschluss für die Jahre 2021 bis 2024 wurde wie folgt ausgeschöpft: Die Geldaufnahme wird Ende 2024 voraussichtlich 1’195 Millionen Franken betragen, was 30 Prozent der Gesamtlimite von 4 Milliarden ausmacht. Diese geringe Auslastung resultiert aus besseren Rechnungsergebnissen in den Jahren 2021 bis 2023, in denen statt des erwarteten negativen Finanzierungssaldos von 971 Millionen Franken ein kumulierter Überschuss von 571 Millionen Franken erzielt wurde. Der Kanton konnte zudem 580 Millionen Franken Schulden abbauen, von den geplanten 200 Millionen Franken für Beteiligungen wurden 12 Millionen abgerufen und die Reserven von 504 Millionen Franken blieben ungenutzt. So wurde der Rahmen also um 2,8 Milliarden Franken unterschritten.

Das Finanzierungsvolumen für die nächsten vier Jahre beläuft sich gemäss aktuellen Schätzungen wiederum auf 4 Milliarden Franken. Für die Jahre 2025 bis 2028 sind aufgrund hoher Investitionen negative Finanzierungssalden von 289 bis 417 Millionen Franken geplant. Der Finanzierungsbedarf beläuft sich auf rund 1,481 Milliarden Franken. Geplante Immobilienprojekte umfassen 500 Millionen Franken, darunter das Wohnbauprogramm 1’000 Plus und die Entwicklung des Rosental/Mitte Areals der Kanton unterstützt seine Tochtergesellschaften bei der Fremdfinanzierung, indem er am Finanzmarkt Gelder aufnimmt und als Darlehen weitergibt. Der Kapitalbedarf für Beteiligungen beträgt 200 Millionen Franken, insgesamt ergibt sich damit für die Jahre 2025 bis 2028 also ein Finanzierungsbedarf über rund 3,6 Milliarden

Franken, zusätzliche Reserven für Unsicherheiten von rund 400 Millionen Franken erhöhen den Gesamtbetrag auf besagte 4 Milliarden Franken.

Doch wie gesagt, es handelt sich hierbei nur um einen Rahmen. Mehr dazu kann Ihnen bei Bedarf sicherlich auch die Vorsteherin des Finanzdepartements Regierungsrätin Tanja Soland sagen. Wir als Finanzkommission beantragen Ihnen, wie bereits erwähnt, einstimmig, den Regierungsrat mit diesem Betrag zur langfristigen Aufnahme von Schulden auf dem Kapitalmarkt zu ermächtigen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Dann fragen wir die zuständige Regierungsrätin, ob sie das Wort wünscht. Sie verzichtet. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Dann fragen wir Regierungsrätin Tanja Soland nochmals, sie verzichtet nochmals und ich nehme an, auch Joël Thüring, Präsident der Finanzkommission verzichtet in der zweiten Runde.

Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Detailberatung und Abstimmung.

**Schlussabstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

**Ergebnis der Abstimmung**

**90 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004540, 16.10.24 11:22:40]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

1. Der Regierungsrat wird in den Jahren 2025 bis 2028 zur Aufnahme von langfristigen Schulden auf dem Kapitalmarkt von insgesamt höchstens Fr. 4’000’000’000 ermächtigt.

2. Diese Ermächtigung ist befristet bis zum 31. Dezember 2028.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Grossratsbeschluss ist einstimmig angenommen mit 90 Ja-Stimmen.

## 13. Konsolidierte Rechnung des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2023

[16.10.24 11:22:54, 24.5431.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Auch hier beantragt die Finanzkommission, dder konsolidierten Rechnung 2023 zuzustimmen.

*Joël Thüring (SVP):* Die konsolidierte Jahresrechnung erlaubt als Führungsinstrument einen gesamthaften Überblick über die finanzielle Situation des Kantons, genannt Stammhaus unter Einbezug der Tochtergesellschaften sowohl in der Erfolgsrechnung als auch in der Bilanz. Sie gewährt somit eine andere Sichtweise in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des kantonalen Finanzhaushaltes.

Der vom Regierungsrat beschlossene Konsolidierungskreis umfasst neben dem Stammhaus die voll konsolidierten Einheiten Basler Verkehrsbetriebe BVB, die IWB, die universitäre Altersmedizin Felix Platter, die Universitären Psychiatrischen Kliniken, das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin und das Unispital Basel, sowie die mittels anteiligen Eigenkapital

konsolidierten Einheiten. Dazu gehören die BKB und wesentliche Minderheitsbeteiligungen, auf welche der Kanton einen massgeblichen Einfluss ausübt und die er gemeinschaftlich mit anderen Kantonen führt.

Im Jahr 2023 Produkt der Betriebsaufwand des Konzerns 7,0 Franken, aufgeteilt in 4,4 Milliarden Franken vom Stammhaus und 2,6 Milliarden Franken der Tochtergesellschaften. Der Anstieg um 174,7 Millionen Franken resultiert vor allem aus hören Personalaufwendungen und geringeren Abschreibungen. Der Betriebsertrag stieg auf 7,3 Milliarden Franken hauptsächlich durch höhere Fiskalerträge und gestiegene Umsätze. Das Gesamtergebnis des Konzerns zeigt einen Überschuss von 582,2 Millionen Franken, wobei das Stammhaus 413,4 Millionen Franken beitrug. Die Zunahme von 274,4 Millionen Franken resultiert vor allem aus höheren Steuereinnahmen.

Die Bilanzsumme des Konzerns beträgt 20,8 Milliarden Franken. Davon entfallen 14,3 Milliarden auf das Stammhaus. Das konsolidierte Eigenkapital liegt bei 12,2 Milliarden Franken, wovon 6,9 Milliarden auf das Stammhaus entfallen. Im Vergleich zum Vorjahr ist das Eigenkapital um 652,4 Millionen Franken gestiegen, wovon 433,7 Millionen auf das Stammhaus zurückzuführen sind. Der Anstieg resultiert zudem aus Zuwächsen bei der BKB und den IWB, während das Universitätsspital einen Rückgang von 44,6 Millionen Franken verzeichnete. Weitere Details können Sie der konsolidierten Rechnung entnehmen, die Ihnen auch zugestellt wurde.

Die Finanzkommission konnte die konsolidierte Rechnung mit der Finanzkontrolle besprechen, welche diese Rechnung prüfte und keine Unstimmigkeiten fand. Aufgrund des nachvollziehbaren und korrekten Ergebnisses verzichtete die Finanzkommission in diesem Jahr auf die Anhörung der Finanzverwaltung. Die konsolidierte Rechnung wird seitens der Finanzkontrolle zur Annahme empfohlen und dieser Empfehlung schliesst sich auch die Finanzkommission einstimmig an. Wir bitten Sie, heute der konsolidierten Rechnung ebenfalls zuzustimmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Auch Sie alle scheinen das zu tun. In der zweiten Runde verzichten Regierungsrätin Tanja Soland und Joël Thüring ebenfalls.

Eintreten ist auch hier obligatorisch. Rückweisung wurde auch hier nicht beantragt.

Detailberatung und Abstimmung.

**Schlussabstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

**Ergebnis der Abstimmung**

**89 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004542, 16.10.24 11:27:30]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

Die konsolidierte Jahresrechnung 2023 des Kantons Basel-Stadt wird genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie genehmigen die konsolidierte Rechnung einstimmig mit 89 Ja-Stimmen.

## 14. Digitale Unterstützung der Instandhaltung beim Tiefbauamt (ERP-I)

[16.10.24 11:27:45, 24.0874.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidenten Raphael Fuhrer.

*Raphael Fuhrer (GAB):* Wir sind mit dieser Vorlage beim Tiefbauamt im Geschäftsbereich Betrieb, es geht also um die Instandhaltung der Infrastruktur wie Strassen, Kanalisierung und so weiter, so wie auch der Kommunalfahrzeuge des Tiefbauamts, der Stadtgärtnerei und so weiter. Es geht um die Erneuerung eines bestehenden Systems, um die Verbesserung desselben und dann auch noch um die Verknüpfung mit der Sensorik. Es geht konkreter noch um die Ressourcenplanung, also um IT-Datenbanken.

Die UVEK hat sich mit diesem Ratschlag in einer Sitzung beschäftigt. Das Begehren ist für die UVEK nachvollziehbar. Wir beantragen darum mit 12 zu 0 Stimmen, dem Beschlussantrag zuzustimmen. Es ist ein Baustein in der Digitalisierung der Verwaltung und man erhofft sich dadurch mehr Effizienz gegenüber heute, einerseits weil wir da damit auf einem neueren Stand der Technik sind. Es schafft die Möglichkeit einer Harmonisierung mit anderen Instrumenten der kantonalen Verwaltung. Die verschiedenen Teilsysteme werden vereinigt und dadurch entfallen Schnittstellen und ebendiese Sensorik im Sinne von Smartcity, dass man mit den Elementen kommunizieren kann, schafft dann auch Vorteile in der Effizienz. Insgesamt resultiert so eine bessere Wirtschaftlichkeit und die Prozesse werden im Tiefbauwand erleichtert.

Man kann so die heutigen Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen. Alles beruht auf einer Feststellung aus dem GAP-Bericht 2017 bis 2021 und man setzt so diese Erkenntnisse um. Die Umsetzung wird circa 18 Monate ab dem GRB dauern und es fallen einmalig 3,8 Millionen Franken an, wiederkehrend knapp 200’000 Franken, dabei geht es vor allem um Lizenzen.

Das Nutzen-Kosten-Verhältnis ist eindeutig positiv mit 1,5. In der UVEK haben wir uns gefragt, wo dann konkret die Einsparungen anfallen und es wurde dann auf den damaligen Bericht verwiesen. Es sind rund 3,5 Stellen, die man so voraussichtlich einsparen kann. Man kann ein Reservefahrzeug einsparen und man sieht dann diverse Nutzen, wie zum Beispiel weniger Schäden, weil Leitungen weniger brechen sollten, die man jetzt nicht direkt beziffern kann.

Aus Sicht der UVEK überwiegen die Vorteile klar allfällige Risiken. Es ist ein Beispiel für einen angestossenen Prozess der Digitalisierung der Verwaltung. Darum hat die UVEK am Schluss mit 11 zu 0 Stimmen den Beschluss gefasst, dem Beschlussantrag zuzustimmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Angesichts dessen, dass das Traktandum nicht umstritten ist, darf ich es sehr kurz halten. Sie haben es, wenn Sie einen Blick in den Ratschlag geworfen haben, gesehen, das Tiefbauamt ist wirklich sehr systematisch vorgegangen bei der Problemanalyse, auch beim Erarbeiten der Massnahmen und jetzt beim Entscheid auch darüber, wie weiter vorgegangen werden soll.

Die Digitalisierung in diesem Bereich wird wirklich eine grosse Hilfe sein bei der Organisation, auch in Bezug auf die Effizienz, und ich würde mich deshalb über Ihre Zustimmung sehr freuen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Eintreten ist nicht bestritten, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen zur Detailberatung und zur Abstimmung.

**Schlussabstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

**Ergebnis der Abstimmung**

**87 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004545, 16.10.24 11:33:02]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

Für die Einführung SAP S4/HANA Logistikmodule im Tiefbauamt inkl. Anbindung Sensorik/Telematik-Lösungen werden Ausgaben in der Höhe von Fr. 3'964’000 bewilligt. Diese Ausgaben teilen sich wie folgt auf:

1. Fr. 3’294’000 für das Projekt ERP-Instandhaltung zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich «Informatik» (Tiefbauamt, Geschäftsbereich Betrieb, Pos. 6170.400.51005).

2. Fr. 485’000 für das Projekt ERP-Instandhaltung zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Tiefbauamt, in der Periode 2025 – 2027.

3. Fr. 185'000 jährliche Folgekosten für Lizenzen, Serverbetrieb, Second Level Support sowie Gerätesupport zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Ver-kehrsdepartements, Tiefbauamt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Auch hier haben wir einen einstimmigen Entscheid für den Grossratsbeschluss mit 87 Ja-Stimmen.

## 15. Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend integrale Signalisation von Tempo 30 in Basel-Stadt mit gleichzeitiger Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs gemäss Kantonsverfassung §30

[16.10.24 11:33:18, 21.5840.03]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die UVEK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidenten Raphael Fuhrer.

*Raphael Fuhrer (GAB):* Es geht um einen Auftrag des Grossen Rates, der aus zwei Teilen besteht, einerseits aus dem Konzept Integral Tempo 30 und andererseits dem Massnahmenplan Beschleunigung ÖV. Der Teil Integral Tempo 30 besteht seinerseits dann wieder aus einem Unterteil Anpassung Strassennetzhierarchie und dem eigentlichen Konzept. Die Anpassung der Strassennetzjierarchie liegt in der Kompetenz des Regierungsrates, das Konzept Integral Tempo 30 soll koordiniert werden mit der Strassenlärmsanierung, zu der der Grosse Rat bereits Mittel gesprochen hat.

Ich möchte kurz den Stand darlegen, den wir erfahren haben von Seiten Regierungsrat beziehungsweise Bau- und Verkehrsdepartement und dann kurz wiedergeben, welche Punkte wir in der UVEK diskutiert haben.

Bezüglich Strassennetzhierarchie liegt aktuell ein Entwurf vor. Er soll bis Mitte 2025 abgeschlossen sein. Auf der Seite Konzept Konzept Tempo 30 liegt ebenfalls ein Entwurf der Varianten vor, und auch das soll bis circa Mitte 2025 abgeschlossen werden. Bei der ÖV-Beschleunigung liegt die Schwachstellenanalyse vor und der Abschluss des Projektes ist auch für Mitte 2025 vorgesehen. Bei der Strassenlärmsanierung geht es ja darum, dass verschiedene Strassenabschnitte Tempo 30-Gutachten brauchen. Das sind rund 33 Kilometer Strassen in unserem Kanton, die verkehrsorientiert sind, wo man aus Lärmschutzgründen Tempo 30 prüft. Hier liegen erste Gutachten vor. Ausstehend ist der Abschluss dieses Teilprojektes und die Konsolidierung, eben die Kombination mit dem Konzept Tempo 30 und der ÖV-Beschleunigung. Ein entsprechender Ratschlag ist da auch in Erarbeitung. Kostenseitig bedeutet das, dass das exklusive Strassenlärmsanierung 590’000 Franken sind, wovon nun 410’000 Franken beantragt werden. Darüber stimmen wir heute ab, zusätzlich zur Fristerstreckung der Motionserfüllung bis Ende 2025.

In der UVEK gab es zu diesem Geschäft unterschiedliche Haltungen. Vier Personen sprechen sich gegen die beantragten Mittel aus, weil sie die Stossrichtung Integral Tempo 30 ablehnen. Neun Personen sind gegenteiliger Meinung. Ihrer Sicht nach soll die Planung abgeschlossen werden und die neue Frist eingehalten werden. Im Namen dieses Teil der UVEK möchte ich folgende Anliegen mitgeben: Bei der Strassennetzhierarchie besteht für den Kanton Spielraum. Er soll zugunsten der Siedlungsverträglichkeit und der Verkehrsberuhigung genutzt werden. Ebenfalls bei der Strassennetzhierarchie geht es um die Klassifizierung, die unter anderem abhängig von der Verkehrsbelastung ist. Hierzu hat der Regierungsrat im Rahmen der Klimaschutzstrategie eine behördenverbindliche MIV-Reduktion von einem Drittel bis 2037 vorgegeben. Auch das sollte berücksichtigt werden.

Der dritte Punkt ist Tempo 30, dies bedeutet weniger Lärm. Und weniger Lärm. bedeutet mehr Potenzial für verdichtetes Bauen in unserem Kanton, sprich mehr Wohnraum. Dieser Punkt kam bis jetzt in der Diskussion zu kurz und auch das wäre ein Wunsch, dass dem mehr Beachtung geschenkt wird. Zuletzt noch finden es diese neun Personen wichtig, dass die Koordination zwischen der Lärmsanierung, wo der Fokus vor allem in der Nacht ist, und dem Integral Tempo 30 wichtig.

Kurz noch weitere Punkte, die wir in der UVEK diskutiert haben. Die ausführliche Diskussion haben wir hier ja bereits zu Tempo 30 geführt. Ich werde nicht mehr auf diese Argumente eingehen. Wir haben diskutiert, ob Fussgängerstreifen in Tempo 30 Zonen oder bei Tempo 30 Strecken möglich sind. Und das ist so, gerade bei Haltestellen oder auch bei Schulen und Altersheimen kann man auch bei Tempo 30 Fussgängerstreifen anbringen. Wir haben über die Begrifflichkeiten verkehrsorientiert versus siedlungsorientiert, Haupt- versus Nebenstrassen oder die Kategorien gemäss VSS wie zum Beispiel eine Quartiersammelstrasse, diskutiert. Häufig ist ja zum Beispiel von Hauptstrassen die Rede. Eine entsprechende Petition wurde eingereicht. Gerade der Begriff Hauptstrasse ist sehr unpräzise. Wenn man zum Beispiel sich vor Augen führt, dass die Hauptsammelstrasse Strassburgerallee Tempo 30 ist und die Hauptstrasse Cityring einen ganz anderen Charakter hat. Am Schluss ist wesentlich, welche Funktion und welchen Charakter die Strasse hat, ob Tempo 30 sich anbietet oder nicht.

Wir haben mehrere Punkte diskutiert zu Tempo 30 und dem öffentlichen Verkehr. Wir konnten erfahren, dass auf der Feldbergstrasse, wo seit ein paar Wochen Tempo 30 gilt, bis jetzt keine signifikanten Fahrzeitverluste für die Busse festgestellt wurden. Der Bus 30 verliert vor allem Fahrzeit auf dem Cityring mangels einer eigenen Spur. Überhaupt fährt der ÖV in unserem Kanton an nur sehr überschaubaren Abschnitten wirklich schneller als Tempo 30. Häufige Kreuzungen, Haltestellen oder auch Fussgängerübergänge tragen dazu bei, dass dieser Fall relativ überschaubar vorkommt. Und wo es theoretisch durch Tempo 30 zu Fahrzeitverlangsamungen kommen könnte, kann man mit Hilfe von Lichtsignalanlagen, Eigentrassee oder einem besseren Fahrgastwechsel versuchen, diese Zeiten wieder auszugleichen. Tempo 30 kann auch zur Verstetigung des Verkehrs führen. Auch das kann dem ÖV zugute kommen. Und schliesslich führt Tempo 30 zu weniger Unfällen und Störungen, auch dadurch profitiert der öffentliche Verkehr. Das wird jedoch in der Analyse nicht berücksichtigt, denn das ist ein qualitativer Faktor.

Wir haben uns auch darüber unterhalten, was eigentlich ein Eigentrassee beim öffentlichen Verkehr ist, denn sobald der öffentliche Verkehr ein Eigentrassee hat, kann er auch schneller als 30 fahren selbst dann, wenn 30 auf der Strasse signalisiert ist. Voraussetzung für eine Eigentrasse ist eine bauliche Abtrennung. Das kann ein Randanschlag sein, der muss nicht gross sein wie ein normales Trottoir, aber die Abtrennung muss deutlich sein, eine Entsiegelung dieser Trassen hilft natürlich noch in der Erkennbarkeit.

Und zum Schluss haben wir noch diskutiert, dass unbestritten ist, dass aus Lärmschutzgründen Tempo 30 sinnvoll ist. Es gibt aber auch bundesgesetzliche Vorgaben, die die Eigner der Strassen – und der Kanton oder die Einwohnergemeinde Basel sind solche Eigner -, dazu verpflichten, aus Verkehrssicherheitsgründen eine Reduktion der Maximalgeschwindigkeit zu prüfen.

Das ist ein Endblick in die Diskussion. Neun Personen sind für die Beschlussvorlage, vier Personen sprechen sich dagegen aus.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Adrian Iselin möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Diese wird angenommen. Adrian Iselin hat das Wort.

*Adrian Iselin (LDP):* Wie gehen wir mit der auf Bundesebene hängigen Motion Schilliger um, mit der generell Tempo 50 auf Hauptstrassen gefordert wird? Nach meinem Verständnis würde Bundesrecht kantonales Recht brechen.

*Raphael Fuhrer (GAB):* Genau, das aktuelle Bundesrecht sieht die Möglichkeit vor, dass Kantone und Gemeinden auf ihren Strassen Tempo 30 einführen können und in einem Rechtsstaat gilt dasjenige Recht, das aktuell ist.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Wichtig war dem Regierungsrat, Ihnen hier einen Zwischenstand der Arbeiten zu geben, und das machen wir mit diesem Bericht. Mitte 2025, also nicht Mitte nächstes Jahr, soll die überarbeitete Strassennetzhierarchie vorliegen. Es sollen auch erste Vorschläge vorliegen, wie das Tempo 30 Zielnetz aussehen soll und dieses Netz ist jetzt kantonsintern in Diskussion.

Wichtig sind uns auch die Massnahmen zur ÖV-Beschleunigung, Kommissionspräsident Raphael Fuhrer hat das erwähnt, denn wir wollen ja nicht, dass Tempo 30 die Busse und die Trams ausbremst. Auch da liegen erste Ergebnisse einer Schwachstellenanalyse vor und darauf basierend erarbeiten wir jetzt Beschleunigungsmassnahmen.

Das alles braucht etwas mehr Zeit und auch mehr Mittel. Ich denke, wir sind uns aber alle einig, dass diese Planung sehr sorgfältig gemacht werden muss, um sicherzustellen, dass wir keine unerwünschten Nebeneffekte haben. Vielen Dank an die

Kommission für die detaillierte Beratung und die grundsätzliche Zustimmung. Den Grundsatzentscheid zu diesem Geschäft haben Sie vor zwei Jahren gefällt und es macht Sinn, jetzt daran weiter zu arbeiten. Der Regierungsrat beantragt deshalb die Zustimmung zu diesen Anträgen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SVP hat sich Pascal Messerli gemeldet.

*Pascal Messerli (SVP):* Die SVP bittet Sie, diesen Zwischenbericht abzulehnen und die Motion Raphael Fuhrer als erledigt abzuschreiben. Wir waren ja auch schon bei der ersten und bei der zweiten Überweisung gegen diese Motion. Dementsprechend ist es auch nicht überraschend, dass wir diesen Zwischenbericht auch ablehnen.

Es benötigt aus unserer Sicht keine weiteren staatlichen Mittel, um weitere Tempo 30 Zonen zu planen. Es gibt in den Quartierstrassen schonbsehr viele Tempo 30-Zonen und wenn man der Meinung ist, dass es situativ vielleicht noch das eine oder andere mehr benötigt, dann kann man das im Einzelfall prüfen. Wir sind aber dagegen, und das fordert ja diese Motion, dass hier kollektiv Tempo 30 auf dem ganzen Kantonsgebiet eingeführt wird, auch auf Hauptstrassen, auch auf viel befahrenen Strassen. Das lehnen wir ab.

Es ist auch nicht so, dass man sich auf der linken Seite ganz stark für Verkehrssicherheit und für Lärmbelastung einsetzen möchte. Es geht bei diesem kollektiven Tempo 30 einzig und allein darum, es dem Autofahrer so schwer wie möglich zu machen, und bei dieser links-ideologischen Verkehrspolitik macht die SVP nicht mit. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass diese kompromisslose Anti-Autopolitik dank der GLP im Regierungsrat und dank der GLP im Grossen Rat mehrheitsfähig ist. Nehmen Sie aber zur Kenntnis, dass beispielsweise auch die Stadtklimainitiativen letztes Jahr deutlich abgeschmettert wurden von der Bevölkerung und sich die Bevölkerung keine ideologische Verkehrspolitik wünscht.

Zu guter Letzt möchte ich auch noch auf den Punkt von Adrian Iselin zurückkehren, der eine Zwischenfrage an Raphael Fuhrer, den Kommissionspräsidenten, gestellt hat. Wenn wir heute Gelder sprechen und 400’000 Franken bewilligen, damit der Regierungsrat weitere Tempo 30 Zonen planen kann, dann geschieht das und der Regierungsrat plant, um in Zukunft dann dem Bundesrecht zu widersprechen. Das ist doch völlig absurd, und alleine aus diesem Grund können wir doch hier dem nicht zustimmen, wenn gleichzeitig auf Bundesebene eine Motion hängig ist.

Also bitte, bleiben Sie vernünftig und lehnen Sie diesen Zwischenbericht ab und schreiben Sie auch die die Motion von Raphael Fuhrer ab, denn eines Tages werden wir sowieso dann vom Bundesgericht gerügt und dann können wir gerade jetzt schon diesen Schritt zurück machen. Das wäre das Sinnvollste.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Pascal Messerli, möchten Sie eine Zwischenfrage von Oliver Thommen annehmen? Sie wird angenommen.

*Oliver Thommen (GAB):* Haben Sie schon einmal an einer Tempo 50-Strasse gewohnt oder mit einem Kind versucht, über eine Tempo 50-Strasse zu gehen?

*Pascal Messerli (SVP):* Ich bin in Riehen aufgewachsen an einer Tempo 50-Strasse, also ja.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für das GAB spricht Tonja Zürcher.

*Tonja Zürcher (GAB):* Tempo 30 bringt mehr Sicherheit, es gibt weniger Unfälle und wenn es trotzdem zu solchen kommt, sind sie weniger gravierend. Der Verkehr ist gleichmässiger. Es gibt weniger Stop and Go, und dadurch sinken auch die Emissionen. Die Luftqualität wird besser und es ist auch besser für das Klima und die Gesundheit. Nicht zuletzt wird es ruhiger, gerade in der Nacht, und die Lebensqualität steigt -genügend Gründe für Tempo 30, deshalb bin ich auch froh, dass wir vor zwei Jahren entschieden haben, dass dieses Konzept vorgelegt werden muss und im Kanton Basel-Stadt integral Tempo 30 eingeführt werden soll, wo dies überall möglich ist.

Es ist deshalb aus unserer Sicht absolut richtig, dass nun Geld gesprochen wird, um diese umfassende Planung für Tempo 30 und die Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs auf dem Kantonsgebiet voranzutreiben und die detaillierten einzelfallweisen Abklärungen bei verkehrsorientierten Strassen zu machen. Wir unterstützen natürlich auch sehr die Koordination der Arbeiten für Tempo 30 mit jener zur Strassenlärmsanierung und zur Strassennetzhierarchie. Diese hängen

sehr eng zusammen. Wir haben deshalb zu einem gewissen Grad auch Verständnis dafür, dass die Arbeiten länger gehen als in der Motion gefordert.

Es wundert uns aber schon ein bisschen, dass der Antrag für diesen Ausgabenbericht erst jetzt kommt, also zu dem Zeitpunkt, an dem die Motion eigentlich schon umgesetzt werden sollte und das Konzept vorgelegt werden müsste. Hat man es wirklich erst so spät gemerkt, also ein paar Tage vor Ablauf der Frist, dass die Finanzkompetenz des BVD nicht ausreicht, um diese Motion umzusetzen? Oder werden Vorstösse in diesem Parlament aus Prinzip immer erst auf den allerletzten Drücker beantwortet?

Anwohnende und Eltern, die Kinder über Tempo 50-Strassen begleiten müssen oder deren Kinder einen Schulweg entlang diesen Strassen machen müssen, warten schon lange darauf, dass Tempo 30 eingeführt wird und dass es mehr Verkehrssicherheit gibt. Es ist deshalb auch wenig überraschend, dass immer wieder die Petition für mehr Tempo 30 Strecken überreicht und auch hier drin überwiesen werden. Die letzte, die wir in der Petitionskommission behandeln durften, war jene für den sicheren Schulweg in Lysbüchel, die auch die Elsässerstrasse betrifft. Es ist also wirklich ein dringendes Anliegen aus der Bevölkerung, dass es hier vorwärts geht und wir hoffen, dass es jetzt auch wirklich passiert.

Denn es ist schon ein wenig auffällig, wenn es um den ESC geht, dann geht es plötzlich alles sehr schnell in diesem Kanton und es ist auch ziemlich egal, wie viel es kostet. Wenn es um die Verkehrssicherheit geht, wartet man Jahre, nicht nur jetzt bei dieser Motion, sondern auch bei den Motionen Wanner und Mösch zu sicheren Schulwegen, die bereits seit fünf beziehungsweise sechs Jahren auf ihre Umsetzung warten. Ich will damit nicht den zuständigen Fachpersonen einen Vorwurf machen, ich denke, die geben ihr Bestes oder sie versuchen es zumindest, diesen Auftrag umzusetzen. Es geht mir wirklich um die Prioritätensetzung in der politischen Führung bei der Departementsleitung, aber auch beim Gesamtregierungsrat.

Ich danke Ihnen für die Zustimmung zu dieser Ausgabenbewilligung, zu der Fristverlängerung der Motion, und ich freue mich, wenn die Motion dann tatsächlich bis spätestens Ende 2025 umgesetzt wird. Eine weitere Fristverlängerung wäre definitiv ein Affront gegenüber allen, die dringend auf Tempo 30 warten.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Daniel Hettich.

*Daniel Hettich (LDP):* Ich möchte mich kurz halten. Für die LDP sind die angedachten Massnahmen die falschen oder führen zu weit mit dem Temporegime. Die Strassennetzhierarchie, wie sie jetzt angewendet wird, macht doch durchaus Sinn, und der Verkehr funktioniert.

Noch kurz zum ÖV: Dieser verfügt teilweise über wenig eigene Trassees, das heisst, so ein Temporegime wird sich nicht unbedingt für eine Beschleunigung auswirken. Darum sind wir gegen diese Ausgabenbewilligung.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die Mitte/EVP spricht Daniel Albietz.

*Daniel Albietz (Mitte-EVP):* Die Vorlage, über die wir heute zu befinden haben, ist ein gutes Beispiel für das Ergebnis ideologischer Verkehrspolitik. Erlauben Sie mir vorweg die Bemerkung, dass wir uns als Fraktion nicht grundsätzlich gegen Tempo 30 oder sogar Tempo 20 stellen, wo dies angemessen ist und Sinn macht. Die Ideologie beginnt dort, wo integral Tempo 30 für den ganzen Kanton gefordert wird und nun mit weiteren finanziellen Mitteln unterfüttert werden soll.

Die Motion und der nun vorliegende Ausgabenbericht betrifft die «integrale Signalisation von Tempo 30 in Basel-Stadt (also nicht nur in Basel) mit gleichzeitiger Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs», also Verlangsamung mit Beschleunigung. Und wer den integralen Widerspruch diese Formulierung nicht erkennt, ist wahrscheinlich bereits verkehrsideologisch kontaminiert. Bei integral Tempo 30 werden auch die BVB-Busse und die in die Strasse eingebetteten Trams nie mehr schneller als 30 fahren, weder auf der Bäumlihofstrasse (Bus 34) noch auf der Grenzacherstrasse (Busse 31 und 38) noch in der Lörracherstrasse (Tram 6) noch an der Nauenstrasse (Bus 42) noch an der Gundeldingerstrasse-(Bus 36) noch an der Bettingerstrasse oder auf dem Chrischonarain (Bus 32). Wie dies zur Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs führen soll, bleibt das Geheimnis der Motionäre und der Regierung, die diese Motion umzusetzen hat.

Die Beispiele zeigen auch, dass es ein Unsinn ist, den ganzen Kanton über einen Kamm zu scheren, denn die Situation in der Stadt präsentiert sich nun mal anders als ausserhalb der Stadt, wo das Kantonsgebiet nicht gleich aufhört, etwa an der Lörracherstrasse oder auf dem Weg nach St. Chrischona. Gerade Angehörigen dieses Parlaments aus Riehen und Bettingen ist leider hinlänglich bekannt, dass sich die Stadt hin und wieder für den ganzen Kanton hält und dass Gesetze und Konzepte mit einer städtischen Optik verfasst werden, ohne zu überprüfen, ob diese auch für die beiden Landgemeinden sinnvoll sind und auf die doch noch vorhandenen ländlichen Gebiete dieses Kantons passen. Leider gehört es zur Aufgabe der Vertreter dieser Gemeinden, immer wieder daran zu erinnern: Der Kanton besteht nicht nur aus der Stadt.

Die Vorlage ist nicht nur ideologisch, sondern ärgerlich und auch gefährlich. Ärgerlich dort, wo die überwiesene Motion zu Tempo 30 heute schon, das heisst vor Ausarbeitung des Konzepts, regelmässig zum Anlass genommen wird, die Behinderung des Autoverkehrs zu erhöhen, Automobilisten (dazu gehören auch Handwerker und Baufirmen) zu vergrämen, indem Parkplätze in grosser Zahl aufgehoben, Strassen verengt, Einbahnregimes eingeführt werden und dergleichen mehr, was in gewissen Strassen dazu führt, dass deutlich mehr Weg zurückgelegt werden muss. Dies führt nicht zu weniger, sondern zu mehr Abgasen, zu mehr Lärm, zu mehr Zeitbedarf und es wird kritisch für Rettungsdienste. Ich habe gerade ein WhatsApp bekommen zu den Rettungsdiensten, ein Beispiel: Die Schönaustrasse war früher eine Durchgangsstrasse und eine Rettungsachse. Die wurde auf Tempo 30 beschränkt und nun wurde diese Herabstufung genutzt, um einen Richtungswechsel an einer Einbahnstrasse zu machen, und dies bremst die Sanität und die Feuerwehr massiv aus. Fahren für diese Strecke mal Sie können das auch mit dem Velo machen.

Bezüglich der Rettungsdienste wird es dann auf dem Gebiet der Landgemeinde ganz absurd. Nehmen Sie den Weg vom Eglisee nach St. Chrischona. Die Verlangsamung des Verkehrs auf dieser Achse macht keinen Sinn und ist gerade in Bezug auf die Rettungsdienste sogar gefährlich. 7 Kilometer mit 30 km/h geben 14 Minuten, 7 Kilometer mit 50 km/h etwas mehr als 8 Minuten. Wenn Sie bei einem Notfall auf Chrischona auf einen Rettungsdienst warten, können diese gut 5 Minuten unendlich lang sein, besonders in Anbetracht des Umstandes, dass eine Ambulanz selbst bei freier Bahn bei einem Tempolimit von 30 km/h nicht beliebig schnell fahren darf, weil sie sich dann strafbar machen.

Mit diesem Regime werden Rettungsfahrzeuge teilweise gefangen in Einbahnstrassen, gefangen in Tempo 30 Kolonnen, beschränkt durch ein Geschwindigkeitsregime, das an gewissen Orten dieses Kantons keinen Sinn macht und letztlich Leben gefährdet. Es sind Fälle bekannt, in welchen Strassenblockaden der letzten Generation dazu geführt haben, dass Rettungsdienste blockiert wurden und Menschen gestorben sind. Ähnliche Ergebnisse können sich aus der Behinderung und Ausbremsung von Rettungsdiensten durch ein Konzept ergeben, das dem ganzen Kanton Integral Tempo 30 verordnet, ohne Rücksicht auf die spezifischen Verhältnisse vor Ort.

Wir bitten Sie zu bedenken, dass manchmal Minuten über ein Menschenleben entscheiden und sich nicht aus ideologischen Gründen über diese Tatsache hinwegzusetzen. Aus Sicht der Fraktion Mitte/EVP ist es an der Zeit, diesen über einen Kamm gescherten Unsinn zu stoppen und sie beantragt, nicht auf die Vorlage einzutreten, den beantragten Kredit und die Verlängerung im Falle des Eintretens abzulehnen und die Motion Fuhrer im Zuge dessen abzuschreiben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es gibt zwei Zwischenfragen von Raffaela Hanauer und Lisa Mathys. Sie werden angenommen. Zuerst hat Raffaela Hanauer das Wort.

*Raffaela Hanauer (GAB):* Zu ihrem Beispiel Eglisee bis St. Chrischona: Ist Ihnen bewusst, dass sich die Motion auf das Siedlungsgebiet bezieht?

*Daniel Albietz (Mitte-EVP):* Für mich gehört Riehen auch zum Siedlungsgebiet und zum Kanton Basel-Stadt, und das ist der Titel dieser Motion.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Wort hat Lisa Mathys.

*Lisa Mathys (SP):* Von wegen Unsinn, Daniel Albietz: Wie kommen Sie darauf, Tempo 30 mit Strassenblockierungen gleichzusetzen? Tempo 30 ist ohne bauliche Massnahmen möglich.

*Daniel Albietz (Mitte-EVP):* Es geht nicht um Strassenblockierungen physischer Art, sondern durch Menschen, die dazu führen, dass Menschenleben gefährdet werden. Und wenn jemand stirbt in einem Rettungswagen, der blockiert ist, ist es eigentlich egal, ob das wegen Tempo 30 war oder wegen einer Strassenblockade.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Wort hat Daniel Seiler.

*Daniel Seiler (FDP):* Mir geht es um diese 30 % Reduktion der Autos, welche der Kollege vorher angesprochen hatte und die Regierung in die Verantwortung nehmen will, dass dieses neue Ziel aus der Klimaschutzstrategie auch umgesetzt werden soll. Ich stelle die Frage: Vor Jahren mussten wir noch über die 10%-Reduktion eine Verfassungsänderung machen.

Regierungsrat Hans-Peter Wessels hatte noch gesagt, es funktioniere nicht. Heute reden wir von 30 %, und diese 30 % werden nicht mal hier drinnen besprochen, sondern die werden einfach vom Regierungsrat in ein Papier geschrieben, und Sie wollen ihn jetzt schon nicht die Verantwortung nehmen. Ich frage mich, wer steht dahinter? Wer trägt das Ganze? Da schiebt man sich einfach gegenseitig den Ball hin und her. Das funktioniert wirklich nicht.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Raffaela Hanauer möchte auch Ihnen eine Frage stellen. Sie wird angenommen.

*Raffaela Hanauer (GAB):* Sie haben erwähnt, dass früher eine Verfassungsänderung notwendig war für solche Verkehrsreduktionsziele. Ist Ihnen bewusst, dass mit der Klimagerechtigkeitsabstimmung ebenfalls eine Verfassungsänderung angenommen wurde von der Stimmbevölkerung?

*Daniel Seiler (FDP):* Darin stand kein einziges Wort über Massnahmen im Autoverkehr.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Ich unterbreche an dieser Stelle die Sitzung. Wir werden um 15 Uhr mit Franz-Xaver Leonhardt und Lisa Mathys fortfahren und danach zu den Interpellationen übergehen.

**Schluss der 30. Sitzung**

12:00 Uhr

# Protokoll

der 31. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 16. Oktober 2024, um 15:00 Uhr

| | |
|---|---|
| **Vorsitz:** | *Claudio Miozzari, Grossratspräsident* |
| **Protokoll:** | *Beat Flury, I. Ratssekretär*<br>*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*<br>*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung* |
| **Abwesende:** | Gianna Hablützel-Bürki (SVP), Tobias Christ (GLP), Philip Karger (LDP), Lorenz Amiet (SVP). |

## Verhandlungsgegenstände:

15. Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend integrale Signalisation von Tempo 30 in Basel-Stadt mit gleichzeitiger Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs gemäss Kantonsverfassung §30 ..... 3
15.1. Ausgabenbewilligung für die Erarbeitung eines Umsetzungskonzepts zur Einführung von integral Tempo 30 im Siedlungsgebiet sowie einen Massnahmenplan zur Priorisierung und Beschleunigung des ÖV ..... 7
20.1. Interpellation Nr. 118 Tim Cuénod betreffend der Schaffung eines provisorischen Veloparkings im Postreiter-Gebäude ..... 8
20.2. Interpellation Nr. 119 Eric Weber betreffend Verschwendung von Steuergeld ..... 8
20.3. Interpellation Nr. 120 Beda Baumgartner betreffend was sind die gesetzlichen Grundlagen möglicher Sektorsperrungen im St. Jakob-Park und warum positioniert sich die Regierung für das Kaskadenmodell? ..... 9
20.4. Interpellation Nr. 121 Daniel Seiler betreffend Willkommensatmosphäre nicht nur während dem ESC .... 12
20.5. Interpellation Nr. 122 Fleur Weibel zu den Auswirkungen der 10-jährigen Rheintunnel-Baustelle auf die Dreirosen-Quartierbevölkerung ..... 13
20.6. Interpellation Nr. 123 Joël Thüring betreffend Rümelinsplatz, Baustellen und der ESC ..... 13
20.7. Interpellation Nr. 124 David Jenny betreffend gesicherte Zukunft des Sommercasinos ..... 14
20.8. Interpellation Nr. 125 Adrian Iselin betreffend falsche Prioritätensetzung des Bau- und Verkehrsdepartements bei baulichen Stadtklimaanpassungen ..... 16
20.9. Interpellation Nr. 126 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend ist die Basler Praxis bezüglich Wohnschutz kompatibel mit dem BGE betreffend Mietzinserhöhungen bei Renovationen? ..... 16
20.1. Interpellation Nr. 127 Raoul I. Furlano betreffend Spitexversorgung im Kanton Basel-Stadt ..... 16
20.11. Interpellation Nr. 128 Melanie Eberhard betreffend Platzmangel im Breitenfussball – wie kann die Kapazität erhöht werden? ..... 17
20.12. Interpellation Nr. 129 Pascal Messerli betreffend Antisemitismus und Islamismus: Wie ist die Situation in Basel? ..... 19
20.13. Interpellation Nr. 130 Christine Keller betreffend Umgang mit einem vom Grossen Rat definitiv bewilligten Budgetpostulat (Hundefreilaufzone Merkuranlage) ..... 21
20.14. Interpellation Nr. 131 Anina Ineichen betreffend Entfernung von Wahlplakaten auf privatem Grund ..... 21
20.15. Interpellation Nr. 132 Harald Friedl betreffend Schutz der Bevölkerung vor Atomkraftwerken ..... 22
20.16. Interpellation Nr. 133 Michela Seggiani betreffend Sparmassnahmen im Bundeshaushalt ..... 23
20.17. Interpellation Nr. 134 Catherine Alioth betreffend administrative Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer . 24
20.18. Interpellation Nr. 135 Alex Ebi betreffend dem weiteren Vorgehen bei der Doppelturnhalle Hirzbrunnen . 25
16. Teilrevision des Gesundheitsgesetzes (GesG) betreffend das elektronische Patientendossier (EPD) sowie betreffend die finanzielle Unterstützung der EPD-Eröffnungen und weiterer Unterstützungsmassnahmen für die Jahre 2025 bis 2027 ..... 25
17. Petition P454 "Gratishygieneartikel auf öffentlichen Toiletten" ..... 29
18. Petition P476 "Nein zum Rheintunnel" ..... 30
19. Petition P477 "Für den Erhalt unserer Universität!"" ..... 35

21. Anzug Alexandra Dill und Konsorten betreffend Schutz der persönlichen Integrität im Grossen Rat, Schreiben des Ratsbüros ..... 36

**Beginn der 31. Sitzung**

Mittwoch, 16. Oktober 2024, 15:00 Uhr

## 15. Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend integrale Signalisation von Tempo 30 in Basel-Stadt mit gleichzeitiger Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs gemäss Kantonsverfassung §30

[16.10.24 15:00:23, 21.5840.03]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung. Wir sind stehen geblieben bei Traktandum 15. Motion Raphael Fuhrer und Konsorten. Die Fraktionsvoten sind schon durch und auch ein erstes Einzelvotum. Wir hatten auf der Liste für den Nachmittag aufgespart Franz-Xaver Leonhardt und Lisa Mathys. Franz-Xaver Leonhardt hat das Wort.

*Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP):* Tempo 30 integral, vielleicht erinnern Sie sich an die Diskussion an der Bündelitag-Sitzung vor gut zwei Jahren. Wir sind nun zwei Jahre später, wir behandeln dieses Geschäft nochmals und wie damals habe ich gesagt, man muss als Politiker manchmal auch mutig sein. Heute braucht es weniger Mut, weil das Geschäft nach «Chrüzlistich» überwiesen wird, darum können wir das etwas auf die inhaltliche Ebene bringen.

Ein Argument, das der Präsident der UVEK für ein Tempo 30, vielleicht nicht unbedingt integral, aber mehrheitlich gesagt hat, ist der Lärm. Es ist allen klar, dass eine Reduktion von Tempo 50 auf Tempo 30 eine massive Lärmreduktion ist. Ich war gestern an der Feldbergstrasse am Erasmusplatz und habe das beobachtet und es war ein guter Verkehr, flüssig und es war deutlich ruhiger. Und wenn man weniger Lärm hat, ist die Möglichkeit des verdichteten Bauens enorm gesteigert und ich glaube, in unserer Stadt ist das ein Argument, das wichtig ist, weil bei Tempo 50 die Lärmeinschränkung für verdichtetes Bauen massiv sind und diese Möglichkeit nicht besteht. Also das, denke ich, ist ein Argument, wo ich immer noch finde, das richtig ist, die Sicherheit müssen wir nicht diskutieren.

Da ist unsere Partei nicht so gespalten bei diesem Thema, wir sind für den Rheintunnel. Der wird mit Tempo 80 sein und der Rheintunnel wird auch gut für Autofahrer sein und wird auch für eine Verflüssigung des Verkehrs in der Innenstadt sein. Also das ist auch ein Argument, wo ich finde, man sollte diese Diskussion auch machen.

Etwas, das mich etwas ärgert, ist das Blaulicht bei Tempo 30, es sei nicht möglich, schnell zu fahren. Wenn Blaulichtorganisationen einen Alarm haben, dann können sie angemessen fahren und dann spielt die Temporeduktion keine Rolle, ob das 30 oder 50 sind, sie müssen einfach sicher und angemessen sein. Ich glaube, sie können auch 50 oder 60 fahren, also dieses Argument sehe ich jetzt hier nicht so.

Von dieser Seite bin ich immer noch für eine gute Umsetzung und ich habe auch damals gesagt, nicht alle Strassen sollen Tempo 30 sein. Bei einer Nauenstrasse ist allen klar, dass ist ein Zubringer zur Autobahn, hier Tempo 30 zu machen, ist nicht sinnvoll. Und wenn man sieht, was in Paris ist, wo das flächendeckend wirklich in vielen Strassen gemacht wird gegen den Widerstand von einigen, aber die Präsidentin von Paris zieht das durch und es ist eine Attraktivitätssteigerung von Paris und was Paris machen kann, können wir vielleicht auch machen.

Von dem her bitte ich Sie, diesem Geschäft zuzustimmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Einzelsprecherin ist Lisa Mathys.

*Lisa Mathys (SP):* Ich habe kurz nachgesehen, was wir als SP-Fraktion im Juni 2022 gesagt hatten, als die Mehrheit hier drin die Forderung nach 30 als dem neuen 50 zugestimmt hat und wir haben damals an einen Vorstoss erinnert, der seit damals 11 inzwischen seit 13 Jahren hängig ist und wir haben dafür plädiert, dass es nun wirklich vorwärts gehen muss. Bei jenem Vorstoss geht es um Tempo 30 nachts, dies wäre natürlich vor allem eine Lärmschutzmassnahme, und Esther Keller hatte damals betont, dass sie vorwärts machen will auf diesem Thema. Nun sind knapp zweieinhalb Jahre um und wir sprechen heute das Geld für die Planung. Wir finden das schade, wir hätten, wie Tonja Zürcher vom GAB das schon gesagt hat, wir

hätten gehofft, dass dieses vorwärts machen wollen auf der Strasse zu weniger Tempo führt, aber im BVD zu mehr Tempo und wir ermutigen Esther Keller erneut, die Priorisierung entsprechend zu überdenken.

Vor dem Mittagessen hatte ich, genau das muss ich vielleicht noch sagen, ich halte zwar ein Einzelvotum, spreche aber für die SP-Fraktion, weil ich eigentlich auch noch hören wollte, was der ACS noch sagt. Ich möchte hier einfach noch einmal ein paar Fakten festhalten, weil ich vor allem wirklich das Votum von Daniel Albietz, ich fand, es hatte sehr viele falsche Aussagen drin und ich finde, es ist einfach wichtig, noch einmal Tempo 30 inhaltlich auch zu bewerten.

Tempo 30 schafft Platz. Die Fahrbahnen müssen weniger breit sein und das löst dann auch den Widerspruch auf, den Daniel Albietz vermutet hatte. Es gibt eben Platz für mehr Eigentrassees zum Beispiel und deshalb ist es auch keine Behinderung für den ÖV. Und ich erlaube mir jetzt ganz am Rande im Rahmen des Wahlkampfs noch den Spruch, Daniel Albietz, dass ich glaube, Ihre Verkehrspolitik gehöre ins Museum.

Tempo 30 schafft Sicherheit. Insgesamt gibt es viel weniger Unfälle und vor allem auch viel weniger schwere Unfälle. Und in diesem Zusammenhang auch noch einmal kurz zum Blaulichtthema, damit Ambulanzen und andere Notfallfahrzeuge gut durchkommen, braucht es vor allem weniger Verkehr. Es stimmt nicht, was Daniel Albietz gesagt hat, das hat vorher Franz-Xaver Leonhardt auch erwähnt, im Notfall dürfen Ambulanzen schneller fahren, das ist überhaupt gesetzlich kein Problem.

Tempo 30 ist weniger laut. Wir haben grosse Lärmbelastungen und überschrittene Grenzwerte nach wie vor in unserem Siedlungsgebiet und wir schulden unseren Bewohnerinnen und Bewohnern diesen Lärmschutz. Einfacher als mit Tempo 30 geht Lärmschutz fast nicht.

Tempo 30 ist günstig. Es braucht längst nicht immer bauliche Massnahmen, man kann mit Markierungen arbeiten. Das ist also wirklich eine sehr einfache Umsetzung und Tempo 30 funktioniert. Es gibt so viele Städte, die bereits Erfahrung gemacht haben und die diese Errungenschaft seit der Einführung von Tempo 30 bei sich nie mehr würden preisgeben wollen. Basel tickt zumindest hier bestimmt nicht anders. Und wenn das die Links-Ideologie sein soll, die Pascal Messerli erwähnt hat, dann scheint Links-Ideologie ein neuer Begriff für Lebensqualität zu sein.

In diesem Sinne bitte ich Sie darum, das Geld zu sprechen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Daniel Seiler und Pascal Messerli möchten Fragen stellen. Es werden beide angenommen. Zuerst die Frage von Daniel Seiler.

*Daniel Seiler (FDP):* Könnten Sie mir dann bitte die Frage beantworten, die der ACS vor der Mittagspause gestellt hat? Wie die Legitimation der 30 Prozent Autoreduktion aussieht?

*Lisa Mathys (SP):* Ich weiss jetzt wirklich gerade nicht, welche Frage, dass es ist, aber wir haben klare Ziele in unserem Kanton, die es zu verfolgen gilt und die Tempo 30-Massnahme ist aber eine Verkehrsverflüssigungs-/Beruhigungsmassnahme und bringt mehr Lärmschutz.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Lisa Mathys, Sie haben zum Schluss gesagt, Sie stehen für Lebensqualität. Ist das die Lebensqualität, welche die baselstädtische Stimmbevölkerung im Rahmen der Stadtklima-Initiativen deutlich abgeschmettert hat?

*Lisa Mathys (SP):* Wir haben sehr viele statistische Erkenntnisse, was Tempo 30 bringt und dass es weniger Unfälle und weniger Lärm bringt, ist sicher eine Steigerung der Lebensqualität.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Thomas Widmer-Huber meldet sich für ein Einzelvotum.

*Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP):* Ich wollte eigentlich nichts sagen, aber ein Punkt einfach nochmal zu den Blaulichtorganisationen. Da hatten wir vorhin zum Thema Tempo Franz-Xaver Leonhardt und Lisa Mathys. Das Problem ist ja, wenn die Strassen schmaler werden, wie können dann Blaulichtorganisationen angemessen fahren, also müssen sie dann im 30er oder 35er-Tempo fahren, weil die Strassen so schmal sind? Es geht einfach nicht auf. Das heisst, es ist

gefährlich, dann schneller zu fahren natürlich, es wird zum Problem und dort sehe ich ein grösseres Problem. Und das Thema Riehen, das hat Daniel Albietz schon angesprochen oder auch andere aus Riehen, es ist einfach wirklich nicht angemessen, diese Vorlage jetzt im Blick auf Riehen. Und von da her ist es mir klar, dass ich da nicht zustimmen kann.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nehmen Sie die Zwischenfrage von Lisa Mathys an? Sie wird angenommen.

*Lisa Mathys (SP):* Thomas Widmer-Huber, wieso denken Sie, dass die Strassen schmaler werden mit Tempo 30? Es ist umgekehrt so, dass die Autos weniger Platz brauchen auf der gleich breiten Strasse mit Tempo 30.

*Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP):* Ja schon, aber das Problem ist ja, dass die Blaulichtorganisationen schnell fahren müssen, das ist das Problem. Also die müssen Tempo haben, die können auf einer schmalen Strasse nicht schnell fahren und dort sehe ich das Problem.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Noch ein Einzelvotum von Alex Ebi.

*Alex Ebi (LDP):* Jetzt höre ich hier schon eine Zeit lang zu. Also wir hatten schon lustige Diskussionen hier drin, aber die ist jetzt eine von den ganz lustigen. Selbstverständlich, man kann ja da Meinungen haben, 30, 50, 60, 80, 10, das ist eigentlich alles gleich, aber am Schluss ist natürlich null am leisesten, dann hat man gar keinen Lärm mehr. Oder wir fahren null und dann haben wir selbstverständlich auf der Strasse Platz, das können wir drehen, wie wir wollen. Ich finde es natürlich nicht sehr klug, wenn wir auf 30 zurückgehen, aber die Argumentation dahinter, die finde ich mehr als komisch. Das habe ich jetzt sagen müssen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Alex Ebi, Lisa Mathys und Laurin Hoppler möchten Ihnen Zwischenfragen stellen. Sie werden angenommen.

*Lisa Mathys (SP):* Eine einfache Frage. Es ist erwiesen, dass bei einem Auto ab 30 km/h das Rollgeräusch lauter wird als der Motor. Deshalb ist diese Grenze schon eine relevante. Ich finde, Sie sollten einfach nicht Zahlen ins Lächerliche ziehen. Könnten Sie bitte darauf verzichten? Das ist eine einfache Frage.

*Alex Ebi (LDP):* Ja, die Frage ist einfach, die Antwort auch, nein.

*Laurin Hoppler (GAB):* Sind Sie in diesem Fall für eine autofreie Innenstadt?

*Alex Ebi (LDP):* Mit einem Konzept, das sage ich schon seit fast 40 Jahren, mit einem Konzept ist eine autofreie Innenstadt durchaus zu überlegen. Aber es muss ein Konzept haben und nicht einfach Parkplätze aufheben, die Autos verbieten, auf 30 zurück, das ist ohne Konzept, das ist einfach plagen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Ich glaube, die Diskussion ist erschöpft. Damit kommen wir zur Sprecherin des Regierungsrats, Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Ich möchte noch auf zwei Voten eingehen, das eine ist zum Votum von Pascal Messerli. Sie haben die Entwicklungen auf Bundesebene angesprochen und aus meiner Sicht gibt es dort unterschiedliche, ja schon fast widersprüchliche Entwicklungen. Auf der einen Seite ist ja die Stossrichtung des Kantons, dass wir wegen Lärm und Luftbelastung auch eine verkehrsorientierte Strasse verkehrsberuhigen dürfen, vom Bundesgericht gestützt worden, also sprich bei der Feldbergstrasse, so konnten wir das jetzt umsetzen und es hat schon merkbaren Effekt. Auf der einen Seite werden wir da gestützt, auf der anderen Seite sprechen Sie natürlich die Motion Schilliger an, die überwiesen wurde und die jetzt beim Bundesrat liegt zur Ausarbeitung. Wir werden sehen, was da zurückkommt. Beschlossen ist da noch nichts, wie

gesagt, das liegt beim Bundesrat und wir wissen nicht, wie und wann diese Regelung kommt. Aber es ist klar, alles, was wir hier tun, muss natürlich kompatibel sein mit den Vorgaben des Bundesgesetzes.

Dann zum Votum von Tonja Zürcher und Lisa Mathys. Ich kann Sie beide beruhigen, es läuft ja auch schon sehr viel. Wir haben fast zwei Drittel der Strassen verkehrsberuhigt. Das ist im Städtevergleich mit anderen Städten wirklich schon sehr viel und wir beantragen ja auch Gelder, um da weiterzumachen, also die laufende Überprüfung auch für Tempo 30-Strecken, um diese weiterzuführen.

Ja, den einen geht es zu langsam, den anderen zu schnell. Ich denke deshalb nochmal das, was ich auch im Eingangsvotum gesagt habe, wichtig ist Sorgfalt, dass wir diese wichtigen Aspekte wie auch Blaulichtorganisationen, ÖV, dass wir diese eben sorgfältig prüfen und auch Massnahmen ergreifen können, und deshalb wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diesen zwei Anträgen, nämlich die Fristverlängerung, aber auch genügende Mittel, um diese Abklärungen jetzt eben sorgfältig zu machen, wenn Sie diese sprechen könnten.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die UVEK spricht Raphael Fuhrer.

*Raphael Fuhrer (GAB):* Ich möchte gerade bei den zwei Voten beginnen der beiden Juristen Pascal Messerli und Daniel Albietz, und zwar auch mit der Motion Schilliger. Heute Morgen waren Patricia von Falkenstein und Sarah Wyss hier und ich glaube, sie werden Ihnen beiden bestätigen können, dass in jeder Session des National- und Ständerates diverse verkehrspolitische Vorstösse überwiesen werden. Und wenn daraus folgen würde, dass die Kantone und Gemeinden jeweils dann ihre Verkehrspolitik wieder danach ausrichten müssen, was gerade in einer Session überwiesen wird, wäre eine vernünftige Verkehrspolitik nicht mehr nötig. Für uns Kantone und Gemeinden ist massgebend das aktuell geltende Gesetz und dieses sieht die Möglichkeit vor, Tempo 30 auch auf verkehrsorientierten Strassen einzuführen. Das haben wir hier im Kanton schon mehrmals gemacht. Eine Rüge durch das Bundesgericht sehe ich da nicht als Risiko, im Gegenteil, das Bundesgericht hat Kantone und Gemeinden gerügt, die auf Tempo 30 verzichtet haben. Das ist im Moment die Rechtslage.

Dann wurde der ÖV angesprochen. Hier verweise ich gerne nochmals auf die ersten Auswertungen der Buslinie 30 in der Feldbergstrasse. Es sind keine substanzielle Fahrzeitverluste bis jetzt feststellbar. Das wurde uns so in der Kommission gesagt und ich finde, wenn hier die Fachleute das sagen, dann sollten wir das zur Kenntnis nehmen und nicht gleich wie vor zwei Jahren mit den gleichen Argumenten wiederkommen.

Dann wurde angesprochen, die Blaulichtorganisationen und die Vermutung, dass dann mehr Leute sterben, weil die Ambulanz zu spät bei einem Notfall kommt. Die Motion zielt auf das Siedlungsgebiet, das ist das bebaute Gebiet. Ausserhalb des bebauten Gebietes hat die Motion keine Wirkung. Und selbst wenn also jetzt die Tempo 30-Signalisation für die Blaulichtorganisationen verbindlich wäre, würde das nicht vom Eglisee bis Chrischona gelten. Es ist aber auch so, dass die Rasergesetzgebung angepasst wurde. Dieser Automatismus, in einer 30er-Zone oder in einer 50er-Zone plus so viele Kilometer gleich automatisch zum Beispiel Führerscheinentzug, wurde letzten Sommer vom National- und Ständerat korrigiert. Massgebend ist, was die Einsatzleitung feststellt, wie dringend dieser Einsatz ist und dann muss die Fahrgeschwindigkeit der Baulichtorganisation angemessen sein und erst wenn diese Geschwindigkeit nicht mehr angemessen ist und billigend Risiken in Kauf genommen werden, besteht überhaupt die Möglichkeit, dass das Personal dann im Fahrzeug mit einer Busse gemäss Rasergesetzgebung rechnen muss. Das wurde entschärft und das ist auch richtig so. Also das Argument Blaulichtorganisationen fällt darum weg.

Tempo 30 ist kein Risiko für Leben, Tempo 30 rettet leben. Wir haben von der UVEK eine Delegation geschickt an eine Veranstaltung des Büros für Unfallverhütung und da ist eine Folie davon sehr eindrücklich. Wenn wir die vielleicht kurz einblenden könnten? Was bedeutet Tempo 30 für die Verkehrssicherheit: Ein Sterberisiko um minus 84 Prozent, der Anhalteweg wird fast halbiert und die Informationsdichte, die jede und jeder von uns verarbeiten muss, wenn wir uns im Verkehr bewegen, wird auch fast halbiert. In Summe bedeutet das, massiv weniger Unfälle, massiv weniger Schaden, massiv weniger menschliches Leid und das ist am Ende lebensrettend und nicht etwa, so wie das behauptet wurde, durch irgendeine angebliche Verzögerung der Blaulichtorganisationen lebensschädlich. Das war mir wichtig, das im Protokoll festzuhalten.

Ich möchte Sie darum im Namen der Mehrheit der UVEK bitten, diesen zwei Anträgen zuzustimmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die UVEK beantragt, die Frist zur Umsetzung der Motion bis am 31.12.2025 zu erstrecken. Es wurde ein Antrag gestellt von Pascal Messerli, die Motion als erledigt abzuschreiben. Andere Anträge liegen nicht vor. Wir stimmen darüber ab.

**Abstimmung**

JA heisst Fristerstreckung bis am 31.12.2025 gemäss Antrag UVEK, NEIN heisst als erledigt abschreiben

**Ergebnis der Abstimmung**

**55 Ja, 35 Nein, 4 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004549, 16.10.24 15:21:21]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

Die Frist zur Umsetzung der Motion bis zum 31.12.2025 zu verlängern.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen 55 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen vor. Damit wurde die Frist erstreckt.

## 15.1. Ausgabenbewilligung für die Erarbeitung eines Umsetzungskonzepts zur Einführung von integral Tempo 30 im Siedlungsgebiet sowie einen Massnahmenplan zur Priorisierung und Beschleunigung des ÖV

[16.10.24 15:21:35, 24.0774.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Eintreten auf den zweiten Beschluss wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung (Seite 8 des Ausgabenberichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

**Schlussabstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

**Ergebnis der Abstimmung**

**56 Ja, 36 Nein, 3 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004551, 16.10.24 15:22:24]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

Für die Erarbeitung eines Umsetzungskonzepts zur Einführung von integral Tempo 30 und für einen Massnahmenplan zur Priorisierung und Beschleunigung des ÖV werden Ausgaben in Höhe von Fr. 410'000 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepar-tements bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Resultat sind 56 Ja-Stimmen gegen 36 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen. Damit wurde der Grossratsbeschluss angenommen.

## 20.1. Interpellation Nr. 118 Tim Cuénod betreffend der Schaffung eines provisorischen Veloparkings im Postreiter-Gebäude

[16.10.24 15:22:34, 24.5392.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Dem Regierungsrat ist bewusst, dass am Bahnhof Basel SBB ein grosser Bedarf an Veloabstellplätzen besteht und das heutige Angebot nicht ausreicht. Er begrüsst deshalb den Ansatz, provisorische Veloabstellplätze im Postreitergebäude anzubieten und lässt dies prüfen. Wir stehen bereits im Austausch mit der Post, gemeinsam mit dem Kanton prüfen sie mögliche Flächen für provisorische Veloparkplätze, die für die Öffentlichkeit gut zugänglich sind. Der Regierungsrat entscheidet über die Umsetzung eines provisorischen Veloparkings, sobald die Machbarkeit sowie die Kostenschätzung für die Umnutzung und die Miete vorliegen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Tim Cuénod (SP):* Ich erkläre mich mit der Antwort befriedigt, insofern als dass diese Idee positiv aufgenommen wird. Wie lange der Postreiter noch stehen wird, ist unklar, weil aus statischen Gründen einige Fragen offen sind im Zusammenhang mit dem Tiefbahnhof und ich denke, da ist auf jeden Fall damit zu rechnen, dass das noch einige Jahre leer stehen wird. Insofern wäre es sehr begrüssenswert, wenn man da eine Lösung erzielen kann. Es ist wirklich so, dass diese drei grossen Parkplätze fast vollständig leer stehen. Sie wurden früher häufig genutzt durch Angestellte der Post unter anderem, die vor Ort gearbeitet haben, und wenn man da eine provisorische Umnutzung zum Veloparking erreichen könnte, könnte man zumindest die Gleise 1 bis 12 sehr schnell erreichen, weil ja da von dieser Seite her ein Gleiszugang besteht. Wenn es hinter den Gleisen wäre, wäre es nicht der Fall und ich würde mich sehr freuen, wenn quasi eine solche Zwischennutzung möglich wäre. Mit dem Nauentor in einem nächsten Schritt ist ja dann sowieso vorgesehen, an gleicher Stelle ein grösseres Veloparking zu erstellen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## 20.2. Interpellation Nr. 119 Eric Weber betreffend Verschwendung von Steuergeld

[16.10.24 15:25:42, 24.5402.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Wünscht der Interpellant das Wort? Er wünscht es.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich spreche heute nur zu dieser Interpellation und sonst spreche ich heute nicht. Es ist Zufall, dass es in dieser Interpellation um Wahlen geht. Sie finden den Text auf Seite 96. Als Grossrat haben Sie das Recht, auch als Freigänger im Parlament anwesend zu sein, auch wenn Sie im Gefängnis sind, zum Beispiel mit Fussfesseln. Ich komme zu meiner Interpellation. Meine Interpellation geht um Wahlen, um das Wahlzentrum. Ich habe selber Erfahrung als Wahlbeobachter in Belarus und dann muss man mich nicht fragen, warum ich nicht in Basel bin, wenn ich als

Wahlbeobachter in Belarus bin. Das war der Vorwurf heute Morgen von der Polizei und von drei Leuten, die das Wahlcouvert angeblich nicht bekommen haben. Aber weil ich angefragt wurde von vielen Kollegen, musste ich das sagen, es ist gar nichts. Ich kann nichts dafür, wenn drei Leute das Wahlcouvert nicht bekommen und bei mir in der Umgebung wohnen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Herr Weber, bitte sprechen Sie zu Ihrer Interpellation.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Das Wahlzentrum ist viel zu gross in Basel, es ist überdimensioniert und das möchte ich mit meiner Interpellation erklären. Und weil das Wahlzentrum viel zu gross ist, passieren dort verbotene Sachen, die nicht beantragt sind. Ich habe mich beschwert wegen diesem Wahlzentrum, und darum diese Interpellation, bei der Staatskanzlei Basel-Stadt. Es geht um Anstand. Und wenn in diesem Wahlzentrum, weil es zu gross ist, die Leute sich mit Fahnenständer aufbauen, SP und Grüne, das wird von mir nicht akzeptiert. Darum finde ich, wir sollten das Wahlzentrum im Rathaus haben, dann können sich die Leute nicht verbotenerweise mit ihren Fahnenständer aufbauen, weil hier kein Platz ist. Wir hätten dann im Rathaus oben ein Zimmer für Radio/Fernsehen, ein Zimmer für den netten Mann von der SDA und unten noch Zimmer für die Basler Zeitung. Aber wenn Sie es vergleichen mit anderen Parlamenten, sind wir nicht verantwortlich, dass wir den Medien Unterkünfte geben. Vergleichen Sie es mit anderen Parlamenten in Deutschland oder Europaparlament, dort bauen die Medien draussen im Hof des Rathauses ihr Häuschen auf und bezahlen das.

Darum frage ich die Regierung als Grossrat von Basel und als Gefängnisfreigänger, warum nimmt die Staatskanzlei nicht das Rathaus. Ich war anwesend am 3. März und am 7. April dieses Jahr in der Mustermesse, es waren ganz wenige Leute, es ging ja nur um die Regierungsratswahlen, und das ist überdimensioniert. Bei den Grossratswahlen vor vier Jahren habe ich einen Platz bekommen. Es waren kaum Leute im Wahlzentrum, gut, damals hatten wir Corona. Aber ich finde auch jetzt, was am Sonntag ist, könnte man auch hier im Rathaus machen und es hätte genügend Platz und der Kanton würde Geld sparen. Aber wenn man zu viel Geld hat und das Geld immer ausgibt, ich sehe das einfach nicht ein.

Ich möchte Ihnen sagen, was die Antwort von der Staatskanzlei auf meine Beschwerde war wegen den Grünen- und SP-Fahnenständern. Die Staatskanzlei hat mir geschrieben: Sehr geehrter Herr Weber, Sie haben Namenszettel der Grünen weggemacht. Das war die Antwort. Damit bin ich nicht einverstanden und darum möchte ich, dass die Resultate hier verkündet werden im Rathaus und nicht für 30’000 Franken im Wahlzentrum Mustermesse. Der Kanton hat zu viel Geld, aber irgendwann ist das vorbei.

## 20.3. Interpellation Nr. 120 Beda Baumgartner betreffend was sind die gesetzlichen Grundlagen möglicher Sektorsperrungen im St. Jakob-Park und warum positioniert sich die Regierung für das Kaskadenmodell?

[16.10.24 15:30:38, 24.5412.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen, er hat das Wort.

*Beda Baumgartner (SP):* Der Grund für diese Interpellation ist der Eindruck, den man gewinnt, dass wir es hier auf nationaler Ebene mittlerweile mit einer Behörde oder einer Regierungskonferenz im Bereich Fussball und Sicherheitspolitik zu tun haben, sie sich zumindest teilweise ein wenig verselbstständigt. Es gibt um das Kaskadenmodell und die möglichen Verschärfungen im Bereich des Hooligan-Konkordats und auch andere Massnahmen im Bereich des Fussballs teilweise Diskussionen, die mit Verhältnismässigkeit, aber vor allem auch mit einer Logik dahinter nichts mehr so viel zu tun haben. Und sehr interessant ist, dass heute Morgen die schweizerische Fussballliga dazu auch kommuniziert hat und sie hat drei Sachen kommuniziert, die ich hier noch kurz erwähnen möchte.

Erstens hat sie kommuniziert, dass der Rückgang von Gewalttätigkeiten im Rahmen von Fussballspielen in den letzten drei Jahren signifikant ist, obwohl die Zuschauer*innenzahlen in der Liga steigen. Sie hat sich ganz klar gegen die Personalisierung von Tickets gewehrt und sie hat sich auch ganz klar gegen die Verschärfung des Konkordats gewehrt. Warum sage ich das. Wir haben im Kanton Basel-Stadt die Verschärfung dieses Konkordats abgelehnt hier im Grossen Rat und ich sage das auch, weil wir in diesem Kontext uns überlegen müssen, inwiefern die Massnahmen der KKJPD und das sogenannte Kaskadenmodell wirklich die Situation rund um Fussballspiele verbessern oder inwiefern sie kontraproduktiv sind und sie verschärfen.

In diesem Kontext möchte ich Ihnen einfach noch schnell sagen, es gab ja viele Bemühungen, wo die Liga und die Vereine involviert waren zusammen mit den Bewilligungsbehörden und der Konferenz und da gab es auch eine Studie, in der zum Beispiel klar gesagt wurde, personalisierte Tickets sind nicht zielführend. Sie haben einen zu hohen Aufwand und sie erfüllen die Idee dahinter nicht. Die Liga hat sich aus dem Kaskadenmodell und die Vereine haben sich aus dem Kaskadenmodell zurückgezogen. Wir haben jetzt also eine KKJPD, die ein Kaskadenmodell in Eigenregie durchführt an den konkreten Stakeholdern vorbei. Und jetzt auf den Kanton Basel-Stadt bezogen haben wir die Situation, dass wir dem verschärften Konkordat, auf das sich die KKJPD explizit auch in ihrer Kommunikation bezieht, nicht beigetreten sind und gleichzeitig die Vorstellung des Departementes sich klar hinter das Kaskadenmodell gestellt hat. Und in diesem Kontext habe ich die Interpellation eingereicht.

Und etwas möchte ich auch noch sagen, das hat die Liga heute Morgen auch transparent gemacht, anscheinend gab es in der AG Bewilligungsbehörde einen einstimmigen Antrag der Polizeikommandanten, die Muttenzer Kurve für das nächste Heimspiel zu sperren. Was in der Woche nach diesem Antrag dann konkret passiert ist, wissen wir nicht, werden wir vielleicht jetzt nachher in den Antworten der zuständigen Regierungsrätin erfahren, aber es gab einen einstimmigen Antrag der Polizeikommandanten dafür. Und das ist doch bemerkenswert in diesem Kontext, dass wir eine AG Bewilligungsbehörde haben, die diesen Antrag stellt, und dann wurde die Muttenzer Kurve ja am Ende dann nicht gesperrt, kann man jetzt sagen, war vielleicht auch gut, wirft aber viele Fragen auf bezüglich der Kohärenz und der Stringenz, wie dieses Modell wirklich angewandt wird und was es wirklich für Ziele hat. Ich bin darum sehr gespannt auf die Antworten des Regierungsrates.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit geht das Wort an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zur Frage 1. Die Erarbeitung und Einführung des sogenannten Kaskadenmodells fällt auf kantonaler Ebene in die operative Zuständigkeit des Justiz- und Sicherheitsdepartements und wurde nicht durch den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, sondern unter koordinativer Leitung der KKJPD durch die Arbeitsgruppe Bewilligungsbehörden beschlossen. In dieser Arbeitsgruppe treffen sich die Bewilligungsbehörden, um unter anderem das Vorgehen gegen Gewalt im Umfeld von Fussballspielen abzusprechen. Weitere Mitglieder der Arbeitsgruppe Bewilligungsbehörden sind Vertreterinnen und Vertreter der KKJPD, der schweizerischen Staatsanwaltskonferenz sowie der SBB.

Zur Frage 2. Veranstaltungen auf Privatareal mit hohem erwarteten Zuschaueraufkommen oder zu erwartenden erheblichen Sicherheitsproblemen, die nicht mit den normalen polizeilichen Mitteln bewältigt werden können, sind gemäss § 66 des kantonalen Polizeigesetzes bewilligungspflichtig. Eine Bewilligung kann vollumfänglich oder teilweise erteilt werden.

Zur Frage 3. Für den Fall, dass der Dialog und die weiteren präventiven Mittel Ausschreitungen nicht verhindern, sollen die Bewilligungsbehörden auf ein Instrumentarium zurückgreifen können, dass ihnen verhältnismässige Massnahmen erlaubt. Die Wirkung des Kaskadenmodells ist grundsätzlich sowohl präventiv als auch reaktiv.

Zur Frage 4. Der sogenannte Basler Weg bleibt unverändert bestehen, aber er wird durch einen Massnahmenkatalog der Bewilligungsbehörden ergänzt. Der Dialog wird weiterhin als zentraler Bestandteil der Prävention gepflegt. Das Kaskadenmodell kommt erst dann zur Anwendung, wenn es zu einer Gefährdung oder einer Gewalttat gekommen ist und schafft Klarheit über die möglichen Massnahmen.

Zur Frage 5. Über die Absprachen der Bewilligungsbehörden wird keine Auskunft erteilt.

Zur Frage 6. Das Kaskadenmodell der Arbeitsgruppe Bewilligungsbehörden ist eine Wegleitung für die Liga, die Vereine und die Fans, damit sie wissen, welche Massnahmen folgen können, wenn es zu einem Fehlverhalten kommt. Es ist ein hilfreiches Modell, weil es die möglichen Massnahmen konkreter und verständlicher macht. Bei der Umsetzung ist immer auch dem Einzelfall Rechnung zu tragen und das Prinzip der Verhältnismässigkeit zu wahren.

Zur Frage 7. Die Arbeitsgruppe Bewilligungsbehörden hatte in der Medienmitteilung vom 14. März 2024 detailliert zum Kaskadenmodell informiert. So wird das Kaskadenmodell angewendet, wenn die betroffenen Fussballclubs oder die lokalen Bewilligungsbehörden nach einem Spiel zum Schluss kommen, dass eine schwerwiegende Handlung durch eine Fangruppe begangen wurde. Danach wird in einem strukturierten Prozess der Sachverhalt unter Anhörung der involvierten Parteien geklärt und gegebenenfalls eine der vier Kaskadenstufen festgelegt. Der finale Entscheid über die zu treffende Massnahme liegt in jedem Fall bei der zuständigen kantonalen Bewilligungsbehörde.

Zur Frage 8. Bewilligungsauflagen von Fussballspielen, wie etwa Sektorsperrungen, werden nicht gestützt auf das Hooligan-Konkordat, sondern auf das kantonale Polizeigesetz erlassen.

Zur Frage 9. Die Bewilligung von Veranstaltungen kann von der Kantonspolizei als Bewilligungsbehörde mit Einschränkungen erteilt werden. Deshalb stellt sich diese Frage nicht.

Zur Frage 10. Die Kantonspolizei.

Zur Frage 11. Der finale Entscheid über die zu treffenden Massnahmen liegt wie vorher erwähnt bei der kantonal zuständigen Bewilligungsbehörde. Für Spiele in Basel-Stadt ist das die Kantonspolizei.

Zur Frage 12. Die Vorsteherin des Justiz- und Sicherheitsdepartements und der Kommandant der Kantonspolizei.

Zur Frage 13. Die Arbeitsgruppe erteilt keine Bewilligungen, sondern ist das Gremium, in dem die Bewilligungsbehörden ihre Erfahrungen austauschen. Die Bewilligungen werden von den zuständigen Bewilligungsbehörden erteilt, die sich auf ihre geltende gesetzliche Grundlage stützen. Grundsätzlich kann jede behördliche Tätigkeit auf ihre Rechtmässigkeit hin überprüft werden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Beda Baumgartner (SP):* Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden, das schon mal vorneweg. Ich finde, die Antwort wirft die gleichen Fragen auf, warum ich die Interpellation überhaupt erst eingereicht habe. Zuerst mal zur Zusammensetzung der AG Bewilligungsbehörde. Ich finde diese Zusammensetzung zumindest sehr fragwürdig. Also da sind die Sicherheitsbehörden drin, dann die SBB und die Staatsanwaltschaftskonferenz. Okay. Das wirft schon einmal Fragen auf, wie genau soll diese Bewilligungsbehörde, die aber anscheinend, so wie ich jetzt die Antwort interpretiere, nur ein Diskussionsgremium ist, gleichzeitig aber Anträge formuliert, wie soll diese Bewilligungsbehörde wirklich im Dialog funktionieren.

Dann bei der Eskalation ist das Kaskadenmodell, so wie es dargestellt wird, nicht mehr der Dialog, sondern dann wird reagiert. Und Sie haben jetzt begründet, dass es nicht gestützt auf das Konkordat, sondern auf das Polizeigesetz erfolgt. Aber so wie ich es interpretiere, können Sie die Bewilligungsauflagen nicht als präventives Mittel nutzen. Also das ist nicht dafür da. Wenn Sie es nur als präventives Mittel nutzen, geht es, aber wenn es nicht geht, ist es bestrafend und das ist genau das ganze Problem an diesem Modell, weil die Massnahmen nach Gewalttaten ergriffen werden. Die zuständige Regierungsrätin hat jetzt wieder gesagt, es geht um Prävention, aber wenn Sie dann nachher einen Sektor sperren, dann ist das ja, auch wenn das die Vorsteherin der KKJPD anders sieht, aus meiner Sicht ganz klar eine Kollektivstrafe. Und wenn Sie dann in einer Bewilligung sagen, wir geben Ihnen die Bewilligung nur, Fussballclub XY oder hier FC Basel, wenn ihr einen bestimmten Sektor sperrt, dann bestrafen Sie damit den Club und das ist meines Erachtens nicht das Ziel der Bewilligung, wirklich nicht.

Dann bin ich auch noch irritiert, dass das Kaskadenmodell anscheinend nur im Justiz- und Sicherheitsdepartement diskutiert wurde, also dass das kein Thema war im Regierungsrat, obwohl das eine zentrale Änderung des Vorgehens ist, wie man im Bereich Fussballspiele und Sicherheit vorgehen will. Es wird auch gesagt, es gäbe einen strukturierten Prozess, nach dem vorgegangen werde. Der involvierte Club, der FC Basel hat öffentlich kommuniziert, dass er diesen strukturierten Prozess nicht nachvollziehen konnte, dass ihm nicht dargelegt wurde, wie und warum was entschieden wurde. Also sehr strukturiert kann dieser Prozess nicht sein.

Und dann gesetzlich politisch legitimiert, heisst das, man kann sich natürlich gegen jedes staatliche Handeln, das kann immer überprüft werden auf die Rechtmässigkeit, natürlich, aber wir müssen uns schon fragen, wenn wir eine AG Bewilligungsbehörde einsetzen und die dann Anträge stellt, aber eigentlich das Handeln dieser Behörde, dieser AG nirgends gesetzlich legitimiert oder verschriftlicht ist, dann stellt sich schon ein bisschen die grundsätzliche Frage aus meiner Sicht bezüglich der gesetzlichen und politischen Legitimation.

Und dann nochmal grundsätzlich, der Basler Weg soll bestehen bleiben, okay, und es geht nur um Prävention. Jetzt nehmen wir das Beispiel von Sion. Da wird im nächsten Auswärtsspiel der Fan-Sektor des FC Basels gesperrt. Das ist vielleicht im Jahr 2025, je nachdem, wo der FC Basel, unten oder oben spielt in der zweiten Hälfte der Saison. Dann soll also im Jahr 2025 die Sperrung des Sektors für die Auswärts-Fans des FC Basels eine präventive Wirkung haben. Also das geht für mich komplett nicht auf. Das ist eben keine präventive Wirkung, es ist eine bestrafende Wirkung und wenn es eine bestrafende Wirkung haben soll, auch hier im Kanton, dann fehlt aus meiner Sicht ganz klar die gesetzliche Grundlage dafür und das Polizeigesetz ist meines Erachtens hier nicht genügend.

Ich bin darum mit der Antwort nicht zufrieden und ich glaube, wir werden nicht herumkommen, in diesem Rat noch einmal über das Kaskadenmodell zu diskutieren, um dem Regierungsrat anscheinend mitgeben zu müssen, dass dieser Rat sich klar gegen das verschärfte Konkordat entschieden hat und dementsprechend auch nicht wünscht, das dieses Kaskadenmodell im Kanton angewendet wird.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## 20.4. Interpellation Nr. 121 Daniel Seiler betreffend Willkommensatmosphäre nicht nur während dem ESC

[16.10.24 15:44:03, 24.5429.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Damit geht das Wort an Regierungspräsident Conradin Cramer.

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Gerne beantworte ich diese Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt:

Der ESC ist der weltgrösste Musikanlass und bietet Basel eine einmalige Chance, eine gute Visitenkarte abzugeben und sich einem internationalen Publikum als gastfreundliche, offene und sichere Stadt zu präsentieren. Sowohl der EuroAirport als auch der Claraplatz sind während des ESC neuralgische Orte. Zum einen als Eingangstor für internationale Gäste, zum anderen als zentraler Platz inmitten verschiedener ESC-Schauplätze, wie etwa dem Rheinbord, dem ESC-Boulevard, zwischen den Bahnhöfen, dem Eurovision Village und dem EuroClub auf dem Messegelände. Sicherheit und eine hohe Aufenthaltsqualität an diesen Orten sind für ein positives Gästeerlebnis während des ESC essentiell.

Zur Frage 1. Dem Regierungsrat ist es ein Anliegen, dass der ESC zu einem Ereignis wird, bei dem sich Basel von seiner besten Seite zeigt. Der EuroAirport wird Eingangstor für viele der zu erwartenden Gäste sein, der Flughafen wird daher in die Projektorganisation des ESC einbezogen und am Gesamtauftritt des ESC beteiligt sein. Der Flughafen ist bereit, temporäre Beschriftungen und Kennzeichnungen vor Ort im gleichen Stil wie in der Stadt umzusetzen, damit bereits bei der Ankunft der Gäste das ESC-Ambiente entsteht.

Der Flughafen setzt bereits heute zahlreiche Vorhaben um, damit den Flugreisenden eine bessere Aufenthaltsqualität und mehr Komfort geboten werden. Dies umfasst etwa die Verbesserung der Kundeninformation, die Erneuerung der Beschilderung im Terminal, die Vergrösserung der Sitzplatzkapazitäten in den Wartebereichen, die Erneuerung des Mobiliars, zusätzliche Gastronomieangebote, die Erweiterung der Gepäckbandanlagen, neue Self Bag Drop-Anlagen oder die Renovierung der Toilettenanlagen. Ausserdem werden die Service-Prozesse mit den Airlines sowie den Dienstleistungen und Dienstleistern angepasst. In den kommenden Jahren soll die heutige Terminalinfrastruktur, die mehr als 20 Jahre alt ist, modernisiert werden, um mehr Platz und umfassend verbesserte Bedingungen für die Passagiere und die Kundinnen und Kunden des Flughafens zu schaffen.

Zur Frage 2. Der Regierungsrat ist sich der Tatsache bewusst, dass sich auf dem Claraplatz sozial benachteiligte Personen aufhalten und dass in Kleinbasel mitunter Drogenhandel stattfindet. Entsprechend ist die Kantonspolizei im Kleinbasel ganzjährig sehr präsent und hält die Kontrolldichte unter anderem mit Schwerpunktaktionen hoch. Zudem hat der Regierungsrat im März dieses Jahres ein breit abgestütztes Massnahmenpaket beschlossen, an dem Fachleute aus den verschiedenen Departementen mitgewirkt haben. Es wurden zusätzliche Konsumplätze in den Kontakt- und Anlaufstellen gebaut, um den Betäubungsmittelkonsum im öffentlichen Raum zu reduzieren. Auch wurde die aufsuchende Sozialarbeit gestärkt und die Öffnungszeiten der Notschlafstellen wurden verlängert. Schliesslich trägt auch die Videoüberwachung auf der Dreirosenanlage dazu bei, die Situation im Quartier so weit möglich zu stabilisieren.

Der Regierungsrat ist bereit, bereits ergriffene Massnahmen zu verstärken oder weitere zu prüfen, um die Aufenthaltsqualität am Clarplatz zu verbessern. Der Regierungsrat hat dabei nicht die Absicht, eine sogenannte Citypflege oder eine Verdrängung von sozial schwachen oder marginalisierten Gruppen aus dem Stadtbild zu betreiben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Daniel Seiler (FDP):* Ja, eine tolle Visitenkarte wollen Sie abgeben. Ich bin sicher nicht ein Scharfmacher hier gegen Randständige, um die geht es gar nicht. Ich glaube, es ist auch klar durchgekommen, um was es geht. Es geht darum, dass auf diesem Platz tagtäglich bei Tageslicht, nicht um 4 Uhr morgens, Leute aggressiv angegangen werden, ob sie Drogen kaufen wollen. Ich habe jetzt mit vielen Leuten gesprochen in den letzten Wochen, ältere Menschen, Familien getrauen sich nicht mehr auf diesen Platz zu gehen. Und es geht nicht um Randständige, ich muss es nochmal betonen, das ist sicher nicht mein Fokus. Es geht darum, dass hier illegale Sachen einfach geduldet werden. Ganz offensichtlich hat man aufgegeben. Da fährt ein Polizeiauto vorbei, diese Nasen stehen da drüben und werden nicht behelligt. Es tut mir leid, da sind wir jetzt wirklich langsam an einem Punkt, wo wir wirklich die Visitenkarte einer schönen Stadt, eines schönen Claraplatzes nicht nur während des ESC brauchen, sondern eben auch während der 364 Tage davor und nachher. Ich bin überhaupt nicht zufrieden mit der Antwort, tut mir leid.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

## 20.5. Interpellation Nr. 122 Fleur Weibel zu den Auswirkungen der 10-jährigen Rheintunnel-Baustelle auf die Dreirosen-Quartierbevölkerung

[16.10.24 15:49:45, 24.5432.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen und hat das Wort.

*Fleur Weibel (GAB):* Gerne begründe ich meine Interpellation zu den Auswirkungen der Rheintunnel-Baustelle auf die anwohnende Quartierbevölkerung. Der Grund für die Interpellation liegt natürlich auf der Hand. Die Schweiz stimmt Ende November über einen massiven Autobahnausbau ab, der Bau des Rheintunnels ist ein Teil davon. Die Regierung von Basel-Stadt befürwortet den Rheintunnel. Dies, obwohl der Ausbau im geradezu grotesken Widerspruch zum soeben veröffentlichten Klima-Aktionsplan und dem Ziel von Netto-Null bis 2037 steht. Da hilft all das bemühte Schönreden der Regierung nichts. Die SP ebenso wie die GLP auf nationaler Ebene sprechen sich deshalb gegen den klimaschädlichen Autobahnausbau aus. Das müsste bei den aktuellen Mehrheitsverhältnissen in unserer Regierung doch eigentlich ebenfalls zu einem Nein zum Rheintunnel führen.

Aber die Regierung agiert nicht nur widersprüchlich, sie hat bis jetzt auch keine Antworten dazu geliefert, wie sich der zehnjährige Autobahnausbau konkret auf die betroffenen Quartiere auswirken wird. Das ganze Quartier rund um die Dreirosenmatte ist inzwischen vollgehängt mit Protestfahnen gegen den Rheintunnel. Wie ein kleines gallisches Dorf stemmen sich die Anwohnenden gegen dieses aus der Zeit gefallene Autobahnausbau-Projekt, denn der Bau des Rheintunnels bedeutet für sie nicht nur zehn Jahre unberechenbare Baustellenemissionen, sondern auch die Zerstörung der einzigen Grünfläche in einem Quartier, das sonst keine Grünflächen hat. Und die Regierung von Basel-Stadt, die findet den Bau des Rheintunnels offenbar auch trotz diesen gravierenden Auswirkungen gut.

Dabei ist völlig unklar, was die zehnjährige Baustelle zum Beispiel für die beiden Schulhäuser bedeutet, die direkt an die Dreirosenmatte angrenzen. Hat die Regierung einen Plan für die zwei Generationen von Schüler*innen, die hier mitten im Lärm ihre Primarschul- respektive Sekundarschulzeit verbringen sollen? Können die Schulhäuser überhaupt weiterbetrieben werden? Gemäss dem Bundesamt für Umwelt macht Lärm nachweislich krank, weswegen die Bevölkerung davor geschützt werden muss. Welche Pläne hat die Regierung hierzu in der Schublade? Wie will sie die Anwohnenden davor schützen? Gibt es Schallisolierungen, temporärer Ersatzwohnraum? Insgesamt stellt sich mir schon die Frage, ob die Regierung überhaupt eine Vorstellung davon hat, wie sich der Bau des Rheintunnels auswirken wird.

Während die Regierung die klimaschädliche Verkehrspolitik aus dem 20. Jahrhundert schönzureden versucht, ist die direktbetroffene Bevölkerung massiv besorgt. Denn wenn wir ehrlich sind, dann ist jetzt schon klar, der zehnjährige Bau des Rheintunnels wird das Quartier zu einem kaum noch bewohnbaren Ort machen und es ist mit Sicherheit kein Ort, wo man seine Kinder zur Schule schicken will. Das heisst, die Leute sehen sich gezwungen, ihre Wohnungen und ihr Quartier in wenigen Jahren zu verlassen. Wie gedenkt die Regierung mit diesem quasi Shutdown des Dreirosenquartiers umzugehen? Welche Kosten wird die Aufgabe eines so beliebten Quartiers produzieren? Und was ist mit all denjenigen, die sich ein Umzug nicht so einfach leisten können?

Sehr geehrte Regierungsrätinnen und Regierungsräte, es ist an der Zeit, dass Sie Stellung beziehen gegenüber den Menschen, deren Wohn- und Lebensraum unmittelbar bedroht ist. Dass die Regierung die Interpellation heute nicht mündlich beantwortet, ist dabei kein gutes Zeichen, denn es erweckt den Eindruck, dass die Regierung noch keine Antworten auf die vielen drängenden Fragen hat, die sich angesichts des Rheintunnels stellen, über den wir im November abstimmen sollen. Es wäre gut, wir hätten die Antworten der Regierung vor der Abstimmung.

## 20.6. Interpellation Nr. 123 Joël Thüring betreffend Rümelinsplatz, Baustellen und der ESC

[16.10.24 15:54:21, 24.5433.01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Wir beantworten die Interpellation wie folgt:

Zur Frage 1. Die Verschiebung der Bauarbeiten am Rümelinsplatz auf die Zeit nach dem Eurovision Song Contest ist bereits so vorgesehen. Damit erübrigt sich die Antwort auf Frage 2.

Zur Frage 3. Auch dem Kanton ist es ein Anliegen, dass Grossveranstaltungen nicht von grösseren Baustellen beeinträchtigt werden. Zu diesen Veranstaltungen zählen nächstes Jahr neben der Fasnacht im März, der Art Basel im Juni und dem Basel Tattoo im Juli auch der Eurovision Song Contest im Mai und die Women's Euro im Juli. Aktuell werden die von den Veranstaltungen beanspruchten Flächen mit den Perimetern der grösseren Baustellen abgeglichen. Wenn es Überschneidungen gibt, so wird die betroffene Baustelle zeitlich verschoben, pausiert oder es wird ein passierbares Provisorium eingerichtet.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, aber mit der Antwort zufrieden ist.

*Joël Thüring (SVP):* Vielen Dank, Regierungsrätin Esther Keller, für die Beantwortung meiner Interpellation. Sie haben mit der Antwort auf meine Frage 1 mich auch sehr zufrieden gestellt. Ich wurde tatsächlich von Gewerbetreibenden, die rund um den Rümelinsplatz ein Geschäft haben, darauf angesprochen, dass sie das sehr ungünstig finden würden, wenn die Baustelle nun kurz vor diesem ESC stattfinden würde und damit ein doch nicht ganz unattraktiver Teil der Basler Altstadt und Innenstadt dann durch eine Baustelle so belastet wäre, dass es für Besuchende nicht besonders attraktiv wäre, diesen Teil der Stadt zu besuchen oder dort dann auch etwas zu konsumieren, sich dort aufzuhalten. Insofern bin ich sehr froh, dass hier die Regierung einsieht oder sich bereit erklärt, diesen Baustellenbeginn etwas nach hinten zu verschieben und ich bin auch fest davon überzeugt, dass auch die Attraktivität unserer Innenstadt durch Massnahmen im Bereich der Baustellen so nicht gemindert wird, dass es für ESC-Besuchende kein Hürdenlauf wird, sich in unserer Stadt von A nach B zu bewegen. Insofern bin ich mit der Antwort der Regierung zufrieden.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## 20.7. Interpellation Nr. 124 David Jenny betreffend gesicherte Zukunft des Sommercasinos

[16.10.24 15:57:05, 24.5435.01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Tanja Soland.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zur Frage 1. Nach der angekündigten Schliessung des Sommercasinos wurden zwei Prozesse ins Leben gerufen, die derzeit parallel laufen. Erstens prüft das Erziehungsdepartement ein Alternativangebot zum bisherigen Sommercasino, das Erziehungsdepartement evaluiert, wo und in welcher Form ein Angebot über die bereits bestehenden Fördermassnahmen hinaus unterstützt werden soll. Jugendliche und Akteure der Jugendkultur sind in diesem Prozess einbezogen. Zweitens evaluiert das Finanzdepartement die definitive Nutzung des Gebäudes. Dazu werden die Bedürfnisse der anderen Departemente abgeholt. Sobald die Nachnutzung feststeht, wird die Sanierung des Gebäudes aufgegleist und auf die neue Nutzung abgestimmt.

Zur Frage 2. Der Kanton evaluiert derzeit die künftige Nachnutzung des Gebäudes. Die Art und Weise, wie die Quartierbevölkerung in diesem Prozess einbezogen wird, ist noch nicht abschliessend geklärt. Sobald die Nachnutzung festgelegt ist, beginnt die Vorstudie zur Sanierung, die auf diese Nachnutzung abgestimmt wird. Die Denkmalpflege wird sowohl in der frühen Phase der Vorstudie als auch später in der Projektierung und Realisierung der Sanierung einbezogen werden. Der Kanton steht verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten offen gegenüber. Diese müssen jedoch auf ihre Vereinbarkeit mit dem Standort und der Liegenschaft geprüft werden. Zudem müssen die zonenrechtlichen Anforderungen

erfüllt sowie die erforderlichen Umbaumassnahmen mit der Denkmalpflege vereinbar sein. Eine Nachnutzung mit Gastronomie wird in diesem Zusammenhang nicht ausgeschlossen. Der Christoph Merian-Park befindet sich im Besitz der Christoph Merian Stiftung und wird von der Stadtgärtnerei unterhalten. Der Status als jederzeit öffentlich zugängliche Grünanlage soll weiterhin bestehen bleiben. Eine Ausweitung der definitiven Nachnutzung auf den Park ist daher nicht vorgesehen.

Zur Frage 3. Die Evaluierung der definitiven Nachnutzung des Gebäudes und die Aufgleisung der konkreten Sanierungsmassnahmen inklusive Bedarfsformulierung, Vorstudien, Projektierung und Finanzierung werden ungefähr vier Jahre in Anspruch nehmen. Die Dauer der Zwischennutzung ist auf diese Zeit abgestimmt und hat entsprechend keinen unmittelbaren Einfluss auf den Terminplan. Die Zwischennutzung stellt sicher, dass das Gebäude in den nächsten vier Jahren nicht leer steht und der Bevölkerung zugutekommt.

Zur Frage 4. Die derzeitige Zwischennutzung ist zeitlich beschränkt auf vier Jahre, die endgültige Nachnutzung wird frühestens nach Abschluss der Zwischennutzung und der anschliessenden Sanierung des Gebäudes einziehen. Für die Sanierung wird von einer Bauzeit von ungefähr zwei Jahren ausgegangen.

Zur Frage 5. Der Verein Château Solaire wurde Ende August 2024 unter anderem von Mitarbeitenden der Basler Musikagentur Sixteentimes Music gegründet. Der Vorstand setzt sich aus den folgenden Personen zusammen: Jeroen van Vulpen, Präsident, Ruedi Brunner, Kassier, Mandy, genannt Milli Zolnai, Geschäftsführung, Denise Wagner und Maude Meret. Der Verein Château Solaire finanziert sich durch Eintrittsgelder, Vermietungen und Fördergelder. Er hat keinen direkten Bezug zum Verein Junge Kultur Basel, die Beziehung ist jedoch gut und wohlwollend.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*David Jenny (FDP):* Sie haben mit dem Wort wohlwollend geschlossen. Ich bin auch wohlwollend heute und sage, ich bin teilweise zufrieden. Vielleicht ein paar biografische Anmerkungen. Ich bin 220 Meter gemäss Google Maps Luftlinie vom Sommercasino aufgewachsen, habe dort auch nicht sehr erfolgreich Kurse handwerklicher Natur besucht und war als Co-Präsident der Basler Freizeitaktion, heute JuAr, teilweise auch mitverantwortlich für den Betrieb im Sommercasino unter der Basler Freizeitaktion. Ich habe nicht verstanden, wie die Regierung da Social Engineering gespielt hat und den Betreiber gewechselt hat. Ich glaube, das Debakel war dann absehbar und das ist auch eingetreten. Es kam noch die Pandemie und alles dazwischen. Das Sommercasino hat eine reiche Geschichte, es wurde eben nicht das Jugendhaus gebaut. Die Geschichte weiss auch Frau Keller, sie hat da ein Buch über das Casino geschrieben und das war ja auch Teil dieser Geschichte.

Und jetzt ist die Gelegenheit, das Ganze wieder mal anzuschauen, ob es jetzt wirklich einen Epochenwechsel braucht im Sommercasino und das ist einfach die Angst auch der Quartierbevölkerung, dass eben diese Zwischennutzungen, dann immer diese Provisoire, qui dure, und dann kommt das Gejammer nach vier Jahren und dann arbeitet der Kanton doch völlig überraschend ein bisschen langsamer als er jetzt ankündigt. Und Sie sagen, das Erziehungsdepartement ist am Prüfen, wo quasi das Angebot, der Betrieb Sommercasino sonst weitergeführt wird. Das ist toll, dort sind ja auch die Akteure schon eng einbezogen, ein Einbezug der Quartierbevölkerung, ja, da kommt grosse Zurückhaltung mir entgegen. Ich stelle auch fest, das ist ein Quartier, wo es ein paar bürgerliche Wählerinnen und Wähler hat, und wenn wir die Erfahrung anschauen, Bruderholz und in der St. Alban-Vorstadt, die Anwendung von Verfahren gemäss § 55 der Kantonsverfassung in eher bürgerlichen Quartieren wird von einer linken Regierung sehr zurückhaltend gehandhabt. Ich habe jetzt das sehr vornehm ausgedrückt.

Es gibt auch eine gewisse Gleichbehandlung. Ich habe im privaten Umfeld, da soll eine Liegenschaft neu gestrichen werden, die nur in der Schutzzone ist. Da verlangt die Denkmalpflege ein Gutachten von Privaten, wie dann dieser Anstrich war. Ich nehme an, die Denkmalpflege hat vor jedem Graffiti am Sommercasino auch ein Gutachten verlangt. Ich bin grundsätzlich positiv gegenüber dem Denkmalschutz, aber ich glaube, der Staat muss sich auch an die eigenen Regeln halten und da gab es sehr gute Gründe, als die BFA das geleitet hat, das nicht zu tun, aber das ist jetzt weggefallen.

Ich glaube, Sie müssen auch die Sorgen der Quartierbevölkerung ernst nehmen. Der Charakter hat sich auch ein bisschen verändert mit dem Rosenfeldpark, der ja auch offener geworden ist, das ist auch gut, aber es hat auch gewisse Auswirkungen und ich habe einfach Angst, wie Sie es jetzt machen, dann heisst es, ja ja, es ist ja gut gegangen mit diesem Château Solaire oder vielleicht nicht so gut, dann wechselt man nach zwei Jahren wiederum den Betreiber aus und man vergibt sich die Chance, jetzt etwas zu konzipieren, das wirklich dann für die nächsten Jahrzehnte in dieses Quartier passt.

Und nur noch eine Anmerkung, der Christoph Merian-Park befindet sich nicht nur im Besitz der Christoph Merian Stiftung, sondern auch im Eigentum.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## 20.8. Interpellation Nr. 125 Adrian Iselin betreffend falsche Prioritätensetzung des Bau- und Verkehrsdepartements bei baulichen Stadtklimaanpassungen

[16.10.24 16:06:23, 24.5439.01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

## 20.9. Interpellation Nr. 126 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend ist die Basler Praxis bezüglich Wohnschutz kompatibel mit dem BGE betreffend Mietzinserhöhungen bei Renovationen?

[16.10.24 16:06:41, 24.5440.01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet.

## 20.1. Interpellation Nr. 127 Raoul I. Furlano betreffend Spitexversorgung im Kanton Basel-Stadt

[16.10.24 16:07:04, 24.5448.01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrat Lukas Engelberger.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Ich kann Ihnen diese Interpellation wie folgt beantworten:

Zu Frage 1. Bei Spitexleistungen besteht bereits heute eine Subjektfinanzierung. Sämtlicher Spitexleistungen, auch diejenigen von Spitex Basel, werden mengenbezogen und subjektorientiert abgegolten.

Zu den Fragen 2 und 4. Die Kriterien für die Vergabe des Leistungsauftrages an Spitex Basel sind kein Geheimnis. Der Leistungserbringer muss diejenigen Leistungen abdecken können, welche auf dem freien Markt nicht erbracht werden. Es sind dies folgende Bereiche: Erstens, die Gewährleistung einer Kundenaufnahmepflicht für die ganze Stadt Basel, insbesondere auch für Kurzeinsätze, da diese für die Grundversorgung essenziell aber wirtschaftlich unattraktiv sind. Zweitens, die Kinderspitex, drittens, pflegerischer Notfalldienst und viertens, spezialisierte Dienste wie insbesondere Onkologie und Palliativ-Spitex. Des Weiteren muss der Leistungserbringer mit den Zuweisern, beispielsweise Arztpraxen oder Spital-Sozialdiensten, effizient kooperieren können und selbstverständlich muss er die Leistungen effizient erbringen können und die geforderten Qualitätsstandards einhalten, zum Beispiel bezüglich Beschwerdewesen.

Diese Voraussetzungen wurden der Association Spitex privée Suisse ASPS auch schon mehrmals ausführlich dargelegt. Diese Association hatte sich ebenfalls für einen ähnlichen Leistungsauftrag beworben. Beim Antrag der ASPS bestand neben anderen Punkten die Hauptproblematik aber darin, dass die Antragstellenden nicht über genügend diplomiertes Pflegepersonal verfügten, um die Kundenaufnahmepflicht in der Behandlungspflege zu gewährleisten. Dies hätte bewirken können, dass Pflegebedürftige meist ältere Menschen in der Stadt Basel keine Spitexpflege erhalten hätten und je nachdem in ein Pflegeheim oder Spital hätten eintreten müssen. Der Kern des Leistungsauftrags hätte somit nicht erfüllt werden können.

Zu Frage 3. Die Tarife der Leistungsvereinbarung mit Spitex Basel werden nicht veröffentlicht, weil das Appellationsgericht Basel-Stadt im Februar 2018 festgehalten hat, dass diese Tarife ein Geschäftsgeheimnis des Leistungserbringers darstellen und daher nicht veröffentlicht werden dürfen.

Zu den Fragen 5, 6 und 9. Der Regierungsrat hat im laufenden Jahr ein externes Unternehmen damit beauftragt, die betriebliche und finanzielle Situation von Spitex Basel umfassend zu analysieren. Im Rahmen dessen wurde auch geprüft, ob die Versorgungssicherheit gewährleistet ist. Auf betrieblicher Ebene wurden, wo nötig, bereits Massnahmen definiert und umgesetzt.

Zu Frage 7. Dass Spitex Basel Teile seines Leistungsauftrags an andere Organisationen delegiert hat, trifft nicht zu. Es kann aber vereinzelt vorkommen, dass Spitex Basel einzelne Aufträge an andere Unternehmen weiterleitet. Diesen steht es aber frei, diese Aufträge anzunehmen oder auch nicht und sollte dies der Fall sein, so rechnen diese Unternehmen dann direkt mit der zuständigen kantonalen Stelle ab, und zwar gemäss dem regulären Tarif, nicht nach den mit Spitex Basel vereinbarten Ansätzen. Spitex Basel erhält dabei keinerlei Abgeltung oder ähnliches.

Zu Frage 8. Seit diesem Jahr läuft ein Pilotprojekt, in welchem Organisationen im Spitex-Partnernetz, darunter sind auch Mitglieder dieser ASPS, bei Übernahme von Kurzeinsätzen eine höhere Abgeltung weitergeleitet wird. Auf diese Weise sollen Erfahrungen mit einem Versorgungsmodell gesammelt werden, das die Versorgungssicherheit für die Zukunft stärken kann.

Zu Frage 10. Der geltende Leistungsvertrag mit Spitex Basel sieht keine Defizitdeckung durch den Kanton vor. Die Verhandlungen für den Leistungsauftrag von Spitex Basel ab 2025 sind noch nicht abgeschlossen, dementsprechend hat der Regierungsrat den Leistungsauftrag auch noch nicht genehmigt und eine Beschreibung der Vertragsinhalte im Rahmen der vorliegenden Beantwortung ist auch nicht möglich.

Zu Frage 11. Betreffend Curavis wurde das Gesundheitsdepartement in seiner Rolle als Aufsichtsbehörde dahingehend informiert, dass der Betrieb aufgrund personeller Engpässe und betriebswirtschaftlicher Aspekte im Nachgang der Pandemie eingestellt wurde. Spitex Basel spielte dabei keine Rolle.

Zu Frage 12. Das zuständige Departement ist und war selbstverständlich jederzeit bereit, einen offenen Dialog mit allen Akteurinnen und Akteuren zu führen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Raoul I. Furlano (LDP):* Ich bedanke mich sehr für die sehr ausführlichen Antworten und ich bin zufrieden.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Interpellant ist zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## 20.11. Interpellation Nr. 128 Melanie Eberhard betreffend Platzmangel im Breitenfussball – wie kann die Kapazität erhöht werden?

[16.10.24 16:13:11, 24.5451.01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Die positive Entwicklung des Fussballsports vor allem bei Kindern und Jugendlichen nimmt der Regierungsrat mit Freude zur Kenntnis. Ebenso, dass im Hinblick auf die kommende UEFA Women's EURO 2025 immer mehr Mädchen und Frauen Fussball spielen möchten. Dies entspricht auch dem Ziel der Legacy-Projekte im Rahmen der UEFA Women's EURO 2025.

Zu den einzelnen Fragen. Zu Frage 1. Dem Regierungsrat ist bewusst, dass die im Kanton Basel-Stadt vorhandene Infrastruktur für den Breitensport begrenzt ist. Eine optimale Nutzung und ein guter Unterhalt der Infrastruktur sind aus diesem Grund zentral.

Zur Frage 2. Zurzeit führt das Sportamt in den fünf Sportanlagen mit den ansässigen Sportvereinen Workshops durch. In den Workshops werden die Nutzung und Belegung der Felder geprüft sowie Massnahmen entwickelt, um die Belegungskapazität zu optimieren. Im Rahmen der Legacy zur UEFA Women's EURO 2025 wurde das Ziel definiert, die Belegungen auf den bestehenden Anlagen um 15 Prozent zu erhöhen. Dies soll zum Beispiel mit einer höheren Anzahl an Trainingsschichten und mit zusätzlichen Belegungsstunden pro Feld erreicht werden. Insbesondere bei den letzten Trainingsschichten abends gibt es teilweise noch freie Kapazitäten. Zudem werden weitere Angebote ausserhalb der Haupttrainingszeiten geschaffen. Dazu gehören unter anderem Fussballkurse für Mädchen im Rahmen des freiwilligen Schulsports oder das niederschwellige Angebot Girls Football.

Die Optimierung der Belegungskapazitäten entspricht auch einem Grundsatz des Sportanlagenkonzepts. Dieses sieht vor, dass auch aus finanziellen Gründen zuerst organisatorische Massnahmen und erst danach bauliche Massnahmen umgesetzt werden. Alleine mit einer optimierten Belegung kann die aktuelle und zukünftige Entwicklung aber nicht angefangen werden. Es benötigt weitere Massnahmen. Deshalb ist zu prüfen, wo mit zusätzlichen Feldbeleuchtungen und Kunstrasenplätzen neue Kapazitäten geschaffen werden können.

Zu Frage 3. Mit Kunstrasenfeldern können neue Kapazitäten geschaffen und die Felder intensiver belegt werden. Dies auch unabhängig von Witterung und Temperaturen. Der Regierungsrat möchte deshalb die Realisierung von weiteren Kunstrasenfeldern prüfen. Neben den für den Liga-Betrieb erforderlichen Normfeldern können auch kleine Kunstrasenfelder für Trainings sinnvoll sein. Die Kunstrasenfelder müssen mit einer geeigneten Beleuchtung ausgestattet sein, um das ganze Jahr eine hohe Auslastung zu gewährleisten. Es ist allerdings zu beachten, dass neue Kunstrasenfelder jeweils auf bereits bestehenden Naturrasenfelder gebaut werden, da kaum zusätzliche Flächen zur Verfügung stehen.

Bei der Abwägung zwischen Natur- und Kunstrasen gibt es zudem verschiedene Vor- und Nachteile zu beachten. Ein Kunstrasen kann gemäss der von der Interpellantin erwähnten Studie der Zürcher Fachhochschule in der ökologischen Bilanz nur unter bestimmten Voraussetzungen mit einem Naturrasen mithalten. Wenn der Grosse Rat den Ratschlag betreffend Neubau Kunstrasen und Erneuerung der Beleuchtung auf der Sportanlage Rankhof zustimmt, kann ein Kunstrasen im Stadion Rankhof realisiert werden.

Zu Frage 4. In den erwähnten Workshops mit den Sportvereinen werden auch kurzfristige Massnahmen wie mobile Beleuchtungssysteme und mobile Kunstrasen diskutiert. Diese Massnahmen werden derzeit vertieft geprüft und nach Möglichkeit umgesetzt.

Zu Frage 5. Der Platz auf den bestehenden Sportanlagen ist begrenzt und ein Ausbau wird kaum möglich sein. Neben dem Fussball stehen die Anlagen auch vielen weiteren Sportarten zur Verfügung. Deshalb soll neben den erwähnten Massnahmen speziell für den Kinderfussball die Nutzung von weiteren Rasenflächen oder Allwetterplätzen geprüft werden.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Melanie Eberhard (SP):* Zuerst einmal freut es mich sehr zu hören, dass der Regierungsrat auch das grosse Interesse der fussballspielenden Kinder, aber auch Erwachsenen so sehr schätzt und das auch weiterhin ermöglichen möchte. Denn Sport ist sehr wichtig. Es ist wichtig für die Gesundheit, es ist auch wichtig gerade im Teamsport für den ganzen sozialen und gesellschaftlichen Wert, den es bringt. Damit dieser Sport aber auch möglich ist, braucht es, und das hat der Regierungsrat ja auch festgehalten, die entsprechende Infrastruktur. Es braucht Sporthallen, es braucht Schwimmhallen und es braucht eben auch Fussballplätze. Ich gehe ebenfalls mit dem Regierungsrat einig, dass in unserer Stadt der Platz beschränkt ist. Das ist eine Tatsache und deshalb braucht es andere Lösungen, als dies vielleicht in eher ländlichen Gemeinden der Fall ist. Ich gehe deshalb ebenfalls mit dem Regierungsrat einig, dass es sinnvoll ist zu schauen, was man machen kann, wie man den bestehenden Platz sinnvoller, besser, effizienter nutzen kann und ich gehe auch mit dem Regierungsrat einig, dass das nicht reicht.

Ich habe in meiner Interpellation ausgeführt, dass in den letzten zehn Jahren eine Zunahme im Fussball zu verzeichnen ist von über 30 Prozent und wie der Regierungsrat auch festhält, sollen mit diesen Massnahmen rund 15 Prozent Einsparung getroffen werden. Während zum einen ich von Seiten der Vereine gehört habe, dass noch nicht so ganz klar ist, ob das überhaupt machbar ist, die 15 Prozent einzusparen, ist auf der anderen Seite auch deutlich, dass damit immer noch ein grosses Manko an Plätzen vorhanden ist. Ich habe mich gefreut zu lesen, dass der Regierungsrat Möglichkeiten sieht, sei es mit dem Bau von Kunstrasenfeldern oder zusätzlicher Beleuchtung, zu schauen, dass da diese Kapazitäten ausgebaut werden können, finde es da aber auch sehr wichtig, dass dieser Ausbau auch in Zusammenarbeit mit den Vereinen erfolgt, dass die Vereine da einbezogen werden, dass sie angehört werden und dass da möglichst rasch Lösungen gefunden werden können, die auch den Vereinen und ihren Bedürfnissen Rechnung tragen.

Ich möchte in diesem Votum auch nochmal kurz erwähnen, wie wertvoll die Arbeit dieser Vereine ist. Ich habe in den letzten Wochen mit verschiedenen Vereinsvertretenden sprechen können und habe da auch wirklich nochmal eindrücklich gemerkt, wie viel sie leisten, wie viele Leute ehrenamtlich Abend für Abend in den Trainings sind, sich da einbringen, Engagement

zeigen und damit vielen Kindern und Jugendlichen sehr viel Wertvolles auch zurückgeben. Und für sie ist es halt sehr deprimierend, wenn sie dann Anfragen haben von Kindern, die gerne Fussball spielen würden, die sie abweisen müssen und es ist auch schwierig für sie, wenn sie wissen, dass es eigentlich das Ziel gibt, dass bis in drei, vier Jahren noch Tausend Mädchen und Frauen mehr zum Fussball kommen sollen über die EURO, die wir im kommenden Jahr dahaben, wenn sie jetzt schon eigentlich nicht wissen, wie sie den Kindern das Spielen ermöglichen sollen.

In dem Sinne bin ich teilweise befriedigt mit der Antwort des Regierungsrats, weil ich zum einen sehr schätze, dass er die Wichtigkeit für die Kinder und Jugendlichen des Sports anerkennt, dass er auch anerkennt, dass die Infrastruktur aktuell nicht ausreichend ist und er noch weiteren Lösungen suchen möchte, ich es aber eben auf der anderen Seite auch sehr wichtig finde, dass das jetzt möglichst rasch geschieht, denn bis im kommenden Jahr werden diese Kinder und Jugendlichen erwartet. Das heisst, es bleibt nicht mehr Unmengen an Zeit da Lösungen zu suchen und ich erwarte auch oder erhoffe mir auch, dass diese Lösungen gemeinsam mit den Vereinen gesucht und gefunden werden, damit wir im kommenden Jahr ein grosses Fussballfest hier feiern können und in Zukunft möglichst viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene auch Fussball spielen können.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## 20.12. Interpellation Nr. 129 Pascal Messerli betreffend Antisemitismus und Islamismus: Wie ist die Situation in Basel?

[16.10.24 16:22:56, 24.5453.01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zunächst grundsätzliche Bemerkungen. Die Bekämpfung von Antisemitismus ist dem Regierungsrat ein wichtiges Anliegen. Umso mehr ist er betroffen, dass an Demonstrationen im Zusammenhang mit der Gewalteskalation im Nahen Osten immer wieder antisemitische Parolen skandiert werden.

Zu den konkreten Fragen. Zu Frage 1. Gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung besteht ein Anspruch auf Bewilligung von gesteigertem Gemeingebrauch des öffentlichen Grundes, sofern dies für die Grundrechtsausübung erforderlich ist. Die Kantonspolizei darf deshalb keine Vorzensur vornehmen und Demonstrationen verbieten, weil sie mit dem Inhalt und den Botschaften der Gesuchstellenden nicht einverstanden ist. Eine Demonstrationsbewilligung kann gemäss § 14 Abs. 3 der Strassenverkehrsverordnung aber aus verkehrspolizeilichen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit verweigert werden. Nach sorgfältiger Lagebeurteilung und in Absprache mit den Gesuchstellenden hat die Kantonspolizei die Bewilligung nicht wie ursprünglich beantragt vom De-Wette-Park über den Marktplatz und die Mittlere Brücke durch die gesamte Innenstadt, sondern auf eine alternative Route via Wettsteinbrücke erteilt.

Zu Frage 2. Die Kantonspolizei kam im Bewilligungsverfahren nach sorgfältiger Lagebeurteilung zum Schluss, dass die Sicherheit der Bevölkerung bzw. von Teilen der Bevölkerung durch die Demonstration nicht gefährdet ist. Andernfalls wäre die Demonstration nicht bewilligt worden.

Zu Frage 3. An der samstäglichen Demonstration wurde mit einer Teilnehmerzahl zwischen 3’000 und 5’000 Personen gerechnet. Es wäre deshalb bei einer so grossen Teilnehmerzahl organisatorisch kaum möglich gewesen, die Manifestation auf einen einzigen Platz zu beschränken. In Absprache mit den Gesuchstellenden wurde aufgrund der polizeilichen Lagebeurteilung und unter Berücksichtigung der öffentlichen Sicherheit bewusst eine Route bestimmt, welche das öffentliche Leben nicht über Gebühr einschränkte, den Teilnehmenden aber trotzdem ermöglichte, eine vergleichbare Appellwirkung wie mit der ursprünglich von den Gesuchstellenden gewünschten Route zu erzielen.

Zur Frage 4. Sowohl auf israelischer als auch auf palästinensischer Seite führte die Gewalteskalation im Nahen Osten zu unsäglichem Leiden. Die Pro-Palästina-Demonstration vom 5. Oktober 2024 kann deshalb nicht grundsätzlich als antisemitisch motivierte Provokation betrachtet werden. Leider nahmen an der Demonstration aber offensichtlich auch Personen mit antisemitischem Gedankengut teil. Offizialdelikte wie Verstösse gegen die Diskriminierungsstrafnorm werden bei Kenntnis von Amtes wegen verfolgt.

Zu Frage 5. Ein Ausschuss, in dem verwaltungsinterne und externe Fachleute Einsitz nehmen, unterstützt die Fachstelle Integration und Antirassismus bei der Erarbeitung des Massnahmenplans zur Bekämpfung von Antisemitismus. Die Berichterstattung erfolgt voraussichtlich im Oktober 2025, dieser soll nicht vorgegriffen werden.

Zu Frage 6. Islamismus kann eine Motivation für Antisemitismus sein. Antisemitismus ist aber auch in politisch extremistischen Kreisen vertreten. Der Anteil der Schweizer Bevölkerung, die eine stark antisemitische Einstellung aufweist, liegt gemäss Bundeszahlen bei rund 10 Prozent. Die registrierten antisemitischen Vorfälle im Kanton Basel-Stadt sind aber auch im Rest der Schweiz immer noch auf einem höheren Niveau als vor dem 7. Oktober 2023.

Zu den Fragen 7 bis 10. Usanzgemäss äussert sich der Nachrichtendienst des Bundes weder zu Einzelfällen noch zu seinen operationellen Vorgehensweisen und Tätigkeiten. Er kommentiert nicht die Situation in einzelnen Städten und Kantonen und er äussert sich weder zu Einzelfällen noch zu seinen operationellen Tätigkeiten und Vorgehensweisen. Nach wie vor gültig ist aber der Sicherheitsbericht 2023 des NDB «Sicherheit Schweiz 2023».

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Pascal Messerli (SVP):* Besten Dank für die Beantwortung der Interpellation. Ich dachte wirklich, wir wären nach dem 7. Oktober 2023 weiter und dass zukünftig entschlossen Antisemitismus und Judenhass bekämpft wird. In Tat und Wahrheit sind wir aber viele Schritte zurückgegangen, wir haben einen Rückschritt gemacht. Das liegt nicht an den zu wenigen Lippenbekenntnisse, welche es seitdem gibt, von denen gibt es gegenteilig genug davon, aber immer, wenn es konkret wird und antisemitischen Vorfälle sich ereignen, wird es von den Behörden geduldet und man schweigt es tot. Jedes Mal. Bei der Universität, bei der Besetzung haben die Rektorin der Universität und die zuständigen Regierungsräte geschwiegen. Eine Resolution von Kollege David Jenny wurde zu diesem Thema abgelehnt. Wenn Hamas-Versteher in der ganzen Stadt ihre antisemitischen Parolen skandieren wollen, dann legt ihnen der Kanton den roten Teppich aus. Bei Hakenkreuzen über dem Davidstern, der Instrumentalisierung von Kindern und beim Slogan von «From the river to the sea» macht der Regierungsrat das, was er am besten kann, schweigen.

Und wenn man dann eine Interpellation einreicht, bekommt man eine unfundierte Antwort auf Niveau Staatsrecht 1, made bei Professor Schäfer, dass das Demonstrationsrecht halt ein Grundrecht sei und man angeblich jeden Schwachsinn bewilligen muss. Und da, lieber Regierungsrat, macht man es sich zu einfach. Selbstverständlich kann man ein Demonstrationsrecht einschränken, wenn ein öffentliches Interesse gegeben ist, beispielsweise die Sicherheit der jüdischen Glaubensgemeinschaft. Und, meine Damen und Herren, wo leben wir eigentlich, wenn Juden im Tram während einer Demo den Davidstern verstecken müssen oder wenn in jüdischen WhatsApp-Gruppen kursiert, dass man die Innenstadt meiden soll, weil es an dieser Demonstration an diesem Tag zu gefährlich ist für die jüdische Glaubensgemeinschaft. Ist das ihre Art von Sicherheit, wenn Sie finden, dass diese gewährleistet sein soll? Das kann doch wirklich nicht Ihr Ernst sein.

Zudem kann man Demonstrationsrecht auch örtlich einschränken, beispielsweise mit einer Platzkundgebung, auch wenn sich 3’000 Menschen angemeldet haben. Wenn sie sich im De-Wette-Park versammeln und treffen können, dann können sie auch dort bleiben oder halt einfach auf dem Marktplatz stehen bleiben. Man muss dafür nicht die ganze Innenstadt lahmlegen. Und selbstverständlich kann man eine Demonstration auch zeitlich beschränken, dass man dann vielleicht sagt, nach dem grossen Massaker gegen die Juden, dass man das dann bewilligt am 5. Oktober, wo das Jahresdatum der 7. Oktober war. Die jüdische Glaubensgemeinschaft hat das im Übrigen auch getan, sie haben mehrere Platzkundgebungen am Marktplatz durchgeführt. Es war ruhig, es war sittlich, es war anständig und es war kein derartiger Klamauk, wie es diese Hamas-Versteher am Samstag zuvor getan haben. Man kann hier etwas tun, es benötigt halt einfach etwas mehr Wut statt dieses kollektive Schweigen.

Und da Sie auch zudem bezüglich Antisemitismus und Islamismus keine konkreten Angaben machen können, bestärkt das auch etwas meine Haltung, frei nach dem Motto, dort, wo wir nicht hinsehen, gibt es auch kein Problem. Man darf berechtigt die Frage stellen, gab es damals denn Konsequenzen für die Hassprediger in der König-Faysal-Moschee vor ein paar Jahren? Was tut der Regierungsrat gegen kriminelle Organisationen wie Samidoun? Werden kriminelle Islamisten konsequent ausgewiesen? Fragen über Fragen, keine Antworten, wahrscheinlich alles negativ. Und ich möchte hier den Regierungsrat schon auch daran erinnern, dass dies zentral sicherheitspolitische Fragen sind und die Sicherheitspolitik endlich schwerpunktartig in diesem Kanton behandelt werden muss. Beim Klima meinen Sie immer, wir sind hier eine grosse Loki, im Thema Sicherheit bleibt der Zug schon im Bahnhof stehen.

Ich bin mit der Beantwortung in keiner Art und Weise befriedigt und ich kann Ihnen garantieren, sollte ich am Sonntag wiedergewählt werden, dann wird es keine Vorstösse regnen, es wird Vorstösse hageln.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## 20.13. Interpellation Nr. 130 Christine Keller betreffend Umgang mit einem vom Grossen Rat definitiv bewilligten Budgetpostulat (Hundefreilaufzone Merkuranlage)

[16.10.24 16:31:55, 24.5454.01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin will begründen.

*Christine Keller (SP):* Verzeihen Sie den vielleicht etwas abrupten Themenwechsel von diesem ernsten Thema vorher. Ich wollte eigentlich mit Kollege David Jenny, der aber leider gerade nicht im Raum ist, nochmals unsere Diskussion darüber aufnehmen, ob das Hündchen da oben jetzt traurig ist oder nicht. Ich muss jetzt daran festhalten, jetzt ist es definitiv traurig, weil es hatte doch gehofft, mit der Gutheissung des Budgetpostulats von 55'000 Franken würde ihm nun der ohnehin schon angeblich vorgesehene Brunnen endlich bewilligt, ebenso eine Buddelecke, ein Licht und Spielsachen zum Hinlegen.

Das war ja der Beschluss des Grossen Rates, aber nein, statt Freudengebell nun für einmal wirklich ein lautes Wiehern des Amtsschimmels. Uns wurde im Sommer mitgeteilt, das sei ein ganz langes Bau- und Genehmigungs- und Bewilligungsverfahren und man sei vielleicht Ende Jahr fertig, aber eröffnet könne der Brunnen jedenfalls erst nächstes Frühjahr und deshalb ist unser Hündchen nun traurig. Definitiv, David Jenny, da Sie nun in den Raum zurückkommen sind. Spass beiseite.

Die Sache hat ja nun auch eine grundsätzliche Seite. Wir wurden auch schon von der Finanzdirektorin darauf hingewiesen, dass Budgetpostulate tendenziell ein schwieriges Instrument sind, weil sie ja eben erst im April des Budgetjahres hier verabschiedet werden und dass es dann natürlich knapp werden kann. Gut, dann müsste man aber meiner Meinung nach das klar sagen, das können wir nicht dieses Jahr verwirklichen, damit wir auch wissen, über was wir abstimmen. Und wenn man natürlich, wie die Stadtgärtnerei nach mehrmaligem nachbohren zugegeben hat, erst drei Monate nach Überweisung des Postulats überhaupt mit der Planung anfängt, ist es halt auch klar, dass es nicht reicht.

Meine Fragen zielen eigentlich auch darauf ab, was ist der Sinn eines Budgetpostulates, wie verbindlich ist es, soll man es womöglich abschaffen, wenn es ohnehin nichts bringt, und nur noch ein Vorgezogenes Budgetpostulat machen, was dann aber ja klarerweise erst recht eine Verschiebung bedeutet. In diesem Sinn bin ich, und sicher auch mein Hündchen hier oben rechts, gespannt auf die Antworten.

## 20.14. Interpellation Nr. 131 Anina Ineichen betreffend Entfernung von Wahlplakaten auf privatem Grund

[16.10.24 16:34:46, 24.5455.01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Wir beantworten die Interpellation wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4. Das Bau- und Planungsgesetz mit Verordnung und Ausführungsbestimmungen regelt das Anbringen von Reklamen auf privatem Grund. Die Grundlagen finden sich unverändert auf der Webseite des Bau- und Gastgewerbeinspektorats. Die Regelungen des NöRG betreffen das Anbringen von Wahlplakaten an privaten Gartensäulen in keiner Weise.

Zu den Fragen 5 bis 7. Gemäss einer internen Abklärung bei den in Frage kommenden Abteilungen ist niemandem bekannt, dass Mitarbeitende des Kantons am Gartenzaun einer Liegenschaft in Kleinbasel Wahlplakate entfernt haben sollen. Auch in der Vergangenheit wurden bei Wahlen keine Plakate auf Privatgrund durch den Kanton entfernt und entsorgt. Dazu besteht auch keine rechtliche Grundlage.

Zu Frage 8. Aus Sicht des Regierungsrats handelt es sich beim zitierten Fall um einen strafrechtlichen Tatbestand, den die Geschädigten bei der Polizei melden sollten.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Anina Ineichen (GAB):* Ich bin mit der Antwort grundsätzlich zufrieden, nicht aber mit dem vorgefallenen Sachverhalt. Es wäre bedenklich gewesen, wenn es Mitarbeitende vom Kanton gewesen wären, es ist aber auch bedenklich, sollten es Personen sein, die sich als Mitarbeitende des Kantons ausgegeben haben. Das schwächt das Vertrauen in den Kanton. Fakt ist, hier wurden Plakate an einer prominenten Stelle entfernt und aufgrund der Aussage dieser Personen, die doch recht glaubhaft sich als Mitarbeitende ausgegeben haben, wurden die Plakate auch nicht mehr aufgehängt. Das ist sehr unschön und auch bedauerlich, aber ich nehme den Hinweis mit der Anzeige auf und werde ihn so weitermelden.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## 20.15. Interpellation Nr. 132 Harald Friedl betreffend Schutz der Bevölkerung vor Atomkraftwerken

[16.10.24 16:37:13, 24.5456.01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Damit geht das Wort an Regierungsrat Lukas Engelberger.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Ich darf Ihnen diese Interpellation im Namen des Regierungsrats wie folgt beantworten:

Der Regierungsrat hat die Pläne des Bundesrats, das bestehende Neubauverbot für Atomkraftwerke aufzuheben, Ende August zur Kenntnis genommen. Gemäss § 31 Abs. 3 der Kantonsverfassung und dem kantonalen Gesetz betreffend den Schutz der Bevölkerung vor Atomkraftwerken wendet sich der Kanton Basel-Stadt gegen die Kernenergie. Diese Position ist für den Regierungsrat selbstverständlich verbindlich und wir halten uns daran.

Der Regierungsrat hat die Pläne des Bundesrats diskutiert und entschieden, im Rahmen einer kommenden gemeinsamen Sitzung mit dem Vorsteher des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation, Herrn Bundesrat Rösti die Haltung des Kantons Basel-Stadt mitzuteilen. Der Regierungsrat wird diese Haltung auch im Rahmen des geplanten Vernehmlassungsverfahrens im Zusammenhang mit der Volksinitiative «Blackout stoppen» sowie im Rahmen der periodischen Treffen mit den Regierungen der Nordwestschweizer Kantone zum Ausdruck bringen.

Sodann sei darauf hingewiesen, dass der Kanton Basel-Stadt die Aktivitäten des trinationalen Atomschutzverbands (TRAS) gegen den Ausbau der Kernenergie auf regionaler und nationaler Ebene und insbesondere im Oberrhein-Gebiet weiterhin unterstützt, auch finanziell. TRAS setzt sich mittels Gutachten, Petitionen, Beschwerden oder weiterer zur Verfügung stehenden Rechtsmitteln zum Schutz der Bevölkerung im Sinne des Atomschutzgesetzes ein. So hat sich TRAS auch am Tag der Ankündigung der Pläne des Bundesrates gegen eine Aufhebung des Neubauverbots für Atomkraftwerke positioniert.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu begründen, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Harald Friedl (GAB):* Der Widerstand gegen Atomkraftwerke ist historisch und sehr bedeutend für unsere Region. Sie wissen es bestimmt, mit wochenlangem Widerstand und Besetzungen auf dem Areal des geplanten AKW Kaiseraugst konnten tausende von Menschen hier aus der Region ein AKW vor unserer Haustüre verhindern. Für diesen Kampf sind ich und tausende weitere Menschen hier in der Region sehr dankbar bis heute und ich und weitere Menschen setzen sich nach wie vor täglich dafür ein, dass der Kanton und die Region sich eine fortschrittliche Energiepolitik gibt. Heute ist Basel deswegen auch ein Vorzeigekanton energiepolitisch. Sie wissen es, die IWB beliefert den Kanton mit Strom aus ausschliesslich erneuerbaren Quellen und der Strom ist auch atomfrei. Diese Haltung dieser Politik wurde von der baselstädtischen Stimmbevölkerung in sämtlichen nationalen energiepolitischen Abstimmungen bestätigt, bis auch in letzter Zeit.

Der lokale Widerstand hat auch dazu geführt, dass wir in Basel-Stadt in der Verfassung einen Artikel kennen, der den Kanton verpflichtet, sich gegen AKWs einzusetzen und zusätzlich gibt es noch das Gesetz betreffend dem Schutz der Bevölkerung vor Atomkraftwerken, das dann nochmals deutlicher ausführt, dass sich der Kanton mit allen ihm zur Verfügung stehenden politischen und rechtlichen Mitteln gegen den Bau von Atomkraftwerken auf Kantonsgebiet, aber auch in der direkten Nachbarschaft einsetzt.

Die Botschaft des Bundesrats, der das Neubauverbot von AKWs aufweichen will, hat medial viele Wellen geworfen. Das wäre in meinen Augen eine sehr gute Gelegenheit gewesen für den Regierungsrat, daran zu erinnern, was die Verfassung des Kantons Basel-Stadt sagt. Leider habe ich diesbezüglich nichts vernommen. Ich habe es schon gesehen, dass auch einzelne Mitglieder des Regierungsrats sich auf ihren persönlichen Accounts oder Blogs dazu geäussert haben, was mich sehr freut, und auch, dass sich der TRAS dagegen ausgesprochen hat, das habe ich zur Kenntnis genommen. Aber trotz der Nachfrage von lokalen Medien wurde Auskunft gegeben, dass der Kanton oder der Regierungsrat sich noch nicht zum Thema austauschen konnte. Ich finde, das wäre möglich gewesen aufgrund des Verfassungsartikels und aufgrund des Gesetzes, das wir hier haben.

Es freut mich, dass der Regierungsrat meine Interpellation entsprechend beantwortet, dass er sagt, dass er sich beim nächsten Treffen mit Bundesrat Albert Rösti und mit den Kolleginnen und Kollegen der Nordwestschweizer Kantone klar dazu äussern will, was die Haltung des Kantons ist. Auch begrüsse ich es sehr, dass er sich bei der Vernehmlassung zur Blackout-Initiative dazu äussern will in diesem Sinne, wie es in der Kantonsverfassung steht.

Mit diesen Aussagen beantwortet der Regierungsrat aber nicht sämtliche meiner in der Interpellation gestellten Fragen. Gerne hätte ich noch gewusst, ob er weitere Mittel sieht, zum Beispiel im Austausch mit regionalen Politikerinnen und Politikern im National- und Ständerat, zum Beispiel gemeinsam mit den trinationalen Partnern im Oberrheinrat, was noch weitere Möglichkeiten wären, um diese Botschaft zu verhindern.

In diesem Sinne erkläre ich mich als teilweise zufrieden mit der Beantwortung meiner Interpellation, bedanke mich aber nochmals für die Beantwortung.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Interpellant ist teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## 20.16. Interpellation Nr. 133 Michela Seggiani betreffend Sparmassnahmen im Bundeshaushalt

[16.10.24 16:43:50, 24.5457.01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1. Der Kanton Basel-Stadt erhält 2024 Zahlungen aus dem soziodemografischen Lastenausgleich in Höhe von 67 Millionen Franken. Die vorgeschlagene Kürzung würde für den Kanton Basel-Stadt einen jährlichen Einnahmenausfall von knapp 18 Millionen Franken bedeuten. Die Kantonsregierungen lehnen diese vorgeschlagene Änderung am Finanzausgleich strikt ab. Eine Kürzung des soziodemografischen Lastenausgleichs durch den Bund würden den 2020 in Kraft getretenen Kompromiss in Frage stellen und im Finanzausgleich zu erheblichen Unsicherheiten führen. Die Zentrumskantone bezahlen heute ihre Sonderlasten zum grössten Teil selber und müssen gleichzeitig hohe Beiträge in den Ressourcenausgleich zahlen.

Zu den Fragen 2 und 3. Die Auswirkungen der vom Bundesrat vorgeschlagenen Einsparungen sind noch nicht vollständig geklärt. Die Bundesverwaltung konkretisiert derzeit die Massnahmen, die ordentliche Vernehmlassung wird voraussichtlich erst im Januar 2025 eröffnet. Die Kantone lehnen direkte Lastenüberwälzungen ohne Handlungsspielraum ab und fordern zuerst eine Entflechtung der Aufgaben zwischen Bund und Kanton. Unser Kanton beteiligt sich aktiv an den interkantonalen Diskussionen. Aussagen zu einem möglichen Leistungsabbau oder zu Kompensationsmassnahmen auf kantonaler Ebene sind verfrüht. Dies hängt von den endgültigen Beschlüssen auf Bundesebene und den noch zu klärenden konkreten Auswirkungen ab. Zu beachten ist jedoch, dass die finanziellen Mittel des Kantons begrenzt sind, insbesondere wenn Kürzungen bei den Einnahmen wie beim Anteil an der direkten Bundessteuer beschlossen werden sollten.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Die Interpellantin hat Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Michela Seggiani (SP):* Grundsätzlich finde ich es ein interessantes Phänomen, dass Regierungen sich externe Berichte erstellen lassen, um direkt darauffolgend dann Massnahmen ergreifen zu können. Auf der Basis von Berichten werden politische Entscheidungen gefällt. Der Bund meint, es muss gespart werden, aber wo genau, das schlägt der Bericht Gaillard

dann fest oder vor. Das kann man auch als eine Kompetenzverschiebung und eine teilweise Abgabe der Verantwortung lesen. Ein Outsourcing, das viele Fragen aufwirft, aber um Outsourcing und möglicherweise damit einhergehende Sparmöglichkeiten innerhalb der Bundesverwaltung geht es in der vorliegenden Interpellation nicht. Unabhängig davon sind die Sparmassnahmen vom Bund nicht ohne und sie werden einen direkten Einfluss auf den Kanton Basel-Stadt haben.

Ich war nach Bekanntgabe der Sparvorschläge schon etwas beunruhigt, vor allem weil in Bereichen wie Bildung, Klimaschutz oder Gleichstellung gespart werden soll. Deshalb bin ich froh um die rasche mündliche Beantwortung meiner Fragen. Es ist mir bewusst, dass nach einer ersten Anhörung der Kantone und nach der Kommunikation der Massnahmen durch den Bundesrat nicht mehr direkt eingegriffen werden kann, respektive dass der Einfluss der Kantone wohl höchstens noch marginal ist, ausser natürlich durch die Vernehmlassung. Auch wenn noch nicht ganz klar ist, was genau die Sparmassnahmen bedeuten und für Folgen haben, ausser den 18 Millionen durch den Lastenausgleich, so der durchkommt, ist es doch gut zu wissen, wie der Kanton reagieren will, gerade auch, weil die finanziellen Mittel des Kantons nicht unendlich sind. So bin ich denn auch froh, wenn die Aufgaben zwischen Bund und Kanton zuerst entflechtet werden sollen und nicht im Namen eines falsch verstandenen Föderalismus dann alles auf die Kantone geschoben wird.

Mit der Situation bin ich natürlich nicht zufrieden, mit der Antwort der Regierung bin ich für den Moment auf jeden Fall zufrieden.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## 20.17. Interpellation Nr. 134 Catherine Alioth betreffend administrative Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer

[16.10.24 16:49:03, 24.5458.01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Die Aufgaben der Lehrpersonen sind in der Ordnung über Auftrag und Arbeitszeit der Lehrpersonen festgelegt. Dort steht in Artikel 2, dass 85 Prozent der Arbeitszeit einer Lehrperson für den Unterricht und dessen Vor- und Nachbereitung aufzuwenden ist sowie 15 Prozent für Übrige im Zusammenhang mit dem Unterricht stehenden Arbeiten wie Elternzusammenarbeit, Schulentwicklung oder Weiterbildung. In beiden Arbeitsfeldern fallen administrative Arbeiten an, wie zum Beispiel das Erfassen der Noten oder Absenzen oder Erstellen von Protokollen und Berichte.

Zu den einzelnen Fragen. Zu Frage 1. Der Regierungsrat geht davon aus, dass sämtliche administrative Aufgaben einen notwendigen Zweck erfüllen. Die Volksschulleitung und die Schulleitungen versuchen heute schon, die administrativen Arbeiten für die Lehr- und Fachpersonen so gering wie möglich zu halten.

Zu Frage 2. Wie bereits ausgeführt, gehört es zum Berufsauftrag einer Lehr- und Fachperson, den Unterricht vor- und nachzubereiten sowie Abklärungen und Beurteilungen durchzuführen. Es ist jedoch unbestritten, dass die Abläufe in Zusammenarbeit von Schulleitungen, Schulverwaltungen sowie Lehr- und Fachpersonen an den einzelnen Schulen laufend optimiert werden müssen.

Zu Frage 3. Es gibt keine systematische Überprüfung der administrativen Belastung der Lehrpersonen durch das Erziehungsdepartement. An den einzelnen Schulen werden Abläufe laufend optimiert in Zusammenarbeit von Schulleitung, Schulverwaltung und Lehrpersonen. Insbesondere durch die flächendeckende Digitalisierung der Schulverwaltung auf der Sek 1, Sek 2 über das Noten- und Absenzenportal konnten viele Prozesse, insbesondere bei der Erfassung von Daten oder der Kommunikation mit den verschiedenen Anspruchsgruppen vereinfacht und automatisiert werden. Die Lehrpersonen werden im Rahmen der schulinternen Evaluation auf der Sekundarstufe 2 auch zu ihrer Zufriedenheit mit den Abläufen und der Zusammenarbeit an der Schule befragt.

In der Volksschule werden in den letzten Jahren diverse administrative Prozesse gestrafft und vereinfacht, insbesondere in Bezug auf die Schulung und Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Bildungsbedarf. Die Volksschulleitung hat zum Beispiel am Verfahren zur Zuteilung von verstärkten Massnahmen Verbesserungen vorgenommen. Im Weiteren konnte die schriftliche Kommunikation zwischen Schule und Erziehungsberechtigten vereinfacht werden, indem die Schulen Messenger-Dienste einsetzen.

Zu Frage 4. Es ist keine systematische Erhebung der administrativen Aufgaben von Lehrpersonen vorgesehen. Konkretes Feedback von Lehr- und Fachpersonen an die Schulleitungen bezüglich Prozesse, die optimiert werden können, ist stets willkommen.

Zu Frage 5. Das Erziehungsdepartement trifft sich regelmässig mit der KSBS und der FSS und bespricht auch schulorganisatorische Fragestellungen.

Zu Frage 6. Es sind keine umfassenden Massnahmen geplant. Wie bereits dargelegt, werden jedoch stetig Verbesserungen vorgenommen. So wird beispielsweise in der Volksschule ein in die Jahre gekommenes Arbeitsinstrument zur Notenerfassung durch ein besseres Instrument abgelöst werden. Auf Sekundarstufe 2 ist dies bereits umgesetzt und erfolgreich in Betrieb genommen worden.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Catherine Alioth (LDP):* Ich danke Regierungsrat Mustafa Atici für die rasche Beantwortung meiner Interpellation. Die Klage über den steigenden bürokratischen Aufwand rangiert weit oben im Sorgenparameter der Lehrpersonen. Nur wenn die Bürokratie auf ein vernünftiges Mass reduziert wird, können sich die Lehrpersonen auf ihren Kernauftrag konzentrieren, den Unterricht und die Vermittlung von Lerninhalten inklusive Vor- und Nachbereitung. Die integrative Schule ist anspruchsvoll für die Lehrpersonen. Die hier vor kurzem beschlossenen Massnahmen zur Verbesserung der integrativen Schule ist ein Schritt in die richtige Richtung, doch die Umsetzung wird weiterhin die Ressourcen binden. Erfreulich ist, dass diverse administrative Prozesse schon gestrafft wurden, doch meines Erachtens ist eine systematische Überprüfung der administrativen Belastung der Lehrpersonen wünschenswert. Andere Kantone haben das bereits durchgeführt oder sind daran dies durchzuführen.

Ich bin mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## 20.18. Interpellation Nr. 135 Alex Ebi betreffend dem weiteren Vorgehen bei der Doppelturnhalle Hirzbrunnen

[16.10.24 16:55:00, 24.5459.01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

## 16. Teilrevision des Gesundheitsgesetzes (GesG) betreffend das elektronische Patientendossier (EPD) sowie betreffend die finanzielle Unterstützung der EPD-Eröffnungen und weiterer Unterstützungsmassnahmen für die Jahre 2025 bis 2027

[16.10.24 16:55:21, 24.0812.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Oliver Bolliger.

*Oliver Bolliger (GAB):* Vor vier Jahren wurde der Startschuss für eines der grössten nationalen Gesundheitsprojekte gegeben. Vier Jahre später, Ende September dieses Jahres, sind bisher in der ganzen Schweiz ganze 73’925 elektronische Patientendossiers eröffnet worden, was ehrlicherweise alles andere als berauschend ist. Bereits bei der Lancierung gab es einige kritische Stimmen, nicht wegen dem EPD an sich, sondern hinsichtlich der Art und Weise, wie die Umsetzung geplant worden ist. Mit dem elektronischen Patientendossier sollen wichtige Ziele verfolgt werden, das EPD soll die Qualität der

medizinischen Behandlung stärken, den Behandlungsprozess verbessern, die Patientensicherheit erhöhen, die Effizienz des Gesundheitssystems steigern sowie die Gesundheitskompetenz der Patienten und Patientinnen fördern.

In Anbetracht der stetig steigenden Gesundheitskosten wäre deshalb ein funktionierendes EPD absolut zentral und wichtig. Der Bund hat aber die Einführung des EPD an die Kantone delegiert und ich erlaube hier mir die Bemerkung, dass dies meines Erachtens ein gewichtiger strategischer Fehlentscheid war. Zusätzlich wurde entschieden, mittels unterschiedlichen privatrechtlichen Organisationen zum Ziel eines flächendeckenden EPD zu kommen. Nun, die Vergangenheit können wir nicht mehr verändern, deshalb müssen nun für die Zukunft die richtigen Massnahmen ergriffen werden, um die EPD-Abschlüsse auf ein gesundes Mass steigern zu können. Wahrscheinlich haben auch hier im Saal noch die wenigsten von uns bereits ein EPD abgeschlossen. Ende Juni hatten 0,62 Prozent der Bevölkerung in Basel-Stadt ein EPD.

Glücklicherweise hat sich in den letzten Jahren ein gewisser Zentralisierungseffekt bei den Stammgemeinschaften eingestellt und damit auch die Einzugsgebiete vergrössert. Die fehlende Verantwortung im EPD-Gesamtsystem und die fehlende Finanzierung führen aber weiterhin zu Schwierigkeiten und haben die gewünschte Ausbreitung stark gebremst. Unterdessen sind zwar 70 Prozent der Spitäler und 50 Prozent der Pflegeheime der Stammgemeinschaften angeschlossen, jedoch nur 17 Prozent der Arztpraxen und 3 Prozent der Apotheken.

Auf die geringe Verbreitung hat der Bund mit zwei Revisionen reagiert, die Kompetenzen, Aufgaben und Finanzierung zwischen den Kantonen und dem Bund klarer regeln sollen. Zudem sei beabsichtigt, die Anbietersysteme weiter zusammenzuführen. All diese Punkte werden nächstes Jahr in Bundesbern behandelt, aber frühestens per 2028 in Kraft treten können. Bis zu diesem Zeitpunkt ist geplant, die Finanzierung des EPD-Systems sicherzustellen. Angedacht ist, dass sich Bund und Kantone in der Zukunft paritätisch an der Unterstützung der Stammgemeinschaften mit je rund 30 Franken pro neu eröffnetes EPD beteiligen.

Dieses Vorgehen wird vom Regierungsrat begrüsst und es geht beim vorliegenden Ratschlag zur Teilrevision des Gesundheitsgesetzes zum elektronischen Patientendossier genau eben darum, diesbezüglich Unterstützung auf verschiedenen Ebenen zu leisten. Die Vorlage geht jedoch über den Vollzug des Bundesrechts hinaus und hat zum Ziel, das EPD und die Digitalisierung des kantonalen Gesundheitswesens noch vor 2028 voranzubringen.

Mit der Teilrevision soll also eine kantonale gesetzliche Grundlage zur Finanzierung und für Massnahmen zur Förderung des elektronischen Patientendossiers verankert werden. Der veränderte § 59 erlaubt nun neu Pilotprojekte und mit dem neuen § 59a wird festgehalten, dass der Kanton die Verbreitung des EPD fördert und zu diesem Zweck Beiträge für die Eröffnung und den Betrieb von EPD gewährleistet und sich an Projekten beteiligen kann. Zusätzlich beantragt der Regierungsrat Ausgaben in der Höhe von rund 1,5 Millionen Franken für die kommenden drei Jahre, also 2025 bis 2027, bzw. bis zum Inkrafttreten der geplanten Revision.

Der Kanton fördert die Verbreitung des EPD mit 15 Franken pro Neueröffnung, aktuell werden jährlich rund 1’200 EPD eröffnet. Ziel ist es aber, auf jährlich 4’000 Neueröffnungen zu kommen. Dazu noch weitere 1’500 assistierte Eröffnungen. Die Totalausgaben für die Neueröffnungen der EPD sowie für die weiteren geplanten Massnahmen wie beispielsweise Aktionswochen belaufen sich jährlich auf 170’000 Franken. Bei eröffneten 5’500 EPD im Jahr entspricht dies dem absehbaren maximalen Bundesbeitrag von 30 Franken pro EPD.

Für das Jahr 2025 wurde bis anhin vom Gesundheitsdepartement 100’000 Franken zur Förderung des EPD eingestellt. Mit heutiger Zustimmung zur Ausgabenbewilligung kann der Betrag auf jährlich 170’000 erhöht werden. Bei zukünftigen 5’500 EPD pro Jahr werden 2027 rund 10 Prozent der Basler Bevölkerung ein EPD besitzen. Was zwar immer noch überschaubar ist, aber doch deutlich eine andere Welt bedeuten würde als die aktuellen 0,7 Prozent.

Die GSK hat den Ratschlag an zwei Sitzungen beraten. Neben dem Vorsteher des Gesundheitsdepartements haben die Leiterin der Gesundheitsversorgung und der kantonale Beauftragte für eHealth teilgenommen. Die GSK hat keine Vorbehalte und unterstützt einstimmig die Vorlage sowie die geplanten gesetzlichen Verbesserungen auf den verschiedenen Ebenen. Aus Sicht der GSK darf der mangelhafte gesetzliche Rahmen des Bundes nicht dazu führen, dass das System wegen Unterfinanzierung zusammenbricht. Die GSK begrüsst daher, dass der Kanton Basel-Stadt mit eigenen finanziellen und kommunikativen Massnahmen dem entgegenwirken möchte.

Die GSK hat die Vermutung, dass die Zurückhaltung der Patientinnen bei der EPD-Eröffnung unter anderem auch aufgrund Bedenken gegenüber dem neuen digitalen Instrument und wegen dem Datenschutz besteht. Der Frage nach der Art und Weise der Weiterverwendung von Daten für die Forschung muss deshalb besonders Gewicht und Achtsamkeit gegeben werden.

Ebenso ein Thema für die GSK sind die Schnittstellen zwischen den EDV-Systemen und dem EPD, besonders in den Arztpraxen und Apotheken. Alle Beteiligten loben zwar die Sinnhaftigkeit des Nutzens eines EPD, aber die Anpassung der Infrastruktur und der IT-Systeme sowie die Schulung für das EPD bedeuten einen zu grossen und auch finanziellen Mehraufwand. Solange das EPD nicht wirklich ins Laufen kommt, warten alle Beteiligten ab, was die mit dem elektronischen Patientendossier verbundenen gesundheitspolitischen Zielsetzungen untergräbt. Die geplanten Fördermassnahmen sollen dieses gegenseitige Zuwarten durchbrechen und das System beschleunigen.

Die GSK begrüsst auch die assistierten EPD-Eröffnungen, weil viele Menschen mit der Digitalisierung der Behördenverpflichtungen überfordert sind, wie beispielsweise auch gerade bei der Errichtung eines Zugangs für die Steuererklärung. Sollte es gar zu einem EPD-Durchbruch kommen und die Abschlüsse höher als angenommen ausfallen, müsste das GD ein Nachtragskredit stellen. Die GSK hat sich vom GD generell regelmässige Rückmeldungen zu den jährlichen Abschlüssen gewünscht.

Die Kommission beantragt dem Grossen Rat einstimmig die Zustimmung zur Teilrevision des Gesundheitsgesetzes betreffend das elektronische Patientendossier mit der Schaffung eines neuen § 59a. Ebenso einstimmig beschliesst die GSK Zustimmung zur finanziellen Unterstützung der EPD-Eröffnungen und weiterer Unterstützungsmassnahmen für die Jahre 2025 bis 2027 in Höhe von insgesamt maximal 510’000 Franken. Besten Dank für Ihre Zustimmung und Ihre Aufmerksamkeit.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für den Regierungsrat hat das Wort Lukas Engelberger.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Wir wissen es alle, wir sind bei der Digitalisierung im Gesundheitswesen noch lange nicht am Ziel. Das elektronische Patientendossier (EPD) ist eine wichtige Etappe auf diesem Weg. Unabhängig von Ort und Zeit sind so behandlungsrelevante Informationen im EPD für die Leistungserbringerinnen und Leistungserbringer sowie für uns Patientinnen und Patienten selber abrufbar. Das EPD hilft die Kommunikation entlang der Behandlungskette zu vereinfachen und damit auch die Behandlungsprozesse zu verbessern, Behandlungsfehler zu vermeiden und nicht zuletzt natürlich die Effizienz des Gesundheitssystems zu steigern.

Der unbestrittene Nutzen des EPD oder den das EPD potenziell haben könnte, wird jedoch durch komplizierte Prozesse und auch einen gewissen Aufwand in der Umsetzung überlagert. Die Stammgemeinschaften, also die Anbieter des EPD, sind vor allem finanziell nicht in der Lage, das EPD weiterzuentwickeln und benutzerfreundlicher zu gestalten. Auch auf Seiten der Leistungserbringenden ist die Bereitschaft, sich für eine Verbesserung des Systems einzusetzen, eher gering, weil eben erst relativ wenige Dossiers eröffnet wurden. In Basel-Stadt sind es aktuell rund 1'600, schweizweit etwa 70’000.

Der Bundesrat hat deshalb beschlossen, das Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier (EPDG), welches die Grundlage für das EPD bildet, in zwei Etappen zu revidieren. In einer ersten Etappe wurde eine Zwischenfinanzierung beschlossen, mit welchem verhindert werden soll, dass es bis zur grundlegenden Neustrukturierung des Systems zum Stillstand kommt. Diese grundlegende Weiterentwicklung wird mittels einer umfassenden Revision des Gesetzes angestrebt und längst hat der Bundesrat dazu einen wichtigen Richtungsentscheid gefällt und kommuniziert: Der Bund will die technische Infrastruktur künftig zentralisieren und zur Verfügung stellen. Damit soll insbesondere eine durchgehende Interoperabilität sichergestellt und das System vereinfacht werden.

Daneben soll die Teilnahme am System neu für alle Leistungserbringer verbindlich sein. Jede versicherte Person zudem erhält ein EPD, ausser sie spreche sich ausdrücklich dagegen aus. Es gibt also einen Wechsel zum sogenannten Opt-out-System. Nicht zuletzt sollen die Zuständigkeiten zwischen Bund, Kantonen und Stammgemeinschaften mit Bezug auf die Finanzierung und Weiterentwicklung klarer geregelt werden. Diese umfassende Revision wird allerdings erst ab 2028 in Kraft treten können.

Mit dieser ersten kleineren Teilrevision Übergangsfinanzierung, die jetzt seit dem 1. Oktober in Kraft ist, soll die finanzielle Tragfähigkeit des bestehenden Systems in der Übergangsphase sichergestellt werden. Der Bund ist bereit, den Betrieb und die Weiterentwicklung des EPD mit maximal 30 Franken pro eröffneten Dossier zu unterstützen, sofern sich die Kantone in mindestens gleichem Umfang daran beteiligen.

Der Regierungsrat begrüsst diese Lösung. Deshalb beantragt er mit vorliegendem Ratschlag die Schaffung einer rechtlichen Grundlage im Gesundheitsgesetz, welche Beiträge des Kantons zur Förderung und Verbreitung des EPD ermöglicht. Mit dem ebenfalls vorliegenden Ausgabenbericht werden die dafür notwendigen finanziellen Mittel in der Höhe von insgesamt 510’000 Franken für die Jahre 2025 bis und mit 2027 beantragt. Mit einem Beitrag von 15 Franken pro eröffneten Dossier und bei individuellem Bedarf zusätzlich 25 Franken für assistierte Eröffnungen möchte der Regierungsrat die schnellere Verbreitung des EPD in unserem Kanton fördern. Hinzu kommen Ausgaben für allfällige Sonderprojekte und Kommunikationsmassnahmen in der Höhe von maximal 50’000 Franken pro Jahr. Der Regierungsrat geht davon aus, dass dank diesem finanziellen und kommunikativen Schub während der nächsten drei Jahre in Basel-Stadt etwa 5’500 neue Dossiers eröffnet werden können pro Jahr, das wären dann etwa 450 pro Monat, aktuell stehen wir bei etwa 100 pro Monat.

Das EPD ist ein wichtiger Schritt zur Digitalisierung des Gesundheitswesens. Es muss gefördert, weiterentwickelt und auch bekannter gemacht werden, damit es seinen Nutzen entfalten und die Kommunikation im Gesundheitswesen optimieren kann. Dafür ist auch eine kantonale Mitfinanzierung notwendig und die wollen wir leisten. Im Namen des Regierungsrats bitte ich Sie deshalb, unseren Anträgen zuzustimmen.

Der Kommission und ihrem Sprecher danke ich für diese konstruktive und speditive Bearbeitung des Geschäfts in der GSK und auch für die Ausführungen des Präsidenten bin ich dankbar. Ich möchte dazu eine kleine Ergänzung machen. Ich habe eine EPD und ich bin gar nicht so unzufrieden damit, es kann nicht nichts. Ich würde also auch damit die Hoffnung und Erwartung verbinden, im Saal möge die EPD-Quote nicht so tief sein, wie er das vermutet hat oder möge insbesondere die EPD-Quote dann in den kommenden Tagen und Wochen vielleicht auch noch steigen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine Wortmeldungen vor. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1 Teilrevision Gesundheitsgesetz (Seite 8 des Berichts).

Titel und Ingress

§ 59 Abs. 1 (geändert)

eHealth-Pilotprojekte (Überschrift geändert)

I.

§ 59a (neu)

Elektronisches Patientendossier

1.

2.

a)

b)

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

**Schlussabstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

**Ergebnis der Abstimmung**

**91 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004571, 16.10.24 17:10:59]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

Das Gesundheitsgesetz (GesG) vom 21. September 2011 [1]) (Stand 1. März 2023) wird wie folgt geändert:

§ 59 Abs. 1 (geändert)

eHealth-Pilotprojekte (Überschrift geändert)

1 Der Kanton kann zur Erprobung von neuen Technologien und Anwendungen im Bereich eHealth Pilotprojekte durchführen.

§ 59a (neu)

Elektronisches Patientendossier

1 Der Kanton fördert die Verbreitung des elektronischen Patientendossiers.

2 Zu diesem Zweck kann der Regierungsrat insbesondere:

a) Beiträge für die Eröffnung und den Betrieb von elektronischen Patientendossiers gewähren;

b) sich an Projekten beteiligen.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt am 1. Januar 2025 in Kraft.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Grossratsbeschluss wurde einstimmig angenommen mit 91 Ja-Stimmen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2 Finanzielle Unterstützung der EPD-Eröffnungen und weiterer Unterstützungsmassnahmen für die Jahre 2025 bis 2027 (Seite 9 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

**Schlussabstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

**Ergebnis der Abstimmung**

**90 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004573, 16.10.24 17:11:48]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

Der Grosse Rat bewilligt für Förderbeiträge gemäss § 59a Abs. 2 Bst. a GesG (neu) sowie für weitere Unterstützungsmassnahmen von Leistungserbringern oder anderen Organisation zur Verbreitung des elektronischen Patientendossiers, vorbehaltlich der entsprechenden Beschlüsse des Grossen Rates zu den Budgets der Jahre 2025, 2026 und 2027, Ausgaben in Höhe von insgesamt maximal Fr. 510'000 für die Jahre 2025, 2026, und 2027 (maximal Fr. 170'000 p.a.).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Grossratsbeschluss wurde einstimmig angenommen mit 90 Ja-Stimmen.

## 17. Petition P454 "Gratishygieneartikel auf öffentlichen Toiletten"

[16.10.24 17:11:50, 22.5439.03]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Das Wort geht an deren Präsidenten Christian Moesch.

*Christian C. Moesch (FDP):* Gerne berichte ich zur Petition P454 «Gratishygieneartikel auf öffentlichen Toiletten».

Zum Vorgehen. Der Grosse Rat hat die Petition P454 an seiner ersten Sitzung vom 19. Oktober 2022 der Petitionskommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen. Am 6. März 2023 hörte die Kommission im Rahmen eines Hearings eine Vertreterin der Petentschaft sowie die stellvertretende Leiterin der Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern im Präsidialdepartement als Vertretung der Verwaltung an. Mit Bericht vom 27. März 2023 hat die Kommission dem Grossen Rat einen Antrag gestellt, die Petition mit verschiedenen ergänzenden bzw. offenen Fragen dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines Jahres zu überweisen. Diesem Antrag ist der Grosse Rat als dann gefolgt.

Am 7. Mai dieses Jahres hat der Regierungsrat der Petitionskommission sein Antwortschreiben zugestellt, in welchem er ausführlich zu den diversen Fragen der Petitionskommission Stellung genommen hat. Anlässlich der Sitzung vom 19. August hat sich die Petitionskommission mit den Antworten des Regierungsrates auseinandergesetzt. Die Petitionskommission stuft die erhaltenen Antworten als zufriedenstellend und nachvollziehbar ein. Sie stellt fest, dass seit dem Sommer 2023 an allen Primar- und Sekundarschulen kostenlose Periodenartikel verfügbar sind und viele im Kanton im Bereich Armut und Überlebenshilfe tätigen Institutionen kostenlos solche Artikel abgeben. Für Personen, die Sozialhilfe beziehen, sind die Auslagen für jene Produkte grundsätzlich über den sogenannten Grundbedarf, eine Pauschale für die persönliche Pflege, gedeckt.

Der Regierungsrat möchte zudem für Menschen in finanziell prekären Lebenssituationen, die keine Anlauf- und Beratungsstellen besuchen, ein Pilotprojekt durchführen und gedenkt, in diesem Rahmen die kostenlose Abgabe von Periodenartikel auf Quartier- und Jugendtreffpunkte auszuweiten. Allerdings will er sich auch bei der Abgabe von kostenlosen Periodenartikel auf die Bekämpfung der Periodenarmut sowie den Einflussbereich des Kantons beschränken.

Zum Antrag. Die Petitionskommission beantragt deshalb dem Grossen Rat einstimmig, die Petition «Gratishygieneartikel auf öffentlichen Toiletten» als erledigt zu erklären.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

Die Petition P454 "Gratishygieneartikel auf öffentlichen Toiletten" wird als erledigt erklärt.

## 18. Petition P476 "Nein zum Rheintunnel"

[16.10.24 17:15:03, 24.5222.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines Jahres zu überweisen. Dies wird nun ausgeführt von Präsident Christian Moesch.

*Christian C. Moesch (FDP):* Zum Anliegen der Petentschaft der Petition 476 «Nein zum Rheintunnel». Die Petition fordert, dass die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft den Bau des Rheintunnels ablehnen und stattdessen umweltfreundlichere Alternativen verfolgen. Ein unterirdischer Ausbau des Nationalstrassennetzes sei aus Sicht der Pendenten nicht zeitgemäss und widerspreche den Klimazielen von Bund und Kantonen. Der Bau würde zu erheblichen $CO_2$-Emissionen sowie Umweltbelastungen wie Lärm, Luftverschmutzung und einem Verlust von Grünflächen führen.

Die Petition zweifelt zudem an der erhofften Entlastung des Strassennetzes. Stattdessen befürchten die Petenten, dass der Rheintunnel mehr Verkehr anzieht, da es attraktiver würde, mit dem Auto in die Region zu pendeln. Dies würde nicht nur den Fernverkehr, sondern auch den lokalen Verkehr erhöhen. Erfahrungen, etwa mit der Nordtangente, hätte gezeigt, dass eine Erweiterung der Strassenkapazität langfristig zu mehr Verkehr führt. Dieser Effekt sei wissenschaftlich belegt und auch aus anderen Städten bekannt. Laut dem Umweltschutzgesetz von Basel-Stadt sollte die Verkehrsleistung des motorisierten Individualverkehrs nicht zunehmen, doch sehen die Pendenten keine Bemühungen, dies zu gewährleisten. Sie warnen ausserdem, dass der Bau des Rheintunnels weitere teure Strassenprojekte nach sich ziehen könnte, was zu mehr Verkehr in und um Basel führen würde.

Kritik wird auch an der Beeinträchtigung der Dreirosenanlage während der zehnjährigen Bauzeit geäussert. Zudem seien mögliche Auswirkungen auf Schulen und die Sicherheit der Schulwege unklar. Schliesslich bemängeln die Petenten die unzureichenden Lärmschutzmassnahmen entlang der Osttangente und fordern umfassende Schutzvorkehrungen.

Stellungnahme der Vertretung des Bau- und Verkehrsdepartements. Der Bau des Rheintunnels, der in der Zuständigkeit des Bundes liegt, soll die Engpässe auf der stark belastenden Osttangente in Basel beheben. Sie ist einer der grösseren Engpässe in im Schweizer Strassennetz, was regelmässig zu Staus und Ausweichverkehr auf die Stadtstrassen führt. Mit dem Rheintunnel könnte der Transitverkehr unterirdisch geleitet werden, was den Verkehr auf den Stadtstrassen reduzieren und den Lärm verringen würde, da vor allem Lastwagen durch den Tunnel fahren würden.

Das Projekt ist Teil des nationalen Entwicklungsprogramms für das Strassennetz, das 2023 vom Bundesparlament beschlossen wurde. Da gegen diesen Beschluss das Referendum ergriffen wurde, entscheidet das Stimmvolk bekanntermassen im kommenden November 2024 über die Umsetzung der sechs darin enthalten Projekte, einschliesslich des Rheintunnels. Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben das Projekt in der Vernehmlassung unterstützt, da es eine Entlastung des städtischen Strassenverkehrs um 15 bis 30 Prozent ermöglicht. Dadurch könnte mehr Platz für alternative Verkehrsmittel, wie den öffentlichen Nahverkehr und Radwege, geschaffen werden. Der Kanton Basel-Stadt plant, flankierende Massnahmen zu ergreifen, um die Entlastung zu sichern. Allerdings sollen diese erst nach der Eröffnung des Tunnels voraussichtlich im Jahr 2040 umgesetzt werden. Diese Massnahmen werden umfassend entwickelt und sollen nicht nur den Strassenverkehr, sondern auch den öffentlichen Verkehr und regionale Entwicklungen wie den Ausbau des Bahnknotens Basel berücksichtigen.

Bezüglich des Lärms bzw. deren Schutzes an der Osttangente hat der Kanton bereits zusätzliche vom Grossen Rat beschlossene Massnahmen für die Zeit nach 2025 vorgesehen. Die vom Grossen Rat im Jahr 2022 beschlossene Projektierung einer teilweisen Einhausung der Osttangente wurde zurückgestellt, bis klar ist, ob der Rheintunnel erstellt, die Osttangente partiell rückgebaut wird und dabei eine Nationalstrasse bleibt oder eben nicht.

Die Dreirosenanlage, ein wichtiges Naherholungsgebiet, wäre während der Bauzeit des Tunnels nicht bzw. nur eingeschränkt nutzbar. Ersatzflächen sind noch nicht vollständig geklärt, aber es gibt Vorschläge, wie zum Beispiel die Umwandlung von Gleisflächen in eine Grünanlage. Der Kanton hat zugesagt, diese Ersatzmassnahmen umzusetzen, sobald der Tunnelbau sicher ist. Nach der Fertigstellung des Tunnels soll die Dreirosenanlage wieder vollständig für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Zum Thema Baulärm hat die Bauherrschaft des Projekts die Aufgabe, im Detailplan darzulegen, wie die Erhaltung der Umweltschutzrichtlinien des Bundesamts für Umwelt, vom BAFU sichergestellt wird, um die Auswirkungen auf die betroffenen Stadtteile zu minimieren.

Ich komme zu den Erwägungen der Petitionskommission. Die Petitionskommission hat zum einen über die Ausgangslage, zum anderen über den Inhalt der Petition diskutiert. Die Petition fordert, dass sich die Kantone Baselland und Basel-Stadt im Interesse ihrer Einwohnerinnen und Einwohner der Umwelt sowie einer lebenswerten Zukunft gegen den Rheintunnel einsetzt. Unabhängig davon, ob dieses Ansinnen eine politische Mehrheit finden würde oder nicht, lässt sich festhalten, dass das Schicksal des Rheintunnels nicht von der Haltung der beiden Kantone, sondern vom Ergebnis der eidgenössischen Volksabstimmung vom 24. November abhängt.

Die Petition zur abschliessenden Behandlung im Sinne der Petentschaft an den Regierungsrat zu überweisen, wäre deshalb bei der jetzigen Behandlung wenig ergiebig. Unrealistisch ist auch, dass der Regierungsrat vor der Volksabstimmung allfällige Fragen der Petitionskommission beantwortet. Klar ist dagegen, dass sich der Regierungsrat mit den von der Petition aufgeworfenen Fragen auseinandersetzen muss und wird, falls das Stimmvolk dem Bau des Rheintunnels zustimmt. Die Hauptforderung der Petition, sich gegen den Rheintunnel einzusetzen, ist in diesem Fall aber nicht mehr möglich.

Ausstehend ist die Antwort des Regierungsrates auf den vom Grossen Rat am 16. November 2022 überwiesenen Anzug Salome Bessenich und Johannes Sieber betreffend Sicherstellung von Grünflächen im Kleinbasel während der Baustelle Rheintunnel auf der Dreirosenanlage. Die Petition ist allerdings breiter ausgelegt. Die Ausführung der Vertretung der Verwaltung lassen darauf schliessen, dass sich der Regierungsrat bereits zu vielen im Raum stehenden Fragen Gedanken gemacht hat. Es liegen dazu allerdings noch keine insbesondere schriftlichen Antworten vor.

Deshalb spricht sich die Petitionskommission mehrheitlich dafür aus, die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen. Dies bedeutet nicht, dass sie sich hinter die Forderung der Petition stellt, es aber als wichtig erachtet, dass offene Fragen frühzeitig beantwortet werden. Die Fragen sind insofern hypothetischer Natur, als zum Zeitpunkt der Verabschiedung des vorliegenden Berichts nicht feststeht, ob der Rheintunnel gebaut wird oder nicht. Lehnt das Stimmvolk den Ausbauschritt 2023 für Nationalstrassen ab, kann der Regierungsrat aus Sicht der Petitionskommission mit Verweis darauf auf die die Beantwortung der Fragen verzichten.

Die Petitionskommission beantragt deshalb dem Grossen Rat mit 6 zu 3 Stimmen, die Petition «Nein zum Rheintunnel» an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines Jahres zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da hat sich für die FDP Daniel Seiler gemeldet.

*Daniel Seiler (FDP):* Nach der UVEK haben wir auch in der PetKo eine politische Kommission und keine Sachkommission mehr. Wir diskutieren wieder sehr politisch in diesen Kommissionen heute, da müssen wir uns alle ein bisschen dagegenstellen. Ich staune schon auch dieser Fragestellung, der Rheintunnel, falls er gebaut wird, ist dann 2040 fertig und wir wollen jetzt vom Regierungsrat wissen, was dann in 16 Jahren genau jetzt schon gemacht werden kann. Ich glaube, wir können die Leute auch im Baudepartement ein bisschen mit anderen Sachen beschäftigen lassen, die haben genügend zu tun.

Über die Vorteile des Rheintunnels muss ich jetzt nicht mehr diskutieren, aber vielleicht nochmal wiederholen, wie der Rheintunnel überhaupt entstanden ist in dieser Stadt. Der entstand hier im Saal bzw. aus der Politik, weil man seinerzeit ja die Osttangente erweitern wollte. Man wollte mehr Spuren da bauen und darum wollte der Kanton Basel-Stadt ein anderes Projekt, wollte nicht diese Ausweitung. Jetzt haben wir diesen Tunnel und Sie wollen diesen Tunnel nicht. Es ist einfach ein bisschen komisch. Die Nordtangente ist ein so tolles Projekt geworden, auf beiden Seiten vom Rhein hat der Verkehr deutlich abgenommen, für das muss ich nicht irgendwelche Studie von Bern haben, das sieht jeder Mensch. Das finde ich ein bisschen schade.

Und jetzt vielleicht noch ein abschliessender Kommentar zu der Dreirosenanlage und zu dieser Begründung. Die FDP fordert ja, dass wir vom Hafenkran bis zur Wiese einen grosszügigen grünen Park bauen. Wir haben nun diese Entlastung da und die Regierung ist ja auch schon daran, die Stadtgärtnerei hat ja auch schon gesagt, sie ist am Arbeiten daran. Was wollen wir denn jetzt noch fragen? Jetzt machen wir noch die Abstimmung und nach der Abstimmung können wir über die Sachen weiterdiskutieren.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für das GAB spricht Tonja Zürcher.

*Tonja Zürcher (GAB):* Ich fange mal zuerst mit einem kurzen Widerspruch zu meinem Vorredner an. Also die Geschichtsklitterung ist ja schon interessant. Es gab diese Diskussion zur Osttangente, ob die oberirdisch ausgebaut werden soll oder nicht, und man war sich ziemlich schnell einig, dass man das nicht will, dass sie oberirdisch ausgebaut wird. Es gab dabei aber auch schon verschiedene Lager. Es gab diejenigen, die fanden, okay, egal wie, einfach nicht oberirdisch. Es gab diejenigen, die fanden, ein Tunnel wäre okay, aber nur dann, wenn oberirdisch zurückgebaut wird, was jetzt offensichtlich nicht der Fall ist. Und es gab diejenigen, die schon nie einen Autobahnausbau wollten. Und die alle kamen zusammen und jetzt haben wir eine Vorlage und jetzt gehen diese Gruppierungen auseinander. Es ist klar, es gibt hier verschiedene Vorstellungen dazu. Ich war schon immer gegen diesen Ausbau, auch unterirdisch, von dem her ist hier kein Widerspruch zu sehen.

Ich finde es auch interessant, dass mein Vorredner, dass ihm offenbar egal ist, was in ungefähr fünf, sechs Jahren passiert, weil dann spätestens beginnt diese Baustelle und dann haben wir ein Problem und auch was 2040 ist, könnte durchaus relevant sein für Menschen, die jetzt Kinder haben oder auch sonst irgendwie noch im unteren Kleinbasel leben möchten in Zukunft.

Wie der Kommissionspräsident und auch vorher schon Fleur Weibel bei ihrer Interpellation ausgeführt haben, gibt es zum Rheintunnel viele offene und auch schwierige Fragen. Ich beginne aber damit, was wir wissen. Ich denke, das ist die Ausgangslage dafür, was dann die Fragen sind. Wir wissen, dass die Dreirosenmatte die einzige Grünfläche im dicht bewohnten Matthäusquartier ist und direkt neben zwei Schulhäusern und deren Kindergärten liegt. Diese Dreirosenmatte würde für zehn Jahre zur Baustelle und dauerhaft verkleinert. Also es ist nicht, wenn man diese zehn Jahre überstanden hat, ist dann alles gut, sondern sie bleibt kleiner, in Zukunft würde die Autobahn direkt über die Matte führen.

Wir wissen auch, dass die Tunneleinfahrt im Bereich der Dreirosenmatte quer durch die Klybeckstrasse im Tagebau gebaut würde, also nicht mit der Tunnelbohrmaschine, sondern oberirdisch gebuddelt, was auch massive Auswirkungen auf den Strassen- und Tramverkehr hat. Sie wissen vielleicht, die Linie 8 geht da durch, eine Linie, die sehr intensiv genutzt wird und auch sehr wichtig ist. Und diese ganzen Bauarbeiten haben auch massive Lärmauswirkungen, Erschütterungen zur Folge, die im ganzen Quartier spürbar sein werden.

Und wir wissen, dass ungefähr, die genaue Masse wissen wir dann am Schluss, aber ungefähr 4,7 Millionen Tonnen Stein und Kies aus dem Boden geholt werden sollen und mindestens ein Drittel davon per Lastwagen abtransportiert wird. Das bedeutet, das wären über 100’000 Lastwagenfahrten, die alleine dafür gebraucht würden. Hinzu kommen noch die Lastwagenfahrten, die gebraucht würden, um den neuen Beton, usw. anzuliefern. Und wir wissen, dass die neue Strassenkapazität des Rheintunnels durch einen Rückbau auf dem Kantonsgebiet kompensiert werden muss, weil das nämlich im Gesetz steht, das vor drei Jahren von der Bevölkerung angenommen wurde.

Das ist die Ausgangslage. Wir wissen aber nicht, wie ein Unterricht in dem Dreirosen-Schulhaus und dem Theobald Baerwart möglich sein sollte, wenn da nebendran ein riesiger Tunnel gegraben wird. Wie wird mit dem Lärm umgegangen, welche Auswirkungen hat die Baustelle und die tausenden Lastwagen für die Schulwegsicherheit? Die Sorgen im Quartier sind

berechtigterweise gross. Kann man es wirklich zulassen, dass eine ganze Generation von Schulkindern vom Kindergarten bis zur Sekundarschule unter diesen Bedingungen zur Schule gehen müssen oder braucht es einen Alternativstandort?

Offen ist auch, wie die Dreirosenmatte ersetzt werden soll. Ein enger Weg entlang des Ciba-Gebäudes nördlich der Dreirosenbrücke, wie einmal vorgeschlagen wurde, ist klar kein Ersatz. Das ist ein Weg und kein Park. Aber auch die Grünfläche beim Hafenkran, die zur Diskussion steht, kann kein Ersatz für die Dreirosenmatte sein, weil sie erstens viel zu klein ist im Vergleich zu dem und zweitens unabhängig vom Autobahnausbau notwendig ist. Also wenn Sie eine Grünfläche sowieso beschlossen haben, sie sowieso gemacht werden muss, weil enorm viel mehr Menschen dorthin ziehen sollen und es sowieso viel zu wenig Grünflächen im unteren Kleinbasel hat, dann können Sie nicht so tun, als wäre es kein Problem, eine bestehende Grünfläche einfach so Platz zu machen, weil ja dann etwas anderes kommt.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Baustelle für den Rheintunnel mit den Bauplänen für Klybeck plus und den Klybeckquai überschneidet. Das Kleinbasel nördlich der Feldbergstrasse droht also zu einer riesigen Baustelle zu werden. Wer die finanziellen Möglichkeiten hat, überlegt sich jetzt schon wegzuziehen, das haben wir heute auch schon gehört und es wird mir von verschiedenen Stellen so zugetragen. Das gilt übrigens nicht nur für die Menschen, die direkt neben der Dreirosenmatte wohnen, sondern auch im weiteren Umfeld.

Und vollkommen offen ist es, wie der Kanton die Pflicht zum Rückbau der Strassenkapazität umsetzen will. Offenbar will dieses heisse Eisen momentan niemand in die Hand nehmen, sicher nicht vor der Abstimmung und offenbar auch nicht vor den übernächsten Wahlen. Dabei sollte es auch diejenigen interessieren, die jetzt hier für den Rheintunnel sind und gegen diese Petition, denn es ist klar, wer ja sagt zum Rheintunnel, sagt auch ja zur Kompensation auf dem bestehenden Strassennetz. Wir haben dieses Gesetz und dieses muss umgesetzt werden. Und das ist kein Pipifax. Schauen wir mal die Kapazität mit dem Rheintunnel, das wird ungefähr gleich viel sein wie auf der Osttangente, weil der ja redundant zur Osttangente sein soll. Also sprechen wir von ungefähr 120’000 Fahrzeugen am Tag. Das ist zehn Mal so viel, wie heute auf einer Feldbergstrasse oder auf einer Wettbeinbrücke fährt. Also Sie müssten eine zehnfache Feldbergstrasse kompensieren. Das ist nicht ganz einfach, es ist möglich, aber es ist nicht nur einfach mit ein paar klein wenigen Massnahmen und es ist deshalb schon erstaunlich, dass der politische Prozess dazu erst in ein paar Jahren starten soll und man dann erst in den 30ern wirklich mit der Umsetzung oder mit der Detailplanung beginnen will. Wir erwarten, dass in der Beantwortung dieser Petition jetzt schon aufgezeigt wird oder dann, wenn sie dann beantwortet wird, wie die massive Kapazitätssteigerung durch den Rheintunnel kompensiert wird, wo das angedacht wird und mit welchen konkreten Massnahmen.

Dank der Recherche von unabhängigen Verkehrsplanern wissen wir seit ungefähr einer Woche, dass das Bundesamt für Strassen gar nicht berechnet hat, wie viel mehr Verkehr der Rheintunnel nach Basel bringt. Es wird einfach behauptet, dass es keinen gibt und wenn man behauptet, es gibt keinen, dann muss man ja auch nicht rechnen. Es gibt aber keinerlei Grundlage für diese Behauptung. Was immerhin den Unterlagen zu entnehmen ist, die das ASTRA aufgelegt hat, dass es eine Verschiebung geben wird des Autoverkehrs und auch des Lastwagenverkehrs von der A98 in Deutschland auf den Korridor Osttangente. Warum das jetzt positiv für Basel sein soll, ist mir schleierhaft.

Das ist die eine Neuigkeit, die wir inzwischen wissen dank der Recherche, hier sind es Verkehrsplaner, aber auch die Medienschaffende haben recherchiert. Wir wissen inzwischen, dass der Autobahnausbau einen viel geringeren Nutzen hat, als behauptet wurde, weil die Staukosten zu hoch angerechnet werden, und wir wissen, dass die Kosten für die Klimafolgen klein geredet wurden, weil da auch mit veralteten Zahlen gerechnet wurde. Und wir wissen inzwischen auch, dass der Autobahnausbau insgesamt zu mehr Unfällen statt mehr Sicherheit führt. Das heisst, inzwischen sind noch viel mehr Fragen offen als zum Zeitpunkt, als wir diese Petition in der PetKo behandelt haben.

Wir vom GAB erwarten von der Regierung deshalb eine rasche Klärung der vielen offenen Fragen und eine eigene Beurteilung der Folgen des Rheintunnels für Basel. Auf die Aussagen von Bundesrat Rösti und dem Bundesamt für Strassen kann man sich ganz offensichtlich nicht verlassen, wie inzwischen mehr als deutlich wurde. Ich danke Ihnen für die Überweisung dieser Petition an den Regierungsrat.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zum Sprecher für die GLP Bülent Pekerman.

*Bülent Pekerman (GLP):* Der Abstimmungskampf ist lanciert, das haben wir vorhin schon gehört, ich mache es ganz kurz. Die Grünliberale Fraktion bittet Sie, die Petition «Nein zum Rheintunnel» zur Stellungnahme innert eines Jahres an den Regierungsrat zu überweisen. Dies aus einem einfachen Grund. Wir wissen zwar nicht, das ist schon gesagt worden, wie das Stimmvolk am 24. November über den Ausbau der Nationalstrassen entscheiden wird, aber wir möchten möglichst früh wissen, welche flankierenden Massnahmen der Regierungsrat im Falle einer Annahme der Vorlage nach dem Bau des Rheintunnels vorsieht. Wir erachten es deshalb als wichtig, diese und weitere Fragen der Petitionskommission beantworten zu lassen und empfehlen Ihnen auch, die Petition an den Regierungsrat zu überweisen.

Zu Daniel Seiler vielleicht ganz kurz. Ich hoffe, die Regierung soll auch in der Lage sein, langfristig planen zu können und ich denke, dass wir eine Regierung haben, die auch langfristig planen kann. Und 16 Jahre, das ist auch nicht ein langer

Zeithorizont. Von daher ist einiges planbar und wir hätten gerne auch gehört, was planbar ist, welche Ideen da im Raum stehen und deswegen ist es auch wichtig, dass wir diese Petition zur Stellungnahme überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SVP hat sich Beat K. Schaller gemeldet.

*Beat K. Schaller (SVP):* Ich rede hier auch für die LDP und ich stelle den Antrag, dass wir die Petition als erledigt erklären. Wie Sie dem Abstimmungsresultat der PetKo entnehmen können, war ich auch einer derjenigen, der die Petition eigentlich an den Regierungsrat zur Stellungnahme überweisen wollte. Die Idee und Absicht dahinter war, dass der Regierungsrat hier jetzt hoffentlich ein für alle Mal abschliessend Stellung beziehen kann und wir dann in die Zukunft schauen können, mit diesen immer wiederkehrenden Fragen aufhören können.

In der Zwischenzeit sind natürlich einige Dinge passiert. Ich habe Gespräche geführt, weitere Überlegungen sind hinzugekommen und diese Überlegungen, die waren mir damals gar nicht so bewusst, aber schlussendlich entscheidet sich alles an der Abstimmung im November. Wenn das Stimmvolk der Schweiz die STEP-Vorlage ablehnt, dann hat sich auch diese Petition erledigt, dann muss der Regierungsrat ja gar nicht auf diese Fragen eingehen. Sollte STEP angenommen werden, was immerhin möglich ist, dann haben wir ja auch die Interpellation von Frau Kollega Fleur Weibel, die jetzt hier im Raum steht, die grosso modo plus-minus die gleichen Fragen stellt. Es erscheint uns als nicht sehr effizient, wenn wir die Verwaltung mit zwei Mal den mehr oder weniger gleichen Fragen beschäftigen. Bei einer Petition haben wir als Grossrat die Möglichkeit zu sagen, als erledigt erklären oder an den Regierungsrat überweisen, bei einer Interpellation besteht diese Frage nicht, der Regierungsrat muss seine Antworten geben.

Deshalb, die Überlegung ist einfach, wir können dem Regierungsrat respektive der Verwaltung diese Doppelarbeit ersparen, die Petition als erledigt erklären und schauen, welche Antworten auf die Interpellation Fleur Weibel zurückkommen. Noch einmal namens LDP, SVP bitte ich Sie, die Petition als erledigt zu erklären.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die Fraktion SP spricht Leoni Bolz.

*Leoni Bolz (SP):* Die Petition verlangt, dass sich die Kantone Basel-Stadt und Baselland gegen den Rheintunnel einsetzen. Die Gründe sind vielseitig. Unter anderem sagen Sie, dass der Ausbau des Autoverkehrs nicht mit den Klimazielen vereinbar sind und eine Kapazitätssteigerung langfristig zu mehr Verkehr führt. Die zehn Jahre andauernden Bauarbeiten belasten zudem die Bevölkerung in den betroffenen Quartieren stark und rund 50 Familiengärten würden geopfert werden. Die PetKo hat verschiedene Fragen an die Regierung unter anderem bezüglich der bis jetzt nicht kommunizierten flankierenden Massnahmen wie beispielsweise Tempo 60 auf der Osttangente, der Sicherstellung des Schulbetriebs Dreirosen und der Wohnqualität in den betroffenen Quartieren.

Die SP ist gegen den Bau des Rheintunnels. Der Tunnel ist aus ökologischer Sicht nicht sinnvoll. Wenn jedoch gebaut werden würde, sind flankierende Massnahmen zwingend. Das mindeste ist daher, dass die Fragen der Petitionskommission geklärt werden, denn diese Baustelle wird während mehr als zehn Jahren, da bin ich sicher, die Situation der Wohnbevölkerung einschneidend verschlechtern. Die Stimmbevölkerung muss wissen, zu was sie ja oder nein sagt und dazu gehören eben auch Wissen über die flankierenden Massnahmen. Diese sind zudem auch wichtig für eine sorgfältige und vorausschauende Planung.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen, wie es die Kommission vorgesehen hat.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines Jahres zu überweisen. Daniel Seiler und Beat K. Schaller hingegen beantragen, sie als erledigt zu erklären. Wir stimmen darüber ab.

**Abstimmung**

JA heisst Erledigt, NEIN heisst an RR zur Stellungnahme gemäss Antrag PetKo

**Ergebnis der Abstimmung**

**38 Ja, 52 Nein, 1 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004576, 16.10.24 17:40:38]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

Die Petition P476 "Nein zum Rheintunnel" wird dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines Jahres überwiesen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Petition geht an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines Jahres. Das Resultat sind 52 Nein-Stimmen gegen 38 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

## 19. Petition P477 "Für den Erhalt unserer Universität!""

[16.10.24 17:40:48, 24.5223.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Das Wort geht an Petitionskommissionspräsident Christian Moesch.

*Christian C. Moesch (FDP):* Ich berichte kurz über das Anliegen der Petentschaft. Die Petentschaft hat auf eine Erläuterung im Rahmen eines Hearings verzichtet. Sie hat der Petitionskommission jedoch auf Nachfrage zusätzlich zum Petitionstext ein paar schriftliche Stellungnahmen abgegeben. Sie fordert darin einerseits ein klares Bekenntnis des Grossen Rates zur gemeinsamen Uni sowie eine langfristige und stabile Finanzierung. Ihr ist natürlich bewusst, dass dies keine Forderungen sind, die man ohne weiteres erfüllen kann, sondern solche, die sich laufend immer wieder aufs Neue stellen. Es geht ihnen darum, dass der Grosse Rat sich in der Debatte um Sparmassnahmen frühzeitig gegen solche ausspricht, dass er sich gegen Abbaupläne wehrt, sich für eine Voll-Uni einsetzt, der Baselbieter Politik Paroli bietet und dem Regierungsrat in Basel klarmacht, dass man den Baselbietern nicht noch mehr entgegenkommen soll. Zitat.

Stellungnahme der Vertretung des Erziehungsdepartements. Die Leiterin des Bereichs Hochschulen hob hervor, dass die langfristige und stabile Finanzierung der Universität Basel durch die Trägerkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft das wichtigste Ziel des ED sei. Die Universität spiele als Wissenschaftszentrum und Innovationsmotor eine zentrale Rolle für die Region Basel und müsse entsprechend unterstützt und gefördert werden. In der laufenden Verhandlung mit Basel-Landschaft über den Leistungsauftrag und den Globalbeitrag für die Jahre 2026 bis 2029 gehe es weder um Sparmassnahmen noch um die Schliessung einzelner Fakultäten, wie vielleicht befürchtet wurde. Stattdessen stehe die strategische Weiterentwicklung der Universität Basel im Vordergrund. Die gemeinsame Trägerschaft der beiden Kantone sei ebenfalls nicht in Frage gestellt.

Der Finanzierungsmechanismus berücksichtigt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der beiden Kantone und der Kanton Basel-Landschaft leistet einen substanziellen Beitrag dazu. Würde dieser Kanton nur einen Betrag pro eingeschriebener Person gemäss interkantonalen Universitätsvereinbarung beisteuern, wie es nicht am Trägerschaftsmodell beteiligte Kantone tun, entstünden erhebliche finanzielle Lücken, die die Universität nicht tragen könnte. Ein solches Szenario stehe jedoch nicht zur Debatte, da der Austausch zwischen den beiden Kantonen konstruktiv und vertrauensvoll ablaufe.

Die Leiterin betonte, dass sie sich als Vertreterin der Verwaltung nicht dazu äussern könne, ob es ein klares Bekenntnis vom Landrat und Grossen Rat zur gemeinsamen Universität geben wird, da dies in den Zuständigkeitsbereich der politischen Gremien falle. Sie wies jedoch darauf hin, dass es bei bi- oder mehrkantonalen Trägerschaften oft eine Herausforderung sei, dass die finanziellen Möglichkeiten des schwächeren Kantons das Verhandlungsergebnis massgeblich beeinflussen. Daher müsse in Zukunft überlegt werden, wie dieser Mechanismus flexibler gestaltet werden könnte, um bessere Lösungen für beide Seiten zu ermöglichen.

Zu der Erwägung der Petitionskommission. Die Petitionskommission teilt die in der Petition geäusserten Befürchtungen nicht. Im Kanton Basel-Landschaft hat zwar eine Partei vorgeschlagen, den Vertrag zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die gemeinsame Trägerschaft der Universität, den sogenannten Universitätsvertrag, zu kündigen. Dabei handelt es sich aber, wie auch von der Petentschaft festgestellt, eher um einen populistischen Vorschlag. Das in der Petition geforderte klare Bekenntnis zur Universität Basel hat der Grosse Rat am 27. Oktober 2021 mit der nahezu einstimmigen Genehmigung des Leistungsauftrages und Globalbeitrags an die Universität Basel für die Jahre 2022 bis 2025 zum Ausdruck

gebracht. Dessen Haltung dürfte sich seither nicht verändert haben. Unbestritten sein dürfte, dass der Grosse Rat keine populistischen und kurzsichtigen Sparvorschläge unterstützt.

Die Petitionskommission geht davon aus, dass der Regierungsrat in den anstehenden Verhandlungen über den Leistungsauftrag und den Globalbeitrag für die Jahre 2026 bis 2029 eine weiterhin ausreichende Finanzierung der Universität Basel anstrebt. Die von der Petition geforderte langfristige stabile Finanzierung der Universität Basel dürfte also nicht in Frage gestellt sein. Eine reale Gefahr, dass der Kanton Basel-Landschaft den Universitätsvertrag kündigt, erkennt die Kommission nicht.

Vor diesem Hintergrund beantragt die Petitionskommission dem Grossen Rat einstimmig, die vorliegende Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

Stillschweigend, die Petition P477 "Für den Erhalt unserer Universität!" wird dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überwiesen.

## 21. Anzug Alexandra Dill und Konsorten betreffend Schutz der persönlichen Integrität im Grossen Rat, Schreiben des Ratsbüros

[16.10.24 17:46:34, 21.5707.03]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Ratsbüro beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat der Subkommissionspräsident David Jenny.

*David Jenny (FDP):* Das Ratsbüro beantragt Ihnen einstimmig, § 18 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung durch eine neue Litera l zu ergänzen. Dadurch würden Sie das Ratsbüro beauftragen, Massnahmen zum Schutz der persönlichen Integrität der Ratsmitglieder zu ergreifen. In einem Reglement würden die Einzelheiten wie Anwendungsbereich, Massnahmen und Verfahren festgelegt werden. Den Entwurf zu diesem Reglement finden Sie in unserem Bericht.

Mit der vorgeschlagenen Änderung und dem darauf basierenden Reglement wollen wir dann Anzug Alexandra Dill und Konsorten so weit umsetzen, wie dies dem Ratsbüro rechtlich möglich und sinnvoll erscheint. Aus rechtlicher Sicht ist daran zu erinnern, dass wir Ratsmitglieder nicht Angestellte des Kantons sind und daher dem Personalgesetz nicht unterstehen. Die Mitarbeitenden des Parlamentsdienstes hingegen können sich auf die personalrechtliche Fürsorgepflicht gemäss § 14 unseres Personalgesetzes berufen. Sie sind daher von dieser Vorlage nicht erfasst.

Wir haben uns kundig gemacht, wie andere Kantonsparlamente die persönliche Integrität ihrer Mitglieder schützen. Wertvoll waren die Erfahrungen des Kantons Waadt. Wie dargestellt, waren das Waadtländer Reglement und die im Kanton Waadt gemachten Erfahrungen sehr hilfreich für die Erarbeitung unserer Vorlage.

Zentrales Element eines Reglements ist die Ernennung einer externen Vertrauensperson durch das Ratsbüro. Diese soll eine registrierte Anwältin bzw. Anwalt mit Zusatzausbildung im Bereich Mediation sein. Sie soll Mitgliedern, die sich in ihrer persönlichen Integrität verletzt fühlen, Unterstützung und Rat anbieten. Sie kann mit Einverständnis der beteiligten Personen ein Mediationsverfahren durchführen. Sie hat aber keinerlei Untersuchungskompetenzen.

Die im Anzug ebenfalls vorgeschlagene juristische Beratung durch den Parlamentsdienst und die Möglichkeit einer Kostenübernahme für rechtliche Massnahmen für das Opfer übernimmt das Ratsbüro nicht. Der Parlamentsdienst muss neutral bleiben. Er kann nicht klären, wer als Opfer Anspruch auf Rechtschutz hat. Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass sich bezüglich eines gewissen Vorfalls Ratsmitglieder als Opfer fühlen, die wiederum von anderen Mitgliedern als Täter eingestuft werden. Das Ratsbüro nimmt den Schutz der persönlichen Integrität der Ratsmitglieder sehr ernst. Rechtlich kann es diese aber nur eingeschränkt schützen. Ich bitte Sie insbesondere zu beachten, dass der Anwendungsbereich des Reglements notwendigerweise limitiert ist. Erfasst sind Situationen respektive Aktivitäten, an denen wir teilnehmen, die direkt mit der parlamentarischen Arbeit zusammenhängen.

Das Ratsbüro ersucht Sie, die Geschäftsordnung wie vorgeschlagen zu ändern und den Anzug Alexandra Dill und Konsorten abzuschreiben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die Fraktion SP hat sich Alexandra Dill gemeldet.

*Alexandra Dill (SP):* Ich bin grossmehrheitlich zufrieden und ehrlich gesagt, fast ein bisschen begeistert mit dem, was aus meinem Anzug entstanden ist. Der Schutz der persönlichen Integrität ist ein sehr hohes Gut und meine Fraktion wie auch mir persönlich ein wichtiges Anliegen. Das neue Reglement trägt diesem ziemlich gut Rechnung und ich möchte mich darum beim Ratsbüro und der zuständigen Subko bedanken für dieses wirklich gute Resultat und auch den eher längeren Weg, den sie gegangen ist, auch im Austausch mit mir. Es ist für mich also ein feierlicher Moment heute, dass wir hier im Parlament nun ein Reglement schaffen und wir uns damit klar bekennen zu einem Klima der gegenseitigen Wertschätzung und auch der Achtung von Grenzen.

Ich habe bei aller Freude über das Reglement aber auch noch ein, zwei kritische Anmerkungen oder vielleicht eher so Wünsche für die Umsetzung mitgebracht. Bei § 4 Abs. 2: Wir in der Fraktion SP wollen es so verstanden wissen, dass dies nur geschieht, wenn die Betroffenen zustimmen. Das ist aus unserer Sicht ein ziemlich wichtiger Punkt und ich möchte diesen als Anzugsstellerin für die Praxis gerne so mitgeben.

Der zweite Punkt bezieht sich auf § 5: Ernennung und Qualifikation der externen Vertrauensperson. Hier erachtet es meine Fraktion als entscheidend, dass diese Person nicht nur Anwalt oder Anwältin ist und über eine Mediationsausbildung verfügt, sondern auch spezialisiert ist auf Opferhilfe oder anderweitig thematisch versiert.

Und zu § 4 Abs. 1: Um die persönliche Integrität der Mitglieder zu schützen, macht das Ratsbüro in geeigneter Form auf das vorliegende Reglement aufmerksam. Da möchte ich anregen, wie ich das auch mal in einem Gespräch mit der Subkommission schon getan habe, dass dies auch via Schulungsangebote läuft. Da denke ich auch ein bisschen an die Rolle der Kommissionspräsidien, welche Sitzungsleitungen innehaben, denn das Anwendungsgebiet des Reglements bezieht sich ja auch auf die Kommissionssitzungen und auch auf alle Situationen, in denen eines oder mehrere Mitglieder des Grossen Rates in ihrer Rolle involviert sind.

Dass das Reglement in den Köpfen verankert und auch tatsächlich verstanden wird, ist grundlegend dafür, dass es seine Wirkung tut. Jeder Angriff auf den Schutz der persönlichen Integrität ist einer zu viel und Prävention, auch in Form von Schulungen, darum Gold wert.

Ich fasse zusammen: Als Anzugsstellerin bin ich dankbar für das Erreichte und gemeinsam mit meiner Fraktion unterstütze ich die Abschreibung des Anzugs.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Eric Weber hat sich für ein Einzelvotum gemeldet.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich habe es in der Zeitung gelesen, Lex Eric Weber. Wir reden um einen Lex Eric Weber. Wegen einem einzigen Grossrat ein neues Gesetz. Ich sage Ihnen ehrlich, ich bin jetzt am Sonntag weg, darum hätten Sie das nächste Woche beraten müssen. Ich bin jetzt am Sonntag weg. Ich bin nicht mehr Grossrat, es bringt Ihnen nichts, einen Lex Eric Weber, wenn ich am Sonntag weg bin. Ich garantiere Ihnen, ich bin nicht Grossrat und ich bin nicht unglücklich darüber. Also hören Sie bitte auf, an einem neuen Gesetz zu schrauben, wenn der Grossrat einfach weg ist. Sie wollen heute ein Gesetz neu machen, das jetzt am Sonntag, 20. Oktober 2024, irrelevant wird. Ich bin weg, das Gesetz braucht es nicht. Ich bin nicht traurig, wenn ich weg bin, denn auf mich warten andere viel bessere Aufgaben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Herr Weber, bitte hören Sie auf, über die Wahlen zu reden. Reden Sie bitte zu diesem Anzug.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich habe zu diesem Anzug gelesen, das ist ein Gesetz, das Sie machen wollen wegen dem Grossrat Eric Weber und ich möchte Sie einfach daran erinnern, bitte arbeiten sind nicht an diesem Gesetz für viel Geld für den Papierkorb. Ich habe meinen Rücktritt als Grossrat gegeben auf Ende Jahr und darum sage ich, mit dem Gesetz, und das ist ordentlich und das darf ich als Mensch und Journalist und Wahlbeobachter in Belarus sagen, bitte schiessen Sie nicht mit Kanonen auf Spatzen, die es nicht einmal gibt, bitte. Es beeindruckt mich auch nicht im Wahlzentrum, den Jubelruf, wenn es heisst, Sitzverlust. Ein Gesetz, und das haben wir ja hier über Belästigung oder wie sich das nennt, das ist für mich erfunden. Es gibt keine Belästigungen hier im Grossen Rat.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Herr Weber, ich erteile Ihnen einen ersten Ordnungsruf. Sie sprechen nicht zum Thema und Sie stellen hier Behauptungen auf, die nichts zur Sache tun.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich nehme diesen entgegen, aber ich wiederhole mich als Grossrat Eric Weber. In der Basellandschaftlichen Zeitung eine halbe Seite vor sechs Monaten über das Gesetz und es hat geheissen, eine Lex Eric Weber und darum bin ich nicht einverstanden. Aber ich fühle mich geehrt, wenn es das gibt. Alexandra Dill hat gesagt, für sie ist es ein glücklicher Moment. Für mich ist das ein nicht glücklicher Moment. Das darf ich sagen, Alexandra Dill ist glücklich, aber ich will das Gesetz nicht gegen mich, weil das ist eine Lex Eric Weber. Ich bin nicht einverstanden, aber ich habe ja gesagt, ich fühle mich geehrt, wenn das Parlament das macht.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Herr Weber, ich erteile Ihnen einen zweiten Ordnungsruf und entziehe Ihnen hiermit das Wort.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort nochmals an den Sprecher für das Ratsbüro, David Jenny.

*David Jenny (FDP):* Ganz kurz. Ich danke der Anzugstellerin für ihr Votum und für die einzelnen Anregungen zum Reglement respektive zur Handhabung. Nur zu betonen, das Ratsbüro oder eben dann auch diese Vertrauensperson haben keinerlei Zwangsmittel. Das Ratsbüro kann sagen, können wir mal mit Ihnen darüber sprechen, wenn diese Person sagt, nein, dann hat es sich mit dem. Und dass die Hoffnung ist, dass es dieses Reglement in der Anwendung möglichst nie brauchen wird, ich glaube, das teilen wir alle.

Wie genau dann der Prozess ist mit der Suche der Vertrauensperson wird sich das Ratsbüro entsprechend überlegen müssen. Wir haben zwei Qualifikation genannt, das schränkt den, ich sage jetzt einmal, den Pool von Personen, die in unserer Region zur Verfügung stehen, schon relativ gross ein. Wir wollen ja zum Beispiel wahrscheinlich nicht jemanden, der selber im Grossen Rat ist oder dessen Kanzlei im Grossen Rat vertreten ist, etc., dann wird die Auswahl relativ klein sein, die wir haben werden. Aber ich danke Ihnen für die gute Aufnahme dieser Vorlage.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Eintreten ist nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 11 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Änderung der Geschäftsordnung

§ 18 Abs. 2 lit. l (neu)

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Einführung anderer Erlasse

V. Schlussbestimmung

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

**Schlussabstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

**Ergebnis der Abstimmung**

**89 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004579, 16.10.24 18:00:22]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

Das Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) vom 29. Juni 2006 [1]) (Stand 1. August 2023) wird wie folgt geändert:

**§ 18 Abs. 2 lit. l (neu)**

l) es ergreift Massnahmen zum Schutz der persönlichen Integrität der Ratsmitglieder und legt in einem Reglement die Einzelheiten wie Anwendungsbereich, Massnahmen und Verfahren fest.

II. Änderung anderer Erlasse

*Keine Änderung anderer Erlasse.*

III. Aufhebung anderer Erlasse

*Keine Aufhebung anderer Erlasse.*

IV. Einführung anderer Erlasse

Reglement zum Schutz der persönlichen Integrität der Grossratsmitglieder des Kantons Basel-Stadt

V. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt am fünften Tag nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist oder im Falle einer Volksabstimmung am fünften Tag nach der Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 89 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Das Ratsbüro beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es hat mich noch eine Nachricht aus dem Baselbiet erreicht. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben Morgensitzung im Landrat und sie möchten, dass wir uns noch für das Landrats- und Grossrats-Jassturnier am 31. Oktober anmelden. Die Anmeldungen sind noch bis morgen offen. Mit dieser Mitteilung wünsche ich Ihnen einen schönen Abend.

**Schluss der 31. Sitzung**

18:01 Uhr

# Protokoll

der 32. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 23. Oktober 2024, um 9:00 Uhr

| | |
|---|---|
| **Vorsitz:** | *Claudio Miozzari, Grossratspräsident* |
| **Protokoll:** | *Beat Flury, I. Ratssekretär*<br>*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*<br>*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung* |
| **Abwesende:** | Anina Ineichen (GAB), Fina Girard (GAB), Lukas Faesch (LDP), Béla Bartha (GAB) |

## Verhandlungsgegenstände:

22. Motion Michael Hug und Konsorten betreffend mehr Transparenz bei projektbezogenen Beschäftigungsverhältnissen im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR ..... 2
23. Motion Franz-Xaver Leonhardt für einen Neuanfang beim Areal Horburg, Stellungnahme des RR ..... 6
24. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Einführung von anonymisierten Bewerbungsverfahren in der Verwaltung Basel-Stadt, Schreiben des RR ..... 11
25. Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend Angebot sicherstellen und Qualitätssicherung für Seelsorge in Gefängnissen, Spitälern und Asylunterkünften für Angehörige nicht anerkannter Religionen, Schreiben des RR ..... 13
26. Anzug Laurin Hoppler und Konsorten betreffend Entlastung bei amtlichen Gebühren für Registerauszüge und offizielle Dokumente, Schreiben des RR ..... 17
27. Motion Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Rückvergütungen von kantonalen Überschüssen an die steuerzahlenden Privatpersonen, Stellungnahme des RR ..... 18
28. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Vorgeburtlicher Mutterschutz, Schreiben des RR .... 23
29. Motion Pascal Messerli und Michael Hug betreffend der Polizeiberuf muss in Basel-Stadt wieder attraktiv werden: Lohnerhöhung jetzt!, Stellungnahme des RR ..... 23
30. Motion Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds "New Green Deal für Basel" (NGDB), Stellungnahme des RR" ..... 32

**Beginn der 32. Sitzung**

Mittwoch, 23. Oktober 2024, 09:00 Uhr

## 22. Motion Michael Hug und Konsorten betreffend mehr Transparenz bei projektbezogenen Beschäftigungsverhältnissen im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

[23.10.24 09:00:28, 24.5021.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen folgende Mitteilungen zu machen:

**Wahlen am Sonntag**

Im Namen des Grossen Rates möchte ich den sechs Mitgliedern des Regierungsrats, die bereits gewählt sind, und dem Regierungspräsidenten, der ebenfalls als solcher bereits gewählt ist, herzlich zur Wahl gratulieren. Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Freude im Amt und auch Freude bei der Zusammenarbeit mit dem Grossen Rat. [Applaus]

Natürlich gratuliere ich auch den gewählten Grossrätinnen und Grossräten und den Nachrückenden herzlich zu ihrem Ergebnis. Es ist mir aber auch ein Anliegen, allen, die für den Regierungsrat und für den Grossen Rat kandidiert haben in dieser Stadt, zu danken für ihr Engagement für die Demokratie. Das ist viel wert und hat auch einen Applaus verdient. Vielen Dank. [Applaus]

**Ein freudiges Ereignis**

Am 16.10. ist Helena Ada Lily Aurelia als Tochter von Tobias Christ zur Welt gekommen. Tobias Christ spendiert aus diesem freudigen Anlass heute Morgen den Kaffee und im Namen des Grossen Rates möchte ich ihm herzlich zur Geburt der Tochter gratulieren. [Applaus]

**Führung Denkmalpflege**

Heute findet über Mittag eine Führung durch die Denkmalpflege für Ratsmitglieder statt. Jene, die sich angemeldet haben, treffen sich um 13:30 Uhr im Innenhof. Es liegt eine Liste auf mit den Namen, die sich eingetragen haben. Wenn Sie Änderungen wünschen, können Sie sie eintragen und es dem Parlamentsdienst mitteilen.

**Informationstagung der IPK Nordwestschweiz**

Die diesjährige Informations- und Netzwerktagung der IPK findet diesen Freitag, 25. Oktober, in Solothurn statt. Die Einladung wurde Ihnen per Mail zugestellt. Einige Exemplare der Einladung liegen auf. Sie können sich bis morgen, Donnerstag, 12 Uhr, direkt über den in der Einladung angegebenen Link anmelden.

Das waren meine Mitteilungen.

Wir fahren fort in der Traktandenliste und kommen zu Traktandum 22. Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Das Wort geht an Regierungsrätin Tanja Soland.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Der Regierungsrat ist nicht dagegen, dieses Thema mit Ihnen zu diskutieren und auch für mehr Transparenz zu sorgen. Ich glaube, das ist unbestritten, das habe ich auch bei der ersten Entgegennahme oder auf unseren Wunsch Nicht-Entgegennahme bereits so gesagt, dass wir das gerne vor allem auch mit der Finanzkommission diskutieren, auch um aufzuzeigen, was wir bereits alles machen. Natürlich haben wir ein Controlling, selbstverständlich werden die Projektstellen auch wieder aufgelöst, wenn sie nicht mehr gebraucht werden. Das würden wir gerne mit Ihnen anschauen.

Daher bitten wir Sie, die Motion in einen Anzug umzuwandeln, denn was Sie jetzt verlangen in der Motion, bereits das Gesetz anzupassen, bereits die Berichterstattung zu ändern, erscheint uns nicht zielführend. Insbesondere wenn Sie fordern, dass die Personen nur befristet angestellt werden können. Das ist wirklich etwas sehr Unattraktives, wenn Sie eine Person nur befristet anstellen, wenn Sie das ausschreiben, da erhalten Sie natürlich nicht die besten Arbeitskräfte. Und da wir ein grosser Betrieb sind, ist es bei uns auch kein Problem, im Rahmen der Fluktuation den Personen dann andere Aufgaben zu geben, wenn das Projekt zu Ende ist.

Das ist nur ein Beispiel. Der andere Grund, warum es nicht sinnvoll ist, es als Motion zu überweisen, der Grosse Rat steuert den Kanton über die Finanzen und nicht über die Stellen. Das ist ein Prinzip, das wir bisher so haben. Wenn wir das ändern wollten, müssten wir wahrscheinlich hier ein paar Grundsätze anpassen und ändern.

Daher bitte ich Sie, die Motion als Anzug zu überweisen und wir gehen dann gerne in die Diskussion vor allem über die Finanzkommission mit Ihnen, um zu klären, wie wir das in Zukunft transparenter machen können.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da hat sich für das GAB Patrizia Bernasconi gemeldet.

*Patrizia Bernasconi (GAB):* Wir waren schon bei der ersten Traktandierung dieses Geschäfts gegen die Überweisung. Wir sind nicht gegen Transparenz, wir fanden aber, dass wenn es darum geht, bei den projektbezogenen Stellen Transparenz zu schaffen, die Motion das falsche Instrument ist. Die wahren Absichten hinter dieser Motion wurden jedoch im Laufe der damaligen Diskussion klar. Es ging und geht hier um die Steuerung des Personals bzw. um die Reduktion des Headcounts und das lehnen wir aber entschieden ab.

Wir begrüssen die Stellungnahme des Regierungsrates und stellen fest, und das haben wir jetzt auch noch gehört, dass vieles, zum Beispiel ein internes Controlling oder die Berichterstattung, schon vorhanden ist. Vieles anderes kann problemlos umgesetzt werden, es braucht keine Motion dafür. Auch erklärt der Regierungsrat aus unserer Sicht in genügender und nachvollziehbarer Art, wieso besser unbefristete Stellen für projektbezogene Arbeit ausgeschrieben werden und das wurde jetzt auch noch hier wiederholt. Wir können also sagen, der Vorstoss sei somit erledigt. Auch fragen wir uns, und da möchte ich an die Session im Frühling erinnern, wie viele Kontroll- und Steuerungsinstrumente der rechte Teil des Parlaments noch an sich reissen will.

Kurz, für uns besteht kein Grund, die Motion als Motion zu überweisen oder auch als Anzug.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SP spricht Michela Seggiani.

*Michela Seggiani (SP):* Die Fraktion der SP wollte diese Motion schon beim ersten Mal nicht überweisen, genau wie das GAB. Wir bleiben auch heute dabei. Auch möchten wir den Vorstoss nicht wie von der Regierung vorgeschlagen als Anzug überweisen. Wenn ein zeitlich beschränktes Projekt auch temporäre Einstellungen erfordert, können Mitarbeitende bereits jetzt befristet eingestellt werden. Die Weiterführung einer solchen Stelle muss durch den Regierungsrat bewilligt werden. Das ist kein einfacher oder schneller Prozess und das geschieht auch nicht leichtfertig. Dass der Grosse Rat über Weiterführungen und befristeten Anstellungen entscheiden soll, ist, so in der Stellungnahme klar beschrieben, rechtlich nicht zulässig.

Auch unabhängig von der Unzulässigkeit finden wir die Forderung stossend. Erstens können wir mit Budgetpostulaten Einfluss auf das Budget nehmen. Zweitens scheint hier eine Kompetenzverschiebung von der Regierung zur Verwaltung weg hin zum Parlament Ziel zu sein. Ich bin sicher, das würde die Bürokratie noch erhöhen, die Wege verkomplizieren und eine Kontrolle über den wachsenden Headcount würden wir auch so nicht haben. Das müsste anders angegangen werden und da würde ich persönlich dann auch sofort dabei sein.

Für uns ist es primär, dass Mitarbeitende arbeitsrechtlich gut geschützt sind und durch ihre Berufsausübung eine gesicherte Existenz und Lebensplanung haben. Deshalb sollte es wenn möglich vermieden werden, zeitlich beschränkte Anstellungen zu generieren, wie das uns auch Tanja Soland erläutert hat vorher. Selbstverständlich heissen wir es auch nicht gut, dass Mitarbeitende für ein spezifisches Projekt angestellt und dann behalten werden und dass dadurch der Headcount aufgeblasen wird. Hier ist aber der Verdacht, dass dies getan wird, nicht zielführend. Ich habe schon bei der ersten Diskussion um diesen Vorstoss gesagt, dass eine schriftliche Anfrage mit der Frage, was mit den Stellen und den Stellenbesetzungen passiert, wenn das entsprechende Projekt abgeschlossen ist, passender gewesen wäre.

Das braucht keine Motion, die in Teilen noch rechtlich nicht zulässig ist. Das braucht auch keinen Anzug. Wir sind deshalb klar für nicht überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die Fraktion LDP hat Michael Hug das Wort.

*Michael Hug (LDP):* Ich bedanke mich grundsätzlich bei der Regierung, welche den Vorstoss weiterbehandeln möchte als Anzug und mit der Finanzkommission mögliche Verbesserungen im Jahresbericht im Hinblick auf mehr Transparenz bei

projektbezogenen Stellen diskutieren möchte. Die Regierung möchte also das Thema aufnehmen, wie Regierungsrätin Tanja Soland soeben gesagt hat.

Trotz der Argumente der Regierung bleibe ich bewusst bei der Einreichung als Motion. Der Grund liegt in der Verbindlichkeit, die nur durch eine Motion gewährleistet wird. Gerade weil die Regierung in ihrer Stellungnahme ausführt, dass die projektbezogenen Stellen grundsätzlich im Jahresbericht ausgewiesen sind und sie eine transparentere Darstellung begrüssen, kann diese Motion ja auch erfüllt werden. Zudem möchte die Motion die Anstellungsverhältnisse nur nach Möglichkeit befristet anstellen, nicht in jedem Fall, wie soeben ausgesagt wurde. Ich zitiere aus dem Motionstext: «Grundsätzlich sind Arbeitnehmende, welche aufgrund eines terminierten Projektes benötigt werden, jeweils und nach Möglichkeit befristet einzustellen».

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache. Der Staat wächst überproportional und das hat reale Folgen für den Arbeitsmarkt sowie die finanzielle Nachhaltigkeit. Der Vorstoss adressiert eine konkrete Fehlentwicklung, nämlich das permanente Anwachsen des Staatsapparats durch projektbasierte Stellen, die nach Projektabschluss nicht aufgelöst werden. Nur eine verbindliche Vorgabe durch eine Motion kann sicherstellen, dass die Regierung tatsächlich handeln muss, statt die Thematik nur zu evaluieren und womöglich auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

Ein weiteres Argument der Regierung war, dass Flexibilität erforderlich sei, um auf neue Herausforderungen reagieren zu können. Dem stimme ich zu, aber genau aus diesem Grund enthält die Motion auch den Vorschlag, dass projektbezogene Stellen verlängert werden können, wenn dies sachlich gerechtfertigt ist. Es geht nicht darum, notwendige Stellen zu blockieren, sondern um Transparenz und Nachvollziehbarkeit zu erreichen.

Letztlich ist es nicht das Ziel, die temporären Stellen durch den Grossen Rat direkt zu managen, dies liegt gar nicht in unserer Kompetenz. Es geht darum, durch eine klare Ausweisung der temporären Stellen eine sinnvolle Grundlage für die Budgetprozesse zu schaffen, insbesondere über neue Stellen. Das ist der transparente und verantwortungsvolle Umgang mit Steuergeldern, den wir anstreben. Dies hat auch Ratskollegin Patrizia Bernasconi soeben in ihrem Votum unterstützt.

Ich bitte Sie daher, den Vorstoss als Motion zur Erfüllung zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Als Einzelsprecher hat sich Eric Weber gemeldet.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Wir sind schon bei meiner letzten Rede im Monat Oktober. Meine Vorredner haben zum Thema Vetternwirtschaft gesprochen, das Wort ist gefallen. Seit meiner Kindheit höre ich halt auch immer wieder und das jetzt seit 50 Jahren, dass im Kanton Basel-Stadt die Stellen nach Freundschaft vergeben werden. Wegen meinen Gästen auf der Tribüne habe ich vielleicht am Anfang den Einstieg von Regierungsrätin Tanja Soland nicht genau gehört, aber ich habe gehört, Tanja Soland hat gesagt, wir sind nicht bereit zu diskutieren. Also ich habe es so verstanden, wurde das gesagt? Ich glaube ja.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Herr Weber, wenn Sie nicht genau zugehört haben, müssen Sie nicht kommentieren, was gesagt wurde. Konzentrieren Sie sich auf Ihr Votum, sonst ist es wirklich das letzte.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Wir sind ein Parlament und wir kontrollieren die Regierung. Und Michael Hug hat richtig gesagt, die Sache ist überproportional, wir haben zu viele Stellen und da muss wirklich einfach einmal aufgeklärt werden über die vielen Stellen, die da sind. Es ist meine feste Überzeugung als Grossrat, dass wir der Kanton und die Stadt weltweit mit den meisten Angestellten beim Kanton proportional zur Bevölkerungsanzahl sind. Ich bin nicht einverstanden als Grossrat von Basel, dass zu viele Leute für diesen Kanton arbeiten.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Regierungsrätin Tanja Soland nochmals das Wort.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Ich möchte einfach nochmal festhalten, wenn es eine befristete Stelle für ein befristetes Projekt gibt, dann ist, wenn das Projekt zu Ende ist, auch die Stelle zu Ende. Selbstverständlich. Und das kontrollieren wir, es wird dann im Kanton nicht einfach weitergearbeitet, das geht ja nicht. Die Person, das muss man einfach trennen, die Person, der Herr Müller, der auf dieser Stelle war, wenn er nicht aufhört zu arbeiten, dann macht er eine andere Arbeit, weil mit der Fluktuation, die Sie in so einem grossen Betrieb haben, ist das in der Regel kein Problem. Also wir lassen sicher nicht

die Personen weiterarbeiten, das ist wirklich kein Thema. Das möchte ich wirklich von mir weisen, das machen wir nicht und eine befristete Anstellung ist unattraktiv für Personen, die kompetent sind und gut sind.

Und wenn Sie das Stellenwachstum ansprechen, dann müssen Sie schauen, Sie haben es auch in der Hand, die Finanzen, dann müssen Sie bei den Finanzen schauen. Sie bewilligen das Budget, dort werden auch die Stellen ausgewiesen, das liegt dann in Ihrer Hand. Und dann geht es darum bei einer Erstanstellung, wie viele Stellen schafft man, wie viele Finanzen, welche Leistungen machen wir, dann müssen Sie dort schauen. Aber das ist so ein Hintertür-Trick, der wird nicht funktionieren, er wird nur dazu führen, dass wir schlechtere Personen haben und man wird sogar überlegen, ob man nicht mehr unbefristet anstellt oder länger oder diese Projekte nicht mehr macht.

Also hier sind Sie einfach ein wenig auf dem Holzweg, es tut mir leid. Ich sehe Ihren Punkt, aber den müssen Sie bei den Finanzen machen. Da haben Sie jetzt im Dezember die Möglichkeit beim Budget zu sagen, diese Leistungen wollen Sie nicht mehr oder da wollen Sie weniger. Das ist ehrlich und das wäre transparent.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir stimmen zwei Mal ab, zuerst die Eventualabstimmung. Michael Hug beantragt Überweisung als Motion, der Regierungsrat beantragt Überweisung als Anzug.

**Eventualabstimmung**

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

**Ergebnis der Abstimmung**

**59 Ja, 34 Nein, 1 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004598, 23.10.24 09:19:46]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

Weiterbehandlung als Anzug

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Geschäft wird als Anzug weiterbehandelt.

Patrizia Bernasconi beantragt Nichtüberweisung. Wir stimmen darüber ab.

**Schlussabstimmung**

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung

**Ergebnis der Abstimmung**

**48 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004599, 23.10.24 09:20:26]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Geschäft wird als Anzug überwiesen. Es liegen 48 Ja-Stimmen gegen 44 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung vor.

## 23. Motion Franz-Xaver Leonhardt für einen Neuanfang beim Areal Horburg, Stellungnahme des RR

[23.10.24 09:20:35, 24.5018.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres. Das Wort geht an Regierungsrätin Tanja Soland. Sie verzichtet. Damit kommen wir zu den Fraktionsvoten und da hat sich für die SP Ivo Balmer gemeldet.

*Ivo Balmer (SP):* Heute geht es in die dritte Runde für das Horburg-Areal. Wir diskutieren die Zweitüberweisung der Motion von Franz-Xaver Leonhardt und der lancierte mit diesem Vorstoss schon wirklich geschickt eine grundsätzliche Perspektive an einem konkreten Beispiel und das sind genau immer noch diese zwei Argumente, die unserer Ansicht nach zielführend sind und weitergeführt werden müssen. Zum konkreten Zankapfel Horburg hat Franz-Xaver Leonhardt hier die forcierte Bodenpolitik unseres Kantons als Lösungsweg vorgeschlagen, um diese Verwicklungen da zu lösen, und ich denke, das bleibt nach wie vor die konkrete Möglichkeit, weil mehr von einer endlichen Ressource Boden zu kaufen ist ja eigentlich nicht falsch aus der Perspektive eines flächenbegrenzten Kantons. Es war ein Angebot an die Regierung, hier nicht zu kaufen. Das hat sie bis jetzt nicht getan, aber wer weiss, vielleicht wird das ja noch passieren.

Jetzt komme ich zur zweiten der grundsätzlichen Perspektive auf eine aktivere Bodenpolitik in unserem Kanton und das ist genau das Argument, weshalb wir von der SP-Fraktion beantragen, diese Motion zum zweiten Mal zu überweisen und sie in einen Anzug umzuwandeln. Hierzu möchte ich erstmals wirklich betonen, wie erfreulich eigentlich auch die Beantwortung des Vorstosses durch den Regierungsrat ausgefallen ist. Denn im Grundsatz bekennt er sich zu einer aktiven Bodenpolitik und er verweist auch, dass das auf einem bereits existierenden rechtlichen Rahmen aufgebaut ist. Das heisst, die Grundsätze des prominenten Baslers Hans Bernoulli sind vorhanden und jetzt müssen sie an bestimmten Punkten weiter abgeklärt werden und konkretisiert werden. Und genau das können wir einfordern, wenn wir diesen Vorstoss als Anzug zum zweiten Mal überweisen.

Nehmen wir nochmals diese Bernoullischen Grundsätze aus seinem Buch «Die Stadt und ihr Boden» zu Hand, die hatten wir schon das letzte Mal. Erster Punkt, die Gemeinde verkauft kein Land, das ist geklärt. Seit 2016, Sie erinnern sich, die zweite Bodeninitiative, geht dies in unserem Kanton im Grundsatz nicht mehr. Und der zweite Punkt, die Gemeinde erwirbt in privatem Eigentum stehendes Land nach Möglichkeit. Hier wird es unklarer und diffuser. Der Grundsatz ist noch klar und ist auch im § 50a des Finanzhaushaltsgesetzes geregelt bzw. wird dort eine aktive Bodenpolitik beschrieben, und jetzt geht es genau mit dieser Zweitüberweisung darum zu klären, was nach Möglichkeit heisst. Der dritte Punkt, das ist dann das mit diesen Baurechtsverträgen und das Überlassen des kantonseigenen Bodens an Private. Das müssen wir nicht weiter vertiefen, das wird schön ausgeführt, dass der Kanton Basel-Stadt eine grosse Baurechtserfahrung hat mit verschiedensten Akteur*innen und hier auch eine sehr grosse Anzahl von Baurechten bewirtschaftet.

Deshalb bleibt dieser zweite Punkt und der muss jetzt abgeklärt werden und ich setze hier genau auf die Hoffnung, auch dass diese Einschätzung geteilt wird von vielen hier drin im Saal, dass wir abklären, was diese nach Möglichkeit heisst, und lade Sie ein zur zweiten Überweisung, dass wir hier weitermachen können. Deshalb Umwandlung von der Motion in einen Anzug, Überweisung an den Regierungsrat und dann können wir das Grundsätzliche weiter vertiefen und auch beim, sage ich mal, beim neuen Bonmot für Basel bleiben. Gestern Hans Bernoulli und heute ist es Franz-Xaver Leonhardt, der uns da den Weg bereitet in ein neues Bodenpolitik-Zeltalter. Ich danke also für die bürgerliche Zusammenarbeit hier und hoffe, dass das auch dann hier hinten auf der Abstimmungstafel ersichtlich wird.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für das GAB spricht Tonja Zürcher.

*Tonja Zürcher (GAB):* Die Horburg-Überbauung, das ist heute ein Wohnraum von sehr hoher Qualität. Es ist grün vor den Fenstern und trotz der Lage in einem dichten Quartier sind die Wohnungen sehr attraktiv, bezahlbar, die Nachbarschaft ist sehr familiär, vielfältig und lebendig. Gleichzeitig finden in der nächsten Umgebung entscheidende und auch einschneidende Veränderungen statt. Ich denke hier zum Beispiel an den Rheintunnel, aber auch an die Veränderung im Klybeckareal und in dem Hafen, mit der der unterste Teil des Kleinbasels über Jahre, vielleicht sogar Jahrzehnte stark verändert wird mit grossen Baustellen.

Nun besteht hier die Möglichkeit, beim Horburg-Areal eine Entwicklung aufzugleisen, die dem Kontext des Quartiers gerecht wird und zu diesen zukünftigen Veränderungen passt. Der Kauf des Areals bietet damit eine optimale Rahmenbedingung, eine Stadtentwicklung im Sinne der Bevölkerung zu machen. Es muss nicht noch nebenbei auch noch auf die Rendite eines

Investors Rücksicht genommen werden, sondern man muss schauen, was passt ins Quartier, was wollen wir und das zusammen mit der Bevölkerung besprechen.

Es ist schon etwas erstaunlich, wenn wir dann die Antwort des Regierungsrats lesen und da steht, dass der Kauf des Horburg-Areals zu Konflikten im Quartier führen würde. Ich fände es schon noch interessant zu hören, was da die Gedanken dahinter sind. Ich glaube, eine Entwicklung im Sinne des Quartiers führt nicht zu Konflikten im Quartier, sondern kann diese Konflikte reduzieren. Was tatsächlich zu Konflikten im Quartier führt oder geführt hätte, wäre eine überrissene Überbauung, die ohne jeglichen Einbezug der Bevölkerung geplant wurde, diese konnte ja zum Glück so verhindert werden. Was auch tatsächlich zu Konflikten führt, ist eine renditegetriebene Verdichtung in einem der dichtesten Quartiere der Stadt oder eine Überbauung der wenigen verbleibenden Grünflächen, die im Sommer Kühlung und Platz für Spiel und Erholung bieten.

Wir sind im Gegensatz zur Regierung absolut davon überzeugt, dass ein möglicher Kauf des Areals durch den Kanton solche Konflikte verhindern könnte, wenn der Kanton Verantwortung übernimmt und eine Planung angeht, die von Beginn an gemeinsam mit der Bevölkerung entwickelt wird. Deshalb möchten wir vom GAB ein zweites Mal diese Forderung überweisen und die Chance packen, eine nachhaltige Quartierentwicklung zu ermöglichen.

Sie haben es gesehen, das GAB hat im «Chrüzlistich» auf Motion gesetzt, weil es uns wichtig ist, dass die Forderung dieser Motion hier ernst genommen wird und wirklich auch ernsthaft darüber nachgedacht wird, wie das Areal Horburg eine aktive Rolle in der Bodenpolitik einnehmen kann, wie die Raumplanung oder der Städtebau hier ausgelotet werden kann, um ein Optimum für die Bevölkerung zu erreichen und auch wie eine Kaufverhandlung aktiv geprüft und angegangen werden kann.

Wir sehen aber auch, dass die Motion gewisse Haken hat und sind deshalb bereit, sie als Anzug zu überweisen. Ich werde also keinen Antrag auf Motion stellen, obwohl wir inhaltlich nach wie vor sehr viele Sympathien für die Motion haben. Das darf aber nicht dazu führen, dass die Forderungen einfach wieder in der untersten Schublade verschwinden, wie es bei Anzügen in den letzten vier Jahren leider des öfteren zu beobachten war. Seien wir mutig, übernehmen wir Verantwortung für das Horburg-Quartier, fürs Matthäus, fürs Klybeck und überweisen den Neuanfang fürs Areal Horburg ein zweites Mal.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die FDP spricht Daniel Seiler.

*Daniel Seiler (FDP):* Ja, wir haben ein Problem im Wohnungsbau. Zu viele Restriktionen, Regeln, viel zu lange Prozesse. Mit dem Richtplan Umwelt und Klima verlängern wir diese zusätzlich und statt wir das Problem angehen und den Ursprung des Problems versuchen zu beseitigen, haben wir ein privates Projekt, in das wir versucht haben, den ganzen Giftschrank von marktfeindlichen und investorenfeindlichen Massnahmen packen zu wollen. Das war der Ursprung. Jetzt, statt man versucht, wirklich diese Probleme anzugehen, versuchen wir das Areal zu verstaatlichen, mehr Staat, noch mehr Regeln und dabei wissen wir, dass wir mit den Wohnschutzbestimmungen, die wir versucht haben anzupacken, nämlich schon zu viele Regeln haben. Wir erreichen ja gar nicht das, was wir dem Stimmvolk versprochen haben, dass wir mehr Wohnraum haben. Ich frage, haben Sie wirklich das Gefühl, dass wir jetzt mit mehr Staat da zusätzlich mehr Planwirtschaft eine bessere Lösung am Ende haben? Ich glaube, wir müssen wirklich das Problem bei den Wurzeln anpacken und darum ist diese Motion abzulehnen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegt eine Zwischenfrage vor von Franz-Xaver Leonhardt. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

*Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP):* Daniel Seiler, Sie haben gesagt, wenn der Staat. Der Auftrag der Motion heisst ja nur, den Boden zu kaufen. Warum ist das Planwirtschaft? Es steht explizit, dass der Baurechtsnehmer dann ganz privat ist.

*Daniel Seiler (FDP):* Schlussendlich wird es so rauskommen, wie es immer halt rauskommt dann.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Noch eine Zwischenfrage von Ivo Balmer. Sie wird angenommen.

*Ivo Balmer (SP):* Daniel Seiler, weil Sie eigentlich nur über diese Wohnbauziffer gesprochen haben, kennen Sie die in der Entwicklung in der Schweiz und im Kanton Basel-Stadt seit 2008?

*Daniel Seiler (FDP):* Ich habe die Frage nicht verstanden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zum Sprecher für die SVP, Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Aus Sicht der SVP-Fraktion kann ich es heute eigentlich relativ kurz machen. Wir sind dagegen, dass wir diese Motion überweisen, auch nicht als Anzug. Der erste Punkt, warum wir dagegen sind, wenn wir jetzt diese Motion auch bei der Zweitüberweisung als Motion überweisen, dann hat doch der Kanton einen sehr schlechten Handlungsspielraum. Er muss kaufen, der Private kann jeden Preis anbieten. Es ist ein Parlamentsauftrag. Das bringt doch hier wirklich nichts, wenn wir hier wirklich dem Regierungsrat und dem Kanton das Messer an den Hals setzen und das als Motion überweisen.

Der zweite Punkt ist, wir haben den Ratschlag Horburg zurückgewiesen. Der Regierungsrat hat jetzt Handlungsspielraum, er muss wieder etwas Neues bringen, er kann auch wieder etwas Neues bringen, er ist jetzt im Lead, dementsprechend benötigt es nicht einfach noch eine Zweitüberweisung, welche explizit vorschlägt, was man jetzt mit diesem Areal machen muss.

Und der dritte Punkt ist, die Quartierbevölkerung in Kleinbasel war einfach gegen dieses Hochhaus, Punkt. Es ist völlig egal, ob jetzt hier ein Privater dieses Hochhaus geplant hat oder der Regierungsrat hier diesen Boden kauft und es dem Privaten abgibt, die Bevölkerung will dort kein Hochhaus und will dort nicht noch verdichteter bauen. Dementsprechend muss man so oder so einen Ratschlag bringen, der quartierverträglich ist, der bei der Bevölkerung auf Anklang stösst, völlig unabhängig jetzt davon, wer hier im Besitz oder im Eigentum von diesem Boden ist. Man soll ja sachrechtlich Besitz und Eigentum nicht verwechseln.

Aber es bringt nichts, wenn wir hier diese Motion überweisen und wir hier jetzt auch dem Regierungsrat und dem Kanton sagen müssen, er muss unbedingt kaufen. Dementsprechend warten wir doch ab, wir haben diesen Ratschlag zurückgewiesen, der Regierungsrat wird wieder mit etwas kommen. Es muss etwas sein, das quartierverträglich ist und deshalb braucht es diese Motion hier auch bei der Zweitüberweisung nicht.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nehmen Sie die Zwischenfrage von Franz-Xaver Leonhardt an? Sie wird angenommen.

*Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP):* Pascal Messerli, mit dem Handlungsspielraum, wenn wir es als Anzug überweisen, meinen Sie, dass dann die Regierung genug Handlungsspielraum hätte? Weil sie muss nicht.

*Pascal Messerli (SVP):* Er hätte mehr Handlungsspielraum, als wenn wir jetzt als Motion überweisen, aber die anderen Punkte sprechen dann trotzdem auch gegen die Überweisung als Anzug. Aber ja, der Handlungsspielraum wäre etwas grösser, das stimmt.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die LDP spricht Michael Hug.

*Michael Hug (LDP):* Herr Kollege Ivo Balmer, in «Die Stadt und ihr Boden» von Hans Bernoulli setzt sich der Architekt und Stadtplaner intensiv mit der Bodenfrage in der Stadtentwicklung auseinander. Wie Sie selbst gesagt haben. Er kritisiert grundsätzlich die private Bodenverwertung als Ursache für spekulative Preistreiberei und städtebauliche Probleme. Bernoulli plädiert dafür, dass der Boden in öffentlicher Hand bleiben oder zumindest von der Gesellschaft und Gemeinschaft kontrolliert werden soll. Ich wiederhole, oder zumindest von der Gemeinschaft kontrolliert werden soll.

Dies ist bereits der Fall, und zwar im höchsten Masse. Richtungsplanung, Nutzungsplanung, Zonenplanung, Baugesetze, Denkmalschutz, Partizipationsverfahren und politische Kontrolle. Das sind sicher materiell rechtliche Vorgaben, die zur Zeit von Bernoulli noch nicht in diesem Ausmass bestanden haben. Es sind alle gemeinschaftlichen Interessen abgebildet. Darum zieht für mich dieses Argument nicht.

Ein weiteres Argument, wieso man gegen diese Motion sein muss aus einer liberalen Perspektive, ist die Preistreiberei durch den Kanton, Kollege Pascal Messerli hat es angesprochen. Ein gutes Beispiel dafür ist das Clara-Areal, wo immer noch nicht bekannt ist, inwiefern der Kanton hier Angebote gemacht hat, die dann überboten werden mussten von Privaten.

Ich fordere hier eine ganzheitliche Strategie von der Regierung, wie und was sie mit den Bodenkäufen beabsichtigen. Bisher ist nur wahrnehmbar, dass man punktuell Liegenschaften ins Finanzvermögen übernimmt ohne klaren Plan. Man

argumentiert dann mit Handlungsspielraum für die gesellschaftlichen Interessen und Aufgaben. Das geht mir zu wenig weit. Es kam das Clara-Areal vorletztes Jahr ins Finanzvermögen für mehrere hundert Millionen Franken, es kam die Gartenstrasse, wo jetzt noch die UBS eingemietet ist, in das Finanzvermögen, aber es gibt keine konkrete Planung und ein Konzept. Und solange dies nicht vorliegt, können wir diese Motion unter keinen Umständen unterstützen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Als Einzelsprecher hat sich Franz-Xaver Leonhardt gemeldet.

*Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP):* Heute ist es kein Gang nach Canossa. So habe ich angefangen damals im Januar mit meiner Motion und ich habe doch einiges einstecken müssen. Ivo Balmer hat auch gesagt, das ist beste bürgerliche Politik, das höre ich immer gerne und er hat das heute bestätigt und es ist auch gute, nicht beste, gute Politik für die Stadt.

Michael Hug hat gesagt, er möchte die Motion nicht überweisen. Ich bin mit ihm einig. Ich glaube, das war damals zu hart. Die Regierung wollte es nicht, ich möchte es heute auch nicht, weil die Idee von dieser Motion war der Gordische Knoten, den wir hier zusammen verursacht haben. Es war die Dezembersitzung, wir hatten das Geschäft, es war eigentlich in der Raumplanungskommission in Verhandlung, ein Geschäft, wo die Kommission dahinter gestanden ist und was ist passiert? Ganz Links und ganz Rechts haben noch andere Ideen und wir haben unserer Baudirektorin so unter Druck gesetzt, dass sie nur noch es zurücknehmen konnte und versprochen hat, uns einen neuen Ratschlag vorzubereiten. Ich nehme an, der ist bald bereit und wir werden darüber diskutieren. Wenn Regierungsrätin Esther Keller mit einem tollen Vorschlag kommt, dann wird mein Anzug, ich hoffe, er wird als Anzug überwiesen, abgeschrieben, weil dann haben wir das, was wir wollen, eine Entwicklung im Bestand mit eventuell einem Neubau am Horburg mit hoffentlich viel Grün und guter Wohnqualität, das ist gut für unsere Stadt.

Die Bodenpolitik, ich bin auch einverstanden, Michael Hug, dass wir ganzheitlich eine Strategie hier im Rat zusammen entwickeln und dieser Anzug, nenn ich es, sollte nicht das Mittel sein, sondern es war mal eine Idee, es war mal ein Ballon und der ist sehr gut. Und eine Frage an die Fraktion GLP, warum sie den Anzug nicht unterstützt, weil zusammen wäre ja das gut zu machen. Also ich lade ein, auch die GLP, diesen Anzug zu überweisen.

Und eine ganz kleine Geschichte noch zum Boden. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es einen Bauernhof in Reinach. Der hatte 80’000 Franken gekostet mit ganz viel Land. Dann haben unsere Kolleg*innen vom Baselbiet diskutiert, ob sie das kaufen möchten und dann haben sie gesagt, nein, das ist uns zu teuer, sie haben 70’000 Franken bezahlen wollen. Und die cleveren Basel-Städter haben gesagt, also das ist ein super Geschäft, wir kaufen es für 80’000 Franken. Sie können das nachlesen, ich kann es noch bringen. Jetzt können Sie sich vorstellen, was dieses Land heute, der Park in Reinach, wert ist, über einen zweistelligen Millionenbetrag. Also das war ein super Geschäft für Basel-Stadt, es ist im Finanzvermögen, das kommt heute allen unseren Bürgerinnen und Bürgern zugute, weil sie weniger Steuern bezahlen, weil wir Erträge auf diesem Land haben, das wir im Baurecht abgegeben haben. Das ist eine ganz kleine Geschichte. Und ich möchte Sie nur erinnern, Christoph Merian hat das gleiche System mit dem Dreispitz zum Beispiel gemacht. Aus diesen Erträgen werden heute enorm viele Sozialaufgaben getätigt und ich sage Ihnen, meine Rechnung vom Wohnen, zwei Drittel sind die Kosten des Bodens und wenn der Staat etwas mit dem Boden macht, dann wird es gut.

Ich bitte Sie, diese Motion in einen Anzug umzuwandeln und den Anzug zu überweisen, damit wir ein gutes Resultat haben für Horburg und nachher können wir zusammen schauen, wie wir die Bodenpolitik zusammen entwickeln.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Als weiterer Einzelsprecher hat sich René Brigger gemeldet.

*René Brigger (SP):* Die Bodenpolitik jetzt im Bereich Horburg hat mich doch kurz ans Rednerpult geholt. Ich danke Franz-Xaver Leonhardt auch für die historische Aufarbeitung und die zwei, drei Beispiele, CMS und es gibt diverse andere Beispiele. Basel-Stadt hat ja sehr viel Land erworben und wir profitieren noch davon. Die Bodenpolitik ist bei uns ja im Wandel und der gute Bernoulli würde sich im Grab umdrehen, wenn er das hören müsste, was Michael Hug gesagt hat. Eine Demokratisierung, Vergesellschaftung des Bodens zugunsten des Nutzers sei heute nicht mehr aktuell, weil es zwischenzeitlich bezüglich Raumplanungen, etc. andere Vorschriften gibt. Also das ist natürlich schon sehr bei den Haaren herbeigezogen. Und dann ist auch noch ein grosser Vorteil, wenn der Kanton das Areal übernimmt, der würde das idealerweise wahrscheinlich im Baurecht übergeben und wenn das ein gemeinnütziger Bauträger ist, wäre auch das Gegenargument von Daniel Seiler, das WRFG, der Wohnschutz nicht relevant.

Und die Strategie, die kann man schon ausarbeiten, wir haben diverse Elemente. Wir haben das Programm 1000+, die IBS hat natürlich im Finanzvermögen ca. 2'000 Wohnungen, wir haben viele Areale im Baurecht, das sind eigentliche Goldesel, und zwar mehrfache Goldesel. Erstens mal ist das Land im Eigentum, zum Teil schon länger, da kommen 100 Jahre Baurechtszinse, indexiert steigend und nach 100 Jahren kommt der Heimfall. Da wohnen Leute drin, die zahlen Steuern, die partizipieren und bei einem Baurechtsvertrag kann der Kanton dann auch, es muss kein Gemeinnütziger sein, aber kann

dann auch sagen, was er will. Also zum Beispiel bei Horburg, die Quartierverträglichkeit, etc. kann man da reinschreiben und das wäre eine Möglichkeit.

Der Anzug ist gut, ich meine, eine Kaufpflicht, ich bin auch nicht für Kauf, es ist immer ein Preisschild. Wobei in den letzten Jahren hat sich zum Glück der Bodenmarkt ein bisschen beruhigt, es ist eine gute Zeit, Boden zu kaufen. Und wenn wir wirklich langfristig planen wollen, müssten wir strategische Grundstücke als Kanton kaufen. Meines Erachtens das nicht unbedingt selber bebauen und verwalten, das hingegen an Baurechtsnehmerschaften abgeben, die das besser machen können, und der Kanton kann weiter steuern, hat sichere Einnahmen, hat in diverser Hinsicht auch die Bodenrente auf sicher, nicht nur den Baurechtszins, sondern hat dann auch die ständige Bodenpreiserhöhung. Es ist jetzt so eine Beruhigung da, aber in den nächsten Jahrzehnten ist klar, dass der Bodenpreis, der Boden ist ja nicht vermehrbar, etc., es ist ein Zwangskonsum vorhanden, wird steigen, von daher ist gerade ein Stadtkanton meines Erachtens verpflichtet, hier aktiv zu sein.

Und historisch, sage ich, wenn wir es vergleichen mit Zürich, Zürich hat da viel mehr gekauft, auch historisch. Das rote Basel im zweiten Weltkrieg und vorher war da etwas nachlässig. Die Zürcher haben da sehr viel Boden gekauft und das abgegeben, darum hat Zürich ja einen Anteil von nicht gewinnorientierten Wohnungen von gut 25 Prozent. Wir sind bei 12, 13 Prozent. Das gäbe eine riesige soziale Unruhe, wenn ich zu 25 Prozent einen vernünftigen Mietpreis habe. Gut, das Mietpreisniveau ist in Zürich viel höher, aber wir müssen das steuern können und steuern und planerisch wirtschaften können wir nur, wenn wir den Boden haben. Von daher, aber der Anzug ist an sich okay.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Tanja Soland.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Zuerst wird mir vorgeworfen, wir würden die befristeten Stellen nicht auflösen und jetzt wird mir vorgeworfen, wir betreiben Planwirtschaft. Daniel Seiler, ob der Kanton dieses Areal kauft und dort etwas entwickeln will oder ein Privater, das kommt ziemlich aufs Gleiche. Daher hätten wir auch die gleichen Probleme. Herr Messerli hat es gesagt, ich glaube, es ginge Ihnen hier vielmehr darum, was macht man dort genau, was wollen Sie dort planen, das spielt keine Rolle, wer der Eigentümer ist. Der jetzige Eigentümer kann das auch an einen gemeinnützigen Wohnbauträger übergeben, hat die gleichen Möglichkeiten.

Was wir nicht können, ist völlig subventionieren. Wir haben keine rechtliche Grundlage, das zu kaufen und nachher quasi zu verschenken an eine Genossenschaft, wir haben die gleichen Bedingungen wie die Privaten. Daher stellt sich die Frage, wie sinnvoll das wäre und wenn es sinnvoll wäre, würde ich es auch nicht hier mit Ihnen diskutieren. Weil im Gegensatz zu Michael Hug, der mir immer noch nicht glaubt und immer noch das Gefühl hat, wir hätten da beim Clara-Areal irgendwie eine völlig illusorische Summe geboten und alle anderen ausgestochen, nein, das ist nicht so, das können wir auch nicht vom Gesetz her. Wir befinden uns immer in den marktüblichen Preisen.

Der Grund, warum ein Verkäufer uns etwas verkauft oder auch jemand anderem, sind häufig noch andere Bedingungen. Es ist der Preis, es ist die Frage, wie gut waren die Verhandlungen, wie sicher ist der Vertragspartner, manchmal sind es auch Nebenwünsche, die sie haben, also das können wir gerne mal diskutieren. Sie sind ja der Präsident der BRK, wir können dort das gerne einmal etwas ausführen. Und Ihren Gordischen Knoten, ich glaube, den müssen Sie woanders lösen, nicht mit dieser Motion, ich glaube, da wird er nicht aufgelöst.

Daher danke ich Ihnen, wenn Sie diese Motion heute nicht überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Ein Antrag auf Überweisung als Motion wurde nicht gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend Umwandlung in einen Anzug

Damit behandeln wir dieses Geschäft als Anzug weiter und stimmen über die Überweisung ab. Der Regierungsrat und weitere Sprechende haben Nichtüberweisung beantragt.

**Abstimmung**

Ja heisst Überweisung als Anzug, Nein heisst Nichtüberweisung

**Ergebnis der Abstimmung**

**47 Ja, 46 Nein, 2 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004601, 23.10.24 09:51:51]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen**.**

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Geschäft wurde als Anzug überwiesen mit 47 Ja-Stimmen gegen 46 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

## 24. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Einführung von anonymisierten Bewerbungsverfahren in der Verwaltung Basel-Stadt, Schreiben des RR

[23.10.24 09:52:04, 19.5530.03]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Tanja Soland verzichtet auf ein Votum in der ersten Runde. Das Wort geht damit an die Fraktionssprecherin für die SP, Michela Seggiani.

*Michela Seggiani (SP):* Die Fraktion der SP bittet Sie, diesen Anzug stehen zu lassen. In diesem Vorstoss geht es darum, dass die Verwaltung ein Bewerbungsprozedere ausprobiert, bei dem die Bewerbenden ihren Namen und/oder ihr Geschlecht nicht nennen müssen und dadurch auch nicht nach diesen Kriterien ausgesucht werden können. Die Gefahr der positiven wie negativen Beeinflussung durch diese Kategorien könnte dadurch verhindert werden. Welche Kategorien genau anonymisiert werden sollten, ist aber als Vorschlag und demnach offen formuliert. Dass es gemäss Regierungsbeschluss keine eindeutigen Beweise gibt, dass anonymisierte Bewerbungsverfahren dazu führen, dass Angehörige von Minderheiten öfters eingeladen werden zu einem Bewerbungsprozess, kann und darf nicht der Grund sein, das nicht zu tun. Es ist nachweislich so, dass Menschen aufgrund ihres Geschlechtes, ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihres Nachnamens oder wegen weiteren Aspekten nicht die gleichen Chancen erhalten im Stellenbesetzungsverfahren wie Menschen, die sich ausserhalb von diesen Diskriminierungskategorien befinden.

Was offensichtlich immer noch nicht eindeutig wissenschaftlich belegt ist, ist aber eindeutig gelebte Realität. Fragen Sie doch Menschen mit Migrationshintergrund, der aus dem Namen ablesbar ist oder aus der Hautfarbe sichtbar ist, wie es ist. Ja, auch heute noch. Eine Wohnung zu finden, für ein Amt zu kandidieren oder sich für eine Stelle zu bewerben. Da kommen plötzlich Kriterien ins Spiel, die sonst nicht gefragt werden. Im Bericht wird aufgezählt, was die Verwaltung schon alles macht, vor allem für die Frauenförderung, aber auch für weitere Chancengleichheit und die Diversity. Das ist toll. Vielen Dank.

Das reicht aber nicht. Warum kann die wohlhabende Stadt Basel nicht mit gutem Beispiel vorangehen und ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren ausprobieren? Als Pilot? Ich weiss, so ein Modul gibt es nicht, dann machen wir doch eines, lassen Sie uns doch innovativ sein. Wenn wir das gut machen, dann können das nachher alle anderen Kantone bei uns abschauen und auch so machen. Das wäre doch toll und es kann sogar über die Landesgrenzen hinaus ein Signal sein.

Deshalb möchte ich Sie bitten und das hiermit auch beantragen, den Anzug wiederholt stehen zu lassen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für das GAB spricht Jo Vergeat.

*Jo Vergeat (GAB):* Wissen, dass es einen Unterschied macht, ob Lisa Gerber oder Amala Kumari sich für eine Stelle bewerben. Verschiedene Studien, darunter eine der Universität Neuenburg und eine der ETH Zürich, haben gezeigt, dass Personen mit Migrationshintergrund trotz identischer Qualifikation deutlich benachteiligt werden. So sinkt nämlich die Wahrscheinlichkeit, zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen zu werden, allein aufgrund des Namens um bis zu 40 Prozent. Ebenso zeigt die ETH-Studie, dass Bewerbende mit ausländischen Namen auf Schweizer Jobportalen bis zu fünf

Mal seltener kontaktiert werden. Ich finde, diese Ergebnisse verdeutlichen doch klar, dass hier ein struktureller Nachteil besteht.

Der Kanton Basel-Stadt kann mit einem Pilot zu anonymisierten Bewerbungsverfahren eine Vorbildrolle erfüllen und hat vielleicht auch die Möglichkeit, das zu testen, wonach andere Unternehmen oder kleinere diese Ressourcen nicht haben, und somit dazu beitragen, dass fairere und diskriminierungsfreiere Personalentscheidungen getroffen werden. Diese anonymisierten Bewerbungsverfahren können ein starkes Zeichen gegen diese unbewussten Vorteile und Diskriminierungen setzen und das hätte wohl sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor eine Signalwirkung.

Die Regierung verweist auf Studien, die die Wirksamkeit anonymisierter Bewerbungsverfahren nicht eindeutig belegen, weil es vor allem auch im zweiten Teil der Bewerbungsverfahren, also nach den Vorstellungsgesprächen, zu unbewusster Diskriminierung kommt. Aber ich glaube, wir wissen alle, wie wichtig es ist, einmal diese erste Hürde überspringen zu dürfen und in einem Vorstellungsgespräch ankommen zu können und sich da verkaufen zu dürfen. Ich glaube, wir hätten hier die Chance, das einmal zu testen und somit auch diese erste Hürde für die Personen zu nehmen.

Die Regierung argumentiert auch, dass die technische Umsetzung schwierig sei und anonymisierte Verfahren eben nicht immer dieses gewünschte Ergebnis erfüllen. Dennoch gibt es bereits zahlreiche positive Erfahrungen aus anderen Ländern und Institutionen. Als ich vor zehn Jahren in Kanada mein Praktikum bei einem staatlichen Betrieb machte und mein CV geschickt habe, dann haben sie mir den mit ganz vielen Ausrufezeichen zurückgeschickt. Nein, das geht so nicht, da steht ja viel zu viel drin, das muss alles raus, das muss alles raus, es geht nur darum, was du für einen Schulabschluss gemacht hast und so. Es war sehr spannend für mich, ich musste den ganzen CV nochmal komplett überarbeiten, weil das da einfach schon seit zehn Jahren Standard ist.

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir uns bewusst sind, dass diese Anonymität in dieser ersten Bewerbung keine vollständige Lösung für das Problem ist. Wir dürfen uns nichts vormachen, unsere Diskriminierungsmuster sind tief in unserer aller Gedanken verwurzelt und auch mit einem anonymisierten Bewerbungsverfahren müssen wir weiter daran arbeiten, diese Muster zu erkennen und aufzubrechen. Aber ich glaube, wichtig ist es, dass diese Vorurteile in späteren Phasen des Bewerbungsprozesses wie auch dann bei einer Anstellung weiterhin reflektiert und hinterfragt werden.

Die Fraktion GAB sieht in diesen anonymisierten Bewerbungsverfahren also ein wichtiges Instrument, um unbewusste Diskriminierung zu reduzieren und Chancengleichheit zu fördern. Wir bitten Sie, den Anzug von Michela Seggiani nicht abzuschreiben, sondern stehen zu lassen und das anonymisierte Bewerbungsverfahren als Pilotprojekt zu testen und auf seine Wirksamkeit zu prüfen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SVP spricht Lorenz Amiet.

*Lorenz Amiet (SVP):* Falls für die Arbeitsleistung unwürdige Faktoren wie Aussehen, Ethnie, Geschlecht, Namen, Alter, usw. einen Einfluss haben sollten darauf, wen der Kanton anstellt, dann ist das ein Arbeitgeberproblem und diesem Arbeitgeberproblem ist in der Tat mit Nulltoleranz zu begegnen. Die Regierung schreibt nachvollziehbarerweise in ihrem Bericht, dass sie diese Nulltoleranz auch einsetzt. (Ja, hoffentlich auch). Ich bin überzeugt, dass der Kanton als verantwortungsbewusster Arbeitgeber diese Nulltoleranz auch durchzieht und überall anwendet. Dass der Kanton, dass die Anstellenden des Kantons die Besten wählen, in Zeiten das Fachkräftemangels ohnehin.

Falls jetzt im Kanton trotz dieser Nulltoleranz aus unwürdigen Gründen die Falschen angestellt werden sollten, dann ist das ein Arbeitgeberproblem, das arbeitgeberseitig zu lösen ist und nicht arbeitnehmerseitig. Sei es durch Fortbildung im Minimum, sei es disziplinarisches Maximum. Es soll nicht auf der Arbeitnehmerseite gelöst werden, indem man verlangt, dass der Arbeitnehmer seine Identität verschleiern muss. Wenn also dieser Anzug etwas bekämpft, dann nicht, dass der Kanton nach falschen Kriterien anstellt, sondern die Selbstverständlichkeit einer diversen Gesellschaft.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diesen Anzug abzuschreiben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Als Einzelsprecher hat sich Daniel Seiler gemeldet.

*Daniel Seiler (FDP):* Ich habe da irgendwie wieder falsch gedrückt heute Morgen, aber ich spreche schon für meine Partei. Es gibt eigentlich nicht mehr viel anzufügen, was der Kollege vorhin schon gesagt hat, vor allem im heutigen Kontext vom Fachkräftemangel. Jeder, der sich mit dieser Thematik doch beschäftigt und Leute anstellt, weiss doch ganz genau, dass er heute diese Dossiers sehr sorgfältig und mit gewisser Toleranz und mit all dem, was damit zusammenhängt, anschauen muss. Wir brauchen da wirklich jetzt nicht noch eine zusätzliche Lösung, vor allem auch, wenn alle sagen, es funktioniert so nicht, SAP funktioniert nicht, die Regierung sagt, wir brauchen das nicht, wir haben schon genug, sollen wir jetzt wieder eine einzelne Lösung hier in Basel machen. Ich glaube, wir brauchen das wirklich nicht.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an Tanja Soland.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Ich glaube schon, dass wir Vorteile haben und dass sich diese auch auswirken in einem Rekrutierungsprozess. Ich glaube, das kann man nicht ganz wegreden. Und klar haben wir eine Nulltoleranz bei der Frage um die Diskriminierung, aber selbstverständlich hat man es in der Hand, wenn man die Namen sieht oder das Aussehen, ja, das ist so, ich glaube, da führt irgendwie aus meiner Sicht kein Weg daran vorbei und es wäre falsch, das zu leugnen.

Aber ich glaube, wir sind hier auf einem falschen Weg. Ich versuche sogar umgekehrt mir immer die Frauen herauszusuchen. Ich mache das sehr bewusst, ich schaue, wer hat einen speziellen CV, das könnte ich dann nicht mehr machen, das wäre dann schwierig. Ich habe beim Bankrat eine Frauenmehrheit, das war mir nicht mal bewusst. Ich habe die erste Direktorin einer Gebäudeversicherung besetzt, das war mir auch nicht bewusst, das sind alles Männer. Aber ich sage Ihnen, wo der schlimmste Punkt ist und das, finde ich, ist im Gespräch. Und ich weiss nicht, ich finde es sympathisch, wenn jemand kommt und ehrlich und offen ist und das sind häufig die Frauen, die stellen ihr Licht etwa zehn Prozent unter den Schemmel, bei den Männern ist das eher 10 Prozent höher. Das wirkt gut, die können alles. Ich habe viele Männer im Bewerbungsgespräch, die können alles ohne Probleme und die Frauen, ja, da habe ich Mühe und da. Ich finde das gut, ich lege darauf Wert, aber ich glaube, dass es ein Nachteil ist und dieser Nachteil werden Sie mit keinem anonymisierten Bewerbungsverfahren ausgleichen können. Daher bin ich grundsätzlich skeptisch.

Und dann bin ich jetzt ganz ehrlich zu Ihnen. Sie können den Anzug stehen lassen, ich werde es nicht machen. Wenn Sie wollen, dass wir so viel mehr Geld ausgeben, dann müssen Sie eine Motion machen. Das wäre jetzt ein typischer Fall für eine Motion. Wenn Sie mich zwingen wollen, mehr Geld auszugeben mit wenig Erfolg, machen Sie eine Motion. Aber wenn Sie den jetzt stehen lassen, es tut mir leid, wir haben es abgeklärt, wir ergreifen andere Massnahmen. Das Tool wird angeschafft, wir warten ja schon lange darauf, dass wir hier vorwärtsmachen. Da reicht jetzt der Anzug nicht.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir zur Abstimmung.

**Abstimmung**

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Michela Seggiani

**Ergebnis der Abstimmung**

**39 Ja, 52 Nein, 1 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004603, 23.10.24 10:05:49]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Anzug wird stehen gelassen gemäss Antrag Michela Seggiani mit 52 Nein-Stimmen gegen 39 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

## 25. Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend Angebot sicherstellen und Qualitätssicherung für Seelsorge in Gefängnissen, Spitälern und Asylunterkünften für Angehörige nicht anerkannter Religionen, Schreiben des RR

[23.10.24 10:06:03, 19.5090.03]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünschen Sie das Wort, Tanja Soland? Sie haben es.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Das ist ein eher schwieriges Geschäft, wir haben das lange diskutiert. Sie sehen auch, wir haben nachher eine Studie gemacht. Dass wir die Seelsorge in Gefängnissen, Spitälern ausweiten, dass wir dort besser werden, das war keine Diskussion. Das werden wir machen, das sehen Sie auch. Wir werden auch den alten Vertrag, wir werden jetzt da richtige Staatsbeiträge machen, das werden wir einführen.

Was wirklich schwierig ist, ist die Frage, was wir machen für Angehörige nicht anerkannter Religionen. Und ich muss Ihnen sagen, wir haben ein Anknüpfungspunkt gesucht und ich glaube, was wirklich toll ist, wir haben hier die kleine Anerkennung im Kanton Basel-Stadt, ein Verfahren, wo jede Gemeinschaft ein Antrag stellen kann und dann erhält sie die kleine Anerkennung. Und das erscheint mir wirklich ein guter Anknüpfungspunkt. Wenn wir das gemacht haben, wenn wir eine gewisse Transparenz geschafft haben, das Finanzdepartement führt dann Gespräche, wir sehen die Rechnung, wir können die Statuten auch genehmigen, also das führt zu einer gewissen Transparenz und da macht es auch Sinn, dass diese Religionen auch einen Staatsbeitrag mit uns machen können. Das sind jetzt schon einige, für die das möglich wäre.

Aber ohne das, und wir reden jetzt vor allem von den muslimischen Gemeinschaften, dass der Kanton einen Imam beschäftigt, also ich muss Ihnen sagen, wenn Sie das von mir verlangen, ich sehe das nicht. Wer kontrolliert das, wer hat einen Einblick, wir können das nicht. Und dass eine andere Gemeinschaft das macht, wenn sie bereit ist, können wir gerne darüber reden, ich glaube das nicht. Und dass die Moslems die Möglichkeit haben, auch welche Gemeinschaft auch immer, auch die kleine Anerkennung zu verlangen, das scheint mir auch sinnvoll. Ich kenne das Problem, wir alle kennen das Problem in den Gefängnissen, den Spitälern, dass es dort sinnvoll wäre, Imame zu haben, die aber auch einer gewissen Kontrolle unterstehen. Wir können nicht einfach irgendjemanden, der im luftleeren Raum ist, ich glaube, das geht einfach nicht und wir als Staat können das nicht selbst machen. Daher sind wir, und ich finde es einen guten Weg, jetzt daran, die Gespräche zu führen, die Staatsbeiträge mit den Gemeinschaften. Da können auch die Aleviten kommen, alle, die die kleine Anerkennung haben.

Ich finde, das ist sinnvoll, ich habe keinen Anknüpfungspunkt gefunden und ich bin nicht bereit, diese Verantwortung zu tragen. Ich glaube, das können wir auch nicht als Staat, das muss eine Organisation machen, die dafür einstehen kann. Ich glaube, das macht dann auch wirklich Sinn und soweit ich jetzt höre, ist das wirklich auch in Diskussion. Das würde mich dann sehr freuen, wenn wir dann so ein Gesuch erhalten würden, dann könnten wir das anschauen.

Daher bitte ich Sie, den Anzug abzuschreiben, wobei ich sagen muss, dass wir das jetzt bereits schon angefangen haben mit den Staatsbeiträgen. Die werden dann je nach Betrag auch in den Grossen Rat kommen und dass wir dort die Ausweitung haben auch bei den Spitälern, auch bei den Privaten, ich glaube, das wird jetzt auch dank dieses Anzugs auf eine bessere Grundlage gestellt.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für das GAB spricht Raffaela Hanauer.

*Raffaela Hanauer (GAB):* Der Auftrag des Anzugs zur Sicherstellung und Qualitätssicherung von Seelsorge in Gefängnissen, Spitälern und Asylunterkünften für Angehörige nicht anerkannter Religionen ist in unseren Augen noch nicht abschliessend erfüllt und wir beantragen daher Stehenlassen.

Die in Auftrag gegebene Studie finden wir sehr spannend, auch sehr aufschlussreich, gut durchgeführt und wir sehen den darin erkannten Handlungsbedarf noch nicht ausreichend angegangen. Es gibt beispielsweise einen ungedeckten Bedarf in Gefängnissen. Die Gefängnis-Seelsorge deckt derzeit nicht den gesamten Bedarf ab. Eine Ausweitung der Seelsorge dort auf nicht anerkannte Religionsgemeinschaften wird empfohlen. Die Studie hebt auch hervor, dass eine bessere sprachliche Abdeckung notwendig ist, um den Bedürfnissen von Gefangenen, aber auch von Patient*innen gerecht zu werden und auch dort sind die sprachlichen Verfügbarkeiten nicht ausreichend auf das Klientel abgestimmt. Es wird auch empfohlen, das bestehende Seelsorgeangebot stärker auf interreligiöse Aspekte zu fokussieren. Auch da gibt es noch weitere Potenziale. Die Studie schlägt auch strukturelle Qualitätssicherungen vor, die in anderer Weise vielleicht umgesetzt werden könnten und auch in Asylunterkünften gibt es nach wie vor einen grossen Handlungsbedarf.

Wir finden, man könnte durchaus einiges verbessern. Wir sehen auch, wir anerkennen, dass gewisse Sachen gemacht wurden, aber wir sehen höheres Potenzial und einen grossen Bedarf und wir finden, die Studie hat wirklich gute Anhaltspunkte gegeben, wo man handeln könnte, und daher beantragen wir Stehenlassen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SP spricht Barbara Heer.

*Barbara Heer (SP):* Ich bedanke mich zuerst auch bei Regierungsrätin Tanja Soland für die doch ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Anliegen, dieser Bedarfsanalyse, die durchgeführt wurde. Das ist aufwendig und zeigt aber wirklich auch sehr eindrücklich die Lücken auf und wie gewisser Bedarf im Bereich der Seelsorge, auch gerade im Bereich der nicht-christlichen Seelsorge im Kanton heute nicht abgedeckt ist. Ich beantrage Ihnen aber ebenfalls, stehen zu lassen. Das Anliegen ist bei weitem noch nicht umgesetzt und wir würden sehr gerne in zwei Jahren hier einfach in dieser Gesamtschau hören, wie das jetzt weitergegangen ist, wie diese Verhandlungen für die neuen Staatsbeiträge wirklich dazu beitragen, diesen Bedarf auch tatsächlich abzudecken.

Da haben wir nämlich grössere Bedenken, der Weg, den die Regierung hier einschlägt, ist sehr stark in den bestehenden Strukturen, also wie der Kanton im Moment strukturell die Religionsvielfalt angeht, und da möchten wir wirklich eine Justierung. Die kleine Anerkennung ist natürlich sehr wichtig, das zeichnet den Kanton Basel-Stadt in dem Sinne aus, dass wir das machen, aber es ist ein Stück weit auch unrealistisch bei der grossen Religionsvielfalt und bei den verschiedenen Organisationsformen zu sagen, Seelsorge können diese erst durch Staatsgelder finanziert leisten, wenn sie den Weg der kleinen Anerkennung gegangen sind. Die Religionsvielfalt entspricht nicht diesen heute staatlichen Strukturen und es hat dann auch ein bisschen den Touch, als würde man dann die Seelsorge so ein bisschen auch als Steuerungsinstrument nutzen im Sinne von, wenn ihr Seelsorge möchtet, müsst ihr euch zuerst anerkennen lassen.

Die Frage ist hier ganz grundsätzlich, müssen sich die Organisationen den staatlichen Strukturen anpassen oder müssen nicht die staatlichen Strukturen hier so stimmen, dass die gesellschaftlichen Bedürfnisse tatsächlich abgedeckt sind. Ganz konkret heisst das aus unserer Sicht, dass bei diesen Verhandlungen mit den öffentlich-rechtlichen anerkannten Gemeinschaften entweder in diesen Beiträgen, diese so formuliert sind, dass wirklich der Bedarf grundsätzlich abgedeckt sein kann. Also dass nicht in den Verträgen einfach steht, sie müssen den Bedarf halt zum Beispiel bei der katholischen Bevölkerung abdecken, sondern dass die Öffentlich-rechtlichen Konzepte darlegen müssen, die systematisch aufzeigen, dass auch die Bedürfnisse zum Beispiel von muslimischen Gefangenen in den Gefängnissen, die arabisch sprechen, wirklich auch professionell abgedeckt sind. Und ja, aus meiner Sicht gehört es auch dazu, dass wenn Öffentlich-rechtliche das machen würden, sie dann zum Beispiel auch muslimische Seelsorgende anstellen würden.

Die zweite Option, die ich sehe, und das ist eigentlich auch das, was dieser Anzug fordert, ist, dass eine neue professionelle Dachstruktur geschaffen wird, die eigentlich nicht mehr gebunden ist an die Religionsgemeinschaften, sondern die eine Leitung hat zusammengesetzt aus verschiedenen Professionen der Seelsorge. Die klassische ist natürlich die Theologie, es gibt aber auch immer mehr Weiterbildungen auch in der muslimischen Seelsorge, also wir haben hier professionelle Standards. Es ist wirklich möglich, dass so ein Vorstand von einer Dachorganisation nachher Qualitätssicherungsstandards gemeinsam definieren kann, die stimmen für verschiedene Religionsgemeinschaften und dann diese Dachorganisation genau diese Verantwortung dann professionell übernehmen kann.

Ich sehe den Punkt, dass es nicht Aufgabe vom Staat ist, hier diese fachliche Verantwortung für die Seelsorge zu übernehmen, aber ich sehe nicht den Punkt, dass es eben nur anerkannte Religionsgemeinschaften sein sollen, sondern es gibt wirklich diese Entwicklung in der Seelsorge hin zu einer interreligiösen oder überreligiösen Seelsorge, wo es klare professionelle Standards gibt und auch eine professionelle Dachorganisation denkbar ist. Mein Appell ist, wenn jetzt solche Dynamiken unter den Religionsgemeinschaften entstehen, dass sie Vorschläge beginnen zu machen, sich zusammenzuschliessen, dass die Regierung hier sehr offen ist gegenüber diesen Formen und zum Beispiel dann auch bereit wäre zu sagen, wir schliessen dann auch mit so einer Dachorganisation einen Staatsbeitrag ab und nicht nur mit den Öffentlich-rechtlichen.

Hier möchte ich auch noch kurz sagen, der Anzug löst immer auch gewisse Ängste aus, das ist klar. Um es einfach nochmal zu sagen, es geht nicht darum zu sagen, dass die christliche Seelsorge, wie sie heute geleistet ist, dass diese nicht gut ist, das ist ein sehr gutes Angebot. Das zeigt die Bedarfsanalyse auch, ein grosser Teil vom Bedarf kann abgedeckt werden und so ist es auch richtig und wichtig, dass diese Verträge mit den öffentlich-rechtlichen Kirchen angepasst und aktualisiert werden.

Ich denke, das war es von meiner Sicht, deshalb beantrage ich Ihnen Stehenlassen und bedanke mich auch, dass die Regierung das Anliegen weiter ernst nimmt und ermutigt, das Stehenlassen des Anzuges zu nutzen und dann mit einer Gesamtschau zu berichten und wirklich aufzuzeigen, wie jetzt neue Verträge diesen Bedarf, der klar nachgewiesen ist, jetzt auch gedeckt werden kann.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die Mitte/EVP spricht Thomas Widmer-Huber.

*Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP):* Die Seelsorge in den öffentlichen Spitälern und Gefängnissen ist gut etabliert. Die vier öffentlich-rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften bieten Gespräche und geistliche Begleitung an und dieses Angebot besteht nicht nur für die Angehörigen der jeweiligen Konfession. Wie ich von verschiedenen Seiten gehört habe, nehmen darüber hinaus auch Angehörige von anderen Religionsgemeinschaften das Gesprächsangebot wahr. Die Seelsorgerin oder

der Seelsorger hat zuerst einmal ein offenes Ohr und steht Menschen zur Seite unabhängig von der Religion oder Konfession. Das erlebe ich auch persönlich als Seelsorger in der psychiatrischen Klinik Sonnenhalde, dem Privatspital in Riehen, und bei Bedarf ziehe auch ich Seelsorgerinnen und Seelsorger anderer Sprachen, Konfessionen oder Religionsgemeinschaften bei.

Ich begrüsse es, dass die Seelsorge künftig nicht nur in den öffentlichen Spitälern mitfinanziert wird, sondern neu auch in Privatspitälern. Es ist endlich Zeit für eine Gleichbehandlung. Es geht wie bei den öffentlichen Spitälern um einen Beitrag an die Seelsorgetätigkeit der öffentlich-rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften, den anderen Teil übernehmen die Religionsgemeinschaften wie bisher. Es wird nur ein Teil jetzt vom Kanton mitfinanziert. Es stellt sich schon die Frage, was Ihnen jetzt auch Barbara Heer ausgeführt hat oder auch von anderer Seite gehört wurde, was macht Sinn. Mir leuchtet das ein, was Tanja Soland eben auch gesagt hat, dass der Kanton jetzt einen Imam finanziell unterstützt, kann ich mir ebenfalls nicht vorstellen. Wir haben einen Weg über die kleine Anerkennung, die Religionsgemeinschaften können eine kleine Anerkennung beantragen und sich um finanzielle Unterstützung bewerben.

Ich bitte Sie, diesen Anzug abzuschreiben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die FDP spricht David Jenny.

*David Jenny (FDP):* Wir haben auf dem «Chrüzlistich» Stehenlassen. Nach gründlicher Anhörung von Frau Regierungsrätin Tanja Soland habe ich mich zumindest persönlich entschieden, auch hier abzuschreiben. Ich glaube, das Thema wird ernst genommen im Finanzdepartement als Kirchendepartement und daher glaube ich, wäre das Stehenlassen jetzt wirklich eine unnötige Beübung der Frau Kirchendirektorin. Sie hat heute ja schon so viel Unbill erfahren durch die Überweisung ungeliebter Anzüge, daher schlägt mein Herz heute nicht für meine Kommissionspräsidentin, sondern die Kirchendirektorin und ich bitte Sie, abzuschreiben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort nochmals an Tanja Soland.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Ich bin nicht überzeugt, dass die Mitglieder des Grossen Rates Herr David Jenny folgen werden. Ich habe aber Raffaela Hanauer verstanden, dass wenn der Anzug stehen gelassen wird, es ist klar, Sie haben die Staatsbeiträge nicht gesehen, viele Themen werden dort in den Verträgen noch ausgeführt selbstverständlich. Das ist so, das wird jetzt ein Thema werden, das ist mir auch sehr wichtig, ich habe einen sehr guten Kontakt mit den diversen Kirchen und anderen Gemeinschaften, aber ich bin auch klar der Meinung, ja, die Religionsgemeinschaften haben sich dem Staat anzupassen. Da muss ich Ihnen sagen, nein, wir sind, glaube ich, nicht mehr in der Zeit, wo die Religionsgemeinschaften über dem Staat stehen. Wir haben eine gute Verzahnung, aber ja, da müssen sie sich halt ein wenig anpassen. Das haben bisher auch sehr viele geschafft, sehr gut und ich glaube, diese Zusammenarbeit ist wichtig. Und die kleine Anerkennung ist also eine wirklich kleine Hürde und sie steht für Transparenz und Zusammenarbeit und ich glaube, das kann man jeder Gemeinschaft zumuten.

Daher, wenn Sie jetzt nicht Herr David Jenny, seinem sehr guten Votum folgen und trotzdem stehen lassen wollen, nehme ich das so mit, dass wir das dann auch wieder diskutieren, wenn die Verträge vorliegen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

**Abstimmung**

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Raffaela Hanauer

**Ergebnis der Abstimmung**

**41 Ja, 52 Nein, 0 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004606, 23.10.24 10:24:29]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir haben 52 Nein-Stimmen gegen 41 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung. Damit wird der Anzug stehen gelassen.

## 26. Anzug Laurin Hoppler und Konsorten betreffend Entlastung bei amtlichen Gebühren für Registerauszüge und offizielle Dokumente, Schreiben des RR

[23.10.24 10:24:40, 22.5088.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Es hat sich Christine Keller als Einzelsprecherin gemeldet.

*Christine Keller (SP):* Namens der Fraktion auch möchte ich Sie doch bitten, diesen Anzug stehen zu lassen. Die Antwort ist recht kurz. Es wird meiner Meinung nach auf das eigentliche Anliegen, Menschen in besonderen Situationen wie etwa auf Stellensuche, auf Wohnungssuche oder eben junge Menschen in Ausbildung, die wirklich viele dieser Auszüge innert kurzer Zeit immer wieder aktualisiert nachfordern müssen, unter Umständen gezielt zu entlasten. Hier wäre zum Beispiel wirklich denkbar die Lösung einer Kontingentierung, die nicht zu grossem Aufwand führen würde. Dass man nicht Bedingungen mit zu erfüllenden Einkommensgrenzen, usw. für jede einzelne Gebühr einführen will, leuchtet mir ja ein, aber eine Kontingentierung könnte eine praktikable Sache sein, ein Mengenrabatt oder eine Anzahl von solchen Auszügen, die noch kostenlos ausgestellt werden könnte. Es wird auf das Erlassgesuch hingewiesen, aber auch das verursacht ja einigen Aufwand.

Der Regierungsrat äussert ja selbst, dass er an sich Verständnis für das Anliegen hat, ich meine, es hätte es verdient, dass man es nochmals etwas gründlicher prüft und bitte Sie daher, den Anzug von Laurin Hoppler stehen zu lassen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der genannte ist der nächste Einzelsprecher, Laurin Hoppler.

*Laurin Hoppler (GAB):* Ich bin ein bisschen enttäuscht über die Antwort des Regierungsrats auf meinen Anzug. Ich finde, das Grundanliegen, junge Menschen zu entlasten, ist nicht wirklich angegangen worden. Es wird zwar gesagt, dass man das Problem anerkennt, aber wirklich vertieft finde ich oder lese ich aus der Antwort nicht wirklich eine Befassung damit. Ich denke, ich muss nicht mehr viel dazu sagen, ich habe schon bei der letzten Behandlung das Problem erklärt. Das Problem ist und bleibt so.

Ich möchte vielleicht noch kurz auf den Punkt, den ich eigentlich noch wichtig finde, eingehen, was die Digitalisierung angeht. Die Regierung verweist auf den Digitalisierungsprozess und ich erhoffe mir daraus eigentlich, dass sich die Situation dadurch verbessert. Ich erhoffe auch, dass sich die Kosten minimieren bzw. dass auch vielleicht die Kosten sogar ganz abgeschafft werden, gerade weil es durch die Digitalisierung vermutlich automatisierte Prozesse sein werden. Ich möchte einfach nochmal sagen, dass diese Gebühren, auch wenn sie als moderat eingeschätzt werden, selbst moderate Gebühren sind für junge Menschen eine zusätzliche Hürde und Belastung und auch für Menschen mit weniger Mittel.

Zusammengefasst bleibt mir wirklich der Eindruck, dass die Bedürfnisse der jungen Menschen da nicht ganz ausreichend berücksichtigt wurden und das finde ich schade. Ich bin froh, dass die SP und die SVP das auch so sieht und deshalb beantrage ich Ihnen hier, diesen Anzug nochmals stehen zu lassen und dass sich die Regierung diesbezüglich nochmals damit befasst und auch wirklich im Zusammenhang mit der Digitalisierung diesen Anzug nochmals anschaut.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Wort hat für den Regierungsrat Tanja Soland.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Ich glaube nicht, dass wir über die Gebühren Sozialpolitik machen können und wenn Sie uns vorwerfen, wir hätten kein Gehör für junge Menschen oder Menschen, die nicht viel Geld haben, dann weise ich das

zurück. Wir machen das an anderer Stelle. Ich glaube, Sie haben auch ein verbilligtes U-Abo für mehrere Millionen gesprochen für junge Menschen, es gibt Möglichkeiten, Stipendien zu beziehen, x Möglichkeiten im sozialen Basel. Ich glaube, dort ist der richtige Ansatz. Über die Gebühren, ein Massengeschäft, wo alle über den gleichen Kamm geschoren werden, ist es einfach vollkommen unverhältnismässig, einen Teil, eine Gruppe auszunehmen. Dann schafft man es ehrlich gesagt lieber ab, weil der Aufwand wahrscheinlich um ein Vielfaches höher ist. Wir verlangen eine gewisse Gebühr, das hat auch einen Sinn, dass man einfach vielleicht etwas aufpasst, wie man mit den Dokumenten umgeht, dass man vielleicht das auch nicht trölerisch verlangt, usw. Die Gebühr ist ja meistens tief und wir versuchen über die Digitalisierung das günstiger zu machen. Das ist wirklich ein Anliegen.

Daher bitte ich Sie, ich bin heute nicht so erfolgreich, ich weiss, es ist irgendwie nicht mein Tag, ich bitte Sie trotzdem, es abzuschreiben. Und es tut mir leid, Laurin Hoppler, wir haben wirklich ein Ohr für junge Menschen, aber hier wäre der Aufwand einfach unverhältnismässig. Ich versuche es jetzt nochmal, daher bitte ich Sie abzuschreiben, vielleicht auch die SVP, die ja nicht gerne ein Stellenwachstum möchte im Kanton, sonst brauchen wir wieder zehn Stellen, die dann das überprüfen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

**Abstimmung**

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Christine Keller.

**Ergebnis der Abstimmung**

**41 Ja, 48 Nein, 2 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004608, 23.10.24 10:32:17]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Auch dieser Anzug wird stehen gelassen mit 48 Nein-Stimmen gegen 41 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

## 27. Motion Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Rückvergütungen von kantonalen Überschüssen an die steuerzahlenden Privatpersonen, Stellungnahme des RR

[23.10.24 10:32:25, 24.5056.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Damit sind wir bei den Fraktionsvoten und Niggi Daniel Rechsteiner macht den Anfang für die GLP.

*Niggi Daniel Rechsteiner (GLP):* Aufgrund der hohen Überschüsse der Staatskasse in den vergangenen Jahren sind verschiedene Bestrebungen im Gange, um das Gleichgewicht zu optimieren. Dies ist durchaus legitim, wenn die tatsächlichen Überschüsse dem zehnfachen derer im Budget entsprechen. Auch die Regierung scheint die Rückvergütung von kantonalen Überschüssen an steuerzahlende Personen als vielversprechenden Ansatz zu erachten, insbesondere da dies für die Bürger*innen einen spürbaren Effekt hat. Es ist auch erfreulich, dass der Regierungsrat den Vorschlag der Motion vertieft prüfen möchte und dabei auch andere Vorstösse im Kontext miteinbezieht. Somit ist die weitere Behandlung des Anliegens gewährleistet.

Die vorliegende Motion ist ausgewogen und verlangt Ausschüttungen bzw. Rückvergütungen unter klar definierten Vorgaben und insbesondere nur dann, wenn auch der Schuldenabbau gesichert ist. Dies ist grundsätzlich ein sinnvolles Anliegen, da es schwierig zu vertreten wäre, dass hohe Überschüsse erreicht werden und dabei die Steuerbelastung zum Beispiel beim Mittelstand nach wie vor hoch ist. Wie bei der Erstüberweisung wollen wir darauf hinweisen, dass der Schuldenabbau ebenso zentral ist wie eine Rückvergütung und in diesem Sinne aber ein höherer Sockelbeitrag für den Abbau der Bruttoschulden geprüft und auch eine Lösung für juristische Personen geprüft werden soll.

Unseres Erachtens ist die vom Regierungsrat genannte konservative Ausgestaltung der Motion ein positiver Aspekt. Der zeigt, dass mögliche Massnahmen in einem nachhaltigen Kontext gefordert werden. Die Bedingungen sollen geprüft werden, sind aber im Motionstext schon genügend definiert. Diese können selbstverständlich noch weiter überprüft und weiter differenziert werden. Hierbei sei noch darauf hingewiesen, dass die Rückzahlungen jeweils nicht durch einen Grossratsbeschluss legitimiert werden sollen, sondern automatisch umgesetzt werden.

Der Regierungsrat empfiehlt die Überweisung als Anzug, um die Fragestellungen gründlich zu erörtern und eine ausgewogene Lösung zu erarbeiten. Er möchte alle Optionen prüfen und keine Möglichkeit ausschliessen. Diese Gründe sind nachvollziehbar, aber die GLP-Fraktion ist der Ansicht, dass dies auch mit der Überweisung als Motion gewährleistet werden kann. Aus diesem Grund empfehlen wir die Überweisungen als Motion.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für das GAB spricht Oliver Bolliger.

*Oliver Bolliger (GAB):* Wie Sie dem «Chrüzlistich» entnehmen können, lehnen wir als Grün-Alternatives Bündnis auch die Zweitüberweisung des Vorstosses von Christian Moesch ab. Bei der Eventualabstimmung zwischen Motion oder Anzug, und ich habe eigentlich gerne Motionen, das kann ich Ihnen sagen, entscheiden wir uns logischerweise für eine Überweisung als Anzug. Denn die Regierung zeigt klar auf, dass ein Anzug die bessere Variante wäre, um diverse Fragestellungen vertiefter zu prüfen und vor allem auf die verschiedenen Optionen und Begehren, die jetzt auch schon bestehen, besser aufeinander abzustimmen.

Die Regierung hätte aus unserer Sicht viel deutlicher zum Ausdruck bringen müssen, dass eine solche Rückvergütung von Überschüssen die zukünftigen Steuereinnahmen des Kantons stark reduzieren wird und somit sich negativ auf die Bereitstellung von sozialer Infrastruktur in der nahen Zukunft auswirken wird. Dies wird mit kaum oder mit keinem Wort erwähnt, als ob eine Rückvergütung sozusagen kostenneutral zu haben wäre.

Wahrscheinlich nützt es nichts, aber falls es helfen würde, den Vorstoss als Anzug zu überweisen, bin ich überzeugt, dass auch unsere Fraktion grossmehrheitlich einem Anzug trotz grundsätzlicher Vorbehalte schlussendlich zustimmen würde. Ein solcher Kompromiss würde einem überlegten Vorgehen bei der Gestaltung und der Verwendung von Steuereinnahmen dienen. Dies sollte ja schliesslich auch im Sinne von der bürgerlichen Seite des Parlaments sein.

Unsere grundsätzliche Kritik an der Rückvergütung von finanziellen Überschüssen an die steuerzahlenden Privatpersonen haben wir bereits bei der Erstbehandlung zum Ausdruck. Ich verzichte darauf, nochmals alle Argumente von damals zu wiederholen. Unsere Hauptkritik aber, dass bei der Umsetzung dieser Motion nur diejenigen Menschen dieser Stadt profitieren, welche in der Lage sind, Steuern zu bezahlen, besteht für uns aber weiterhin und genau diesen Punkt finden wir aus einer Gesamtperspektive von mehr Gleichheit in einer Gesellschaft schwierig.

Grundsätzlich können wir das Anliegen des Motionärs nachvollziehen und es ist ihm anzurechnen, dass er gewisse regulierende Bestimmungen eingebaut hat und somit nicht als plumpe Steuersenkungsmotion daherkommt. Aber Fakt bleibt, in den kommenden Jahren kommen riesige gesellschaftliche Aufgaben auf uns alle zu und diese Aufgaben müssen mit Massnahmen eingeleitet werden und diese, meine Damen und Herren, sind nicht gratis zu haben. Wir werden jährlich höhere Millionenbeträge für den Klimaschutz-Aktionsplan, für die Umsetzung der Pflegeinitiative und für die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung, für den Aufbau der notwendigen Infrastruktur in der Bildung, in der sozialen Sicherheit und für das kulturelle Angebot benötigen. Also weshalb sollen wir diese erzielten Überschüsse nicht für die Zukunft verwenden. Denn wenn wir ein solches Vorgehen wählen würden, profitiert die gesamte Bevölkerung, unabhängig, ob die Einzelperson wirtschaftlich in der Lage ist, Steuern zu bezahlen oder nicht. Diese Art von Umverteilung leistet einen wichtigen Beitrag, damit etwas mehr Gerechtigkeit in einer Gesellschaft entstehen kann, die von Jahr zu Jahr ungleicher wird und dies führt auch zu Problemen in einer Demokratie.

Ich frage Sie, geschätzte Grossräte und Grossrätinnen, was ist falsch an einer solchen Vorgehensweise? Keine Einzelperson oder keine Gruppe, die ein Unternehmen oder eine soziale Organisation leitet und über 12 Monate hinausdenken kann und sich verantwortlich für die Zukunft des Unternehmens oder Organisation sieht, käme auf die Idee, den Gewinn einfach wieder zurück zu verteilen, ohne auf die notwendigen Investitionen der Zukunft zu achten.

Ich bitte Sie im Namen des GAB, die Motion nicht zu überweisen bzw. die Motion zumindest als Anzug zu überweisen. Ich beantrage trotzdem, nicht überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SP spricht Nicole Amacher.

*Nicole Amacher (SP):* Wir von der SP-Fraktion, wir werden die Motion nicht als Motion überweisen. Das haben wir schon bei der Erstüberweisung gesagt, dass wir bei einer Zweitüberweisung maximal als Anzug überweisen werden. Aber es sieht ja so aus, als ob es als Motion überwiesen würde, was ich schade finde, vielleicht kann ich und nachher vielleicht auch noch Regierungsrätin Tanja Soland noch einige Leute überzeugen, wie sich ja Herr Jenny heute schon mal überzeugen liess, der Regierung zu folgen.

Sollten wir in Zukunft wieder in die Lage kommen, dass Überschüsse da sind, die dann rückvergütet werden sollen, was künftig eher ein bisschen unwahrscheinlich werden wird, da ja ab 2025 ein Minus prognostiziert ist, und dazu kommt, da Sie ja auch in der letzten Session sehr euphorisch eine Steuersenkungsvorlage überwiesen haben auch als Motion, wo Sie 150 Millionen dann schon wegnehmen würden von diesem Gewinn, wird das eher unwahrscheinlich. Aber kommen wir doch wieder in so eine Situation, dann wäre es wahrscheinlich ungerecht aus unserer Sicht, wenn wir diese Motion so umsetzen würden. Weil es wäre zum grössten Teil ein Steuergeschenk und das möchte ich erklären. Nehmen wir jetzt als Anschauungsbeispiel den Überschuss von 2023 von den 434 Millionen. Wie ist diese zusammengesetzt. Der Anteil der Einkommenssteuern der natürlichen Personen davon entspricht etwa 70,5 Millionen, hingegen der fette Anteil von 351 Millionen aufgrund höherer Unternehmenssteuereinnahmen.

Nun diese Motion will, dass der gesamte Überschuss, also die 20 Prozent, von denen weiss ich, dass das abgezogen werden soll, den steuerzahlenden natürlichen Personen zurückvergütet werden soll. Somit würden nicht «nur» diese 70,5 Millionen, sondern auch diese 351 Millionen nach dem Willen dieser Motion den natürlichen Personen in ihrem Verhältnis zum Steuerauskommen zurückbezahlt. Damit würden diejenigen ungerechtfertigt in unserem Sinn ein Mehrfaches zurückverteilt werden, als ihnen zustehen würden. Das ist aus unserer Sicht ungerecht und eine fragwürdige Umverteilung von Steuergeldern.

Wir finden das falsch und sind nicht dafür. Wenn Rückvergütung stattfinden soll, dann aus unserer Sicht solidarisch und allen zugutekommen muss. Und dies beispielsweise mittels Investition in die Forschung für Medikamente wie Antibiotika und in die Verbesserung der Versorgungssicherheit von Medikamenten, wie es zum Beispiel auch die Initiative Pharma für alle will. Auch in Investitionen in die Bekämpfung der Klimafolgen, was uns in Zukunft noch sehr viel kosten wird und für uns alle und auch die Lebensqualität hier in unserer Stadt sehr wichtig sein wird. Es gibt noch andere Möglichkeiten, wie es ja auch in der Motionsbeantwortung von der Regierung dargestellt wird. Und wenn Rückvergütung in Form von Geld, das ist für uns auch nicht ausgeschlossen, dann möchten wir das auch solidarischer haben, und zwar beispielsweise ähnlich wie als Beispiel beim Stromsparbonus, wie das dort gehandhabt wird, dass alle davon profitieren.

Wir werden also nicht überweisen als Motion und wenn als Motion überwiesen wird, würden wir das ablehnen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die LDP spricht Annina von Falkenstein.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Wir von der Liberaldemokratischen Fraktion haben die Stellungnahme des Regierungsrats sehr positiv zur Kenntnis genommen und finden auch, dass weiterhin daran festgehalten werden sollte, dass diese Überschüsse zum Teil rückvergütet werden, wie das ja hier auch vorgesehen ist. Wir sprechen ja über eine konservativere Methode, als das die Avenir Suisse-Studie vorgesehen hatte.

Gewisse Formulierungen in der Stellungnahme finden wir dennoch etwas überraschend. Da steht zum Beispiel: Die Ermöglichung direkt spürbarer Bürgerbeteiligung am positiven Finanzergebnis. Das klingt so ein bisschen überrascht, dass es Überschüsse gibt in Basel-Stadt und dass es ja dann eigentlich so grosszügig wären, die Bürger daran zu beteiligen, aber das sind ja die Bürgerinnen und Bürger, die das bezahlen und die bezahlen mehr als gebraucht wird und das finden wir einfach nach wie vor in diesem grossen Rahmen, indem die Überschüsse ausfallen, stossend. Es geht ja deshalb auch nicht um den ganzen Betrag, der rückvergütet werden soll, sondern um einen Teil davon und das heisst, man hat immer noch viel übrig vom Überschussbetrag und man hätte auch noch was übrig, wenn das wie in den bisherigen Jahren ausfällt, wenn man weiterhin die Steuern senkt.

Wir von der LDP finden klar, das eine tun, das andere nicht lassen, hier als Motion überweisen, damit ein Teil des Überschusses künftig proportional zu dem, was man einbezahlt hat, rückvergütet wird und aber gleichzeitig auch weiterhin, wie in der letzten Session beschlossen, die Steuern weiter senken. Wenn es dann zu weiteren Ausgaben kommt, dann haben wir den Budgetprozess, dann können wir wieder über Steueranpassungen beschliessen, wenn das notwendig sein sollte, aber im Rahmen der jetzigen Überschüsse sehen wir von der LDP es als nicht wahnsinnig realistisch, dass wir plötzlich in rote Zahlen und in ein Finanzloch fallen werden.

Deshalb bitten wir Sie, weiter als Motion zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die Mitte/EVP hat das Wort Andrea Elisabeth Knellwolf.

*Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP):* Auch die Mitte/EVP-Fraktion bittet Sie, diesen Vorstoss weiterhin als Motion zu behandeln. Wir freuen uns über die grundsätzliche Bereitschaft der Regierung, Steuerrückzahlungen in Betracht zu ziehen. Wir verstehen aber das Zaudern nicht, alle Bedenken sind eigentlich in der Motion schon widerlegt. Die Freiheiten in der Umsetzung würden der Regierung gegeben sein mit dieser Motion, die technisch machbaren Ansätze dann zu finden, sich das genau zu überlegen, diese Abklärungen zu treffen. Die Motion hindert sie daran überhaupt nicht. Dass solche Überschüsse bezahlt werden quasi von den Steuerzahlenden über Jahre hinweg, halten wir für nicht legitim, ich halte sie sogar für verfassungsrechtlich fragwürdig und dass da etwas geschehen muss, ist klar. Es muss auch schnell etwas geschehen, weil dieser Zustand geht schon lange und wir denken, mit dieser Motion wird allen Sicherheitsaspekten auch Rechnung getragen mit diesen Hürden, die erfüllt sein müssen. Also wir werden dadurch unsere Staatsfinanzen nicht an die Wand fahren, wenn diese Motion jetzt zögerungsfrei umgesetzt wird.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die FDP spricht Christian Moesch.

*Christian C. Moesch (FDP):* Vorab vielen Dank an die verschiedenen Vorredner und Voten, die hier gekommen sind. Besten Dank auch an Regierungsrätin Tanja Soland für die Beantwortung des Vorstosses. Als erstes, ich habe dann bei der Begründung auch mal ein bisschen durchgeschaut, was ins Feld geführt wird, warum man hier jetzt einen Anzug daraus machen muss und nicht die Motion direkt umsetzt.

Grundsätzlich, diese Motion ist risikofrei. Die Motion wird die Finanzplanung des Kantons nicht beeinflussen, das heisst, wenn am Ende des Tages die Abrechnung gemacht wird und Frau Soland am Fischmarkt 10 den Schlussstrich zieht und sagt, wir haben so und so viel Überschuss erzielt, erst dann kommt diese Motion zum Tragen. Wir riskieren nicht, dass wir an verschiedensten Stellen sparen müssen, das ist nicht der Fall. Sie können jederzeit Vorstösse bringen, man kann zusätzliche Ausgaben machen, nicht, dass ich das will, aber Sie können das und erst am Schluss, das, wo ganz, ganz, ganz am Ende übrig bleibt, das würden wir an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler des Kantons zurücküberweisen.

Noch ein kurzes Wort, wieso man jetzt das Ganze als Anzug noch weiterbehandeln soll. Ich hege ein wenig den Verdacht, dass man dann damit das Ganze aufweichen will, obwohl, ich sage mal, der Vorstoss, und das wurde auch vorhin schon gesagt, sehr ausgewogen ist. Wir werden ja nie alles zurücküberweisen, ein Teil soll ja weiterhin zur Schuldentilgung zurückbleiben, wie eine Art Rückstellung, und ich glaube, wenn man den jetzt weiter aufweicht, dann haben wir von der Grundidee, nämlich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler des Kantons Basel-Stadt zu entlasten, was wirklich notwendig ist, haben wir dann nichts mehr. Und die Entlastung, denke ich, die ist notwendig. Ich meine, Sie sind alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dieses Kantons und Sie wissen, wie viel es kostet jedes Jahr.

Wenn wir anschauen, noch kurz zum Thema juristische Personen, wieso dass die nicht hier berücksichtigt werden. Ja, ich habe ein Unternehmen, ich bezahle Gewinnsteuern bei diesem Unternehmen und die sind also ganz erträglich. Also wir sind da bei 13 Prozent. Jetzt haben wir die OECD-Steuerreform für die grösseren, das betrifft mich nicht oder meine Firma nicht, und das ist ein angenehmes Steuerniveau. Und dieses Niveau, das haben wir bei den natürlichen Personen nicht und das ist auch der Grund, weshalb diese Rückvergütung spezifisch an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler des Kantons erfolgen soll.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diesen Vorstoss weiterhin als Motion zu überweisen und auf jeden Fall weder abzulehnen noch als Anzug.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat das Wort Tanja Soland für den Regierungsrat.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Die Regierung freut sich immer ab einem Anzug, etwas mehr Handlungsspielraum, aber ich glaube, die Hauptdiskussion war ja, ob das Anliegen auf Interesse stösst und das ist es ja. Ich finde es wirklich eine sehr spannende Idee, weil es eben nicht die vielen Investitionen oder Ausgaben betrifft, die wir machen wollen, es kommt wirklich erst nachher, das stimmt. Das ist wirklich das spannende an diesem Konzept, dass wir hier keine Leistungen abbauen müssen, aber ganz risikofrei ist es natürlich nicht. Wir können die Bruttoschulden weniger abbauen und wir finanzieren natürlich die Investitionen damit, das kann man aber auch berücksichtigen in einen Vorschlag. Wir möchten es nicht

aufweichen, wir möchten Ihnen einen guten Vorschlag unterbreiten, vielleicht sogar Alternativen. Es ist so spannend, das Konzept, dass meine Mitarbeitenden richtig Freude haben an dem zu arbeiten, weil das ist mal etwas Neues, Spannendes. Wirklich, das machen wir gerne, daher sind wir eher für die Anzugslösung.

Einfach noch, wenn Frau Knellwolf sagt, es sei an der Grenze der Verfassungsmässigkeit. Die letzten Überschüsse, die kamen von den Unternehmen und ich würde mich wirklich sehr freuen, wenn die Kommission, die WAK, und der Grosse Rat sich bald zum Standortpaket bekennen würden, denn die Überschüsse kommen von den Unternehmen. Das möchte ich hier einfach noch gesagt haben. Daher freue ich mich, wenn Sie hier zusammen mit dem Regierungsrat auch bei der Standortpolitik so viel Herzblut aufwerfen, wie gerade eben und aus den genannten Gründen würde der Regierungsrat es bevorzugen, den Vorstoss als Anzug zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir haben zwei Abstimmungen. Zuerst die Eventualabstimmung. Niggi Daniel Rechsteiner beantragt Überweisung als Motion. Der Regierungsrat beantragt Überweisung als Anzug.

**Eventualabstimmung**

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

**Ergebnis der Abstimmung**

**44 Ja, 50 Nein, 0 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004610, 23.10.24 10:54:14]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

Weiterbehandlung als Motion

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Geschäft wird als Motion weiterbehandelt. Es liegen 50 Nein-Stimmen gegen 44 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung vor.

Oliver Bolliger beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen damit zur Abstimmung.

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

**Ergebnis der Abstimmung**

**50 Ja, 43 Nein, 0 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004612, 23.10.24 10:54:59]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 4 Jahre

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Geschäft ist als Motion überwiesen. Wir haben 50 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

## 28. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Vorgeburtlicher Mutterschutz, Schreiben des RR

[23.10.24 10:55:09, 22.5121.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Wort hat für den Regierungsrat Tanja Soland. Sie verzichtet. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

## 29. Motion Pascal Messerli und Michael Hug betreffend der Polizeiberuf muss in Basel-Stadt wieder attraktiv werden: Lohnerhöhung jetzt!, Stellungnahme des RR

[23.10.24 10:55:39, 24.5145.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion bis 1. Mai 2025.

Für den Regierungsrat wünscht niemand das Wort. Damit sind wir bei den Fraktionsvoten. Zuerst Christoph Hochuli für die Mitte/EVP.

*Christoph Hochuli (Mitte-EVP):* Die Basler Polizistinnen und Polizisten haben sich gefreut über diese Motion und auch, dass wir die Motion im Juni 2024 an den Regierungsrat überwiesen haben. Die Arbeitslast bei der Kantonspolizei, vor allem bei der Sicherheitspolizei und dem Einsatzzug ist in den letzten Jahren stark gestiegen, denn die gleiche Arbeit muss trotz 120 fehlenden Mitarbeitenden erledigt werden. Der Personalunterbestand hat auch zur Folge, dass die Polizei weniger Kapazitäten hat, um zum Beispiel Drogenfahndungen in Kleinbasel durchzuführen. Regelmässig müssen Personen, welche die Polizei gerufen haben, länger auf eine Patrouille warten, manchmal sogar bei Fällen von Körperverletzungsdelikten und häuslicher Gewalt. Dies ist für die beteiligten Personen, aber auch für unsere Polizisten und Polizistinnen nicht befriedigend. So darf es nicht weitergehen.

Wie Sie bestimmt in den Medien gelesen haben, wird die Polizei Baselland bis 2032 ganze 116 Stellen schaffen. Dies erhöht den Druck auf die Kantonspolizei Basel-Stadt zusätzlich, denn einige dieser Stellen werden bestimmt mit ausgebildeten Mitarbeitenden unserer Polizei besetzt und auch für die Rekrutierung wird es deshalb noch schwieriger, junge Menschen zu finden, welche die Polizeischule bei der Kantonspolizei Basel-Stadt absolvieren möchten. Deshalb ist es wichtig, dass die Löhne unserer Polizistinnen und Polizisten im Aussendienst baldmöglichst und markant erhöht werden. Natürlich ist der Lohn nicht alles, aber doch ein sehr wichtiger Bestandsteil der Arbeitgeberattraktivität, insbesondere bei jungen Bewerbenden.

Wir müssen auch bedenken, dass in den Polizeikorps Baselland, Solothurn oder im Fricktal nicht nur die Löhne besser sind, sondern dort auch weniger Nachtdienste und Wochenenddienste geleistet werden müssen. Dies aufgrund der 24-Stunden-Gesellschaft, den vielen Demonstrationen und Fussballspielen in der Stadt Basel. Wenn Bewerbende für die Polizei also die Wahl haben zwischen mehr Lohn und mehr freien Wochenenden in einem nahen Kanton oder weniger Lohn und weniger freien Wochenenden in Basel-Stadt ist ihre Wahl halt oft eindeutig nicht Basel-Stadt. Deshalb müssen die Polizeilöhne in Basel-Stadt höher werden als im Baselland.

Damit unsere Kantonspolizei konkurrenzfähig wird, braucht es neben den Lohnerhöhungen auch flexiblere Arbeitszeitmodelle für Teilzeit und Vollzeit. Denn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist wegen den unregelmässigen Arbeitszeiten schwierig, wenn beide Elternteile arbeiten.

Die Mitte/EVP-Fraktion bittet Sie, diese Motion nochmals als Motion zu überweisen. So hat das Finanzdepartement mehr Druck, endlich vorwärts zu machen und die Lohnsituation der Kantonspolizei zu verbessern. Damit wird auch die Sicherheit in unserem Kanton wieder erhöht. Ich selber werde mich wegen der eigenen Betroffenheit als Basler Polizist der Stimme enthalten.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nehmen Sie die Zwischenfrage von Jenny Schweizer an? Sie wird angenommen.

*Jenny Schweizer (SVP):* Sie haben zwar jetzt gesagt, dass Sie sich enthalten und das finde ich ja löblich, aber finden Sie es wirklich angebracht, hier über den eigenen Lohn zu sprechen?

*Christoph Hochuli (Mitte-EVP):* Ich spreche für alle meine Kolleginnen und Kollegen, von denen ich auch gewählt wurde in den Grossen Rat, und es geht um die beste Personalsituation, die Bekämpfung des Unterbestands des Korps und nicht zuletzt um die Sicherheit unseres Kantons.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Noch eine Zwischenfrage von Tim Cuénod? Sie wird angenommen.

*Tim Cuénod (SP):* Christoph Hochuli, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich fand vieles sehr nachvollziehbar, nur eines, sind Sie sich sicher, dass die Löhne bei der Kantonspolizei Baselland und Solothurn höher sind als in Basel-Stadt?

*Christoph Hochuli (Mitte-EVP):* Bei den jungen Angestellten ist es auf jeden Fall der Fall, mit dem höheren Alter wird es wieder etwas ausgeglichen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SP spricht Hanna Bay.

*Hanna Bay (SP):* Bei der Erstüberweisung dieser Motion wurde im Wesentlichen damit argumentiert, dass der Unterbestand, welcher anerkannt und auch zu Recht problematisiert wird, von daherkommt, dass der Lohn zu tief sei, wir haben es vorhin auch wieder gehört, und dass wir aus diesem Grund wegen den Löhnen nicht konkurrenzfähig sind mit anderen Korps. Ich glaube, diese Argumentation ist wirklich nicht gut gealtert. Wo stehen wir nun drei Monate später nach der Erstüberweisung?

Erstens wissen wir, dass der Exodus am Personal und die gravierenden Probleme im Bestand bei weitem nicht nur eine Frage des Lohns ist. Ich glaube, der Bericht Schäfer ist uns allen bekannt und dieser kommt klar zum Schluss, dass der Lohn zwar ein Teil ist, der angeschaut werden muss, aber eben bei weitem nicht alles ist, insbesondere wenn man die Arbeitsmarktzulage überführt. Es ist eine fragliche Führungskultur, wir haben eine tiefe Vertrauenskrise, wir haben eine Einsatzplanung, die offensichtlich nicht funktioniert, wir haben offenen Sexismus und Rassismus, wir haben eine Angstkultur und eine mangelnde Kritikkultur. Hier muss Verantwortung übernommen werden, hier muss ein Wandel ernsthaft herbeigeführt werden.

Zweitens haben wir nun die Stellungnahme des Regierungsrats. Diese rechnet vor, dass unter Berücksichtigung der Arbeitsmarktzulage und ohne Berücksichtigung der weiteren Zulagen, Schicht-, Nacht-, Erziehungszulagen, etc. ein Einstiegslohn von 5'744 Franken Realität ist. An dieser Stelle zitiere ich gerne den Motionär Pascal Messerli, welcher in der Diskussion rund um die Erstüberweisung folgendes sagte, ich zitiere: Meiner Meinung nach kann es nicht sein, dass wir insbesondere bei den Einstiegslöhnen im schweizweiten Vergleich im unteren Drittel sind. Da gehören wir eher ins obere Drittel. Zitat Ende. Nun ja, gemäss der Rechnung des Regierungsrats sind wir da schon. Schon alleine deswegen erscheint es kaum als sinnvoll, die Motion als Motion zu überweisen. Sie ist nämlich, wenn es nach den Vorstellungen des Motionärs geht, nach den nackten Zahlen bereits erfüllt.

Die SP beantragt Ihnen trotzdem, die Motion als Anzug zu überweisen, denn die SP ist seit jeher die Partei, welche sich für gute Arbeitsbedingungen und gute Löhne einsetzt, aber eben nicht nur bei der Polizei, sondern gleichermassen auch bei der Kita-Mitarbeiterin, bei der Pflegefachperson oder bei den Mitarbeitern der Stadtreinigung. Aus diesem Grund begrüsst die SP auch, dass die Regierung die Arbeitsmarktattraktivität als Ganzes steigern möchte und wir begrüssen es auch, dass das Instrument der Arbeitsmarktzulage zeitnah ins reguläre Lohngefüge überführt werden soll. Aber hier nun ein undurchdachtes Hauruckmanöver zu vollziehen, welches wieder andere Ungleichheiten herbeiführt, welches nicht insgesamt ins Lohnsystem passt, ist weder sinnvoll noch nachhaltig.

Ich bitte Sie daher, die Motion als Anzug zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für das GAB spricht Nicola Goepfert.

*Nicola Goepfert (GAB):* In vielen Punkten kann ich meiner Kollegin Hanna Bay zupflichten, ja, bei der Basler Polizei liegt einiges im Argen, nicht nur die Löhne. An einer sauberen Aufarbeitung der Geschehnisse scheinen die bürgerlichen Kräfte hier im Saale nicht interessiert zu sein, wie sich bei der Abstimmung über eine parlamentarische Untersuchungskommission gezeigt hat. Die Aufarbeitung dessen, wie die Polizei unter bürgerlicher Departementsleitung in diesen besorgniserregenden Zustand geführt werden konnte, liegt nun vorerst bei der GPK.

Wie wir schon bei der Diskussion über die PUK oder bei der Erstüberweisung dieser Motionen betont haben, braucht es aber auch unmittelbare Massnahmen zur Verbesserung der Situation. Es muss jetzt unser Ziel sein, die Arbeitsbedingungen, wovon die Löhne ein Bestandteil sind, möglichst schnell, aber auch nachhaltig zu verbessern. Natürlich zusätzlich zu einem ganz grundsätzlichen Kulturwandel bei der Polizei und tiefgreifenden Massnahmen gegen sexistische und rassistische Verhaltensweisen im Korps.

Selbstverständlich unterstützen wir das in der Motion formulierte Ziel noch immer. Nur mit guten Arbeitsbedingungen finden wir auch gutes Personal oder überhaupt Personal. Doch die Probleme bei der Kantonspolizei sind vielschichtig und müssen auch entsprechend behandelt werden. Die Motion fordert eine Lohnanpassung spätestens bis am 1. Mai 2025. Das ist eine doch sehr kurze Frist, welche eine sauber ausgearbeitete und vor allem gut eingebettete Lösung erschwert. Der Regierungsrat schildert in seiner Stellungnahme aus unserer Sicht glaubhaft, dass ihm die Dringlichkeit bewusst ist und stellt in Aussicht, dass Verbesserungen bis zum Ablauf der befristeten Arbeitsmarktzulage umgesetzt werden sollen. Spätestens bis dann braucht es Massnahmen, um einen nahtlosen Übergang zu gewährleisten. Der Zeitrahmen für Verbesserung beim Lohn ist also mit dem Ablauf der Arbeitsmarktzulage festgelegt. Uns scheint es deshalb sinnvoll, dass die Umsetzung und Planung der Massnahmen gut abgestimmt und eingebettet sind in alles, was sonst noch läuft.

Aus diesem Grund folgen wir dem Antrag, dies als Anzug zu überweisen. Nicht, weil wir das Anliegen der Motion nicht wichtig fänden, sondern weil es wirklich gute qualitative und nachhaltige Lösungen braucht. Eine Lösung, die sauber ausgearbeitet und danach nach Ablauf der Arbeitsmarktzulage umgesetzt werden kann.

Und ja, die Kriminalpolizei profitiert aktuell nicht von der Arbeitsmarktzulage, sie ist aber bis zur Umsetzung der Motion Pascal Messerli auch nicht Teil der Kantonspolizei. Genauso wenig profitieren anderen Blaulichtorganisationen wie die Sanität von der Arbeitsmarktzulage und auch dort gibt es unbesetzte Stellen. Um solchen Situationen zu begegnen, werden wir auch dieses oder wahrscheinlich erst nächstes Mal im November die Möglichkeit haben, ergänzend hierzu auch meine Motion zur Lohnanalyse zu überweisen. Mit dieser kann frühzeitig dann erkannt werden, sollte es auch bei anderen Kantonsangestellten Handlungsbedarf geben, zum Beispiel bei der Kripo.

Das GAB empfiehlt daher, die vorliegende Motion als Anzug zu überweisen und erwartet von der Regierung rasches Handeln, wodurch spätestens mit Ablauf der befristeten Arbeitsmarktzulage im Februar 2026 Lohnanpassungen bei der Kantonspolizei vorgenommen werden können.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nehmen Sie die Zwischenfragen von Felix Wehrli und Pascal Messerli an? Sie werden angenommen. Zuerst Felix Wehrli.

*Felix Wehrli (SVP):* Ist Ihnen bewusst, dass es nicht fünf vor zwölf, sondern schon lange halb eins gewesen ist und man auf ein Zeichen wartet bei der Polizei? Es sind jetzt 130 Stellen unbesetzt und es geht frisch und fröhlich weiter.

*Nicola Goepfert (GAB):* Ja, ich glaube, das habe ich auch geschildert, aber es braucht auch eine Lösung, die dann standhält und nicht eine Lösung, die dann ein Jahr später wieder angepasst werden muss, weil man merkt, es ist nicht abgestimmt mit allen anderen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Pascal Messerli hat Gelegenheit, seine Frage zu stellen.

*Pascal Messerli (SVP):* Nicola Goepfert, sind Sie sich bewusst, dass ich in meiner Motion explizit die Kriminalpolizei erwähnt habe und diese auch von dieser Motion profitieren könnte, völlig unabhängig davon, ob die jetzt aus der Staatsanwaltschaft ausgegliedert wird oder nicht?

*Nicola Goepfert (GAB):* Weil ich die Motion so genau gelesen habe, habe ich die Kripo auch erwähnt.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit kommt Pascal Messerli wieder nach vorne für das Fraktionsvotum für die SVP.

*Pascal Messerli (SVP):* Die SVP-Fraktion bittet Sie selbstverständlich, diese Motion auch bei der Zweitüberweisung als Motion zu überweisen. Ich denke, alle haben sich mittlerweile eine Meinung zu diesem Thema bilden können. Alle kennen die Situation mit dem Unterbestand und der Polizei und zumindest die meisten von Ihnen werden den Bericht von Herrn Schäfer gelesen haben. Heute haben wir als Parlament die Chance, den Polizistinnen und Polizisten ein wichtiges Signal der Wertschätzung zu senden. Es ist ja zumindest positiv, dass alle Fraktionen jetzt dieses Anliegen überweisen wollen, wenn auch nur als Anzug. Wir sind der Auffassung, dass jetzt dringender Handlungsbedarf besteht und dass wir jetzt nicht noch Jahre lang zuwarten können und sich der Unterbestand noch weiter verschlechtert.

Es stimmt zwar, dass es sicherlich nicht nur mit einem höheren Lohn getan ist, ja, aber in diesem Bereich haben wir nun mal als Parlament Handlungsspielraum. Die Situation im Korps, im Departement oder die Führungskultur, diese können wir nur indirekt oder teilweise gar nicht beeinflussen. Und ja, Sexismus und Rassismus, das mag auch ein Thema sein, das man bekämpfen muss, völlig einverstanden, wenn man dann aber auch die Berichterstattung gelesen hat, wie Marco Schäfer dann auch seinen Bericht kommentiert hat, dann hat er ganz klar gesagt, dass sich der grosse Teil der Polizistinnen und Polizisten absolut korrekt verhält. Also jetzt hier so zu tun, als wären jetzt alle Polizisten in einer Sexismus- und in einer Rassismusfalle, das wirkt dann einfach auch nicht gerecht.

Bei der Höhe der Löhne wird dann immer mal wieder gesagt, wir sind vielleicht gar nicht so schlecht, mit der Arbeitsmarktzulage sind wie im oberen Drittel. Das mag alles stimmen, aber wir müssen hier schon auch anerkennen, dass der Polizeiberuf im Kanton Basel-Stadt anspruchsvoller und schwieriger ist als in anderen Kantonen. Wir sind der kriminellste Kanton, wir haben jedes Wochenende eine Demonstration, ein Fussballspiel oder einen anderen grossen Event. Wir wollen im 2025 noch mehr Events. Wir sind für den Eurovision Song Contest, wir sind für die Fussball EM, ich denke, wenn ich jetzt Polizist wäre, würde ich mir gut überlegen, ob ich mir dieses 2025 wirklich antun soll, und da haben wir halt einfach eine völlig andere Situation als in weniger starken Hotspots wie in Stans, Saanen, Altdorf oder Buus.

Zudem kommt noch hinzu, dass eben die Kriminalpolizei von der Arbeitsmarktzulage nicht profitiert. Auch die Kriminalpolizei hat viele Wochenenddiensten. Sie müssen Einvernahmen machen, sie müssen die ganzen Protokolle schreiben, sie haben auch wenig Wochenende, dementsprechend müssen wir auch die Kriminalpolizei attraktiv gestalten, dass uns hier nicht die Leute wegfallen, weil auch die Kriminalitätsbekämpfung ein wichtiges Anliegen ist.

Beim Regierungsrat hatte man von Anfang an etwas das Gefühl, dass er diese Motion nie so wirklich wollte. Ich schätze grundsätzlich immer die völlig offene Kommunikation, auch heute von Regierungsrätin Tanja Soland, aber wenn man halt beim Regierungsrat derart merkt, dass man ein Anliegen nicht will, dann ist es wahrscheinlich auch als Parlament legitim, wenn man hier bei der Motion bleibt. Wenn wir jetzt die Motion weiter als Anzug behandeln, dann prüft und berichtet der Regierungsrat und in zwei Jahren haben wir dann eine Antwort, aber wir haben keine Garantie, ob es dann wirklich auch besser wird. Dass die Frist der Motion kurz ist, das stimmt, aber auch hier gibt es das Mittel der Fristenverlängerung, das man dann jederzeit auch beantragen kann und ich denke schon, dass im Sinne dieses Gesamtsignals es auch für die Polizistinnen und Polizisten wichtig ist, dass wir bei der Motion bleiben.

Ich möchte aber auch der linken Seite in diesem Parlament die Hand reichen, auch wenn meine Fraktion ein Minus in der Kreuztabelle in der Motion Goepfert hat, die er ja auch angesprochen hat. Ich persönlich würde diese Motion unterstützen, auch als Motion, damit wir auch in anderen Berufen interkantonale Lohnvergleiche haben. Da reiche ich persönlich die Hand, das kann man jetzt auch sehr gerne protokollieren, aber dafür braucht es hier heute schon auch eine Überweisung als Motion, weil gerade bei der Polizei wir dringenden Handlungsbedarf haben.

Dementsprechend bitte ich Sie, hier bei der Motion zu bleiben und diese so zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die LDP spricht Michael Hug.

*Michael Hug (LDP):* Sehr geehrte Frau Regierungsrätin Tanja Soland, glauben Sie mir, ich respektiere Ihre Arbeit wirklich, darum nehmen Sie es mir nicht persönlich, wenn ich heute Morgen schon wieder kritische Töne gegenüber Ihrem Departement äussern muss.

In der Motion von Tobias Christ und mir aus dem Jahr 2022 «Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für Kantonsangestellte im Schicht- und Wochenenddienst» habe ich unter anderem eine Gehaltserhöhung und die Erweiterung von Fringe Benefits wie kostenlose U-Abonnements, Parkmöglichkeiten im Nachtdienst, Ausbildungen, Zugang zu einer Mensa, Kinderbetreuung, Eintritt in Gartenbädern, etc. gefordert. Ebenfalls soll eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei der Polizei auch im Bereich der Arbeitsbekleidung und der Umkleidezeiten erreicht werden. Dieser Auftrag besteht. Das Argument, es liege nicht nur an den Löhnen, ist daher wenig stichhaltig. Das Geschäft ist seit 2022 hängig. Mehrere

Nachfragen über Interpellationen und schriftliche Anfragen erfolgten, passiert ist relativ wenig. Das einzig greifbare ist die befristete Arbeitsmarktzulage auf drei Jahre.

In der Interpellation vom 10. April mit dem Titel «Wann werden die Arbeitsbedingungen bei der Polizei und bei anderen Kantonsangestellten im Schichtbetrieb endlich verbessert» wurde vor allem auf das Projekt Arbeitsgeberattraktivität steigern verwiesen. Dieses möchte jedoch ganzheitlich die Arbeitsbedingungen bei den Kantonsangestellten verbessern. Wir möchten nun jedoch ganz bewusst und schnell die Löhne bei der Sicherheit erhöhen. Sicherheit ist eine absolut elementare Grundfunktion staatlichen Handelns und sie muss gewährleistet werden. Der Handlungsbedarf ist unbestritten.

Viele Fragen von Kolleg*innen, unter anderem von Kollegin Hanna Bay und anderen, stützen sich auf Lohnvergleiche. Diese wurden immer wieder in Aussicht gestellt, mir liegen diese aber nicht vor. Auf welche Infos sie sich stützen, die Aussagen, das weiss ich nicht. Ein spezifischer Lohnvergleich neben dem jährlichen allgemeinen Lohnvergleich soll spätestens im Herbst 2024 vorliegen, so die Antwort auf meine Interpellation vom April dieses Jahres. Ich habe nun den Wecker auf den 20. Dezember 2024 gestellt, der hört nämlich der Herbst auf.

Ich zitiere: Der Regierungsrat steht einer Veröffentlichung der Ergebnisse positiv gegenüber. Ebenfalls, die Verbesserung der Fringe Benefits wurde in Aussicht gestellt. Sie benötigten jedoch gesetzliche Grundlagen. Weshalb wurden diese gesetzlichen Grundlagen nicht bereits geschaffen oder vorgelegt? Eine Motion läuft bereits seit dem Jahr 2022. Dies ist denn auch wieder ein Beispiel dafür, wieso immer mehr Motionen eingesetzt werden und nicht Anzüge, was sehr bedauerlich ist, weil man einfach das Gefühl hat, es wird immer weiter verschleppt und nicht umgesetzt.

Die nun monierte Frist ist so angesetzt, da der Wunsch des Parlaments für eine Lohnerhöhung ja nicht neu ist, sondern bereits seit dem Jahr 2022 besteht. Da nie wirklich etwas passiert ist, müssen jetzt Nägel mit Köpfen gemacht werden. Das ist durchsetzbar. Wie Ratskollege Pascal Messerli auch gesagt hat, kann im Notfall ja auch die Frist noch erstreckt werden. Es ist jedoch aber jetzt nicht mehr Zeit, noch hundert theoretische Konzepte zu dem Thema zu schreiben. Der Auftrag ist relativ simpel, es braucht bessere Arbeitsbedingungen und die Lohnerhöhung ist ein Teil davon.

Darum bitte ich Sie, auch im Namen der Fraktion LDP, dieses Geschäft weiter als Motion zur Erledigung und Erfüllung zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nehmen Sie die Zwischenfrage von Regierungsrätin Tanja Soland an? Sie wird angenommen.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Michael Hug, ist Ihnen nicht bekannt, dass die gesetzliche Grundlage für die Lohnnebenleistungen in der WAK liegt und die Umkleidezeit für die Polizei in der JSSK?

*Michael Hug (LDP):* Das mit der Umkleidezeit ist mir bekannt, das mit der WAK ist mir bisher unbekannt. Besten Dank für die Aufklärung.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zum Sprecher für die GLP, Tobias Christ.

*Tobias Christ (GLP):* Ich höre hier viel Einigkeit in der Sache hier im Saal, und das erleichtert mich, und nur sehr wenig Polemik oder weniger als ich erwartet hätte, aber nicht ganz ohne Polemik. Es wurde genannt, ich glaube, es war Nicolas Goepfert als Vorredner von mir, wir Bürgerlichen, es ist die Frage, die GLP zählt sich da nicht dazu, aber ich habe mich trotzdem angesprochen gefühlt, seien nicht an einer ernsthaften Aufarbeitung der Missstände interessiert. Das muss ich in aller Form zurückweisen. Dass wir eine PUK nicht unterstützt haben, war schlicht und einfach, weil wir das als nicht sachlich, sogar als kontraproduktiv eingeschätzt haben und dazu stehen wir immer noch. Natürlich sind wir daran interessiert, deshalb eigentlich weitgehend Einigkeit bis auf diesen Punkt.

Auch einig mit diversen Vorrednern, dass der Lohn nicht das einzige ist, aber da hat mir Pascal Messerli das wichtige Stichwort aus Sicht der GLP geliefert. Es geht um das Signal hier primär, das wir nach aussen senden, und damit erklären wir auch, warum wir als GLP hier ebenfalls eine Überweisung als Motion fordern. Es geht um dieses Signal, das würde unnötig abgeschwächt werden, wenn wir das jetzt als Anzug überweisen würden, wie ich die Regierung verstanden habe, aus technischen Gründen. Die können wir nicht ganz nachvollziehen, diese Problematik, die angesprochen ist im Bericht der Regierung. Wie auch schon vor mir die Vorredner gesagt haben, wenn es da einfach darum geht, dass eine Frist nicht ideal ist, darüber kann man dann reden, dass man die anpasst, da sind wir offen als GLP.

Aber wir bitten wirklich, senden wir dieses wichtige Signal nach aussen, dass wir wirklich das Problem sehen, dass die Arbeitsbedingungen nicht gut genug sind bei der Polizei, dass wir da was verbessern wollen und dass wir das schnell verbessern wollen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die FDP spricht David Jenny.

*David Jenny (FDP):* Die FDP schliesst sich dem Antrag auf Überweisung als Motion an. Es gibt das Sprichwort «Not kennt kein Gebot». Das ist, glaube ich, falsch in einem Rechtsstaat, aber die Not, die in dieser Frage vorliegt, die ist allgemein anerkannt, und es gibt eben ein Gebot, das ist, schnell und vor allem auch überzeugend zu handeln. Und wenn ich eben die Voten aus der linken Ratshälfte höre, dann fehlt mir der Glaube, dass Sie wirklich für die Situation in unserer Polizei etwas Positives tun wollen. Es wird dann immer gesagt, ja, zuerst hätte man eine PUK einsetzen müssen. Ich glaube, das wurde wirklich widerlegt, das hätte überhaupt nichts gebracht. Wir werden es dann wiederum sehen beim Geschäft, das im November kommt, Virtual Reality. Wenn es um etwas konkretes, was gut ist für das Polizeikorps, geht, dann werden alle Ausreden gefunden, warum das jetzt trotzdem nicht gut ist.

Ich glaube, wir können auch hier klar sagen, es geht hier wirklich um eine Konkurrenz zwischen den Polizeikorps der Kantone mit einer Anpassung der Löhne. Das schwächen wir jetzt hier nicht im Privatsektor. Da wurde von der Frau Regierungsrätin gesagt, ja, was überall verzögert wird in den Kommissionen. Ich kann nicht für die WAK sprechen, aber die Verzögerung vielleicht bezüglich den Umkleidezeiten in der JSSK, das ist jetzt ganz sicher nicht auf die Kommission zurückzuführen. Die Frau Präsidentin nickt, mehr will ich nicht sagen, das wäre Verletzung des Kommissionsgeheimnisses.

Die Frist, der 1. Mai des nächsten Jahres, ja, die ist nicht ganz realistisch. Ich gehe davon aus, die müssen wir erstrecken, ich hoffe auf den 1. Januar 2026. Aber ich glaube, das wichtige Zeichen an die Angehörigen unseres Polizeikorps ist, dass wir sagen, wir wollen dies und ob das jetzt auf den 1. Mai kommt oder auf den 1. Januar 2026, ich glaube, das ist nebensächlicher. Aber wenn Sie es nur als Anzug überweisen, dann ist ja das Zeichen, liebe Frau Soland, bitte vielleicht nicht die ganz unterste Schublade, aber die zweitunterste Schublade und das wollen wir heute nicht.

Daher bitte als Motion überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Erster Einzelsprecher ist Patrick Fischer.

*Patrick Fischer (SVP):* Auch ich sage etwas dazu, obwohl ich Polizist bin. Es betrifft mich nicht ganz, weil die Arbeitsmarktzulage ja wie erwähnt nur die Kantonspolizei betrifft. Dennoch möchte ich dazu sprechen, weil ich werde ja von vielen Polizisten angegangen, ich werde angeschrieben und ich verleihe diesen Leuten eine Stimme.

Ich möchte die Arbeitsmarktzulage noch ein bisschen genauer definieren. Es handelt sich um 400 Franken für Polizisten bis 25 Dienstjahre und 200 Franken ab 25 Dienstjahre. Das heisst, es ist ähnlich wie bei einem Mobilfunkabonnement, die treuen Kunden werden eigentlich eher ein bisschen benachteiligt und die frischen werden somit angelockt. Diese 400 und 200 Franken sind notabene vor Abzügen und ich denke, genau diese Abstufung ab 25 Jahren, da fehlt mir ein bisschen der Respekt vor den altgedienten Polizisten, die eben nicht gewechselt haben, die die Treue halten und die immer noch draussen auf der Strasse ihren Dienst tun.

Vom Regierungsrat heisst es, es wird daran gearbeitet, es wird eine vertiefte Analyse gemacht. Man bittet um genügend Zeit, aber Zeit ist gerade das, was wir eben nicht haben. Wir verlieren jede Woche Mitarbeiter. Gerade letzte Woche wurde wieder bekannt, dass ein weiterer nach Baselland wechselt, und wir haben es schon gehört, Baselland schreibt Stellen aus und die werden problemlos aufgefüllt werden durch unzufriedene Mitarbeiter von der Kapo Basel-Stadt. Die Frist, 1. Mai 2025, wir haben es auch gehört, ist knapp. Aber am Beispiel ESC haben wir gesehen, wie schnell man hier über Millionen entscheiden kann. Da geht es plötzlich rasch und da kann man einfach dann das Geld mit vollen Händen ausgeben.

Ich bin auch der Meinung, wie gesagt wurde, dass man das sauber anschauen muss und dass es da nicht die Pflästerlipolitik zu machen gilt, aber der Kessel ist defekt und dann flicken wir ihn jetzt lieber mit einem Kaugummi und nachher halt dann noch mal richtig, aber wir brauchen die Meldung der Politik, dass etwas geschieht, die brauchen wir jetzt. Der Lohn ist nicht alles, aber was wurden denn ansonsten für Massnahmen ergriffen, was haben die Polizisten erhalten? Sie haben neue Bobby-Helme erhalten und neue Schirmmützen und haben im Gegenzug einen Waffengurt erhalten, den sie überhaupt nicht gebrauchen können, sie benutzen den alten weiter.

Und deswegen, auch wenn ich mich nachher auch enthalten werde, bitte ich Sie, die Motion auch als Motion zu überweisen und nicht als Anzug. Wir haben ja auch gehört, was mit Anzügen passieren kann, sie werden dann einfach nicht bearbeitet. Auch ich bin dafür, wie Herr Goepfert gesagt hat, seine Motion, es braucht nicht nur die Kantonspolizei, die wir anschauen,

es braucht wirklich sämtliche Bedienstete und auch da biete ich Hand, dass wir da genauer hinschauen und auch dem Pflegepersonal die entsprechende Wertschätzung zugutekommen lassen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nun hat Tanja Soland das Wort. Wir haben Sie gebeten, ihr Votum als Einzelsprecherin zu halten, weil sie einen Antrag zur Frist angekündigt hat. Das würde Ihnen dann nochmals die Gelegenheit geben, darauf zu reagieren, wenn es dafür ein Bedürfnis gibt. Frau Soland, Sie haben das Wort.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Ich wollte nicht die Kommissionsarbeit beleidigen. Ich habe nichts von Verzögerung gesagt, ich wollte nur Michael Hug erklären, dass wir diese zwei Vorlagen bereits ins Parlament gegeben haben. Das war wohl ein Missverständnis.

Dann vielleicht noch kurz dazu, dass wir nichts gemacht haben, es ist Not. Doch, der Regierungsrat hat ja reagiert mit der Arbeitsmarktzulage, 400 Franken, das war die Not, das konnten wir sofort machen, das haben wir gemacht. Und ja, die längeren Mitarbeitenden nicht genug berücksichtigt. Wir haben halt die Lohnvergleiche angeschaut und das Problem ist bei den Einstiegslöhnen und darum geht es dann eher etwas hoch und höher als in anderen Kantonen. Wir haben das vor allem berücksichtigt und wie Sie sehen, hilft das nicht in allem, aber es ist ein wichtiger Punkt. Und nein, es geht nicht in die untere Schublade. Wir sind daran, wir haben schon Vorschläge ausgearbeitet, wir werden, egal wie Sie oder nicht überweisen, völlig egal, wir sind dabei, das zu machen.

Wir möchten die Vorlage im Frühling verabschieden, das heisst, es reicht nicht, was Sie hier möchten, dass die Löhne ab 1. Mai erhöht werden, das schaffen wir nicht. Es ist ein Lohngesetz, es sind Lohngesetzanpassungen. Daher stelle ich Ihnen hier eventualiter den Antrag, die Frist auf Ende Februar 2026 zu erhöhen. Dabei geht es mir darum, die Frist für die Lohnerhöhung. Wir werden die Vorlage im Frühling bringen und dann werden Sie auch noch diskutieren.

Wir werden selbstverständlich, auch wenn wir das gerne etwas weitermachen würden, aber wir schauen natürlich die Lohnkurve an. Wir haben auch noch Rettungssanität, wir haben andere Schichtarbeiter. Wir haben das Problem im Kanton Basel-Stadt, also Problem, es ist einfach so, die Lohnkurve ist sehr tief. Sie beginnt sehr tief, dann ist sie extrem steil und dann flacht sie ab und das ist eines der Hauptprobleme, die sich jetzt zeigen in Konkurrenz auch mit anderen Korps, auch in anderen Branchen, die wir sehen. Und das können wir angehen, da sind wir daran, der Regierungsrat wird das bis Ende Jahr anschauen, dann werden die Vorlagen ausgearbeitet. Das machen wir, das fliesst in wirklich keine Schublade. Aber wir werden es so machen, weil wir müssen das Gesetz anpassen, weil die Notmassnahme, die Arbeitsmarktzulage, die haben wir schon gebracht, das war die Notmassnahme, jetzt bringen wir die allgemeine, die «Lohnerhöhung» und dann schauen wir, dass es auch etwas nachhaltiger ist.

Was wir nicht machen können, wenn Sie heute die Motion überweisen, ist, dass wir Ihre anderen Anzüge zusammen noch anschauen, andere Schichtarbeitenden, das wird jetzt wahrscheinlich dann zeitlich nicht reichen. Wenn Sie das als Motion überweisen, nehme ich das so auf, dass wir weder die Arbeitsgruppe berücksichtigen, die jetzt bereits arbeitet, da muss ich mich dann halt entschuldigen, und wir werden auch die anderen Vorstösse nicht integrieren können. Das werden wir nicht machen.

Dann zu den Lohnvergleichen, damit ich das gleich öffentlich hier auch noch für die Medien sage, die bei mir schon Anfragen stellen. Ja, die Lohnvergleiche liegen schon vor, wir haben Sie in der GPK und der Finanzkommission schon vorgestellt. Wir machen jedes Jahr Lohnvergleiche, wir haben jetzt einen Lohnvergleich gemacht, den man veröffentlichen könnte, der war nicht so befriedigend. Dann haben wir noch nachgemacht mit den wichtigen Städten, Kantone, die wir vergleichen wollten, den man veröffentlichen könnte. Wir werden das auch veröffentlichen, aber mit der Vorlage. Ich habe mit dem JSD vereinbart, dass wir auf die Vorlage warten.

Es ist uns einfach sehr wichtig und das werde ich aushalten müssen, Sie dürfen schreiben über mich, was Sie wollen, interpellieren was Sie wollen. Es ist mir wichtig, dass die gute Zusammenarbeit, die wir gerade im Moment haben mit der Kapo, mit dem JSD, dass die weiter fruchten kann, dass wir eine Vorlage bringen können, die wirklich zur Zufriedenheit unserer Mitarbeitenden auch bei der Kapo ist. Daher werde ich diese Lohnvergleiche noch unter Verschluss behalten und mit der Vorlage werden wir sie alle bringen. Sie dürfen anfragen, aber wir werden sie im Moment noch nicht herausgeben. Auch Michael Hug darf dann nochmal interpellieren und schimpfen mit mir, das ist okay. Es tut mir leid, das ist mir jetzt einfach wichtiger, unsere Mitarbeitenden, die Zufriedenheit, gute Vorlage ist mir wichtiger.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

*David Jenny (FDP):* Vielleicht meldet sich dann noch einer der Motionäre als Einzelsprecher, wahrscheinlich haben wir eine gewisse Konfusion. Die Motionäre scheinen davon ausgegangen zu sein, dass das Ganze ohne Gesetzesänderung möglich

ist und sie haben eigentlich auch gesagt, Massnahmen im Finanzplan und Budget zu ergreifen und das bis spätestens per 1. Mai. 2025 substanziell zu erhöhen und da scheinen die Massnahmen im Finanzplan und im Budget, die Frage ist auch, Budget von welchem Jahr, nicht ganz zu genügen. Es braucht noch die gesetzliche Grundlage, die ist ja mit der Bearbeitung, Referendumsfrist, etc. wahrscheinlich schwierig zu erreichen, dass die am 1. Mai in Kraft gesetzt werden könnte. Ich meine, es ist immer noch denkbar, dass man natürlich dann die Lohnerhöhung rückwirkend gewähren würde.

Aber andererseits haben Sie explizit keine Frist zur Erfüllung der Motion. Die Motion ist ja dann erfüllt, wenn der Regierungsrat die Vorlage bringt, und da haben Sie eigentlich für das keine Frist gesetzt. Also eigentlich innerhalb von vier Jahren, es wäre dann einfach rückwirkend auf den 1. Mai 2025, das wäre dann ganz kompliziert, aber ich würde eigentlich jetzt die Frist so nicht erstrecken, wie im Antrag von Frau Soland gesagt hat. Die klare Frist wäre eigentlich das, sie hat ja Frühjahr gesagt, dass die Motion durch die Gesetzesvorlage erfüllt werden müsste bis Ende erstes Quartal 2025 und dann kommt es in eine Kommission und die muss dann möglichst schnell arbeiten, wenn wir es dann nicht direkt im Plenum behandeln.

Ich stelle jetzt keinen konkreten Antrag, weil ich das als Privileg der Motionäre erachte, aber es sind vielleicht ein bisschen unterschiedliche Ausgangslagen, Formulierung Motion, wo nicht beachtet wurde, dass es eine Gesetzesänderung braucht. Ich habe jetzt auch nicht nachgeprüft um die Aussage der Regierung, es braucht zwingend eine neue gesetzliche Grundlage, weil es sonst finanzrechtlich nicht zulässig ist, nur durch Finanzplan und Budget das so zu bewilligen. In diesem Sinne hoffe ich auch noch auf weitere Aufklärung durch die Motionäre als Einzelsprecher.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Als Einzelsprecher hat sich Joël Thüring gemeldet.

*Joël Thüring (SVP):* Ich bin zwar nicht Motionär, aber ich glaube, wir müssen jetzt aufpassen, dass wir uns nicht in eine Komplexitätsfalle begeben, die nicht notwendig ist. Wir überweisen heute hoffentlich diese Motion zum zweiten Mal an den Regierungsrat und geben ihm damit den Auftrag, den Lohn der Polizistinnen und Polizisten zu erhöhen. Wie das in der Umsetzung geschehen wird, das muss uns der Regierungsrat dann darlegen, wenn wir diese Motion zum zweiten Mal überweisen. Es gibt aber tatsächlich eine Möglichkeit, wie das passieren könnte, ohne dass es ein Problem wird mit der Grundforderung der Motion. Sie könnten theoretisch die Arbeitsmarktzulage, die bereits in diesem hohen Hause beschlossen wurde, entsprechend anpassen. Diese Möglichkeit besteht, das haben wir ja bereits auch schon einmal getan, dass wir diese temporär eingeführt haben, und diese Arbeitsmarktzulage könnte man quasi nun benutzen, um dem Regierungsrat dann über diesen Weg die Möglichkeit zu geben, die Motion so umzusetzen, wie sie auch angedacht war.

Bei den Neueinreihungen in einer Lohnklasse beispielsweise, wenn ein Angestellter einen Antrag gestellt, er sei eine Lohnklasse höher einzustufen, dann wird das ja auch zuerst vom HR BS beurteilt und es wird dann eine rückwirkende Auszahlung, wenn diese Lohnklassenerhöhung gewährt wird, ermöglicht ab Datum des Antrages. Insofern, glaube ich, müssen wir aufpassen, dass wir jetzt nicht grundlos in eine Komplexitätsfalle tappen und diese Forderung der Motionäre abschwächen, indem wir aufgrund dieser Aussagen von Frau Regierungsrätin Soland, die legitim sind, nun auf einen Anzug oder auf eine andere Frist umschwenken würden.

Ich würde also hier als Einzelsprecher sehr beliebt machen, dass wir am vorgegebenen Weg gemäss unserem «Chrüzlistich» festhalten und dann schauen, wie wir diese Situation so lösen können, dass es einerseits gesetzeskonform ist, dass es für Frau Regierungsrätin Soland kein Problem wird in der Umsetzung, aber dass der Kerngedanke der Motion, nämlich mit dieser Erhöhung des Lohnes auf Mai 2025, trotzdem auch Rechnung getragen wird.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Frau Soland, Sie haben nochmals das Wort, wenn Sie es wünschen, und Sie können mir sagen, ob Sie am Antrag festhalten.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Ja, ich würde am Antrag festhalten. Mir ist ehrlich gesagt jetzt auch nicht ganz klar, ich habe bisher immer verstanden, dass Sie zum bisherigen bzw. alten Stand eine Lohnerhöhung wollten. Und jetzt höre ich etwas, nein, die Arbeitsmarktzulage, die 400 Franken pro Monat seien auch viel zu wenig. Da bin ich mir jetzt nicht sicher, ich habe das nämlich bisher anders verstanden. Ich habe verstanden, dass man da schnell eine Ablösung bringen soll und wenn Sie sagen, nein, Sie wollen nicht nur 400 Franken, Sie wollen viel mehr Geld, dann wäre das ein etwas anderes Verständnis. Dann können Sie sich überlegen, ob sie die erhöhen, ob das gesetzlich geht, Joël Thüring, müsste man dann noch schauen. Auch bei der Arbeitsmarktzulage muss man eigentlich den Wettbewerb beachten.

Ich gehe davon aus, dass Sie das anders gemeint haben, dass wir hier eine nachhaltige Lösung bringen und das reicht nicht auf 1. Mai. Ich wollte einfach ehrlich und transparent sein, aber die Vorlage werden wir bringen und wir haben ja schon die Arbeitsmarktzulagen, wir haben ja schon erhöht und Massnahmen getroffen. Wir können noch schauen, ob man das bei den Zulagen schneller macht, da haben wir auch eine Möglichkeit, das können wir noch anschauen.

Einfach, dass Sie wissen, die Lohnkurve, was wir machen würden, um das wirklich gesetzlich zu machen, ist eine Gesetzesänderung. Das kann dann aber auch schnell gehen, auch bei Ihnen, und dass man dann auf 2026 das wirklich so einführen kann. Aber die Vorlage sollte vor ihrer Frist kommen, das ist ja dann vielleicht auch schon zu Ihrer Zufriedenheit, hoffe ich.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Joël Thüring möchte Ihnen noch eine Frage stellen. Sie wird angenommen.

*Joël Thüring (SVP):* Ich bin einverstanden mit Ihnen, Frau Regierungsrätin, aber Sie sind mit mir auch einverstanden, hoffe ich, dass Sie, bis wir dieses Problem allenfalls bei einer Überweisung gelöst haben mit den gesetzlichen Bestimmungen, etc., dass man aber temporär über die Arbeitsmarktzulage diese Lohnerhöhung trotzdem irgendwie unterbringen kann? Sind Sie damit einverstanden, dass das grundsätzlich möglich wäre? Ich sage nicht, ob Sie es gut oder nicht gut finden würden.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Also das haben wir gemacht. Ich weiss nicht, wie hoch man gehen kann, das Gesetz ist mir gerade nicht so präsent.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Obwohl es viel Einigkeit gibt über die Bearbeitungsfristen, gibt es zwei verschiedene Anträge, über die wir zuerst abstimmen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion bis am 1. Mai 2025. Die Regierungsrätin beantragt, diese Frist auf Ende Februar 2026 zu setzen.

**Eventualabstimmung**

JA heisst Frist 1. Mai 2025, NEIN heisst Frist Ende Februar 2026

**Ergebnis der Abstimmung**

**41 Ja, 49 Nein, 4 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004615, 23.10.24 11:43:19]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

Frist wird bis 28.02.2026 verlängert

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die formelle Frist wird auf Ende Februar 2026 gesetzt. Wir haben 41 Ja-Stimmen gegen 49 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Christoph Hochuli beantragt Überweisung als Motion. Der Regierungsrat beantragt Überweisung als Anzug.

**Abstimmung**

JA heisst es Überweisung als Anzug, NEIN heisst Überweisung als Motion

**Ergebnis der Abstimmung**

**39 Ja, 51 Nein, 4 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004617, 23.10.24 11:44:09]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 28.02.2026

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Geschäft wird als Motion weiterbehandelt. Es liegen 51 Nein-Stimmen gegen 39 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen vor. Da kein Antrag auf Nichtüberweisung gestellt wurde, ist die Motion damit überwiesen.

## 30. Motion Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds "New Green Deal für Basel" (NGDB), Stellungnahme des RR"

[23.10.24 11:44:27, 24.5177.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 2 Jahren.

Das Wort geht zuerst an Regierungsrätin Tanja Soland. Sie verzichtet. Damit sind wir bei den Fraktionsvoten und hier hat sich Harald Friedl für das GAB gemeldet.

*Harald Friedl (GAB):* Ja, wir haben den «Chrüzlistich» auch gesehen und wir wissen, es wird schwierig, aber trotzdem möchte ich es nicht unversucht lassen, Sie doch noch von dieser Motion zu überzeugen. Daher beantragen wir Ihnen, hier auch die Motion als Motion weiterbehandeln zu lassen und ein zweites Mal zu überweisen.

Der grosse Vorteil eines Fonds liegt in seiner Zweckbindung. Die Gelder, die in einen solchen Fonds fliessen, sind explizit für dieses Thema, für diese Bestimmung reserviert und in diesem Fall wäre es eben der Klimaschutz. Wenn das Geld einmal geäufnet ist, stehen dann diese Mittel unabhängig von der wirtschaftlichen Lage, von den Einkommen des Kantons zur Verfügung. Wir finden das gerechtfertigt für dieses wichtige Thema. Das schafft nicht nur Planungssicherheit, sondern es erlaubt uns auch, die notwendigen Massnahmen langfristig und nachhaltig zu finanzieren, ohne dass wir das jedes Jahr wieder neu in der Budgetdebatte aushandeln müssen.

Zudem schafft ein Klimafonds die dringend nötige Transparenz. Sie haben alle die kürzlich veröffentlichte Klimastrategie gesehen. Wenn Sie das genauer angeschaut haben, werden da für Klimamassnahmen aus diversesten Quellen und Töpfen Gelder gesprochen. Diese Uneinheitlichkeit der Gelder führt dazu, dass niemand dann wirklich mehr den Überblick hat, wie viel Geld schlussendlich in den Klimaschutz kommt vom Kanton. Hier würde eben ein Fonds für Ordnung sorgen, weil es klar ersichtlich wäre, welche Mittel für welche Massnahmen eingesetzt werden. Das ist nicht nur effizienter, sondern erhöht auch die Glaubwürdigkeit gegenüber der Bevölkerung, die diese Mittel, diese Massnahmen in der Abstimmung auch eingefordert hat.

Die Regierung hat ja selber auch schon Fonds geschaffen. Sie sieht auch den Vorteil solcher Fonds. Ich mag da an die OECD-Gelder erinnern, wo wir auch gerade letzthin kürzlich vom Regierungsrat einen Vorschlag erhalten haben, einen Fonds zu eröffnen, wo Gelder geäufnet werden sollen. Diese Gelder sollen eben bei der Argumentation zu den OECD-Geldern nicht aus den Staatsausgaben genommen werden, sondern wirklich zielgerichtet in einem Fonds angelegt werden. Wenn es für die Wirtschaft gut ist, einen Fonds zu bilden, dann sollte es auch für die Finanzierung von Klimaschutzmassnahmen gut sein.

Und nicht zuletzt die öffentliche Diskussion, die Kontroverse um diese Motion, die geführt wird. Da geht es ja darum, soll ein Expertengremium eingesetzt werden. Wir sind der Meinung, dass diese Diskussion nebensächlich ist. Wenn Sie die Motion gelesen haben, ist das als Vorschlag zu verstehen, als Beispiel, wie dieser Fonds verwaltet werden könnte. Und das ist auch kein Novum, Sie wissen es wahrscheinlich, bei der internationalen Zusammenarbeit ist auch ein Expertengremium eingerichtet worden, das über die Vergabe der Gelder bestimmt.

Ich bitte Sie, diese Argumente in Ihre Überlegungen aufzunehmen und bitte Sie daher auch, die Motion als Motion zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die Fraktion SP spricht Jessica Brandenburger.

*Jessica Brandenburger (SP):* Bei der Erstüberweisung dieser Motion haben wir bereits angekündigt, dass wir die Einschätzung des Regierungsrates abwarten möchten, bevor wir uns zur Zweitüberweisung äussern. Mittlerweile hat der Regierungsrat nicht nur zu dieser Motion Stellung genommen, sondern auch den Klimaschutz-Aktionsplan vorgestellt. Es tut sich etwas in Sachen Klima in Basel und das ist auch gut so, denn wir haben nicht nur demokratisch beschlossene Ziele, die

wir erreichen müssen, sondern auch die Natur zeigt uns immer wieder ganz deutlich, dass mit dem Klima nicht alles zum Besten steht.

Die vorliegende Motion möchten wir als Anzug überweisen. Wir sind nicht vollends davon überzeugt, dass eine Expertenkommission ein gutes Gefäss ist, um Entscheide zu treffen, denn das würde dazu führen, dass Entscheide dem demokratischen Prozess entzogen würden. Wir denken, dass bisher immer dann gute und mehrheitsfähige Lösungen entstanden und gefunden wurden, wenn sie demokratisch gefällt wurden und auch so abgesichert wurden. Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass es wichtig ist, genügend und rechtzeitig Geld für Klimaschutzmassnahmen zur Verfügung zu stellen, weil Klimaschutz eben nicht gratis zu haben ist.

Darum stellen wir den Antrag auf Überweisung als Anzug.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die Mitte/EVP spricht Andrea Strahm.

*Andrea Strahm (Mitte-EVP):* Swisslos vor Klimaschutz und Biodiversität. Zuschlag für die Elektrifizierung des motorisierten Verkehrs beim Strombezug. Machbarkeitsprüfung Carbon capture and storage (CCS). Energieförderfonds. Das sind einige der Finanzierungswege, wie sie der soeben publizierte Klimaschutz-Aktionsplan 2024 aufzählt. Manche Mittel sind bereits budgetiert, neue Mittel werden ins Budget fliessen, manche werden durch den Aktionsplan ausgelöst, andere nicht. Die Regierung nennt in ihrem Beschluss zur vorliegenden Motion weitere bereits beschlossene Ausgaben, etwa 110 Millionen für die Fernwärme, usw. All diesen Ausgaben gemein ist, dass sie auf dem ordentlichen Weg beschlossen und durch das Parlament genehmigt wurden.

Mit der hier vorliegenden Motion verlangen die Motionäre nun einen Paradigmenwechsel. Der Grosse Rat soll seine Kompetenz an eine Vergabekommission abtreten. Mit anderen Worten, budgetiert würde lediglich noch die Einzahlung an den hier angedachten Fonds. Was einbezahlt werden soll, wird nur vage umrissen. Es würde also an der Regierung liegen, jährlich einen Betrag zu definieren, der in einen Fonds fliessen soll, dessen präzise Verwendung aber nicht klar ist. Damit bestünden zwei Finanzierungsvarianten für die Erreichung der Klimaziele. Die gemäss Aktionsplan geplanten Massnahmen könnten entweder über das übliche Budget oder den Fonds finanziert werden. Dabei ist unergründlich, wie die Mittel vom Fonds in die Projekte fliessen sollen. Muss die Regierung der Kommission einen Budgetantrag stellen? Was, wenn die Kommission den ablehnt, kommt die Ausgabe dann wieder ins Budget des Grossen Rates?

Der Aktionsplan 2024 definiert klar, was wann zur Erreichung der Klimaziele vorgekehrt werden soll und wie die Finanzierung erfolgt. Es ist ein Gesamtkonzept, eine Struktur gegeben. Die Ausführung obliegt der Regierung, die Mittel sind im Budget klar auszuweisen und müssen vom Grossen Rat genehmigt werden. Mit einem Fonds wie dem hier vorgeschlagenen hätten wir eine Parallelinstitution. Wir würden blind Geld in wohl nicht unbeträchtlicher Höhe einer nicht bekannten Kommission zur Verfügung stellen. Diese könnte darüber irgendwie verfügen, zwar wohl im Sinne des Klimaschutzes, aber jeglicher weiteren Kontrolle durch Regierung und Parlament entzogen. Welche Projekte nun mit welchen Mitteln vom Grossen Rat bewilligten oder aus dem Fonds gesprochenen bezahlt werden sollen, ist völlig willkürlich. Kurzum, der ganze Vorschlag ist diffus und intransparent. Mit seiner Realisierung würden die ganzen Verfahren zur Finanzierung der Klimaschutzmassnahmen komplizierter und damit zeitaufwendiger. Das kann nicht im Sinne der Sache sein.

Es ist unerlässlich, dass die ganzen Klimamassnahmen koordiniert und kontrolliert umgesetzt werden. Eine Kommission, die jeder Koordination und Kontrolle durch Parlament und Regierung entzogen ist, trägt die Gefahr in sich, eine gefährliche Eigendynamik zu entwickeln und damit der Klimasache zu schaden. Das so abgezweigte Geld würde der Regierung zur Erreichung der Klimaziele, die sie als zwingende Aufgabe auferlegt erhalten hat, unter Umständen fehlen. Wir riskieren, dass mit viel Geld durch eine Kommission Nice-to-have-Aktionen gestartet werden und andere Massnahmen zurückgestellt werden müssen, weil diesen das Geld fehlt. Was wir im Klimaschutz nun aber am wenigsten brauchen können, sind Verzögerungen. Es muss speditiv koordiniert und kontrolliert gehandelt werden. Wir sind auf dem besten Weg, dies zu erreichen. Gefährden wir dies also nicht, indem wir seltsame Nebenschauplätze errichten.

Ich danke Ihnen dafür, dass Sie die vorliegende Motion nicht der Regierung überweisen, und zwar weder als Motion noch als Anzug.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Luca Urgese spricht für die FDP.

*Luca Urgese (FDP):* Ich kann mich vielem anschliessen, was meine Vorrednerin gesagt hat, aber ich möchte es noch etwas deutlicher sagen. Einen Klimafonds mit Vergabekommission einzuführen, wie er in dieser Motion vorgeschlagen wird, wäre ein krasses Misstrauensvotum gegen dieses Parlament, gegen die Regierung und Verwaltung und letztlich auch gegen das Volk. Und es verwundert mich schon, wie viele Kolleginnen und Kollegen bereit sind, diesen Affront einfach so hinzunehmen.

Wir entscheiden hier drin praktisch jeden Monat über Massnahmen zum Klimaschutz. Wir sprechen hier drin regelmässig grössere finanzielle Beiträge für den Klimaschutz. Ausbau der Fernwärme, Umstellung der BVB-Busflotte auf elektrische Busse, Ausbau der Solaranlagen auf Verwaltungsgebäuden, nur um ein paar Beispiele zu nennen.

Diese Geschäfte hatten in diesem Saal klare Mehrheiten, aber das scheint der Motionärin nicht genug zu sein. Sie will mehr. Sie sagt das ja auch öffentlich und deutlich und da wird die Motion dann eben problematisch. Wir haben in der Klimapolitik auch umstrittene Geschäfte. Geschäfte, bei denen es knapp wird, Geschäfte, bei denen vielleicht sogar das Volk einmal deutlich nein sagt, wenn ich so an die deutliche Ablehnung der Stadtklima-Initiative denke. Und es kann nicht sein, dass wir bei diesen Geschäften beginnen, das Parlament zu umgehen und darauf läuft der Vorschlag schliesslich hinaus, wenn man dem Wortlaut folgt.

Wenn wir eine Vergabekommission schaffen, wie das die Motion will, gibt es in der praktischen Umsetzung so grob zwei Möglichkeiten. Erstens, wir machen das wie beispielsweise beim Mehrwertabgabefonds. Diese Vergabekommission stellt dem Grossen Rat einen Antrag, dann bleibt das Parlament involviert, aber dann ist es ein Misstrauensvotum an den Regierungsrat und die Verwaltung, dass diese nicht in der Lage sind, richtig zu beurteilen, welche Geschäfte sie uns vorlegen sollen und welche nicht. In der Motion steht ja auch noch etwas von fair und unabhängig, im Umkehrschluss, die Motionärin hält den heutigen Prozess für unfair und auf irgendwelchen Abhängigkeiten beruhend. Dann frage ich mich halt, warum sie dann unbedingt Teil dieses Gremiums werden will.

Oder die zweite Möglichkeit, die Kommission entscheidet selber direkt, wie die Fonds-Gelder ausgegeben werden sollen. Und dann ist das nichts anderes, sagen wir es klar und deutlich, als eine Entmachtung dieses Parlaments und letztlich auch des Volkes in Klimaschutzfragen. Und das ist hochgradig undemokratisch. Wir haben das schon gehört oder gelesen bei Klimaaktivisten, die beim Thema Klima gerne die Demokratie ausschalten würden, weil ihnen alles zu langsam und zu wenig in ihrem Sinn vorwärtsgeht. Würde dieses Parlament sich dieser Haltung anschliessen, hätte das aber schon eine ganz neue Qualität und da bin ich froh, dass die SP zumindest so halb zur entsprechenden Einsicht gekommen ist. Und es ist auch nicht dasselbe wie die Fachkommissionen, die wir im Kulturbereich kennen. Dort geht es a) um kleinere Beiträge und b) sind die Förderentscheide dort politisch nicht umstritten. Das ist doch eine grosse und ziemlich relevante Differenz.

Wir haben vom Regierungsrat einen Klimaschutz-Aktionsplan vorgelegt bekommen. Eine lange Liste von geplanten Massnahmen inklusive Preisschild, welches so nebenbei deutlich tiefer ist, als Sie behaupten, 3,6 Milliarden. Über die dort vorgeschlagenen Massnahmen soll hier drin entschieden werden. Hier werden die Mehrheiten in der Bevölkerung abgebildet, hier ist das relevante demokratische Gremium, welches über Massnahmen zum Klimaschutz in einer Gesamtabwägung zu anderen berechtigten Interessen entscheiden soll und muss.

Und dann noch das Argument der Planungssicherheit. Es gibt diesbezüglich für die betroffenen Akteure keinen Unterschied zwischen Vergabekommission und Grossem Rat. Solange es ein Gremium gibt, das entscheidet, hat man keine bessere Planungssicherheit. Wenn es objektive Kriterien gibt, also wenn das und das der Fall ist, dann gibt es Franken X, dann haben Sie Planungssicherheit, aber dann brauchen Sie auch keine Vergabekommission und sonst hat man immer erst dann Sicherheit, wenn das Gremium entschieden hat.

Wie bitten Sie also mit Nachdruck, die demokratischen Rechte dieses Parlaments und des Volkes zu wahren und die Motion nicht zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Oliver Thommen. Sie wird angenommen.

*Oliver Thommen (GAB):* Ihre Sorge um das Klima und um die Demokratie, ich habe fast Tränen bekommen. Meine Frage ist, Sie haben den Klimaaktionsplan genannt, dort werden ja verschiedenste Töpfe geschaffen und Fonds, unter anderem auch einen Scope-3-Treibhausgas-Fonds. Werden Sie diese Massnahmen dann alle ablehnen, weil das alles so undemokratisch und nicht funktionabel ist?

*Luca Urgese (FDP):* Wir werden das sehr kritisch anschauen und schauen, wie da die demokratischen Rechte des Parlaments gewahrt werden. Es kann einfach nicht sein, dass man einen Fonds mit Geld speist und dann sagt, ja, die Vergabekommission weiss dann schon, was gut und recht ist. Das lehnen wir ab.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir fahren um 15 Uhr fort mit diesem Traktandum. Einen schönen Mittag.

**Schluss der 32. Sitzung**

12:00 Uhr

# Protokoll

der 33. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 23. Oktober 2024, um 15:00 Uhr

| | |
|---|---|
| **Vorsitz:** | *Claudio Miozzari, Grossratspräsident* |
| **Protokoll:** | *Beat Flury, I. Ratssekretär*<br>*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*<br>*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung* |
| **Abwesende:** | Lukas Faesch (LDP). |

## Verhandlungsgegenstände:

30. Motion Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds "New Green Deal für Basel" (NGDB), Stellungnahme des RR" ..... 3
31. Antrag Claudia Baumgartner und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Massnahmen zur Aufwertung der beiden ehemaligen Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft (Volles Ständerecht), Stellungnahme des RR ..... 5
32. Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Schaffung eines Bio-Stadt-Labels, Schreiben des RR .. 10
33. Anzug Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Strategie für die Stadtentwicklung im Kleinbasel (Webergasse, Claraplatz, Claramatte), Schreiben des RR ..... 11
34. Gleichstellungsplan des Kantons Basel-Stadt Erarbeitung und Umsetzung, Bericht des RR ..... 14
34.1. Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend einer kantonalen Gleichstellungsstrategie 2030, Bericht des RR ..... 18
35. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend ungültige Stimmen vermeiden – Wahlunterlagen anpassen, Stellungnahme des RR ..... 19
36. Anzug Johannes Sieber und Konsorten betreffend Stärkung der Teilhabe an Kultur durch Ausbau und Konsolidierung des Angebots der «KulturLegi», Schreiben des RR ..... 19
37. Motion Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend ganzheitliche Sexualaufklärung im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR ..... 20
38. Motion Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Gleichbehandlung der nachobligatorischen Schulzeit in Sachen Familienurlaub, Stellungnahme des RR ..... 21
39. Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Beteiligung des Kantons Basel-Stadt am ICT Scouts/Campus, Schreiben des RR ..... 22
40. Anzug Franziska Roth und Konsorten betreffend bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Familien mit behinderten und chronisch kranken Kindern, Schreiben des RR ..... 22
41. Antrag Fina Girard und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+, Stellungnahme des RR ..... 23
42. Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend Erlass eines Musikschulgesetzes, Stellungnahme des RR ..... 23
43. Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Beleuchtung und Randmarkierungen auf Velowegen und -routen durch ein smartes Beleuchtungssystem, Schreiben des RR ..... 25
44. Anzug Laurin Hoppler und Konsorten quartierbezogene autofreie Tage um die nachhaltige Mobilität stärker in die Bevölkerung zu tragen, Schreiben des RR ..... 28
45. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend ‘Trees in Cities Challenge’ – Noch mehr Bäume für Basel, Schreiben des RR ..... 28
46. Anzug Pascal Messerli und Oliver Thommen betreffend Förderung des Baumbestands, Schreiben des RR ..... 28
47. Motion Daniel Albietz und Konsorten betreffend faires Inventarisierungsverfahren, Stellungnahme des RR ..... 30

48. Motion Jörg Vitelli und Konsorten Motion betreffend kein Zubringer Allschwil ohne Bachgrabentram, Stellungnahme des RR ..... 32
49. Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Velosicherheitsmassnahmen in der Neubadstrasse, Schreiben des RR ..... 33
50. Anzug Michael Hug und Konsorten betreffend Wiederaufnahme der Planung eines Tram-Schiffsverkehrs ("Vaporetto") auf dem Rhein, Schreiben des RR" ..... 33
51. Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Untertunnelung und Finanzierung der gesamten Osttangente durch das Stadtgebiet - A2 Underground - the way to the future, Stellungnahme des RR .... 36
52. Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend Anwohnerparkkartengebühren nach beanspruchter Parkfläche, Schreiben des RR ..... 37
53. Motion Raffaela Hanauer und Konsorten betreffend Konzept für Baumpflanzungen sowie Begrünungs- und Entsiegelungsmassnahmen gegen die Sommerhitze, Stellungnahme des RR ..... 38
54. Motion Lukas Bollack und Konsorten betreffend Erhöhung der Baumkronenbedeckung im Siedlungsgebiet, Stellungnahme des RR ..... 40

**Beginn der 33. Sitzung**

Mittwoch, 23. Oktober 2024, 15:00 Uhr

## 30. Motion Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds "New Green Deal für Basel" (NGDB), Stellungnahme des RR"

[23.10.24 15:00:40, 24.5177.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Ich begrüsse Sie ganz herzlich zu unserer Nachmittagssitzung und bitte Sie um Ihre Aufmerksamkeit. Ich habe Ihnen vorerst eine Mitteilung zu machen. Diese Woche besuchen uns acht Klassen der bikantonalen Berufsfachschule Gesundheit in Münchenstein und drei der Klassen darf ich heute Nachmittag auf der Tribüne begrüssen, zwei davon habe ich auch schon gesprochen bei uns im Rathauskeller. Das war sehr interessant. Ich danke für die spannenden Fragen. Lehrperson ins Benjamin Walter. Schön, machen Sie eine Ausbildung im Gesundheitsbereich und schön, dass Sie sich für die Basler Politik interessieren. Herzlich willkommen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir sind stehengeblieben bei der Beratung von Traktandum 30, Motion Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds New Green Deal für Basel.

Die Anträge auf Nichtüberweisen Anzug und Motion wurden bereits gestellt und wir fahren fort mit den Fraktionssprechenden, und da ist Tobias Christ für die GLP an der Reihe. Er hat das Wort.

*Tobias Christ (GLP):* Bei der ersten Überweisung waren wir uns in der GLP nicht ganz einig, inwiefern das sinnvoll sein könnte. Wir waren uns aber einig, dass es Sinn macht, dass der Regierungsrat dazu berichtet. Wir danken der Regierung, dass sie das gemacht hat und haben uns auch überzeugen lassen, dass die Motion in dieser Form nicht sinnvoll weiterzuverfolgen ist. Insofern folgen wie hier der Regierung und werden die Motion nicht mehr überweisen.

Einige von uns, namentlich ich, die dieser Idee grundsätzlich positiv gegenübergestanden sind, hätten sich gewünscht, dass in der Beantwortung noch ein bisschen stärker der Blick aufgemacht wird, nicht nur kritisiert wird, warum diese Motion hier nicht sinnvoll ist. Wie gesagt, davon sind wir jetzt überzeugt, namentlich auch, weil mit dem mit dem Paket zur Standortförderung schon etwas auf dem Tisch liegt, das wir bald behandelt werden im Rat. Aber darüber hinaus denken wir, wird es doch noch Sachen brauchen. Ich spreche jetzt nicht mehr für die Fraktion, sondern nur noch in meinem Namen. Ich bin offen dafür, neue Ideen weiterzudenken, neue Ideen zu skizzieren und allenfalls eine Neuauflage zu machen, die vielleicht weniger auf die Bereitstellung von finanziellen Mitteln setzt, sondern eher in Richtung einer Lenkungsabgabe geht.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die Fraktion SVP spricht Lorenz Amiet.

*Lorenz Amiet (SVP):* Fast jeder Vorschlag, wie die Dekarbonisierung im Hinblick auf das Ziel Netto Null 2037 umgesetzt werden könnte, findet hier drin eine Mehrheit. Vorschläge aus der Verwaltung, von Experten, Vorschläge aus unserer Mitte, politische Vorschläge, technokratische Vorschläge, es spielt keine Rolle. Es spielt auch keine Rolle, ob ich diese Vorschläge immer gut oder schlecht finde. Wenn sie eine Mehrheit finden, sind sie demokratisch legitimiert.

Es findet hier drin ein öffentlicher Diskurs statt vor den Medien, die Öffentlichkeit sieht, was beraten wird, sieht, wer was denkt. Nun, mit dieser Idee, wenn wir diese als Motion überweisen, wird all das abgeschafft. Es ist eine Selbstkasteiung, und wir werfen unsere Kompetenzen als Parlament zum Fenster hinaus. Ich bin froh, dass auch die SP das so sieht und damit die Motion voraussichtlich vom Tisch sein dürfte.

Warum wollen wir von der SVP das auch nicht als Anzug überweisen? Wir sehen schlicht den Mehrwert gegenüber den bestehenden Prozessen nicht, denn die gleiche Regierung, welche uns das Budget vorlegt, würde auch ihre Ideen zu diesem Anzug vorlegen, vermutlich mit den gleichen Antworten auf die gleichen Fragen. Das gleiche Parlament, welches das Budget berät und am Schluss bewilligt, könnte dann auch über den Anzug oder die Anzugsbeantwortungen befinden. Also sprich, es

gibt Doppelspurigkeiten ohne Mehrwert. Aus diesem Grund bitte ich Sie, auch den Anzug nicht zu überweisen, sondern das Ganze abzuschreiben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Als Einzelsprecherin hat sich Anina Ineichen gemeldet.

*Anina Ineichen (GAB):* Ich habe Ihnen zugehört, so gut es möglich war, aber ich weiss auch, Fonds sind nicht unbeliebt im Kanton. Wir haben im Moment bei der WAK eine OECD-Vorlage, welche vorsieht, dass das Geld in einen Fonds fliesst. Wir haben bereits diverse Fonds, welche wir gerne bedienen und aus welchen wir uns gern bedienen. Wir planen in der Klimastrategie offenbar neue Fonds, oder es werden zumindest solche vorgeschlagen. Daraus entnehme ich, Fonds müssen auch etwas Positives haben.

Ich selber sehe viel Positives in Fonds. Fonds garantieren, dass das Geld, das dort drin ist, auch verwendet wird für die Zwecke, die vorgesehen sind, und es garantiert, dass auch bei mal nicht so guten Kantonsfinanzen das Geld vorhanden ist für wichtige Sachen wie beispielsweise die Klimakrise. Ein Fonds würde auch Transparenz schaffen und den Überblick erleichtern. Das ist demokratiepolitisch wichtig, weil man dann aus einer Hand sieht, wie viel Geld für was eingesetzt wird.

Zum Schluss noch etwas: Eine Motion hat einen Text und eine Motion hat eine Forderung. Was umgesetzt werden muss, ist die Forderung. Vorliegend geht es um die Einrichtung eines Klimafonds. Alles andere sind Vorschläge. Ich habe entnommen, der Grosse Rat und die Regierung sind nicht begeistert von diesem Vorschlag. Es würde der Regierung selbstverständlich frei stehen, diese nicht so umzusetzen. Umgesetzt werden müsste einfach dieser Klimafonds. Das ist die Forderung, mehr ist das nicht.

Ich würde es immer noch begrüssen, wenn Sie es als Motion oder zumindest als Anzug überweisen würden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an die Vertreterin des Regierungsrats Tanja Soland.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Sie haben die Argumente jetzt noch einmal dargelegt, wir haben sie Ihnen auch schriftlich gegeben. Ich möchte hier einfach noch einmal diese Diskussion um den Fonds aufnehme n. Ein Fonds kann Sinn machen, aber nicht immer. Und ich bin der Meinung, beim Standortpaket ist das sehr sinnvoll, weil wir dort ja unsere Erfolgsrechnung nicht ganz durcheinander bringen möchten. Mit jedem Mal 100 oder 200 Millionen Mehreinnahmen und wieder Ausgaben wäre das sehr schwierig für unsere Budgetierung und für die Rechnung. Das ist vor allem ein finanzrechtlicher Grund. Ein anderer Grund ist, dass die Mittel dort begrenzt sein müssen, denn sonst ist es uferlos und der Fonds hilft das auch zu begrenzen

Sie sagen, die Gelder werden nur für das ausgegeben. Ja, die Gefahr besteht – das sehen wir auch bei anderen Fonds -, dass man, wenn man das Geld nicht gerade ausgeben kann, irgend etwas sucht, und das macht doch keinen Sinn. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir bei diesem Thema je etwas blockiert haben. Es scheint mir eher alles, was von der Regierung kommt, wird auch gutgeheissen oder sogar noch mehr. Das scheint mir kein Problem zu sein, die Vorlagen, die Sinn machen, dann auch zu finanzieren. Aber man soll sich überlegen, wie viel Geld braucht es, und nicht einfach das Geld werfen. Da habe ich als Finanzdirektorin immer Angst, Fonds sind immer etwas heikel. Wenn das Geld einfach parkiert wird, ist das eine grosse Belastung für das Budget, und das wollen wir auch nicht.

Wir haben die Gelder immer bereitgestellt. Ich sehe also das Problem nicht und bitte Sie deshalb, den Vorstoss nicht zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Jessica Brandenburger beantragt Überweisung als Anzug, Harald Friedl beantragt Überweisung als Motion.

Es findet nun zuerst eine Eventualabstimmung statt, ob wir das Geschäft als Anzug oder als Motion weiterverfolgen.

**Eventualabstimmung**

JA heisst Umwandlung in einen Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

**Ergebnis der Abstimmung**

**75 Ja, 17 Nein, 0 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004621, 23.10.24 15:11:07]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

Weiterbehandlung als Anzug

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Geschäft wird als Anzug weiterbehandelt,. es liegen 75 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung vor.

Der Regierungsrat beantragt, wie erläutert, Nichtüberweisung. Wir kommen zur Schlussabstimmung zu diesem Geschäft.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Geschäft wurde nicht überwiesen mit 48 Nein-Stimmen gegen 45 Ja-Stimmen, bei einer Enthaltung.

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung als Anzug NEIN heisst Nichtüberweisung

**Ergebnis der Abstimmung**

**45 Ja, 48 Nein, 1 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004623, ]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug nicht zu überweisen

## 31. Antrag Claudia Baumgartner und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Massnahmen zur Aufwertung der beiden ehemaligen Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft (Volles Ständerecht), Stellungnahme des RR

[23.10.24 15:12:02, 23.5642.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, die Standesinitiative einzureichen.

Regierungspräsident Conradin Cramer verzichtet auf ein erstes Votum. Damit kommen wir zu den Fraktionen und da hat sich David Jenny gemeldet.

*David Jenny (FDP):* Wir beantragen Ihnen Nichtüberweisung. Der letzte Nationalratswahlkampf ist schon lange abgeschossen und das war wirklich ein GLP-Wahlkampfgag. Katja Christ hat ein entsprechendes Postulat eingereicht. Das wurde beerdigt im Nationalrat. Die Haltung des Bundesrates musste unser Bundesrat Beat Jans vertreten, und er ist also nicht in Ausstand getreten und gesagt, er mache Gewissensgründe geltend und könne hier dem Bundesrat nicht vertreten. Er hat Folgendes gesagt: Der Bundesrat hat stets eine konstante Haltung zur Frage der ehemaligen Halbkantonen gezeigt. Nach wie vor ist der Bundesrat der Ansicht, dass keine neuen Erkenntnisse vorliegen, die das bestehende Gleichgewicht zwischen den Kantonen ändern könnten. Eine Änderung des Status nur vom Basel-Stadt und Basel-Landschaft würden zudem das Feld für viele weitere Fragen öffnen und von den anderen Kantonen wahrscheinlich nicht akzeptiert werden.

Die Autorin des Postulates hat es erwähnt, die Schaffung des Kantons Jura in den Siebzigerjahren hätte zu einer neuen Ordnung des Föderalismus führen können. Sie tat es aber nicht. Der Nationalrat hat mit 118 gegen 66 Stimmen abgelehnt. Ich glaube, das würde sich auch nicht ändern, wenn man jetzt alle früheren Halbkantone einbeziehen würde. Die Meinungen in Bern sind gemacht, das kann man bedauern oder das kann man nicht bedauern, ausserhalb einer grundsätzlichen Neuordnung der Verhältnissen in unserem Bundesstaat, etwa ein Modell, wie es in Deutschland gilt im Bundesrat, ist wirklich illusorisch. Und eine solche Änderung ist nicht auf der Tagesordnung. Wir machen uns wirklich nur lächerlich. Wir sind ein trotzendes Kind, wenn wir diese Standesinitiative jetzt überweisen. Und warum die Regierung meint, Sie wolle da populistisch mitmachen, ist es mir auch unerfindlich.

Ich will jetzt nicht gross inhaltlich argumentieren, aber ich meine der verstorbene Hans-Ruedi Gysin jubeliert im Himmel, wenn wir das überweisen. Das einzige Ziel, dass damit verfolgt wird, ist, dass wir alle Hoffnung auf eine Fusion oder so aufgeben und ich meine immer noch, eine Fusion unserer beiden Kantone ist wahrscheinlicher in den nächsten 30 Jahren als eine Neuordnung unseres ganzen föderalistischen Systems. Und ich bitte Sie wirklich, das zu bedenken und diesen GLP-Wahlkampfgag endgültig zu versenken.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SVP spricht Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Ich kann nahtlos weitermachen, wo David Jenny aufgehört hat. Wir haben es schon damals einen unsinnigen Wahlkampfgag gefunden. Daran hat sich nichts geändert. Es ist ein Vorstoss für die Galerie. Es gibt im Bundeshaus eine Galerie des Alpes. Vielleicht gehört dieser Vorstoss dorthin bei einem Glas Weisswein, aber er gehört sicherlich nicht als Standesinitiative an die eidgenössischen Räte übermittelt. Und ich muss David Jenny schon sehr unterstützen, ich bin auch ein wenig irritiert über die Ausführungen des Regierungsrates, der sich nun hier für diese Standesinitiative ausspricht. Ich muss den Regierungsrat, er ist ja in Form des Regierungspräsidenten hier anwesend, schon auch fragen: Was erhoffen Sie sich davon, wenn Sie dafür nach Bern in eine vorberatende Kommission eingeladen werden? Da machen Sie sich entweder lächerlich oder aber Sie haben einfach Ihre Zeit verschwendet, weil die Ausgangslage ist ja aufgrund dieses klaren Entscheides des Nationalrates mit 118 zu 66 bei 10 Enthaltungen nicht veränderbar. wenn Regierungspräsident Conradin Cramer mit seinem zweifelsohne grossen rhetorischen Talent in einer Ständerats- oder Nationalratskommission zu dieser Standesinitiative vorsprechen würde. Das ist nun wirklich ein Trotzen, wenn wir das nun auch aufgrund dieses erst sehr kurzfristigen oder noch nicht sehr alten Beschlusses des Nationalrates auf einen Vorstoss Ihrer Kollegin, von Frau Nationalrätin KatjaChrist, nun auf diesem Wege noch einmal probieren.

Und die Regierung geht ja in ihrer Stellungnahme sogar noch einen Schritt weiter. Das irritiert mich dann ganz besonders. Sie sagt, eigentlich müsste jeder Kanton, weil es ja die Halbkantone nicht mehr gibt, ein volles Standesrecht bekommen. Ja aber sind Sie sich bewusst, was Sie damit eigentlich anstellen würden? Mir wäre das vielleicht sogar noch recht, wenn die Kantone Appenzell Inner- Ausserrhoden, Nidwalden und Obwalden ein volles Standesrecht bekommen würden, dann wären die Vertretungen im Ständerat noch deutlich bürgerlicher, weil die Mehrheit dieser Sitze dann wahrscheinlich nicht den Linken, sondern in bürgerlichen Händen wären. Aber das ist ja dann nicht das Ziel, das sie eigentlich wollten, nicht wegen der parteipolitischen Zusammensetzung, sondern mehr auch wegen der Zusammensetzung des Ständerates, was das Gewicht der Städte anbelangt. Dieses Gewicht würde ja mit der Überlegung des Regierungsrates in seiner Antwort auf den Antrag der Standinitiative von Claudia Baumgartner sogar noch geschwächt werden, wenn wir von sechs ehemaligen Halbkantonen nun dann zumindest vier klare hätten, die sicherlich nicht städteorientiert sind und mit dem Kanton Basel-Landschaft ein Kanton, der auch nicht in seiner Gesamtheit besonders städteorientiert ist, zumindest dann nicht, wenn es um Zahlungen an diese Stadt geht.

Also Sie erreichen damit nichts im Sinne der Standesinitiative, weil der Nationalrat diese Standesinitiative erst vor kurzem in anderen Form in Form eines Vorstosses von Frau Nationalrätin Katja Christ abgelehnt hat, und wenn Sie ihn aber trotzdem überweisen möchten mit der Argumentation des Regierungsrates in seiner Antwort auf diesen Antrag, erreichen Sie fast langfristig eben genau das, was Sie wahrscheinlich eben nicht wollten. Die Stärkung des Kantons Basel-Stadt wird damit nicht erreicht werden, sondern Sie erreichen eine Stärkung der ländlichen Schweiz im Ständerat. Und ich glaube nicht, dass Ihnen dieses Ansinnen besonders wichtig erscheint.

Die Diskussion über das volle Ständerecht für diese sechs Kantone kann auch nicht über eine Standesinitiative eines betroffenen Kantons in erster Linie in einem Kantonsparlament geführt werden. Das muss mittel- und langfristig, wenn man das möchte, an anderer Stelle in den eidgenössischen Räten erfolgen. Hier wissen wir aber auch, David Jenny würde das wahrscheinlich unterschreiben, dass auch hierzu die Erfolgsaussichten eher gering sind, weil die Mehrheit der Kantone, die das ja dann ablehnen würde, nicht eine andere Mehrheit wäre wie die heutige.

Deshalb bitte ich Sie im Namen meiner Fraktion, auf diesen Antrag zur Einreichung einer Staatsinitiative zu verzichten und ich möchte wirklich auch den Regierungsrat bitten, wenn er sich schon über die Last der Vorstösse, die wir hier einreichen oder behandeln, teilweise beklagt, es dann nicht noch selber zu verschlimmern, indem er Vorstösse weiterbehandeln möchte, von denen er schon weiss, dass sie ohne Chance an der nächsten Stelle beim Adressaten sind.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für das GAB spricht Oliver Thommen.

*Oliver Thommen (GAB):* Sie haben Recht, wir sind wie Sisyphos am Berg und haben einen Stein heraufzuschieben, und er ist schon einige Male wieder heruntergefallen. Und vielleicht fällt er auch dieses Mal wieder herunter und wir müssen ihn wieder raufschieben, und er fällt vielleicht noch einmal herunter und wir müssen ihn wieder hinaufschreiben, und er fällt vielleicht wieder herunter. Denn es wird nicht rechtens, wenn es so bleibt wie es ist, nur weil es so ist wie es ist.

Darum nehmen wir diesen Stein, schieben ihn noch einmal hinauf und wer weiss, vielleicht entfaltet sich dieses Mal etwas in der Kultur auf der anderen Seite und wir müssen ihn nicht wieder hochschieben. Und wenn dann halt alle sechs Halbkantone ein vollständiges Recht haben, dann freue ich mich für Sie oder Ihre Partei, dann haben Sie vielleicht ein bisschen mehr Macht im Ständerat. Aber alle sind dann gleichgestellt und wir können vielleicht dann auch in eine neu organisierte Zukunft schauen, die gerecht ist für alle.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SP spricht Hanna Bay.

*Hanna Bay (SP):* Ich kann mich kurz halten. Natürlich müssen wir uns keine Illusionen machen. Diese Standesinitiative wird nicht dazu führen, dass der Kanton Basel-Stadt noch der Kanton Basel-Landschaft noch irgendein anderer Kanton, der es bis anhin nicht hat, das volle Standesrecht hat. Das Postulat von Katja Christ wurde mit aller Klarheit abgelehnt.

Vielleicht einfach kurz, wieso die SP diesen Antrag dennoch unterstützt: Weil das Anliegen im Kern richtig ist. Es ist für mich auch ein bisschen eine Eigenheit als ursprüngliche Bündnerin, dass sich Basel-Stadt immer darüber beklagt, dass man in den nationalen Parlamenten, dass man in Bundesbern zu wenig Gehör hat. Dann müssen wir doch jetzt Ja sagen, allein schon aus symbolischen Gründen. Ich fände es wirklich komisch, wenn man jetzt hier diesen Antrag ablehnt, auch wenn vielleicht David Jenny und seine Kollegen im Kern Recht hatten, dass sich an der Ausgangslage nichts ändern wird.

Genau daher bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen und vielleicht hat Oliver Thommen Recht, vielleicht kullert der Stein irgendwo anders herunter. Dann wäre es auch richtig und schön, und sonst: Steter Tropfen höhlt ein Stein.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die GLP spricht Claudia Baumgartner.

*Claudia Baumgartner (GLP):* Einmal mehr danke ich für diese kurze, aber angeregte Debatte, und ich freue mich, dass auch der Regierungsrat in der zweiten Runde bereit ist, dieses Anliegen zu unterstützen.

Ich persönlich verstehe auch nicht, wieso man hier jetzt nicht aus Prinzip dafür sein kann, denn selbstverständlich ist das für mich ein politischer Kopfschuss, wenn ich sagen würde, ich gebe halt einfach auf, weil ich weiss, dass die Chancen gering sind. Wir wissen von vielen Geschichten, wie lange Jahrzehnte sie in der Schweiz brauchten, bis sie endlich zum Durchbruch kamen. Auch was betreffend Bundesrat Beat Jans gesagt wurde: Ja logisch, er musste das Dossier übernehmen von Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider, bemerkenswerterweise selber Vertreterin aus dem Kanton Jura im Bundesrat. Es ist logisch, dass Beat Jans gesagt hat, dass er da jetzt durch muss. Es ist schon klar, wie er selber sich persönlich dazu stellt. Man kann auch weiterhin hoffen,. dass Basel-Landschaft und Basel-Stadt irgendwann mal zu einem Vollkanton zusammenkommen würden. Ich glaube nicht daran, und ich glaube, man müsste jetzt wirklich endlich mal dieses Ungleichgewicht, das in der Verfassung immer noch steht, aufheben. Denn seit bald 200 Jahren leben wir zwei ehemaligen Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft mit zwischenzeitlich keiner sachlich, geschweige den juristisch haltbaren Begründung weiterhin mit nur der hälftigen Ständevertretung auf Bundesebene beziehungsweise bei Volksabstimmungen mit obligatorischem Ständemehr.

Seit bald einem Vierteljahrhundert leben wir mit einer total revidierten Bundesverfassung, die hinsichtlich der Gleichbehandlung aller bundesstaatlichen Gliedstaaten bewusst nicht konsequent zu Ende formuliert wurde, sondern sich mit Kosmetik begnügen musste. Als fortschrittliche Demokratie rühmen wir uns, Gleichberechtigung und Partizipation auf allen Ebenen zu fördern, Minoritäten besser zu inkludieren, der individuellen Chancengleichheit mit auch staatlicher Unterstützung Vorschub zu leisten und Diskriminierung jeglicher Art zu bekämpfen. Überall schauen wir glücklicherweise heutzutage hin und gehen Missstände aktiv an. Wir sind angesichts der aktuellen geopolitischen Lage sogar bereit, unsere heiligste Kuh, die schweizerische Neutralität, im Interesse einer Einbindung in die internationale Staatengemeinschaft neu zu denken und vielleicht sogar alte Zöpfe abzuschneiden.

Überall also machen wir uns als Gesellschaft gleichstellungspolitisch fit für die Zukunft, nur wenn es um die gleiche Thematik innerhalb unseres eigenen Staatswesens geht, schauen wir seit ewigen Zeiten gerne weg und nehmen diese bundesverfassungsmässig postulierte Diskriminierung der sechs ehemaligen Halbkantone weiterhin in Kauf. Ja, ich habe es schon letztes Mal gesagt, natürlich bin ich aus Prinzip auch dafür, dass es um die anderen vier ehemaligen Halbkantone geht. Es geht mir nicht darum, dass wir jetzt auch Basel besser stellen wollen und deswegen ist es auch ganz klar kein Wahlkampfthema, das Katja Christ letztes Jahr betrieben hat und selbstverständlich werden wir deswegen auf kantonaler Ebene nachdoppeln.

Ich weiss nicht, ob die Haltung, die wir im Moment haben, von einer reifen, modernen Nation zeugt. Nur weil es allenfalls etwas schwierige Diskussionen gibt, scheuen wir seit ewigen Zeiten, dieses Thema jetzt anzufassen. Und wieso sollen Gliedstaaten nicht in allen Belangen gleichbehandelt werden, da wo Gleiches gleich zu behandeln ist? Ist dieses Beharren auf einem staatsrechtlich und politischen Defizit angesichts unserer gemeinsamen heutigen Herausforderungen klug? Dieses Hoffen, dass bitte alles beim Alten bleiben möge und man mit Wegschauen das Problem lösen könnte, kommt mir manchmal schon ein bisschen vor wie das Märchen des Kaisers neue Kleider.

Eine Klammerbemerkung nebenbei: Auch 2025 werden drei ehemalige Halbkantone Nidwalden, Obwalden und Basel-Stadt auch weiterhin voll in den nationalen Finanzausgleich einzahlen, und ich denke nicht, dass wir hier von Zwängerei oder unterwürfigem Betteln sprechen müssen, wenn wir dieses Geschäft - und dabei geht es mir wirklich um das Prinzip – nun ein weiteres Mal aufbringen. Ja natürlich, seit der letzten Anfrage aus dem Appenzell gibt es logischerweise keine neuen Erkenntnisse. Die neue Faktenlage müsste eben endlich auf Bundesebene geschaffen werden, und ich wünschte mir nun, dass auf Bundesebene mehr Bewusstsein für dieses Ungleichgewicht und zumindest eine Dialogbereitschaft gegenüber dieser Thematik besteht. Ich möchte, dass wir irgendwie auch mit unserem Bundesstaat hier ins 21. Jahrhundert kommen.

Deshalb ist es wirklich ein staatspolitisches und juristisches Unding auf höchster demokratischer Ebene, und das würden wir gerne abschaffen. Wir Grünliberalen danken weiterhin für Ihren Mut zu mehr Demokratie auch bei dieser Zweitüberweisung.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es gibt Zwischenfragen von David Jenny und Joël Tühring. Sie werden angenommen.

*David Jenny (FDP):* Wenn geschichtliche Argumente für Sie demokratiepolitisch ein Unding sind, halten Sie es immer noch vertretbar, dass der Kanton Zürich im Vergleich zum Kanton Uri (Bevölkerung Faktor 40 zu 1) das gleiche Gewicht im Ständerat hat und bezüglich Ständemehr Uri wie Zürich?

*Claudia Baumgartner (GLP):* Ja finde ich schon, denn wir rechnen ja im Nationalrat genau nach diesen demografischen Verhältnissen, wer wie viele Stimmen zugute hat. Im Ständerat sind wir alle gleich gross.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Zwischenfrage von Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Sie haben jetzt ganz viel von Gerechtigkeit und Diskriminierung gesprochen. Ist Ihnen bewusst, dass, wenn sämtliche Halbkantone zu einem Vollkanton werden, die lateinische Schweiz noch mehr in der Minderheit wäre, als jetzt?

*Claudia Baumgartner (GLP):* Auch da kann ich wieder gleich antworten, es gibt verschiedene Kriterien, aber die sind alle nicht messbar. Messbar wäre, wenn im Ständerat einfach gelten würde 2, 2, 2 für alle.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Joël Tühring ist an der Reihe.

*Joël Thüring (SVP):* Ich möchte Sie trotzdem noch einmal fragen: Was wollen Sie denn einem Nationalrat oder Ständerat sagen, weshalb er jetzt für diesen Vorschlag sein soll, nachdem er ihn erst vor gut einem Jahr abgelehnt hat? Wie wollen Sie ihn denn überzeugen?

*Claudia Baumgartner (GLP):* Ich bin überzeugt, dass unsere Regierung in Bern die richtigen Argumente finden wird.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Dann geben wir doch dem Regierungsrat das Wort. Es spricht Regierungspräsidebt Conradin Cramer.

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Vielen Dank für das Vertrauen, dass wir es dann schon richten werden. Wir hatten ja diese kontroverse Diskussion schon in der Februarsitzung geführt , und die Meinungen sind teilweise auch durch die Parteien geteilt. Am Schluss war es dann aber doch eine sehr komfortable Mehrheit von Ihnen, welche die Standesinitiative überwiesen hat, und der Regierungsrat hat von Anfang an signalisiert, dass er bereit ist, diese Standesinitiative auch mitzutragen, entgegenzunehmen und dies aus inhaltlichen Gründen. Wir sind im Regierungsrat schon überzeugt, dass alle Kantone nicht nur die gleichen Pflichten, sondern auch die gleichen Rechte haben sollten und empfinden es als eine Benachteiligung, eine seit 200 Jahren andauernde Benachteiligung, dass Basel-Stadt als Kanton nur eine halbe Standesstimme in Bern und auch sonst bei Standesstimmenfragen hat. Die Situation ist ja umso mehr unverständlich, als der Kanton Jura als neu gebildeter Kanton auch das volle Ständerecht erhalten hat.

Inwiefern das alles ja auch für die anderen ehemaligen Halbkantone gilt, das kann hier offen bleiben. Wir reden jetzt hier über die Standesinitiative, die Basel-Stadt und Basel-Landschaft betrifft. Ich glaube nicht, dass eine mögliche Wiedervereinigung in wohl eher fernerer Zukunft gehindert wird, wenn beide Kantone ein volles Ständerecht haben. Wenn die Bevölkerung in Basel-Stadt und in Basel-Landschaft eine Wiedervereinigung mehrheitlich möchte, dann wird sie sich nicht daran hindern lassen, dass sie dann zusammen nur noch zwei statt dann wie bisher vier Ständeräte hätte. Ich glaube, da sind dann stärkere Kräfte im Spiel. Jedenfalls ist für den Regierungsrat klarerweise die Wiedervereinigung weiterhin eine historische Perspektive, die es weiter zu verfolgen gibt.

JoëlThüring hat gesagt, dass wir uns da quasi lächerlich in Bern machen, wenn wir da hinfahren. Das ist, meine ich, mehr eine polittaktische Frage, wie oft man in gewissen Themen auch mit dem Kopf gegen die Wand rennen muss, bis sich die Wand dann doch irgendwie verschiebt. Es gibt viele historische Beispiele in wichtigen Fragen, die auch hier oft angerufen werden, wo es so war, dass viele verschiedene Versuche über Jahrzehnte unternommen werden mussten, bis man dann zum politischen Erfolg kam. Vielleicht ist das hier auch so ein Beispiel. Mir wäre es jedenfalls nicht peinlich und auch keine Pein, nach Bern zu fahren, zumal ich das ja treuhänderisch für Sie alle tun würde. Ich glaube auch, ich müsste da gar nicht so viele rhetorische Register ziehen, weil die Argumente, finde ich, inhaltlich schon sehr gut sind und eine Zeitverschwendung ist es auch nie, in Bern für Interessen von Basel zu lobbyieren. Also ich würde das gerne machen, und da müssen Sie sich keine Sorgen um meinen Terminkalender oder mein Peinlichkeitsempfinden machen, im Gegenteil.

Der Regierungsrat ist bereit, die Standesinitiative der vereinigten Bundesversammlung zu übermitteln und dann zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft auch in Bern zu vertreten.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es sind wieder Joël Thüring und David Jenny, die eine Zwischenfrage stellen möchten. Sie werden angenommen. Zuerst Joël Tühring.

*Joël Thüring (SVP):* Ich bin sicher, dass die Reisen nach Bern immer schön sind, aber ich möchte jetzt trotzdem noch einmal konkret Nachfrage stellen: Welches Argument können Sie jetzt vorbringen, das den Nationalrat und den Ständerat überzeugen wird, welches Katja Christ nicht vorbringen konnte. Können Sie mir bitte das schlagende Argument nennen, für welches es sich lohnt nach Bern zu reisen?

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Ein neues Argument gibt es nicht, aber die alten Argumente bleiben gut.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* David Jenny hat das Wort.

*David Jenny (FDP):* Werden Sie zumindest einen Velohelm tragen, damit Ihr für unseren Kanton wertvoller Kopf nicht an den Berner Mauern allzu sehr beschädigt wird?

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Wenn ich nicht mit dem Velo nach Bern fahren muss, kann ich einen Velohelm tragen.

*Johannes Sieber (GLP):* Eigentlich wollte ich die Frage Joël Thüring die Frage stellen, aber Sie wissen es vielleicht auch. Mit wie vielen Vorstössen, die nicht mehrheitsfähig waren, ist denn die SVP in diesem Rat schon angerannt?

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Das müssen Sie wirklich Joël Thüring fragen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die nächste Frage kommt von André Auderset.

*André Auderset (LDP):* Sie haben erwähnt, dass man halt manchmal oft mit dem Kopf gegen die Mauer rennen muss, bis die Mauer etwas nachgibt. Rechnen Sie dabei aber nicht mit dem Sprichwort, der Klügere gibt nach?

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Nein, ich glaube wirklich, die Argumente sind die richtigen und nach meiner politischen Erfahrung werden irgendwann gute Argumente auch gewinnen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

**Abstimmung**

JA heisst Einreichung der Standesinitiative gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst nicht Einreichung gemäss Antrag David Jenny

**Ergebnis der Abstimmung**

**64 Ja, 23 Nein, 6 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004625, 23.10.24 15:37:06]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Standesinitiative bei den Bundesbehörden einzureichen

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Standesinitiative wird eingereicht, mit 64 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen haben Sie so entschieden.

## 32. Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Schaffung eines Bio-Stadt-Labels, Schreiben des RR

[23.10.24 15:37:18, 19.5427.03]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Er verzichtet auf ein Votum, das tun Sie ebenfalls.

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

## 33. Anzug Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Strategie für die Stadtentwicklung im Kleinbasel (Webergasse, Claraplatz, Claramatte), Schreiben des RR

[23.10.24 15:37:47, 22.5122.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrat Conradin Cramer wünscht das Wort.

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Die Situation in Teilen des unteren Kleinbasels war in den Sommermonaten des letzten Jahres teilweise sehr angespannt. Aus diesem Grund hat eine interdepartementale Arbeitsgruppe Massnahmen ausgearbeitet, um die Situation in der Sicherheit wie auch beim Handel und beim Konsum illegaler Substanzen im unteren Kleinbasel zu verbessern.

Für das Massnahmenpaket hat die Finanzkommission dem Antrag für eine dringliche Ausgabenbewilligung in Höhe vom 988’000 Franken einstimmig zugestimmt, und der Regierungsrat ist zuversichtlich, dass mit den damit möglich gemachten, bereits umgesetzten oder beschlossenen Massnahmen eine wirkliche Verbesserung auch spürbar sein wird.

Der Regierungsrat hat deshalb in seiner Beantwortung des Anzugs auf dieses Massnahmenpaket verwiesen. Er möchte eine Verbesserung im gesamten Perimeter des unteren Kleinbasels erreichen und damit auch im genannten Perimeter des Anzugs rund um die Webergasse, den Claraplatz und die Claramatte. Eine gesonderte isolierte Entwicklungsstrategie für diesen Perimeter erachtet der Regierungsrat aber nicht als zielführend, und ich bitte Sie deshalb, den Anzug abzuschreiben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die Fraktion GLP spricht Niggi Daniel Rechsteiner.

*Niggi Daniel Rechsteiner (GLP):* Die Beantwortung des Anzugs ist nur punktuell erfolgt und den einzelnen Fragen wurde meines Erachtens zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Die Einreichung des Anzugs liegt mehr als zwei Jahre zurück und basierte auf den Beeinträchtigungen der Lebensqualität im Raum Webergasse, Ochsengasse, Claraplatz aufgrund der verstärkten Aktivitäten, Bezüge bezüglich Drogenhandel und dessen Folgeerscheinungen. In der Zwischenzeit hat sich einiges entwickelt und die Problemzonen haben sich auf mehrere Gebiete im unteren Kleinbasel, wie wir gehört haben, ausgeweitet. Es gibt dort auch Konzepte zur Verbesserung.

Zahlreiche Massnahmen wurden ergriffen und betroffene Personen und Fachleute aus allen Bereichen sind im Austausch. Dies wird ausführlich in der Beantwortung der Fragen 1 und 2 beschrieben. Hier werden die aktuellen Massnahmen im unteren Kleinbasel beschrieben und im weiteren wird auf verschiedene Austauschgremien zur Webergasse hingewiesen, welche Auslegeordnungen machten uns sich weiterhin regelmässig austauschen. Dies ist grösstenteils nachvollziehbar. Ob die genannte Polleranlage in der Kasernenstrasse tatsächlich eine brauchbare Massnahme gegen den Drogenhandel ist, darf hinterfragt werden. Dass im Bereich Claraplatz keine Massnahmen geplant sind mit Umgestaltungen ist nachvollziehbar.

Die Beantwortung der Fragen 3 bis 6 ist nüchtern und kurz, da man nicht beabsichtige, eine Entwicklung des Quartiers um die Webergasse zu prüfen. Dies ist insofern sehr erstaunlich, da man sich andernorts viele Gedanken über die Entwicklung von Quartieren, Begrünung, Entsiegelung und Superblocks macht und die Stadt eine Entwicklung zur Steigerung der Lebensqualität forciert. Ich habe erwartet, dass sich die Regierung beziehungsweise die Stadtentwicklung in einem grösseren Kontext Gedanken macht, wie das auch der Regierungspräsident vorher gesagt hat, nicht punktuell, und proaktiv Verbesserungsmassnahmen prüft. Ich verfolge die Entwicklung auf der Achse Rheingasse, Webergasse, Kasernenstrasse, Klybeckstrasse, Feldbergstrasse seit Jahren. Selbst nach dem Umbau des Kasernenhauptbaus sind die Problemzonen auf dem Kasernenareal noch präsent. Vielfach wurde im Austausch mit dem Präsidialdepartement darauf hingewiesen, dass eine ganzheitliche Planung auch unter Einbezug der Webergasse als Verbindung zu bereits belebten und allseits beliebten Rheingasse anzustreben sei. Dies ist bis jetzt einfach nicht erfolgt und mit der Beantwortung des Anzugs ist auch keine Absicht zu erkennen, etwas an der Situation zu verändern. Es werden punktuell einzelne Projekte in genau abgesteckten Perimetern bearbeitet und nicht in einem ganzheitlichen Kontext. Diese Resistenz bedaure ich sehr.

Fakt ist, dass die Webergasse und die Kasernenstrasse sei der Verkehrsberuhigung keine Veränderung erfahren hat, so als hätte man den Verkehr abgestellt und die Gestaltung der Fläche vergessen. Es ist eine triste Teerfläche mit Trottoirs und die Häuser spenden wenig Schatten und tragen eher weniger zu Aufhübschung bei. Es scheint so, als sei es dort nicht so wichtig, dass die Stadt begrünt wird und die Hitze im Sommer weniger heiss zu sein scheint als andereswo in der Stadt. Auch die älteren, teils vulnerablen Menschen im Altersheim haben den Anspruch, sich draussen bewegen zu können, auch im Sommer.

Ich nehme in diesem Zusammenhang eine Ungleichbehandlung von Quartieren und Stadtteilen wahr. Das bestärkt den generellen Eindruck der Bevölkerung, dass das Kleinbasel vernachlässigt werde. Eine nicht repräsentative Umfrage von Bajour bestätigt diese These. 65 Prozent der an der Umfrage teilnehmenden Personen vertraten diese Meinung.

Da diese Strasseninfrastruktur so keine Verwendung mehr findet, ist es selbstredend, dass auch dort eine Begegnungszone oder etwas ähnliches geplant und eingerichtet werden kann und Bäume gepflanzt werden können, beispielsweise. Bestehende fünf Bäume und ein paar Rabatten Reichen dabei weitem nicht aus. Auch für die gastronomische Weiterentwicklung der Meile Rheingasse bis Kaserne und weiter gegen die Feldbergstrasse wäre eine Entwicklung des dazwischen liegenden Gebietes sehr willkommen. Diese hätte eine Attraktivitätssteigerung zur Folge und erhöht die Begebung. Es ist auch denkbar, dass diese Massnahmen einen positiven Einfluss auf Nachtlärm und Nebenerscheinungen des Drogenhandels haben und somit grundsätzlich eine positive Auswirkung auf das Quartier entfalten.

Zusammenfassend möchte ich festhalten, dass in der Beantwortung von einzelnen Fragen zahlreiche Aspekte meines Erachtens nicht berücksichtigt wurden und der Bedarf an Entwicklung unbestrittenermassen existiert. Aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, den Anzug stehen zu lassen, damit die Verwaltung noch einmal die Gelegenheit erhält, die Fragen in Bezug auf die Entwicklung, die ganzheitliche Entwicklung rund um die Webergasse mit einem erweiterten Fokus zu beantworten und dabei die oben genannten Aspekte zu berücksichtigen, für eine proaktive und ganzheitliche Stadtteilentwicklung.

In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit und hoffe, Sie überzeugt zu haben, mit einem Stehenlassen die Chancen auf eine Verbesserung der Situation zu erhöhen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Felix Wehrli.

*Felix Wehrli (SVP):* Ich kann mich meinem Vorredner ziemlich anschliessen, die Entwicklung in diesem Gebiet Webergasse, Claraplatz, Claramatte ist nicht besser geworden. Sie wird immer schlechter. Es gibt überhaupt keinen Grund, diesen Anzug abzuschreiben.

Viele Firmeninhaber haben Einbussen in den Einnahmen und Firmeninhaber haben mir gesagt, sie haben ehemalige Kunden von Grossbasel, die nicht mehr ins Kleinbasel kommen. Das kann es doch wirklich nicht sein. Ich bin wöchentlich mehrmals dort und ich sehe einfach immer dieselben Gesichter, die Kokain zum Kaufen anbieten usw. Es hat dort Randständige, es gibt tägliche Schlägereien und ich verstehe die Leute, die sich dort nicht mehr gern aufhalten und auch nicht dorthin gehen wollen. Und der Regierungsrat findet, man kann diesen Anzug abschreiben.

Die Fraktion der SVP ist gar nicht dafür. Bitte lassen Sie ihn stehen. Ich möchte andere Antworten und ich möchte endliche Ergebnisse sehen, die dort irgendetwas verbessern. Es sind unhaltbare Zustände.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die FDP spricht Daniel Seiler.

*Daniel Seiler (FDP):* In der Kreuztabelle steht Abschreiben. Ja, das war mal so, wir haben uns das noch einmal angeschaut. Auch im Hinblick auf die Antwort zu meiner Interpellation bezüglich dem ESC und den aggressiven Drogendealer auf dem Claraplatz können wir, wie die Vorredner schon gesagt haben, das nicht abschreiben. Ich glaube, wir müssen genau das machen, was uns vorher Regierungsrat Conradin Cramer empfohlen hat: Weiter an die Wand rennen, bis etwas geht.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SP spricht Mahir Kabakci.

*Mahir Kabakci (SP):* Als jemand, der oft sich in diesem Perimeter bewegt und oft in der Rheingasse oder Webergasse unterwegs ist und die unterschiedliche Bar- und Clubszene dort auch nahe verfolgt und auch besucht, kann ich sagen, ja, wir haben zum Teil dort gewisse Problematiken. Der Anzug fordert eine klare Strategie zur Verbesserung der Lebensqualität im Kleinbasel, insbesondere im Bereich der Webergasse, des Claraplatzes und der Claramatte. Die Anwohnerinnen und Anwohner sowie die Gewerbetreibenden in diesem Quartier haben seit langem unter Lärmbelästigung, Verschmutzung und teils Kriminalität zu leiden.

Die Antworten der Regierung zeigen zwar Verständnis für die Problematik und erwähnen verschiedene bereits ergriffene Massnahmen, bleiben jedoch in vielerlei Hinsicht unzureichend. Die Antwort der Regierung ist zu ungenau und nicht ausreichend geprüft. Ein Beispiel hierfür ist die unklare Positionierung zur gesamtstädtischen Entwicklung im Kleinbasel. Die Regierung sieht keine Notwendigkeit für eine gesonderte Entwicklungsstrategie für das Quartier rund um die Webergasse

und verweist stattdessen auf die Gesamtbetrachtung des unteren Kleinbasels. Diese Herangehensweise lässt jedoch die spezifischen Bedürfnisse und Herausforderungen des betroffenen Quartiers ausser acht.

Es fehlt an konkreten und sofort umsetzbaren Massnahmen, um die Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner zu verbessern. Massnahmen wie die Installation zusätzlicher Beleuchtungskörper und die verstärkte Präsenz der Kantonspolizei sind zwar aktuell begrüssenswert, aber sie reichen nicht aus, um die komplexen Probleme des Quartiers zu lösen. Es fehlt eine langfristige Vision, die auch Aspekte wie Begegnungszonen und Flaniermeilen einschliesst, die die Aufenthaltsqualität und die Sicherheit nachhaltig verbessern können.

Ein weiteres Beispiel für die ungenügende Antwort der Regierung ist die Frage nach der Gesamterneuerung des Claraplatzes. Trotz der 2018 in Aussicht gestellten Gesamterneuerung wurden bisher nur minimale Anpassungen vorgenommen. Eine umfassende Erneuerung ist laut Regierung derzeit nicht geplant, was den Anforderungen an eine moderne und lebenswerte Stadtentwicklung nicht gerecht wird.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in dieser Achse noch viel aufzuwerten ist und die bisherigen Bemühungen der Regierung nicht ausreichen. Es fehlen Begegnungszonen, Flaniermeilen, viel mehr Begrünung und andere innovative städtebauliche Massnahmen, die das Quartier lebenswerter aber auch sicherer machen könnte. All diese Gedanken fehlen in der Antwort der Regierung und deshalb bitten wir, den Anzug stehen zu lassen und nicht abzuschreiben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die LDP spricht André Auderset.

*André Auderset (LDP):* Die Forderung von Niggi Rechtsteiner und Konsorten ist hier wirklich wärmstens zu begrüssen. Das ist das Minimum, das man machen muss. Eigentlich brauchen wir jetzt keine langfristige Strategie, die brauchen wir auch, aber was wir vor allem brauchen ist ein sehr schnelles Handeln. Lesen Sie mal die Kleinbasler Zeitung, in der vorletzten Ausgabe. Da ist einiges beschreiben, was auf diesem Claraplatz zurzeit zu- und her geht, mit der sogenannten Nigeria Connection. Da gibt es Geschäftsinhaber, bei denen die Leute sich nicht mehr ins Gebäude, beispielsweise am Claraplatz 1 trauen, da sind Arztpraxen drin, eine Frauenarztpraxis, eine HNO-Praxis, da sind Geschäfte drin, die haben wirklich das Problem, dass bereits frühmorgens die Dorthinstrebenden belästigt werden. Es gibt zwei Fasnachtscliquen, die dort ihre Übungslokale haben, einmal die Reds, die ihr Lokal genau unter dem Platz hat, zum anderen die Antike, die im Claraplatz 3 ihr Lokal haben. Die müssen mittlerweile Karawanen organisieren und Elterntaxis und Gruppenbildung, damit die Jungen dort zu den Übungen können und von den Übungen wieder nach Hause.Das sind Zustände, die einem städtischen Platz wirklich nicht würdig sind und das sind Zustände, die nun wirklich das Kleinbasel belasten. Wenn dann ein Polizeisprecher als Erklärung sagt, und das ist auch zitiert in der Kleinbasler Zeitung, dass letztes Jahr das die Anwohner eigentlich noch toleriert hätten und jetzt seien diese anscheinend intoleranter geworden. Es sei nämlich immer noch die gleiche Problematik. Das ist tragisch, dass es immer noch die gleiche Problematik ist, aber es ist sicher nicht die Toleranz der Anwohner, die hier gefragt ist, sondern hier muss wirklich etwas geschehen.

Also zum einen, auch um den Druck hoch zu halten oder höher zu halten, bitte ich, diesen Anzug zu überweisen resp. stehenzulassen, zum anderen aber auch die ganz dringende Bitte an alle Offiziellen, die das hören, dass man hier wirklich auch kurzfristig etwas tut. Das Kleinbasel erwartet das und braucht das.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Ihr Kleinbasler Parteikollege möchte Ihnen eine Frage stellen. Sie wird angenommen.

*Alex Ebi (LDP):* Haben Sie auch das Gefühl, dass das ein hervorragendes Votum war?

*André Auderset (LDP):* Ich kann meinem Vorredner nur beipflichten.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen damit zur Einzelsprecherin Pasqualine Gallacchi.

*Pasqualine Gallacchi (Mitte-EVP):* Also ich kann mich diesen hervorragenden Voten von vorher auch nur anschliessen. Ich bin Gewerbetreibende am Claraplatz und ich kann nicht verstehen, wieso die Regierung diesen Anzug abschreiben möchte. Ich würde gerne jeden von Ihnen einladen, einmal einen Tag bei uns in Geschäft zu stehen und zu schauen, wie es wirklich zu und her geht. Meine Mitarbeiter müssen langsam Polizei spielen, schauen, dass nicht den ganzen Tag Sachen geklaut werden aus dem Geschäft, und es ist einfach unhaltbar und es ist wirklich viel schlimmer geworden in den letzten zwei Jahren. Also ich möchte wirklich bitten, den Anzug erstens stehenzulassen und zweitens wirklich etwas zu unternehmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Alle Voten gingen in dieselbe Richtung. Wünschen Sie trotzdem nochmals das Wort? Der Regierungspräsident verzichtet, das heisst wir stimmen ab.

**Abstimmung**

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen.

**Ergebnis der Abstimmung**

**11 Ja, 83 Nein, 1 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004630, 23.10.24 15:56:14]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Anzug wird stehengelassen mit 83 Nein-Stimmen gegen 11 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

## 34. Gleichstellungsplan des Kantons Basel-Stadt Erarbeitung und Umsetzung, Bericht des RR

[23.10.24 15:56:29, 22.1054.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Das Wort geht an Regierungspräsident Conradin Cramer.

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* In der Motion forderten die Unterzeichnenden den Regierungsrat auf, eine kantonale Gleichstellungsstrategie 2030 zu erarbeiten und innerhalb von zwei Jahren vorzulegen. Seit der Überweisung der Motion im Jahr 2021 hat der Kanton Basel-Stadt im Thema Gleichstellung wichtige Schritte gemacht. Lassen Sie mich darauf kurz zurückblicken und dabei nicht nur auf den Auftrag aus der Motion einzugehen, sondern auch auf das neue kantonale Gleichstellungsgesetz.

Bereits in seiner damaligen Stellungnahme hat der Regierungsrat darauf hingewiesen, dass sich die Anliegen der Motion Sieber begrüssenswerterweise mit der eigenen Planung decken. Im Legislaturplan 2021 bis 2025 sah der Regierungsrat nämlich vor, einen Aktionsplan Gleichstellung zu erarbeiten. Sie sind damals der Empfehlung auch des Regierungsrats gefolgt und haben die Motion Anfang 2022 zur Erfüllung innerhalb von zwei Jahren überwiesen. In der Zwischenzeit hat der Grosse Rat das kantonale Gleichstellungsgesetz intensiv beraten und einem neuen Gesetz im Januar dieses Jahres zugestimmt.

Dieses neue KLG verankert die Gleichstellung als Querschnittsaufgabe mit ganz verschiedenen Unterstützungsaufträgen. Die Departemente sind in ihren Fachbereichen zuständig, den Gleichstellungsauftrag umzusetzen. Der Regierungsrat legt einmal pro Legislatur die Schwerpunkte fest, um die Verwirklichung der Gleichstellung zu fördern. Der Regierungsrat erlässt einen Aktionsplan, bei dessen Erarbeitung sich alle Departemente beteiligen und der Regierungsrat soll einmal pro Legislatur zu den Massnahmenergebnissen aus dem Aktionsplan und zur Entwicklung der Gleichstellung generell berichten.

Heute kann Ihnen der Regierungsratsberichten über die Erfüllung von zwei Aufträgen, einer aus der Motion Sieber und einer aus dem kantonalen Gleichstellungsgesetz. Mit dem Gleichstellungsplan hat der Regierungsrat nämlich für die nächsten vier Jahre eine politische Schwerpunktsetzung vorgenommen. Der Gleichstellungsplan umfasst sechs Handlungsfelder. Der Regierungsrat setzt damit einen wichtigen Impuls für die Gleichstellung und verstärkt das Engagement der gesamten Kantonsverwaltung, die Gleichstellung aller Geschlechter sowie von Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen zu fördern. Das Ziel war die Schaffung eines strategischen und operativen Instruments, um eine verbindliche und umfassende Gleichstellungspolitik der Verwaltung in Basel-Stadt umzusetzen.

Wir haben Massnahmen umzusetzen in sechs Handlungsfeldern, Schwerpunktthemen. Diese sind 1. Gewalt und Sicherheit, 2. Vielfalt und Antidiskriminierung, 3. Bildung, Sport und Gesundheit, 4. bezahlte und unbezahlte Carearbeit, 5. das Erwerbsleben und 6. der Kanton als Arbeitgeber.vIn diesen sechs Handlungsfeldern wurden 16 konkrete Ziele und ganze 80 Massnahmen formuliert. Damit zeigt die kantonale Verwaltung, mit welchen Massnahmen sie welche Ziele bis 2027 erreichen will. Die Massnahmen sollen die Gleichstellung nochmals deutlich verbessern und der Kanton will als Arbeitgeber die Gleichstellung seiner Mitarbeitenden weiter fördern.

Wie in der Motion gefordert, haben wir die Handlungsfelder auf der Grundlage des aktuellen Handlungsbedarfs, den pendenten überwiesenen politischen Vorstössen, den Ergebnissen einer breiten Onlineumfrage bei zivilgesellschaftlichen Organisationen festgelegt. Wir haben auch eine spezifische Veranstaltung durchgeführt, an der mehr als 40 Organisationen teilnahmen, die aus ihrer Sicht den Handlungsbedarf darlegten, Massnahmenvorschläge formulierten und ins Gespräch mit der Verwaltung traten. Sie sehen, das wurde alles sehr partizipativ erarbeitet und das, was partizipativ zusammengetragen wurde, wurde anschliessend gebündelt. Der Regierungsrat hat dann eben mit richtungsweisenden Schwerpunkten in Form von Handlungsfeldern den Gleichstellungsplan erlassen.

In den kommenden vier Jahren soll die Gleichstellung in den eben erwähnten sechs Handlungsfeldern weiter gefördert und gestärkt werden. Der Plan verzichtet dabei auf Handlungsfelder für spezifische Gruppen wie zum Beispiel LGBTIQ-Personen, Kinder und Jugendliche, Armutsbetroffene oder Migrantinnen und Migranten. Stattdessen werden die spezifischen Anliegen der Gruppen mitberücksichtigt.

Aufgrund der Praxis und der Erfahrungen zum Beispiel der Städte Zürich und Bern mit ihren Gleichstellungsplänen hat sich der Regierungsrat entschieden, den Gleichstellungsplan mit einer vierjährigen Laufzeit vorzulegen. Die Laufdauer bis 2027 ist damit kürzer als der von der Motion geforderte Zeithorizont bis 2030. Ein Vierjahresrhythmus erlaubt uns aber jeweils auf neue Entwicklungen und politische Themen einzugehen und diese dann in einem zweiten Gleichstellungsplan für die Jahre 2028 bis 2031 aufzunehmen. Auch sieht das kantonale Gleichstellungsgesetz vor, dass der Regierungsrat einmal pro Legislaturperiode eine Schwerpunktsetzung vornimmt und zur Entwicklung der Gleichstellung im Kanton berichtet. Eine vierjährige Laufdauer, die wir ja kennen aus allen anderen Bereichen,. ist aus diesen Gründen einer Strategie bis 2030 vorzuziehen.

Die Massnahmen des Gleichstellungsplans werden grösstenteils im Rahmen der ständigen Aufgaben der verantwortlichen Departemente konzipiert und umgesetzt. Es erscheint dem Regierungsrat nicht zielführend, die einzelnen Budgets pro Handlungsfeld auszuweisen und die Handlungsfelder dadurch auch automatisch zu gewichten. Es gibt über den Gleichstellungsplan hinaus auch leistungsbezogene Massnahmen in der Verwaltung und eine Ausweisung des Aufwands pro Handlungsfeld wäre somit ohnehin nicht genau. Über kostenintensive Massnahmen zur Förderung der Gleichstellung wird der Regierungsrat selbstverständlich dem Grossen Rat jeweils in Form eines Ausgabenberichts oder Ratschlags berichten.

Der Regierungsrat beabsichtigt, einen öffentlichen Schlussbericht zum laufenden Gleichstellungsplan per Ende der Laufperiode zu erarbeiten. Dieser wird dann voraussichtlich im Frühjahr 2028 auch dem Grossen Rat unterbreitet. Der Regierungsrat hat sich entschieden, hier bereits dem gesetzlichen Auftrag im kantonalen Gleichstellungsgesetz zu folgen und eben einmal pro Legislatur dem Grossen Rat über die Umsetzung der Massnahmen und den Stand der Gleichstellung im Allgemeinen zu berichten. Damit kann der Regierungsrat einen aussagekräftigen Bericht vorlegen, aussagekräftiger als eine jährliche Berichterstattung im Jahresbericht der Verwaltung wäre, wie sie die Motion fordert. Gleichzeitig wird der Regierungsrat für den nächsten Gleichstellungsplan 2028 bis 2031 eine erneute Schwerpunktsetzung vornehmen und die Erarbeitung des darauffolgenden Plans in Auftrag geben. Der Regierungsrat geht davon aus, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen wiederum in geeigneter Art und Weise einbezogen werden.

Sie sehen die Abweichung zu den einzelnen ja teilweise sehr präzisen Aufträgen in der Motion erachtet der Regierungsrat durchwegs als begründet und entsprechend gut vertretbar. Dadurch, dass die Verwaltung regelmässig einen Gleichstellungsplan erarbeitet und präsentiert, werden wir in einem kontinuierlichen Prozess der Schwerpunktsetzung Zieldefinition und Umsetzung von Massnahmen treten. Wir werden Ihnen einmal pro Legislatur mittels eines Schlussberichts prominent zum Gleichstellungsplan berichten können und nicht einfach irgendwo auch noch im Jahresbericht. Damit werden wir Ihnen eine aussagekräftige Bilanz zum Umsetzungsstand der Massnahmen präsentieren.

Der Regierungsrat beantragt Ihnen deshalb, gestützt auf meine Ausführungen und auch auf die schriftlich vorliegenden Ausführungen, den Gleichstellungsplan für die Jahre 2024 bis 2027 zur Kenntnis zu nehmen und gleichzeitig die Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend einer kantonalen Gleichstellungsstrategie 2030 als erledigt abzuschreiben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die Fraktion SP spricht Barbara Heer.

*Barbara Heer (SP):* Im Namen der SP-Fraktion beantrage ich Ihnen, die Motion stehen zu lassen. Wir nehmen den Gleichstellungsplan sehr wohlwollend zur Kenntnis, erachten ihn als ein sehr wichtiges Instrument für die Umsetzung von

Gleichstellung als Querschnittsaufgabe im Kanton und eben als einen wichtigen Teil der Umsetzung des neuen kantonalen Gleichstellungsgesetzes. Wir möchten aber, dass einige Detailforderungen aus der Motion noch umgesetzt werden.

Der Gleichstellungsplan genügt uns heute in Sicht der Verbindlichkeit und der Transparenz noch nicht ganz und wir möchten deshalb die Motion stehenlassen, dass der identische Gleichstellungsplan dann nochmals publiziert wird mit diesen kleinen Nachjustierungen. Der Regierungspräsident hat es ausführlich ausgeführt, wie es dazu kam, dass sich die gesetzlichen Grundlagen geändert haben. Uns in der JSSK war es damals auch wichtig, den Aktionsplan gesetzlich zu verankern, einen vierjährlichen Bericht gesetzlich zu verankern und wir sind dann auch gespannt auf diesen ersten Bericht zu diesen Massnahmen.

Seitens SP-Fraktion begrüssen wir es, dass die Motion nicht buchstabengetreu umgesetzt wird. Es ist ganz logisch, dass jetzt eine vierjährige Laufdauer gewählt wird, entsprechend der neuen gesetzlichen Grundlagen, auch folgen wir den Ausführungen der Regierung betreffend den Verzicht auf Budget pro Handlungsfelder. Es gibt ja auch Massnahmen im Bereich Gleichstellung, die den Alltag in einem Departement betreffen. Also es kann je nachdem auch gar nicht hohe Kostenfolgen haben, aber eine sehr relevante Massnahme trotzdem sein, also auch die Gewichtung von Massnahmen anhand vom Budget scheint uns nicht ein sehr guter Indikator sein. Und wir wollen auch, dass durchaus auch Massnahmen aufgenommen werden können, bei denen die Planung jetzt noch nicht so komplett fortgeschritten ist und vielleicht auch noch gar keine konkreten Zahlen da sind, wie viel das kostet. Also wir wollen auch einen Gleichstellungsplan, der einigermassen flexibel bleibt.

Bei der Wirkungsmessung sind wir der Meinung, dass die Ziele durchaus so genannt smart und messbar sein wollen. Einige der Zielformulierungen sind im Moment eher noch Aufgabenbeschriebe. Das könnte dann vielleicht beim nächsten Gleichstellungsplan etwas konkreter gemacht werden, aber wir sind jetzt auch der Meinung, es sollen nicht zu viel Ressourcen in eine komplexe Wirkungsmessung gehen, vielmehr ist es uns wichtig, dass dann eben auch die Ressourcen in die Innovation für den nächsten Gleichstellungsplan gehen. Wir haben zum Teil die Wahrnehmung, dass es doch vieles ist aus dem Status Quo und wir sind auch neugierig oder es ist auch wichtig, dass auch neue Massnahmen entwickelt werden und werden sicher auch seitens SP dann immer auch wieder mal mit Vorstössen selber auch neue Themen einbringen, wie wir das bei der Gleichstellung und Männerbilder gemacht haben, was aus unserer Sicht im jetzigen Gleichstellungsplan wirklich zu kurz kommt.

Jetzt noch zu den Punkten, die wir noch umgesetzt haben möchten. Für uns ist es wirklich wichtig, dass pro Massnahme das zuständige Departement klar ersichtlich ist. Uns ist nicht ganz klar, wieso das Departement hier die Intransparenz gewählt hat, also pro Departement soll diese Information klar da sein, pro Massnahme, welches Departement zuständig ist. Auch soll klar sein, ob es eine Daueraufgabe oder eine in Planung befindliche Aufgabe ist. Das ist zum Teil gar nicht ganz verständlich, wenn diese Information fehlt. Dann sollen auch pro Massnahme klare Meilensteine kommuniziert sein, also was man ungefähr erwarten kann, was bis zum Ende der Periode erfolgen soll. Auch hier geht es nicht um eine detailgetreue Vorplanung, aber einfach um die Verständlichkeit. Also damit Transparenz herrscht, müssen die Massnahmen noch einigermassen nachvollziehbar sein.

Dann wünschen wir natürlich auch, dass im Bericht 2027 durchaus auch eine Auseinandersetzung mit den allgemeinen Entwicklungen in der Gleichstellung stattfindet und dann daraus auch wieder hergeleitet wird, in welchen Handlungsfeldern man jetzt aktiv ist. Dies fehlt jetzt auch ein bisschen in der Strategie, aber da reicht es uns komplett, wenn das dann im nächsten Aktionsplan anders dargestellt wird. Es ist also nicht Sinn und Zweck, dass dieser Gleichstellungsplan komplett überarbeitet würde, da wären wir missverstanden, es geht nur um leichte Justierungen, die wir uns wünschen. Man kann es vielleicht schon fast redaktionelle Anpassungen nennen, die uns aber wichtig sind für die Transparenz.

Uns auf jeden Fall wichtig, dass die Departemente in ihren Jahresberichten regelmässig auch berichten zur Umsetzung von Gleichstellung als Querschnittsaufgabe in ihrem Departement. Das ist eine Daueraufgabe, die sich einfach nicht nur auf den Aktionsplan bezieht, aber wir finden es auch richtig, dass dann eine systematische Berichterstattung zu allen Massnahmen alle vier Jahre erfolgt.

Ja, zum Abschluss möchte ich mich bei allen Departementen bedanken, dass jetzt Massnahmen zum Gleichstellungsplan beitragen. Wir sind gespannt, die Ergebnisse zu lesen. Die thematische Breite und auch die Vielfalt der 80 Massnahmen drückt die Bereitschaft des Kantons aus, die Gleichstellung in Bezug auf Geschlecht und sexuelle Orientierung departementsübergreifend zu fördern, und es ist auch davon auszugehen, dass in dieser partizipativen Erarbeitung dieses aktuellen Gleichstellungsplans auch schon ein wichtiger Beitrag zur Sensibilisierung und Vernetzung zwischen den Departementen in Sachen Gleichstellung erreicht worden ist. In diesem Sinne bitte ich Sie, die Motion stehen zu lassen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher für die GLP ist Johannes Sieber.

*Johannes Sieber (GLP):* Ich kann mich dem Votum von Barbara Herr voll und ganz anschliessen. Ich brauche das auch gar nicht zu wiederholen. Ich möchte den Regierungsrat daran erinnern, dass wir ein Gleichstellungsgesetz verabschiedet

haben, das die Gleichstellung als Querschnittsaufgabe definiert. Er hat das auch erwähnt und wir würden halt einfach gerne wissen, wie diese Querschnittsaufgabe in den Departementen umgesetzt ist. Das hat Barbara Heer schon gesagt, ich möchte das jetzt einfach auch noch einmal von der GLP so zu Protokoll geben. In diesem Sinne stehenlassen gemäss SP.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SVP spricht Beat K. Schaller.

*Beat K. Schaller (SVP):* Es ist schon hoch interessant, mit welchen unterschiedlich E¡llen der Regierungsrat misst, wenn es um das Thema Gleichstellung, Gender, Woke und Verwandtes geht. Hier hat er keinen Aufwand gescheut, einen grossen umfangreichen Plan zu erarbeiten, aber bei Fragen, welche nicht nur diese Gleichstellung und ähnliche Themen unkritisch beleuchten, da verweigert er Antworten. Seine Nicht-Antwort auf meine Interpellation zur Gender-Sprache in Verwaltung und Schulen lässt grüssen. Regierungspräsident Conradin Cramer ist da bereits vorgewarnt, er weiss, in meiner Antwort werde ich dann nicht nur Lobenswertes sagen.

Aber kommen wir zur Motion Sieber. Sie wirft die Frage auf, ob in unserem Kanton noch nicht genügend zum Thema Gleichstellung getan wird. Wir seitens SVP sind der Überzeugung, dieses Thema ist im Legislaturplan bereits ganz klar formuliert. Beim Legislaturziel 2, gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken ist in der Einleitung klar gesagt, dass für hier lebende Menschen die Gleichstellung und Inklusion ermöglicht werden soll. Die Massnahme 13 Gleichstellung, Diversität und Inklusion vertieft diesen Gedanken, die Massnahme 46 attraktiver Arbeitgeber des Legislaturziels 6 modernen kundenfreundlichen Service Public anbieten bestätigt dieses Bestreben des Regierungsrats, den Kanton als attraktiven Arbeitgeber auch bezüglich Gleichstellung und Inklusion zu etablieren. Alles in allem zu sagen, Gleichstellung und Inklusion würden in unserem Kanton zu kurz kommen, das leugnet Tatsachen.

Der Regierungsrat möchte die Laufdauer des Plans statt bis 2030 bis 2027 ändern. Wir halten das für vernünftig, lässt sich doch damit auf gesellschaftliche Änderungen zeitnah eingehen, als wenn der Plan bis 2030 festgenagelt würde. Auch die Frequenz der Berichterstattung, nämlich einmal pro Legislatur, erscheint uns als vernünftig und pragmatisch, da diese Frequenz einen guten Ausgleich von Aufwand und Ertrag bringt. Und dass der Regierungsrat auf separate Budget pro Handlungsfeld verzichtet und damit weniger staatlichen Aufwand betreiben will, das begrüssen wir seitens SVP natürlich auch. Er schreibt, falls kostenintensive Massnahmen anfallen, würde er sie dem Grossen Rat vorlegen. Anders gesagt, alle anderen Massnahmen muss er aus seinem ordentlichen Budget berappen. Wir werden auf alle diese Massnahmen seitens der SVP ganz klar ein scharfes Auge richten, angesichts der für viele in diesem Saal scheinbar unerschöpflichen Geldquellen unseres Kantons dürfen wir erwarten, dass da noch einige kostenintensive Begehrlichkeiten auf uns zukommen werden.

Ich komme wieder zurück auf den Plan selbst. Er ist nach Ansicht der SVP nichts anderes als eine Blaupause für staatliche Eingriffe in viele Bereiche, in welchen tatsächliche, vermeintliche oder zurzeit gerade gefühlte menschliche Unterschiede bestehen. Und damit ist er ein Freipass für eine Unzahl von Vorschriften Regeln, Massnahmen, Kampagnen oder anders gesagt für einen ungehinderten Ausbau von staatlichen Stellen. Der Regierungsrat leistet seinen Offenbarungseid, wenn er schreibt, er wolle mit den Mitteln des Gender-Mainstreaming die Verwirklichung der Gleichstellung in der Verwaltung noch stärker vorankern. Mit dem eindeutschen Kunstbegriff Gender-Mainstreaming wird aber nicht einfach die Gleichstellung der beiden naturgegebenen Geschlechter vorangetrieben, was selbstverständlich völlig richtig ist. Nein, Gender-Mainstreaming forciert vielmehr die absurde These, dass das Geschlecht ein mentales Konstrukt sei, welches jeder nach seinem Gusto gestalten und bei Bedarf beliebig ändern kann. Der hier vorliegende Plan, der sich auf das Gender-Mainstreaming beruft, betreibt unter dem Deckmantel von Gleichstellung die Abschaffung der beiden Geschlechter Mann und Frau. Natürlich, wenn es diese Unterschiede nicht mehr gibt, dann ist die Gleichstellung zu 100 Prozent erreicht. Nur ich sage Ihnen, dann ist die Welt ein trauriger und langweiliger Ort.

Ebenfalls interessant ist das Kapitel 4 Bezahlte und unbezahlte Carearbeit. Hinter diesem Titel stehen Verbesserungen von Arbeitsbedingungen in Kindertagesstätten und im Bereich der Pflege. Die Anerkennung der unbezahlten Carearbeit soll gestärkt werden. Die Vergütung von Betreuungsleistungen soll erbracht werden. Das sind tatsächlich alles wichtige und richtige Themen, die wir diskutieren müssen. Aber bitte, dann tun Sie das im offenen demokratischen Diskurs und schmuggeln sie dieses Thema nicht unter dem Deckmantel von Gleichstellung in einen solchen Plan in die Diskussion und Entscheidfindung ein.

Schliesslich und endlich noch zur Abteilung Gleichstellung und Diversität, welche ja dieses ganze erarbeitet hat. Im Studium habe ich gelernt, es gibt kein Perpetuum Mobile. Ich stelle mit Erstaunen fest, es gibt es doch. Der Staat kann mit seinen Regeln die Naturgesetze ausheben, diese Abteilung Gleichstellung erneuert sich ständig und erfindet neue Aufgaben für sich selbst. Sie hat ja gar kein Interesse daran, dass einmal Gleichstellung und Inklusion hundertprozentig umgesetzt wird, denn da hätte sie ja keinen Arbeitsinhalt mehr. Wir sind der Ansicht, wir können diese Abteilung ohne weiteres auflösen und die darin Beschäftigten dem freien Markt übergeben. Wir werden bei der Budgetdebatte ganz sicher wieder auf diesen Punkt zurückkommen.

Alles in allem, namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, den Gleichstellungsplan zur Kenntnis zu nehmen und die Motion Sieber abzuschreiben.

Ich nehem die Zwischenfrage an.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit hat die Johannes Sieber das Wort für seine Zwischenfrage.

*Johannes Sieber (GLP):* Sie haben im Zusammenhang mit der Richtung der Gleichstellung Ihre Interpellation erwähnt. Ist Ihnen bewusst, dass Sie einen mehrheitsfähigen Vorstoss einreichen sollten, wenn sie eine Richtung bestimmen möchten?

*Beat K. Schaller (SVP):* Dazu ist es empfehlenswert, zuerst einmal eine Interpellation zu machen und den Puls zu fühlen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin für das GAB ist Fleur Weibel.

*Fleur Weibel (GAB):* Ich kann es eigentlich auch sehr kurz machen. Meine Vorrednerin Barbara Herr und dann in aller Kürze Johannes Sieber haben eigentlich schon begründet, warum wir die Motion Johannes Sieber und Konsorten stehenlassen möchten. Das beantragt auch das GAB.

Man kann Beat Schaller nicht vorwerfen, dass er die Dinge nicht gründlich lesen würde, die sich mit der Gleichstellung im Kanton befassen. Da unterscheidet er sich sicher von vielen anderen Kolleg:innen hier im Grossen Rat. Nur leider scheint Beat Schaller einfach nicht zu verstehen, worum es in diesen Gleichstellungsplänen geht, und deshalb kommen wir zum gegenteiligen Schluss der SVP-Fraktion.

Wir werden uns selbstverständlich gegen jegliche Budgetkürzungen Ende Jahr wehren und ich bin auch überzeugt, dass sie damit gegen Mauern rennen würden. Wir haben das heute schon einmal gehört, nur dass es sich hier nicht um politisch opportune Anliegen handeln wird, die sich irgendwann durchsetzen werden, sondern diese Mauern werden bestehen bleiben.

Ich möchte nochmal kurz unterstreichen, dass das, was Barbara Heer schon ausführlich ausgeführt hat, auch die Punkte sind für das GAB bezüglich dem Gleichstellungsplan. Wir beantragen das Stehenlassen der Motion Sieber nicht, weil wir alle die Forderungen jetzt noch umgesetzt sehen wollen würden, sondern wir möchten wirklich diese Punkte mit der fehlenden Transparenz durch die fehlende Departementszuordnung und die gewisse Unverbindlichkeit, die herrscht bezüglich der Dauer der Massnahmen – sind es neue Massnahmen, sind es bereits bestehende Massnahmen – diese Punkte möchten wir nachgebessert haben. Ich gehe jetzt aber nicht noch einmal auf alles im Detail ein, sondern verweise, darauf, dass sich die Verwaltung, wenn sie sich dann mit dem Bericht zum Gleichstellungsplan beschäftigt und auch mit der Ausarbeitung des nächsten Gleichstellungsplans 2028 bis 2031, doch auf die Details aus Barbara Heers Votum konzentrieren soll.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ginge das Wort nochmals zum Regierungspräsidenten, er verzichtet.

Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Barbara Heer beantragt Stehenlassen. Wir stimmen darüber ab.

## 34.1. Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend einer kantonalen Gleichstellungsstrategie 2030, Bericht des RR

[23.10.24 16:23:46, 21.5439.03]

**Abstimmung**

JA heisst erledigt gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen.

**Ergebnis der Abstimmung**

**40 Ja, 56 Nein, 1 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004633, 23.10.24 16:23:47]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben die Motion stehengelassen mit 56 Nein-Stimmen gegen 40 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung

## 35. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend ungültige Stimmen vermeiden – Wahlunterlagen anpassen, Stellungnahme des RR

[23.10.24 16:24:05, 24.5096.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe auch keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde damit kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion stillschweigend in einen Anzug umzuwandeln den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

## 36. Anzug Johannes Sieber und Konsorten betreffend Stärkung der Teilhabe an Kultur durch Ausbau und Konsolidierung des Angebots der «KulturLegi», Schreiben des RR

[23.10.24 16:24:36, 23.5090.02]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiten.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Johannes Sieber hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

*Johannes Sieber (GLP):* Die Kreuztabelle ist klar für Abschreiben, wir beantragen auch nichts anderes. Ich wollte einfach kurz hier erwähnen, dass die Intention dieses Anzugs war, dass diese Kulturlegi gestärkt wird und ich finde nach wie vor, dass das getan werden sollte. Ich sehe aber, dass der Anzug irgendwie nicht dazu führt. Wieso soll die Kulturlege gestärkt werden? Sie soll gestärkt werden, weil sie den Zugang zur Kultur fördert von Menschen, die sich dies nicht so wirklich leisten können. Das halte ich sehr sinnvoll, und ich halte es auch darum für sinnvoll, weil ich denke, dass wir im Kanton Basel-Stadt eine gewisse Entwicklung haben, Kultur gratis oder sehr günstig anzubieten und ich finde durchaus, dass Menschen, die sich Kultur leisten können, diese Kultur auch bezahlen sollen, also Eintritt bezahlen sollen. Deswegen beobachte ich die Entwicklung mit diesen «Von bis-Preisen» – man kann zahlen, was man will - kritisch. Das möchte ich hier zu Protokoll geben. Da Sie mich noch ein paar Jahre aushalten müssen, möchte ich in diesem Bereich noch mit Vorstössen kommen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Besten Dank. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

## 37. Motion Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend ganzheitliche Sexualaufklärung im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

[23.10.24 16:26:24, 23.5543.02]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Nicht alle Kinder und Jugendliche werden durch die Erziehungsberechtigten und das soziale Umfeld in ausreichendem Masse aufgeklärt. Die schulische Sexualbildung leistet seit Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag zur Chancengerechtigkeit. Die schulischen Präventionsmassnahmen zum Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten, unerwünschten Schwangerschaften und vor sexueller Gewalt sind etabliert und werden stetig ausgebaut. Die Lehr- und Fachpersonen haben heute schon die Möglichkeit, für Unterrichtseinheiten externe Fachpersonen beizuziehen oder mit ihrer Klasse ausserschulische Lernorte zu besuchen.

Der Grosse Rat hat vor einem Jahr die Motion Karin Sartorius und Konsorten betreffend Sexualisierte Gewaltprävention soll bereits in der Schule beginnen zur Erfüllung überwiesen. In seiner Stellungnahme hat der Regierungsrat ein Konzept zu den Präventionsprogrammen an den Schulen in Aussicht gestellt. Dieses wird zurzeit erarbeitet. Eine interdepartementale Arbeitsgruppe analysiert die Angebotsstruktur, bestehend aus Schulmassnahmen, Pflichtsprogramm und ergänzenden Programmen und erarbeitet Vorschläge für die künftige Koordination und Bewirtschaftung aller Präventionsleistungen. Ziel ist es, die Lehr- und Fachpersonen im Bereich Sexualbildung und Prävention noch besser zu unterstützen. Die Verantwortung für den Unterricht muss aber bei den Lehrpersonen bleiben und kann nicht nach Gutdünken an externe Stellen delegiert werden. Der Regierungsrat erachtet es als wichtig, dass die Lehrpersonen bei diesem wichtigen Themenbereich fachlich und methodisch-didaktisch kompetent bleiben. Aus diesen Gründen bitten wir Sie, diese Motion als Anzug zu überweisen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Als erstes hat sich gemeldet Jenny Schweizer von der SVP.

*Jenny Schweizer (SVP)*: Ich bitte Sie, die Motion auch als Anzug nicht zu überweisen, sondern abzuschreiben. Die Regierung hat klar aufgezeigt, dass die Sexualaufklärung im Lehrplan 21 verankert ist und laufend angepasst und überprüft wird, genau wie alle anderen Schulfächer auch. Zudem bin ich überzeugt, dass die Arztpraxen sicherlich auch eine angemessene Sexualaufklärung bei jugendlichen Patientinnen und Patienten gewährleisten.

Wenn Sie nun argumentieren, dass eine Reihe von Schülerinnen und Schülern nicht oder nur ungenügend über HPV-Impfungen Bescheid wissen, dann liegt es auch in der Natur der Sache, dass die Schülerinnen und Schüler nicht alles merken, was sie lernen. So können wir auch sagen, dass sie beispielsweise nicht wissen, wann der Dreissigjährige Krieg stattgefunden hat, wie die Mitternachtsformel funktioniert oder wie der Subjonctif im Französischen gebildet wird. Und das, obwohl es ihnen gemäss Lehrplan 21 beigebracht wurde. Aber deshalb stellen wir nicht den Geschichts-, den Mathematik- oder den Französischunterricht in Frage und reichen gleich eine Motion ein. Ich finde die Argumentation in dieser Motion so absurd, dass wir diese Motion nur abschreiben können.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Fraktionssprecher ist der Adrian Iselin von der LDP.

*Adrian Iselin (LDP):* Bereits bei der Erstüberweisung dieser Motion hat die LDP betont, dass Lehrpersonen die Sexualaufklärung nicht an externe Stellen delegieren sollten. Die Kosten für externe Stellen müssten letztendlich vom Steuerzahler getragen werden, was zu einer doppelten Belastung führt. Es ist wichtig, dass Lehrpersonen generell befähigt sind, die Schülerinnen und Schüler altersgerecht in ihrer sexuellen Sozialisation zu begleiten.

Der Regierungsrat hält fest, dass die in der vorliegenden Motion enthaltenen Forderungen bereits weitgehend erfüllt sind. Zusätzlich hat der Regierungsrat ein Konzept zu den Präventionsprogrammen an den Schulen in Aussicht gestellt, das

derzeit erarbeitet wird. Daher erachtet die LDP eine Überweisung als unnötig. Die LDP-Fraktion bittet Sie daher, die Motion abzuschreiben.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächste Sprecherin für die SP ist Jessica-Brandenburger.

*Jessica Brandenburger (SP):* Die Kreuztabelle ist sehr eindeutig und ich denke, die Motion wird als Anzug überwiesen.

Mir ist noch wichtig zu sagen, dass bei der Überweisung vor einem wir uns hier drin sehr einig waren, dass vor allem mit der Überarbeitung des Leitfadens für die Schulen aus dem Jahr 2011 vorwärtsgehen muss, dass der wirklich überarbeitet werden muss. Und das war ein Auftrag an das ED. Jetzt sind wir ein Jahr später, ein neues Schuljahr hat gestartet und dieser Leitfaden wurde halt immer noch nicht überarbeitet und das beelendet mich schon ein bisschen. Ich weiss, es waren Wahlkämpfe dazwischen. Ich weiss, der Vorsteher hat gewechselt, aber wenn wir uns doch einig sind, wenn wir Aufträge erteilen an ein Departement, wenn wir sagen, es ist wichtig, dann ist doch das ein Auftrag. Ich würde mir wirklich wünschen, dass dieser Leitfaden jetzt bitte überarbeitet wird, wenn mir das jetzt als Anzug überweisen.

Ich danke Ihnen, wenn Sie diese Motion jetzt als Anzug überweisen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Wir kommen somit zur Abstimmung. Jenny Schweizer beantragt Nichtüberweisung. Wir stimmen somit ab.

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung

**Ergebnis der Abstimmung**

**66 Ja, 27 Nein, 0 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004637, 23.10.24 16:34:10]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben den Anzug mit 66 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen überwiesen.

## 38. Motion Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Gleichbehandlung der nachobligatorischen Schulzeit in Sachen Familienurlaub, Stellungnahme des RR

[23.10.24 16:34:23, 23.5643.02]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion auf das Schuljahr 2024/2025. Der Regierungsrat wünscht das Wort.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Die Idee, das Konzept des Familienurlaubs auch auf der Sekundarstufe 2 weiterzuführen, scheint auf den ersten Blick attraktiv zu sein. Allerdings stellt dieses Ansinnen die Berufsbildung vor unlösbare Schwierigkeiten. Schultage an der Berufsschule gelten als Arbeitszeit. Eine Freistellung vom Unterricht kann nicht nur von der Berufsfachschule alleine entschieden werden, sondern benötigt die Zustimmung des Lehrbetriebs. Hinzu kommt, dass

der Ferienanspruch der Lernenden im Obligationenrecht beziehungsweise im Lehrvertrag geregelt ist. Mehr freie Tage für zum Beispiel Familienurlaub ist Sache des Arbeitgebers oder des Lernbetriebs und damit Teil der Anstellungsbedingungen.

Wir können das den Lernbetrieben nicht vorschreiben. Zudem ist es bereits jetzt möglich, in begründeten Fällen einen Antrag für Urlaub zu stellen. Die kantonale Absenzen- und Disziplinarverordnung führt wesentliche Gründe auf, um Urlaub zu erhalten. Dazu gehören beispielsweise ausserordentliche Familienereignisse wie Hochzeiten, Runde Geburtstage der Grosseltern oder Beerdigungen, religiöse Feiertage, Amtstermine oder Schülerinnen- und Schüleraustausche gehören auch dazu, auch wenn kein Recht darauf besteht. Ein Urlaubsantrag beziehungsweise die Gewährung eines Urlaubs aus anderen Gründen ist auch bei den weiterführenden Schulen nicht ausgeschlossen, sofern die Schulleitungen und gegebenenfalls der Lehrbetrieb entsprechen entscheiden.

Eine Einführung von weiteren zu gewährenden zwei Tagen Familienurlaub würde die duale Berufsbildung gegenüber den Mittelschulen benachteiligen. Der Nachteil besteht darin, dass die duale Berufsbildung die zwei Tage Familien erlaubt nicht einführen könnte, während es den Mittelschulen grundsätzlich möglich wäre. In den Augen der jungen Menschen könnte dies als Nachteil beim Vergleich zwischen Lehre und Vollzeitschule gesehen werden, neben den sowieso schon längeren freien oder Volksschulzeiten, 14 Wochen Schulferien gegenüber fünf Wochen bei den Lehrlingen.

Diese Benachteiligung wollen wir vermeiden. Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat Nichtüberweisung dieser Motion.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion nicht zu überweisen

## 39. Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Beteiligung des Kantons Basel-Stadt am ICT Scouts/Campus, Schreiben des RR

[23.10.24 16:37:49, 22.5024.02]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug als erledigt abzuschreiben

## 40. Anzug Franziska Roth und Konsorten betreffend bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Familien mit behinderten und chronisch kranken Kindern, Schreiben des RR

[23.10.24 16:38:15, 19.5571.03]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünscht der Regierungsrat das Wort? Er wünscht es nichts. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug als erledigt abzuschreiben

## 41. Antrag Fina Girard und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+, Stellungnahme des RR

[23.10.24 16:38:44, 24.5063.02]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat beantragt, die Standesinitiative einzureichen. Wünscht der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet.

Es haben sich keine Sprechenden eingetragen. Wir müssen aber trotzdem abstimmen.

**Abstimmung**

JA heisst Einreichung gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst nicht Einreichung

**Ergebnis der Abstimmung**

**93 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004643, 23.10.24 16:39:55]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Standesinitiative bei den Bundesbehörden einzureichen

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben der Einreichung einstimmig mit 93 Stimmen zugestimmt.

## 42. Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend Erlass eines Musikschulgesetzes, Stellungnahme des RR

[23.10.24 16:40:08, 24.5173.02]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen. Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Gerne fasse ich die Haltung des Regierungsrats zu dieser Motion zusammen. Wir sind der Überzeugung, dass es zur Sicherstellung des Bundesverfassungsauftrags keines separaten Musikschulgesetzes bedarf. Die bestehenden Strukturen der Förderungen ausserschulischen Musikunterrichts sind im Kanton Basel-Stadt grundsätzlich gut. Allerdings sehen wir durchaus Verbesserungs- und Weiterentwicklungsbedarf. Dieser betrifft nicht so sehr die Förderstrukturen selbst, sondern deren Grundlagen und vor allem deren Kommunikation.

Die zahlreichen politischen Vorstösse zu diesem Thema machen deutlich, die Zuständigkeiten und die Handhabung der privaten Leistungsträgerorganisationen, ausserschulische Musikförderung im Staatsbeitragsverhältnis sind gegen aussen nicht vollständig transparent und nachvollziehbar. Um dies zu verbessern, planen wir seit längerem eine umfassende Revision der teils historischen Bildungsgesetzgebung. Dabei ist auch vorgesehen, in einem neu zu schaffenden Bildungsrahmengesetz eine gesetzliche Grundlage zu schaffen für die Mitfinanzierung des Musikunterrichts für Kinder und Jugendliche an Musikschulen.

Dies festigt die Rechtsstellung von Anbieterinnen wie der Musikakademie und der weiteren vergleichbaren Institutionen der musikalischen Bildung. In diesem Zusammenhang soll auch, wie es die Motion fordert, eine Verordnung erstellt werden. Sie regelt das für alle Institutionen rechtliche Verfahren zum Zugang zu staatlichen Mitteln, die staatliche Finanzierung und gegebenenfalls auch die Anforderungen an die Zusammenarbeit mit dem Gemeinwesen, insbesondere den staatlichen Schulen.

Die Revision der Bildungsgesetzgebung schreitet voran und wird voraussichtlich nächstes Jahr in die öffentliche Vernehmlassung gegeben. Da es um die gesamte Bildungsgesetzgebung geht, ist aufgrund der Komplexität und Mehrstufigkeit dieser Revision praktisch ausgeschlossen, dass die Motionsforderungen binnen zwei Jahren bereits erfüllt werden können. Ich beantrage Ihnen daher, die Motion wie im Motionstext vorgesehen, ohne Fristvorgabe zu überweisen. Ich verweise auf Art. 43 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Grossen Rates, wo es wörtlich heisst: Überwiesene Motionen, die keine Frist erhalten, sind vom Regierungsrat so bald als möglich zu erfüllen. Das haben wir auch in diesem Fall vor.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Als erster Fraktionssprecher hat sich eingetragen Johannes Sieber von der GLP.

*Johannes Sieber (GLP):* Im Grundsatz sind wir uns ja einig, dass in diesem Feld etwas getan werden muss. Wir möchten aber trotzdem daran festhalten, dass diese Motion innerhalb von zwei Jahren erfüllt werden soll, und das werde ich jetzt beantragen. Wir sehen auch den Zusammenhang mit den anderen Revisionen nicht. Wir können das trotzdem jetzt angehen und jetzt durchführen. Wir möchten auch darauf hinweisen, dass die Motion eine Strategie fordert zur Annäherung von Angebot und Nachfrage der musikalischen Bildung. Wir sehen es durchaus für notwendig, dass die Umsetzung des Artikels 67a der Bundesverfassung, eben diese gesetzliche Verankerung, stattfinden soll. Deswegen beantragen wir die Zweitüberweisung als Motion und die Frist möchten wir auf zwei Jahre setzen, weil wir denken, dass die Dringlichkeit durchaus gegeben ist. In diesem Sinne freue ich mich auf die Unterstützung.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Fraktionssprecher ist David Jenny von der FDP.

*David Jenny (FDP):* Im Sinne der Zeitersparnis hat eine Kollegin aus der SVP-Fraktion, deren Vorname gleich geschrieben ist wie mein Nachname, mich gebeten, auch für sie zu sprechen.

Die Überweisung ist ja unbestritten. Wir halten an der üblichen Frist von vier Jahren fest. Es ist auch ein bisschen komisch im Motionstext selber wurde die Frist von zwei Jahren nicht erwähnt, und die gesetzliche Frist ist ja vier Jahr, die nun gekürzt wurde. Ich glaube, der Regierungsrat hat gut dargelegt, dass es Sinn macht, dies im Zuge der Totalrevision des Bildungsgesetzes zu behandeln und das nicht irgendwie unkoordiniert vorzuziehen. Vielleicht geht das ja schneller als vier Jahre, da hoffen alle darauf, aber diese künstliche Abtrennung wollen wir nicht und daher bitten wir Sie, bei vier Jahren zu verbleiben. Die inhaltlichen Anliegen sind ja unbestritten. Dann haben wir lieber gut und koordiniert eine Lösung als rasch und unkoordiniert.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Somit stimmen wir darüber ab, wie die Motion weiterbearbeitet wird, entweder mit einer Frist von zwei Jahren gemäss dem Antrag von Johannes Sieber oder vier Jahren.

**Abstimmung**

Ja bedeutet eine Frist von 2 Jahren nein heisst die Frist von 4 Jahren.

**Ergebnis der Abstimmung**

**72 Ja, 23 Nein, 0 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004645, 23.10.24 16:46:35]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 2 Jahre

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben sich mit 72 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen für eine Überweisung mit einer Frist von zwei Jahren entschieden.

## 43. Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Beleuchtung und Randmarkierungen auf Velowegen und -routen durch ein smartes Beleuchtungssystem, Schreiben des RR

[23.10.24 16:46:50, 22.5123.02]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünscht die Regierungsrätin das Wort? Sie hat es.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Die Regierung hat diesen Anzug zum Anlass genommen, um einerseits darüber zu berichten, welche Überlegungen hinter der heutigen und künftigen Beleuchtung, also hinter dem System stehen. Es ist vielleicht noch wichtig zu wissen, dass der Lied bei der öffentlichen Beleuchtung bei der IWB, also beim WSU liegt, in Absprache natürlich mit der Verkehrspolizei, die die konkrete Situation prüft und mit meinem Departement.

Wir haben den Anzug aber auch zum Anlass genommen, um ganz konkret zu den genannten Strassen zu berichten. Wir haben uns die genannten Strecken angeschaut mit externer Unterstützung und Sie haben die detaillierten Resultate hier vorliegen. Wo wir Schwachstellen identifiziert haben, haben wir Verbesserungen vorgenommen oder wir werden diese noch umsetzen. Die Umrüstung auf LED ist ein weiterer grosser Schritt.

Bei einigen Stellen wie beispielsweise bei den Langen Erlen stellen sich Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Naturschutz. Auch da finden Sie Details im Bericht und ich hoffe, dass der Regierungsrat Ihnen mit diesem Bericht nachvollziehbar darlegen konnte, was schon verbessert wurde und was auch noch geplant wird, und ich bitte Sie, mit dieser Berichterstattung den Anzug abzuschreiben.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Als erste eingetragen hat sich Annina von Falkenstein von der LDP.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Vielen Dank an den Regierungsrat für die Berichterstattung zum vorliegenden Anzug. Offenbar besteht Handlungsbedarf in Sachen Beleuchtung von Velorouten und Wegen, was die vielen Erwähnungen über bereits laufende Massnahmen unterstreichen. Dass die Situation rund um die Sicht aufgrund der Beleuchtung noch nicht so gut ist, wie es in einer velofreundlichen Stadt sein sollte, so weit gehen der Regierungsrat und ich einig. Uneinigkeit besteht jedoch zum weiteren Vorgehen, denn ich beantrage Ihnen, diesen Vorstoss stehen zu lassen, während der Regierungsrat diesen abschreiben will.

Zu den Gründen: Für viele Teilbereiche, die in der Stellungnahme erwähnt sind, werden weitere Handlungsschritte angekündigt. Ein paar Beispiele, zitiert aus dem Schreiben des Regierungsrats:

Die Gemeinde Riehen prüft deshalb die gleichzeitige Markierung einer Randlinie. Die Stadtgärtnerei prüft, ob ein Rückschnitt der Bäume möglich ist, um die Situation zu verbessern. In einem Testversuch soll geprüft werden, ob die Führung der Velofahrenden durch den stellenweisen Einsatz von Leitpfosten mit Reflektoren verbessert werden kann. Weitere Massnahmen werden noch geprüft. Darüber hinaus sind Verbesserungen im Rahmen laufender Planungen vorgesehen beziehungsweise werden mit der Umrüstung auf LED geprüft.

Finden Sie wirklich, dass Abschreiben unter diesen Umständen ein guter Vorschlag ist? Macht es nicht mehr Sinn, das Thema in der hier vorliegenden Kompaktheit weiter zu behandeln, statt womöglich über die weiteren Monate einzelne schriftliche Anfragen oder Interpellationen¡ zu erhalten?

Ich bedaure es sehr, dass der Regierungsrat sehr oft zum Abschreiben tendiert, wenn die Arbeit des verantwortlichen Departements noch nicht im Rahmen der parlamentarischen Forderung erledigt wurde. Und dies zählt nicht nur für das BVD, sondern für alle Departemente. Ein weiteres Argument, um den Anzug stehen zu lassen, ist der anstehende Wechsel auf LED. Ich bin sicher, dass dies gewissenhaft umgesetzt wird, wie wir aber alle wissen, ist es oft erst der Erfahrungsbericht nach Installation und das entsprechende Ausmerzen von Kinderkrankheiten, die die Umsetzung optimieren und wirklich wirkungsvoll machen. Warum also nicht stehen lassen und nach Installation der LED leuchten nochmals berichten?

Einleitend wird erwähnt, dass dieses Thema in die Schnittstelle von BVD, WSU und JSD fällt. Falls der Wunsch des Regierungsrats, dieses Geschäft abzuschreiben, mit dieser Schnittstellenausgangslage zu tun hat, wäre das sehr schade. Ich bitte entsprechend den Regierungsrat darum, in Zukunft die Perspektive des Parlaments einzunehmen und weg vom «Gerade etwa gut genug-Abschreibemodus» zu kommen. Und Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, bitte ich, diesen Vorstoss stehen zu lassen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Sprecher ist Daniel Sägesser von der SP.

*Daniel Sägesser (SP):* Ich muss mich vielleicht schon jetzt ein bisschen entschuldigen, wenn das heutige Votum etwas unsortiert daherkommt. Das Geschäft ist seit etwa einem halben Jahr auf unserer Traktandenliste und ich habe mir immer vorgenommen, wenn es dann kommt, bereite ich dann noch etwas vor. Jetzt hatte ich seit dem Sonntag aus irgendeinem Grund ein bisschen etwas anderes im Kopf. Sie mögen es mir verzeihen.

Aber eigentlich müsste ich auch gar nicht gross sprechen, weil Annina von Falkenstein hat eigentlich schon alles gesagt, was ich auch sagen wollte. Ich finde es geradezu ein bisschen unanständig, wenn wir in diesem Parlament einen Anzug prüfen und berichten mit 70 zu 11 an den Regierungsrat überweisen und wenn die zwei Jahre dann abgelaufen sind, dann kommt eine Anzugsbeantwortung und dort steht dann fünf Mal, dass man Sachen prüfen wolle, wie wir eben gehört haben, zum Beispiel, dass man prüfen wolle, ob man Bäume zurückschneiden kann. Also da wäre jetzt mein spontaner Vorschlag, schnappen Sie sich jemanden von der Stadtgärtnerei und gehen Sie schauen, ob man diese Bäume zurückschneiden kann und dann geben Sie uns Bericht.

Ich glaube, Sie merken es. Es macht keinen Sinn, einen solchen Anzug zum jetzigen Zeitpunkt abzuschreiben. Ich möchte Sie bitten, dem Antrag von Annina von Falkenstein, den Anzug stehen zu lassen, zu folgen, auch im Namen der SP-Fraktion.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Fraktionssprechender ist Lukas Bollack von der GLP.

*Lukas Bollack (GLP):* Ich kann mich auch kurz halten und will nur rasch erklären, warum wir Grünliberalen ebenfalls den Anzug stehenlassen wollen. Es sind eigentlich dieselben Gründe, die schon genannt wurden. In der Antwort der Regierung wurde auf mehreren Strecken Verbesserungen angekündigt und es wurde darauf verwiesen, dass im Zuge der Umstellung auf LED vielerorts Verbesserungen sich einstellen würden und wir finden einfach sinnvoll, den Anzug stehen zu lassen, damit über den Fortschritt berichtet werden kann.

Entgegen der Antwort der Regierung finden wir zudem, dass smarte Beleuchtungssysteme mindestens einen Pilotversuch verdient hätten. Die grundlegende ablehnende Haltung der IWB können wir da nicht nachvollziehen. Wir werden deshalb für Stehenlassen stimmen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächste Fraktionssprecherin ist Anina Ineichen für das GAB.

*Anina Ineichen (GAB):* Eine gute Veloinfrastruktur ist in unser aller Sinn. Ich denke, hier hätten wir einen guten Vorschlag. Gerade smarte Beleuchtung wäre eigentlich etwas Spannendes und Prüfenswertes, doch das ist ja gar nicht vorgesehen. Es gibt noch ganz viele Punkte, die nur vorgesehen sind, aber noch nicht erledigt sind. All dies erachten auch wir nicht als Basis für ein Abschreiben und wir bitten Sie darum, den Anzug stehen zu lassen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Fraktionssprecher ist Felix Wehrli für die SVP.

*Felix Wehrli (SVP):* Die Kreuztabelle zeigt auf, es bringt nichts, aber ich will einfach kurz aufzeigen, weshalb wir für Abschreiben sind.

Die Beantwortung des Regierungsrates ist hier, für uns wenigstens, in diesem Fall nachvollziehbar und zeigt auf, dass es sehr wenige Zonen gibt, bei welchen die Velowege nicht genügend ausgeleuchtet sind. Die festgestellten Mängel wurden aufgenommen, werden in Kürze behoben oder sind es bereits. Wenn ich im Anzug aber lese, dass ältere Menschen Probleme mit dem Nachtsehen haben, dann erschliesst es sich mir nicht, weshalb man dann mit dem Velo unterwegs ist. Man gefährdet dabei nicht nur sich selbst, sondern auch Drittpersonen. Dasselbe gilt im Übrigen für alle für die Verkehrsteilnehmende. Also wäre hier wohl die Nutzung des ÖV besser. Dass bei Nässe und Nebel die Bedingungen nicht vorteilhaft sind, ist auch bekannt, und es haben sich auch hier alle Verkehrsteilnehmenden, alle, also auch Velofahrende, den Gegebenheiten anzupassen.

Niemand hier will unsichere Velowege, und einmal mehr stehen auch Bäume teilweise der Beleuchtung im Weg. Ich frage mich einfach, weshalb man dann mit dem Velo nicht etwas langsamer fahren kann. Bäume sollten nicht wegen einem

Veloweg gefällt werden müssen. Zudem haben die allermeisten Velos heute eine Flutlichtbeleuchtung, welche extrem hell ist und die Fahrbahn weit voraus und auch in der Breite voll ausleuchtet.

Wenn Sie nun auch noch die Langen Erlen, in welcher sehr viele, zum Teil geschützte Tierarten zu Hause sind, ausleuchten wollen und mit Lichtern versehen, welche ähnlich einer Lichtorgel an- und ausgehen, wenn Velofahrende vorbeifahren, dann muss ich mich schon fragen, ob sich die Unterzeichnenden bewusst waren, was das für die dortigen Tiere bedeutet.

Ich ersuche die Sie deshalb im Namen der SVP, diesen Anzug abzuschreiben und damit dem Regierungsrat zu folgen, welcher die Behebung der notwendigen Schritte, welche es im Kleinen gegeben hat oder noch gibt, bereits in Auftrag gegeben hat.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Es haben sich keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Aber es gibt eine Zwischenfrage. Sie wird angenommen.

*Raoul I. Furlano (LDP):* Wissen Sie, dass Farbenblinde gerade besonders darauf angewiesen sind auf die Helligkeit? Wir wollen für Farbenblinde Helligkeit haben, die sind darauf angewiesen. Sie haben gesagt, sie sollen nachts nicht Velo fahren, aber wenn es hell ist, fahren sie sicher Velo.

*Felix Wehrli (SVP):* Also gut, man kann die ganze Stadt ausleuchten mit Flutleuchten, dass alle 24 Stunden fahren können, aber dann gibt es solche, die sich dann wegen der Lichtverschmutzung ärgern.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Somit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Ich wollte nur kurz sagen, dass ich das gerne mitnehme bezüglich dem Stehenlassen und dass ich das Bedürfnis auch verstehe. Es ist tatsächlich eine Diskussion, die wir im Regierungsrat häufiger führen und die Abwägung ist häufig, wie gross ist jetzt das Informationsbedürfnis noch? Haben wir einen grossen Teil der Fragen beantwortet, handelt es sich um kleinere Massnahmen? Dies übrigens auch, um die Traktandenliste zu entlasten, denn Sie sehen eben, was passiert, wenn über ganz viele Anzüge immer wieder berichtet wird.

Ich bin überzeugt, jetzt, in dem halben Jahr, seit dieser Bericht traktandiert ist aber nicht besprochen wurde, haben sich schon wieder neue Dinge ereignet. Deshalb gibt es in der Regierung auch immer ein Abwägen und ich denke, das wird uns bei den nächsten Vorstössen, die wir jetzt behandeln, gerade zum Thema Begrünung, noch begegnen, weil es zum Teil halt auch mehrere Vorstösse zum gleichen Thema gibt und dann doppelte und dreifache Berichterstattung.

Aber ich nehme das gerne mit, diesen Wunsch, der Antrag der Regierung lautet aber nach wie vor auf Abschreiben.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Somit kommen wir zur Abstimmung.

**Abstimmung**

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen.

**Ergebnis der Abstimmung**

**12 Ja, 80 Nein, 0 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004651, 23.10.24 16:59:47]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben den Anzug mit 80 Nein-Stimmen gegen 12 Ja-Stimmen stehengelassen.

## 44. Anzug Laurin Hoppler und Konsorten quartierbezogene autofreie Tage um die nachhaltige Mobilität stärker in die Bevölkerung zu tragen, Schreiben des RR

[23.10.24 17:00:04, 21.5509.03]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug als erledigt abzuschreiben

## 45. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend 'Trees in Cities Challenge' – Noch mehr Bäume für Basel, Schreiben des RR

[23.10.24 17:00:23, 22.5085.02]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug als erledigt abzuschreiben

## 46. Anzug Pascal Messerli und Oliver Thommen betreffend Förderung des Baumbestands, Schreiben des RR

[23.10.24 17:00:50, 22.5158.02]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Esther Keller wünscht das Wort.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Wir behandeln heute gerade mehrere Anzüge und Motionen, die sich mit demselben Ziel befassen, nämlich mit einer stärkeren Begrünung. Der Regierungsrat hat das sehr gerne zum Anlass genommen, um darüber zu berichten, was aktuell alles am Tun ist. Und das ist nämlich sehr viel. Das Stadtklimakonzept, das wir 2021 verabschiedet haben und das seither gilt, wirkt auf mehreren Ebenen, nämlich kurz-, mittel- und langfristig und es wirkt auch auf verschiedene Player, also einerseits natürlich auf die Verwaltung selbst, aber auch auf Private und Unternehmen.

Bei diesem Anzug geht es ganz konkret um Bäume respektive um Bäume im öffentlichen Raum. Hier gibt es insofern ein Missverständnis, als es offensichtlich die Annahme hinter dem Anzug ist, dass öffentliche Bäume dem Baumschutzgesetz nicht unterliegen würden und es keine Ersatzpflanzungen bräuchte. Dem ist aber nicht so. Wenn wir öffentliche Plätze oder Strassen planen, müssen wir die Bäume, die wir nicht erhalten können, sei es aufgrund der Bauarbeiten oder aufgrund der Lage in der Strasse oder der Gleise danach, ersetzen. Wir listen das jeweils auch in den Ratschlägen an den Grossen Rat auf und Sie wissen es, gerade in jüngster Zeit gibt es auch immer wieder Anlass zu Diskussionen. Sie haben also Auskunft über diese Bäume und die Ersatzpflanzungen.

Wir machen Überfliegungen der Stadt, um auch Kenngrössen zur Baumkronenbedeckung zu haben, die so genannten LiDAR-Messungen und diese ermöglicht uns zu sehen, ob sich die Baumbilanz verbessert hat. Und das ist der Fall. Ein Vergleich zwischen 2012 und 2021 zeigt, dass die Baumkronenbedeckung zugenommen hat, dies übrigens im Gegensatz zur Stadt Zürich, wo der private Baumbestand zurückgeht, weil es eben kein solches Baumschutzgesetz gibt.

Ein wichtiges Augenmerk für uns insbesondere für die Stadtgärtnerei liegt darauf, die Bedingungen für die Bäume zu verbessern. Sie wissen, dass aufgrund des Klimawandels gerade Stadtbäume zu kämpfen haben mit Trockenheit oder umgekehrt mit Stürmen und Starkregenfällen, und deshalb verbessern wir laufen die Standortbedingungen, indem wir Baumrabatten vergrössern, mit Substraten experimentieren damit diese das Wasser besser speichern können und natürlich auch Schwammstadt-Projekte umsetzen.

Auch an einem weiteren Punkt sind wir intensiv daran, nämlich an der Erarbeitung eines Förderprogramms für Private. Und auch das ist ja Gegenstand dieses Anzugs und zwar sowohl beispielsweise für Fassaden, Begrünungen wie auch für Baumpflanzungen oder sonstige Begrünungen. Der Ratschlag dazu wird bald folgen.

Sie sehen, wir sind an vielem daran und werden im Rahmen des Stadtklimakonzepts auch wieder darüber berichten und im Rahmen von anderen Vorstössen, deshalb bitten wir Sie, diesen Vorstoss abzuschreiben.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Wir kommen somit zum ersten Fraktionssprechenden, für das GAB hat Oliver Thommen das Wort.

*Oliver Thommen (GAB):* Ich habe einfach das Votum von Annina von Falkenstein aufgenommen und lasse es kurz auf meinem Handy laufen, denn es geht ja um das gleiche. Nein, natürlich nicht! Aber wie schon gesagt wurde, es leider wieder einmal so ein Anzug, der während zwei Jahren in einer Schublade verschwunden ist und wieder auftaucht. Wir würden Sie bitten, diesen noch einmal stehen zu lassen.

Sie haben einiges gesagt, was Sie machen und machen werden, also beispielsweise dieses Förderprogramm für Private und dass Sie demnächst einen Ratschlag vorlegen werden. Das ist zu begrüssen. Normalerweise wird ein Anzug dann abgeschrieben, wenn der konkrete Ratschlag da ist. Wir wissen nicht, wie dieses Förderprogramm aussieht, und ich es macht eigentlich keinen Sinn, diesen Anzug abzuschreiben, bevor nicht definitiv vorliegt, was Sie genau planen. Denn aus unserer Sicht ist es nach wie vor ein Probleme oder vielmehr vielleicht ein Desiderat vieler Menschen in dieser Stadt, auch von Privaten, wie es die vielen von Privaten lancierten Initiativen zeigen, dass die Begrünung auch im privaten Raum vorangetrieben wird.

Ich staune, wenn immer wieder der Alleenplan von 1980 vorgebracht wird, wenn beispielsweise die Bruderholzstrasse frisch saniert wird, sind im Alleenplan dort ganz viele Bäume eingetragen, aber auch über 40 Jahre später steht meines Wissens kein einziger Baum irgendwo in der Bruderholzstrasse. Und ich bin auch ein bisschen enttäuscht, dass diese Möglichkeit, darzulegen, wie das mit der Begrünung im öffentlichen Raum weitergehen soll, mit Verweis auf anderes einfach so abgegeben handelt.

Das Grünalternative Bündnis und die SP, für die ich auch sprechen darf, bitten Sie deshalb, den Anzug stehen zu lassen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Fraktionssprechender ist Pascal Messerli von der SVP.

*Pascal Messerli (SVP):* Die SVP war schon immer eine umweltfreundliche Partei und hat sich für Grünflächen und für Bäume eingesetzt, sei das in Riehen, in Freizeitgartenarealen oder auch in der Stadt – Stichwort Innere Margarethenstrasse. Hier wollen wir auch unseren Beitrag weiter leisten und auch ich bitte Sie im Namen der SVP-Fraktion, diesen Anzug stehen zu lassen. Wir können in den meisten Punkten die Ausführung des Regierungsrates nachvollziehen. Es benötigt auch aus unserer Sicht nicht noch ein weiteres Konzept neben dem Alleenplan, aber man kann selbstverständlich diesen Alleenplan nochmals prüfen und aktualisieren und sicherlich schauen, ob dieser auch das geeignete Instrument und das geeignete Konzept in diesem Bereich ist.

Für die SVP-Fraktion ist es auch sehr wichtig, dass wir die Transformationsareale langfristig auch als Grünfläche und auch für mehr Bäume nützen. Dort haben wir sehr grosses Potenzial und dort gibt es auch keine Platzknappheit, es geht auch nicht auf Kosten von Parkplätzen wie beispielsweise in gewissen Strassen, die vielleicht etwas enger sind.

Hinsichtlich der letzten Frage kündigt der Regierungsrat an, dass weitere Förderungsprogramme in Bearbeitung sind und da möchten wir diesen Anzug schon auch aufrechterhalten. Oliver Thommen hat das gesagt. Es ist uns von der SVP-Fraktion sehr wichtig, dass wir diese Idee der freiwilligen Privatinitiative in diese zukünftige Planung einfliessen lassen, anders als es sonst in der Klimapolitik häufig der Fall ist, welche auf Bevormundung, Verbote oder höhere Abgaben beruht. Hier wollen wir diese freiwillige Privatinitiative fördern. Deshalb wäre es sinnvoll, wenn wir diesen Anzug stehenlassen und der

Regierungsrat dann in der Anzugsbeantwortung oder in diesem neuen Ratschlag, den er heute angekündigt hat, über dieses Förderprogramm berichten kann. Und wenn wir dann zufrieden sind mit diesem Förderungsprogramm, können wir den Anzug abschreiben. Aber heute bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, diesen noch einmal stehen zu lassen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein zweites Votum. Wir kommen zur Abstimmung.

**Abstimmung**

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrates, NEIN heisst stehenlassen gemäss Oliver Thommen

**Ergebnis der Abstimmung**

**33 Ja, 57 Nein, 1 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004664, 23.10.24 17:09:43]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben den Anzug stehengelassen mit 57 Nein-Stimmen gegen 33 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

## 47. Motion Daniel Albietz und Konsorten betreffend faires Inventarisierungsverfahren, Stellungnahme des RR

[23.10.24 17:09:58, 23.5649.02]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Regierungsrätin Esther Keller wünscht das Wort.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Das Inventar der schützenswerten Bauten ist ein Verzeichnis derjenigen Gebäude, die für den Kanton von besonderem kulturellen Wert sind. Die kantonale Denkmalpflege hat den gesetzlichen Auftrag, dieses Inventar zu erstellen und zu aktualisieren. Es hat lediglich Informationszweck. Es soll signalisieren, dass eine Liegenschaft möglicherweise schützenswert ist und dass dies bei einem allfälligen Baubegehren geprüft werden muss. Die Inventarisierung hat also keine unmittelbare Rechtswirkung und ist auch keine Verfügung.

Die Motionärinnen und Motionäre fordern nun, dass die Eigentümer der Gebäude einbezogen werden in diesen Prozess. Dies wäre selbstverständlich richtig und wichtig, wenn die Inventarisierung eine unmittelbare Rechtswirkung hätte. Das ist aber eben nicht der Fall, sie ist lediglich ein Informationsinstrument. Sie ist eine Vororientierung über einen potenziellen Sachverhalt und sie ist gemäss Appellationsgerichtsurteil, wie ich gesagt habe, auch keine Verfügung.

Was passiert, wenn man diese Motion umsetzen würde? Heute hat der oder die Hausbesitzende die Möglichkeit, nach Inventaraufnahme die Denkmalpflege aufzufordern, die Schutzwürdigkeit zu überprüfen. Sie muss das jedoch nicht tun. Ich persönlich würde es nicht tun, sondern erst dann, wenn ich etwas umbauen möchte, denn neben der Schutzwürdigkeit untersucht die Denkmalpflege auch die Schutzfähigkeit, also ob ein Gebäude noch genügend intakt ist und genügend Originalteile beispielsweise aufweist, dass der Erhalt sinnvoll ist. Möglicherweise wird das in zehn Jahren anders eingeschätzt als heute. Deshalb macht eine frühzeitige Abklärung nicht unbedingt Sinn.

Falls dem so wäre, dass ein Gebäude als schutzwürdig und schutzfähig beurteilt würde, dann kann man den Rechtsweg beschreiten. Ich persönlich bin als Hauseigentümerin froh, dass es diese frühe Information über die Inventarisierung eben gibt, die noch nicht verbindlich ist, sondern eine Art Information, dass es diese Schutzwürdigkeit möglicherweise gibt. Mein Rechtsweg ist nach wie vor gesichert, falls ich das Haus umbauen möchte, kann ich dann das abklären.

Sowohl für die Hauseigentümer wie auch für den Kanton wäre der rechtsstaatliche Einbezug in dieser frühen Phase ein unverhältnismässiger und nicht sinnvoller Aufwand, denn wie gesagt, bis Sie dann ein konkretes Bauprojekt zehn Jahre später oder so planen könnte, die Ausgangslage eine ganz andere sein. Last but not least ist vielleicht wichtig zu wissen, dass die Inventarisierung in Basel bis Ende des Jahres fast vollständig abgeschlossen ist. Auch in diesem Licht scheint die Motion nicht sinnvoll.

Was wir aber gerne mitnehmen, was wir auch sehen und lesen aus dieser Motion ist, dass das Informationsbedürfnis bezüglich diesem Inventarisationsverfahren gross ist und wir werden besser informieren, was dies anbelangt, beispielsweise auch über eine Infoveranstaltung, damit man sich eben der Bedeutung aber auch der Nichtbedeutung dieses Instruments bewusst ist. Deshalb bitten wir Sie, diese Motion als Anzug zu überweisen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Als erstes eingetragen hat sich Daniel Albietz für die Mitte/EVP.

*Daniel Albietz (Mitte-EVP):* Wie Sie meiner Motion nehmen können, zielt sie auf eine Gesetzesänderung respektive Ergänzung ab, weshalb ich mich samt meiner Fraktion und auch weiteren Fraktionen, insbesondere rede ich hier auch für die FDP-Fraktion, für die Zweitüberweisung als Motion ausspreche und dies auch beantrage.

Der Regierungsrat schreibt in seiner Stellungnahme unter anderem, die Aufnahme einer Liegenschaft ins Inventar ist keine eigentümerverbindliche Unterschutzstellung, sondern lediglich eine Denkmalvermutung. Das heisst, sie hat für die Eigentümerschaft keine Verpflichtungen zur Folge. Mit Verlaub, aber das ist eine formalistische und spitzfindige Argumentation. Formell hat die Eintragung zwar keine direkten Verpflichtungen zur Folge, das trifft zu wohl aber hat sie unmittelbare und nicht unerhebliche Konsequenzen.

Auch trifft die Behauptung der Regierung nicht zu, dass der Inventareintrag nur deklaratorisch sei und keine Auswirkungen zeitige. Ab Eintragung redet die Denkmalpflege bei jeder baulichen Veränderung rein und sei dies nur ein Fensterersatz. Weiter droht mit jedem Baugesuch das Verfahren auf Eintragung ins Denkmalverzeichnis.

Immobilienfachleute bestätigen zudem, dass die Inventarisierung zu einer Verminderung des Liegenschaftswerts führt, also einen direkten Eingriff in die Eigentumsrechte darstellt. Die Reduktion des Liegenschaftswerts kommt einer partiellen Enteignung gleich. Für Eingriffe ins Eigentum stellt der Staat in der Regel nicht nur ein Anhörungsrecht, sondern einen Rechtsmittelweg mit der Expropriationskommission eine eigene Instanz und mit dem Verwaltungsgericht eine gerichtliche Instanz zur Verfügung. Bei der Inventarisierung findet nicht mal zwingend eine Anhörung statt. Es geht nur um das rechtliche Gehör. Da reicht ein vor formlose Schreiben per B-Post und das erachte ich als rechtsstaatlich ungenügend und problematisch.

Mit dem auch schon gehörten fragwürdigen Argument der staatlichen Effizienz oder angeblicher Bürokratie müssten wir sämtliche Rechtsmittelwege straffen oder ganz abschaffen, was den Rechtsstaat grundsätzlich in Frage stellen würde. Daher spreche ich mich nach wie vor dezidiert dafür aus, dass die Eintragung nicht mehr einseitig und formlos erfolgen darf, sondern dass die Eigentümerschaft im Vorfeld auf geeignete Weise angehört werden muss.

Nun, es schaut gemäss Kreuztabelle nach einer Überweisung als Anzug aus. Ich bitte daher die Grünliberale Fraktion, welche das Eigentumsrecht sonst in der Regel noch hochhält, ihre Haltung mit Verweis auf die vorherige Argumentation zu überdenken und doch auf eine Weiterbehandlung als Motion umzuschwenken. Sollte es beim Anzug bleiben, wäre ich zufrieden, dass das Anliegen zumindest auf diese Weise deponiert ist, erwarte aber von den zuständigen Personen in Regierung und Verwaltung, dass das Anliegen mit dem nötigen Gewicht weiterbearbeitet und umgesetzt wird.

Erlauben Sie mir noch eine kurze Bemerkung zur Praxis der Inventarisierung überhaupt. Hier scheint mir eine Strategie des Regierungsrats oder des zuständigen Amts zu fehlen, welche Gebiete und Liegenschaften jeweils inventarisiert werden. Ich erinnere als Beispiel an das Gemeindehaus in Riehen, das lange nicht auf dem Radar der Denkmalschützer und Inventarisierer stand, und erst als der Gemeinderat überhaupt auch nur die Überlegung anstellte, das Gemeindehaus möglicherweise ganz oder teilweise abzubrechen, um einen Neubau am betreffenden Ort zu ermöglichen, war plötzlich die Inventarisierung zur Stelle und das Gebäude wurde am Ende inventarisiert. Auch so wird manchmal Politik gemacht. Ich wünschte mir aber eine klare, stringente Strategie und auch eine berechenbare Strategie der Denkmalpflege bei der Inventarisierung. Das möchte ich einfach noch deponieren.

Besten Dank, wenn Sie dem Antrag auf Weiterbehandlung als Motion folgen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächste Fraktionssprecherin ist Salome Bessenich für die SP.

*Salome Bessenich (SP):* Die SP-Fraktion ist klar gegen eine Überweisung dieses Vorstosses als Motion und ich darf an dieser Stelle auch für das GAB sprechen. Eine Überweisung als Anzug hingegen unterstützen wir, da wir eine Anpassung der Kommunikations- und Informationsmassnahmen im Rahmen des Inventarisierungsverfahrens für sinnvoll und für fair erachten. Das ist ja hier gefordert, Fairness. Die Argumente gegen eine Überweisung als Motion bleiben dieselben, wie ich sie bereits bei der Erstüberweisung im Februar hier kundgetan habe und die auch soeben von Regierungsrätin Esther Keller dargelegt wurden.

Die in Inventarisierung ist eine Triage, die primär eben einer Beschleunigung der Prozesse dient. Davon profitieren insbesondere auch die Eigentümerschaften der knapp 90 Prozent Gebäude, die nicht im Inventar sind. Ein Eintrag ist eine Denkmalvermutung, das haben auch Sie bestätigt. Sie hat Informationscharakter und die Interessensabwägung, das hat Regierungsrätin Esther Keller gut dargelegt, kann eben erst dann sinnvoll erfolgen, wenn ein konkretes Bauvorhaben vorliegt. Ob nämlich die Fenster ersetzt oder ein Haus abgerissen wird, das ist eben eine andere Abwägung und es ist auch hier im Interesse der Hauseigentümerschaften, dass Gebäude nicht auf Vorrat unter Schutz gestellt werden müssen, sondern die Situation bei einem konkreten Vorhaben geprüft wird.

Zudem gibt es ja schon heute die Option eines rechtsstaatlichen Einbezugs, indem nämlich die Prüfung der Schutzwürdigkeit bei einer Inventarisierung eingefordert wird. Und wird diese dann festgestellt, dann gibt es die Möglichkeit, diese Verfügung anzufechten. Ob das im Interesse der Eigentümerschaft ist oder nicht, das bleibt hier dahingestellt.

Hinzu kommt, was Regierungsrätin Esther Keller ebenfalls erwähnte, dass die Inventarisierung aktuell im Kanton Basel-Stadt zu 95 Prozent abgeschlossen ist und somit erst in 20 bis 30 Jahren wieder überprüft wird. Das Gesetz beziehungsweise die Verordnung jetzt anzupassen, wäre also wenig zielführend. Was wir hingegen sehr begrüssen, ist, dass der Regierungsrat die Kommunikation überarbeiten und die betroffenen Eigentümerschaften besser informieren und deren Fragen auch abholen will. Darum unterstützen wir die Überweisung als Anzug.

Ich danke Ihnen im Namen der SP und des GAB, wenn Sie uns so folgen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Ich habe keine keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet ebenfalls. Wir kommen somit zur Abstimmung.

**Abstimmung**

Ja heisst Weiterbehandlung als Anzug nein heisst Weiterbehandlung als Motion

**Ergebnis der Abstimmung**

**53 Ja, 38 Nein, 2 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004666, 23.10.24 17:21:46]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

Weiterbehandlung als Anzug

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben sich mit 53 Ja-Stimmen gegen 38 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen dafür entschieden, das Geschäft als Anzug weiter zu behandeln.

## 48. Motion Jörg Vitelli und Konsorten Motion betreffend kein Zubringer Allschwil ohne Bachgrabentram, Stellungnahme des RR

[23.10.24 17:22:01, 19.5446.03]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat beantragt, die Frist bis am 30. Juni 2025 zu erstrecken.

Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine anderen Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Frist bis 30. Juni 2025 zu erstrecken

## 49. Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Velosicherheitsmassnahmen in der Neubadstrasse, Schreiben des RR

[23.10.24 17:22:32, 18.5200.04]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

## 50. Anzug Michael Hug und Konsorten betreffend Wiederaufnahme der Planung eines Tram-Schiffsverkehrs ("Vaporetto") auf dem Rhein, Schreiben des RR"

[23.10.24 17:22:53, 22.5221.02]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünscht die Regierungsrätin das Wort? Sie wünscht es.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Die Idee an sich ist nicht neu. Schon 2016 hat der Regierungsrat zu einem ähnlichen Anliegen Stellung genommen und es insbesondere mit Blick auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis verworfen. Der Regierungsrat hat den Anzug zum Anlass genommen, die damaligen Feststellungen nochmals zu überprüfen und wir kommen zu folgenden Schlüssen:

Eine der Ausgangslagen hat sich im Vergleich zu damals verbessert. Die Antriebstechnologie des Schiffes wäre mit erneuerbarer Energie und damit gesetzeskonform umsetzbar, nämlich mit einem Wasserstoffbatterie-Hybrid-System. Drei gewichtige Argumente sprechen jedoch nach wie vor gegen ein solches Projekt. Die Kosten für die Anschaffung der Schiffe wären sehr hoch. Auch müssten die Zugänge zu den Schiffen behindertengerecht ausgestaltet, sicherlich angepasst werden, was einiges an weiteren Kosten auslösen würde. Die Betriebskosten fielen höher aus als in der damaligen Studie von 2014 und das Potenzial für neue ÖV-Nutzende hingegen scheint uns als nicht besonders hoch. Primär würde es wohl Umsteiger geben, die Menschen, die heute mit dem Tram und Bus unterwegs sind, würden dann vielleicht das Schiff nehmen Und dies wiederum würde die Effizienz des ÖV-Netzes verringern.

Sie sehen am aktuellen Budget für den öffentlichen Verkehr, dass wir mit steigenden Kosten zu kämpfen haben und das bereitet dem Regierungsrat Sorgen. Es ist wichtig, dass wir unsere finanziellen Ressourcen deshalb in möglichst wirkungsvolle Systeme einsetzen, dies auch mit Blick auf den Klimaschutz. Deshalb darf ich Sie darum bitten, diesen Abzug abzuschreiben.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Eingetragen habe ich Michael Hug für die LDP.

*Michael Hug (LDP):* Nach Konsultation der Kreuztabelle und einigen Gesprächen habe ich das Gefühl, dass viele von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Vorteile eines Tramschiffverkehrs nicht verstanden haben oder den Vorstoss voreilig in die Kiste der Fasnachtssujets gelegt haben. Ich konnte mir in den letzten Jahren etliche lustige Sprüche anhören, zum Beispiel mit dem Cornetto auf dem Aporetto oder Vaporetto Mike usw. Gerne möchte ich dennoch euch alle dringend dazu

ermutigen, den Anzug betreffend Wiederaufnahme der Planung eines Tramschiffsverkehrs auf dem Rhein stehen zu lassen und keinesfalls aufzuschreiben.

Kürzlich wurde bekannt, dass weder der geplante Tramlinienausbau noch der S-Bahnausbau in einer absehbaren Frist realisiert werden kann, falls überhaupt. Dazu fallen bei der Ertstellung sehr hohe Kosten an. Der Rhein als Schiene ist jedoch bereits gebaut. Eine Nutzung kann relativ umgehend erfolgen, Netto Null, wie wir gehört haben, und erst noch relativ günstig im Verhältnis. Viele neue Wohn- und Arbeitsflächen sind in der Nähe des Rheins geplant. So sollen Areale beim Hafen, dem Klybeck, in Birsfelden oder im grenznahen Huningue transformiert werden. Der Rhein bietet eine ideale Verbindung zwischen grossen Arbeitsstätten wie der Roche oder Novartis und dem Stadtzentrum. Ein Linienschiffsverkehr auf dem Rhein ist ein günstiges Mittel, um all diese Stationen miteinander zu verbinden und gleichzeitig die wachsenden Pendlerströme aus dem Elsass vom Auto auf den ÖV zu bringen, was ein Ziel aller hier Anwesenden ist, da bin ich ziemlich überzeugt. Dazu muss nicht zuerst ein Tram gebaut wird.

In ihrer Beantwortung zeigt die Regierung auf, dass der Betrieb mit einem Zero-Emissionsschiff möglich wäre. Sie sieht jedoch die mangelnde Wirtschaftlichkeit, die Konkurrenz zu Tram und Bus und die erhöhte Rheinnutzung als Argument, den Anzug abzuschreiben. Aber auf den im Vorstoss geforderten Pilotversuch geht die Regierung nicht ein, was sehr bedauerlich ist.

Vor diesem Hintergrund soll der Anzug unbedingt stehengelassen werden. Nur mit einem Pilotversuch kann die effektive Nachfrage und das Potenzial eines solchen Verkehrsträger beurteilt werden. Der Linienschiffsbetrieb steht nicht als Konkurrenz zu Tram und Bus, sondern als sinnvolle Ergänzung. Ein gewichtiger Vorteil besteht darin, dass keine neuen Strassen oder Schienen gebaut und unterhalten werden müssen. Falls der Pilotversuch funktioniert, soll das Projekt in das nächste Agglomerationsprogramm gebracht werden. Bereits im Aggloprogramm 2 wurde ein solcher Linienschiffsverkehr durch den Bund auf die Liste gesetzt. Damit liesse sich ein Teil der Infrastruktur finanzieren. Einen anderen Teil könnte beispielsweise über das Programm Interreg oder den Mobilitätsfonds finanziert werden.

Alle, die den ÖV stärken wollen, insbesondere für den Pendlerverkehr aus dem ein Elsass von Birsfelden und neu vom Klybeck müssten eigentlich für dieses Projekt sein. Ausserdem würde ein touristischer Mehrwert entstehen. Ich beantrage ein Stehenlassen mit dem Auftrag, einen Pilotversuch durchzuführen. Dieser wurde in der Stellungnahme nicht einmal erwähnt.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Somit kommen wir zum nächsten Fraktionssprechenden Jerôme Thiriet vom GAB.

*Jérôme Thiriet (GAB):* Michael Hug hat tatsächlich auch von mir schon einen Spruch hören müssen. Er hat schon viel zu seinen Vaporetti gesagt. Auch wir vom Grünalternativen Bündnis sind daran interessiert, den Anzug stehenzulassen, vor allem auch weil wir ja jetzt sehr viele Argumente gehört haben, dass es machbar ist, den Rhein auch als ÖV-Achse zu nutzen. Wir sehen es auch nicht als Konkurrenz zu den bestehenden ÖV-Angeboten auf der Tramschiene oder im Bus. Uns würde es wirklich auch wundernehmen, ob das funktionieren kann, ob die Nachfrage da ist. Da kann mit der Einschätzung des Regierungsrats einig sein, es ist nicht ganz klar, ob das wirklich genutzt wird oder nicht. Es ist für uns aber auch störend, dass man die Forderung nach einem Pilotbetrieb gar nicht aufnimmt, sondern einfach mal die Kosten und die Machbarkeit abgeschätzt hat. Das wissen wir jetzt, aber wie die Auslastung oder die Nachfrage effektiv sein wird, wissen wir nicht. Michael Hug hat es auch gesagt, in der Stadtentwicklung geht einiges. Vielleicht ist dann bald einmal effektiv viel Wohnraum am Rhein, im Klybeck da, und wir sind dann vielleicht froh, den Fluss können als Verkehrsachse nutzen zu können.

Deshalb wären wir vom GAB froh, wenn der Anzug stehengelassen würde und der Regierungsratskons einen Vorschlag macht, wie ein Pilotprojekt aussehen könnte, um die effektive Nachfrage abschätzen zu können.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Lisa Mathys.

*Lisa Mathys (SP):* Jetzt bin ich etwas diejenige, die die Party verdirbt. Ich finde wirklich, dass wir uns nicht wirklich glaubwürdig machen, wenn wir diesen Vorstoss stehenlassen. Ich habe jetzt vieles gehört. Der Vergleich zur S-Bahn, die nicht so schnell ausgebaut werden kann wie man möchte. Also wirklich, ein Vaporettobetrieb ersetzt jetzt wirklich keine S-Bahn in unserer Region und auch dass die Pendler:innenströme Ströme aus dem Elsass mit dem Vaporetto kämen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben Trams, die ins Elsass fahren. Wir müssen dort schauen, dass wir dieses schon bestehende Netz erweitern und ausbauen und dort die Bedingungen schaffen, dass man eben ganz einfach und ganz bequem mit dem Tram pendeln kann.

Ich habe kurz noch einmal in mein Votum vom Juni 2022 geschaut und habe festgestellt, dass meine Argumente von damals sich verändert haben. Eines der wesentlichen Argumente ist ja zum Beispiel die Fliessgeschwindigkeit des Rheins. Die hat

sich nicht geändert in diesen zwei Jahren und die macht es ganz schwierig, dieses Anfahren von Haltestellen überhaupt sinnvoll zu gestalten. Dann haben wir das Rheinschwimmen, das auch nicht unbeliebter geworden ist in den letzten Jahren, im Gegenteil, sondern an Popularität immer weiter dazu gewinnt. Wir wissen alle, wie der Rhein im Sommer aussieht, wenn es warm ist. Es ist wunderbar, er ist voller Menschen, die sich dort abkühlen können und wenn wir dort eine Vaporettolinie reinpflanzen wollen, das geht doch nicht, das wissen wir alle.

Ich finde, wenn schon müsste man dazu stehen, dass es eine reine Tourismusidee ist, aber dafür haben wir ja schon die Rheintaxis. Da sehe ich auch den Mehrwert nicht. Und ich möchte einfach noch einmal daran erinnern: Sie haben sehr darauf gepocht, Michael Hug, dass es eine Erweiterung des ÖV-Angebots sein würde. Wir haben im Bereich des ÖV das Behindertengleichstellungsgesetz, das es zu respektieren gilt. Das heisst, wir müssten alle diese Haltestellen so bauen, dass man ganz eigenständig auf dieses Schiff gelangen kann. Das ist ja wirklich nicht realistisch, insbesondere wenn wir sehen, wie weit wir schon im Rückstand sind beim Umbau der bestehenden ÖV-Haltestellen in unserem Kanton.

Auch der Idee eines Pilot kann ich nichts abgewinnen, denn dann müssten wir ja diese Schiffe anschaffen, wir müssten diese Haltestellen bauen, um dann festzustellen, dass der Rhein immer noch gleich schnell fliesst und immer noch gleich viele Leute im Rhein schwimmen. Ich finde die den Gedanken schön, aber ich finde, es ist wirklich offensichtlich, dass das nicht funktioniert in unserer Stadt mit den Dimensionen, die sie hat und auf diesem Gewässer, das eben die erwähnte Fliessgeschwindigkeit hat. Deshalb sollten wir das nicht aus Prinzip einfach stehenlassen. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Anzug abzuschreiben.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird angenommen.

*Daniel Seiler (FDP):* Ich finde es schade, dass man sich jetzt da dagegen stellt. Grundsätzlich aber die Frage: Die Personenschifffahrt muss ja auch behindertengerecht funktionieren, wieso sollte das mit dem Vaporettoschiff nicht funktionieren?

*Lisa Mathys (SP):* Da es bei dieser Idee ja um ein ÖV-Angebot gehen sollte, wäre die Haltestelledichte natürlich eine andere und bei Tourismusangeboten und bei ÖV-Angeboten gelten nicht ganz die gleichen Anforderungen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Wir kommen somit zur Abstimmung.

**Abstimmung**

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Michael Hug

**Ergebnis der Abstimmung**

**52 Ja, 39 Nein, 0 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004670, 23.10.24 17:36:04]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug als erledigt abzuschreiben

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 52 Ja-Stimmen gegen 39 Nein-Stimmen.

## 51. Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Untertunnelung und Finanzierung der gesamten Osttangente durch das Stadtgebiet - A2 Underground - the way to the future, Stellungnahme des RR

[23.10.24 17:36:16, 19.5281.03]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat beantragt, die Frist bis am 30. November 2025 zu erstrecken.

Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller, sie verzichtet. Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Eingetragen hat sich Harald Friedl für die Fraktion GAB.

*Harald Friedl (GAB):* Die vorliegende Motion wurde im Juni 2020, also vor über vier Jahren zum zweiten Mal vom Grossen Rat überwiesen. In dieser Motion gibt es zwei klare Aufträge, die bisher nicht umgesetzt wurden. Vier Jahre hätte der Regierungsrat Zeit gehabt, beim ASTRA für die Forderungen zu weibeln und diese ihm vorzubringen. Die wären gewesen erstens die totale Verlagerung der Osttangente und dem Boden plus den Rückbau einzubringen und dafür auch mit dem ASTRA zusammen ein Konzept für die Teil- oder die ganze Finanzierung zu erarbeiten.

Jetzt noch vier Jahren kommt der Antrag auf eine Fristverlängerung, aber nicht etwa, um diese Forderungen dann weiterzubearbeiten, sondern abgeschwächte Anliegen des Regierungsrats umzusetzen, eines davon ist die Temporeduktion von 80 auf 60 und die zweite ist, Berechnungen anzustellen, ob es Potenzial gibt, dann die A2 teilweise rückzubauen oder Verkehrsflächen freizugeben.

Das ist eben beides nicht das, was das Parlament damals vor vier Jahren wollte und verlangte und wir sind frustriert darüber. Wir verspüren da keine Bereitschaft des Regierungsrats, den Auftrag umzusetzen, wie er in der Motion steht und dem ASTRA da entsprechend Druck aufzubauen. Ein grosser Teil der Fraktion kann daher der Fristverlängerung nicht zustimmen und ein Teil der Fraktion beantragt daher, die Fristverlängerung abzulehnen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird entgegengenommen.

*Daniel Seiler (FDP):* Das Geschäft ist schon ein bisschen älter, als ich hier bin , aber es ist interessant, dann müssten Sie doch jetzt für den Tunnel sein, oder?

*Harald Friedl (GAB):* Ja, es ist länger her, und ja, wenn man es nachliest, dann steht in der Motion eine vollständige Verlagerung der Osttangente in den Untergrund und das ist nicht das, was das ASTRA uns jetzt vorgeschlagen hat und zur Abstimmung gelangt.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächste Sprecherin für die SP ist Lisa Mathys.

*Lisa Mathys (SP):* Ich mache es überhaupt nicht lange Ich schliesse mich im Grundsatz natürlich dem Votum von Harald Friedl an. Wir haben trotzdem keine Ablehnung der Fristverlängerung vorgesehen, weil es nicht Sinn macht, aber natürlich geht es uns sehr ähnlich. Wir wünschen uns ein klares Bekenntnis der Regierung dazu, dass diese Osttangente der Vergangenheit angehören soll und dass man dort wirklich den Platz schlauer nützen wird und es nicht nur mal anschaut. Aber der Fristverlängerung stimmen wir zu.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Als Einzelsprecherin hat sich gemeldet Tonja Zürcher.

*Tonja Zürcher (GAB):* Einfach, um es nochmals zu verdeutlichen: In diesen vier Jahren, die jetzt eigentlich die Regierung Zeit gehabt hätte, diese Motion umzusetzen, zum Beispiel die Planauflage vorzugelegen, also die Möglichkeit, mit der unsere Regierung unseren Auftrag hätte umsetzen können und die vollständige Verlagerung oder Rückbau der Ostangabe als Bedingung für den Rheintunnel zu verlangen, ist nicht viel passiert. Das machen andere Kanton oder andere Städte bei Autobahnausbauten, sie verlangen konkret den Rückbau von städtischen Autobahnen oder autobahnähnlichen Strassen. Wir können die Frist jetzt schon verlängern, natürlich ist es besser, wenn in Zukunft noch ein bisschen mehr gedacht, geplant

und konzipiert wird. Aber die wirklich klare Chance hat die Regierung verpasst, ganz willentlich und ich finde das ein Affront an unser Parlament.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* BWir haben keine weiteren Einzelsprechenden mehr eingetragen. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Ich darf festhalten, dass sich an der Haltung des Regierungs seit 2020 nichts geändert hat. Schon dort finden Sie die Aussage, dass wir beabsichtigen, einen partiellen Rückbau der Osttangente anzuschauen und dass wir uns eben wirklich beim Bund einsetzen für Tempo 60 statt 80. Wir bekommen da sehr gute Zeichen, wir haben uns bei verschiedenen Gelegenheiten auch dafür eingesetzt und wir werden das weiterhin tun. Ich glaube, die Fristverlängerung macht im Moment Sinn. Wir stehen kurz vor der Abstimmung über den Strassenausbau und ich glaube, wir werden dann wissen, ob diese Planungen überhaupt nötig sind und deshalb bitte ich Sie sehr, der Fristverlängerung zuzustimmen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Wir kommen somit zur Abstimmung. Harald Friedl möchte der Fristerstreckung nicht zustimmen.

**Abstimmung**

JA heisst Fristerstreckung bis am 30. November 2025 gemäss Antrag Regierungsrat, oder NEIN zur Fristerstreckung

**Ergebnis der Abstimmung**

**74 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004672, 23.10.24 17:42:48]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Frist bis 30. November 2025 zu erstrecken

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben der Fristerstreckung mit 74 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

## 52. Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend Anwohnerparkkartengebühren nach beanspruchter Parkfläche, Schreiben des RR

[23.10.24 17:43:01, 20.5328.03]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

## 53. Motion Raffaela Hanauer und Konsorten betreffend Konzept für Baumpflanzungen sowie Begrünungs- und Entsiegelungsmassnahmen gegen die Sommerhitze, Stellungnahme des RR

[23.10.24 17:43:25, 24.5155.02]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert zwei Jahren. Regierungsrätin Esther Keller wünscht das Wort.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Wir haben auch diese Motion zum Anlass genommen, um über aktuelle Massnahmen zu berichten. Es geht ja hier darum, wie wir in den kommenden Jahren die Stadt Basel weiter begrünen wollen. Zum einen geschieht das im Gleichschritt mit dem Fernwärmeausbau. Wurden früher nur etwa 7 Prozent des Strassenraums im Zuge einer solchen Bauarbeit entsiegelt, sind es heute zwischen 14 und 18 Prozent, also eine deutliche Zunahme. Wo immer möglich pflanzen wir Bäume,. ganz aktuell sehen Sie das beispielsweise im Paulusquartier.

Bei der Realisierung von Strassenbau- und Fernwärmeausbauprojekten in den Jahren 2024 und 2025 werden pro Jahr eine Fläche von rund 4’000 m2 entsiegelt und begrünt, sowie rund 80 Bäume gepflanzt. Die Tendenz ist steigend, da sich die Prozesse und alle am Bau beteiligten Organisationen auf die neuen Grundsätze des Stadtklimakonzepts angepasst haben. Zur obengenannten Bilanzierung hinzu kommen auch Projekte des Mehrwertabgabefonds, denken Sie an den Winkelriedplatz, wo Bäume hinzugekommen sind und entsiegelt wurde oder auch beim Rosenfeldplatz, oder auch die ganzen Arealentwicklungen Volta Nord, Rosental Mitte oder auch das Areal Walkeweg, wo viel entstehen wird. Diese haben auch dank ihrer Grösse einen wirklich wesentlichen Effekt.

Es macht Sinn, dass wir uns bei der Begrünung auf diejenigen Projekte und Strassen konzentrieren, wo ohnehin schon intensive Bautätigkeiten stattfinden. Niemand würde verstehen, wenn wir parallel dazu weitere Strassen aufreissen würden. Wir müssen uns schon heute darauf konzentrieren, erstens möglichst viele der Fernwärmebaustellen zu nutzen und zweitens sicherzustellen, dass dadurch kein Verkehrschaos entsteht und beispielsweise auch der ÖV nicht im Stau steckenbleibt.

Im Rahmen der Motion Christ haben wir ambitionierte Ziele im Gleichklang mit dem Fernwärmeausbau und wir werden in diesem Rahmen auch berichten. Wir werden über die Entwicklung des Begründungsanteils berichten und natürlich auch über die Baumbilanz. Dies werden wir auch im Rahmen der UVEK-Motion zum Fernwärmeausbau und im Rahmen des Stadtklimakonzepts tun. Wo der Regierungsrat ein Konzept sinnvoll findet, ist nicht flächendeckend, wie das hier in der Motion gefordert ist, flächendeckend über die ganze Stadt, sondern in ganz bestimmten Fällen, wie beispielsweise dem Rosental Quartier. Dort ist ohnehin eine grössere Sanierung der Rosentalanlage geplant und in diesem Zug möchte die Regierung das ganze Strassengeviert, prüfen und schauen, wie das Stadtklima dort kurz- und mittelfristig verbessert werden kann. Das Rosental gehört zu den Gebieten mit einer sehr hohen Hitzebelastung.

Gerne werden wir auch zu diesem Projekt im Grossen Rat berichten und ich bitte Sie deshalb, die Motion als Anzug zu überweisen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Als erster Fraktionssprecher hat sich gemeldet Luca Urgese für die FDP.

*Luca Urgese (FDP):* Ich werde gleich zu diesem und den beiden nachfolgenden Traktanden zusammen sprechen, da es ja in allen mehr oder weniger um dasselbe geht. Dementsprechend kann ich auch die Antworten des Regierungsrates zu diesen drei Vorstössen zusammenfassend, es sind eigentlich im Wesentlichen dre Punkte. Erstens, das machen wir bereits. Zweitens, es steht jetzt als behördenverbindliches Ziel im Stadtklimakonzept. Drittens, überweist uns alle drei Vorstösse als Anzug. Und dann erzählen wir euch in zwei Jahren, was wir alles gemacht haben und werden uns dann auf die Schultern klopfen. Das ist grob zusammengefasst der Inhalt dieser drei Regierungsantworten.

Ja, das können wir jetzt machen. Wir können diese drei Vorstösse als Anzug überweisen. Wir schleppen nun ja den Anzug Grossenbacher schon seit sieben Jahren mit und lassen ihn immer wieder stehen, damit dann der Regierungsrat wieder berichten kann, was er da alles beabsichtigt. Die Frage ist, ändern dann diese Überweisungen jetzt irgend etwas an der Praxis des Regierungsrates, ausser dass wir weitere Berichte bekommen, wo mehr oder weniger dann eben nochmals dasselbe drinsteht. Wir haben auf Seite 5 das Berichte zu dieser Motion die Karte mit dem Perimeter 2037, ganz viele rote Linien und werden dann im Zweijahresrhythmus berichtet bekommen, welche dieser roten Linien dann wahrscheinlich die grün sind und wo uns dann umgesetzt wird. Wir können auf dieser Karte sehen, dass in den nächsten 14 Jahren sehr viel gebaut und gegraben wird und gepflanzt in unserer Stadt.

Bei jedem Projekt Entsiegelungspotenziale zu prüfen, ist eine Daueraufgabe. Inzwischen ist es ist auch eine verbindliche Daueraufgabe. Das kann man ja attestieren, dass das auch ein Ergebnis ist des Druckes, der hier im Parlament entstanden ist, aber jetzt ist es ein verbindliches Ziel. Und das wird irgendwie nie fertig sein. Also wir werden nie an einem Punkt sein, wo dieser Grosse Rat sagen wird: ja, jetzt ist fertig gepflanzt, jetzt sind wir zufrieden, sondern es wird ja immer noch das Anliegen geben, hier und dort könnte man doch auch noch entsprechend einen Baum pflanzen. Deshalb können wir diesesVorstosswerk jetzt schon im Zweijahresrhythmus immer vor uns herschieben, ohne dass sich dann konkret etwas ändert an den Vorgaben, die wir dem Regierungsrat gegeben haben.

Besser wäre es, wenn wir dann konkrete Umsetzungen gesehen haben mit gezielten Vorstössen noch zu korrigieren und zu sagen, ja hier habt ihr es nicht gut, nicht richtig gemacht. Denn eben, die grossen Weichen wurden gestellt. Ich würde sagen, die Botschaft ist bei Regierung und Verwaltung angekommen. Die verbindlichen Aufträge sind auch da.

Daher frage ich mich schon, was hier eine Überweisung bringen soll und deshalb beantragen wir Ihnen , die beiden Motionen, diese und die nächste, nicht zu überweisen und dann den Anzug Grossenbacher abzuschreiben.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächste Fraktionssprecherin ist Leoni Bolz für die SP.

*Leoni Bolz (SP):* Dunkler Asphalt und Sonne -wir wissen alle, was aus dieser Kombination entsteht. Es ist im Sommer spürbar heisser, dies belastet die Bevölkerung. Massnahmen wie das Pflanzen von Bäumen und das Entsiegeln von Flächen sind daher sehr wichtig, um der Hitze entgegenzuwirken und auch die Biodiversität zu unterstützen. Ein Screening und darauf basierende Entsiegelung, so wie es die Motion fordert, ist daher ausschlaggebend, um zeitnah entsiegelbare Flächen zu identifizieren und zu entsiegeln.

Als Motion wäre der Vorstoss eine wertvolle Ergänzung zu den bestehenden Begrünungsbestrebungen und könnte schnell umsetzbare Lösungen hervorbringen. Die Motion lässt bewusst Spielraum bei der Ausarbeitung des Konzepts und der genauen Ausgestaltung des Screenings. Bestehende Geodaten, die Kenntnis über die Hitzeinseln und einfachen Entsiedlungsmassnahmen wie Rabatten können den Planungsaufwand und die Anzahl langanhaltender Bauarbeiten deutlich verringern. Es kann nicht sein, dass eine Strasse während 50 Jahren nicht entsiegelt wird, nur weil keine Erhaltungsmassnahmen oder Fernwärmearbeiten geplant sind. Ein ganzheitliches Vorgehen ist nun dringend nötig. Die bisherigen Bemühungen reichen nicht aus, da bin ich nicht einverstanden mit Luca Urgese.

Wo ein Wille, da ein Weg und dieser sollte nicht asphaltiert sein. In diesem Sinne bitte ich Sie deshalb im Namen der SP. die Motion zu überweisen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Als Einzelsprecherin gemeldet hat sich Raffaela Hanauer.

*Raffaela Hanauer (GAB):* Ich bedanke mich für die wirklich sehr breite Unterstützung aus allen Fraktionen bei der Erstüberweisung meiner Motion. Die Regierung schlägt nun vor, meine Motion als Anzug zu überweisen. Ich möchte jedoch ebenfalls beliebt machen, die Motion weiterhin als Motion zu überweisen und hierfür gibt es mehrere Gründe.

Eine zeitnahe Klimaanpassung ist sehr wichtig. Die Sommerhitze nimmt zu. Wir spüren das in der Stadt, und jeder Baum, je früher gepflanzt, gepflanzt, desto stärker wird er unsere Stadt kühlen. Auch Entsiegelungen, auch sonstige Begrünungen in Form von Büschen tragen einen grossen Beitrag bei zur Kühlung unserer Stadt.

Die Überweisung als Anzug wird keine Identifizierung des Baumpflanzungs- und Entsiegelungspotenzials auslösen. Dies wird den Bedürfnissen der Bevölkerung in den betroffenen Quartieren nicht ausreichend gerecht. Als Motion könnte der Vorstoss jedoch ein wichtiger Beitrag sein, um Low Hanging Fruits auch wirklich zu ernten.

Ich wäre mit der Überweisung als Anzug einverstanden gewesen, wenn man zum Beispiel gesagt hätte: Ja, wir machen ein Screening, aber im öffentlichen Raum geschieht schon viel, wir screenen den privaten Raum und werden die Eigentümerinnen und Eigentümer darauf hinweisen, wo zusätzliche Baumpflanzungen möglich sind, um so die von Hitze betroffenen Quartiere zu entlasten. Das wäre für mich ein gut gangbarer Weg gewesen. Dies wurde so nicht beantwortet.

Aber auch jetzt als Motion hat es immer noch sehr viel Flexibilität bei der Umsetzung des Konzeptes. Die Motion sagt nicht, wie gross das Screening sein soll. Die Motion kann daher auch sehr gut so interpretiert werden, dass man vor allem die im Stadtklimakonzept ausgewiesenen, von Hitze betroffenen Quartiere screent und dort wirklich schaut, wo man einfach entsiegeln kann, wo man noch begrünen kann. Das ist nichts, was bisher gemacht wurde und ich finde es schade, wenn die im Stadtklimakonzept sehr gut ausgewiesenen Hitzeschutzinselkarten einfach nur für die Bibliothek sind oder ad acta gelegt werden. Wir haben das, wir können es nutzen und ich bitte Sie daher wirklich, meine Motion als Motion zu überweisen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf eine Wortmeldung. Ich habe auch sonst keine mehr eingetragen. Somit kommen wir zur Eventualabstimmung.

**Abstimmung**

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

**Ergebnis der Abstimmung**

**46 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004675, 23.10.24 17:55:23]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

Weiterbehandlung als Anzug

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Anzug entschieden.

Luca Urgese beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen somit zu einer zweiten Abstimmung.

**Abstimmung**

JA heisst die Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung

**Ergebnis der Abstimmung**

**53 Ja, 37 Nein, 0 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004677, 23.10.24 17:56:07]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben das Geschäft mit 53 Ja-Stimmen gegen 37 Nein-Stimmen als Anzug an die Regierung überweisen.

## 54. Motion Lukas Bollack und Konsorten betreffend Erhöhung der Baumkronenbedeckung im Siedlungsgebiet, Stellungnahme des RR

[23.10.24 17:56:21, 24.5156.02]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Ich darf es hier etwas kürzer machen. Wir hatten ja schon einige Begrünungsvorstösse. Hier ist der Grund, dass wir das gerne als Anzug hätten, aber ein anderer. Wir haben nämlich das, was hier gefordert wird,

eigentlich schon umgesetzt. Der Regierungsrat hat sich ein Ziel gesetzt und wir haben diese Motion auch als Anlass dazu genommen, und zwar wollen wir bis 2040 einen Baumkronenbedeckungsgrad von 18 Prozent erreichen. Das ist im Vergleich zu heute doch eine beachtliche Steigerung, nämlich um 15 Prozent, oder anders gesagt um 2,3 Prozentpunkte.

Auf die Ausführungen dazu verzichte ich, Sie finden das auch im Schreiben, insbesondere auch Vergleiche mit anderen Städten und wie wir zu dieser Zahl gekommen sind. Gerne werden wir Ihnen im Rahmen eines Anzugs Bericht erstatten über die Entwicklungen bezüglich dieser Baumbilanz.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Luca Urgese hat anlässlich seines Votums im letzten Traktandum die Nichtüberweisung beantragt. Wir kommen zur Abstimmung.

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung

**Ergebnis der Abstimmung**

**49 Ja, 33 Nein, 1 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004679, 23.10.24 17:58:37]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben das Geschäft mit 49 Ja-Stimmen zu 33 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung als Anzug an den Regierungsrat überwiesen.

**Schluss der 33. Sitzung**

17:58 Uhr

# Protokoll

der 34. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 23. Oktober 2024, um 20:00 Uhr

| | |
|---|---|
| **Vorsitz:** | *Claudio Miozzari, Grossratspräsident* |
| **Protokoll:** | *Beat Flury, I. Ratssekretär*<br>*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*<br>*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung* |
| **Abwesende:** | Tobias Christ (GLP), Fina Girard (GAB), Philip Karger (LDP), Lukas Faesch (LDP), Edibe Gölgeli (SP), Mahir Kabakci (SP), Salome Bessenich (SP), Jenny Schweizer (SVP). |

## Verhandlungsgegenstände:

54. Motion Lukas Bollack und Konsorten betreffend Erhöhung der Baumkronenbedeckung im Siedlungsgebiet, Stellungnahme des RR ..... 2
55. Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Entsiegelungspotenziale in Basel-Stadt, Schreiben des RR ..... 2
56. Motion Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend Stromsparbonus für Betriebe gerecht verteilen, Stellungnahme des RR ..... 3
57. Motion Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Abbau von Hindernissen bei der Förderung von Photovoltaikinstallationen in den historischen Ortskernen von Basel, Riehen und Bettingen, Stellungnahme des RR ..... 5
58. Anzug Johannes Sieber und Konsorten betreffend einer kantonalen Medienförderung, Schreiben des RR 5
59. Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend "Basel-Soli-Ticket" für Menschen mit tiefen Einkommen, Schreiben des RR" ..... 13
60. Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend finanzielles Risiko des IWB-Erdgas-Netzes, Schreiben des RR ..... 13
61. Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen (FamEL) im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR ..... 13
62. Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend keine finanziellen Fehlanreize für Fahrzeuge mit übermässigem Verbrauch von Ressourcen: Anpassung der Motorfahrzeugsteuer, Stellungnahme des RR ..... 20
63. Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend PACS und Verantwortungsgemeinschaft für Basel-Stadt, Stellungnahme des RR ..... 23
64. Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Kultur für alle - Swisslos-Fonds Unterstützung auch bei kulturellen Veranstaltungen mit Kollekte, Schreiben des RR ..... 25
65. Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Verkürzung der Antragsfrist für Kundgebungen und Demonstratlonen, Schreiben des RR ..... 25
66. Anzug Joël Thüring betreffend Aufwertung für Gewerbe und Tourismus: Ein Taxistandplatz in Fussdistanz zum Marktplatz, Schreiben des RR ..... 25
67. Motion Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Einführung eines zweiten Wiederholungsversuchs bei den Anwaltsprüfungen, Stellungnahme des RR ..... 25
68. Motion Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Ausweitung der zulässigen juristischen Praktika für die Anwaltsprüfungen auch auf die Tätigkeit als Unternehmensjuristin und Unternehmensjurist, Stellungnahme des RR ..... 26
69. Anzug Fleur Weibel und Konsorten betreffend Nachhaltige Stärkung der Pflege in der kantonalen Gesundheitsversorgung, Schreiben des RR ..... 29
70. Anzug Jean-Luc Perret und Raoul I. Furlano zur Reduktion der Arbeitszeit in der Pflege, Schreiben des RR ..... 32

**Beginn der 34. Sitzung**

Mittwoch, 23. Oktober 2024, 20:00 Uhr

## 54. Motion Lukas Bollack und Konsorten betreffend Erhöhung der Baumkronenbedeckung im Siedlungsgebiet, Stellungnahme des RR

[, 24.5156.02]

## 55. Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Entsiegelungspotenziale in Basel-Stadt, Schreiben des RR

[23.10.24 20:00:18, 17.5447.04]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur Nachtsitzung. Wir kommen zu Traktandum 55. Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünscht Esther Keller das Wort? Sie verzichtet. Das Wort wird gewünscht von Raphael Fuhrer von der Fraktion GAB.

*Raphael Fuhrer (GAB):* Namens GAB möchte ich beantragen, diesen Anzug noch einmal stehen zu lassen. Insbesondere wegen zwei Punkten. Punkt eins, Privatareale. Wir haben ganz viele Innenhöfe, die zum Beispiel komplett zu asphaltiert sind. Wir haben Vorplatzbereiche, auch dort könnte man sehr viel herausholen und wir glauben, dass da noch Abklärungsbedarf ist und auch Luft nach oben ist. Aber der eigentlich noch wichtigere Punkt ist diese Grünflächenziffer oder Grünflächenquote, wie der Anzug das nennt, und da geht es darum, dass wir schauen, wie sind die Grünflächen bei uns in der Stadt und den Quartieren verteilt. Da herrscht ein sehr grosses Ungleichgewicht. Und wenn wir uns vornehmen, und das sollten wir auch, unsere Stadt auch zukünftig zu verdichten, die planungsrechtlichen Anpassungen wurden ja vorgenommen, Richt- und Zonenplan und dann auch mit dem Aufstocken, usw., müssen wir uns einfach bewusst sein, die Bevölkerung akzeptiert weitere Verdichtung nur, wenn auch das Grünraumangebot Schritt hält. Und da haben wir massive Unterschiede in der Stadt und um dem nachzugehen, wäre es sehr gescheit, wenn man mit dieser Grünflächenziffer oder Grünflächenquote arbeiten würde, so wie das in anderen Städten auch ist.

Obwohl der Anzug schon x-Male stehen gelassen wurde, halte ich es trotzdem so, auch wie das Annina von Falkenstein vorhin gesagt hat, wenn es noch offene Punkte gibt, dann sollten wir einen Anzug stehen lassen und darum plädiert das GAB dafür, diesen Anzug stehen zu lassen und möchte das Ihnen auch beliebt machen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SP spricht Leoni Bolz.

*Leoni Bolz (SP):* Ich halte mich kurz. Ich schliesse mich Raphael Fuhrer an und plädiere für die SP auch für Stehenlassen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet. Damit stimmen wir über diesen Anzug ab. Der Regierungsrat beantragt, ihn als erledigt abzuschreiben. Raphael Fuhrer beantragt Stehenlassen.

**Abstimmung**

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Raphael Fuhrer

**Ergebnis der Abstimmung**

**46 Ja, 40 Nein, 1 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004683, 23.10.24 20:03:45]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug als erledigt abzuschreiben

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Anzug wird abgeschrieben mit 46 Ja-Stimmen gegen 40 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

## 56. Motion Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend Stromsparbonus für Betriebe gerecht verteilen, Stellungnahme des RR

[23.10.24 20:03:54, 23.5645.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Für den Regierungsrat hat das Wort Kaspar Sutter.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Die Motion Strahm betreffend Stromsparbonus für Betriebe gerecht verteilen. Die Lenkungsabgabe auf Strom ist eine Abgabe, die dieses Parlament 1998 eingeführt hat. Das ist ein sehr erfolgreiches Instrument, es ist staatsquotenneutral. Ziel ist ein möglichst effizienter Einsatz von Strom in den Betrieben. Das ist das Ziel. Dieser Vorstoss heute, der vorliegt, der spricht nicht über diesen Teil, sondern über die Rückverteilung dessen Teils, der an die Firmen geht. Es ändert nichts am Verhältnis zwischen Rückverteilung an die Haushalte, das soll gleichbleiben, sondern wie es unter den Firmen verteilt wird. Wir sprechen also um die Verteilungsfrage zwischen den verschiedenen Typen von Firmen, wie sie besteht.

Das heutige System ist eingespielt und es funktioniert gut und es funktioniert vor allem mit wenig Bürokratie sowohl für die betroffenen Firmen und KMUs wie auch für den Vollzug. Weil es baut auf, und hier ist das eine falsche Grundannahme der Motion, es baut nicht auf der AHV-Lohnsumme auf, sondern auf der ALV1-Lohnsumme, also von der Arbeitslosenversicherung. Das ist ein Betrag, der jeder Betrieb kennt, den man erheben muss für die Ausgleichskasse. Das ist also eine Grösse, die bekannt ist, die geprüft ist, die gefestigt ist und sich deshalb sehr gut eignet. Was auch gut daran ist, diese ALV1-Lohnsumme ist im Gegensatz zu AHV-Beiträgen gedeckelt. Das heisst, dieses Bild, das die Motion zeichnet, dass Betriebe mit sehr viel Hochverdienenden besonders bevorteilt werden, das stimmt nicht, weil es gilt eine Obergrenze beim Lohn von 148’200, Stand 2023.

Die Motion möchte das ändern, und zwar auf eine pro Kopf-Verteilung. Es geht hier nicht darum, irgendwie anderen Meccanos, sondern die Motion, die ist relativ klar, dass es pro Mitarbeiterin und Mitarbeiter verteilt werden soll. Das würde also bedeuten, dass wenn ein Betrieb eine Angestellte mit einem 100-Prozent-Pensum hat und der Konkurrenzbetrieb das verteilt auf fünf Mal 20-Prozentstellen, dass der Betrieb mit den fünf Teilzeitschaffenden fünf Mal so viel Geld zurückbekommen würde, wie der Betrieb mit 100 Prozent. Der Regierungsrat erachtet diese Verteilung nicht als sinnvoll, sondern findet die heutige Verteilung zielgerichteter.

Wenn ich diese Kritik gehört habe, dann kam sie vor allem von kleinen Detailhandelläden, die sich benachteiligt fühlen, aber es gibt auch andere Betriebe, die das ungerecht finden, wenn sie eher tiefe Lohnsummen haben und einen hohen Stromverbrauch. Da möchte ich einfach sagen zur Wettbewerbssituation, dass die gleichen Bedingungen für alle gelten. Nehmen wir den Detailhandel, da gelten die gleichen Bedingungen für alle und wenn ein Betrieb sich ein wettbewerblicher Vorteil erarbeiten will, dann erreicht er dies, indem er energieeffizienter wird und genau das ist Sinn und Zweck dieser Lenkungsabgabe.

Aus diesem Grunde beantragt Ihnen der Regierungsrat, an dem heutigen Verteilsystem, das eingespielt ist und vor allem auch sehr unbürokratisch ist, nichts zu ändern und bittet Sie deshalb, diese Motion nicht zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die LDP hat sich Nicole Strahm-Lavanchy gemeldet.

*Nicole Strahm-Lavanchy (LDP):* Ich danke Ihnen für die Stellungnahme zu meiner Motion betreffend Stromsparbonus für Betriebe. Gleich zu Beginn Ihrer inhaltlichen Stellungnahme zeigt sich die Kernproblematik und die dementsprechende Herausforderung, nämlich die Umsetzung der eigentlichen Absicht. Firmen mit Betriebsstätten sollen im Kanton Basel-Stadt einen Arbeitsplatzbonus erhalten. Dieser wird aufgrund der im Vorjahr bezahlten Arbeitslosenversicherung, Lohnsumme ALV1 berechnet. Sie betonen, dass Sie Firmen belohnen wollen, die sowohl effizient mit Strom umgehen, sprich effizient nutzen, aber auch zahlreiche Arbeitsplätze anbieten wollen. An sich ja sehr löblich, aber eben. Denn in diesem Zusammenhang scheint es dem Regierungsrat wohl nicht weiter zu stören, dass die Anzahl Arbeitsplätze nichts mit Energieeffizienz zu tun hat. Für Sie ist die Hauptsache, so im Bericht geschrieben, dass es sich leicht erheben lässt und rechnen lässt und nicht viel Aufwand bedeutet. Es ist bemerkenswert, dass die Anzahl Arbeitsplätze über die Lohnsumme bzw. prozentualer Anteile definiert wird und nicht über die tatsächliche Anzahl Mitarbeitende oder als Vollzeitäquivalent (FTE).

Genau hier setzt meine Motion an, um diese offensichtliche Diskrepanz zu korrigieren. Die Motion will nichts anderes, als was der Regierungsrat in seiner Begründung mitliefert, eine sachliche und gerechte Erfüllung des eingangs genannten Ziels und nicht eine willkürliche Grundlage ohne qualifizierende Parameter wie Lohnsumme oder Anteile davon. Ein Zusammenhang zwischen dem Energiekonsum und der an die ALV übermittelten Lohnsumme ist nämlich schlicht und einfach nicht sachlich zu rechtfertigen. Die Datenbeschaffung alleine kann nicht ein Argument dafür sein, einen willkürlichen Verteilschlüssel zu generieren, ist aber für gewisse anscheinend die bevorzugte Vorgehensweise und genau dies führt zwangsläufig zu ungleicher Behandlung.

Selbstverständlich könnte man auch noch kreativer werden und neben der ALV-Lohnsumme auch die Wertschöpfung und weitere Kennzahlen zur Berechnung heranziehen, aber das wäre dann ja wohl zu viel verlangt. Der Stromsparbonus sollte sich lieber ungeachtet weiterer Parameter auf den effizienten Stromverbrauch pro Kopf konzentrieren. Dabei versteht sich von selbst, dass pro Kopf als ein Vollzeitäquivalent gemeint ist. Und leider genau hier hat der Regierungsrat nun aber offenbar ein dünnes Haar in der Suppe bzw. in meiner Motion gefunden. Meines Erachtens lässt es die Motion aber zu, als Basis für die Anzahl Mitarbeitenden auch das heute gelebte Vollzeitäquivalent zu nehmen. Konkret würde dann der Verteilschlüssel derart angepasst, dass der Stromsparbonus für Betriebe pro Anteile Vollzeitäquivalent ausgezahlt wird. Wenn diese Berechnung, wie von der Regierung behauptet wird, nicht machbar oder zu aufwendig und zu teuer ist, sollte der Stromsparbonus grundsätzlich oder zumindest für juristische Personen per se in Frage gestellt werden.

Dies ist jetzt aber nicht das Thema und im Moment spielt es sich leider auf dem Buckel derjenigen Gewerbebetriebe oder Detailhandelsbetriebe und viele deren mehr ab, welche viel Strom für ihre tägliche Arbeit verbrauchen. Für unseren Wohlstand, notabene. Bei diesen KMUs nicht zu vergessen sind zuzüglich die stromkonsumierenden E-Nutzfahrzeuge, welche bereitwillig zugunsten unserer aller Lebensqualität und zur Zielerreichung Netto-Null in unserem Kanton angeschafft werden. Also bitte nicht auch noch über den Stromsparbonus das Rückgrat unserer Wirtschaft belasten. Da gibt es bereits übergenug andere Parameter.

Ich bitte Sie daher, diese Motion nochmals als Motion zu überweisen, damit wir dem Stromsparbonus auch wirklich seinen Namen rechtens und gerecht werden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nehmen Sie die Zwischenfrage von Daniel Sägesser an? Sie wird angenommen.

*Daniel Sägesser (SP):* Sie haben jetzt gerade eben noch die E-Fahrzeuge erwähnt, die ja auch Strom brauchen. Haben Sie vergessen, dass wir zusammen in der UVEK einen wunderbaren E-Mobilitäts-Ratschlag gemacht haben, welcher die E-Mobile von der Lenkungsabgabe befreit?

*Nicole Strahm-Lavanchy (LDP):* Ja.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hätte Regierungsrat Kaspar Sutter nochmals das Wort. Er verzichtet. Der Regierungsrat beantragt, die Motion nicht zu überweisen. Nicole Strahm beantragt Überweisung als Motion. Wir stimmen darüber ab.

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

**Ergebnis der Abstimmung**

**46 Ja, 42 Nein, 1 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004685, 23.10.24 20:14:45]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 4 Jahre

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Motion wird als Motion überwiesen mit 46 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

## 57. Motion Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Abbau von Hindernissen bei der Förderung von Photovoltaikinstallationen in den historischen Ortskernen von Basel, Riehen und Bettingen, Stellungnahme des RR

[23.10.24 20:14:55, 23.5591.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen.

Wünscht der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 9 Monate

## 58. Anzug Johannes Sieber und Konsorten betreffend einer kantonalen Medienförderung, Schreiben des RR

[23.10.24 20:15:32, 22.5119.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrat Kaspar Sutter hat das Wort.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Eine vielfältige Medienlandschaft, auch regional, ist von zentraler Bedeutung für die Demokratie. Medien vermitteln Informationen, tragen zur Meinungsbildung bei und decken Fehler auf. Sie haben damit auch eine wichtige Kontrollfunktion. Gleichzeitig ist die Medienlandschaft heute einem starken Strukturwandel ausgesetzt. Das Nutzungsverhalten und auch die Einnahmenquellen verändern sich stark. Der Regierungsrat sieht diese Herausforderungen des strukturellen Wandels der regionalen Medien, kein Zweifel. Die Medienbranche ist in einem grossen Umbruch und steht auch unter Druck. Das ist aber weltweit so, schweizweit und auch regional.

Wenn wir auf unsere lokale Medienlandschaft schauen, dann stellen wir eine grosse Vielfalt fest. Wir haben eine vielfältige Eigentümer*innen-Struktur und das Angebot ist breit. Es gibt zwei nationale Zeitungen mit regionalen Redaktionen, es gibt Quartier-, Gemeinde- und Gratiszeitungen. Es gibt das SRF mit Fernsehen und Radio und wir, der Regierungsrat wehrt sich auch gegen den Abbau, die der Bundesrat anstrebt beim SRF. Zusätzlich gibt es drei private Radiosender, es gibt zwei Regionalfernsehstationen mit Telebasel und RegioTVplus und es gibt viele Onlinemedien und auch fast alle Medien haben

mittlerweile einen Online-Kanal. Im Vergleich zu anderen Kantonen haben wir wenig Medienkonzentration und eine breite Vielfalt an Medien.

Medienförderung ist insbesondere Bundesaufgabe. Da gibt es sehr viele parlamentarische Forderungen und Vorstösse, die vorhanden sind und auch diskutiert werden. Der Bundesrat ist bereit, Medien kanalunabhängig zu fördern, wie der Bericht des Bundesrates im Februar 2024 zeigte. Aufgrund der Situation auch der Aufgabenteilung zwischen Bund und Regionen und Kantonen und auch aufgrund der Situation hier bei uns in der Region ist der Regierungsrat der Meinung, dass es keine finanzielle Förderung durch Steuergelder an die Medien braucht. Wir haben eine bestehende Medienvielfalt und Qualität heute in der Region. Die Unabhängigkeit von Medien von der Politik ist zwingend, auch schon der Anschein ist dabei entscheidend.

Eine Finanzierung mit Steuermitteln und Verteilungsregeln würden dieses Verhältnis zwischen staatlichen Organen und den Medien verändern. Auch mit einer kantonalen Finanzierung lässt sich der Strukturwandel in der Medienlandschaft nicht aufhalten. Eine kantonale Finanzierung könnte Lösungen der Branche sogar hemmen. Es werden auch in beiden Medien selber viele Förderansätze diskutiert, aber die Branche in sich ist uneinig darüber, ob es eine Förderung überhaupt braucht und falls ja, wie diese aussehen sollte. Zudem, da der Medienraum definitiv nicht an der Kantonsgrenze Halt macht, müsste eine Medienförderung mindestens regional erfolgen, aber noch besser national. Aus diesem Grunde unterstützt der Regierungsrat die Massnahme auf nationaler Ebene, aber nicht auf rein kantonaler.

Aus diesem Grund beantragt Ihnen der Regierungsrat, den Anzug Sieber und Konsorten betreffend einer kantonalen Medienförderung abzuschreiben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Wort für die GLP hat Johannes Sieber.

*Johannes Sieber (GLP):* Sie erinnern sich, die Schweiz hat das Paket zum Ausbau der bereits seit vielen Jahren bestehenden existierenden nationalen Medienförderung abgelehnt, nicht so Basel-Stadt. Mit deutlichem Mehr haben wir zugestimmt. Das war vor gut zwei Jahren und die positive Stimmung bezüglich Medienförderung ist der Ausgangspunkt dieses Anzugs.

Wir regten beim Regierungsrat mit diesem Vorstoss an, in Absprache mit der hiesigen Medienbranche, ein Modell zu entwickeln, das eine kantonale Medienförderung möglich macht. Erfreulicherweise hat unser Vorstoss in der Zivilgesellschaft einiges ausgelöst. Der Verein Medienzukunft, aus dessen Aktivitäten bereits vor Jahren die Publikation Bajour hervorging, initiierte mehrere Gesprächsrunden mit den Medienschaffenden. In Zusammenarbeit mit der Stiftung für Medienvielfalt und der Christoph Merian Stiftung führten diese Anstrengungen im März 2024 zum ersten Basler Medientag. Sämtliche Publikationen der Region Basel waren vertreten und tauschten sich aus über die Situation und die Herausforderung des Regionaljournalismus. Ein Austausch, der in dieser Form nicht nur in Basel, sondern schweizweit noch nie stattgefunden hat. Und was tut die Regierung? Statt wie im Anzug angeregt das Gespräch mit der Branche zu suchen und mögliche Lösungen in die anstehende Herausforderung aufgrund des Strukturwandels der Medienbranche zu diskutieren, macht der Regierungsrat Kaspar Sutter in einem flüchtigen Grusswort zum ersten Basler Medientag klar, kantonale Medienförderung kommt für den Regierungsrat nicht in die Tüte. Mutig, aber nicht gerade aufmunternde Worte zu einer Tagung, die sich mit diesem Problem beschäftigt. Die anschliessenden Diskussionen und Lösungsansätze hat er dann gar nicht mehr mitbekommen, zu kurz war sein Auftritt.

Auch in der Beantwortung dieses Anzugs macht der Regierungsrat klar und deutlich, dass er anders als andere Kantone nicht an einer kantonalen Medienförderung interessiert ist. In einer beachtlichen Semesterarbeit führt er aus, wie unnötig und ja gar unmöglich das Vorhaben sei. Mit Zitaten und farbigen Tabellen ist er bemüht, seine Position zu begründen. Bedeutende Studien jedoch, wie beispielsweise die sogenannte Mercator-Studie zum Lokaljournalismus, kommen gar nicht erst vor in dieser Semesterarbeit. Diese nämlich unterstreicht die prekäre Lage des Schweizer Lokaljournalismus und mehr noch, die Autoren skizzieren denkbare Lösungen, um lokale Medien zu stärken. Die zögerliche Haltung des Regierungsrats gegenüber der kantonalen Medienförderung ist aber auch nachvollziehbar, denn die Lösung für die Herausforderung des Journalismus kann nicht von der Politik vorgegeben werden, es ist die Branche, die erstens ihr Problem anerkennen muss und zweitens Lösungen vorschlagen soll. Denn wenn die Politik die Branche übersteuert, wird sie auf Widerstand stossen, wie vor zwei Jahren beim Ausbau auf nationaler Ebene.

Darum ist es sehr erfreulich, dass die Zivilgesellschaft und die Branche aktiv wurden. Nach dem ersten Basler Medientag fanden weitere Mediensalons statt und versierte Medienschaffende arbeiten aktuell ganz konkret an Modellen der Förderung im Verbund mit den Publikationen der Region. Es wäre darum sehr ungünstig, mit dem Abschreiben dieses Anzugs dieser Entwicklung den Stecker zu ziehen in diesem Moment. Es ist die Aufgabe der Politik, gegenüber der Medienförderung offen zu bleiben. Ich bin überzeugt, dass die Bemühungen fruchtbar sein werden und dass wir auch dem Regierungsrat nochmal eine Chance geben sollten, in eine etwas progressivere Haltung in das Thema zu kommen.

In diesem Sinne bitte ich Sie um das Stehenlassen des Anzugs.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für das GAB spricht Béla Bartha.

*Béla Bartha (GAB):* Eine gesunde und vielfältige und regional verwurzelte Medienlandschaft gehört zu den Grundpfeilern unserer Demokratie, das haben wir vorhin schon gehört, und daher ist es sehr wichtig meiner Meinung nach, dass sich der Staat, der sich als Beschützer demokratischer Werte verstehen sollte, nicht aus der Verantwortung nimmt, wenn es um die Erhaltung und Förderung der Medien in unserer Region geht.

Leider erhält man bei der Durchsicht der Antwort der Regierung aber genau diesen Eindruck. Auf eine sehr detaillierte Analyse der Ist-Situation in der Medienlandschaft und den vom Bund bereits praktizierten Fördermassnahmen folgt dann auf kantonaler Ebene gerade einmal gar nichts. Keine Massnahme, wie man lokale Medien gegenüber der Übermacht grosser Social-Media-Konzerne schützt bzw. fördern könnte. Keine Idee, wie man in Zukunft in den Medien auf die Vielfalt der bei uns ansässigen Bewohnerin eingehen kann und dieser eine besser angepasste Medienlandschaft anbietet, um sie besser in das lokale Geschehen einzubinden. Keine Strategie, wie beispielsweise ein angemessener Anteil des Angebotes für Menschen mit einer Sinnesbehinderung aufbereitet werden könnte. Das sind Dinge, die zum Teil im Bund stehen, aber leider eben auch verworfen wurden mit der Initiative und die in Basel angenommen wurde.

Das GAB bittet Sie, den Anzug daher stehen zu lassen und damit der Regierung die Möglichkeit zu geben, aus ihrer Passivität herauszufinden und sich aktiver in den Diskurs um eine notwendige kantonale Medienförderung einzubringen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die FDP spricht Luca Urgese.

*Luca Urgese (FDP):* Entgegen den beiden Vorrednern bin ich froh, einerseits um die Analyse und andererseits vor allem um die ablehnende Haltung, die der Regierungsrat in seinem Bericht formuliert hat. Er stellt fest, wir haben in unserem Kanton eine grosse Medienvielfalt. Das ist eine Medienvielfalt, die mit den unterschiedlichsten Finanzierungsmodellen funktioniert, das eigentlich von aussen betrachtet noch sehr spannend ist zu beobachten, was funktioniert, was funktioniert nicht. Man sieht auch, wie die Medien auf unterschiedliche Finanzierungsmodelle reagieren. Man kann also sagen, hier spielt der Markt.

Ich denke, es ist unbestritten, wenn man sagt, dass Medien enorm wichtig sind in einer Demokratie und vor allem besonders wichtig in einer Demokratie sind unabhängigen Medien. Medien, die keine Angst haben müssen, dass ihnen bei zu viel Kritik der Geldhahn zugedreht wird, Medien, bei denen nicht die Förderung plötzlich an sachfremde Kriterien geknüpft werden. Und das ist kein Hirngespinst, das sehen wir konkret auf Bundesebene. Wir haben beispielsweise eine Interpellation aus der Grünen Partei, die gefordert hat, man soll die Medienförderung an eine Frauenquote knüpfen. Das hat mit Medienvielfalt, Medienfreiheit nicht viel zu tun. Sobald der Staat hier finanziert, kommen entsprechende sachfremde Kriterien hinzu und das ist falsch für die Unabhängigkeit, das ist kritisch für die Unabhängigkeit unserer Medien.

Und was ist dann mit Medien, die wir vielleicht auch etwas grenzwertig finden? Das muss in einer Demokratie auch Platz haben, auch wenn wir überhaupt nicht einverstanden sind. Fangen wir dann da an zu definieren, was ist jetzt ein gutes Medium, was ist jetzt ein schlechtes Medium, was ist unterstützungswürdig, was ist nicht unterstützungswürdig? Dann kommen wir in Teufels Küche. Was ist vielleicht mit Parteizeitungen? Das sind in einer gewissen Form auch Medien. Werden jetzt vom Staat an künftig, von unserem Kanton Parteizeitungen mitfinanziert, weil das eben auch zur Medienvielfalt gehört? Oder führen wir eine Qualitätskontrolle ein und sagen, wir unterstützen nur, wenn eine gewisse Qualität erreicht wird, und dann haben wir irgendein Gremium, das dann entscheidet, was ist jetzt ein guter Artikel und was ist jetzt ein schlechter Artikel, für was gibt es Geld, für was gibt es kein Geld? Also Sie sehen, wir kommen da wirklich in gröbere Probleme mit der medialen Unabhängigkeit, wenn wir solche Medienförderung einführen.

Medien müssen sich letztendlich an den Bedürfnissen und auch am Konsumverhalten der Menschen orientieren. Erst diese Woche eine neue Studie, die erschienen ist und die dargelegt hat, wie massiv sich das verändert hat, wie viel auch zu den sozialen Medien abgewandert ist und die Lösung dafür ist nicht, dass wir bestehende Medien jetzt beginnen zu fördern oder stärker fördern, weil dann die Konsumentinnen und Konsumenten zurückkommen, sondern die Medien müssen sich entsprechend orientieren und halt dort hingehen, wo die Leute sind. Aber das müssen Sie selber feststellen und identifizieren, da hinkt der Staat sowieso immer hinterher. Das bekommen wir mit staatlicher Förderung nicht hin, vor allem wenn wir überlegen, was sind denn jetzt objektive Förderkriterien, wie sie auch in der Motion oder im Anzug entsprechend formuliert werden.

Aber diese Förderkriterien, die muss irgendjemand formulieren und das führt dazu, dass sich die Medien an diesen Förderkriterien orientieren werden und nicht an dem, was auf dem Markt gefragt wird und nicht an dem, was von den Medienkonsumenten gefragt wird. Also wir führen hier, würden wir das tun, so wie es Kollege Johannes Sieber gerne hätte, wir würden hier eine Form von Strukturerhalt einführen. Wir würden uns überlegen, was ist die Struktur, die wir heute haben, es wäre schön, wenn wir das so erhalten könnten, auch in Zukunft. Das finanzieren wir jetzt in Zukunft und verhindern oder

verzögern damit den Strukturwandel, der aktuell halt nun mal stattfindet. Es ist Aufgabe der Medien, auf dem Markt herauszufinden, wie können wir unseren Inhalt, der unbestritten sehr wichtig ist für unsere Demokratie, wie können wir diesen so formulieren, dass er interessant ist, dass er gelesen wird und wie bringen wir ihn an Mann und Frau. Und das schaffen wir nicht, wenn wir eine kantonale staatliche Medienförderung einführen.

Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug abzuschreiben und ja, Johannes Sieber, ich beantworte Ihre Frage sehr gerne.

*Johannes Sieber (GLP):* Sie sagen, dass eine staatliche Medienförderung uns in die Teufels Küche bringt. Ist Ihnen bekannt, dass es seit vielen Jahren eine nationale Medienförderung gibt und haben Sie das Gefühl, dass wir in uns in Teufels Küche befinden?

*Luca Urgese (FDP):* Sie kennen meine Haltung dazu. Die Antwort ist klarerweise Ja.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SVP hat das Wort Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Auch die SVP-Fraktion beantragt Ihnen, diesen Anzug von Johannes Sieber abzuschreiben. Es wurde vom Regierungsrat Kaspar Sutter, aber jetzt auch von meinem Kollegen Luca Urgese schon sehr viel gesagt. Auch wir sind der Meinung, dass eine solche kantonale Medienförderung nicht zielführend ist und in dieser Region auch gar nicht notwendig ist.

Denn wie auch der Regierungsrat in seiner Antwort auf Ihren Anzug ausführt, Herr Sieber, ist die Medienlandschaft in unserer Region überaus divers.

Sie ist sogar so divers, dass in den letzten Jahren verschiedene neuen Medien entstanden sind, beispielsweise Prime News, beispielsweise Bajour. Es gab Übernahmen von Plattformen, die schon lange existieren ohne staatliche Unterstützung, die weiter existieren konnten, das ist das Stichwort von OnlineReports. Wir haben mit Telebasel einen Anbieter im Bildbereich, der ja auch ein sehr innovatives, wenn vielleicht auch nicht ganz so nachgefragtes Onlineangebot mit Baseljetzt geschaffen hat, um auch in diesem Bereich aktiv zu sein. Und wir haben die bereits erwähnten grossen, auch nationalen Zeitungen mit einem Teil; in unserer Stadt, in unserer Region. Wir haben dazu verschiedene Quartierzeitungen, die gerade jetzt auch wieder sehr stark von den entsprechenden Parteien und der Wahlwerbung bei den Gross- und Regierungsratswahlen ja profitiert haben. Also ein Aussterben der Medienlandschaft in Basel stelle ich nicht fest, stellt auch der Regierungsrat in seiner Antwort nicht fest. Deshalb scheint mir auch die Notwendigkeit dieser Idee einer kantonalen Medienförderung tatsächlich nicht gegeben zu sein.

Und dann ist es einfach auch überall, Herr Sieber, das lernen Sie vielleicht auch einmal noch, Angebot und Nachfrage regelt auch ein bisschen den Markt und es kann auch halt einmal sein, dass ein Angebot ausstirbt und dann kann aber daraus auch wieder etwas gutes Neues entstehen. Das sehen wir immer wieder. Es gab in Kleinbasel eine Bereinigung einer Zeitung, die nicht mehr existiert, mit dem Vogel Gryff. Aber die Kleinbasler Zeitung hat sich trotzdem weiterentwickelt, wurde erst kürzlich gerade übernommen und steht wahrscheinlich dadurch auch mittel- und langfristig auf soliden Beinen. Das ist letztlich auch eine Art der Bereinigung des Marktes, welche von Zeit zu Zeit auch hilft und auch gut ist.

Der Medienkonsum, auch das führte der Regierungsrat in seiner Antwort aus, ist heute sehr vielfältig. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, wenn ich mit Personen spreche, die nicht in unserer Bubble leben, weder in Ihrer noch in meiner Bubble, Herr Sieber, die sich ja teilweise auch überschneidet, dann ist es ja nicht so, dass die meisten Sie darauf ansprechen, haben Sie jetzt gelesen bei sowieso oder bei X oder bei Y. Heute konsumieren gerade junge Menschen auf ganz vielen unterschiedlichen Wegen und eine kantonale Medienförderung würde diesem Ziel immer hinterherhinken. Wir sehen das auch in anderen Bereichen, wie schwierig es ist, beispielsweise gerade junge Menschen auch bei heiklen Themen an den Schulen auf diese neuen Gegebenheiten vorzubereiten oder sie darauf zu sensibilisieren, weil das ein Staat auch nicht machen kann. Und so ist es auch bei der Mediennutzung, der Staat soll, er kann nicht und ich finde, er soll auch nicht, die Mediennutzung in irgendeiner Art und Weise lenken. Und diese Nicht-Lenkung führt manchmal eben zu einer Bereinigung in der Medienlandschaft, aber sie kann auch dazu führen, dass Neues wieder existieren kann und Neues wieder sich auch aufbauen kann.

Eine kantonale Medienförderung, die dann auch noch staatlich kontrolliert werden müsste, und das schreibt ja auch der Regierungsrat in seiner Antwort, wäre natürlich, das sagt Luca Urgese richtigerweise, auch politisch und das wollen wir nicht. Die Medien in unserer Region müssen unabhängig sein und das sind sie dann eben nicht mehr, wenn es eine Medienförderung gibt, weil diese Medienförderung braucht Kriterien. Diese Kriterien müssen für alle gleichwertig sein, es darf niemand benachteiligt werden. Wird jemand benachteiligt, müsste diese Medienförderung für dieses Medium eingefroren oder eingestellt werden, sie müsste gekürzt werden. Aber nach welchen Kriterien ist das so? Wäre das so, wenn Sie nur

noch drei Mal statt fünf Mal erwähnt werden? Ist es so, wenn die linke Seite mehr Zeichen bekommt wie die rechte Seite? Wo kann das festgeschrieben werden, wer kontrolliert das? Wer ist das Gremium, das darauf dann allenfalls auch wieder Einfluss nehmen kann, dass die Kriterien dazu geändert werden? Das ist doch eine hoch politische Frage, die dem Journalismus nicht hilft und die auch den Medien am Ende des Tages nicht helfen wird.

Und Herr Sieber, Sie haben doch etwas despektierlich Kaspar Sutter und sein Grusswort an einer Tagung kritisiert oder erwähnt. Sie haben jetzt einfach auch vergessen, was an dieser Tagung gesagt wurde. Es ist keine einhellige Meinung, dass es eine solche Medienförderung benötigt, im Gegenteil. Wesentliche Kräfte in diesem Kanton, Medienkräfte lehnen eine solche staatliche Medienförderung ganz klar ab. Es ist nicht eine einhellige Meinung dazu, es gibt vielleicht einzelne, die das toll finden würden. Hier ist vielleicht auch damit verbunden die Angst eines Stellenverlusts. Die Medienlandschaft ist selbstverständlich heute unter Druck, das sehen wir ja auch, wenn wir immer wieder davon lesen, dass auch Journalisten abgebaut werden, aber jetzt einfach zu sagen, an dieser Medientagung sei dann irgendwie Herr Sutter mit einem komischen Votum aufgefallen und danach hätten sich alle darüber aufgeregt, dass der Kanton keine Medienförderung sprechen möchte, so einfach ist es ja nicht.

Es gibt vielleicht einzelne Akteure auf diesem Markt, die tatsächlich das gerne hätten. Das sind vielleicht gerade die Akteure, die aber auch in der Relevanz in der Region nicht herausstechen oder aber einfach in den vergangenen Jahren sehr viel Glück gehabt haben, dass sie nur dank Dritten überhaupt existieren konnten oder überleben konnten, weil sie sonst gar nicht überlebensfähig wären. Und hier nun den Staat quasi heranzuholen, das erinnert mich teilweise doch ein wenig an ganz komische andere Ideen aus der Küche in anderen Ländern, die ich nicht unterstützen würde. Die Medien müssen vom Staat und von der Politik unabhängig bleiben und wenn wir in andere Länder blicken, dann sehen wir ja genau, wie problematisch das in der heutigen Zeit eben geworden ist. Hier in der Region, hier in der Schweiz haben wir diese Unabhängigkeit und diese Unabhängigkeit muss gewahrt werden.

Wir haben gerade auch auf nationaler Ebene, Sie haben es ja mit ihrer Zwischenfrage letztlich auch ein bisschen provoziert, Herr Sieber, gesehen, wie problematisch das ist, zum Beispiel wenn Internet-Auftritte von Fernseh- oder Radiostationen der SRG versuchen, mit Witz Politik zu betreiben. Sie erinnern sich an diesen Post zu den Stauzeiten, ein Post in Zeiten einer Abstimmungskampagne zu dieser Abstimmung über die Nationalstrassen, den ich sehr schwierig und heikel finde. Und diese Gefahr werden Sie natürlich vergrössern, wenn Sie kantonale Medienförderung betreiben, weil dann jeder Kritiker, sei es von links oder von rechts, einen solchen Post, einen solchen Artikel oder was auch immer dann damit gemacht wird, auf die eine oder andere Seite auch dann benutzen kann, um ihn zu kritisieren. Und das, glaube ich, sollten wir nicht machen.

Wir sollten diese Unabhängigkeit bewahren und wir sollten aber auch nicht Angst davor haben, dass Journalismus ausstirbt. Ich glaube sogar, in der heutigen Zeit, gerade in der heutigen Zeit, wo wir sehen, dass viele Fake News auf dem Markt sind, nimmt die Wichtigkeit vom Qualitätsjournalismus wieder zu und ich bin überzeugt, dass mittel- und langfristig auch mehr Menschen bereit sind, für Journalismus wieder Geld zu bezahlen. Diese Bezahlschranken werden sich in den Medien durchsetzen und ich finde das auch richtig. Ich finde, guter Journalismus darf auch etwas kosten, aber das soll mich als Nutzer etwas kosten, das soll nicht den Steuerzahler etwas kosten, weil da wird dann wiederum die Problematik gross, wem geben wir was und eben zu welchen Kriterien.

Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug heute abzuschreiben und dem Regierungsrat in dieser Frage zu folgen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Möchten Sie die Fragen von Johannes Sieber und Brigitte Gysin beantworten? Sie werden angenommen. Zuerst Johannes Sieber.

*Johannes Sieber (GLP):* Joël Thüring, ich weiss nicht, ich habe Sie nicht gesehen an diesem ersten Medientag. Aber was sicher ist, dass doch ein Konsens darüber herrscht, dass man zum Beispiel in die Ausbildung investieren könnte, war sehr wichtig ist, weil Medienschaffende offenbar mit diesem Nachwuchs Probleme haben. Haben Sie das mitbekommen?

*Joël Thüring (SVP):* Jetzt haben Sie sich die Frage ein bisschen versaut, Herr Sieber, entschuldigen Sie für dieses Wort. Um Ihre Frage zu beantworten, ich war zwar nicht an dieser Tagung, aber ich habe die Artikel über diese Tagung gelesen, weil die waren sehr vielfältig in verschiedenen Zeitungen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zur zweiten Frage.

*Brigitte Gysin (Mitte-EVP):* Joël Thüring, die Unabhängigkeit der Medien scheint sehr wichtig zu sein. Wie würden Sie einschätzen, wie war die Unabhängigkeit der Medien, als Herr Berlusconi Ministerpräsident geworden war?

*Joël Thüring (SVP):* Mein Italienisch ist zu schlecht, um über die italienische Presselandschaft zu sprechen. Ich kann nur sagen, dass in der Schweiz die Medien immer sehr unabhängig waren.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin für die SP ist Lisa Mathys.

*Lisa Mathys (SP):* Ich versuche jetzt wirklich verzweifelt, dieses Votum von Joël Thüring wieder zu vergessen und mich auf die eigentlichen Sachen zu konzentrieren, die ich sagen will und mich nicht so provozieren zu lassen. Ich muss wirklich sagen, diese ganze Diskussion oder dieses Lamentieren über einen allfälligen Verlust der inhaltlichen Unabhängigkeit, das ist ja jetzt wirklich eine Ausrede. Was wir haben, ist eine veritable Medienkrise, und zwar nicht, weil es zu wenige Titel gibt, sondern weil wir beobachten können, dass in sämtlichen Medienhäusern, auch in den grossen, ein enormer Druck herrscht, immer wieder redaktionelle Stellen abgebaut werden und die Leute, die dort arbeiten, unter noch mehr Zeitdruck mehr liefern müssen und Anreize bestehen, die wirklich entgegen der journalistischen Qualität stehen. Viele Journalistinnen und Journalisten erleiden Burnouts oder gelangen an den Rand eines Burnouts, weil es sich so nicht mehr gemäss den journalistischen Grundsätzen arbeiten lässt.

Nur weil sich der Inseratenmarkt verändert hat, heisst das nicht, dass sich der Bedarf an gutem Journalismus verändert hat. Weil eine Demokratie, wie die unsere, ist so stark angewiesen darauf, dass wir qualitativ gute Berichterstattung haben, dass wir Leute haben, die recherchieren können, die hinterfragen können, die den Sachen auf den Grund gehen können und das braucht alles wahnsinnig viel Zeit, wahnsinnig viel Wissen und all das bricht weg. Wir haben es auch schon gehört, dass wir insbesondere auch eine Nachwuchs- und Ausbildungsmisere erleben im Bereich des Journalismus und das wäre doch wirklich genau ein guter Anknüpfungspunkt zum Beispiel, dass man dafür sorgt, dass man in die Ausbildung der Journalistinnen und Journalisten investiert und das heisst nicht, dass sie dann nicht unabhängig berichten können, nicht unabhängig recherchieren können.

In Basel-Stadt sind wir zugleich am Rande der Schweiz, zugleich aber auch ein Zentrum. Ein Zentrum für Kultur, auch politisch natürlich ein Zentrum, weil wir auch Hauptort eines kleinen Kantons sind, und gerade hier ist es von höchster Bedeutung für die Demokratie in diesem Kanton, dass wir immer noch die Berichterstattung haben, die es braucht für die Meinungsbildung in den demokratischen Prozessen. Dass eine Interpellation der Grünen im Nationalrat als Beleg dafür herhalten muss, dass das so umgesetzt werden würde hier in Basel-Stadt, das finde ich jetzt wirklich schwach. Niemand spricht von einem solchen Kriterium bei uns. Es geht darum, dass wir sicherstellen müssen, dass die Medien weiterhin über die politischen Vorkommen und die Abläufe, etc. berichten können, über die Abstimmungen berichten können, über die Wahlen berichten können und dabei nicht abhängig davon sind, dass sie nur Sachen bringen können, die genügend Klicks bringen oder die im Radio innerhalb von 30 Minuten On Air sind und nicht länger sein dürfen als eine Minute und 5 Sekunden oder was auch immer.

Dann auch der Vergleich mit den Parteizeitungen. Ich bitte Sie, das ist nicht Journalismus, das ist klar. Nur weil etwas Zeitung heisst, heisst das noch lange nicht, dass es Anspruch erhält auf eine Medienförderung, wie sie hier gemeint ist. Selbstverständlich braucht es gute Kriterien, ich denke, Ausbildung könnte eine Möglichkeit sein für eine solche Förderung, es könnte aber auch sein, dass man einfach Geld bereitstellt für politische Berichterstattung, die eben zum Beispiel nicht Klicks generiert, und zwar nicht gemäss Inhalt, sondern dass man anschaut, wie viel Eigenleistung ist in einem Artikel drin oder hat jemand einfach das Medien-Communiqué abgeschrieben. Das ist ja selbstverständlich nicht das gleiche und das kann man also wirklich sehr sachlich, ohne inhaltliche Ausrichtung beurteilen und ich bin überzeugt, dass das ganz wichtig ist für die Demokratie.

Wir als SP-Fraktion sind deshalb ebenfalls dafür, dass wir an dieser Idee weiterdenken.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Möchten Sie die Fragen von Felix Wehrli und Roger Stalder beantworten? Sie werden angenommen. Zuerst Felix Wehrli.

*Felix Wehrli (SVP):* Lisa Mathys, was fehlt Ihnen an momentan qualitativem Journalismus hier in unserem Dreiland? Sie haben ihn schlecht geredet, was fehlt Ihnen momentan an dem Journalismus?

*Lisa Mathys (SP):* Ich stelle fest, dass den Journalistinnen und Journalisten oft die Zeit fehlt, für wirklich tiefgreifende Recherchen anzustellen, mit vielen Leuten zu reden und insbesondere gerade die Verknüpfung auch im Dreiland herzustellen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Roger Stalder.

*Roger Stalder (SVP):* Lisa Mathys, geht dieser Top-Journalismus, den Sie hier anprangern, nur mit staatlicher Hilfe?

*Lisa Mathys (SP):* Es braucht viel Zeit für diese aufwändigen Recherchen und der Inseratenmarkt gibt dieses Geld nicht mehr her. Es ist im Interesse der Demokratie, deshalb finde ich eine staatliche Finanzierung richtig.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Erich Bucher möchte Ihnen noch eine Frage stellen.

*Erich Bucher (FDP):* Danke, dass ich die Frage stellen darf, aber Sie haben mich natürlich jetzt getriggert. Wieso funktioniert das alles bei der Neuen Zürcher Zeitung? Wieso funktioniert es dort und bei uns nicht?

*Lisa Mathys (SP):* Die Neue Zürcher Zeitung hat definitiv ein grösseres Einzugsgebiet und berichtet nicht über kantonale Angelegenheiten wie die, die wirklich lokalpolitisch sind.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zum ersten Einzelsprecher. Das ist Gabriel Nigon.

*Gabriel Nigon (LDP):* Wir sind uns einig, dass die privatrechtlichen Medien sehr wichtig sind für das Funktionieren unserer Demokratie als vierte Gewalt. Wir wissen, es ist klar, es besteht eine gewisse Krise, weil der Investigationsjournalismus nicht mehr gefragt ist. Die Journalisten werden nur gewertet nach den Klicks, die sie erhalten, und dann müssen sie polarisieren, damit sie irgendwie ihre Stelle nicht verlieren. Das ist ein Missstand, aber ich denke nicht, dass es am Staat liegt, diesen Missstand zu beheben, weil sobald der Anschein nur von Befangenheit da ist, dann sind wir verloren und dann haben wir diese vierte Gewalt nicht mehr. Wir müssen nicht beweisen, dass die je nachdem befangen sind.

Ein plakatives Gegenbeispiel. Angenommen, wir alle hier im Grossen Rat denken, wir bekommen viel zu wenig Sitzungsgelder. Gewisse leben vielleicht etwas davon. Dann kommen die Medien, angenommen, es geht ihnen wirtschaftlich gut, und unterstützen uns mit Subventionen, damit wir höhere Sitzungsgelder erhalten. Das geht einfach nicht. Wir haben vier Gewalten, die fünfte, also die Kirchen mal aussen vorgelassen, deshalb müssen wir bei unserer demokratischen, seit Montesquieu, diese Gewaltentrennung, das müssen wir leben und falls die Demokratie wirklich Finanzbedarf hat im privatrechtlichen Medienbereich, dann werden sicher reiche Leute kommen, Stiftungen, die da Geld reinpumpen werden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nehmen Sie die Zwischenfrage von Johannes Sieber an? Sie wird angenommen.

*Johannes Sieber (GLP):* Können Sie mal Ihre Abhängigkeits- und Befangenheitsthese am Beispiel einer Weltwoche ausführen, wie das da steht zwischen Journalismus und Besitzer?

*Gabriel Nigon (LDP):* Da besteht überhaupt keine Unabhängigkeit. Der Köppel wäre Regierungsrat, dann hätten wir den Salat. Das weiss jeder.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Tim Cuénod hat sich gemeldet für ein Votum.

*Tim Cuénod (SP):* Es kann ja wahrscheinlich nicht darum gehen, dass man sagt, man will ein grosses Füllhorn der Medienförderung über alle ausschütten, aber man muss feststellen, erstens, dass wir ein Problem haben, und das wurde schon erwähnt, in Bezug auf diesen Rückgang der Inseratenzahl, den Rückgang der Medienvielfalt, auch Oligarchisierung schon fast im Medienbereich in dem Sinne, als dass quasi Medien aufgekauft werden. Wir haben zwar gewisse gegenläufige Tendenzen in Bezug auf Onlinemedien, die sicher positiv zu werten sind.

Allerdings muss man feststellen, dass manche Dinge heute nur ungenügend stattfinden, sei es an Gemeinleistungen, die nicht erbracht werden, Ausbildung der Journalisten. Aber um ein ganz konkretes Beispiel zu nehmen und an Felix Wehrli's Frage wegen dem Dreiland anzuknüpfen, ich stelle fest, dass wir heute in unserer Nordwestschweizer Medienlandschaft kaum noch irgendeine Berichterstattung haben über das Geschehen im Elsass und im Südbadischen. Ich denke, als Zentrum der trinationalen Agglomeration wäre es bei uns sehr gut, man hätte diese Information stärker. Interessanterweise muss ich sagen, dass es umgekehrt im Elsässischen und Südbadischen teilweise so ist. Dass deutlich mehr berichtet wird, liegt sicher daran, dass Basel zum Teil das Zentrum der trinationalen Agglomeration ist, es liegt daran, dass die Medienlandschaft vielleicht etwas weniger zersplittert ist, als sie es bei uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist, aber auf jeden Fall ist das ein Punkt, der eindeutig eine Schwäche ist.

Ich denke, es kann nicht darum gehen, überall das Füllhorn auszuschütten, aber eine gezielte Förderung, sei es im Bereich der Ausbildung, sei es im Bereich zum Beispiel der Förderung von Plattformen für gegenseitigen Austausch der Medien über die Grenzen hinweg, in solchen Bereichen, erscheint mir durchaus als zweckmässig und im Interesse unseres Gemeinwesens zu sein.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Johannes Sieber hat sich nochmals gemeldet.

*Johannes Sieber (GLP):* Es wurde jetzt sehr viel geredet, ich möchte einfach noch einmal festhalten, dieser Anzug regt an, dass der Regierungsrat zusammen mit der Branche das Gespräch sucht, nach einer Lösung, wie man dieses Problem angehen könnte. Es wird hier nicht in einer Motion gefordert, es müssen so und so viele Millionen ab sofort ausgeschüttet werden. Nein, der Regierungsrat soll mit der Branche das Gespräch suchen und ich möchte nochmal darauf hinweisen, dass die Branche sich unterhält über mögliche Lösungen. Die sind unter anderem in der Ausbildung zu finden, da gibt es gewisse Einigkeiten, und ich finde einfach, der Regierungsrat sollte da eine Offenheit dieser Branche gegenüber signalisieren und nicht einfach die kantonale Medienförderung per se ausschliessen. Darum geht es in diesem Anzug und deshalb möchte ich doch mal bitten, diesen stehen zu lassen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Auch Sie kriegen eine Zwischenfrage vorgesetzt von Joël Thüring. Sie wird angenommen.

*Joël Thüring (SVP):* Johannes Sieber, Sie haben jetzt wieder von der Branche gesprochen, haben Sie denn nicht begriffen, dass die Branche sich in dieser Frage gar nicht einig ist? Mit wem soll denn Herr Regierungsrat sprechen, wenn es in der Branche ganz unterschiedliche Haltungen zu dieser Frage gibt? Mit Herrn Keller von Prime News oder mit Frau Bullwinkel von Bajour?

*Johannes Sieber (GLP):* Meine Vorstellung wäre, dass der Regierungsrat an einem ersten oder einem zweiten Basler Medientag eine gewisse Offenheit an den Tag legt über die Diskussionen, die da stattfinden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es sind keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Möchte der Regierungsrat jetzt etwas sagen? Nein, er möchte nicht etwas sagen.

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Johannes Sieber beantragt, ihn stehen zu lassen. Wir stimmen darüber ab.

**Abstimmung**

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Johannes Sieber

**Ergebnis der Abstimmung**

**33 Ja, 57 Nein, 1 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004688, 23.10.24 20:54:42]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Anzug wird stehen gelassen mit 57 Nein-Stimmen gegen 33 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

## 59. Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend "Basel-Soli-Ticket" für Menschen mit tiefen Einkommen, Schreiben des RR"

[23.10.24 20:54:51, 22.5222.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Möchte er sich dazu äussern? Er verzichtet.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

## 60. Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend finanzielles Risiko des IWB-Erdgas-Netzes, Schreiben des RR

[23.10.24 20:55:16, 19.5401.03]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein erstes Votum. Dafür hat sich Lisa Mathys für die SP gemeldet.

*Lisa Mathys (SP):* Ich halte mich auch wirklich kurz. Wir stimmen der Abschreibung ja zu, ich finde es trotzdem wichtig, hier festzuhalten, dass es ganz wichtig ist, dass wir als Kanton Basel-Stadt mit einem ambitionierten Klimaziel, mit klaren Vorstellungen, wie schnell man zu Netto-Null kommen sollte, um der Klimakrise angemessen zu begegnen, dass wir uns nicht quasi über Verträge dazu zwingen lassen dürfen, dass wir in anderen Kantonen noch klimaschädlich wirtschaften müssen. Wie gesagt, wir geben uns zufrieden mit der Beantwortung, aber ich denke, wir müssen das schon im Hinterkopf behalten.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

## 61. Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen (FamEL) im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

[23.10.24 20:56:30, 24.5144.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 2 Jahren.

Das Wort geht für den Regierungsrat an Kaspar Sutter.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Wir reden hier über eine grundsätzliche Frage, wie Sozialpolitik hier bei uns im Kanton aussehen soll und was die Hauptziele sind unserer Sozialpolitik. Der Grundsatz des Regierungsrates in der Sozialpolitik ist, dass Arbeit mit Erwerbseinkommen zu fairen Bedingungen die beste Sozialpolitik ist. Wir sollten unsere Sozialpolitik so aufstellen, so organisieren, dass die Menschen möglichst bald auch wieder Zugang zur Arbeitswelt bekommen, dort ihre Einkommen generieren können, damit selbstbestimmt auch entscheiden können, ihr Selbstvertrauen stärken, eine soziale Integration stattfindet und eben dieses Erwerbseinkommen erarbeitet werden kann.

Arbeitsintegration ist dabei Ursachenbekämpfung der Armut und ist neben der Existenzsicherung der klare Fokus des Regierungsrates. Unser Modell heute ist klar auf diesen Fokus ausgerichtet. Das Basler Modell, es hat das Ziel, Existenzsicherung sicherzustellen und die Sozialleistung so auszurichten, dass die Arbeitsintegration rasch geschieht, damit wenn klare Anreize bestehen, auch zu arbeiten, dass jeder und jede, der arbeitet, am Ende des Tages auch mehr verfügbares Einkommen hat für sich und seine Familie.

Die Unterstützungsleistungen für Familien, sie sind vielfältig, denn die Bekämpfung der Armut, insbesondere dort, wo Kinder sind, ist ein sehr wichtiges Anliegen unseres Kantons und des Regierungsrates. Wir kennen dazu für die Existenzsicherung die Sozialhilfe, auch mit all ihren Beiträgen für Familien und Kinder, aber wir haben auch die bedarfsabhängigen Sozialleistungen. Die Familienmietzinsbeiträge, die gut etabliert sind, die Prämienverbilligungen, die Alimentenhilfe, die Ausbildungsbeiträge, die Betreuungsbeiträge an die Tagesbetreuung, die öffentlichen Zahnkliniken und es gibt auch bedarfsgerechte zahlreiche situationsbedingte Leistungen an Familien, zum Beispiel für Musikunterricht, Sport, Freizeitaktivitäten, Aufgabenhilfe, Stützkurse, etc. Diese Leistungen sind eng aufeinander abgestimmt und harmonisiert und sie wirken langfristig. Sie unterstützen gezielt die Familien, die es benötigen.

In diesem Bereich wurde auch ausgebaut, insbesondere bei den Familien in den letzten Jahren, es gab Steuerentlastungen für Familien, die Kitas wurden ausgebaut und die Betreuungsbeiträge an die Tagesbetreuung erhöht, die Familienzulagen, die wurden mit der SV 17 erhöht. Wir haben einen Mindestlohn eingeführt bei uns im Kanton, bei der Prämienverbilligung gibt es neue Einkommensgruppen, wir erhöhen auch die Prämienverbilligung konsequent mit der Krankenkassenteuerung und wir haben die Nebenkostenpauschale im Rahmen der Familienmietzinsbeiträge erhöht.

Ergänzungsleistungen, die kennen wir auch. Aber Ergänzungsleistung kennen wir dort, wo Menschen sind, wo wir nicht mehr erwarten, dass sie arbeiten, nämlich bei Seniorinnen und Senioren, die im AHV-Alter sind, und bei IV-Rentnerinnen und Rentnern, die aufgrund von einer Leistungseinschränkung, von Krankheit, von psychisch und physischen Einschränkungen nicht arbeiten können. Die Arbeitsintegration ist dort nicht im Vordergrund, wir müssen kein System haben, dass die Arbeitsintegration in diesem Bereich finanziell fördert. Deshalb kennen wir diese Ergänzungsleistungen in diesen Bereichen, dort sind sie bewährt, aber nicht in den Bereichen, wo wir es mit Menschen zu tun haben, die grundsätzlich arbeitsmarktfähig sind. Und der Arbeitsmarkt, der wird sich weiterhin, da bin ich Optimist und zuversichtlich und auch aufgrund des demografischen Wandels, der wird sich positiv entwickeln. Der Arbeitsmarkt wird da sein und Arbeitsplätze anbieten für die Menschen in unserem Kanton.

Mit dieser Motion findet auch wieder eine stärkere Differenzierung statt zwischen Haushalten mit und ohne Kinder. Bei den Mietzinsbeiträgen gehen wir genau in die andere Richtung, weil dort sagen wir, diese Differenzierung ist nicht nur gerecht, wenn Armutsbetroffene ohne Kinder keine Unterstützung bekommen und die mit Kindern eine viel höhere. Dort möchten wir diese Unterschiede reduzieren, indem wir die Familienmietzinsbeiträge auch auf Haushalte ohne Kinder übertragen. Hier soll es jetzt wieder in die andere Richtung gehen, es soll eine grösste Differenzierung stattfinden für Haushalte mit Kindern im Vergleich zu solchen ohne. Da stellt sich natürlich die Frage, was in den Brüchen passiert. Also wenn dann ein Haushalt plötzlich keine Kinder mehr hat, weil sie ausziehen und zu alt sind, dann kommt wieder dieses alte System zur Geltung und man verliert wieder sehr viele Beiträge.

Das grösste Problem heute von armutsbetroffenen Familien und Kindern ist der Nichtbezug. Dort, wo die Familien nicht die Unterstützung holen, auf die sie Anspruch haben. Und das haben wir sowohl bei der Sozialhilfe, das haben wir aber auch bei der Ergänzungsleistung etwa im gleichen Umfang. Der Nichtbezug ist bei allen Bereichen ein Problem und wird auch bei diesen Familienergänzungsleistungen höchstwahrscheinlich das gleiche Problem sein und die Armutsbetroffenheit ist dort, wo Haushalte aus freiem Willen nicht zum Staat möchten oder auch weil sie Angst haben, zum Beispiel aus auslandrechtlicher Perspektive, aber auch in diesem Bereich würde keine Änderung stattfinden durch die Überweisung dieser Motion.

Der Regierungsrat teilt das Anliegen der Motion, dass Kinder nicht in Armut aufwachsen sollen und gute Chancen haben sollen. Wir sind aber überzeugt, dass das bestehende System das gewährleistet. Wir sind aber auch bereit, dieses Anliegen

als Anzug entgegenzunehmen und das heute bestehende System anzuschauen und zu prüfen, ob es Orte gibt, wo es eine Verbesserung braucht, wo es Anpassungen braucht, um die Armut von Kindern zu reduzieren.

Aus diesem Grunde bittet Sie der Regierungsrat, diese Motion nicht als Motion, sondern als Anzug zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die Fraktion GAB hat sich Oliver Bolliger gemeldet.

*Oliver Bolliger (GAB):* Wie Sie wissen, liegt mir diese Motion wirklich sehr am Herzen und es ist mir ein grosses Anliegen, dass ich Sie heute Abend zu später Stunde davon überzeugen kann, diese Motion als Motion ein zweites Mal dem Regierungsrat zu überweisen. Ja, es geht um eine grundsätzliche Frage, da gebe ich Regierungsrat Kaspar Sutter recht, ich sehe es aber grundsätzlich anders.

Ich danke der Regierung für die ausführliche Antwort sowie für die Aufzählung aller bestehenden Massnahmen, um armutsbetroffene Familien zu entlasten. Doch leider ist es so, dass diese Massnahmen nicht ausreichen. Schweizweit leben knapp 270’000 Kinder unter der Armutsgefährdungsgrenze und auch in Basel ist der Anteil der Kinder in der Sozialhilfe sehr hoch. Es ist die Altersgruppe mit der höchsten Sozialhilfequote und dies bestätigt auch die soeben veröffentlichte BASS-Studie, also die zeigt deutlich auf, dass Alleinerziehende und Familien ein erhöhtes Armutsrisiko haben und dass in unserem reichen Land zu viele Kinder und Jugendliche in Armut aufwachsen müssen. Kinder dürfen kein Luxus sein und ich finde da auch eine Differenzierung völlig berechtigt.

Armutsbetroffen bzw. armutsgefährdet zu sein, bedeutet ein deutlich tieferes Haushaltseinkommen als die Mehrheit der Gesellschaft zu haben, verbunden mit diversen Risiken. Beispielsweise sozialer Ausschluss, schlechtere physische und psychische Gesundheit, verringerte Bildungschancen und sozialer Teilhabe. Das soziale Existenzminimum für Kinder ist verfassungs- und völkerrechtlich geschützt. Die genannte Studie zeigt auf, dass in der kantonalen Sozialhilfe eben dies ungenügend berücksichtigt werden kann und besonders gerade beim Grundbedarf, beim Lebensunterhalt dieses jetzt zurzeit auch gar nicht mehr wirklich abdecken kann.

Die Position und die Argumentation in der Antwort der Regierung gegen die Schaffung von Familienergänzungsleistungen ist aus meiner Sicht nicht überzeugend und dies aus mehreren Gründen. Erstens beachtet der Regierungsrat die strukturellen Gründe von Familienarmut viel zu wenig bzw. ist der Meinung, dass mit einer Informationskampagne zum Nichtbezug so diese gelöst werden könnte. In der Tat, der Nichtbezug von Sozialleistungen in Basel-Stadt ist hoch, insbesondere der Sozialhilfe, diese liegt bei rund 30 Prozent. Der Nichtbezug von Sozialhilfe von alleinerziehenden Elternteilen ist für viele aber gar keine Option, denn es droht eine sehr prekäre finanzielle Situation.

Diese tiefe Quote ist also kein Argument gegen die Einführung von Familienergänzungsleistungen, sondern im Gegenteil, aus armutspräventiver Sicht macht es überhaupt keinen Sinn, Alleinerziehende und Familien mit tiefen Einkommen über viele Jahre von der Sozialhilfe abhängig zu machen. Es haben zwar alle Sozialleistungen ein Nichtbezugsrisiko, aber die Sozialhilfe hat deutlich ein höheres, weil der Bezug von Sozialhilfe sehr schambehaftet und stark stigmatisiert ist. Nicht in der Lage zu sein, den bescheidenen Lebensunterhalt für sich selber oder für seine Familie zu erwirtschaften und vom Staat von Leistungen abhängig zu werden, ist für ganz viele armutsbetroffene Menschen ein grosses Desaster. Armut macht krank, zerstört den Selbstwert und verursacht eine Armutsspirale, die sich über Generationen sozial vererben kann.

Zweitens ist der Regierungsrat der Meinung, dass Familienergänzungsleistungen systemfremd und kompliziert seien und deswegen soll nichts am bestehenden System verändert werden. Nun, meine Damen und Herren, dies wirkt auf mich ein wenig mutlos. Wenn wir mit einem solchen Denken der Klimakrise begegnen würden, kämen wir nie auf einen grünen Zweig. Ich bin fest davon überzeugt, dass eine Einführung von Familienergänzungsleistungen möglich ist und dazu führen würde, dass weniger Familien Sozialhilfe beziehen müssten. Diese positiven Effekte werden auch von den Kantonen, die bereits diese Ergänzungsleistungen eingeführt haben, beispielsweise Genf, Waadt, Solothurn und Tessin, bestätigt.

Überhaupt scheint die Schaffung von kantonalen Ergänzungsleistungen für Familien die sozialversicherungsrechtliche Wahl für die Zukunft zu sein. Die Bevölkerung vom Kanton Freiburg hat vor kurzem der Einführung von Familienergänzungsleistungen sehr deutlich zugestimmt und in den Kantonen St. Gallen und Zug laufen ebenfalls politische Bestrebungen in diese Richtung. Es ist klar, wir können die Kantone nicht 1:1 vergleichen, aber wie am Beispiel von Genf zu erkennen ist, sind bestehende Prämienverbilligungen und Mietzinsbeiträge kein Hindernis für die Schaffung dieser Familienergänzungsleistungen, im Gegenteil, sie sind eine sinnvolle Ergänzung, um die Sozialhilfe von langandauernder Unterstützung zu entlasten. Ich traue dem Regierungsrat und auch der Verwaltung zu, die Familienergänzungsleistungen entsprechend auszugestalten und diese auf die bestehenden Sozialversicherungen abzustimmen und anzupassen.

Familienergänzungsleistungen sind in Zukunft das bessere Mittel, um der Familienarmut zu begegnen. Die Familien werden finanziell bessergestellt, die Unterstützung ist weniger mit Stigmas verbunden und alle wesentlichen Unterstützungsleistungen, Prämienverbilligungen, Mietzinsbeiträge und Familienergänzungsleistungen könnten beispielsweise über das Amt für Sozialbeiträge berechnet und geleistet werden. Das heute sehr mühsame hin und her

zwischen den Ämtern könnte somit vermieden werden. Dies ist in der Praxis der sozialen Arbeit, und da könnte ich Ihnen x Beispiele nennen, mühsam, oft schwer nachzuvollziehen und für die Betroffenen schwierig auszuhalten. Mit ein Grund für hohe Nichtbezugsquoten.

Drittens fokussiert die meiste Kritik der Regierung rein auf Teilaspekte und Details bei der Umsetzung. Diese könnte ohne weiteres gelöst werden, wie beispielsweise mit der jetzt schon bestehen Möglichkeit des hypothetischen Einkommens, um Anreize, wie von Regierungsrat Kaspar Sutter genannt wurde, zur Wiederaufnahme von Arbeit zu fördern. Dies kennen wir zum Beispiel auch jetzt schon bei den Ergänzungsleistungen vomn Teil-IV-Rentenbezüger, auch die haben einen Druck oder müssten ihre Arbeit aufnehmen, wenn sie nur zu 50 Prozent berentet sind. Also das kennen wir schon. Unterstützungsangebote zur beruflichen Eingliederung, wie beispielsweise Coachings, sind nicht zwingend an die Sozialhilfe gebunden, sondern müssten sowieso unabhängig von der Sozialleistung angeboten werden können.

Berufsverbände und grosse schweizerische Hilfswerke, wie beispielsweise die Caritas Schweiz, sprechen sich seit Jahren und nun immer deutlicher für die Einführung von Familienergänzungsleistungen in den Kantonen aus und auch die genannten Studie, die ich schon erwähnt habe, von BASS untersuchte materielle Situationen von Kindern und Jugendlichen in der Sozialhilfe und stellt fest, dass dringend weitergehende Massnahmen getroffen werden müssen, um Kinder und Familien vor struktureller Armut zu schützen. Die Spätfolgen von Familienarmut sind uns allen bekannt und führen zu einem beträchtlichen Risiko für die kindliche Entwicklung. Ich bin wirklich überzeugt davon, dass nun nach Jahrzehnten der Diskussion die Zeit reif ist, bei der Verhinderung von Familienarmut einen Schritt weiterzugehen und endlich Familienergänzungsleistungen einzuführen und damit die Sozialhilfe auch zu entlasten.

Mit der Überweisung dieser Motion geben wir dem Regierungsrat den Auftrag, innert 2 Jahren die gesetzliche Grundlage zur Einführung von Familienergänzungsleistungen überhaupt erstmal zu schaffen. Es ist ja nicht gerade die Umsetzung, es geht mal darum, die gesetzliche Grundlage überhaupt zu erreichen. Bis zu diesem Zeitpunkt, davon bin ich sogar überzeugt, werden bereits weitere Kantone nachgezogen haben. Eine Überweisung als Anzug bringt in diesem Fall wirklich nichts. Der Regierungsrat schreibt zwar, dass er das bestehende Sozialleistungssystem prüfen und auf Wirkungen evaluieren möchte, allenfalls gar mit punktuellen Erhöhungen, doch aufgrund der immer gleichen Antworten auf sehr ältere Anfragen und Anzügen verspreche ich mir wirklich hier gar nichts. Der Regierungsrat möchte das bestehende System verteidigen und hat kein Interesse, neue Impulse in der Verhinderung von Familienarmut zu entwickeln. Deshalb bringt uns hier nur eine Motion weiter.

Herzlichen Dank für die Beauftragung der Regierung und für die Überweisung der Motion als Motion an den Regierungsrat.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SP hat Melanie Nussbaumer das Wort.

*Melanie Nussbaumer (SP):* Zwei Fakten vorneweg einfach zum Mitnehmen, währenddem Sie mir zuhören. 8,3 Prozent aller Kinder in Basel-Stadt beziehen Sozialhilfe. 8,3 Prozent, das ist die zweithöchste Quote in der ganzen Schweiz, nur Neuenburg hat eine höhere Quote. Innerhalb von der Sozialhilfe bedeutet das ein Drittel, also jede dritte Person in der Sozialhilfe ist ein Kind. Einfach damit das mal klar gesagt ist. Oliver Bolliger, vielen Dank für diese Brandrede. Ich gehe jetzt nochmals darauf ein, vielleicht auf einzelne Argumente etwas vertiefter.

Dass Familienergänzungsleistungen im Grundsatz sinnvoll und zielführend sind für die Armutsbekämpfung, das zeigen erste Erkenntnisse und Evaluationen aus anderen Kantonen, die bereits diese Ergänzungsleistung eingeführt haben. Familienergänzungsleistungen führen zu weniger Prekarität, weniger Sozialhilfe und weniger Stress sowie eine Verbesserung der Gesundheit für die betroffenen Familien. Das ist ein Fakt, das wurde evaluiert in den anderen Kantonen. Das sozialpolitische Instrument wird deshalb denn auch von Organisationen und Expert*innen, die sich mit Sozialpolitik auseinandersetzen, empfohlen. Das sind zum Beispiel die Caritas Schweiz vorneweg oder eben auch die SKOS. Aber auch die CMS, die Christoph Merian Stiftung aus Basel empfiehlt Familienergänzungsleistungen in ihrem letzten Fachbuch zum Thema Existenzminimum.

Warum werden diese Ergänzungsleistungen von der CMS und weiteren empfohlen? Weil es ein Instrument ist, das unkompliziert ist, unaufwändig und eben zielführend. Und das sagt ja sogar der Regierungsrat, das haben wir vorher gehört, und auch in der Stellungnahme kann man das nachlesen auf Seite 8, Zitat Anfang: Das Grundprinzip der Ergänzungsleistung ist einfach und hat sich seit deren Einführung bewährt. Reichen die Einnahmen nicht aus, um die Grundbedürfnisse zu decken, übernehmen die Ergänzungsleistungen die Differenz. So tragen die Ergänzungsleistungen gezielt und wirkungsvoll dazu bei, Armut in der Schweiz zu bekämpfen. Zitat Ende.

Und genau so ist es. Was für die AHV- oder IV-Rentnerinnen und -Rentner gilt, sollte eben auch für Familien respektive auch für deren Kinder gelten, Familien, die mit ihrem Einkommen nicht über die Runden kommen. Wenn der minimale Lebensbedarf höher ist als das Einkommen, besteht ein Haushaltanspruch auf Ergänzungsleistungen. Das Prinzip ist einfach, das Prinzip ist zielführend für die Armutsbekämpfung und Prävention, so wie das der Regierungsrat eben auch sagt.

Wo ich nicht einig bin mit dem Regierungsrat ist, dass er in seiner Stellungnahme behauptet, eine Komplettüberarbeitung des Systems wäre nötig, das wäre ganz aufwendig, das stimmt natürlich überhaupt nicht. Das wäre einfach eine neue Leistung mehr, wie es das in anderen Kantonen eben auch schon gibt. Es stimmt also überhaupt nicht, dass hier Basel irgendwie ein Alleingang macht oder irgendwie ganz speziell vorausgeht, wie in sonstigen Bereichen vielleicht schon, aber hier wirklich nicht. Natürlich ist es so, dass wir Familienmietzinsbeiträge haben und vielleicht auch bald Mietzinsbeiträge allgemein, das stimmt, und hier müsste man schauen, wie man das aneinander anpasst. Aber das ist etwas, das man lösen kann. Also auch im Kanton Genf wurde das gelöst, dort gibt es beide Instrumente und das kommt gut miteinander, das ist kein Problem, das ist lösbar.

Was aber festgehalten werden kann die, Familienergänzungsleistungen stellen einen umfassenderen Ansatz als die Mietzinsbeiträge dar, das stimmt so. Sie erlauben mehr Handlungsspielraum und mit einer sozialen Begleitung können die Familien gezielt in ihre Erwerbsintegration bzw. Erwerbsaufnahme unterstützt werden, und zwar erfolgreich, wie das auch andere Kantone mit Familienergänzungsleistungen bereits nachweisen konnten. Dort sind nämlich dank diesen Familienergänzungsleistungen die Erwerbsfähigkeit und das Erwerbseinkommen der Familien gestiegen. Der Kanton Waadt zum Beispiel hat eine Evaluation gemacht und bilanziert, dass 83 Prozent aller Familien, die Leistung bezogen haben, ihr Einkommen erhöhen konnten. Das ist darauf zurückzuführen, dass eben Familienergänzungsleistungen einen höheren Spielraum geben und dass es auch eben Coachings gegeben hat und soziale Begleitungen.

Freiwillige Beratungen mit dem Ziel, nachhaltige Lösungen zu finden, das könnte natürlich auch ein Teil sein der Basler Umsetzung. Das liegt in den Händen des Regierungsrats, er kann diese Umsetzung so fördern. Damit könnte man auch die individuellen Ursachen der Armut bekämpfen, wie es der Regierungsrat ja auch als Ziel hat berechtigterweise. Übrigens, die Sozialhilfe schneidet sehr viel schlechter ab beim Thema der nachhaltigen Erwerbsintegration als die Familienergänzungsleistungen. Das heisst, wenn man also wirklich diese Erwerbsintegration als Hauptziel hat, was ich durchaus unterstütze und der Regierungsrat ja auch hat, dann sollte man eben für die Familienergänzungsleistung stimmen. Wenn man Kaspar Sutter zugehört hat oder auch die Stellungnahme liest des Regierungsrats, dann muss man sich wirklich keine Sorgen machen, dass es keine Anreize mehr gibt für die Erwerbsarbeit in einer Umsetzung. Das wird er auf jeden Fall einbauen, wenn wir ihm zugehört haben.

Familienergänzungsleistungen schneiden aber nicht nur bezüglich Erwerbsintegration besser ab als die Sozialhilfe. Die tiefen Ansätze in der Sozialhilfe können auch negative Konsequenzen auf Kinder haben, zum Beispiel die eingeschränkte soziale Teilhabe, prekäre Wohnverhältnisse, usw. und das bedeutet auch schlechtere Startbedingungen. Mit den Familienergänzungsleistungen wird mehr für die Chancengleichheit getan und die Familien haben die Chance, beispielsweise in Bildung zu investieren und ihr Budget selbst einzuteilen. Die Sozialhilfe erlaubt das nicht. Jede zusätzliche Ausgabe muss beantragt werden, muss abgerechnet werden, usw. und so sind die Familien komplett vom Ermessen der Behörden abhängig. Bei den Familienergänzungsleistungen wird der Handlungsspielraum vergrössert und die Familien werden bestätigt und begleitet in ihrer Selbstbestimmung. Sie erlauben damit eine Förderung der Eigenverantwortung. In Genf, Solothurn, Tessin und Waadt hat die Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien dazu geführt, dass deutlich weniger Familien von Sozialhilfe abhängig wurden.

Lassen Sie mich also nochmals kurz zusammenfassen: Ergänzungsleistungen für Familien fördern die Selbstverantwortung, sie schaffen Anreize zur Erwerbstätigkeit und sie sind zudem mit weniger administrativen Aufwand verbunden als die Sozialhilfe. Sie wirken wirklich einer Chronifizierung und Vererbung von Armut entgegen. Viele Familien, das wissen Sie, sind nur während wenigen Jahren wirklich in einer sehr prekären Situation. Auch wenn die Kinder klein sind, ist es sehr eng für viele Familien. Es ist also nachhaltiger, sie in diesen Jahren so zu unterstützen, dass ihr Handlungsspielraum gewahrt bleibt und sie nicht ganz komplett in die Sozialhilfe runterfallen und dort abhängig werden. In anderen Kantonen konnte wirklich die Armutsquote dank diesen Ergänzungsleistungen reduziert werden. Es liegt also heute in unserer Verantwortung, den Kreislauf der Armut zu durchbrechen und denjenigen eine faire Chance zu geben, die sie am dringendsten brauchen. Lassen Sie uns weiterhin sicherstellen, dass unsere Kinder unabhängig von den finanziellen Verhältnissen ihrer Eltern die gleichen Chancen auf ein gesundes, glückliches und erfolgreiches Leben haben.

Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie deshalb, die Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen, ein Anzug daraus zu machen, wird leider relativ wenig bis gar nichts bringen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Melanie Nussbaumer, möchten Sie die Frage von David Jenny beantworten?

*David Jenny (FDP):* Melanie Nussbaumer, Sie haben den Eindruck erweckt, die CMS habe sich offiziell für diese Ergänzungsleistung ausgesprochen. Wenn ich diese Erkenntnisse und Empfehlungen der Publikation Existenzminimum lese, da heisst es aber, die Mitwirkenden haben eine Reihe von Empfehlungen für die Existenzsicherung formuliert. Es steht nichts von offizieller Empfehlung der CMS. Haben Sie uns in die Irre geführt?

*Melanie Nussbaumer (SP):* Das war eine kleine Abkürzung, aber die Publikation wurde natürlich von der CMS und von Fachpersonen der CMS, die sich sehr, sehr gut auskennen mit dem sozialpolitischen System, herausgegeben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Einzelvoten und da hat sich Luca Urgese gemeldet.

*Luca Urgese (FDP):* Der guten Ordnung halber, damit wir hier gemäss «Chrüzlistich» uns auch ausdrücken können, beantrage ich Nichtüberweisung dieser Motion.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Dann haben wir ein weiteres Einzelvotum von Fleur Weibel.

*Fleur Weibel (GAB):* Ich dachte jetzt, ich lasse Luca Urgese den Vortritt, nachdem wir diese fundierten Voten von links für die Motion gehört haben, weil ich gedacht habe, es kommt jetzt vielleicht von bürgerlicher Seite noch eine Erklärung, warum sie diese Motion ganz ablehnen oder sie in einen Anzug umwandeln möchten. Aber dann führen wir die Diskussion einfach auf linker Seite weiter und ich möchte nochmal mich dafür aussprechen, dass wir die Motion ein zweites Mal als Motion überweisen.

Basel ist einer der wohlhabendsten Kantone, doch auch hier gibt es Armut. Armut ist aber meistens unsichtbar. Das zeigt aktuell eine spannende Dialogausstellung der Sozialkonferenz Basel, ein Runder Tisch aus Wirtschaft und sozialen Stellen. Ich empfehle Ihnen allen, diese Ausstellung zu besuchen. Wir hier drin sind oft sehr weit weg von diesen Realitäten. Das heisst aber nicht, dass es diese Realität nicht gibt und wir tun gut daran, uns damit auseinanderzusetzen, denn Armut ist ein Zustand, der nicht nur wirtschaftliche Schwierigkeiten mit sich bringt, sondern auch soziale und psychische Herausforderungen. Sie kann die Gesundheit gefährden und langfristig die sozialen Aufstiegsmöglichkeiten beeinträchtigen. Armut in der Kindheit hat oft weitreichende Folgen für die Zukunft eines Menschen. Kinder, die in Armut aufwachsen, haben geringere Bildungschancen und damit auch schlechtere Aussichten auf dem Arbeitsmarkt.

Familienergänzungsleistungen würden hier eine direkte Hilfe bieten, um diesen Kreislauf zu durchbrechen. Wenn wir den Eltern finanziellen Spielraum geben, ermöglichen wir den Kindern bessere Bildungs- und Lebenschancen. Der Regierungsrat macht es sich zu einfach, den Nichtbezug als ein Hauptgrund für Armut darzustellen, denn Armut ist ein strukturelles Problem. Sie ist meist das Resultat gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und struktureller Hürden, die Betroffene kaum beeinflussen können. Und natürlich haben alle Sozialleistungen ein Nichtbezugsrisiko. Die Sozialhilfe ist aber sehr schambehaftet und stark stigmatisiert, was den Anteil an Nichtbezug auf jeden Fall erhöht, auch im Gegensatz zu allfälligen Familienergänzungsleistungen.

Deshalb bitte ich Sie, wie gesagt, diese Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen. Gerne möchte ich noch darauf hinweisen, dass Familienergänzungsleistungen nicht nur eine finanzielle Unterstützung sind. Sie sind ein Zeichen dafür, dass wir als Gesellschaft Verantwortung füreinander übernehmen und bereit sind, in die Zukunft unsere Kinder und Familien zu investieren. Jeder Kanton, der Familie in Not unterstützt, investiert nicht nur in das Wohl der betroffenen Menschen, sondern auch in die soziale und wirtschaftliche Stabilität der gesamten Region. Investitionen in Familien zahlen sich langfristig aus. Kinder, die in gesunden und stabilen Verhältnissen aufwachsen, haben bessere Chancen, gut ausgebildete und produktive Mitglieder der Gesellschaft zu werden. Das bedeutet weniger Kosten für den Staat in den Bereichen Sozialhilfe, Gesundheit und Bildung und eine stärkere lokale Wirtschaft durch gut ausgebildete Fachkräfte. Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Als Einzelsprecher hat sich Raoul Furlano gemeldet.

*Raoul I. Furlano (LDP):* Fleur Weibel hat mich natürlich herausgefordert und wollte eine Erklärung haben, warum wir im «Chrüzlistich» sogar ein Abschreiben haben. Ich meine, Ihre Erzählungen, Fleur Weibel, mit Flammen und Feuer, Oliver Bolliger, das verstehen wir alles, das ist ganz klar und es wäre ja fast schon widerlich, wenn man sagen würde, das gibt es alles nicht oder wenn man die Armut verharmlosen würde oder sagen, selber Schuld oder die gibt es gar nicht, usw. Das ist ja uns allen klar hier drin, das müssen wir nicht begründen, wie oder was und untermauern, dass wir das auch nicht toll finden.

Warum sind wir ganz für Abschreiben. Und zwar hat Regierungsrat Kaspar Sutter das auch in seinem Votum erklärt, warum sie das noch prüfen werden. Wenn wir das als Anzug durchlassen gehen, dann werden genau die Antworten wiederkommen, da hat Oliver Bolliger recht, das ist so. Aber warum abschreiben, warum haben wir das gedacht? Weil wir eigentlich denken, dass unser Kanton, die Sozialhilfe und alles, was dort drin ist, schon relativ sehr viel abdeckt. Wir haben ein bisschen die

Befürchtung, dass das wieder eine Aufblähung ist der ganzen Bürokratie und dass dann das Geld, das wirklich dorthin müsste, wo es hin muss, durch die Kompliziertheit dieser Verteilung gar nicht dorthin geht, wo es hingehen muss. Und das ist ein Grund, wieso wir die Motion, die wirklich mit Feuer und Flammen von Oliver Bolliger präsentiert wurde, vieles richtig drin ist, aber ich glaube nicht, dass das das Ziel ist, dass wir dorthin kommen, um wirklich denen zu helfen, die das brauchen. Das ist die Aufblähung der Bürokratie, die ich mir hier als Notiz genommen habe.

Und dann, ich sage es jetzt trotzdem, vielleicht werde ich halb geköpft, wenn ich das sage, aber es könnte auch sein, dass da gewisse Fehlanreize kommuniziert werden könnten. Fehlanreize, nämlich vom Staat abhängig zu bleiben, anstatt selber zu schauen, wie kann ich aus dieser Falle herauskommen. Und da wäre aus liberaler Sicht eher dort anzusetzen und zu sagen, wie können wir da helfen, aus dieser widerlichen Spirale, die zur Armut führt, herauszukommen, also sprich in Bildung, usw. Und ich bin nochmal schwierig, was ich da sage wahrscheinlich, aber wenn ich schon nur an eine Familienplanung denke, ich komme aus einer sehr armen Familie und meine Eltern haben sich sehr gut überlegt, wie viele Kinder sie auch dürfen und machen sollen. Das ist ein heisses Eisen, das ist ein ganz, ganz heisses Eisen, ich weiss es, aber es ist die Wahrheit und darum sind wir für Abschreiben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Regierungsrat Kaspar Sutter nochmals das Wort. Er verzichtet.

Der Regierungsrat beantragt, die Motion als Anzug zu überweisen. Oliver Bolliger fordert Motion. Luca Urgese hat einen Antrag auf Nichtüberweisung gestellt. Wir machen zuerst eine Eventualabstimmung.

**Eventualabstimmung**

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

**Ergebnis der Abstimmung**

**40 Ja, 50 Nein, 1 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004692, 23.10.24 21:29:22]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

Weiterbehandlung als Motion

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Geschäft wird als Motion weiterbehandelt mit 50 Nein-Stimmen gegen 40 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Luca Urgese beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen zur Abstimmung.

**Abstimmung**

Die Abstimmung wurde abgebrochen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Abstimmung wird wiederholt.

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung der Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

**Ergebnis der Abstimmung**

**57 Ja, 33 Nein, 0 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004696, 23.10.24 21:30:19]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 2 Jahre

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Motion wird überwiesen mit 57 Ja-Stimmen gegen 33 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

## 62. Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend keine finanziellen Fehlanreize für Fahrzeuge mit übermässigem Verbrauch von Ressourcen: Anpassung der Motorfahrzeugsteuer, Stellungnahme des RR

[23.10.24 21:30:26, 23.5581.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 18 Monaten.

Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Stephanie Eymann.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Der Regierungsrat hat ja angekündigt, dass er in der Mobilitätsstrategie eine generelle Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer prüfen und die Ausrichtung der Besteuerung an die kantonalen Klimaziele angleichen möchte. Es ist also nicht eine generelle Opposition gegenüber der Motion, weshalb wir auf Anzug plädieren, sondern gestützt auf die konkreten Forderungen der Motion, weil wir regierungsseitig der Meinung sind, dass sie doch zu einschränkend sind respektive auch in der ersten Motionsforderung die Datenbasis gar nicht da ist, um da entsprechend dann auch die Besteuerung auszugestalten. Das ist eigentlich der Hauptgrund, weshalb wir gesagt haben, wir würden die generelle Erhöhung prüfen, allerdings eben losgelöst von den konkreten Forderungen, damit wir hier auch den Klimazielen natürlich näherkommen.

Aber auch gewisse Zielkonflikte, die wir sehen, insbesondere in der Motionsforderung 2. bezüglich des Ressourcenverbrauchs, weil wir doch auch der Meinung sind, dass wir die E-Mobilität fördern und E-Mobilität eben auch zur Folge hat, dass die Fahrzeuge schwerer werden, grösser werden, etc., dass da ein gewisser Konflikt ist. Da würden wir plädieren, dass wir vor allem einfachere Besteuerungsmöglichkeiten prüfen und auch bezüglich Forderung 3., was den Ressourcenverbrauch angeht und den Absenkpfad, irgendwo einfachere Handhabe haben als verschiedene Kriterien, wie Fläche, Gewicht, Emissionen, die wir in einem Absenkpfad dann irgendwo berücksichtigen müssen. Das ist einfach auch aufwendig und irgendwo auch einzigartig dann, dass wir in Basel-Stadt das genau so machen.

Deshalb beantragt der Regierungsrat, die Motion als Anzug zu überweisen, damit wir all diese Konflikte auch auflösen können.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SP spricht Jean-Luc Perret.

*Jean-Luc Perret (SP):* Im Namen der SP beantrage ich Ihnen eine erneute Überweisung als Motion dieses Vorstosses, denn er verfolgt eigentlich ein klares Ziel, die Motorfahrzeugsteuer so anzupassen, dass es wieder attraktiver wird, ein kleineres Auto mit weniger Umweltauswirkungen zu nutzen. Die erste Kurzantwort der Regierung bekräftigt, man sei sowieso am Thema, das hat jetzt auch Regierungsrätin Stephanie Eymann so bestätigt. Es gab ja sogar eine Vernehmlassung dazu, jedoch mit uneinheitlichen Rückmeldungen. Etwas Greifbares ist auch nicht herausgekommen und wir befürchten, dass es bei einer Umwandlung in einen Anzug eben genau so weitergeht, unkonkret und in die Länge gezogen.

Eine Zweitüberweisung als Motion wäre hingegen so etwas wie ein klares Zeichen, auf das der Regierungsrat ja offenbar seit Jahren wartet. Denn dann würden die folgenden drei Grundsätze fix in die Festlegung der Motorfahrzeugsteuer integriert. Erstens, sie soll das Verursachendenprinzip berücksichtigen, zweitens soll sie eine Lenkungswirkung hin zu

umweltfreundlichen und flächeneffizienten Fahrzeugen haben und drittens, der Erfolg soll überprüft werden mit einem Absenkpfad.

In der Motion steht auch ausdrücklich, dass das Gewerbe gesondert angeschaut werden soll und ein Handwerksbetrieb, der ein grosses Auto braucht, sicher nicht gleichviel zahlen muss wie jemand, der ein grosses Fahrzeug einfach zu seinem persönlichen Privatvergnügen kauft. Dasselbe gilt auch für die E-Mobilität. Natürlich, die schneiden in den Bereichen Emissionen und Klima besser ab, deshalb werden sie wahrscheinlich grundsätzlich eine tiefere Steuer als fossilbetriebene Autos haben, aber überdimensionierte E-Autos werden gegenüber kleinen effizienten E-Autos mehr belastet werden und das ist sicher auch richtig und im Sinne der Motion.

Auch Private werden nicht einfach aus dem nichts mit höheren Steuern belastet. Sie haben im Gegenteil beim Autokauf die Wahl, ob sie auf ihrem heutigen Niveau bleiben wollen oder eine höhere Steuer in Kauf nehmen wollen. Und es erscheint uns logisch, dass wer sich ein grosses und umweltschädliches Auto für 50’000 Franken oder mehr leistet oder leisten kann, auch entsprechend besteuert werden soll.

Wir glauben auch nicht, dass es besonders kompliziert ist, die Kriterien festzulegen, welche die Höhe der Steuer beeinflussen, wenn man pragmatisch an diese Sache geht. Und was wir schon gar nicht einsehen, ist, dass der Kanton Basel-Stadt auf den Bund warten soll, beispielsweise auf eine Ausweitung der $CO_2$-Abgabe. Im Gegenteil, wir sehen da eher unseren Kanton in einer Vorreiterrolle, der aufzeigt, wie so eine Steuer ausgestaltet werden könnte.

Deshalb nochmals bitten wir Sie um Zweitüberweisung als Motion.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit geht das Wort an Daniel Seiler für die FDP.

*Daniel Seiler (FDP):* Ich glaube, ich kann auch im Namen der SVP sprechen. Wir erinnern uns, bei der Erstüberweisung haben wir schon zu bedenken gegeben, dass eben die Motion nicht einfach umsetzbar ist. Der Regierungsrat hat das auch bestätigt, wenn man wirklich den Bericht liest, dann sind eigentlich alle diese drei Dimensionen so nicht umsetzbar, schlicht und einfach. Externe Kosten zu berechnen auf Basis eines einzelnen Autos, eines Autotyps geht nicht, ist nicht möglich.

Und dann haben wir diese Problematik mit der E-Mobilität, die wir eigentlich fördern wollen. Wir haben heute 3 Prozent Bestand, der ist ins Stocken geraten, der Zubau, also der Wachstum der E-Mobilität, weil diese Autos durch die Batterie schwerer sind und grösser sind. Also auch hier haben wir ein grosses Problem, wenn wir das so umsetzen wollen. Und beim dritten Bereich, wo es um diese Ressourcen, Absenkpfad geht mit diesen vier Dimensionen, ich glaube, dazu muss man fast schon eine Professur in Mathematik haben, um überhaupt zu verstehen, wie man das irgendwie berechnen könnte und dann auch umsetzen.

Also die Motion ist nicht umsetzbar, schadet eigentlich dem Ausbau der E-Mobilität und ist sozialverträglich auch nicht wirklich gut. Wir kennen das Beispiel vom Volkswagen, Passat-Fahrer, ein Familienvater bezahlt jetzt schon das dreifache bei den Anwohnerparkkarten, soll jetzt noch ein Vielfaches für das gleiche Auto für die Motorfahrzeugsteuer bezahlen und jetzt kommen die Kollegen und sagen, er soll sich ein neues Auto kaufen. Wahrscheinlich auch nicht ganz so einfach. Also diese ganze Geschichte ist so nicht umsetzbar.

Wir beantragen Nichtüberweisung und wenn schon dann bitte als Anzug, damit man wirklich eine vernünftige Lösung machen kann.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die GLP spricht Lukas Bollack.

*Lukas Bollack (GLP):* Ich vertrete hier den Geschäftsverantwortlichen Tobias Christ, der leider schon gehen musste, deshalb wird das Votum etwas kürzer. Mein Vorredner, Jean-Luc Perret, hat ja auch schon sehr viele gute Argumente ausgeführt. Ich bringe jetzt einfach noch so die spezifisch grünliberale Perspektive auf dieses Geschäft.

Wir Grünliberalen sind immer dafür, dass externe Kosten internalisiert werden, denn nur so kann der Markt richtig spielen. Im vorliegenden Fall ist es so, dass man mit dem Besitz eines grossen Fahrzeugs mit entsprechend grossem Ressourcenverbrauch zwar höhere Kosten in der Anschaffung und in Betrieb hat, die externen Kosten, sprich mehr Platzverbrauch in der blauen Zone und auf der Strasse, eine höhere Unfallgefahr, ein höherer Ausstoss von Schadstoffen, $CO_2$, Reifenabrieb, etc. trägt aber die Allgemeinheit. Das ist ungerecht und führt zu Fehlanreizen. Man sieht das auch an der Verkehrsstatistik. Die Autos werden immer grösser und schwerer mit den entsprechenden Folgen. Es ist aus Sicht der Grünliberalen auch falsch, hier mit dem Argument der Einschränkung der Freiheit zu argumentieren, denn mit den externen Kosten beeinträchtigt man eben die Freiheit von anderen.

Aus diesen Gründen stehen wir Grünliberalen weiterhin hinter der Motion und wollen diese auch in der Form einer Motion überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die LDP spricht Daniel Hettich.

*Daniel Hettich (LDP):* Ich möchte mich hier Daniel Seiler anschliessen und seinem Votum, die LDP ist gegen eine Überweisung. Der Regierungsrat hat es eigentlich gut ausgeführt, gewisse Ideen zur Besteuerung sind kaum oder nicht umsetzbar und auch jetzt in der Klimastrategie hat der Regierungsrat gewisse Sachen in Bearbeitung und das wird dort schon behandelt.

Deshalb bitte ich um Nichtüberweisung.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit sind wir beim Sprecher fürs GAB, Raphael Fuhrer.

*Raphael Fuhrer (GAB):* Kurz zur Erinnerung, diese Motion hat drei hauptsächliche Forderungen. Punkt 1. Kostenwahrheit, Verursachendenprinzip. Punkt 2. Lenkungswirksame Gestaltung dieser Besteuerung. Im Moment haben wir eine lineare Kurve, die funktioniert offensichtlich nicht, zum Beispiel eine progressive Kurve würde sich anbieten, kennen wir auch bei anderen Steuern. Und Punkt 3, dass man einen Absenkpfad hat, wo man überprüft, was bringt diese Steuer im Hinblick auf unsere Ziele.

Seit 2013 ist das Thema bei uns im Kanton auf dem Tisch. Wir hatten 2016 eine erste Anpassung, der Trend hin zu grösseren Autos ist ungebrochen. 2020 haben sich wahrscheinlich alle Parteien hier an der Vernehmlassung beteiligt, es ist wieder nichts geschehen. Das Westschweizer Radio und Fernsehen hat die Statistik ausgewertet. Pro Jahr werden im Kanton Basel-Stadt Autos im Schnitt ein bis zwei Zentimeter länger, breiter und höher. Wenn man das jetzt nur schon diese zehn Jahren anschaut, wo dieses Thema auf dem Tisch ist, ist das doch einiges.

Warum Motion. Punkt 1, die lange Dauer, die das Thema schon da ist und wir haben immer noch keine überzeugende Lösung. In der Beantwortung des Regierungsrates taucht keine Frist auf, es taucht kein Zeitplan auf. Es wird beschrieben, was man am Prüfen ist und was man denkt, in welche Richtung, dass es geht. Punkt 2 für die Motion ist die Umsetzbarkeit. Die Motion legt diese drei Grundsätze fest und wie das umgesetzt wird, das lässt die Motion offen. Die Motion sagt, diese Besteuerung orientiert sich an den externen Kosten. Da kann man einfach mal schauen, kommen wir überhaupt in diese Grössenordnung, wo diese externen Kosten sind.

Punkt 2 sagt, diese lenkungswirksame Gestaltung der Steuer. Auch das ist ein Grundsatz, wie der umgesetzt wird, lässt die Motion offen und die Orientierung an den Dimensionen Fläche, Luftverschmutzung, Lärm, Ressourcenverbrauch als Ganzes, auch das lässt die Motion offen. Wenn der Regierungsrat klar belegen kann, dass man das sehr gut mit Gewicht zum Beispiel oder anderen Kenngrössen approximieren kann, dann spricht nichts dagegen, dass man das auf diese Weise macht. Aber dass man jetzt mal mitdenkt und versucht, sich dem anzunähern, das wäre schon die Idee und darum bitte ich Sie, dieses Geschäft weiterhin als Motion zu überweisen.

Vielleicht noch zur Elektromobilität. Es gibt heute 250 Modelle auf dem Markt. Es gibt natürlich sehr grosse dort, es gibt auch sehr kleine. Ein Modell, Dacia Spring 65, hat eine Reichweite über 200 Kilometer, hat sogar Vierradantrieb, vier Plätze, ist 1,3 Tonnen schwer, das ist eine halbe Tonne weniger, als was heute im Schnitt gekauft wird. Also das Argument, mit dieser Motion würde man Steine der Elektromobilität in den Weg legen, stimmt so nicht.

Darum bitte ich Sie, das Geschäft als Motion zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet. Damit kommen wir zu den Abstimmungen. Zuerst die Eventualabstimmung.

Der Regierungsrat beantragt Anzug. Jean-Luc Perret beantragt Überweisung als Motion.

**Eventualabstimmung**

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

**Ergebnis der Abstimmung**

**42 Ja, 48 Nein, 0 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004698, 23.10.24 21:44:19]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

Weiterbehandlung als Motion

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben sich für Motion entschieden mit 48 Nein-Stimmen gegen 42 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Daniel Seiler beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen zur Abstimmung.

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung der Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

**Ergebnis der Abstimmung**

**51 Ja, 38 Nein, 1 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004699, 23.10.24 21:44:58]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 18 Monate

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben die Motion überwiesen mit 51 Ja-Stimmen gegen 38 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

## 63. Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend PACS und Verantwortungsgemeinschaft für Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

[23.10.24 21:45:05, 23.5650.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 3 Jahren.

Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet. Damit sind wir bei Raphael Fuhrer für das GAB.

*Raphael Fuhrer (GAB):* Ich möchte mich ganz zuerst entschuldigen bei Regierungsrätin Stephanie Eymann. In meinem Votum damals bei der Erstüberweisung habe ich ein Durcheinander gemacht mit den Fristen. Sie hatte recht, ich hatte nicht recht. Zweitens, ich kann leben damit, dass wir diesen Vorstoss weiterbehandeln als Anzug. Ich möchte aber mitgeben, und es ist mir ein wichtiges Anliegen, das Thema, ich glaube, es ist nicht zielführend abzuwarten, was auf Bundesebene geht, sondern wirklich zu antizipieren, was auf Bundesebene kommen wird und uns als Kanton darauf vorbereiten.

Das ist das eine und das zweite, was mir ganz wichtig in dem Thema ist, es ist nicht alles, was mit diesem Thema zusammenhängt, auf Gesetzes- und Verordnungsebene abschliessend regelbar. Es hat sehr viel auch damit zu tun, wie bei uns die Praxis gelebt wird von Ämtern, von staatsnahen Betrieben, von Bereichen, wo der Staat immer wieder auch hinein reguliert, und ich glaube, auch dort liegt eben sehr viel Spielraum und gerade auf Kantonsebene. Und wenn wir diesem Spielraum uns bewusst sind und dem auch nachgehen und auch schauen, was wir dort machen können, wäre ich auch schon sehr viel glücklicher gegenüber der Situation heute, im Bewusstsein, und das hat ja die Antwort des Regierungsrats auch gezeigt, dass halt ein grosser Teil auch auf Bundesebene abschliessend zum Teil oder fast abschliessend geregelt ist.

Aber ich glaube, dass auch trotz diesen Rahmenbedingungen uns Spielraum bleibt und ich würde mir sehr wünschen, dass wir das hier im Kanton zuerst mal wahrnehmen und dann auch dem nachgehen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin ist Christine Keller von der SP.

*Christine Keller (SP):* Ich kann mich dem nur anschliessen, was Raphael Fuhrer gesagt hat. Ich finde das einen wichtigen Vorstoss, gerade weil er eben nicht «nur» den sogenannten PACS, oder wie man das aussprechen will, beinhaltet, sondern auch die Verantwortungsgemeinschaft und damit auch aufzeigt, dass die Möglichkeiten, wie Menschen heute zusammenleben, sehr viel bunter und vielfältiger sind, als es früher war oder als es früher wenigstens offen gezeigt wurde. Die Regierung hat das ja eigentlich auch ganz schön dargelegt, all diese Möglichkeiten und Konstellationen.

Und ja, ich denke, das Wesentliche rechtlich ist auf Bundesebene, aber ja, auch ich kann mir vorstellen, dass auf kantonaler Ebene etwas getan wird im Bereich von Spitälern, von Rechten da zu besuchen, Weisungen abzugeben, da ist wirklich möglich, etwas zu tun, etwas vorwegzunehmen. Auch deshalb will es der Regierungsrat ja wahrscheinlich durchaus als Anzug übernehmen und nicht etwa sagen, wir wollen da gar nichts tun.

Wir können dieser Entwicklung ein Stück weit die Türe öffnen und dazu möchte ich Sie mit dem beantragten Stehenlassen der Motion als Anzug, wie gesagt, ein wirklich wichtiger und wegweisender Vorstoss, ermuntern.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit sind wir bei Christian C. Moesch für die FDP.

*Christian C. Moesch (FDP):* Die Fraktion FDP beantragt die Abschreibung des vorstehenden Geschäfts. Ganz einfach deshalb, grundsätzlich, das PACS, da habe ich oder haben wir nichts dagegen, das ist eine gute Sache. Ich denke, das ist etwas, was in der heutigen modernen Welt des Zusammenlebens von Mann und Frau oder von Mann und Mann oder Frau und Frau, wie auch immer, auf jeden Fall Berechtigung hat, aber, und das hat ja die Regierung richtig festgestellt, es ist eine Sache, die auf Bundesebene geregelt werden muss. Und es macht doch keinen Sinn, wenn wir uns jetzt hier auf kantonaler Ebene Fragen stellen oder überlegen, was könnte man machen, wenn dann irgendwann vielleicht. Das macht keinen Sinn. Warten wir ab, was auf Bundesebene gemacht wird und lassen wir das auf uns zukommen und wenn dann das auf Ebene vom Bund entsprechend geregelt ist, dann können wir uns wieder mit einem neuen Anzug oder einem neuen Vorstoss an die Arbeit machen, um zu schauen, wie wir das gegebenenfalls in zusätzlichen Punkten dann auf kantonaler Ebene regeln möchten.

Daher bitte ich Sie, die Motion abzuschreiben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung.

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung

**Ergebnis der Abstimmung**

**50 Ja, 40 Nein, 0 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004701, 23.10.24 21:51:42]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Anzug wird überwiesen mit 50 Ja-Stimmen gegen 40 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

## 64. Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Kultur für alle - Swisslos-Fonds Unterstützung auch bei kulturellen Veranstaltungen mit Kollekte, Schreiben des RR

[23.10.24 21:51:50, 24.5040.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Stephanie Eymann verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

## 65. Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Verkürzung der Antragsfrist für Kundgebungen und Demonstratlonen, Schreiben des RR

[23.10.24 21:52:17, 21.5768.03]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

## 66. Anzug Joël Thüring betreffend Aufwertung für Gewerbe und Tourismus: Ein Taxistandplatz in Fussdistanz zum Marktplatz, Schreiben des RR

[23.10.24 21:52:42, 23.5398.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Stephanie Eymann verzichtet. Es gibt keine Wortmeldungen. Es wurde kein Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

## 67. Motion Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Einführung eines zweiten Wiederholungsversuchs bei den Anwaltsprüfungen, Stellungnahme des RR

[23.10.24 21:53:10, 24.5167.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen.

Stephanie Eymann verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 4 Jahre

## 68. Motion Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Ausweitung der zulässigen juristischen Praktika für die Anwaltsprüfungen auch auf die Tätigkeit als Unternehmensjuristin und Unternehmensjurist, Stellungnahme des RR

[23.10.24 21:53:43, 24.5168.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 2 Jahren.

Für den Regierungsrat hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Vielleicht doch einfach kurz, weil der Regierungsrat ja Nichtüberweisung beantragt, warum wir zu diesem Schluss kommen. Es ist dieses Mal tatsächlich etwas eine inhaltliche andere Sichtweise auf die Thematik, weil an der rechtlichen Zulässigkeit haben wir ja nicht gezweifelt bei der Erstüberweisung, wir haben auch der Erstüberweisung eigentlich so zugestimmt. Es geht mehr darum, sich zu überlegen, was wir mit Unternehmenspraktika erreichen im Hinblick auf diese Anwaltsprüfung, ob die im eigentlichen Sinne dieses Knowhow vermittelt, das wir dann in einer Anwaltsprüfung auch abfragen. Und der Regierungsrat ist der Meinung, dass hier doch etwas ein zu weiter Kreis gezogen wird, weil ja doch im eigentlichen Sinne in allen Verfahrensrechten, die es zu lernen gibt, abgefragt wird und auch eben die Rechtspflege im eigentlichen Sinne und deshalb eigentlich die ganze Aufteilung in Verwaltung, Anwaltspraktika oder eben Gerichtspraktika sinnhaft ist, so wie sie heute ausgestaltet ist.

Wenn man so etwas in die kantonale Landschaft schaut, sind es nur wenige Kantone, die diese Praktika zulassen. Darunter ist unser Nachbarkanton, das ist korrekt, St. Gallen und Glarus ebenfalls. Alle anderen lassen diese Praktika nicht zu oder nicht zu in der geforderten Minimaldauer des Praktikums, das gefordert ist, dass absolviert sein muss für die Anwaltsprüfung. Und bei uns ist das in einem Jahr und da geht der Regierungsrat auch davon aus, dass wenn man in diesem Jahr praktisch noch das Unternehmenspraktikum reinpackt zu Lasten vielleicht eines anderen, dann ist irgendwo die ganze Praxis etwas einseitig respektive nicht mehr so ganzheitlich, wie sie hier gefordert wurde.

Was dem Regierungsrat auch nicht bekannt ist, ist, dass es einen wirklichen Mangel gäbe an Praktikumsplätzen, auch bei den Gerichten nicht laut unserer Abklärung. Was uns allerdings auch bekannt ist, dass wir ziemlich viele Verwaltungspraktika-Stellen offen haben. Wir haben Mühe, ich spreche insbesondere jetzt gerade aktuell auch für das Justiz- und Sicherheitsdepartement, diese Praktika mit Volontären, Volontärinnen zu besetzen. Das ist nicht mehr ganz so einfach, wie das war, was eigentlich auch schade ist, weil es doch auch einen Einblick gibt.

Was auch noch ein Punkt ist vielleicht, ist, dass die Motion erwähnt, es sei dann eine Einzelfallprüfung durch den Präsidenten der Aufsichtsbehörde zu vollziehen. Und der Regierungsrat ist der Meinung, dass das so einfach dann aber auch nicht umsetzbar ist, wie das dann von Einzelfallprüfungen abhängig sein soll. Hier muss doch auch irgendwo eine rechtsgleiche Behandlung stattfinden und das ist mehr ein Fragezeichen, das der Regierungsrat auch noch hat.

Zusammenfassend sehen wir inhaltlich keine stichhaltigen Gründe, weshalb das nötig sein soll, und bitten deshalb, die Motion kein zweites Mal zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da hat sich David Jenny gemeldet von der FDP.

*David Jenny (FDP):* Ich weiss nicht ganz, was die Regierung geritten hat, als sie diese Antwort formuliert hat. Wir sind ja früher in dieser Session belehrt worden, bei einer Motion ist das Dispositiv ausschlaggebend. Da steht einfach: beauftragt, eine Vorlage zur Anpassung des Advokaturgesetzes BS auszuarbeiten, welche die Zulässigkeit von Volontariaten als Unternehmensjuristin oder Unternehmensjurist ermöglicht. Ob es diese Einzelfallentscheidung braucht durch den

Appellationsgerichtspräsidenten oder nicht, das ist offen gelassen schlussendlich im Dispositiv. Das reicht also nicht zur Begründung der Ablehnung.

Ich war jahrelang Beisitzer beim Advokaturexamen, der jahrelange Vorsitzende der Prüfungskommission. Es wurde hier der Eindruck erweckt, es werde nur Verfahrensrecht geprüft. Also das habe ich nie den Eindruck gehabt, es wird sehr viel auch materielles Recht geprüft. Ich meine, wenn Sie sagen, man soll es wirklich auf Advokatur beschränken und auf Gerichte, dann bitte seien Sie ehrlich und schliessen dann die Verwaltung weitgehend aus. Ich meine, ich werde jetzt ein bisschen böse spät am Abend, das Volontariat, ich glaube, bei der Ombudsstelle ist zum Beispiel auch zugelassen. Was bringt dieses Volontariat für die Anwaltsprüfung, wenn man den Fokus legt wie Sie, Frau Regierungsrätin, dann sage ich unter null.

Und auch das Berufsbild des Anwaltes ist eben nicht nur die Scheidungsanwältin, der Strafverteidiger, etc., sondern ein grosser Teil ist sehr ähnlich wie bei Rechtsabteilungen unser Unternehmen hier in Basel und das erkennen Sie. Und ich glaube, der wahre Grund ist, Sie haben Angst vor Konkurrenz, dass unter Umständen dann qualifizierte Kandidatinnen und Kandidaten nicht zum Staat gehen, auch weil die Löhne, die der Staat bezahlt für die Volontariate, geringer sind, als sie teilweise in Unternehmen und in der Advokatur bezahlt werden. Das ist relativ simpel, dass dann vielleicht die Ombudsstelle keine Volontäre mehr findet zu den Löhnen, die sind jetzt bezahlen, aber das ist der Markt. Und schlussendlich ist ja jeder schlau genug, dass er etwa weiss, was die Anforderungen sind, die gestellt werden in der Praxis und der Advokaturprüfung, und wenn jemand nicht so schlau ist, dann wird er entsprechend einen Wiederholer haben und zukünftig zwei Wiederholer. Von daher, ich habe nur etwa hundert Mal den Kopf geschüttelt, als ich das gelesen habe.

Ich meine, unser Nachbarkanton ist uns da vorgegangen. Ich glaube nicht, dass die Absolventinnen und Absolventen in unserem Nachbarkanton die schlechteren nachher Anwältinnen und Anwälte sind, das müsst ja nach Ihrer Aussage der Fall sein. Das ist es nicht. Der Kanton muss eben auf dem Arbeitsmarkt in diesem Bereich auch konkurrenzfähig sein. Das ist nicht nur der Lohn, sondern auch die Attraktivität, ob man wirklich spannende Arbeit bekommt, wenn man in diese Praktika geht, oder nicht und da ist eben auch der Kanton aufgefordert als Arbeitgeber.

Dann noch zur Gleichbehandlung, ich meine, man kann auch sagen, es wird nur anerkannt, wenn zum Beispiel für die Ausbildung der oder die Verantwortliche in einem Unternehmen selber auch das Anwaltsexamen hat. Das ist relativ einfach nachprüfbar und in grossen Unternehmen, in Rechtsabteilungen haben praktisch alle das Anwaltsexamen.

In diesem Sinne bitte ich Sie wirklich, da dem Beispiel unseres geschätzten Nachbarkantons zu folgen und den doch schwer verständlichen Argumenten unserer Regierung nicht zu folgen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die LDP spricht Nicole Kuster-Simon.

*Nicole Kuster-Simon (LDP):* Auch die zweite Motion von Bruno Lötscher betreffend Anrechnung der juristischen Praktika in Unternehmen wird von der LDP unterstützt. Die Regierung führt als Argumentation an, dass das Anwaltspatent eine Polizeibewilligung sei und somit dem Publikumsschutz diene. Einzig Praktika, welche auf die Prozessführung vor ein Zivil- oder Strafgericht vorbereiten, sollten massgebend sein. In dieser Begründung werden das gesamte verwaltungsrechtliche Verfahren, das zweitinstanzliche Verfahren und das Verfahren vor Bundesgericht ausgeblendet. Auch nicht erwähnt wird, dass bereits heute die Praktika bei den Behörden schweizweit angerechnet werden, obwohl diese dann vielleicht nicht der Vorbereitung auf eine Prozessführung vor einem Zivil- oder Strafgericht dienen. Die Antwort scheint in diesen Belangen widersprüchlich formuliert zu sein und nicht das Gesamtspektrum des Anwaltsberufes abzudecken.

Mit Blick auf unseren Nachbarkanton stellt man fest, dass diese Möglichkeit der Unternehmenspraktika im Kanton Basel-Landschaft bereits heute gegeben ist. Es kann nicht sein, dass wir nun mit dem Publikumsschutz argumentieren, zumal ohnehin eine Freizügigkeit im Anwaltsberuf gilt und in unserem Nachbarkanton diese Praktika üblich sind. Unter der Berücksichtigung der notorisch langen Wartezeiten bei den Gerichten, ich habe mir im Vorfeld den Spass gemacht, eine Anfrage beim Zivilgericht Basel-Stadt zu tätigen letzte Woche und kann Ihnen berichten, die aktuelle Wartezeit beträgt, man höre, zwei Jahre, sowie der Wertschätzung der in Basel ansässigen Unternehmen muss die vorgeschlagene Änderung auch in Basel Realität werden. In einem Praktikum wird einerseits prozessuales Wissen vermittelt, das ist richtig, aber auch die Argumentationsfähigkeit geschult. Dies alles kann eben in der Verwaltung, an den Gerichten, in der Advokatur und hoffentlich bald auch in einem Unternehmen gelernt werden.

Demgemäss ersuche ich Sie, die Motion von Bruno Lötscher als Motion zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit kommen wir zu Bruno Lötscher. Er spricht für die Mitte-EVP.

*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Ich kann mich den Voten meiner Vorrednerin und meines Vorredners anschliessen. Frau Regierungsrätin, ich war tatsächlich sehr erstaunt über diesen Bericht des Regierungsrates. Ich habe gedacht, hat das

noch jemand gelesen? Das scheint mir aus der Feder eines Volontärs zu stammen. Auf jeden Fall sind die Argumente derart bescheiden, dass ich fast gar nicht weiss, wie ich anfangen soll, das auseinander zu nehmen. Das Klarste scheint mir, dass der Regierungsrat schreibt, ich möchte das zitieren, es sind nur zwei Linien, also es ist ja ein relativ langer Bericht und es sind aber etwa 20, 25 Linien dann, die relevant sind, ich lese nur zwei Zeilen: Öffnet der Kanton Basel-Stadt die zulässigen Praktikumsorte auf Unternehmen, ohne gleichzeitig die Praktikumsdauer zu erhöhen, und man redet da dann auf eineinhalb oder zwei Jahre zu erhöhen, führt dies im interkantonalen Vergleich zu einer Nivellierung nach unten.

Eine Nivellierung nach unten, wissen Sie, was wir alles erlauben als Praktika? Sie müssen jetzt ja nur in einer Verwaltung oder an einem Gericht tätig gewesen sein, bei einem Advokaten irgendwo in der Schweiz. Das heisst, wenn Sie im Veterinäramt des Kantons Uri, sagen wir mal, oder Nidwalden ein Volontariat machen von einem Jahr, dann gilt das als Zulassung für unsere Anwaltsprüfung. Und da sagt mir jemand, wir nivellieren nach unten, wenn jemand in einem Weltkonzern wie Roche beispielsweise ein Praktikum gemacht hat von einem halben Jahr, denn ich sage ja, dass zumindest ein halbes Jahr bei Gericht oder Verwaltung trotzdem noch nötig sind. Allein das zeigt mir, das ist eine Nivellierung nach oben. Was hier als Möglichkeit geschaffen wird in Basel, dass wir dann die Rechtsabteilungen der Weltkonzerne, aber auch der Banken oder auch eine Rechtschutzversicherung zulassen, das verbessert die Voraussetzung und es nivelliert nicht nach unten.

Was tatsächlich ein Argument sein könnte, man muss ja dann schon ein bisschen schauen, welche Rechtsabteilungen da genügen. Es kann ja nicht sein, dass irgendwie der Onkel oder die Tante eine Ein-Mann-Firma hat und man sagt dann, er habe da die Rechtsabteilung geführt. Da hat ja Baselland tatsächlich gewisse Erfahrungen und ich habe dann gedacht, ich habe da nichts gelesen in diesem Bericht, ich frage mal in Baselland an, es steht ja nichts von Baselland drin. Dann habe ich mal angerufen bei Roland Hoffmann, dem obersten Richter, und habe gesagt, haben Sie da Probleme, ist das schwierig für Sie, können Sie das managen? Dann sagt er mir, da hat tatsächlich jemand angerufen vom Kanton irgend aus einer Rechtsabteilung, da wird offenbar etwas geschrieben. Ich habe gesagt, dass das kein Problem ist, dass wir das ohne weiteres machen können, dass wir gewisse Vorgaben haben, dass zum Beispiel immer jemand einen Rechtsanwalt angestellt haben muss in der Rechtsabteilung, damit das dann auch tatsächlich anerkannt wird, also das können wir bestens managen, kein Thema. Davon lese ich nichts, dass man eigentlich gehört hat, dass es kein Thema ist, sondern ich lese, das könnte ein Thema sein.

Dann habe ich gedacht, gut, Sie haben sich sicher vorbereitet, Sie haben telefoniert, Sie haben sicher auch die Advokatenkammer gefragt, was die denken. Dann habe ich gedacht, ich rufe mal die Advokatenkammer an, haben die dort angefragt, was denken die und ich hätte das erwartet, muss ich sagen. Aber nein, da wurde nicht angefragt, was die Advokatenkammer denkt zu diesem Thema. Das wäre jetzt interessant gewesen. Ich will jetzt nicht sagen, was sie denkt, weil ich es nicht weiss, weil mir der Präses gesagt hat, wenn wir das als Frage gehabt hätten, dann hätten wir uns dazu geäussert. Als Präses allein getraue ich mich jetzt nicht, aber ich denke nicht, dass das ein Problem wäre. Aber er wollte sich nicht äussern. Also die nötigen Telefone sind zum Teil gemacht worden, zum Teil nicht, man hat sie dann aber nicht erwähnt oder nicht gemacht.

Das ist seit Jahren ein Anliegen der Wirtschaft und wir haben das in der Advokatenprüfungsbehörde immer wieder angeschaut und gesagt, ja, das bringen wir dann mal, wenn wir ein Gesamtpaket haben. Das pressiert dann immer, vertröstet und es gibt halt kein Gesamtpaket und jetzt ist zufällig meine Position hier möglich geworden, im Grossen Rat das vorzutragen, dass das ein Problem ist und dass das eine grossartige Lösung wäre, wenn wir das verbessern würden. Und deshalb ist es jetzt hier und es wäre schon wirklich eine Chance, das jetzt zu packen und nicht mit der Drohung verbinden, jetzt müssen wir die Volontariate ein halbes Jahr oder ein Jahr verlängern. Das ist überhaupt nicht nötig, im Gegenteil. Leute, die diese Praktika gemacht haben, werden ohne weiteres diese Prüfungen bestehen können.

Es ist keine Nivellierung nach unten, sondern eine massive Verbesserung nach oben und ich bitte Sie sehr, diese Motion zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Ich möchte Sie bitten, über die Leute, die unsere Dokumente vorbereiten, hier respektvoll zu sprechen. Das ist keine Tadelung, das möchte ich einfach ganz allgemein an dieser Stelle sagen. Wir kommen zum nächsten Advokaten, als Einzelsprecher Gabriel Nigon.

*Gabriel Nigon (LDP):* Ich hätte nie gedacht, dass ich an so einem Abend zwei Mal spreche, aber wenn sich mal die Rechtsanwälte und Richter alle einig sind, das ist sehr selten, dann ist wirklich etwas dran. Zweite Vorbemerkung; wir können nicht 30 Jahre warten, bis wir mit dem Kanton Basel-Landschaft fusionieren, um diesen Missstand zu beheben.

Und in der Sache selbst folge ich natürlich meinen Vorrednern und es ist schon so, ein Unternehmensjurist, der wird viel mehr mit dem realen Leben konfrontiert, wie wenn einer ein Praktikum macht auf der Verwaltung. Da weht ein ganz anderer Wind, das muss ich einfach so sagen. Vor Gericht lernen sie auch viel, je nachdem, ob sie eingesetzt werden oder nicht, am meisten lernen sie auf einem Advokaturbüro. Das Problem ist da aber, es gibt zu wenig Volontariatsstellen. Wir haben eine

soziale Verantwortung. Das sind Kinder, die haben studiert und die haben einen Master gemacht und die sind dann zwei, drei Jahre blockiert, bis sie sich Richtung Anwalt bewegen können. Da haben wir eine soziale Verantwortung, ich wiederhole mich. Nebstdem, es ist ein Mehrwert, wenn sie als Unternehmensjuristen auch doch noch ihre Sporen abverdienen können, weil dann kann man sie auf die Leute loslassen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Als Einzelsprecherin hat sich Claudia Baumgartner eingetragen.

*Claudia Baumgartner (GLP):* Einfach noch aus meiner eigenen Erfahrung. Ich habe meine Anwaltspraktika auch an verschiedenen Orten gemacht, unter anderem in einem grossen Anwaltsbüro. Da kam ich in einem halben Jahr, glaube ich, genau einmal ans Gericht, weil es halt wirklich mehr ein Büro war mit beratenden Tätigkeiten. Und ich hatte Kollegen, die waren in grossen Unternehmungen und bei grossen Unternehmen gibt es ja auch juristische Abteilungen, die wirklich Litigation genannt werden, wenn es darum geht, dass man vor Gericht auftreten soll. Also ich denke, es ist möglich, dass man hier auch einen Kriterienkatalog zusammenstellt, welche Unternehmen, wir sprechen selbstverständlich von grossen Unternehmen. Man kann das machen, ich sage jetzt mal, wie beim Beschaffungswesen, da hat man auch klare Kriterien oder akkreditierte Journalisten, was auch immer als Idee, aber ich denke, es sollte ja nicht am technischen liegen, weil ich höre es wirklich auch seit 30 Jahren von allen Seiten. Es wäre schon toll, wir hätten noch mehr Gelegenheiten, um unsere juristische Praxis auch auszuüben.

Darum bitte gerne als Motion überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es sind sich alle Voten einig. Stephanie Eymann, wünschen Sie nochmals das Wort? Sie verzichtet.

Der Regierungsrat beantragt Nichtüberweisung. David Jenny beantragt Überweisung als Motion. Wir stimmen darüber ab.

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**85 Ja, 2 Nein, 2 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004707, 23.10.24 22:14:53]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 2 Jahre

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Motion wird überwiesen mit 85 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

## 69. Anzug Fleur Weibel und Konsorten betreffend Nachhaltige Stärkung der Pflege in der kantonalen Gesundheitsversorgung, Schreiben des RR

[23.10.24 22:15:00, 22.5244.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Lukas Engelberger hat das Wort.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Themenwechsel von den Advokatinnen und Advokaten zu den Pflegeberufen. Sie fordern in diesem Anzug eine nachhaltige Stärkung der Pflege in unserer kantonalen Gesundheitsversorgung und wir haben uns bemüht, Ihnen dazu ausführlich zu berichten. Ich möchte aber nur kurz sprechen, ich glaube, wir konnten in unseren schriftlichen Darlegungen klarmachen, dass wir die Umsetzung des neuen Pflegeartikels sehr ernsthaft angehen, dass wir diese Bemühungen auch nicht erst jetzt beginnen, sondern schon wesentliche Aufbauarbeit in diesem Bereich geleistet haben in Zusammenarbeit mit den Gesundheitseinrichtungen, die Pflegepersonen beschäftigen, und wir werden selbstverständlich mit diesen Anstrengungen auch fortfahren. Sie haben in diesem Haus auch die dafür notwendigen Gesetzesgrundlagen und Finanzbeschlüsse gefasst und deshalb ist das fraglos für uns eine Priorität.

Das ist allerdings ein langfristiges Unterfangen und jetzt nicht gut in einer weiteren Zwei-Jahres-Berichterstattungsperiode für einen Anzug abzuhandeln. Wir bleiben an diesem Thema dran, ich glaube, wir haben Ihnen dargelegt zum jetzigen Zeitpunkt, was wir machen und wie wir weiterfahren wollen. Ich sehe wenig Beitrag an die Lösungsfindung oder Verbesserung der Situation, wenn wir in zwei Jahren erneut berichten und würde deshalb Ihnen vorschlagen, hier in diesem Geschäft jetzt Abschreiben zu beschliessen, wissend, dass wir über die Situation der Pflege noch vielfach uns unterhalten werden und darüber auch weiterhin sehr ernsthaft arbeiten müssen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Melanie Eberhard hat das Wort für die SP.

*Melanie Eberhard (SP):* Ich beantrage Ihnen namens der SP-Fraktion Stehenlassen. Und zwar, und das wurde jetzt vom Regierungsrat kurz ausgeführt und ist auch in der Beantwortung dieses Anzuges deutlich herausgekommen, hat sich der Kanton bereits bemüht. Es gibt Massnahmen, wir haben auch in der Kommission sonst schon darüber beraten, dass wir uns diesem Thema annehmen wollen und dass wir es wichtig finden, dass die Pflegenden gestärkt werden.

Was aber bisher der Fall ist, ist, dass wir ausschliesslich in erster Linie eigentlich über die Ausbildung reden. Es ist sehr wichtig, dass wir die Ausbildung stärken, es ist sehr wichtig, dass wir die Weiterbildung stärken, es ist auch sehr wichtig, dass wir den Wiederberufseinstieg ermöglichen und uns da engagieren. Es ist aber eben auch sehr wichtig und eigentlich noch fast wichtiger, dass die Leute, die eine Ausbildung machen in der Pflege, danach auch im Beruf bleiben und damit das möglich ist, müssen die Arbeitsbedingungen im Pflegeberuf eben auch verbessert werden. Und im Anzug von Fleur Weibel fordert sie genau das. Sie hat verschiedene Massnahmen aufgezeigt, wie der Verbleib im Beruf gestärkt werden kann.

Was jetzt in der Anzugsbeantwortung ausführlich dargelegt wurde, ist, was der Kanton alles schon gemacht hat, wenn es um die Ausbildung geht, auch schon sehr vorbildlich gemacht hat, bevor eben die Vorlage vom Bund da war. Da hat es noch Anpassungen, Erweiterungen gebracht und das freut mich ausserordentlich, aber ich sehe eigentlich da auch sehr grosses Potenzial, dass in diesem zweiten Paket, wo es darum geht, die Ausbildung bzw. nicht die Ausbildung, sondern den Verbleib im Beruf zu stärken, dass da der Kanton eigentlich wieder eine Vorreiterrolle einnehmen kann, da proaktiv mit den verschiedenen Gesundheitsinstitutionen zusammen schauen kann, was es für Möglichkeiten gibt, und da auch wie in der ersten Etappe eine Vorreiterrolle einnehmen kann.

Und da sehe ich durchaus auch sehr grosses Potenzial, dass wenn das alles gewillt und angegangen wird, der Regierungsrat da in zwei Jahren auch sehr gut berichten kann, was auch in diesem Bereich passiert ist. In diesem Sinne sehe ich durchaus sehr viel Potenzial in den Forderungen, die von Fleur Weibel im Anzug oder in den Möglichkeiten, die im Anzug dargelegt werden, und ich möchte Sie in diesem Sinne bitten, diesen Anzug hier stehen zu lassen, damit der Regierungsrat sich weiter diesem wichtigen Thema annimmt, die Pflege stärkt, da griffige Massnahmen ergreift, damit die Leute auch im Beruf bleiben, und in diesem Sinne dann in zwei Jahren auch wieder berichten kann, was er da alles getan hat.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für das GAB spricht Fleur Weibel.

*Fleur Weibel (GAB):* Die Fraktion GAB beantragt, dass der Anzug zur Stärkung der Pflege in der kantonalen Gesundheitsversorgung stehen gelassen und nicht als erledigt abgeschrieben wird. Melanie Eberhard hat es schon gut ausgeführt, was mein Anzug, den wir vor zwei Jahren überwiesen haben, vom Regierungsrat verlangt, nämlich dass der Kanton nicht nur in Sachen Umsetzung der ersten Etappe der Pflegeinitiative proaktiv handelt, was er ja gemacht hat, sondern dass er eben auch in der Umsetzung der Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen proaktiv Massnahmen ergreift, also die Etappe 2 der Pflegeinitiative angeht, die enorm wichtig ist. Die Berufsverbände, die weisen seit Jahren daraufhin, das riesige Problem, das wir in der Pflege haben, ist, dass die Pflegepersonen aus dem Pflegeberuf aussteigen und da hilft letztlich alle Investitionen in die Ausbildungen nicht, wenn nicht gleichzeitig die Arbeitsbedingungen verbessert werden und der Verbleib in der Pflege dadurch gestärkt wird.

Zwar anerkennt der Regierungsrat in seinem Schreiben, und ja, das ist sehr sorgfältig verfasst, den Handlungsbedarf etwa bezüglich der Verbesserung der Schichtarbeit oder der gesamtheitlichen Regelung von Arbeitsbedingungen. Leider schiebt der Regierungsrat die Verantwortung aber dem Bund zu, dessen Umsetzung der zweiten Etappe der Pflegeinitiative jedoch nach zwei Jahren immer noch sehr unkonkret und dessen Umsetzung in weiter Ferne ist. Und wenn der Regierungsrat nicht auf den Bund verweist, dann schiebt er die Verantwortung den Arbeitgebern zu, ohne dabei seine Rolle als Eigner der Spitäler oder als Halter der Leistungsvereinbarungen wahrzunehmen. Ich muss also leider konstatieren, dass der Regierungsrat genau das nicht macht, was der Anzug fordert, nämlich proaktiv eigene Massnahmen zu ergreifen und die Verantwortung für die Verbesserung der Pflegearbeitsbedingungen wahrzunehmen.

Melanie Eberhard hat das auch schon gesagt, bei der Ausbildung, und das schreibt der Regierungsrat auch in seinem Anzug, hat er das sehr wohl getan, da hat er nicht darauf gewartet, bis der Bund mit Lösungen kam und das ist auch sehr erfreulich und genau das wünschen wir uns aber auch bei der Umsetzung der zweiten Etappe. Mir scheint manchmal ein bisschen, dass die Umsetzung der zweiten Etappe wahrscheinlich auch voraussetzungsreicher und schwieriger ist, deshalb wollte sie der Bund vielleicht erst auch nicht und es war eine Errungenschaft, dass die Pflegeinitiative so überwiesen wurde und die Bevölkerung der so zugestimmt hat, wie das die Berufsverbände gefordert haben und nicht, wie der Bund den Gegenvorschlag präsentiert hat, der sich auf die Ausbildung konzentriert hätte.

Ich möchte gerne, dass die Verantwortlichen auf Ebene Bund und auf Ebene Kanton diesen Auftrag nun wirklich ernst nehmen und die Arbeitsbedingungen verbessern, weil wir haben einen grossen Handlungsbedarf im Pflegeberuf. Wir haben vor zwei Jahren darüber geredet, wir haben im Rahmen des Corona-Bonus darüber geredet, wir reden immer wieder darüber und so wahnsinnig viel Zeit haben wir nicht. Und wenn wir dann gleichzeitig über die Polizei sprechen und dass da die Arbeitsbedingungen verbessert werden, dann sind plötzlich alle dafür und wir sind auch dafür, aber ich erwarte eigentlich, dass wir die Pflegesituation genauso ernst nehmen. Auch wenn sie anders in die Kantonsstrukturen eingebunden sind, das ist mir schon auch klar, aber ich hätte mir mindestens gewünscht, dass der Regierungsrat ausführt, wie er Runde Tische geschafft hat, wo die Leistungserbringer daran beteiligt sind, wie er sich auf Ebene GDK einbringt, wie diese Dinge vorangehen. Und dass nach zwei Jahren jetzt lediglich eine Verantwortungsdelegation stattfindet, das ärgert mich ehrlich gesagt ein bisschen.

Ich bitte Sie deshalb, den Anzug stehen zu lassen, damit der Regierungsrat in ein bis zwei Jahren nochmal berichten kann, welche Massnahmen nun auch vom Kanton zusammen mit den Sozialpartnern und dem Bund ergriffen werden, um diese wirklich entscheidende Etappe 2 der Pflegeinitiative umzusetzen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir haben keine weiteren Wortmeldungen. Damit geht das Wort an Regierungsrat Lukas Engelberger.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Ich nehme entgegen, dass der Wunsch nach zusätzlichen Massnahmen im Raum steht. Mir scheint allerdings, dass unsere Ausführungen in der Beantwortung des Anzugs jetzt sehr einseitig wiedergegeben wurden. Es ist nicht so, dass wir nur zur ersten Etappe Ausbildungsoffensive uns positioniert hätten. Wir haben Ihnen ausführlich dargelegt, was wir unternommen haben zur Stärkung der Nurse – Patient Ratio, Sie finden Zahlen dazu, da haben wir die Dotationsschlüssel, die hinterlegt sind im Rahmenvertrag, mit CURAVIVA überarbeitet und entsprechend diesen Hebel genutzt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Wir haben Ihnen auch dargelegt, dass es eine Verhandlungspflicht gibt für die Spitäler unseres Kantons, also dem ÖSpG unterstellten Spitäler für einen GAV. Das ist das, was der Kanton aktuell machen kann.

Und ja, wir müssen auch im kantonalen Parlament um Verständnis für die Kompetenzordnung im schweizerischen Bundesstaat bitten. Arbeitsrecht ist Bundessache und der Bund hat das nicht links liegenlassen, sondern er hat eine Vernehmlassung lanciert zu genau dieser Frage, wie in der Etappe 2 die arbeitsrechtlichen Vorgaben verändert werden können, um die Pflegesituation zu verbessern und das muss ich Sie bitten zu respektieren. Hier werden wir nicht kantonal legiferieren, das wäre ausserhalb unseres Kompetenzrahmens.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt Abschreiben. Melanie Eberhard beantragt Stehenlassen. Wir stimmen darüber ab.

**Abstimmung**

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

**Ergebnis der Abstimmung**

**37 Ja, 51 Nein, 1 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004709, 23.10.24 22:27:46]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 51 Nein-Stimmen gegen 37 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

## 70. Anzug Jean-Luc Perret und Raoul I. Furlano zur Reduktion der Arbeitszeit in der Pflege, Schreiben des RR

[23.10.24 22:27:53, 22.5245.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Lukas Engelberger hat das Wort.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Ich kann anknüpfen an mein letztes Votum, die beiden Anzüge stehen ja in einem inhaltlichen Zusammenhang. Der vorliegende Anzug ist allerdings sehr viel gezielter auf die Arbeitszeit in der Pflege ausgerichtet und hier muss ich Ihnen sagen, kommen die Vorbehalte des Regierungsrats noch deutlicher zum Tragen. Wir sind nicht in einer Arbeitgeberrolle und wir sehen uns auch nicht in der Rolle des Arbeitsrechtsgesetzgebers. Die kommt qua Bundesverfassung den Bundesbehörden zu und das bitte ich einfach zu respektieren. Wir haben Ihnen dargelegt, wie unsere Spitäler, also die Spitäler des Kantons Basel-Stadt, sich in dieser Thematik positionieren, welche Fortschritte sie erzielt haben, welche Vereinbarungen sie abgeschlossen haben, aber jetzt zusätzliche verpflichtende Arbeitszeitreduktionsvorgaben seitens des Kantons möchte der Regierungsrat nicht erlassen.

Selbstverständlich bleiben wir in einem aktiven Dialog mit den Bundesstellen und auch mit den Leistungserbringer- und Arbeitgeberinstitutionen in unserem Gesundheitswesen. Wir sind alle an einer Verbesserung der Situation für die Pflegenden und auch für die übrigen Angehörigen der Gesundheitsberufe engagiert und entschlossen, hier Schritte herbeizuführen. Diesen konkreten Vorschlag jetzt Arbeitszeitverkürzungsvorgaben seitens Kanton zu erlassen, möchten wir allerdings nicht weiterverfolgen und deshalb möchte ich Sie bitten, diesen Anzug auch abzuschreiben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SP hat sich Jean-Luc Perret gemeldet.

*Jean-Luc Perret (SP):* Ich werde jetzt halt doch noch ein bisschen ins selbe Horn blasen wie vorhin Fleur Weibel und Melanie Eberhard und ebenfalls Stehenlassen beantragen.

Wir haben ja schon vorhin darüber gesprochen über diesen Berufsstand, der ja zu einem kleinen Teil auch mein eigener ist. Und dieser Anzug, den ich zusammen mit Raoul Furlano einreichen durfte, bewegt sich aber nicht wie der vorherige auf einer übergeordneten Flughöhe, sondern spricht ein einzelnes spezifisches Problemfeld an, und zwar dass die Spitäler und auch die Langzeitinstitutionen kaum mehr Personal finden, das bereit ist, in einem 24-Stunden-Schichtbetrieb zu arbeiten. Und das passt jetzt eigentlich noch gut, dass ich das um 10:30 Uhr in der Nacht erzählen darf, wenn wir alle das Ende der Sitzung herbeisehnen und dann sind wir vielleicht gut in der Stimmung, um den Leuten nachzufühlen, die Tag und Nacht arbeiten müssen.

Die Gründe, dass es eben nicht so attraktiv ist, die sind nachvollziehbar. Die Arbeit ist aus Sicht der Freizeitgestaltung und der Vereinbarkeit eher schwierig und der allgemeine Fachkräftemangel macht es zudem einfach, eine andere Stelle zu finden, in der man keine Nacht- und Wochenendschichten mehr leisten muss. Um also sicherzustellen, dass auch in Zukunft noch Tag und Nacht jemand unsere kranken und pflegebedürftigen Mitmenschen betreut, braucht es aus unserer Sicht

dringend Verbesserungen und das müsste jetzt nicht unbedingt eine wortwörtliche Umsetzung im Sinne der 38-Stundenwoche sein.

Ich hätte mir, wie schon vorhin meine Vorrednerinnen, gewünscht, dass der Regierungsrat in seiner Antwort eine grundsätzliche Bereitschaft signalisiert, etwas zu verbessern, und zwar auch auf kantonaler Ebene. Aber da habe ich in dieser Deutlichkeit nichts gelesen, dafür ein ausführliches, und das sage ich auch gerne mit der nötigen Sorgfalt, zusammengestelltes Argumentarium, weshalb konkret eine Arbeitszeitverkürzung nicht gehe.

Die Gründe aber, die sind ausschliesslich finanzieller Natur. Die Spitäler, die nehmen an einem Wettbewerb teil, man wolle den freien Markt nicht beeinflussen, die Institutionen nicht gegeneinander ausspielen und die Wirtschaftlichkeit der Spitäler nicht gefährden. Ja, diese Punkte, die würden einleuchten, wenn wir hier von Betrieben reden würden, die im freien Markt Produkte, zum Beispiel Schuhe oder so etwas, herstellen. Wir reden aber von ohnehin zu einem sehr grossen Teil mit Steuergeldern finanzierten Institutionen, die kranke oder gebrechliche Menschen betreuen und dies betrifft uns alle halt ganz anders, als wenn es um eine reine Konsumentscheidung geht.

Später werden dann noch ein paar Lösungsansätze angesprochen, daraus schliesse ich immerhin auf ein Problembewusstsein, aber eine solche Lösung, die soll eben von oben, also vom Bund kommen und diese zweite Etappe der Pflegeinitiative, ich rede viel mit Leuten aus der Branche, die ist noch wirklich mehr als diffus bis unsichtbar. Also das wird noch lange dauern und der Ausgang wird fraglich sein. Oder dann soll die Lösung von unten, also von den Spitälern selbst gebracht werden, denen es mit den vorhandenen Mitteln natürlich freistehe, Massnahmen umzusetzen. Aber gerade bei diesem Punkt, finde ich, dreht sich die Argumentation im Kreis, denn genau der wirtschaftliche Druck und die Renditevorgaben binden den Spitälern die Hände und darum können sie ihre Ideen, die sie durchaus haben, nicht umsetzen, weil sie keine Mittel haben.

Ich wünsche mir also vom Kanton, dass er die Lösungen aktiv unterstützt, die Institutionen vernetzt, anstatt sie dem Wettbewerb einfach so auszusetzen, und auch unkonventionelle Ideen, die können einmal aufgenommen werden, gerne auch ohne Bundesvorgaben. Wir alle würden es sicher schätzen, wenn wir oder unsere Nächsten von ausgeruhten, motivierten und gut qualifizierten Fachleuten betreut werden zu jeder Tages- und Nachtzeit.

In diesem Sinne beantrage ich Ihnen, den Anzug stehen zu lassen und hoffe auf eine zweite Antwort, die ein bisschen motivierender ist und auch vielleicht sogar ankündigt, ein bisschen Geld dafür in die Hand zu nehmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Lukas Engelberger nochmals die Gelegenheit etwas zu sagen. Er verzichtet.

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Jean-Luc Perret beantragt, ihn stehen zu lassen. Wir stimmen darüber ab.

**Abstimmung**

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Jean-Luc Perret

**Ergebnis der Abstimmung**

**42 Ja, 45 Nein, 1 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0004711, 23.10.24 22:35:27]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 45 Nein-Stimmen gegen 42 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

**Schluss der 34. Sitzung**

22:35 Uhr

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 3**
**24.0991**

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 09:06:48

Geschäft Ersatzwahl von drei Strafgerichtpräsidien (100%, 100% und 50%) sowie Wahl von zwei zusätzlichen Strafgerichtspräsidien (80% und 50%) für den Rest der Amtsperiode 2022–2027, Validierung

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Ja | Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Ja | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Nicht anwesend | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Ja | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Nicht anwesend |
| Vergeat Jo (GAB) | Nicht anwesend | Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja | Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja | Kabakci Mahir (SP) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja | Bessenich Salome (SP) | Ja |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Nicht anwesend | Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Ja | Ebi Alex (LDP) | Nicht anwesend |
| Dill Alexandra (SP) | Nicht anwesend | Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Ja | Amiet Lorenz (SVP) | Nicht anwesend |
| Trevisan Amina (SP) | Ja | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Ja | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja | Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja | Roth Franziska (SP) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Ja | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja | Schweizer Jenny (SVP) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Ja | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Ja | Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Faesch Lukas (LDP) | Ja | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Ja | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 88 | 26 | 16 | 14 | 8 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 88 | 26 | 16 | 14 | 8 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 11 | 3 | 2 | 1 | 3 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 89 | 26 | 16 | 14 | 8 | 10 | 7 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 4**
**21.1247**

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 09:10:15
Geschäft Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut""

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Ja | Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Ja | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Nicht anwesend | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Ja | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Nicht abgestimmt |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Nicht anwesend |
| Vergeat Jo (GAB) | Nicht anwesend | Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja | Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja | Kabakci Mahir (SP) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja | Bessenich Salome (SP) | Nicht abgestimmt |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Nicht anwesend | Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Ja | Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Ja | Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Ja | Amiet Lorenz (SVP) | Nicht anwesend |
| Trevisan Amina (SP) | Ja | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Ja | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja | Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja | Roth Franziska (SP) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Ja | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Ja | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja | Schweizer Jenny (SVP) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Nicht abgestimmt | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Ja | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Ja | Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Faesch Lukas (LDP) | Ja | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Nicht abgestimmt | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 87 | 25 | 16 | 15 | 7 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 87 | 25 | 16 | 15 | 7 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 5 | 2 | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 8 | 2 | 1 | 0 | 3 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 92 | 27 | 17 | 15 | 8 | 10 | 7 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 5**
**24.0556**

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 09:11:45
Geschäft Kantonale Volksinitiative für ein "Neues Stadttaubenkonzept Kanton Basel-Stadt""

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Nicht anwesend |
| Brigger René (SP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja |
| Vergeat Jo (GAB) | Nicht anwesend |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nicht anwesend |
| Fischer Patrick (SVP) | Nicht anwesend |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend |
| Jenny David (FDP) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Ja |
| Trevisan Amina (SP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja |
| Wittlin Stefan (SP) | Nicht abgestimmt |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Ja |
| Faesch Lukas (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Nicht abgestimmt |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja |

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Keller Christine (SP) | Nicht abgestimmt |
| Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| Gölgeli Edibe (SP) | Nicht anwesend |
| Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Kabakci Mahir (SP) | Ja |
| Bessenich Salome (SP) | Nicht abgestimmt |
| Baumgartner Beda (SP) | Nicht abgestimmt |
| Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Auderset André (LDP) | Ja |
| Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Amiet Lorenz (SVP) | Nicht anwesend |
| Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Roth Franziska (SP) | Ja |
| Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Schweizer Jenny (SVP) | Ja |
| Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Battaglia Olivier (LDP) | Ja |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 86 | 23 | 17 | 15 | 7 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 86 | 23 | 17 | 15 | 7 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 6 | 4 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 8 | 2 | 1 | 0 | 3 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 92 | 27 | 17 | 15 | 8 | 10 | 7 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 6**
**24.0619**

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 09:26:19

Geschäft Schweizerische Rheinhäfen: Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2023
Partnerschaftliches Geschäft

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Ja | Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Ja | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Ja | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Ja | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Nicht anwesend |
| Vergeat Jo (GAB) | Nicht anwesend | Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja | Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja | Kabakci Mahir (SP) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja | Bessenich Salome (SP) | Nicht abgestimmt |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Nicht anwesend | Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Nicht anwesend | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Ja | Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Ja | Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Ja | Amiet Lorenz (SVP) | Nicht anwesend |
| Trevisan Amina (SP) | Ja | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja | Sieber Johannes (GLP) | Nicht abgestimmt |
| Bay Hanna (SP) | Ja | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Nicht abgestimmt | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja | Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja | Roth Franziska (SP) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Ja | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Nicht abgestimmt | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja | Schweizer Jenny (SVP) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Ja | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Ja | Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Faesch Lukas (LDP) | Ja | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Ja | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 87 | 26 | 16 | 15 | 8 | 9 | 6 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 87 | 26 | 16 | 15 | 8 | 9 | 6 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 5 | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 8 | 1 | 1 | 0 | 3 | 1 | 1 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 92 | 28 | 17 | 15 | 8 | 9 | 7 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 7**
**24.0763**

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 09:46:51
Geschäft Universität Basel: Leistungsbericht 2023

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Ja | Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Ja | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Ja | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Ja | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Nicht anwesend |
| Vergeat Jo (GAB) | Nicht anwesend | Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja | Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja | Kabakci Mahir (SP) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja | Bessenich Salome (SP) | Ja |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Nicht anwesend | Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Ja | Ebi Alex (LDP) | Nicht abgestimmt |
| Dill Alexandra (SP) | Ja | Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Ja | Amiet Lorenz (SVP) | Nicht anwesend |
| Trevisan Amina (SP) | Ja | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Ja | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja | Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja | Roth Franziska (SP) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Ja | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Ja | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja | Schweizer Jenny (SVP) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Ja | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Ja | Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Faesch Lukas (LDP) | Ja | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Ja | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 91 | 28 | 17 | 14 | 8 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 91 | 28 | 17 | 14 | 8 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 2 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 7 | 1 | 1 | 0 | 3 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 93 | 28 | 17 | 15 | 8 | 10 | 7 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 8**
**24.0776**

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 10:05:34

Geschäft Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2025–2028 Vierkantonales Geschäft

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Nicht abgestimmt |
| Brigger René (SP) | Nicht abgestimmt |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Nicht abgestimmt |
| Vergeat Jo (GAB) | Nicht anwesend |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nicht anwesend |
| Fischer Patrick (SVP) | Nicht anwesend |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend |
| Jenny David (FDP) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Ja |
| Trevisan Amina (SP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Ja |
| Faesch Lukas (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Ja |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ent |

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Keller Christine (SP) | Ja |
| Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| Gölgeli Edibe (SP) | Nicht anwesend |
| Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Kabakci Mahir (SP) | Ja |
| Bessenich Salome (SP) | Ja |
| Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Auderset André (LDP) | Nicht abgestimmt |
| Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Suter Stefan (SVP) | Nicht abgestimmt |
| Amiet Lorenz (SVP) | Nicht anwesend |
| Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Roth Franziska (SP) | Ja |
| Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Schweizer Jenny (SVP) | Ja |
| Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Battaglia Olivier (LDP) | Ja |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 86 | 26 | 17 | 13 | 6 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 1 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 87 | 26 | 17 | 13 | 7 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 6 | 2 | 0 | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 7 | 1 | 1 | 0 | 3 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 93 | 28 | 17 | 15 | 8 | 10 | 7 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 9**
**24.0894**

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 10:20:42

Geschäft Volkshochschule und Senioren Universität beider Basel (VHSBB): Erneuerung der Leistungsvereinbarung für die Jahre 2025–2028 - Partnerschaftliches Geschäft

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Ja | Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Ja | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Ja | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Ja | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Nicht anwesend |
| Vergeat Jo (GAB) | Nicht anwesend | Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja | Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja | Kabakci Mahir (SP) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja | Bessenich Salome (SP) | Ja |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Nicht anwesend | Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Ja | Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Ja | Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Ja | Amiet Lorenz (SVP) | Nicht anwesend |
| Trevisan Amina (SP) | Ja | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Nicht abgestimmt | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja | Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja | Roth Franziska (SP) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Ja | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Ja | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja | Schweizer Jenny (SVP) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Ja | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Ja | Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Faesch Lukas (LDP) | Ja | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Ja | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 91 | 27 | 17 | 15 | 8 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 91 | 27 | 17 | 15 | 8 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 7 | 1 | 1 | 0 | 3 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 93 | 28 | 17 | 15 | 8 | 10 | 7 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 10**
**23.1356**

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 11:03:08

Geschäft Neuorganisation des Amts für Justizvollzug, Anpassungen beim Personal und Ausbau der Betreuung in Basler Justizvollzugseinrichtungen

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Ja | Stalder Roger (SVP) | Nein |
| Esposito Zaira (SP) | Ja | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Ja | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Nicht anwesend | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Ja |
| Vergeat Jo (GAB) | Nicht anwesend | Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja | Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja | Kabakci Mahir (SP) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja | Bessenich Salome (SP) | Ja |
| Messerli Pascal (SVP) | Ent | Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Nicht anwesend | Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Nicht abgestimmt |
| Amacher Nicole (SP) | Ja | Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Ja | Suter Stefan (SVP) | Ent |
| Bolz Leoni (SP) | Ja | Amiet Lorenz (SVP) | Nicht anwesend |
| Trevisan Amina (SP) | Ja | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Ja | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Nicht abgestimmt | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja | Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja | Roth Franziska (SP) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Ja | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Ja | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja | Schweizer Jenny (SVP) | Ent |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Ja | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Nicht abgestimmt | Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Faesch Lukas (LDP) | Ja | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Nein | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ent | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 83 | 27 | 17 | 13 | 2 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 2 | 0 | 0 | 0 | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 4 | 0 | 0 | 0 | 4 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 89 | 27 | 17 | 13 | 8 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 4 | 1 | 0 | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 7 | 1 | 1 | 0 | 3 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 93 | 28 | 17 | 15 | 8 | 10 | 7 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 11**
**24.0428**

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 11:14:04
Geschäft Blaulichtkorridore für die Rettung Basel-Stadt

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Ja | Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Ja | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Ja | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Ja | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Ja |
| Vergeat Jo (GAB) | Nicht anwesend | Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja | Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja | Kabakci Mahir (SP) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja | Bessenich Salome (SP) | Nicht abgestimmt |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Nicht anwesend | Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Ja | Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Ja | Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Ja | Amiet Lorenz (SVP) | Nicht anwesend |
| Trevisan Amina (SP) | Ja | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Ja | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja | Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja | Roth Franziska (SP) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Ja | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Ja | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja | Schweizer Jenny (SVP) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Ja | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Nicht abgestimmt |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Nicht abgestimmt | Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Faesch Lukas (LDP) | Ja | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Ja | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 90 | 28 | 17 | 14 | 8 | 9 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 90 | 28 | 17 | 14 | 8 | 9 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 4 | 1 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 6 | 0 | 1 | 0 | 3 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 94 | 29 | 17 | 15 | 8 | 10 | 7 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 12**
**24.0791**

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 11:22:19

Geschäft Ermächtigung des Regierungsrates zur Aufnahme von langfristigen Schulden auf dem Kapitalmarkt bis zum Betrag von 4'000'000'000 Franken

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Ja | Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Ja | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Nicht abgestimmt | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Ja | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Nicht abgestimmt |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Ja |
| Vergeat Jo (GAB) | Nicht anwesend | Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja | Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja | Kabakci Mahir (SP) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja | Bessenich Salome (SP) | Ja |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Nicht anwesend | Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Ja | Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Ja | Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Ja | Amiet Lorenz (SVP) | Nicht anwesend |
| Trevisan Amina (SP) | Ja | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Ja | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja | Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja | Roth Franziska (SP) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Ja | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Ja | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja | Schweizer Jenny (SVP) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Ja | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Nicht abgestimmt | Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Faesch Lukas (LDP) | Ja | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Ja | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 90 | 27 | 17 | 14 | 8 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 90 | 27 | 17 | 14 | 8 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 4 | 2 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 6 | 0 | 1 | 0 | 3 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 94 | 29 | 17 | 15 | 8 | 10 | 7 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 13**
**24.5431**

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 11:27:08
Geschäft Konsolidierte Rechnung des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2023

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Ja | Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Ja | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Nicht abgestimmt | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Ja | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Ja |
| Vergeat Jo (GAB) | Nicht anwesend | Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja | Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja | Kabakci Mahir (SP) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja | Bessenich Salome (SP) | Ja |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Nicht anwesend | Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Ja | Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Ja | Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Ja | Amiet Lorenz (SVP) | Nicht anwesend |
| Trevisan Amina (SP) | Ja | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Nicht abgestimmt | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja | Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja | Roth Franziska (SP) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Ja | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Ja | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja | Schweizer Jenny (SVP) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Ja | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Nicht abgestimmt | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Nicht anwesend | Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Faesch Lukas (LDP) | Ja | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Ja | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 89 | 27 | 17 | 13 | 8 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 89 | 27 | 17 | 13 | 8 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 4 | 2 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 7 | 0 | 1 | 1 | 3 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 93 | 29 | 17 | 14 | 8 | 10 | 7 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 14**
**24.0874**

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 11:32:41
Geschäft Digitale Unterstützung der Instandhaltung beim Tiefbauamt (ERP-I)

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Nicht abgestimmt | Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Ja | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Ja | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Ja | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Nicht abgestimmt | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Ja |
| Vergeat Jo (GAB) | Nicht anwesend | Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja | Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja | Kabakci Mahir (SP) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja | Bessenich Salome (SP) | Nicht abgestimmt |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP) | Nicht abgestimmt |
| Fischer Patrick (SVP) | Nicht anwesend | Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Nicht abgestimmt |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Ja | Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Ja | Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Ja | Amiet Lorenz (SVP) | Nicht anwesend |
| Trevisan Amina (SP) | Ja | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Ja | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja | Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja | Roth Franziska (SP) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Ja | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Ja | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja | Schweizer Jenny (SVP) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Ja | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Nicht anwesend | Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Faesch Lukas (LDP) | Ja | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Ja | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 87 | 25 | 17 | 13 | 8 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 87 | 25 | 17 | 13 | 8 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 6 | 4 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 7 | 0 | 1 | 1 | 3 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 93 | 29 | 17 | 14 | 8 | 10 | 7 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 15**
**21.584**

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 15:21:00

Geschäft Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend integrale Signalisation von Tempo 30 in Basel-Stadt mit gleichzeitiger Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs gemäss Kantonsverfassung §30

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Nein |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Nein |
| Alioth Catherine (LDP) | Nein |
| Hug Michael (LDP) | Nein |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Nein |
| Vergeat Jo (GAB) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Nicht abgestimmt |
| Messerli Pascal (SVP) | Nein |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nicht anwesend |
| Fischer Patrick (SVP) | Nein |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend |
| Jenny David (FDP) | Nein |
| Bucher Erich (FDP) | Nein |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ent |
| Amacher Nicole (SP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Ja |
| Trevisan Amina (SP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Nein |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Nein |
| Karger Philip (LDP) | Nicht anwesend |
| Faesch Lukas (LDP) | Nein |
| Thüring Joël (SVP) | Nein |
| Schaller Beat K. (SVP) | Nein |

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Nein |
| Stalder Roger (SVP) | Nein |
| Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ent |
| Urgese Luca (FDP) | Nein |
| Moesch Christian C. (FDP) | Nein |
| Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ent |
| Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Nein |
| Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Keller Christine (SP) | Ja |
| Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| Gölgeli Edibe (SP) | Ja |
| Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Kabakci Mahir (SP) | Ja |
| Bessenich Salome (SP) | Ja |
| Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Iselin Adrian (LDP) | Nein |
| Auderset André (LDP) | Nein |
| Ebi Alex (LDP) | Nein |
| Suter Stefan (SVP) | Nein |
| Amiet Lorenz (SVP) | Nicht anwesend |
| Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Nein |
| Seiler Daniel (FDP) | Nein |
| Herter Balz (Mitte-EVP) | Nein |
| Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Nein |
| Weber Eric (Fraktionslos) | Ent |
| Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Roth Franziska (SP) | Ja |
| Hettich Daniel (LDP) | Nein |
| Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Nein |
| Wehrli Felix (SVP) | Nein |
| Schweizer Jenny (SVP) | Nein |
| Schweizer Silvia (FDP) | Nein |
| Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Nein |
| Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Nein |
| Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Battaglia Olivier (LDP) | Nein |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 55 | 29 | 17 | 0 | 0 | 3 | 6 | 0 | 0 | 0 |
| Nein | 35 | 0 | 0 | 14 | 9 | 5 | 0 | 7 | 0 | 0 |
| Ent | 4 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2 | 1 | 0 | 1 | 0 |
| Abgestimmt | 94 | 29 | 17 | 14 | 9 | 10 | 7 | 7 | 1 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 2 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 4 | 0 | 0 | 1 | 2 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 |
| Stimmberechtigt | 96 | 29 | 18 | 14 | 9 | 10 | 7 | 7 | 1 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 15.1**
**24.0774**

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 15:22:03

Geschäft Ausgabenbewilligung für die Erarbeitung eines Umsetzungskonzepts zur Einführung von integral Tempo 30 im Siedlungsgebiet sowie einen Massnahmenplan zur Priorisierung und Beschleunigung des ÖV

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Nein |
| Heer Barbara (SP) | Ja | Stalder Roger (SVP) | Nein |
| Esposito Zaira (SP) | Ja | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Ja | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Ja | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ent |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja | Urgese Luca (FDP) | Nein |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja | Moesch Christian C. (FDP) | Nein |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nein |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Nein | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Nein |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Nein | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Nein | Keller Christine (SP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Nein | Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Nein | Gölgeli Edibe (SP) | Ja |
| Vergeat Jo (GAB) | Ja | Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja | Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja | Kabakci Mahir (SP) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja | Bessenich Salome (SP) | Ja |
| Messerli Pascal (SVP) | Nein | Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Nein | Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Jenny David (FDP) | Nein | Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Nein | Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Nein |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ent | Auderset André (LDP) | Nein |
| Amacher Nicole (SP) | Ja | Ebi Alex (LDP) | Nein |
| Dill Alexandra (SP) | Ja | Suter Stefan (SVP) | Nein |
| Bolz Leoni (SP) | Ja | Amiet Lorenz (SVP) | Nicht anwesend |
| Trevisan Amina (SP) | Ja | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Nein |
| Pfister Pascal (SP) | Ja | Seiler Daniel (FDP) | Nein |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Nein |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Nein |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja | Weber Eric (Fraktionslos) | Ent |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja | Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja | Roth Franziska (SP) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja | Hettich Daniel (LDP) | Nein |
| Ineichen Anina (GAB) | Ja | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Nein |
| Girard Fina (GAB) | Ja | Wehrli Felix (SVP) | Nein |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja | Schweizer Jenny (SVP) | Nein |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja | Schweizer Silvia (FDP) | Nein |
| Wirz Lea (GAB) | Ja | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Nein |
| Nigon Gabriel (LDP) | Nein | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Nein |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Nein | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Nicht anwesend | Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Faesch Lukas (LDP) | Nein | Battaglia Olivier (LDP) | Nein |
| Thüring Joël (SVP) | Nein | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Nein | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 56 | 29 | 18 | 0 | 0 | 3 | 6 | 0 | 0 | 0 |
| Nein | 36 | 0 | 0 | 14 | 9 | 6 | 0 | 7 | 0 | 0 |
| Ent | 3 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 0 | 1 | 0 |
| Abgestimmt | 95 | 29 | 18 | 14 | 9 | 10 | 7 | 7 | 1 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 4 | 0 | 0 | 1 | 2 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 |
| Stimmberechtigt | 96 | 29 | 18 | 14 | 9 | 10 | 7 | 7 | 1 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 16**
**24.0812**

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 17:10:36

Geschäft Teilrevision des Gesundheitsgesetzes (GesG) betreffend das elektronische Patientendossier (EPD) sowie betreffend die finanzielle Unterstützung der EPD-Eröffnungen und weiterer Unterstützungsmassnahmen für die Jahre 2025 bis 2027

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Ja | Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Ja | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Ja | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Ja | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Ja |
| Vergeat Jo (GAB) | Ja | Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja | Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja | Kabakci Mahir (SP) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja | Bessenich Salome (SP) | Ja |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Nicht abgestimmt |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Ja | Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Ja | Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Ja | Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Nicht abgestimmt | Amiet Lorenz (SVP) | Nicht anwesend |
| Trevisan Amina (SP) | Ja | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Ja | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja | Mazzotti Sasha (SP) | Nicht abgestimmt |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja | Roth Franziska (SP) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Ja | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Ja | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja | Schweizer Jenny (SVP) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Ja | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Nicht anwesend | Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Faesch Lukas (LDP) | Ja | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Ja | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 91 | 26 | 18 | 14 | 9 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 91 | 26 | 18 | 14 | 9 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 4 | 3 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 5 | 0 | 0 | 1 | 2 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 95 | 29 | 18 | 14 | 9 | 10 | 7 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 16**
**24.0812**

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 17:11:26

Geschäft Teilrevision des Gesundheitsgesetzes (GesG) betreffend das elektronische Patientendossier (EPD) sowie betreffend die finanzielle Unterstützung der EPD-Eröffnungen und weiterer Unterstützungsmassnahmen für die Jahre 2025 bis 2027

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Ja | Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Ja | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Ja | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Ja | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Nicht abgestimmt | Keller Christine (SP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Ja |
| Vergeat Jo (GAB) | Ja | Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja | Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja | Kabakci Mahir (SP) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja | Bessenich Salome (SP) | Nicht abgestimmt |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Ja | Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Ja | Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Ja | Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Ja | Amiet Lorenz (SVP) | Nicht anwesend |
| Trevisan Amina (SP) | Ja | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Ja | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja | Mazzotti Sasha (SP) | Nicht abgestimmt |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Nicht abgestimmt | Roth Franziska (SP) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Ja | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Ja | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja | Schweizer Jenny (SVP) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Ja | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Nicht anwesend | Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Faesch Lukas (LDP) | Ja | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Ja | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 90 | 27 | 17 | 13 | 9 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 90 | 27 | 17 | 13 | 9 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 5 | 2 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 5 | 0 | 0 | 1 | 2 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 95 | 29 | 18 | 14 | 9 | 10 | 7 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 18**
**24.5222**

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 17:40:16
Geschäft Petition P476 "Nein zum Rheintunnel""

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Nein | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Nein | Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Nein | Bollack Lukas (GLP) | Nein |
| Cuénod Tim (SP) | Nein | Kühne Brigitte (GLP) | Nein |
| Brigger René (SP) | Nein | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ent |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Nein | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Nein | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Nein | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Nicht abgestimmt |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Nein |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Nein |
| Vergeat Jo (GAB) | Nein | Balmer Ivo (SP) | Nein |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Nicht abgestimmt | Brandenburger Jessica (SP) | Nein |
| Thommen Oliver (GAB) | Nein | Kabakci Mahir (SP) | Nein |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Nein | Bessenich Salome (SP) | Nein |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Nein |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP) | Nein |
| Fischer Patrick (SVP) | Nicht anwesend | Zürcher Tonja (GAB) | Nein |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Nein | Feurer Anouk (GAB) | Nein |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Nein |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Nein |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Nein |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Nein |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Nein | Auderset André (LDP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Nein | Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Nein | Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Nein | Amiet Lorenz (SVP) | Nicht anwesend |
| Trevisan Amina (SP) | Nein | Pekerman Bülent (GLP) | Nein |
| Sägesser Daniel (SP) | Nein | Sieber Johannes (GLP) | Nein |
| Bay Hanna (SP) | Nein | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Nein | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Nein | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Nein | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP) | Nein | Mazzotti Sasha (SP) | Nein |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Nein | Roth Franziska (SP) | Nein |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Nein | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Nein | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Nein | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Nein | Schweizer Jenny (SVP) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Nein | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Nein | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Nein |
| Karger Philip (LDP) | Nicht anwesend | Bartha Béla (GAB) | Nein |
| Faesch Lukas (LDP) | Ja | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Ja | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 38 | 0 | 0 | 14 | 8 | 9 | 0 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 52 | 28 | 17 | 0 | 0 | 1 | 6 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 91 | 28 | 17 | 14 | 8 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 3 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 6 | 0 | 0 | 1 | 3 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 94 | 29 | 18 | 14 | 8 | 10 | 7 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 21**
**21.5707**

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 18:00:00

Geschäft Anzug Alexandra Dill und Konsorten betreffend Schutz der persönlichen Integrität im Grossen Rat, Schreiben des Ratsbüros

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Ja | Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Ja | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Nicht abgestimmt | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Ja | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Nicht abgestimmt |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Nicht anwesend | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Nicht abgestimmt |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Ja |
| Vergeat Jo (GAB) | Ja | Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja | Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja | Kabakci Mahir (SP) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja | Bessenich Salome (SP) | Ja |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nicht anwesend | Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Nicht anwesend | Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Ja | Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Ja | Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Ja | Amiet Lorenz (SVP) | Nicht anwesend |
| Trevisan Amina (SP) | Ja | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Ja | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja | Weber Eric (Fraktionslos) | Nein |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja | Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja | Roth Franziska (SP) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Ja | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Ja | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja | Schweizer Jenny (SVP) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Ja | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Nicht anwesend | Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Faesch Lukas (LDP) | Ja | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Ja | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 89 | 27 | 18 | 13 | 8 | 10 | 6 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 |
| Ent | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 90 | 27 | 18 | 13 | 8 | 10 | 6 | 7 | 1 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 4 | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 6 | 0 | 0 | 2 | 3 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 |
| Stimmberechtigt | 94 | 29 | 18 | 13 | 8 | 10 | 7 | 7 | 1 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 22**
**24.5021**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 09:19:24

Geschäft Motion Michael Hug und Konsorten betreffend mehr Transparenz bei projektbezogenen Beschäftigungsverhältnissen im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Nein |
| Heer Barbara (SP) | Ja | Stalder Roger (SVP) | Nein |
| Esposito Zaira (SP) | Ja | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Ja | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Ja | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja | Urgese Luca (FDP) | Nein |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja | Moesch Christian C. (FDP) | Nein |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nein |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Nein | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Nein |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Nein | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Nein |
| Alioth Catherine (LDP) | Nein | Keller Christine (SP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Nein | Mattmüller Georg (SP) | Nein |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Nein | Gölgeli Edibe (SP) | Ja |
| Vergeat Jo (GAB) | Ja | Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja | Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja | Kabakci Mahir (SP) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja | Bessenich Salome (SP) | Ja |
| Messerli Pascal (SVP) | Nein | Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nein | Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Nein | Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Ja | Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Nicht abgestimmt | Iselin Adrian (LDP) | Nein |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Nein |
| Amacher Nicole (SP) | Ja | Ebi Alex (LDP) | Nein |
| Dill Alexandra (SP) | Ja | Suter Stefan (SVP) | Nein |
| Bolz Leoni (SP) | Ja | Amiet Lorenz (SVP) | Nein |
| Trevisan Amina (SP) | Ja | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Ja | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Nein |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Nein |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja | Weber Eric (Fraktionslos) | Ent |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja | Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja | Roth Franziska (SP) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja | Hettich Daniel (LDP) | Nein |
| Ineichen Anina (GAB) | Nicht anwesend | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Nein |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja | Schweizer Jenny (SVP) | Nein |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Ja | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Nein |
| Nigon Gabriel (LDP) | Nein | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Nein |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Nein | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Nein | Bartha Béla (GAB) | Nicht anwesend |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend | Battaglia Olivier (LDP) | Nein |
| Thüring Joël (SVP) | Nein | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Nein | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 59 | 28 | 15 | 0 | 1 | 2 | 8 | 5 | 0 | 0 |
| Nein | 34 | 1 | 0 | 14 | 10 | 7 | 0 | 2 | 0 | 0 |
| Ent | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 |
| Abgestimmt | 94 | 29 | 15 | 14 | 11 | 9 | 8 | 7 | 1 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 4 | 0 | 3 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Stimmberechtigt | 96 | 29 | 15 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 22**
**24.5021**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 09:20:04

Geschäft Motion Michael Hug und Konsorten betreffend mehr Transparenz bei projektbezogenen Beschäftigungsverhältnissen im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Nein | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Nein | Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Nein | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Nein | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Nein | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Nein | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Nein | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Nein | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Nein |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Nein |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Nein |
| Vergeat Jo (GAB) | Nein | Balmer Ivo (SP) | Nein |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Nein | Brandenburger Jessica (SP) | Nein |
| Thommen Oliver (GAB) | Nein | Kabakci Mahir (SP) | Nein |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Nein | Bessenich Salome (SP) | Nein |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Nein |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Ja | Seggiani Michela (SP) | Nein |
| Fischer Patrick (SVP) | Ja | Zürcher Tonja (GAB) | Nein |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Nein |
| Christ Tobias (GLP) | Ja | Mück Heidi (GAB) | Nein |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Nein |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Nein |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Nein |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Nicht abgestimmt | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Nein | Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Nein | Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Nein | Amiet Lorenz (SVP) | Ja |
| Trevisan Amina (SP) | Nein | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Nein | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Nein | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Nein | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Nein | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Nein | Weber Eric (Fraktionslos) | Ent |
| Wittlin Stefan (SP) | Nein | Mazzotti Sasha (SP) | Nein |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Nein | Roth Franziska (SP) | Nein |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Nein | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Nicht anwesend | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Nein | Schweizer Jenny (SVP) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Nein | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Nein | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Ja | Bartha Béla (GAB) | Nicht anwesend |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Ja | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Nicht abgestimmt | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 48 | 0 | 0 | 14 | 10 | 9 | 8 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 44 | 29 | 15 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 |
| Abgestimmt | 93 | 29 | 15 | 14 | 10 | 9 | 8 | 7 | 1 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 3 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 4 | 0 | 3 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Stimmberechtigt | 96 | 29 | 15 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 23**
**24.5018**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 09:51:29
Geschäft Motion Franz-Xaver Leohnhardt für einen Neuanfang beim Areal Horburg, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Nein |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Nein |
| Alioth Catherine (LDP) | Nein |
| Hug Michael (LDP) | Nein |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Nein |
| Vergeat Jo (GAB) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja |
| Messerli Pascal (SVP) | Nein |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nein |
| Fischer Patrick (SVP) | Nein |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Nein |
| Christ Tobias (GLP) | Nein |
| Jenny David (FDP) | Nein |
| Bucher Erich (FDP) | Nein |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ent |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Ja |
| Trevisan Amina (SP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Nicht anwesend |
| Girard Fina (GAB) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Nein |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Nein |
| Karger Philip (LDP) | Nein |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend |
| Thüring Joël (SVP) | Nein |
| Schaller Beat K. (SVP) | Nein |

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Nein |
| Stalder Roger (SVP) | Nein |
| Bollack Lukas (GLP) | Nein |
| Kühne Brigitte (GLP) | Nein |
| Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Nein |
| Urgese Luca (FDP) | Nein |
| Moesch Christian C. (FDP) | Nein |
| Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nein |
| Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Nein |
| Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Nein |
| Keller Christine (SP) | Ja |
| Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| Gölgeli Edibe (SP) | Ja |
| Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Kabakci Mahir (SP) | Ja |
| Bessenich Salome (SP) | Ja |
| Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Iselin Adrian (LDP) | Nein |
| Auderset André (LDP) | Nein |
| Ebi Alex (LDP) | Nein |
| Suter Stefan (SVP) | Nein |
| Amiet Lorenz (SVP) | Nein |
| Pekerman Bülent (GLP) | Nein |
| Sieber Johannes (GLP) | Nein |
| Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Nein |
| Seiler Daniel (FDP) | Nein |
| Herter Balz (Mitte-EVP) | Nein |
| Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Nein |
| Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Roth Franziska (SP) | Ja |
| Hettich Daniel (LDP) | Nein |
| Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Nein |
| Wehrli Felix (SVP) | Nein |
| Schweizer Jenny (SVP) | Nein |
| Schweizer Silvia (FDP) | Nein |
| Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Nein |
| Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ent |
| Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Nein |
| Bartha Béla (GAB) | Nicht anwesend |
| Battaglia Olivier (LDP) | Nein |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 47 | 29 | 16 | 0 | 0 | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Nein | 46 | 0 | 0 | 14 | 11 | 6 | 8 | 7 | 0 | 0 |
| Ent | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 95 | 29 | 16 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 4 | 0 | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 96 | 29 | 16 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 24**
**19.553**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 10:05:27

Geschäft Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Einführung von anonymisierten Bewerbungsverfahren in der Verwaltung Basel-Stadt, Schreiben des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Nein |
| Heer Barbara (SP) | Nein |
| Esposito Zaira (SP) | Nein |
| Cuénod Tim (SP) | Nein |
| Brigger René (SP) | Nein |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Nein |
| Eberhard Melanie (SP) | Nein |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Nein |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja |
| Vergeat Jo (GAB) | Nein |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Nein |
| Thommen Oliver (GAB) | Nein |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Nein |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Ja |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Nein |
| Christ Tobias (GLP) | Nein |
| Jenny David (FDP) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Nein |
| Dill Alexandra (SP) | Nein |
| Bolz Leoni (SP) | Nein |
| Trevisan Amina (SP) | Nein |
| Sägesser Daniel (SP) | Nein |
| Bay Hanna (SP) | Nein |
| Pfister Pascal (SP) | Nein |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident |
| Perret Jean-Luc (SP) | Nein |
| Erdogan Seyit (SP) | Nein |
| Wittlin Stefan (SP) | Nein |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Nein |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Nein |
| Ineichen Anina (GAB) | Nicht anwesend |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend |
| Bolliger Oliver (GAB) | Nein |
| Hoppler Laurin (GAB) | Nein |
| Wirz Lea (GAB) | Nein |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Ja |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend |
| Thüring Joël (SVP) | Nicht abgestimmt |
| Schaller Beat K. (SVP) | Nicht abgestimmt |

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Bollack Lukas (GLP) | Nein |
| Kühne Brigitte (GLP) | Nein |
| Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Nein |
| Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ent |
| Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Keller Christine (SP) | Nein |
| Mattmüller Georg (SP) | Nein |
| Gölgeli Edibe (SP) | Nein |
| Balmer Ivo (SP) | Nein |
| Brandenburger Jessica (SP) | Nein |
| Kabakci Mahir (SP) | Nein |
| Bessenich Salome (SP) | Nein |
| Baumgartner Beda (SP) | Nein |
| Seggiani Michela (SP) | Nein |
| Zürcher Tonja (GAB) | Nein |
| Feurer Anouk (GAB) | Nein |
| Mück Heidi (GAB) | Nein |
| Goepfert Nicola (GAB) | Nein |
| Weibel Fleur (GAB) | Nein |
| Friedl Harald (GAB) | Nein |
| Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Auderset André (LDP) | Ja |
| Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Amiet Lorenz (SVP) | Ja |
| Pekerman Bülent (GLP) | Nein |
| Sieber Johannes (GLP) | Nein |
| Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Mazzotti Sasha (SP) | Nein |
| Roth Franziska (SP) | Nein |
| Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Schweizer Jenny (SVP) | Ja |
| Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Nein |
| Bartha Béla (GAB) | Nicht anwesend |
| Battaglia Olivier (LDP) | Ja |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 39 | 0 | 0 | 14 | 9 | 9 | 0 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 52 | 29 | 15 | 0 | 0 | 0 | 8 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 92 | 29 | 15 | 14 | 9 | 10 | 8 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 3 | 0 | 0 | 0 | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 5 | 0 | 3 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 95 | 29 | 15 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 25**
**19.509**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 10:24:07

Geschäft Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend Angebot sicherstellen und Qualitätssicherung für Seelsorge in Gefängnissen, Spitälern und Asylunterkünften für Angehörige nicht anerkannter Religionen, Schreiben des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Nein | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Nein | Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Nein | Bollack Lukas (GLP) | Nein |
| Cuénod Tim (SP) | Nein | Kühne Brigitte (GLP) | Nein |
| Brigger René (SP) | Nein | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Nein |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Nein | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Nein | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Nein | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Nein |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Nein |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Nein |
| Vergeat Jo (GAB) | Nein | Balmer Ivo (SP) | Nein |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Nein | Brandenburger Jessica (SP) | Nein |
| Thommen Oliver (GAB) | Nein | Kabakci Mahir (SP) | Nein |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Nein | Bessenich Salome (SP) | Nein |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Nein |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Ja | Seggiani Michela (SP) | Nein |
| Fischer Patrick (SVP) | Ja | Zürcher Tonja (GAB) | Nein |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Nein | Feurer Anouk (GAB) | Nein |
| Christ Tobias (GLP) | Nein | Mück Heidi (GAB) | Nein |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Nein |
| Bucher Erich (FDP) | Nicht abgestimmt | Weibel Fleur (GAB) | Nein |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Nein |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Nein | Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Nein | Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Nein | Amiet Lorenz (SVP) | Ja |
| Trevisan Amina (SP) | Nein | Pekerman Bülent (GLP) | Nein |
| Sägesser Daniel (SP) | Nein | Sieber Johannes (GLP) | Nein |
| Bay Hanna (SP) | Nein | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Nein | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Nein | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Nein | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP) | Nein | Mazzotti Sasha (SP) | Nein |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Nein | Roth Franziska (SP) | Nein |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Nein | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Nicht anwesend | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Nein | Schweizer Jenny (SVP) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Nein | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Nein | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Nein |
| Karger Philip (LDP) | Ja | Bartha Béla (GAB) | Nicht anwesend |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Ja | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 41 | 0 | 0 | 14 | 11 | 10 | 0 | 6 | 0 | 0 |
| Nein | 52 | 29 | 15 | 0 | 0 | 0 | 8 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 93 | 29 | 15 | 14 | 11 | 10 | 8 | 6 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 5 | 0 | 3 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 95 | 29 | 15 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 26**
**22.5088**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 10:31:54

Geschäft Anzug Laurin Hoppler und Konsorten betreffend Entlastung bei amtlichen Gebühren für Registerauszüge und offizielle Dokumente, Schreiben des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Nein |
| Heer Barbara (SP) | Nein |
| Esposito Zaira (SP) | Nein |
| Cuénod Tim (SP) | Nicht abgestimmt |
| Brigger René (SP) | Nicht abgestimmt |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Nein |
| Eberhard Melanie (SP) | Nein |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Nein |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja |
| Vergeat Jo (GAB) | Nein |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Nein |
| Thommen Oliver (GAB) | Nein |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Nein |
| Messerli Pascal (SVP) | Nein |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nein |
| Fischer Patrick (SVP) | Nein |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Ja |
| Jenny David (FDP) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Nein |
| Dill Alexandra (SP) | Nein |
| Bolz Leoni (SP) | Nein |
| Trevisan Amina (SP) | Nein |
| Sägesser Daniel (SP) | Nein |
| Bay Hanna (SP) | Nein |
| Pfister Pascal (SP) | Nein |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident |
| Perret Jean-Luc (SP) | Nein |
| Erdogan Seyit (SP) | Nein |
| Wittlin Stefan (SP) | Nein |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Nein |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ent |
| Ineichen Anina (GAB) | Nicht anwesend |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend |
| Bolliger Oliver (GAB) | Nein |
| Hoppler Laurin (GAB) | Nein |
| Wirz Lea (GAB) | Nein |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Ja |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend |
| Thüring Joël (SVP) | Ja |
| Schaller Beat K. (SVP) | Nein |

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Nein |
| Stalder Roger (SVP) | Nein |
| Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Keller Christine (SP) | Nein |
| Mattmüller Georg (SP) | Nein |
| Gölgeli Edibe (SP) | Nein |
| Balmer Ivo (SP) | Nein |
| Brandenburger Jessica (SP) | Nein |
| Kabakci Mahir (SP) | Nein |
| Bessenich Salome (SP) | Nein |
| Baumgartner Beda (SP) | Nein |
| Seggiani Michela (SP) | Nein |
| Zürcher Tonja (GAB) | Nein |
| Feurer Anouk (GAB) | Nein |
| Mück Heidi (GAB) | Nein |
| Goepfert Nicola (GAB) | Nein |
| Weibel Fleur (GAB) | Nein |
| Friedl Harald (GAB) | Nein |
| Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Auderset André (LDP) | Ja |
| Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Suter Stefan (SVP) | Nein |
| Amiet Lorenz (SVP) | Ent |
| Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Nicht abgestimmt |
| Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Mazzotti Sasha (SP) | Nein |
| Roth Franziska (SP) | Nein |
| Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Schweizer Jenny (SVP) | Ja |
| Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Bartha Béla (GAB) | Nicht anwesend |
| Battaglia Olivier (LDP) | Ja |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 41 | 0 | 0 | 14 | 3 | 10 | 8 | 6 | 0 | 0 |
| Nein | 48 | 27 | 14 | 0 | 7 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 2 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 91 | 27 | 15 | 14 | 11 | 10 | 8 | 6 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 4 | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 5 | 0 | 3 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 95 | 29 | 15 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 27**
**24.5056**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 10:53:52

Geschäft Motion Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Rückvergütungen von kantonalen Überschüssen an die steuerzahlenden Privatpersonen, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Nein |
| Heer Barbara (SP) | Ja | Stalder Roger (SVP) | Nein |
| Esposito Zaira (SP) | Ja | Bollack Lukas (GLP) | Nein |
| Cuénod Tim (SP) | Ja | Kühne Brigitte (GLP) | Nein |
| Brigger René (SP) | Ja | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Nein |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja | Urgese Luca (FDP) | Nein |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja | Moesch Christian C. (FDP) | Nein |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nein |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Nein | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Nein |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Nein | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Nein |
| Alioth Catherine (LDP) | Nein | Keller Christine (SP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Nein | Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Nein | Gölgeli Edibe (SP) | Ja |
| Vergeat Jo (GAB) | Ja | Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja | Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja | Kabakci Mahir (SP) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja | Bessenich Salome (SP) | Ja |
| Messerli Pascal (SVP) | Nein | Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nein | Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Nein | Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Nein | Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Nein | Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Jenny David (FDP) | Nein | Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Nein | Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Nein | Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Nein | Iselin Adrian (LDP) | Nein |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Nein | Auderset André (LDP) | Nein |
| Amacher Nicole (SP) | Ja | Ebi Alex (LDP) | Nein |
| Dill Alexandra (SP) | Ja | Suter Stefan (SVP) | Nein |
| Bolz Leoni (SP) | Ja | Amiet Lorenz (SVP) | Nein |
| Trevisan Amina (SP) | Ja | Pekerman Bülent (GLP) | Nein |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja | Sieber Johannes (GLP) | Nein |
| Bay Hanna (SP) | Ja | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Nein |
| Pfister Pascal (SP) | Ja | Seiler Daniel (FDP) | Nein |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Nein |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Nein |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja | Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja | Roth Franziska (SP) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja | Hettich Daniel (LDP) | Nein |
| Ineichen Anina (GAB) | Nicht anwesend | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Nein |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend | Wehrli Felix (SVP) | Nein |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja | Schweizer Jenny (SVP) | Nein |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja | Schweizer Silvia (FDP) | Nein |
| Wirz Lea (GAB) | Ja | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Nein |
| Nigon Gabriel (LDP) | Nein | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Nein |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Nein | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Nein |
| Karger Philip (LDP) | Nein | Bartha Béla (GAB) | Nicht anwesend |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend | Battaglia Olivier (LDP) | Nein |
| Thüring Joël (SVP) | Nein | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Nein | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 44 | 29 | 15 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Nein | 50 | 0 | 0 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 0 | 0 |
| Ent | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 94 | 29 | 15 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 5 | 0 | 3 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 95 | 29 | 15 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 27**
**24.5056**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 10:54:37

Geschäft Motion Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Rückvergütungen von kantonalen Überschüssen an die steuerzahlenden Privatpersonen, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Nein | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Nein | Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Nein | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Nein | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Nein | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Nein | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Nein | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Nein | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Nein |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Nein |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Nein |
| Vergeat Jo (GAB) | Nein | Balmer Ivo (SP) | Nein |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Nein | Brandenburger Jessica (SP) | Nein |
| Thommen Oliver (GAB) | Nein | Kabakci Mahir (SP) | Nein |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Nicht abgestimmt | Bessenich Salome (SP) | Nein |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Nein |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Ja | Seggiani Michela (SP) | Nein |
| Fischer Patrick (SVP) | Ja | Zürcher Tonja (GAB) | Nein |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Nein |
| Christ Tobias (GLP) | Ja | Mück Heidi (GAB) | Nein |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Nein |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Nein |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Nein |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Nein | Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Nein | Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Nein | Amiet Lorenz (SVP) | Ja |
| Trevisan Amina (SP) | Nein | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Nein | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Nein | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Nein | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Nein | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Nein | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP) | Nein | Mazzotti Sasha (SP) | Nein |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Nein | Roth Franziska (SP) | Nein |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Nein | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Nicht anwesend | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Nein | Schweizer Jenny (SVP) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Nein | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Nein | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Ja | Bartha Béla (GAB) | Nicht anwesend |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Ja | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 50 | 0 | 0 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 43 | 29 | 14 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 93 | 29 | 14 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 2 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 5 | 0 | 3 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 95 | 29 | 15 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 29**
**24.5145**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 11:42:57

Geschäft Motion Pascal Messerli und Michael Hug betreffend der Polizeiberuf muss in Basel-Stadt wieder attraktiv werden: Lohnerhöhung jetzt!, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Nein | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Nein | Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Nein | Bollack Lukas (GLP) | Nein |
| Cuénod Tim (SP) | Nein | Kühne Brigitte (GLP) | Nein |
| Brigger René (SP) | Nein | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Nein |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Nein | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Nein | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Nein | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Nein |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Nein |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Nein |
| Vergeat Jo (GAB) | Nein | Balmer Ivo (SP) | Nein |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Nein | Brandenburger Jessica (SP) | Nein |
| Thommen Oliver (GAB) | Ent | Kabakci Mahir (SP) | Nein |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Nein | Bessenich Salome (SP) | Nein |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Nein |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Ja | Seggiani Michela (SP) | Nein |
| Fischer Patrick (SVP) | Ja | Zürcher Tonja (GAB) | Nein |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Nein | Feurer Anouk (GAB) | Ent |
| Christ Tobias (GLP) | Nein | Mück Heidi (GAB) | Nein |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Nein |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Nein |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Nein |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ent | Auderset André (LDP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Nein | Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Nein | Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Nein | Amiet Lorenz (SVP) | Ja |
| Trevisan Amina (SP) | Nein | Pekerman Bülent (GLP) | Nein |
| Sägesser Daniel (SP) | Nein | Sieber Johannes (GLP) | Nein |
| Bay Hanna (SP) | Nein | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Nein | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Nein | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Nein | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP) | Nein | Mazzotti Sasha (SP) | Nein |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Nein | Roth Franziska (SP) | Nein |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Nein | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Nicht anwesend | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Nein | Schweizer Jenny (SVP) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ent | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Nein | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Nein |
| Karger Philip (LDP) | Ja | Bartha Béla (GAB) | Nicht anwesend |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Ja | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 41 | 0 | 0 | 14 | 11 | 9 | 0 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 49 | 29 | 12 | 0 | 0 | 0 | 8 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 4 | 0 | 3 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 94 | 29 | 15 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 5 | 0 | 3 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 95 | 29 | 15 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 29**
**24.5145**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 11:43:47

Geschäft Motion Pascal Messerli und Michael Hug betreffend der Polizeiberuf muss in Basel-Stadt wieder attraktiv werden: Lohnerhöhung jetzt!, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Nein |
| Heer Barbara (SP) | Ja | Stalder Roger (SVP) | Nein |
| Esposito Zaira (SP) | Ja | Bollack Lukas (GLP) | Nein |
| Cuénod Tim (SP) | Ja | Kühne Brigitte (GLP) | Nein |
| Brigger René (SP) | Ja | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Nein |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja | Urgese Luca (FDP) | Nein |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja | Moesch Christian C. (FDP) | Nein |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nein |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Nein | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Nein |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Nein | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Nein |
| Alioth Catherine (LDP) | Nein | Keller Christine (SP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Nein | Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Nein | Gölgeli Edibe (SP) | Ja |
| Vergeat Jo (GAB) | Ja | Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja | Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ent | Kabakci Mahir (SP) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja | Bessenich Salome (SP) | Ja |
| Messerli Pascal (SVP) | Nein | Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nein | Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Ent | Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Nein | Feurer Anouk (GAB) | Nein |
| Christ Tobias (GLP) | Nein | Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Jenny David (FDP) | Nein | Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Nein | Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Nein | Friedl Harald (GAB) | Nein |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Nein | Iselin Adrian (LDP) | Nein |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ent | Auderset André (LDP) | Nein |
| Amacher Nicole (SP) | Ja | Ebi Alex (LDP) | Nein |
| Dill Alexandra (SP) | Ja | Suter Stefan (SVP) | Nein |
| Bolz Leoni (SP) | Ja | Amiet Lorenz (SVP) | Nein |
| Trevisan Amina (SP) | Ja | Pekerman Bülent (GLP) | Nein |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja | Sieber Johannes (GLP) | Nein |
| Bay Hanna (SP) | Ja | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Nein |
| Pfister Pascal (SP) | Ja | Seiler Daniel (FDP) | Nein |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Nein |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Nein |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja | Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja | Roth Franziska (SP) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja | Hettich Daniel (LDP) | Nein |
| Ineichen Anina (GAB) | Nicht anwesend | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Nein |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend | Wehrli Felix (SVP) | Nein |
| Bolliger Oliver (GAB) | Nein | Schweizer Jenny (SVP) | Nein |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ent | Schweizer Silvia (FDP) | Nein |
| Wirz Lea (GAB) | Ja | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Nein |
| Nigon Gabriel (LDP) | Nein | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Nein |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Nein | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Nein |
| Karger Philip (LDP) | Nein | Bartha Béla (GAB) | Nicht anwesend |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend | Battaglia Olivier (LDP) | Nein |
| Thüring Joël (SVP) | Nein | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Nein | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 39 | 29 | 10 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Nein | 51 | 0 | 3 | 14 | 10 | 9 | 8 | 7 | 0 | 0 |
| Ent | 4 | 0 | 2 | 0 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 94 | 29 | 15 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 5 | 0 | 3 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 95 | 29 | 15 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 30**
**24.5177**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 15:10:45

Geschäft Motion Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds "New Green Deal für Basel" (NGDB), Stellungnahme des RR"

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Ja | Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Ja | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Ja | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Nicht anwesend | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Ja |
| Vergeat Jo (GAB) | Nein | Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Nein | Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Nein | Kabakci Mahir (SP) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Nein | Bessenich Salome (SP) | Ja |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Ja | Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Ja | Zürcher Tonja (GAB) | Nein |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Nein |
| Christ Tobias (GLP) | Ja | Mück Heidi (GAB) | Nein |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Nicht abgestimmt |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Nein |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Nein |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Ja | Ebi Alex (LDP) | Nicht abgestimmt |
| Dill Alexandra (SP) | Ja | Suter Stefan (SVP) | Nicht anwesend |
| Bolz Leoni (SP) | Ja | Amiet Lorenz (SVP) | Ja |
| Trevisan Amina (SP) | Ja | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Ja | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Nicht anwesend |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht abgestimmt |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja | Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Nein | Roth Franziska (SP) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Nein | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Nein | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Nein | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Nein | Schweizer Jenny (SVP) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Nein | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Nein | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Ja | Bartha Béla (GAB) | Nein |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Ja | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 75 | 28 | 0 | 13 | 10 | 9 | 8 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 17 | 0 | 17 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 92 | 28 | 17 | 13 | 10 | 9 | 8 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 4 | 0 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 |
| Nicht anwesend | 4 | 1 | 0 | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Stimmberechtigt | 96 | 28 | 18 | 14 | 10 | 9 | 8 | 7 | 1 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 30**
**24.5177**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 15:11:28

Geschäft Motion Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds "New Green Deal für Basel" (NGDB), Stellungnahme des RR"

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Nein |
| Heer Barbara (SP) | Ja | Stalder Roger (SVP) | Nein |
| Esposito Zaira (SP) | Ja | Bollack Lukas (GLP) | Nein |
| Cuénod Tim (SP) | Ja | Kühne Brigitte (GLP) | Nein |
| Brigger René (SP) | Nicht anwesend | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Nein |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja | Urgese Luca (FDP) | Nein |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja | Moesch Christian C. (FDP) | Nein |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nein |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Nein | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Nein |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Nein | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Nein |
| Alioth Catherine (LDP) | Nein | Keller Christine (SP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Nein | Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Nein | Gölgeli Edibe (SP) | Ja |
| Vergeat Jo (GAB) | Ja | Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja | Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja | Kabakci Mahir (SP) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja | Bessenich Salome (SP) | Ja |
| Messerli Pascal (SVP) | Nein | Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nein | Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Nein | Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Nein | Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Nein | Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Jenny David (FDP) | Nein | Goepfert Nicola (GAB) | Nicht abgestimmt |
| Bucher Erich (FDP) | Nein | Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Nein | Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Nein | Iselin Adrian (LDP) | Nein |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Nein | Auderset André (LDP) | Nein |
| Amacher Nicole (SP) | Ja | Ebi Alex (LDP) | Nein |
| Dill Alexandra (SP) | Ja | Suter Stefan (SVP) | Nicht anwesend |
| Bolz Leoni (SP) | Ja | Amiet Lorenz (SVP) | Nein |
| Trevisan Amina (SP) | Ja | Pekerman Bülent (GLP) | Nein |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja | Sieber Johannes (GLP) | Nein |
| Bay Hanna (SP) | Ja | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Nein |
| Pfister Pascal (SP) | Ja | Seiler Daniel (FDP) | Nein |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Nein |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Nicht anwesend |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja | Weber Eric (Fraktionslos) | Ent |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja | Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja | Roth Franziska (SP) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja | Hettich Daniel (LDP) | Nein |
| Ineichen Anina (GAB) | Ja | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Nein |
| Girard Fina (GAB) | Ja | Wehrli Felix (SVP) | Nein |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja | Schweizer Jenny (SVP) | Nein |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja | Schweizer Silvia (FDP) | Nein |
| Wirz Lea (GAB) | Ja | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Nein |
| Nigon Gabriel (LDP) | Nein | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Nein |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Nein | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Nein |
| Karger Philip (LDP) | Nein | Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend | Battaglia Olivier (LDP) | Nein |
| Thüring Joël (SVP) | Nein | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Nein | | |

| Ergebnis | Total | SP | GAB | LDP | SVP | Mitte-EVP | GLP | FDP | Fraktionslos | Präsidium |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 45 | 28 | 17 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Nein | 48 | 0 | 0 | 14 | 10 | 9 | 8 | 7 | 0 | 0 |
| Ent | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 |
| Abgestimmt | 94 | 28 | 17 | 14 | 10 | 9 | 8 | 7 | 1 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 2 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 4 | 1 | 0 | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Stimmberechtigt | 96 | 28 | 18 | 14 | 10 | 9 | 8 | 7 | 1 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 31**
**23.5642**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 15:36:44

Geschäft Antrag Claudia Baumgartner und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Massnahmen zur Aufwertung der beiden ehemaligen Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft (Volles Ständerecht), Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Nein |
| Heer Barbara (SP) | Ja | Stalder Roger (SVP) | Nein |
| Esposito Zaira (SP) | Ja | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Ent | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Ent | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja | Moesch Christian C. (FDP) | Nein |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Nein | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ent | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Ja |
| Vergeat Jo (GAB) | Ja | Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja | Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja | Kabakci Mahir (SP) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja | Bessenich Salome (SP) | Nicht abgestimmt |
| Messerli Pascal (SVP) | Nein | Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nein | Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Nein | Zürcher Tonja (GAB) | Nein |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Ja | Mück Heidi (GAB) | Ent |
| Jenny David (FDP) | Nein | Goepfert Nicola (GAB) | Nicht abgestimmt |
| Bucher Erich (FDP) | Nein | Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Nein |
| Amacher Nicole (SP) | Ja | Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Ja | Suter Stefan (SVP) | Nein |
| Bolz Leoni (SP) | Ja | Amiet Lorenz (SVP) | Nein |
| Trevisan Amina (SP) | Ja | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Nein |
| Pfister Pascal (SP) | Ja | Seiler Daniel (FDP) | Nein |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ent |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht abgestimmt |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja | Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja | Roth Franziska (SP) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja | Hettich Daniel (LDP) | Nein |
| Ineichen Anina (GAB) | Ja | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Nicht abgestimmt |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend | Wehrli Felix (SVP) | Nein |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja | Schweizer Jenny (SVP) | Nein |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja | Schweizer Silvia (FDP) | Nein |
| Wirz Lea (GAB) | Ja | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ent |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Nein |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Nein | Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Nein | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Nein | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 64 | 26 | 14 | 8 | 0 | 7 | 8 | 1 | 0 | 0 |
| Nein | 23 | 0 | 1 | 4 | 11 | 1 | 0 | 6 | 0 | 0 |
| Ent | 6 | 2 | 1 | 1 | 0 | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 93 | 28 | 16 | 13 | 11 | 10 | 8 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 5 | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 |
| Nicht anwesend | 2 | 0 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Stimmberechtigt | 98 | 29 | 17 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 33**
**22.5122**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 15:55:12

Geschäft Anzug Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Strategie für die Stadtentwicklung im Kleinbasel (Webergasse, Claraplatz, Claramatte), Schreiben des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Nein |
| Heer Barbara (SP) | Nein |
| Esposito Zaira (SP) | Nein |
| Cuénod Tim (SP) | Nein |
| Brigger René (SP) | Nein |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Nein |
| Eberhard Melanie (SP) | Nein |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Nein |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Nein |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Nein |
| Alioth Catherine (LDP) | Nein |
| Hug Michael (LDP) | Nein |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Nein |
| Vergeat Jo (GAB) | Nein |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Nicht abgestimmt |
| Thommen Oliver (GAB) | Nein |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Nicht abgestimmt |
| Messerli Pascal (SVP) | Nein |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Nein |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Nein |
| Christ Tobias (GLP) | Nein |
| Jenny David (FDP) | Nein |
| Bucher Erich (FDP) | Nein |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Nein |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Nein |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Nein |
| Amacher Nicole (SP) | Nein |
| Dill Alexandra (SP) | Nein |
| Bolz Leoni (SP) | Nein |
| Trevisan Amina (SP) | Nein |
| Sägesser Daniel (SP) | Nein |
| Bay Hanna (SP) | Nein |
| Pfister Pascal (SP) | Nein |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident |
| Perret Jean-Luc (SP) | Nein |
| Erdogan Seyit (SP) | Nein |
| Wittlin Stefan (SP) | Nein |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Nein |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend |
| Bolliger Oliver (GAB) | Nein |
| Hoppler Laurin (GAB) | Nein |
| Wirz Lea (GAB) | Nein |
| Nigon Gabriel (LDP) | Nein |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Nein |
| Karger Philip (LDP) | Nein |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend |
| Thüring Joël (SVP) | Nein |
| Schaller Beat K. (SVP) | Nein |

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Nein |
| Stalder Roger (SVP) | Nein |
| Bollack Lukas (GLP) | Nein |
| Kühne Brigitte (GLP) | Nicht abgestimmt |
| Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Nein |
| Urgese Luca (FDP) | Nein |
| Moesch Christian C. (FDP) | Nein |
| Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nein |
| Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Nein |
| Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Nein |
| Keller Christine (SP) | Nein |
| Mattmüller Georg (SP) | Nein |
| Gölgeli Edibe (SP) | Nein |
| Balmer Ivo (SP) | Nein |
| Brandenburger Jessica (SP) | Nein |
| Kabakci Mahir (SP) | Nein |
| Bessenich Salome (SP) | Nein |
| Baumgartner Beda (SP) | Nicht abgestimmt |
| Seggiani Michela (SP) | Nein |
| Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Iselin Adrian (LDP) | Nein |
| Auderset André (LDP) | Nein |
| Ebi Alex (LDP) | Nein |
| Suter Stefan (SVP) | Nein |
| Amiet Lorenz (SVP) | Nein |
| Pekerman Bülent (GLP) | Nicht abgestimmt |
| Sieber Johannes (GLP) | Nein |
| Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Nein |
| Seiler Daniel (FDP) | Nein |
| Herter Balz (Mitte-EVP) | Nein |
| Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Nein |
| Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht abgestimmt |
| Mazzotti Sasha (SP) | Nein |
| Roth Franziska (SP) | Nein |
| Hettich Daniel (LDP) | Nein |
| Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Nein |
| Wehrli Felix (SVP) | Nein |
| Schweizer Jenny (SVP) | Nein |
| Schweizer Silvia (FDP) | Nein |
| Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Nein |
| Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Nein |
| Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Nein |
| Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Battaglia Olivier (LDP) | Nein |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 10 | 0 | 9 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Nein | 81 | 28 | 6 | 14 | 10 | 10 | 6 | 7 | 0 | 0 |
| Ent | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 91 | 28 | 15 | 14 | 11 | 10 | 6 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 7 | 1 | 2 | 0 | 0 | 0 | 2 | 0 | 1 | 1 |
| Nicht anwesend | 2 | 0 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Stimmberechtigt | 98 | 29 | 17 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 33**
**22.5122**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 15:55:51

Geschäft Anzug Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Strategie für die Stadtentwicklung im Kleinbasel (Webergasse, Claraplatz, Claramatte), Schreiben des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Nein |
| Heer Barbara (SP) | Nein |
| Esposito Zaira (SP) | Nein |
| Cuénod Tim (SP) | Nein |
| Brigger René (SP) | Nein |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Nein |
| Eberhard Melanie (SP) | Nein |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Nein |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Nein |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Nein |
| Alioth Catherine (LDP) | Nein |
| Hug Michael (LDP) | Nein |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Nein |
| Vergeat Jo (GAB) | Ent |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Nein |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja |
| Messerli Pascal (SVP) | Nein |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nein |
| Fischer Patrick (SVP) | Nein |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Nein |
| Christ Tobias (GLP) | Nein |
| Jenny David (FDP) | Nein |
| Bucher Erich (FDP) | Nein |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Nein |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Nein |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Nein |
| Amacher Nicole (SP) | Nein |
| Dill Alexandra (SP) | Nein |
| Bolz Leoni (SP) | Nein |
| Trevisan Amina (SP) | Nein |
| Sägesser Daniel (SP) | Nein |
| Bay Hanna (SP) | Nein |
| Pfister Pascal (SP) | Nein |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident |
| Perret Jean-Luc (SP) | Nein |
| Erdogan Seyit (SP) | Nein |
| Wittlin Stefan (SP) | Nicht abgestimmt |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Nein |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Nein |
| Wirz Lea (GAB) | Nein |
| Nigon Gabriel (LDP) | Nein |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Nein |
| Karger Philip (LDP) | Nein |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend |
| Thüring Joël (SVP) | Nein |
| Schaller Beat K. (SVP) | Nein |

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Nein |
| Stalder Roger (SVP) | Nein |
| Bollack Lukas (GLP) | Nein |
| Kühne Brigitte (GLP) | Nein |
| Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Nein |
| Urgese Luca (FDP) | Nein |
| Moesch Christian C. (FDP) | Nein |
| Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nein |
| Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Nein |
| Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Nein |
| Keller Christine (SP) | Nein |
| Mattmüller Georg (SP) | Nein |
| Gölgeli Edibe (SP) | Nein |
| Balmer Ivo (SP) | Nein |
| Brandenburger Jessica (SP) | Nein |
| Kabakci Mahir (SP) | Nein |
| Bessenich Salome (SP) | Nein |
| Baumgartner Beda (SP) | Nein |
| Seggiani Michela (SP) | Nein |
| Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Feurer Anouk (GAB) | Nein |
| Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Iselin Adrian (LDP) | Nein |
| Auderset André (LDP) | Nein |
| Ebi Alex (LDP) | Nein |
| Suter Stefan (SVP) | Nein |
| Amiet Lorenz (SVP) | Nein |
| Pekerman Bülent (GLP) | Nein |
| Sieber Johannes (GLP) | Nein |
| Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Nein |
| Seiler Daniel (FDP) | Nein |
| Herter Balz (Mitte-EVP) | Nein |
| Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Nein |
| Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht abgestimmt |
| Mazzotti Sasha (SP) | Nein |
| Roth Franziska (SP) | Nein |
| Hettich Daniel (LDP) | Nein |
| Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Nein |
| Wehrli Felix (SVP) | Nein |
| Schweizer Jenny (SVP) | Nein |
| Schweizer Silvia (FDP) | Nein |
| Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Nein |
| Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Nein |
| Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Nein |
| Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Battaglia Olivier (LDP) | Nein |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 11 | 0 | 11 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Nein | 83 | 28 | 5 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 0 | 0 |
| Ent | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 95 | 28 | 17 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 3 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 |
| Nicht anwesend | 2 | 0 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Stimmberechtigt | 98 | 29 | 17 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 34.1**
**21.5439**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 16:23:24

Geschäft Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend einer kantonalen Gleichstellungsstrategie 2030, Bericht des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Nein | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Nein | Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Nein | Bollack Lukas (GLP) | Nein |
| Cuénod Tim (SP) | Nein | Kühne Brigitte (GLP) | Nein |
| Brigger René (SP) | Nein | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Nein |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Nein | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Nein | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Nein | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nein |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Nein |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Nein |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Nein |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Nein |
| Vergeat Jo (GAB) | Nein | Balmer Ivo (SP) | Nein |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Nein | Brandenburger Jessica (SP) | Nein |
| Thommen Oliver (GAB) | Nein | Kabakci Mahir (SP) | Nein |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Nein | Bessenich Salome (SP) | Nein |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Nein |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Ja | Seggiani Michela (SP) | Nein |
| Fischer Patrick (SVP) | Ja | Zürcher Tonja (GAB) | Nein |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Nein | Feurer Anouk (GAB) | Nein |
| Christ Tobias (GLP) | Nein | Mück Heidi (GAB) | Nein |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Nein |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Nein |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Nein |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Nein | Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Nein | Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Nein | Amiet Lorenz (SVP) | Ja |
| Trevisan Amina (SP) | Nein | Pekerman Bülent (GLP) | Nein |
| Sägesser Daniel (SP) | Nein | Sieber Johannes (GLP) | Nein |
| Bay Hanna (SP) | Nein | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Nein | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Nein | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Nein | Weber Eric (Fraktionslos) | Ent |
| Wittlin Stefan (SP) | Nein | Mazzotti Sasha (SP) | Nein |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Nein | Roth Franziska (SP) | Nein |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Nein | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Nein | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Nein | Schweizer Jenny (SVP) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Nein | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Nein | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Nein |
| Karger Philip (LDP) | Ja | Bartha Béla (GAB) | Nein |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Ja | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 40 | 0 | 0 | 14 | 11 | 8 | 0 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 56 | 29 | 17 | 0 | 0 | 2 | 8 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 |
| Abgestimmt | 97 | 29 | 17 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 2 | 0 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Stimmberechtigt | 98 | 29 | 17 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 37**
**23.5543**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 16:33:47

Geschäft Motion Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend ganzheitliche Sexualaufklärung im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Nein |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Nein |
| Alioth Catherine (LDP) | Nein |
| Hug Michael (LDP) | Nein |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Nein |
| Vergeat Jo (GAB) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja |
| Messerli Pascal (SVP) | Nein |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nein |
| Fischer Patrick (SVP) | Nein |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Ja |
| Jenny David (FDP) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Ja |
| Trevisan Amina (SP) | Nicht abgestimmt |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Nicht abgestimmt |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Nein |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Nein |
| Karger Philip (LDP) | Nein |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend |
| Thüring Joël (SVP) | Nein |
| Schaller Beat K. (SVP) | Nein |

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Nein |
| Stalder Roger (SVP) | Nein |
| Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Keller Christine (SP) | Ja |
| Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| Gölgeli Edibe (SP) | Ja |
| Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Kabakci Mahir (SP) | Ja |
| Bessenich Salome (SP) | Ja |
| Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Iselin Adrian (LDP) | Nein |
| Auderset André (LDP) | Nein |
| Ebi Alex (LDP) | Nein |
| Suter Stefan (SVP) | Nein |
| Amiet Lorenz (SVP) | Nein |
| Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Nein |
| Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht abgestimmt |
| Mazzotti Sasha (SP) | Nicht abgestimmt |
| Roth Franziska (SP) | Ja |
| Hettich Daniel (LDP) | Nein |
| Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Nein |
| Wehrli Felix (SVP) | Nein |
| Schweizer Jenny (SVP) | Nein |
| Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Nein |
| Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Battaglia Olivier (LDP) | Nein |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 66 | 27 | 16 | 0 | 0 | 8 | 8 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 27 | 0 | 0 | 14 | 11 | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 93 | 27 | 16 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 5 | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 |
| Nicht anwesend | 2 | 0 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Stimmberechtigt | 98 | 29 | 17 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 41**
**24.5063**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 16:39:32

Geschäft Antrag Fina Girard und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Ja | Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Ja | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Ja | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Ja | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht abgestimmt |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Ja |
| Vergeat Jo (GAB) | Ja | Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja | Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja | Kabakci Mahir (SP) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja | Bessenich Salome (SP) | Nicht abgestimmt |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Ja | Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Ja | Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Ja | Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Ja | Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Ja | Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Ja | Amiet Lorenz (SVP) | Ja |
| Trevisan Amina (SP) | Ja | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Ja | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht abgestimmt |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja | Mazzotti Sasha (SP) | Nicht abgestimmt |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja | Roth Franziska (SP) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Ja | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja | Schweizer Jenny (SVP) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Ja | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Ja | Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Ja | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 93 | 27 | 17 | 14 | 11 | 9 | 8 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 93 | 27 | 17 | 14 | 11 | 9 | 8 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 5 | 2 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 1 | 1 |
| Nicht anwesend | 2 | 0 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Stimmberechtigt | 98 | 29 | 17 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 42**
**24.5173**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 16:46:13
Geschäft Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend Erlass eines Musikschulgesetzes, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Nein |
| Heer Barbara (SP) | Ja | Stalder Roger (SVP) | Nein |
| Esposito Zaira (SP) | Ja | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Ja | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Ja | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja | Urgese Luca (FDP) | Nein |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja | Moesch Christian C. (FDP) | Nein |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Ja |
| Vergeat Jo (GAB) | Ja | Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja | Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja | Kabakci Mahir (SP) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja | Bessenich Salome (SP) | Ja |
| Messerli Pascal (SVP) | Nein | Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nein | Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Nein | Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Ja | Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Jenny David (FDP) | Nein | Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Nein | Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Nein | Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Ja | Suter Stefan (SVP) | Nein |
| Bolz Leoni (SP) | Ja | Amiet Lorenz (SVP) | Nein |
| Trevisan Amina (SP) | Ja | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Nein |
| Pfister Pascal (SP) | Nein | Seiler Daniel (FDP) | Nein |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht abgestimmt |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja | Mazzotti Sasha (SP) | Nicht abgestimmt |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja | Roth Franziska (SP) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Ja | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend | Wehrli Felix (SVP) | Nein |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja | Schweizer Jenny (SVP) | Nein |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja | Schweizer Silvia (FDP) | Nein |
| Wirz Lea (GAB) | Ja | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Nein | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Nein | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Nein | Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Nein | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Nein | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 72 | 26 | 17 | 11 | 0 | 10 | 8 | 0 | 0 | 0 |
| Nein | 23 | 2 | 0 | 3 | 11 | 0 | 0 | 7 | 0 | 0 |
| Ent | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 95 | 28 | 17 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 3 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 |
| Nicht anwesend | 2 | 0 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Stimmberechtigt | 98 | 29 | 17 | 14 | 11 | 10 | 8 | 7 | 1 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 43**
**22.5123**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 16:59:25

Geschäft Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Beleuchtung und Randmarkierungen auf Velowegen und -routen durch ein smartes Beleuchtungssystem, Schreiben des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Nein | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Nein | Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Nein | Bollack Lukas (GLP) | Nein |
| Cuénod Tim (SP) | Nein | Kühne Brigitte (GLP) | Nein |
| Brigger René (SP) | Nein | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Nein |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Nein | Urgese Luca (FDP) | Nein |
| Eberhard Melanie (SP) | Nein | Moesch Christian C. (FDP) | Nein |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Nein | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nein |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Nein | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Nein |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Nein | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Nein |
| Alioth Catherine (LDP) | Nein | Keller Christine (SP) | Nein |
| Hug Michael (LDP) | Nein | Mattmüller Georg (SP) | Nein |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Nein | Gölgeli Edibe (SP) | Nein |
| Vergeat Jo (GAB) | Nein | Balmer Ivo (SP) | Nein |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Nein | Brandenburger Jessica (SP) | Nein |
| Thommen Oliver (GAB) | Nein | Kabakci Mahir (SP) | Nein |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Nicht abgestimmt | Bessenich Salome (SP) | Nein |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Nein |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Ja | Seggiani Michela (SP) | Nein |
| Fischer Patrick (SVP) | Ja | Zürcher Tonja (GAB) | Nein |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Nein | Feurer Anouk (GAB) | Nein |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Nein |
| Jenny David (FDP) | Nein | Goepfert Nicola (GAB) | Nein |
| Bucher Erich (FDP) | Nein | Weibel Fleur (GAB) | Nein |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Nein | Friedl Harald (GAB) | Nein |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Nicht abgestimmt | Iselin Adrian (LDP) | Nein |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Nein | Auderset André (LDP) | Nein |
| Amacher Nicole (SP) | Nein | Ebi Alex (LDP) | Nein |
| Dill Alexandra (SP) | Nein | Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Nein | Amiet Lorenz (SVP) | Ja |
| Trevisan Amina (SP) | Nein | Pekerman Bülent (GLP) | Nein |
| Sägesser Daniel (SP) | Nein | Sieber Johannes (GLP) | Nein |
| Bay Hanna (SP) | Nein | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Nein |
| Pfister Pascal (SP) | Nein | Seiler Daniel (FDP) | Nein |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Nein |
| Perret Jean-Luc (SP) | Nein | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Nein |
| Erdogan Seyit (SP) | Nein | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht abgestimmt |
| Wittlin Stefan (SP) | Nein | Mazzotti Sasha (SP) | Nicht abgestimmt |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Nein | Roth Franziska (SP) | Nein |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Nein | Hettich Daniel (LDP) | Nein |
| Ineichen Anina (GAB) | Nein | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Nein |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Nein | Schweizer Jenny (SVP) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Nein | Schweizer Silvia (FDP) | Nein |
| Wirz Lea (GAB) | Nein | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Nein | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Nein |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Nein | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Nein |
| Karger Philip (LDP) | Nein | Bartha Béla (GAB) | Nein |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend | Battaglia Olivier (LDP) | Nein |
| Thüring Joël (SVP) | Ja | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 12 | 0 | 0 | 0 | 11 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Nein | 80 | 28 | 16 | 14 | 0 | 8 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Ent | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 92 | 28 | 16 | 14 | 11 | 9 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 5 | 1 | 1 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 1 | 1 |
| Nicht anwesend | 3 | 0 | 1 | 1 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 |
| Stimmberechtigt | 97 | 29 | 17 | 14 | 11 | 10 | 7 | 7 | 1 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 46**
**22.5158**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 17:09:20
Geschäft Anzug Pascal Messerli und Oliver Thommen betreffend Förderung des Baumbestands, Schreiben des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Nein | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Nein |
| Heer Barbara (SP) | Nein | Stalder Roger (SVP) | Nein |
| Esposito Zaira (SP) | Nicht abgestimmt | Bollack Lukas (GLP) | Ent |
| Cuénod Tim (SP) | Nein | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Nicht anwesend | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Nein | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Nein | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Nein | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nein |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Nein |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Nein |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Nicht abgestimmt |
| Vergeat Jo (GAB) | Nein | Balmer Ivo (SP) | Nein |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Nein | Brandenburger Jessica (SP) | Nein |
| Thommen Oliver (GAB) | Nein | Kabakci Mahir (SP) | Nein |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Nein | Bessenich Salome (SP) | Nein |
| Messerli Pascal (SVP) | Nein | Baumgartner Beda (SP) | Nein |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nein | Seggiani Michela (SP) | Nein |
| Fischer Patrick (SVP) | Nein | Zürcher Tonja (GAB) | Nein |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Nein |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Nein |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Nein |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Nein |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Nein |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Nein | Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Nein | Suter Stefan (SVP) | Nein |
| Bolz Leoni (SP) | Nein | Amiet Lorenz (SVP) | Nein |
| Trevisan Amina (SP) | Nein | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Nein | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Nein | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Nein | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Nein |
| Perret Jean-Luc (SP) | Nein | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Nein |
| Erdogan Seyit (SP) | Nein | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht abgestimmt |
| Wittlin Stefan (SP) | Nein | Mazzotti Sasha (SP) | Nein |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Nein | Roth Franziska (SP) | Nein |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Nein | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Nein | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend | Wehrli Felix (SVP) | Nein |
| Bolliger Oliver (GAB) | Nein | Schweizer Jenny (SVP) | Nein |
| Hoppler Laurin (GAB) | Nein | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Nein | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Nicht abgestimmt | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Ja | Bartha Béla (GAB) | Nein |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Nein | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Nein | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 33 | 0 | 0 | 13 | 0 | 7 | 6 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 57 | 26 | 17 | 0 | 11 | 3 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 91 | 26 | 17 | 13 | 11 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 5 | 2 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 |
| Nicht anwesend | 4 | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 |
| Stimmberechtigt | 96 | 28 | 17 | 14 | 11 | 10 | 7 | 7 | 1 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 47**
**23.5649**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 17:21:24
Geschäft Motion Daniel Albietz und Konsorten betreffend faires Inventarisierungsverfahren, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Nein |
| Heer Barbara (SP) | Nicht abgestimmt | Stalder Roger (SVP) | Nein |
| Esposito Zaira (SP) | Ja | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Ent | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Ent | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja | Urgese Luca (FDP) | Nein |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja | Moesch Christian C. (FDP) | Nein |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nein |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Nein | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Nein |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Nein | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Nein |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Nein | Gölgeli Edibe (SP) | Ja |
| Vergeat Jo (GAB) | Ja | Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja | Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja | Kabakci Mahir (SP) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja | Bessenich Salome (SP) | Ja |
| Messerli Pascal (SVP) | Nein | Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nein | Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Nein | Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Jenny David (FDP) | Nein | Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Nein | Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Nein | Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Nein | Iselin Adrian (LDP) | Nein |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Nein | Auderset André (LDP) | Nicht abgestimmt |
| Amacher Nicole (SP) | Ja | Ebi Alex (LDP) | Nein |
| Dill Alexandra (SP) | Ja | Suter Stefan (SVP) | Nein |
| Bolz Leoni (SP) | Ja | Amiet Lorenz (SVP) | Nein |
| Trevisan Amina (SP) | Ja | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Nein |
| Pfister Pascal (SP) | Ja | Seiler Daniel (FDP) | Nein |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Nein |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Nein |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht abgestimmt |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja | Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja | Roth Franziska (SP) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja | Hettich Daniel (LDP) | Nein |
| Ineichen Anina (GAB) | Ja | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Nein |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend | Wehrli Felix (SVP) | Nein |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja | Schweizer Jenny (SVP) | Nein |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja | Schweizer Silvia (FDP) | Nein |
| Wirz Lea (GAB) | Ja | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Nein |
| Nigon Gabriel (LDP) | Nein | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Nein |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Nein | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Nein | Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Nein | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Nein | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 53 | 26 | 17 | 3 | 0 | 0 | 7 | 0 | 0 | 0 |
| Nein | 38 | 0 | 0 | 10 | 11 | 10 | 0 | 7 | 0 | 0 |
| Ent | 2 | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 93 | 28 | 17 | 13 | 11 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 4 | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 |
| Nicht anwesend | 3 | 0 | 1 | 1 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 |
| Stimmberechtigt | 97 | 29 | 17 | 14 | 11 | 10 | 7 | 7 | 1 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 50**
**22.5221**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 17:35:42

Geschäft Anzug Michael Hug und Konsorten betreffend Wiederaufnahme der Planung eines Tram-Schiffsverkehrs ("Vaporetto") auf dem Rhein, Schreiben des RR"

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Nein |
| Heer Barbara (SP) | Ja | Stalder Roger (SVP) | Nein |
| Esposito Zaira (SP) | Ja | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Ja | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Nicht abgestimmt | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Nein |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Nein | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Nein |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Nein | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Nein | Keller Christine (SP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Nein | Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Nein | Gölgeli Edibe (SP) | Ja |
| Vergeat Jo (GAB) | Nein | Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Nein | Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Nein | Kabakci Mahir (SP) | Nicht anwesend |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Nein | Bessenich Salome (SP) | Nicht abgestimmt |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Ja | Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Ja | Zürcher Tonja (GAB) | Nein |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Nein |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Nein |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Nein |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Nein |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Nein |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Nein | Iselin Adrian (LDP) | Nein |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Nicht anwesend |
| Amacher Nicole (SP) | Ja | Ebi Alex (LDP) | Nein |
| Dill Alexandra (SP) | Ja | Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Ja | Amiet Lorenz (SVP) | Ja |
| Trevisan Amina (SP) | Ja | Pekerman Bülent (GLP) | Nein |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja | Sieber Johannes (GLP) | Nein |
| Bay Hanna (SP) | Ja | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Nein |
| Pfister Pascal (SP) | Ja | Seiler Daniel (FDP) | Nein |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Nein |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Nein |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht abgestimmt |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja | Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Nein | Roth Franziska (SP) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Nein | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Nein | Schweizer Jenny (SVP) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Nein | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Nein | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Nein | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Nein | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Nein | Bartha Béla (GAB) | Nein |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend | Battaglia Olivier (LDP) | Nein |
| Thüring Joël (SVP) | Ja | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Nein | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 52 | 26 | 1 | 2 | 8 | 6 | 4 | 5 | 0 | 0 |
| Nein | 39 | 0 | 16 | 11 | 3 | 4 | 3 | 2 | 0 | 0 |
| Ent | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 91 | 26 | 17 | 13 | 11 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 4 | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 |
| Nicht anwesend | 5 | 1 | 1 | 2 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 |
| Stimmberechtigt | 95 | 28 | 17 | 13 | 11 | 10 | 7 | 7 | 1 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 51**
**19.5281**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 17:42:26

Geschäft Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Untertunnelung und Finanzierung der gesamten Osttangente durch das Stadtgebiet - A2 Underground - the way to the future, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Ja | Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Ja | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Ja | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Ja | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja | Moesch Christian C. (FDP) | Nicht abgestimmt |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht abgestimmt |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Nicht anwesend | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Nicht abgestimmt |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Ja |
| Vergeat Jo (GAB) | Ent | Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja | Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja | Kabakci Mahir (SP) | Nicht anwesend |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ent | Bessenich Salome (SP) | Ja |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Ja | Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Ja | Zürcher Tonja (GAB) | Nein |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Nein |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Nein |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Nein |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Nein |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Nein |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Nicht anwesend |
| Amacher Nicole (SP) | Ja | Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Ja | Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Ja | Amiet Lorenz (SVP) | Ja |
| Trevisan Amina (SP) | Ja | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Ja | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht abgestimmt |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja | Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Nein | Roth Franziska (SP) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Nein | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Nein | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Nein | Schweizer Jenny (SVP) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Nein | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Nein | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Ja | Bartha Béla (GAB) | Nein |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Ja | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 74 | 27 | 2 | 12 | 11 | 9 | 7 | 6 | 0 | 0 |
| Nein | 13 | 0 | 13 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 2 | 0 | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 89 | 27 | 17 | 12 | 11 | 9 | 7 | 6 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 5 | 1 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 1 | 1 | 1 |
| Nicht anwesend | 6 | 1 | 1 | 3 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 |
| Stimmberechtigt | 94 | 28 | 17 | 12 | 11 | 10 | 7 | 7 | 1 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 53**
**24.5155**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 17:55:01

Geschäft Motion Raffaela Hanauer und Konsorten betreffend Konzept für Baumpflanzungen sowie Begrünungs- und Entsiegelungsmassnahmen gegen die Sommerhitze, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Nein |
| Heer Barbara (SP) | Nein |
| Esposito Zaira (SP) | Nein |
| Cuénod Tim (SP) | Nein |
| Brigger René (SP) | Nein |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Nein |
| Eberhard Melanie (SP) | Nein |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Nein |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Nicht anwesend |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja |
| Vergeat Jo (GAB) | Nein |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Nein |
| Thommen Oliver (GAB) | Nein |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Nein |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Ja |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend |
| Jenny David (FDP) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Nein |
| Dill Alexandra (SP) | Nein |
| Bolz Leoni (SP) | Nein |
| Trevisan Amina (SP) | Nein |
| Sägesser Daniel (SP) | Nein |
| Bay Hanna (SP) | Nein |
| Pfister Pascal (SP) | Nein |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident |
| Perret Jean-Luc (SP) | Nein |
| Erdogan Seyit (SP) | Nein |
| Wittlin Stefan (SP) | Nein |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Nein |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Nein |
| Ineichen Anina (GAB) | Nicht abgestimmt |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend |
| Bolliger Oliver (GAB) | Nein |
| Hoppler Laurin (GAB) | Nein |
| Wirz Lea (GAB) | Nein |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Ja |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend |
| Thüring Joël (SVP) | Ja |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja |

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Keller Christine (SP) | Nein |
| Mattmüller Georg (SP) | Nein |
| Gölgeli Edibe (SP) | Nicht anwesend |
| Balmer Ivo (SP) | Nein |
| Brandenburger Jessica (SP) | Nein |
| Kabakci Mahir (SP) | Nicht anwesend |
| Bessenich Salome (SP) | Nein |
| Baumgartner Beda (SP) | Nein |
| Seggiani Michela (SP) | Nein |
| Zürcher Tonja (GAB) | Nein |
| Feurer Anouk (GAB) | Nein |
| Mück Heidi (GAB) | Nein |
| Goepfert Nicola (GAB) | Nein |
| Weibel Fleur (GAB) | Nein |
| Friedl Harald (GAB) | Nein |
| Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Auderset André (LDP) | Nicht anwesend |
| Ebi Alex (LDP) | Nicht abgestimmt |
| Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Amiet Lorenz (SVP) | Ja |
| Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Weber Eric (Fraktionslos) | Ent |
| Mazzotti Sasha (SP) | Nein |
| Roth Franziska (SP) | Nein |
| Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Schweizer Jenny (SVP) | Ja |
| Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Bartha Béla (GAB) | Nein |
| Battaglia Olivier (LDP) | Ja |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 46 | 0 | 0 | 11 | 11 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 43 | 27 | 16 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 |
| Abgestimmt | 90 | 27 | 16 | 11 | 11 | 10 | 7 | 7 | 1 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 3 | 0 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 7 | 2 | 1 | 3 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 |
| Stimmberechtigt | 93 | 27 | 17 | 12 | 11 | 10 | 7 | 7 | 1 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 53**
**24.5155**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 17:55:45

Geschäft Motion Raffaela Hanauer und Konsorten betreffend Konzept für Baumpflanzungen sowie Begrünungs- und Entsiegelungsmassnahmen gegen die Sommerhitze, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Nicht anwesend |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Nein |
| Alioth Catherine (LDP) | Nein |
| Hug Michael (LDP) | Nein |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Nein |
| Vergeat Jo (GAB) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja |
| Messerli Pascal (SVP) | Nein |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nein |
| Fischer Patrick (SVP) | Nein |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend |
| Jenny David (FDP) | Nein |
| Bucher Erich (FDP) | Nein |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Nein |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Nein |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Ja |
| Trevisan Amina (SP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Nein |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Nein |
| Karger Philip (LDP) | Nein |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend |
| Thüring Joël (SVP) | Nein |
| Schaller Beat K. (SVP) | Nein |

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Nein |
| Stalder Roger (SVP) | Nein |
| Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Urgese Luca (FDP) | Nein |
| Moesch Christian C. (FDP) | Nein |
| Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nein |
| Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Nein |
| Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Nein |
| Keller Christine (SP) | Ja |
| Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| Gölgeli Edibe (SP) | Nicht anwesend |
| Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Kabakci Mahir (SP) | Nicht anwesend |
| Bessenich Salome (SP) | Ja |
| Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Iselin Adrian (LDP) | Nein |
| Auderset André (LDP) | Nicht anwesend |
| Ebi Alex (LDP) | Nicht abgestimmt |
| Suter Stefan (SVP) | Nein |
| Amiet Lorenz (SVP) | Nein |
| Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Nein |
| Seiler Daniel (FDP) | Nein |
| Herter Balz (Mitte-EVP) | Nein |
| Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Nein |
| Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht abgestimmt |
| Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Roth Franziska (SP) | Ja |
| Hettich Daniel (LDP) | Nein |
| Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Wehrli Felix (SVP) | Nein |
| Schweizer Jenny (SVP) | Nein |
| Schweizer Silvia (FDP) | Nein |
| Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Nein |
| Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Nein |
| Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Battaglia Olivier (LDP) | Nein |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 53 | 27 | 17 | 1 | 0 | 1 | 7 | 0 | 0 | 0 |
| Nein | 37 | 0 | 0 | 10 | 11 | 9 | 0 | 7 | 0 | 0 |
| Ent | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 90 | 27 | 17 | 11 | 11 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 3 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 |
| Nicht anwesend | 7 | 2 | 1 | 3 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 |
| Stimmberechtigt | 93 | 27 | 17 | 12 | 11 | 10 | 7 | 7 | 1 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 54**
**24.5156**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 17:58:15

Geschäft Motion Lukas Bollack und Konsorten betreffend Erhöhung der Baumkronenbedeckung im Siedlungsgebiet, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Nicht abgestimmt |
| Brigger René (SP) | Nicht abgestimmt |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Nicht anwesend |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Nicht anwesend |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Nein |
| Alioth Catherine (LDP) | Nein |
| Hug Michael (LDP) | Nein |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Nein |
| Vergeat Jo (GAB) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja |
| Messerli Pascal (SVP) | Nein |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nein |
| Fischer Patrick (SVP) | Nein |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend |
| Jenny David (FDP) | Nein |
| Bucher Erich (FDP) | Nein |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Nein |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Nein |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Ja |
| Trevisan Amina (SP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Nicht anwesend |
| Wirz Lea (GAB) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Nein |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Nein |
| Karger Philip (LDP) | Nein |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend |
| Thüring Joël (SVP) | Nein |
| Schaller Beat K. (SVP) | Nein |

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Nicht abgestimmt |
| Stalder Roger (SVP) | Nein |
| Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Urgese Luca (FDP) | Nein |
| Moesch Christian C. (FDP) | Nicht anwesend |
| Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Nein |
| Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Keller Christine (SP) | Ja |
| Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| Gölgeli Edibe (SP) | Nicht anwesend |
| Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Kabakci Mahir (SP) | Nicht anwesend |
| Bessenich Salome (SP) | Ja |
| Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Iselin Adrian (LDP) | Nein |
| Auderset André (LDP) | Nicht anwesend |
| Ebi Alex (LDP) | Nicht abgestimmt |
| Suter Stefan (SVP) | Nein |
| Amiet Lorenz (SVP) | Nein |
| Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Nein |
| Seiler Daniel (FDP) | Nein |
| Herter Balz (Mitte-EVP) | Nein |
| Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Nicht abgestimmt |
| Weber Eric (Fraktionslos) | Ent |
| Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Roth Franziska (SP) | Ja |
| Hettich Daniel (LDP) | Nein |
| Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Nein |
| Wehrli Felix (SVP) | Nein |
| Schweizer Jenny (SVP) | Nein |
| Schweizer Silvia (FDP) | Nein |
| Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Nein |
| Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Nein |
| Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Battaglia Olivier (LDP) | Nein |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 49 | 23 | 16 | 0 | 0 | 3 | 7 | 0 | 0 | 0 |
| Nein | 33 | 0 | 0 | 11 | 10 | 6 | 0 | 6 | 0 | 0 |
| Ent | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 |
| Abgestimmt | 83 | 23 | 16 | 11 | 10 | 9 | 7 | 6 | 1 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 6 | 2 | 0 | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 11 | 4 | 2 | 3 | 0 | 0 | 1 | 1 | 0 | 0 |
| Stimmberechtigt | 89 | 25 | 16 | 12 | 11 | 10 | 7 | 6 | 1 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 55**
**17.5447**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 20:03:23

Geschäft Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Entsiegelungspotenziale in Basel-Stadt, Schreiben des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Nein | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Nein | Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Nein | Bollack Lukas (GLP) | Ent |
| Cuénod Tim (SP) | Nicht abgestimmt | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Nicht anwesend | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Nein | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Nein | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Nein | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Nein |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Nein |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Nicht anwesend |
| Vergeat Jo (GAB) | Nein | Balmer Ivo (SP) | Nein |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Nein | Brandenburger Jessica (SP) | Nein |
| Thommen Oliver (GAB) | Nein | Kabakci Mahir (SP) | Nicht anwesend |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Nein | Bessenich Salome (SP) | Nicht anwesend |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Nein |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Ja | Seggiani Michela (SP) | Nein |
| Fischer Patrick (SVP) | Ja | Zürcher Tonja (GAB) | Nein |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Nein |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Nein |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Nein |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Nein |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Nein |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Nein | Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Nein | Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Nein | Amiet Lorenz (SVP) | Ja |
| Trevisan Amina (SP) | Nein | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Nein | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Nein | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Nein | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Nein | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Nein | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht abgestimmt |
| Wittlin Stefan (SP) | Nicht abgestimmt | Mazzotti Sasha (SP) | Nein |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Nein | Roth Franziska (SP) | Nein |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Nein | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Nein | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Nein | Schweizer Jenny (SVP) | Nicht anwesend |
| Hoppler Laurin (GAB) | Nein | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Nein | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Nicht anwesend | Bartha Béla (GAB) | Nein |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Ja | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 46 | 0 | 0 | 13 | 10 | 10 | 6 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 40 | 23 | 17 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 87 | 23 | 17 | 13 | 10 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 4 | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 |
| Nicht anwesend | 9 | 4 | 1 | 2 | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 |
| Stimmberechtigt | 91 | 25 | 17 | 13 | 10 | 10 | 7 | 7 | 1 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 56**
**23.5645**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 20:14:23

Geschäft Motion Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend Stromsparbonus für Betriebe gerecht verteilen, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Nein | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Nein | Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Nein | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Nein | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Nein | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Nein | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Nein | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Nein | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Nein |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Nein |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Nicht anwesend |
| Vergeat Jo (GAB) | Nein | Balmer Ivo (SP) | Nein |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Nein | Brandenburger Jessica (SP) | Nein |
| Thommen Oliver (GAB) | Nein | Kabakci Mahir (SP) | Nicht anwesend |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Nein | Bessenich Salome (SP) | Nicht anwesend |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Nein |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Ja | Seggiani Michela (SP) | Nein |
| Fischer Patrick (SVP) | Ja | Zürcher Tonja (GAB) | Nein |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Nein |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Nein |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Nein |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Nein |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Nein |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Nein | Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Nein | Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Nein | Amiet Lorenz (SVP) | Ja |
| Trevisan Amina (SP) | Nein | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Nein | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Nein | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Nein | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Nein | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Nein | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht abgestimmt |
| Wittlin Stefan (SP) | Nicht abgestimmt | Mazzotti Sasha (SP) | Nein |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Nein | Roth Franziska (SP) | Nein |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Nein | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Nein | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Nein | Schweizer Jenny (SVP) | Nicht anwesend |
| Hoppler Laurin (GAB) | Nein | Schweizer Silvia (FDP) | Ent |
| Wirz Lea (GAB) | Nein | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Nicht anwesend | Bartha Béla (GAB) | Nein |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Ja | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 46 | 0 | 0 | 13 | 10 | 10 | 7 | 6 | 0 | 0 |
| Nein | 42 | 25 | 17 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 89 | 25 | 17 | 13 | 10 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 3 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 |
| Nicht anwesend | 8 | 3 | 1 | 2 | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 |
| Stimmberechtigt | 92 | 26 | 17 | 13 | 10 | 10 | 7 | 7 | 1 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 58**
**22.5119**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 20:54:21
Geschäft Anzug Johannes Sieber und Konsorten betreffend einer kantonalen Medienförderung, Schreiben des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Nein | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Nein | Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Nein | Bollack Lukas (GLP) | Nein |
| Cuénod Tim (SP) | Nein | Kühne Brigitte (GLP) | Nein |
| Brigger René (SP) | Nein | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Nein |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Nein | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Nein | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Nein | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nein |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Nein |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Nein |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Nein |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Nein |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Nicht anwesend |
| Vergeat Jo (GAB) | Nein | Balmer Ivo (SP) | Nein |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Nein | Brandenburger Jessica (SP) | Nein |
| Thommen Oliver (GAB) | Nein | Kabakci Mahir (SP) | Nicht anwesend |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Nein | Bessenich Salome (SP) | Nicht anwesend |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Nein |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Ja | Seggiani Michela (SP) | Nein |
| Fischer Patrick (SVP) | Ja | Zürcher Tonja (GAB) | Nein |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Nein | Feurer Anouk (GAB) | Nein |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Nein |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Nein |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Nein |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Nein | Friedl Harald (GAB) | Nein |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Nein | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Nein | Auderset André (LDP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Nein | Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Nein | Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Nein | Amiet Lorenz (SVP) | Ja |
| Trevisan Amina (SP) | Nein | Pekerman Bülent (GLP) | Nein |
| Sägesser Daniel (SP) | Nein | Sieber Johannes (GLP) | Nein |
| Bay Hanna (SP) | Nein | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Nein | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Nein | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Nein | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP) | Nein | Mazzotti Sasha (SP) | Nein |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Nein | Roth Franziska (SP) | Nein |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Nein | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Nein | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Nein | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Nein | Schweizer Jenny (SVP) | Nicht anwesend |
| Hoppler Laurin (GAB) | Nein | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Nein | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ent |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Nein |
| Karger Philip (LDP) | Nicht anwesend | Bartha Béla (GAB) | Nein |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Ja | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 33 | 0 | 0 | 13 | 10 | 3 | 0 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 57 | 26 | 18 | 0 | 0 | 6 | 7 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 91 | 26 | 18 | 13 | 10 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 8 | 3 | 0 | 2 | 1 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 92 | 26 | 18 | 13 | 10 | 10 | 7 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 61**
**24.5144**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 21:29:01

Geschäft Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen (FamEL) im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Nein | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Nein | Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Nein | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Nein | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Nein | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ent |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Nein | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Nein | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Nein | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Nein |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Nein |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Nicht anwesend |
| Vergeat Jo (GAB) | Nein | Balmer Ivo (SP) | Nein |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Nein | Brandenburger Jessica (SP) | Nein |
| Thommen Oliver (GAB) | Nein | Kabakci Mahir (SP) | Nicht anwesend |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Nein | Bessenich Salome (SP) | Nicht anwesend |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Nein |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Ja | Seggiani Michela (SP) | Nein |
| Fischer Patrick (SVP) | Ja | Zürcher Tonja (GAB) | Nein |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Nein | Feurer Anouk (GAB) | Nein |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Nein |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Nein |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Nein |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Nein |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Nein | Auderset André (LDP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Nein | Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Nein | Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Nein | Amiet Lorenz (SVP) | Ja |
| Trevisan Amina (SP) | Nein | Pekerman Bülent (GLP) | Nein |
| Sägesser Daniel (SP) | Nein | Sieber Johannes (GLP) | Nein |
| Bay Hanna (SP) | Nein | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Nein | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Nein |
| Perret Jean-Luc (SP) | Nein | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Nein | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP) | Nein | Mazzotti Sasha (SP) | Nein |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Nein | Roth Franziska (SP) | Nein |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Nein | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Nein | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Nein | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Nein | Schweizer Jenny (SVP) | Nicht anwesend |
| Hoppler Laurin (GAB) | Nein | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Nein | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Nein |
| Karger Philip (LDP) | Nicht anwesend | Bartha Béla (GAB) | Nein |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Ja | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 40 | 0 | 0 | 13 | 10 | 8 | 2 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 50 | 26 | 18 | 0 | 0 | 2 | 4 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 91 | 26 | 18 | 13 | 10 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 8 | 3 | 0 | 2 | 1 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 92 | 26 | 18 | 13 | 10 | 10 | 7 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 61**
**24.5144**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 21:29:42

Geschäft Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen (FamEL) im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Nicht abgestimmt | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Nicht abgestimmt |
| Heer Barbara (SP) | Nicht abgestimmt | Stalder Roger (SVP) | Nicht abgestimmt |
| Esposito Zaira (SP) | Nicht abgestimmt | Bollack Lukas (GLP) | Nicht abgestimmt |
| Cuénod Tim (SP) | Nicht abgestimmt | Kühne Brigitte (GLP) | Nicht abgestimmt |
| Brigger René (SP) | Nicht abgestimmt | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Nicht abgestimmt |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Nicht abgestimmt | Urgese Luca (FDP) | Nicht abgestimmt |
| Eberhard Melanie (SP) | Nicht abgestimmt | Moesch Christian C. (FDP) | Nicht abgestimmt |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Nicht abgestimmt | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nicht abgestimmt |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Nicht abgestimmt | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Nicht abgestimmt |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Nicht abgestimmt | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Nicht abgestimmt |
| Alioth Catherine (LDP) | Nicht abgestimmt | Keller Christine (SP) | Nicht abgestimmt |
| Hug Michael (LDP) | Nicht abgestimmt | Mattmüller Georg (SP) | Nicht abgestimmt |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Nicht abgestimmt | Gölgeli Edibe (SP) | Nicht anwesend |
| Vergeat Jo (GAB) | Nicht abgestimmt | Balmer Ivo (SP) | Nicht abgestimmt |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Nicht abgestimmt | Brandenburger Jessica (SP) | Nicht abgestimmt |
| Thommen Oliver (GAB) | Nicht abgestimmt | Kabakci Mahir (SP) | Nicht anwesend |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Nicht abgestimmt | Bessenich Salome (SP) | Nicht anwesend |
| Messerli Pascal (SVP) | Nicht abgestimmt | Baumgartner Beda (SP) | Nicht abgestimmt |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nicht abgestimmt | Seggiani Michela (SP) | Nicht abgestimmt |
| Fischer Patrick (SVP) | Nicht abgestimmt | Zürcher Tonja (GAB) | Nicht abgestimmt |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Nicht abgestimmt | Feurer Anouk (GAB) | Nicht abgestimmt |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Nicht abgestimmt |
| Jenny David (FDP) | Nicht abgestimmt | Goepfert Nicola (GAB) | Nicht abgestimmt |
| Bucher Erich (FDP) | Nicht abgestimmt | Weibel Fleur (GAB) | Nicht abgestimmt |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Nicht abgestimmt | Friedl Harald (GAB) | Nicht abgestimmt |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Nicht abgestimmt | Iselin Adrian (LDP) | Nicht abgestimmt |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Nicht abgestimmt | Auderset André (LDP) | Nicht abgestimmt |
| Amacher Nicole (SP) | Nicht abgestimmt | Ebi Alex (LDP) | Nicht abgestimmt |
| Dill Alexandra (SP) | Nicht abgestimmt | Suter Stefan (SVP) | Nicht abgestimmt |
| Bolz Leoni (SP) | Nicht abgestimmt | Amiet Lorenz (SVP) | Nicht abgestimmt |
| Trevisan Amina (SP) | Nicht abgestimmt | Pekerman Bülent (GLP) | Nicht abgestimmt |
| Sägesser Daniel (SP) | Nicht abgestimmt | Sieber Johannes (GLP) | Nicht abgestimmt |
| Bay Hanna (SP) | Nicht abgestimmt | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Nicht abgestimmt |
| Pfister Pascal (SP) | Nicht abgestimmt | Seiler Daniel (FDP) | Nicht abgestimmt |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Nicht abgestimmt |
| Perret Jean-Luc (SP) | Nicht abgestimmt | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Nicht abgestimmt |
| Erdogan Seyit (SP) | Nicht abgestimmt | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP) | Nicht abgestimmt | Mazzotti Sasha (SP) | Nicht abgestimmt |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Nicht abgestimmt | Roth Franziska (SP) | Nicht abgestimmt |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Nicht abgestimmt | Hettich Daniel (LDP) | Nicht abgestimmt |
| Ineichen Anina (GAB) | Nicht abgestimmt | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Nicht abgestimmt |
| Girard Fina (GAB) | Nicht abgestimmt | Wehrli Felix (SVP) | Nicht abgestimmt |
| Bolliger Oliver (GAB) | Nicht abgestimmt | Schweizer Jenny (SVP) | Nicht anwesend |
| Hoppler Laurin (GAB) | Nicht abgestimmt | Schweizer Silvia (FDP) | Nicht abgestimmt |
| Wirz Lea (GAB) | Nicht abgestimmt | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Nicht abgestimmt |
| Nigon Gabriel (LDP) | Nicht abgestimmt | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Nicht abgestimmt |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Nicht abgestimmt | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Nicht abgestimmt |
| Karger Philip (LDP) | Nicht anwesend | Bartha Béla (GAB) | Nicht abgestimmt |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend | Battaglia Olivier (LDP) | Nicht abgestimmt |
| Thüring Joël (SVP) | Nicht abgestimmt | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Nicht abgestimmt | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Nein | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 92 | 26 | 18 | 13 | 10 | 10 | 7 | 7 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 8 | 3 | 0 | 2 | 1 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 92 | 26 | 18 | 13 | 10 | 10 | 7 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 61**
**24.5144**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 21:29:58

Geschäft Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen (FamEL) im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Nein |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Nein |
| Alioth Catherine (LDP) | Nein |
| Hug Michael (LDP) | Nein |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Nein |
| Vergeat Jo (GAB) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja |
| Messerli Pascal (SVP) | Nein |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nein |
| Fischer Patrick (SVP) | Nein |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend |
| Jenny David (FDP) | Nein |
| Bucher Erich (FDP) | Nein |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Ja |
| Trevisan Amina (SP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Nein |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Nein |
| Karger Philip (LDP) | Nicht anwesend |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend |
| Thüring Joël (SVP) | Nein |
| Schaller Beat K. (SVP) | Nein |

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Nein |
| Stalder Roger (SVP) | Nein |
| Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Nicht abgestimmt |
| Urgese Luca (FDP) | Nein |
| Moesch Christian C. (FDP) | Nein |
| Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Keller Christine (SP) | Ja |
| Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| Gölgeli Edibe (SP) | Nicht anwesend |
| Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Kabakci Mahir (SP) | Nicht anwesend |
| Bessenich Salome (SP) | Nicht anwesend |
| Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Iselin Adrian (LDP) | Nein |
| Auderset André (LDP) | Nein |
| Ebi Alex (LDP) | Nein |
| Suter Stefan (SVP) | Nein |
| Amiet Lorenz (SVP) | Nein |
| Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Nein |
| Seiler Daniel (FDP) | Nein |
| Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Nein |
| Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Roth Franziska (SP) | Ja |
| Hettich Daniel (LDP) | Nein |
| Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Nein |
| Wehrli Felix (SVP) | Nein |
| Schweizer Jenny (SVP) | Nicht anwesend |
| Schweizer Silvia (FDP) | Nein |
| Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Nein |
| Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Nein |
| Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Battaglia Olivier (LDP) | Nein |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 57 | 26 | 18 | 0 | 0 | 7 | 6 | 0 | 0 | 0 |
| Nein | 33 | 0 | 0 | 13 | 10 | 3 | 0 | 7 | 0 | 0 |
| Ent | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 90 | 26 | 18 | 13 | 10 | 10 | 6 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 8 | 3 | 0 | 2 | 1 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 92 | 26 | 18 | 13 | 10 | 10 | 7 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 62**
**23.5581**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 21:43:58

Geschäft Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend keine finanziellen Fehlanreize für Fahrzeuge mit übermässigem Verbrauch von Ressourcen: Anpassung der Motorfahrzeugsteuer, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Nein | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Nein | Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Nein | Bollack Lukas (GLP) | Nein |
| Cuénod Tim (SP) | Nein | Kühne Brigitte (GLP) | Nein |
| Brigger René (SP) | Nicht anwesend | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Nein | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Nein | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Nein | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Nein |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Nein |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Nein |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Nicht anwesend |
| Vergeat Jo (GAB) | Nein | Balmer Ivo (SP) | Nein |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Nein | Brandenburger Jessica (SP) | Nein |
| Thommen Oliver (GAB) | Nein | Kabakci Mahir (SP) | Nicht anwesend |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Nein | Bessenich Salome (SP) | Nicht anwesend |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Nein |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Ja | Seggiani Michela (SP) | Nein |
| Fischer Patrick (SVP) | Ja | Zürcher Tonja (GAB) | Nein |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Nein | Feurer Anouk (GAB) | Nein |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Nein |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Nein |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Nein |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Nein |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Nein | Auderset André (LDP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Nein | Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Nein | Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Bolz Leoni (SP) | Nein | Amiet Lorenz (SVP) | Ja |
| Trevisan Amina (SP) | Nein | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Nein | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Nein | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Ja |
| Pfister Pascal (SP) | Nein | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Nein | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Nein | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP) | Nein | Mazzotti Sasha (SP) | Nein |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Nein | Roth Franziska (SP) | Nein |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Nein | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Nein | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Nein | Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Bolliger Oliver (GAB) | Nein | Schweizer Jenny (SVP) | Nicht anwesend |
| Hoppler Laurin (GAB) | Nein | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Nein | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Nicht anwesend | Bartha Béla (GAB) | Nein |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Ja | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 42 | 0 | 0 | 13 | 10 | 8 | 4 | 7 | 0 | 0 |
| Nein | 48 | 25 | 18 | 0 | 0 | 2 | 3 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 90 | 25 | 18 | 13 | 10 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 9 | 4 | 0 | 2 | 1 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 91 | 25 | 18 | 13 | 10 | 10 | 7 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 62**
**23.5581**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 21:44:37

Geschäft Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend keine finanziellen Fehlanreize für Fahrzeuge mit übermässigem Verbrauch von Ressourcen: Anpassung der Motorfahrzeugsteuer, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Nein |
| Heer Barbara (SP) | Ja | Stalder Roger (SVP) | Nein |
| Esposito Zaira (SP) | Ja | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Ja | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Nicht anwesend | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Nein |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja | Urgese Luca (FDP) | Nein |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja | Moesch Christian C. (FDP) | Nein |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nein |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Nein | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Nein |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Nein | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Nein | Keller Christine (SP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Nein | Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Nein | Gölgeli Edibe (SP) | Nicht anwesend |
| Vergeat Jo (GAB) | Ja | Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja | Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja | Kabakci Mahir (SP) | Nicht anwesend |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja | Bessenich Salome (SP) | Nicht anwesend |
| Messerli Pascal (SVP) | Nein | Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nein | Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Nein | Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Jenny David (FDP) | Nein | Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Nein | Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Nein | Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Nein | Iselin Adrian (LDP) | Nein |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Nein |
| Amacher Nicole (SP) | Ja | Ebi Alex (LDP) | Nein |
| Dill Alexandra (SP) | Ja | Suter Stefan (SVP) | Nein |
| Bolz Leoni (SP) | Ja | Amiet Lorenz (SVP) | Nein |
| Trevisan Amina (SP) | Ja | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Nein |
| Pfister Pascal (SP) | Ja | Seiler Daniel (FDP) | Nein |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Nein |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Nein |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja | Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja | Roth Franziska (SP) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja | Hettich Daniel (LDP) | Nein |
| Ineichen Anina (GAB) | Ja | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Nein |
| Girard Fina (GAB) | Ja | Wehrli Felix (SVP) | Nein |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja | Schweizer Jenny (SVP) | Nicht anwesend |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja | Schweizer Silvia (FDP) | Nein |
| Wirz Lea (GAB) | Ja | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ent |
| Nigon Gabriel (LDP) | Nein | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Nein |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Nein | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Nicht anwesend | Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend | Battaglia Olivier (LDP) | Nein |
| Thüring Joël (SVP) | Nein | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Nein | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 51 | 25 | 18 | 0 | 0 | 2 | 6 | 0 | 0 | 0 |
| Nein | 38 | 0 | 0 | 13 | 10 | 7 | 1 | 7 | 0 | 0 |
| Ent | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 90 | 25 | 18 | 13 | 10 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 9 | 4 | 0 | 2 | 1 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 91 | 25 | 18 | 13 | 10 | 10 | 7 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 63**
**23.565**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 21:51:20

Geschäft Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend PACS und Verantwortungsgemeinschaft für Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Nein |
| Heer Barbara (SP) | Ja | Stalder Roger (SVP) | Nein |
| Esposito Zaira (SP) | Ja | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Ja | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Ja | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja | Urgese Luca (FDP) | Nein |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja | Moesch Christian C. (FDP) | Nein |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Nein |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Nein | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Nein |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Nein | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Nein |
| Alioth Catherine (LDP) | Nein | Keller Christine (SP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Nein | Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Nein | Gölgeli Edibe (SP) | Nicht anwesend |
| Vergeat Jo (GAB) | Ja | Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja | Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Ja | Kabakci Mahir (SP) | Nicht anwesend |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja | Bessenich Salome (SP) | Nicht anwesend |
| Messerli Pascal (SVP) | Nein | Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Nein | Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Nein | Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Jenny David (FDP) | Nein | Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Nein | Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Nein | Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Nein | Iselin Adrian (LDP) | Nein |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Nein | Auderset André (LDP) | Nein |
| Amacher Nicole (SP) | Ja | Ebi Alex (LDP) | Nein |
| Dill Alexandra (SP) | Ja | Suter Stefan (SVP) | Nein |
| Bolz Leoni (SP) | Ja | Amiet Lorenz (SVP) | Nein |
| Trevisan Amina (SP) | Ja | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Nein |
| Pfister Pascal (SP) | Ja | Seiler Daniel (FDP) | Nein |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Nein |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Nein |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja | Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja | Roth Franziska (SP) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja | Hettich Daniel (LDP) | Nein |
| Ineichen Anina (GAB) | Ja | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Nein |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend | Wehrli Felix (SVP) | Nein |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja | Schweizer Jenny (SVP) | Nicht anwesend |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja | Schweizer Silvia (FDP) | Nein |
| Wirz Lea (GAB) | Ja | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Nein |
| Nigon Gabriel (LDP) | Nein | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Nein |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Nein | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Nicht anwesend | Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend | Battaglia Olivier (LDP) | Nein |
| Thüring Joël (SVP) | Nein | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Nein | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 50 | 26 | 17 | 0 | 0 | 0 | 7 | 0 | 0 | 0 |
| Nein | 40 | 0 | 0 | 13 | 10 | 10 | 0 | 7 | 0 | 0 |
| Ent | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 90 | 26 | 17 | 13 | 10 | 10 | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 9 | 3 | 1 | 2 | 1 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 91 | 26 | 17 | 13 | 10 | 10 | 7 | 7 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 68**
**24.5168**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 22:14:32

Geschäft Motion Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Ausweitung der zulässigen juristischen Praktika für die Anwaltsprüfungen auch auf die Tätigkeit als Unternehmensjuristin und Unternehmensjurist, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* | *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Ja | Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Heer Barbara (SP) | Ja | Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Esposito Zaira (SP) | Ja | Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Cuénod Tim (SP) | Ja | Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Brigger René (SP) | Ent | Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Ja | Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Eberhard Melanie (SP) | Ja | Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Ja | Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ja | Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja | Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja | Keller Christine (SP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Ja | Mattmüller Georg (SP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja | Gölgeli Edibe (SP) | Nicht anwesend |
| Vergeat Jo (GAB) | Ja | Balmer Ivo (SP) | Ja |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Ja | Brandenburger Jessica (SP) | Ja |
| Thommen Oliver (GAB) | Nein | Kabakci Mahir (SP) | Nicht anwesend |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Ja | Bessenich Salome (SP) | Nicht anwesend |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja | Baumgartner Beda (SP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Ja | Seggiani Michela (SP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Ja | Zürcher Tonja (GAB) | Ja |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja | Feurer Anouk (GAB) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend | Mück Heidi (GAB) | Ja |
| Jenny David (FDP) | Ja | Goepfert Nicola (GAB) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Ja | Weibel Fleur (GAB) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja | Friedl Harald (GAB) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja | Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja | Auderset André (LDP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Ja | Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Dill Alexandra (SP) | Ja | Suter Stefan (SVP) | Nein |
| Bolz Leoni (SP) | Ja | Amiet Lorenz (SVP) | Ja |
| Trevisan Amina (SP) | Ja | Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sägesser Daniel (SP) | Ja | Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Bay Hanna (SP) | Ja | Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Nicht anwesend |
| Pfister Pascal (SP) | Ja | Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident | Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Perret Jean-Luc (SP) | Ja | Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Erdogan Seyit (SP) | Ja | Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Wittlin Stefan (SP) | Ja | Mazzotti Sasha (SP) | Ja |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Ja | Roth Franziska (SP) | Ja |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Ja | Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Ineichen Anina (GAB) | Ja | Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend | Wehrli Felix (SVP) | Ent |
| Bolliger Oliver (GAB) | Ja | Schweizer Jenny (SVP) | Nicht anwesend |
| Hoppler Laurin (GAB) | Ja | Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Wirz Lea (GAB) | Ja | Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Nigon Gabriel (LDP) | Ja | Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja | Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Nicht anwesend | Bartha Béla (GAB) | Ja |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend | Battaglia Olivier (LDP) | Ja |
| Thüring Joël (SVP) | Ja | | |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja | | |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 85 | 25 | 16 | 13 | 8 | 10 | 7 | 6 | 0 | 0 |
| Nein | 2 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 2 | 1 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 89 | 26 | 17 | 13 | 10 | 10 | 7 | 6 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 10 | 3 | 1 | 2 | 1 | 0 | 1 | 1 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 90 | 26 | 17 | 13 | 10 | 10 | 7 | 6 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 69**
**22.5244**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 22:27:24

Geschäft Anzug Fleur Weibel und Konsorten betreffend Nachhaltige Stärkung der Pflege in der kantonalen Gesundheitsversorgung, Schreiben des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Nein |
| Heer Barbara (SP) | Nein |
| Esposito Zaira (SP) | Nein |
| Cuénod Tim (SP) | Nein |
| Brigger René (SP) | Nein |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Nein |
| Eberhard Melanie (SP) | Nein |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Nein |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ent |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja |
| Vergeat Jo (GAB) | Nein |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Nein |
| Thommen Oliver (GAB) | Nein |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Nein |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Ja |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Nein |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend |
| Jenny David (FDP) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Nein |
| Dill Alexandra (SP) | Nein |
| Bolz Leoni (SP) | Nein |
| Trevisan Amina (SP) | Nein |
| Sägesser Daniel (SP) | Nein |
| Bay Hanna (SP) | Nein |
| Pfister Pascal (SP) | Nein |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident |
| Perret Jean-Luc (SP) | Nein |
| Erdogan Seyit (SP) | Nein |
| Wittlin Stefan (SP) | Nein |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Nein |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Nein |
| Ineichen Anina (GAB) | Nein |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend |
| Bolliger Oliver (GAB) | Nein |
| Hoppler Laurin (GAB) | Nein |
| Wirz Lea (GAB) | Nein |
| Nigon Gabriel (LDP) | Nein |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Nicht anwesend |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend |
| Thüring Joël (SVP) | Ja |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja |

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Bollack Lukas (GLP) | Nein |
| Kühne Brigitte (GLP) | Nein |
| Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Nein |
| Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Keller Christine (SP) | Nein |
| Mattmüller Georg (SP) | Nein |
| Gölgeli Edibe (SP) | Nicht anwesend |
| Balmer Ivo (SP) | Nein |
| Brandenburger Jessica (SP) | Nein |
| Kabakci Mahir (SP) | Nicht anwesend |
| Bessenich Salome (SP) | Nicht anwesend |
| Baumgartner Beda (SP) | Nein |
| Seggiani Michela (SP) | Nein |
| Zürcher Tonja (GAB) | Nein |
| Feurer Anouk (GAB) | Nein |
| Mück Heidi (GAB) | Nein |
| Goepfert Nicola (GAB) | Nein |
| Weibel Fleur (GAB) | Nein |
| Friedl Harald (GAB) | Nein |
| Iselin Adrian (LDP) | Ja |
| Auderset André (LDP) | Ja |
| Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Amiet Lorenz (SVP) | Ja |
| Pekerman Bülent (GLP) | Nein |
| Sieber Johannes (GLP) | Nein |
| Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Nicht anwesend |
| Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Mazzotti Sasha (SP) | Nein |
| Roth Franziska (SP) | Nein |
| Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Schweizer Jenny (SVP) | Nicht anwesend |
| Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Nein |
| Bartha Béla (GAB) | Nein |
| Battaglia Olivier (LDP) | Ja |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 37 | 0 | 0 | 11 | 10 | 10 | 0 | 6 | 0 | 0 |
| Nein | 51 | 26 | 17 | 1 | 0 | 0 | 7 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 1 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 89 | 26 | 17 | 13 | 10 | 10 | 7 | 6 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 10 | 3 | 1 | 2 | 1 | 0 | 1 | 1 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 90 | 26 | 17 | 13 | 10 | 10 | 7 | 6 | 0 | 1 |

# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

**Trakt Nr. / Gesch. Nr** **Traktandum 70**
**22.5245**

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 22:35:06
Geschäft Anzug Jean-Luc Perret und Raoul I. Furlano zur Reduktion der Arbeitszeit in der Pflege, Schreiben des RR

## Individuelle Ergebnisse

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Mathys Lisa (SP) | Nein |
| Heer Barbara (SP) | Nein |
| Esposito Zaira (SP) | Nein |
| Cuénod Tim (SP) | Nein |
| Brigger René (SP) | Nein |
| Nussbaumer Melanie (SP) | Nein |
| Eberhard Melanie (SP) | Nein |
| Yilmaz Semseddin (SP) | Nein |
| Furlano Raoul I. (LDP) | Ent |
| Isler-Christ Lydia (LDP) | Ja |
| Alioth Catherine (LDP) | Ja |
| Hug Michael (LDP) | Ja |
| von Falkenstein Annina (LDP) | Ja |
| Vergeat Jo (GAB) | Nein |
| Thiriet Jérôme (GAB) | Nein |
| Thommen Oliver (GAB) | Nein |
| Bernasconi Patrizia (GAB) | Nein |
| Messerli Pascal (SVP) | Ja |
| Hablützel-Bürki Gianna (SVP) | Ja |
| Fischer Patrick (SVP) | Ja |
| Baumgartner Claudia (GLP) | Ja |
| Christ Tobias (GLP) | Nicht anwesend |
| Jenny David (FDP) | Ja |
| Bucher Erich (FDP) | Ja |
| Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP) | Ja |
| Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP) | Ja |
| Hochuli Christoph (Mitte-EVP) | Ja |
| Amacher Nicole (SP) | Nein |
| Dill Alexandra (SP) | Nein |
| Bolz Leoni (SP) | Nein |
| Trevisan Amina (SP) | Nein |
| Sägesser Daniel (SP) | Nein |
| Bay Hanna (SP) | Nein |
| Pfister Pascal (SP) | Nein |
| Miozzari Claudio (SP, P) | Präsident |
| Perret Jean-Luc (SP) | Nein |
| Erdogan Seyit (SP) | Nein |
| Wittlin Stefan (SP) | Nein |
| Hanauer Raffaela (GAB) | Nein |
| Fuhrer Raphael (GAB) | Nein |
| Ineichen Anina (GAB) | Nein |
| Girard Fina (GAB) | Nicht anwesend |
| Bolliger Oliver (GAB) | Nein |
| Hoppler Laurin (GAB) | Nein |
| Wirz Lea (GAB) | Nein |
| Nigon Gabriel (LDP) | Nein |
| Kuster-Simon Nicole (LDP) | Ja |
| Karger Philip (LDP) | Nicht anwesend |
| Faesch Lukas (LDP) | Nicht anwesend |
| Thüring Joël (SVP) | Ja |
| Schaller Beat K. (SVP) | Ja |

| *Name* | *Ergebnis* |
|---|---|
| Stumpf Rutschmann Daniela (SVP) | Ja |
| Stalder Roger (SVP) | Ja |
| Bollack Lukas (GLP) | Ja |
| Kühne Brigitte (GLP) | Ja |
| Rechsteiner Niggi Daniel (GLP) | Ja |
| Urgese Luca (FDP) | Ja |
| Moesch Christian C. (FDP) | Ja |
| Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP) | Ja |
| Strahm Andrea (Mitte-EVP) | Ja |
| Gysin Brigitte (Mitte-EVP) | Ja |
| Keller Christine (SP) | Nicht anwesend |
| Mattmüller Georg (SP) | Nein |
| Gölgeli Edibe (SP) | Nicht anwesend |
| Balmer Ivo (SP) | Nein |
| Brandenburger Jessica (SP) | Nein |
| Kabakci Mahir (SP) | Nicht anwesend |
| Bessenich Salome (SP) | Nicht anwesend |
| Baumgartner Beda (SP) | Nein |
| Seggiani Michela (SP) | Nein |
| Zürcher Tonja (GAB) | Nein |
| Feurer Anouk (GAB) | Nein |
| Mück Heidi (GAB) | Nein |
| Goepfert Nicola (GAB) | Nein |
| Weibel Fleur (GAB) | Nein |
| Friedl Harald (GAB) | Nein |
| Iselin Adrian (LDP) | Nein |
| Auderset André (LDP) | Ja |
| Ebi Alex (LDP) | Ja |
| Suter Stefan (SVP) | Ja |
| Amiet Lorenz (SVP) | Ja |
| Pekerman Bülent (GLP) | Ja |
| Sieber Johannes (GLP) | Ja |
| Braun-Gallacchi Beat (FDP) | Nicht anwesend |
| Seiler Daniel (FDP) | Ja |
| Herter Balz (Mitte-EVP) | Ja |
| Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP) | Ja |
| Weber Eric (Fraktionslos) | Nicht anwesend |
| Mazzotti Sasha (SP) | Nein |
| Roth Franziska (SP) | Nein |
| Hettich Daniel (LDP) | Ja |
| Strahm-Lavanchy Nicole (LDP) | Ja |
| Wehrli Felix (SVP) | Ja |
| Schweizer Jenny (SVP) | Nicht anwesend |
| Schweizer Silvia (FDP) | Ja |
| Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP) | Ja |
| Albietz Daniel (Mitte-EVP) | Ja |
| Bothe-Wenk Sandra (GLP) | Ja |
| Bartha Béla (GAB) | Nein |
| Battaglia Olivier (LDP) | Nein |

| **Ergebnis** | **Total** | **SP** | **GAB** | **LDP** | **SVP** | **Mitte-EVP** | **GLP** | **FDP** | **Fraktionslos** | **Präsidium** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ja | 42 | 0 | 0 | 9 | 10 | 10 | 7 | 6 | 0 | 0 |
| Nein | 45 | 25 | 17 | 3 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ent | 1 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abgestimmt | 88 | 25 | 17 | 13 | 10 | 10 | 7 | 6 | 0 | 0 |
| Nicht abgestimmt | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| Nicht anwesend | 11 | 4 | 1 | 2 | 1 | 0 | 1 | 1 | 1 | 0 |
| Stimmberechtigt | 89 | 25 | 17 | 13 | 10 | 10 | 7 | 6 | 0 | 1 |